

NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen: Normübernahme im Lichte des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus

Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der
Philosophie am Fachbereich III (Geschichte, Politikwissenschaft,
Klassische Archäologie, Ägyptologie, Papyrologie, Kunstgeschichte)
an der Universität Trier

Verfasserin: Cornelia Frank, geb. am 2. März 1975 in Würzburg

1. Berichterstatter: Prof. Dr. Hanns W. Maull

2. Berichterstatter: Prof. Dr. Joachim Schild

Trier, den 28. Juni 2010

Tag des Rigorosums: 13. August 2010

Abstract

Die vorliegende Arbeit widmet sich der Beantwortung der Fragestellung, inwieweit die NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich war, und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen die Normübernahme (nicht) erfolgte. NATOisierung wird hierbei als Sozialisationsprozess im Politikfeld Sicherheit begriffen. Konzeptioneller Ausgangspunkt für die theoriegeleiteten Fallstudien bildet die Entwicklung eines Forschungsdesigns, mittels dessen der rational-institutionalistische und der konstruktivistisch-institutionalistische Strang der internationalen Sozialisationsforschung für die Analyse der NATOisierung postkommunistischer Sicherheitspolitik nutzbar gemacht werden kann. In Kritik an der Mehrheit der Sozialisationsstudien, die die Übernahme von Normen internationaler Institutionen seitens der postkommunistischen Staaten entweder als Verhandlungs- und Anpassungsprozess strategisch handelnder Akteure *oder* als sozialen Lern- und normativen Überzeugungsprozess intrinsisch motivierter Akteure betrachten, argumentiert diese Studie, dass die Wahl eines komplementären Zugangs sowohl aus theoretisch-konzeptionellen als auch empirisch-phänomenologischen Erwägungen unabdingbar ist. Die hierbei zu Grunde liegende Methode der doppelten Interpretation, mittels derer der Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen sowohl aus Sicht des rationalen als auch des konstruktivistischen Institutionalismus beleuchtet worden sind, hat sich als tragfähig erwiesen. In der Tat variiert die Erklärungskraft beider theoretischer Ansätze im Hinblick auf die unterschiedlichen Akteure, Phasen und/oder Kontexte des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses. Wenngleich die NATO durch ihre Sozialisationspolitik den Demokratisierungsprozess Polens und Tschechiens im Politikfeld Sicherheit begünstigte, bestätigt die empirische Analyse die weit verbreitete Betrachtungsweise der 'Partnerschaft für den Frieden' als ausschließliche Erfolgsgeschichte nicht. Vielmehr war die Erweiterungs- und Sozialisationspolitik der NATO mit gravierenden (nichtintendierenden) Konsequenzen verbunden, die sich hinderlich auf die Transformation der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten auswirkten.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder	14
1 Einleitung	15
1.1 Thema, Relevanz, Fragestellung	15
1.2 Forschungsstand und Forschungslücken	22
1.2.1 Außen- und sicherheitspolitische Integrationsforschung	22
1.2.2 Transformationsforschung	24
1.2.3 Forschung zu zivil-militärischen Beziehungen	25
1.2.4 Internationale Sozialisationsforschung	28
1.3 Spezifizierung der Untersuchungsziele und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands	31
1.3.1 Theoretische und empirische Untersuchungsziele	31
1.3.2 Begründung der empirischen Schwerpunktsetzung und die Definition zivil-militärischer Beziehungen	33
1.3.3 Thematische Abgrenzungen	36
1.4 Auswahl der Fallstudien: Polen und Tschechien als repräsentative Fälle	38
1.5 Aufbau und Gang der Untersuchung	41
1.6 Theoretischer und empirischer Mehrwert	43
2 Theoretische und methodische Überlegungen zur Konzeptualisierung eines komplementären Ansatzes zur Analyse der NATOisierung postkommunistischer Sicherheitspolitik	46
2.1 NATOisierung als sicherheitspolitischer Sozialisationsprozess	47
2.1.1 Internationale Sozialisation – ein umstrittener Terminus?	48
2.1.2 Analyseraster zur Ermittlung und Bewertung der Normübernahme bei der NATOisierung	52
2.2 Rationaler und konstruktivistischer Institutionalismus im Vergleich	56
2.2.1 Internationale Institutionen, Normen, Akteurskonzept und Handlungslogik aus Sicht des rationalen Institutionalismus	56

2.2.2	Internationale Institutionen, Normen, Akteurskonzept und Handlungslogik aus Sicht des konstruktivistischen Institutionalismus	59
2.3	Idealtypen treffen auf Lebenswirklichkeit: Warum die Logik des Untersuchungsgegenstands eines komplementären Zugangs bedarf	62
2.4	Normübernahme im Lichte des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus	72
2.4.1	Mechanismus, Strategie, Praktik: Begriffliche Spezifizierung und Abgrenzung	73
2.4.2	Sozialisationsmechanismen, Strategien und Praktiken aus rationaler und konstruktivistischer Perspektive.....	75
2.4.2.1	Strategische Kalkulation, materielle Verstärkung und sozialer Einfluss	75
2.4.2.2	Normative Überzeugung, <i>teaching</i> und <i>persuasion</i>	77
2.4.3	Sozialisationsbedingungen aus rationaler und konstruktivistischer Perspektive.....	80
2.4.3.1	Bedingungen für den Mechanismus der strategischen Kalkulation .	81
2.4.3.2	Bedingungen des Mechanismus der normativen Überzeugung	82
2.4.4	Kritische Reflexionen zur Unterscheidung des rationalen und konstruktivistischen Erklärungsansatzes	85
2.4.4.1	Die „soziale Seite“ des Kalkulationsmechanismus'.....	85
2.4.4.2	Abgrenzung zwischen 'funktionaler' und 'normativer' Überzeugung	87
2.5	Untersuchungsleitende Hypothesen, Spezifizierung der Variablen, Operationalisierung.....	91
2.5.1	Kausalbeziehungen und Variablenbestimmung im Überblick.....	91
2.5.2	NATOisierung als Anpassungsprozess strategisch (ver)handelnder Akteure (H1)	93
2.5.3	NATOisierung als normativer Überzeugungsprozess intrinsisch lernmotivierter Akteure (H 2).....	96
2.6	Methodologische Überlegungen zur Analyse der NATOisierung	101
2.6.1	Nachweis von Sozialisation	102
2.6.2	Prozessanalyse	109

2.6.3	Fallstudientechnik und qualitative vergleichende Analyse	112
3	Die Erweiterungspolitik der NATO als sicherheitspolitischer Sozialisationsprozess	117
3.1	Die Institutionalisierung der politischen und militärischen Kooperation mit den postkommunistischen Staaten	119
3.1.1	Anbindungsphase (1991-1993): Vom NAKR zur PfP	119
3.1.2	Heranführungsphase (1994-1995) im Rahmen der PfP	121
3.1.3	Öffnungsphase im Vorfeld der Erweiterungsstudie vom September 1995 und die Beitrittskriterien	126
3.1.4	Beitrittsphase (1996-1999): Von der Kandidatenauswahl über den Madriider Gipfel zur Mitgliedschaft	130
3.1.5	Integrationsphase (4/1999-5/2004): Von der Beitritts- zur Mitglieds- NATOisierung	133
3.2	Programme, Inhalte und Ausbildungszentren der NATOisierung.....	136
3.2.1	Sozialisationsaktivitäten der NATO und ihrer Mitgliedstaaten im Überblick.....	136
3.2.2	Ausgewählte Sozialisationsprogramme und Ausbildungszentren der NATO-Mitgliedstaaten	138
3.2.2.1	MIL-To-MIL, IMET und JCTP der USA	138
3.2.2.2	George C. Marshall Center for Security Studies.....	142
3.2.2.3	NDC, NATO School, CCRM, DCAF	144
3.2.3	PfP als Herzstück der NATO-Sozialisationspolitik	146
3.2.3.1	Differenzierung als zentrales Sozialisationsprinzip der PfP	146
3.2.3.2	PWP und PARP als Kernelemente der PfP	148
3.2.3.3	Sozialisationspotenzial der PfP: Eine Zwischenbilanz.....	151
3.3	Annahmen, Sozialisationspotenzial und Sozialisationspraktiken der NATO und ihrer Repräsentanten	152
3.3.1	Annahmen und Sozialisationspotenzial der NATO	152
3.3.2	Sozialisationspraktiken der NATO	153
3.4	Bewertung der NATO-Erweiterungs- und Sozialisationspolitik.....	159

4	NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil- militärischen Beziehungen als Fallstudien	165
4.1	Ausmaß der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte als Indikator für den Konsolidierungsgrad postkommunistischer Demokratien.....	166
4.2	Modelle zivil-militärischer Beziehungen in demokratischen und (post)kommunistischen Systemen	169
4.2.1	Idealtypische Modelle zivil-militärischer Beziehungen	169
4.2.2	Zivil-militärische Beziehungen in demokratischen und kommunistischen Systemen	172
4.2.2.1	Kontrolle der Streitkräfte in Verfassung, Gesetz und Verfassungswirklichkeit	173
4.2.2.2	Exekutive Aufsichts- und Kontrollfunktionen.....	174
4.2.2.3	Legislative Aufsichts- und Kontrollfunktionen	177
4.2.2.4	Beziehungen zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft.....	179
4.2.2.5	Militärischer Professionalismus im Vergleich.....	180
4.3	Herausforderungen bei der Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten	183
4.4	Besonderheiten des polnischen und tschechischen Falles.....	187
4.5	Vorgehensweise bei den Fallstudien	191
5	Fallstudie 1: NATOisierung polnischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen	195
5.1	Polens Annäherung an die NATO: Vom Anwärter- zum Mitgliedstaat	196
5.1.1	Übergeordnete Bedeutung der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption.....	196
5.1.1.1	Bann des „geopolitischen Fluches“ durch Westintegration	198
5.1.1.2	Verschwörungskomplex nährte Skepsis gegenüber Westeuropa..	200
5.1.1.3	Transatlantische Bindung als polnische Versicherungspolice	201
5.1.2	Institutionalisierung der politischen und militärischen Kooperation mit der NATO	204
5.2	Transformation der zivil-militärischen Beziehungen Polens	209

5.2.1	Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Polen	211
5.2.1.1	Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung in der Kleinen Verfassung von 1992	211
5.2.1.2	Gesetz über den Verteidigungsminister von 1996	214
5.2.1.3	Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung in der Großen Verfassung von 1997	215
5.2.2	Politische Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Polen	218
5.2.2.1	Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung seitens der polnischen Akteure in der Verfassungswirklichkeit	218
5.2.2.2	Unterordnung des Generalstabs unter einen zivilen Verteidigungsminister	222
5.2.2.3	Zivilisierung des Verteidigungsministeriums, Ausbildung eines demokratischen militärischen und zivilen Professionalismus	230
5.2.2.4	Parlamentarische Kontrolle und ihre Defizite	239
5.2.2.5	Prestige der Streitkräfte in der polnischen Gesellschaft	242
5.2.3	Bewertung des NATOisierungsgrades der zivil-militärischen Beziehungen Polens	244
5.3	NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Polens als Anpassungsprozess strategisch handelnder Akteure	247
5.3.1	Hohe und glaubwürdige Anreize für die Normübernahme	247
5.3.1.1	Höhe des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft aus der Sicht polnischer Akteure	248
5.3.1.2	NATO-Mitgliedschaft in den Augen polnischer Akteure: (k)ein glaubwürdiger Anreiz?	252
5.3.2	Innenpolitische Anpassungskosten der Normübernahme	256
5.3.2.1	Präsident Wałęsa und der Generalstab als Veto-Spieler	257
5.3.2.2	Präsident Kwaśniewski, zivile Entscheidungsträger und Verwaltungsbeamte als NATO-Opportunisten?	259
5.4	NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Polens als normativer Überzeugungsprozess	263

5.4.1	Hoher Identifizierungsgrad mit der NATO als Erfolgsbedingung ...	263
5.4.1.1	Identifizierungsgrad der zivilen Entscheidungsträger Polens mit der NATO.....	264
5.4.1.2	Identifizierungsgrad der militärischen Akteure Polens mit der NATO: Ideelle Konfliktlinie innerhalb der Streitkräfte?.....	266
5.4.2	Legitimität und Resonanz der NATO-Normen	268
5.4.2.1	Legitimität und Resonanz aus Sicht der politischen Akteure	269
5.4.2.2	Polnisches Offizierskorps: (Un)Vereinbarkeit der zivilen demokratischen Kontrolle mit militärischen Traditionen?.....	273
5.4.3	Bildung einer starken Koalition von NATO-Normunternehmern als Erfolgsbedingung.....	278
5.5	NATOisierung polnischer Sicherheitspolitik im Lichte der doppelten Interpretation.....	284
6	Fallstudie 2: NATOisierung tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen	292
6.1	Tschechiens Annäherung an die NATO: Vom Anwärter- zum Mitgliedstaat	294
6.1.1	Bedeutung der NATO bei der tschechischen 'Rückkehr nach Europa': Diskrepante Rhetoriken und Praktiken	294
6.1.1.1	Überwindung der 'heiklen Zwischenlage' durch geopolitische Westverschiebung	295
6.1.1.2	Identitäre Bestätigung durch Westintegration.....	297
6.1.1.3	NATO-Mitgliedschaft als Katalysator für den Beitritt zur EU	298
6.1.2	Institutionalisierung der politischen und militärischen Kooperation mit der NATO	299
6.2	Transformation der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens.....	306
6.2.1	Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Tschechien	307
6.2.1.1	Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung in der Verfassung von 1993	308
6.2.1.2	Sicherheitsstrategie, Militärdoktrin, Gesetzgebung: Akkordarbeit im Vorfeld des NATO-Beitritts	312

6.2.2	Politische Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Tschechien	313
6.2.2.1	Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung seitens der tschechischen Akteure in der Verfassungswirklichkeit	314
6.2.2.2	Unterordnung des Generalstabs unter einen zivilen Verteidigungsminister	316
6.2.2.3	Zivilisierung des Verteidigungsministeriums, Ausbildung eines demokratischen militärischen und zivilen Professionalismus.....	318
6.2.2.4	Tschechiens Parlamentarier: Kontrolleure wider Willen?	324
6.2.2.5	Die gesellschaftliche Rehabilitation der tschechischen Streitkräfte	326
6.2.3	Bewertung des NATOisierungsgrades der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens.....	328
6.3	NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens als Anpassungsprozess strategisch handelnder Akteure	331
6.3.1	Hohe und glaubwürdige Anreize für die Normübernahme	331
6.3.1.1	Die NATO-Mitgliedschaft aus Sicht der tschechischen Akteure: (k)ein hoher Anreiz?	332
6.3.1.2	Die Glaubwürdigkeit der NATO in den Augen tschechischer Akteure: (k)ein glaubwürdiger Anreiz?	335
6.3.2	Innenpolitische Anpassungskosten der Normübernahme	336
6.3.2.1	Tschechische Entscheidungsträger und Parlamentarier: Ein Heer von passiv-negativen Veto-Spielern?	337
6.3.2.2	Tschechiens selektive NATO-Opportunisten: NATOisierung à la carte und die diskursive Strategie des doppelten rhetorischen Handelns	339
6.4	NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens als normativer Überzeugungsprozess	346
6.4.1	Hoher Identifizierungsgrad mit der NATO als Erfolgsbedingung ...	346
6.4.1.1	Identifizierungsgrad der zivilen Entscheidungsträger Tschechiens mit der NATO	346
6.4.1.2	Identifizierungsgrad der militärischen Akteure Tschechiens mit der NATO.....	349
6.4.2	Legitimität und Resonanz der NATO-Normen	351

6.4.2.1	Legimität und Resonanz aus Sicht der politischen Akteure	352
6.4.2.2	Tschechisches Offizierskorps: (Un)Vereinbarkeit der zivilen demokratischen Kontrolle mit militärischen Traditionen?.....	356
6.4.3	Bildung einer starken Koalition von NATO-Normunternehmern als Erfolgsbedingung.....	360
6.5	NATOisierung tschechischer Sicherheitspolitik im Lichte der doppelten Interpretation.....	366
7	Sicherheitspolitische Sozialisation Polens und Tschechiens durch die NATO in der Gesamtschau: Vergleich, Nichtintendierte Konsequenzen, theoretische Erkenntnisse	374
7.1	Die Ergebnisse der Fallstudien im Vergleich.....	375
7.2	Bewertung der Sozialisationspolitik der NATO und ihrer nicht intendierten Konsequenzen	379
7.3	Mehrwert eines komplementären Forschungsdesigns und Anknüpfungspunkte für künftige Sozialisationsstudien	384
8	Literaturverzeichnis.....	392

Abkürzungsverzeichnis

ANP	Annual National Plan
AWS	Akcja Wyborcza Solidarność (Wahlbündnis Solidarność) [PL]
CCMR	Center for Civil-Military Relations [USA]
CJTF	Combined Joint Task Forces
CMR	Civil-Military Relations
ČSSD	Česká strana sociálně-demokratická (Tschechische Sozialdemokratische Partei)
DCAF	Democratic Control of Armed Forces
DCI	Defense Capabilities Initiative
DPQ	Defense Planning Questionnaire
EAKR	Euroatlantischer Kooperationsrat
EIMET	Expanded International Military and Education Training [USA]
GCDCAF	Geneva Center for Democratic Control of Armed Forces
IMET	International Military and Education Training [USA]
IPP	Individual Partnership Programme (Individuelles Partnerschaftsprogramm)
JCTP	Joint Contact Team Programm [USA]
KDU-ČSL	Křesťansko-demokratická unie-Česká strana lidová (Christlich-Demokratische Union-Tschechische Volkspartei)
KLD	Kongres Liberalno-Demokratyczny (Liberal-Demokratischer Kongress) [PL]
KOK	Komitet Obrony Kraju (Nationales Verteidigungskomitee)[PL]
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KRM	Komitet Rady Ministrów (Komitee des Ministerrates) [PL]
KSČM	Komunistická strana Čech a Moravy (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens)

KSORM	Komitet Spraw Obronnych Rady Ministrów (Komitee für Verteidigungsangelegenheiten des Ministerrates) [PL]
MAP	Membership Action Plan
MCWG	Military Cooperation Working Group (Arbeitsgruppe für Militärische Zusammenarbeit)
MIL-To-MIL	Military-to-Military-Initiative [USA]
NAKR	Nordatlantischer Kooperationsrat
NATO STANAGs	NATO Standardization Agreements
NDC	NATO Defense College [Rom]
ODA	Občanská demokratická aliance (Bürgerlich-Demokratische Allianz) [TSCH]
ODS	Občanská demokratická strana (Demokratische Bürgerpartei) [TSCH]
PARP	Planning and Review Process (Planungs- und Überprüfungsprozess)
PCC	Partnership Coordination Cell (Partnerschaftskordinationszelle)
PfP	Partnership for Peace (Partnerschaft für den Frieden)
PfP plus	expanded Partnership for Peace (erweiterte Partnerschaft für den Frieden)
PfP-PMSC	Political-Military Steering Committee (Politisch-Militärischer Lenkungsausschuss für die PfP)
PfP-SA	PfP-Security Agreement/ NATO-Sicherheitsabkommen
PfP-SOFA	PfP-Status of Forces Agreement (Abkommen zur Stationierung von Streitkräften auf fremdem Territorium)
PfP-PSE	PfP-Stabselemente
PPBS	Planungs-, Programm- und Budgetsystem
PSL	Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Bauernpartei)
PWP	Partnership Work Programme (Partnerschaftsarbeitsprogramm)

RBN	Rada Bezpieczeństwa Narodowego (Nationaler Sicherheitsrat) [PL]
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SLD	Sojusz Lewicy Demokratycznej (Demokratische Linksallianz) [PL]
TCMR	The Transformation of Civil-Military Relations in Comparative Context Project [GB]
US-DEU	Unie svobody-Demokratická unie (Freiheitsunion-Demokratische Union) [TSCHE]
DU	Unia Demokratyczna (Demokratische Union) [PL]
UW	Unia Wolności (Freiheitsunion) [PL]

Verzeichnis der Tabellen und Schaubilder

Dimensionen und Grad der NATOisierung	53
Variablenschaubild zur NATOisierung im Lichte des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus	93
Leitfragenkatalog zur Ermittlung des NATOisierungsgrades im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen	192

NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen: Normübernahme im Lichte des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus

1 EINLEITUNG

„The end of the Cold War [...] not only does not terminate the Western community of values; it expands that community into Eastern Europe and, potentially, even into the successor states of the Soviet Union, creating a ‘pacific federation’ of liberal democracies from Vladivostock to Berlin, San Francisco and Tokyo” (Risse-Kappen 1996: 396).

1.1 Thema, Relevanz, Fragestellung

Diese im Jahr 1996 geäußerte Einschätzung von Thomas Risse-Kappen scheint sich angesichts der nunmehr zum dritten Male erweiterten NATO bestätigt zu haben. Auf den Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns im März 1999 sowie der drei baltischen Staaten, Bulgariens, Rumäniens, Sloweniens und der Slowakei im April 2004 folgte schließlich im April 2009 die Aufnahme Albanien und Kroatiens. Damit wurde die 1969 geäußerte Erwartung des Autorenkreises um Karl W. Deutsch nicht nur erfüllt, sondern gar übertroffen. Diese gaben am Ende ihrer Studie 'Political Community and the North Atlantic Area' der Hoffnung Ausdruck, die NATO werde über eine Militärallianz hinaus zu einer Sicherheitsgemeinschaft heranwachsen, innerhalb derer die friedliche Regelung von Konflikten durch gemeinsame Institutionen, kompatible Interessen und Werte sowie einen Gemeinschaftssinn gewährleistet werde (Deutsch u.a. 1969: 203).

Sicherheitsrisiken ergaben sich für die NATO-Mitgliedstaaten entsprechend dem 'Strategischen Konzept' vom November 1991 aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Instabilitäten, ethnischen Rivalitäten sowie Gebietsstreitigkeiten im postkommunistischen Raum. Der Gefahr eines Imports von Instabilität wollte die NATO durch einen Demokratie- und Stabilitätsexport vorbeugen, indem sie die postkommunistischen Staaten zur Übernahme liberal-demokratischer Normen im Politikfeld Sicherheit zu bewegen versuchte. Zu Grunde lag hierbei die Annahme, dass die mit der *otherness* verbundenen Bedrohungsperzeptionen schwinden,

wenn die Anderen sich zu demokratisieren beginnen und in die Gemeinschaft liberal-demokratischer Staaten sozialisiert werden (Risse-Kappen 1996: 395).¹

Die Sozialisationsinhalte formulierte die NATO zunächst in ihrer im Januar 1994 initiierten Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, PfP).² Gefordert waren die Transparenz nationaler Verteidigungsplanung und Haushaltsverfahren, die Fähigkeit und Bereitschaft zu friedensunterstützenden Einsätzen, die Entwicklung von kooperativen Militärbeziehungen mit der NATO mit dem Ziel der Interoperabilität der Streitkräfte sowie die Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen, insbesondere die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte.³ In ihrer Erweiterungsstudie vom September 1995 unterstrich die NATO erneut die übergeordnete Bedeutung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte als zentrales Beitrittskriterium (NATO 1995: §72). Um die postkommunistischen Sozialisanden mit ihren Gemeinschaftsnormen und den daraus resultierenden Praktiken vertraut zu machen, hat die NATO mit der PfP ein vielseitiges und umfangreiches Programm bilateraler und multilateraler Kooperation entwickelt (Lucarelli 2005; Jacoby 2004). Es umfasste Ausbildungslehrgänge, Seminare, Workshops, Konferenzen und Austauschprogramme für ziviles und militärisches Personal aus den postkommunistischen Staaten ebenso wie gemeinsame Manöver, technische Hilfestellungen und Beratungen bei den Streitkräftereformen, der Umstrukturierung der Verteidigungsministerien und der Einführung neuer

¹ Vgl. hierzu auch die 'State of the Union'-Ansprache des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Clinton von 1994, demzufolge „the best strategy to ensure our security and to build a durable peace is to support the advance of democracy elsewhere“ (zit. nach Kozhemiakin 1998: 2).

² Bei der Nennung unterschiedlicher Institutionen und Programme der NATO-Sozialisationspolitik werden sowohl deutsch- als auch englischsprachige Abkürzungen verwendet. Um größtmögliche sprachliche Einheitlichkeit zu gewährleisten, wird der deutschen Übersetzung der Vorrang gegeben. In einigen Fällen, insbesondere bei der ausschließlichen Verwendung englischsprachiger Abkürzungen in Primär- und Sekundärliteratur, wird auf diese zurückgegriffen, um keine Verwirrung entstehen zu lassen. Eine Auflistung aller Abkürzungen, inklusive der deutsch- bzw. englischsprachigen Entsprechung, wurde im Abkürzungsverzeichnis auf S. 11f. zusammen gestellt.

³ Die Definition „zivil-militärischer Beziehungen“ und „ziviler demokratischer Kontrolle“ der Streitkräfte erfolgt in Kapitel 1.3.2.

Programme zur Planung der Verteidigungsausgaben. Dass die NATO den Beitrittsprozess postkommunistischer Staaten als einen Sozialisationsprozess betrachtete (Schimmelfennig 2003a: 93), spiegelte auch die Osterweiterungsstudie wider:

„for possible new members, PfP will contribute to their preparation both politically and militarily, to familiarise them with Alliance structures and procedures and to deepen their understanding of the obligations and right that membership will entail“ (NATO 1995: 38/39).

Im Zuge ihrer Erweiterungspolitik verfolgte die NATO eine exklusive Sozialisationsstrategie, bei der die Sozialisanden erst *nach* der erfolgreichen Normübernahme in die Gemeinschaft aufgenommen werden und somit die Mitgliedschaft in der internationalen Institution eine exklusive ist.⁴ Dementsprechend überprüfte die NATO im Rahmen der PfP regelmäßig, ob die Anwärterstaaten ihre Lernziele erreicht haben (Adler 1997; Gheciu 2005a). Dabei strebte die NATO nicht nur die Institutionalisierung ihrer Vorgaben in Verfassungen und Gesetzen sowie deren politische Durchsetzung im sicherheitspolitischen Transformationsprozess postkommunistischer Staaten an, sondern ihr Anliegen war es auch, „making partners feel like insiders“ (Eyal 1997: 702).

Dass die NATO den sicherheitspolitischen Demokratisierungsprozess postkommunistischer Staaten im Allgemeinen (Lucarelli 2005; Flockhart 2004; Jacoby 2004) und jenen der zivil-militärischen Beziehungen im Besonderen (Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 257-60; Epstein 2008: 107f.) beeinflusst hat, ist Konsens innerhalb der Forschung.⁵ Umstritten ist allerdings in Abhängigkeit der jeweiligen theoretischen Perspektive die Bewertung dieses sicherheitspolitischen Gemeinschaftsbildungsprozesses hinsichtlich seiner Qualität, der dominierenden

⁴ Im Unterschied zur exklusiven Sozialisationsstrategie der NATO und der EU hat sich z.B. die OSZE einer inklusiven Sozialisationsstrategie bedient, bei der die Aufnahme der postkommunistischen Staaten in die Gemeinschaft der Sozialisation *vorausgeht*.

⁵ Eine Ausnahme bildet hierbei Reiter (2001), demzufolge der sicherheitspolitische Demokratisierungsprozess postkommunistischer Staaten nicht auf den Einfluss der NATO, sondern vielmehr innenpolitischer Faktoren zurückzuführen ist.

Sozialisationsmechanismen und ihrer Erfolgsbedingungen sowie der Handlungsmotivationen der beteiligten Akteure. Nach rational-institutionalistischer Lesart ist die NATOisierung im östlichen Europa ein Verhandlungs- und Anpassungsprozess strategisch handelnder Akteure gewesen (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 255; Michta 2002: 172). Dieser Sichtweise zufolge spielten Anreize, Drohungen und Bestrafungen die entscheidende Rolle bei der Normübernahme: „A contemporary example of this is the adoption of Western norms of military professionalism by postcommunist states desperate to join the North Atlantic Treaty Organization“ (Farell 2002: 70f.). Nach konstruktivistisch-institutionalistischer Lesart ist die NATOisierung ein Lern- und Überzeugungsprozess gewesen (Flockhart 2004; Lucarelli 2005; Epstein 2005). Hierbei habe die NATO die postkommunistischen Staaten wie Polen und Tschechien durch die Sozialisationspraktiken des *teaching* und der normativen Überzeugung mit den „Western ways of thinking and acting“ (Gheciu 2007: 173) vertraut gemacht und „senses of community and belonging“ (Checkel 2005: 802) geschaffen.

Dass solch eine theoretisch-dichotome Betrachtungsweise der NATOisierung der Komplexität des Untersuchungsgegenstands nicht gerecht wird, zeigt der Blick auf die innerstaatliche und innergesellschaftliche Beschaffenheit Polens und Tschechiens nach Ende des Ost-West-Konflikts. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und staatlichen Krise haben sich die polnische bzw. tschechische Elite und Bevölkerung, die „nach ihrer neuen Identität und, bildlich gesprochen, nach festem Boden unter den Füßen suchten“ (Szacki 1992: 229), an westlichen Institutionen und Symbolen orientiert, von denen sie während der Nachkriegsordnung gezwungenermaßen abgetrennt waren. An exponierter Stelle der Bemühungen um eine sicherheitspolitische Neuausrichtung stand die Formel von der 'Rückkehr nach Europa' (Seifter/Handl 1997: 75). In Anbetracht des zögerlichen Öffnungsprozesses der EU fungierte die NATO als „Beschaffungsinstrument“ für die gewünschte Westidentität (Alamir/Pradetto 1997: 23f.). Mit ihren Insignien institutioneller Eingebundenheit, insbesondere aufgrund des kollektiven Verteidigungsprinzips gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrags, setzte die Allianz sowohl auf der symbolischen Ebene als auch im Hinblick auf

eine etwaige militärische Bedrohung einen weitaus eindeutigeren Zugehörigkeitsrahmen als die EU.

Besonders ausgeprägt war die Forderung nach „harten“ Sicherheitsgarantien aufgrund der historisch-traumatischen Erfahrungen in Polen. Die Schlüsselrolle, die der NATO-Mitgliedschaft in der polnischen Sicherheitskonzeption beigemessen wurde, entsprang der Überzeugung, dass einzig die Allianz eine starke Präsenz der USA in Europa gewährleiste und damit die Sicherheit Polens (Frank 2003: 33). Die Einladung Polens zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der NATO im Mai 1997 bewerteten die polnischen Entscheidungsträger als „größte Chance, Polens Schicksal in den Strukturen der euroatlantischen Zivilisation zu verankern“ (zit. nach Alamir/Pradetto 1997: 22). Auch die Entscheidungsträger Tschechiens betrachteten die Aufnahme in die NATO als „Rückkehr in die euro-atlantische Zivilisation“ [m. Übersetz.] (Šedivý 1995: 10). Allerdings widmeten sie sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen nicht solch eine große Aufmerksamkeit wie ihre polnischen Amtskollegen. Vielmehr dominierte in der tschechischen Elite und Bevölkerung die Überzeugung, dass das Land sich keiner Sicherheitsbedrohung ausgesetzt sah (Drulák/Königová 2005: 160).

Dem Beitritt Polens und Tschechiens zur NATO im März 1999 ging eine lange Phase des „Regierens von außen“ voraus. Die Verbreitung von NATO-Normen verstärkte sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre stetig und überlagerte seit Mitte der 1990er Jahre die Systemtransformation beider Staaten. Indes waren die Anforderungen, die aus der gleichzeitigen Bewältigung des sicherheitspolitischen Integrationsprozesses einerseits und des Transformationsprozesses andererseits resultierten, nicht in jedem Falle deckungs- und wirkungsgleich. Vielmehr handelte es sich sowohl im Verhältnis der NATO zu einigen sicherheitspolitischen Akteuren Polens bzw. Tschechiens als auch innerhalb der jeweiligen nationalen Akteursgruppen um einen konflikthaften Prozess der Normverbreitung. Dabei hat die NATO auf verschiedene Sozialisationspraktiken zurückgegriffen, die von materieller Verstärkung durch Konditionalität über *teaching* im Rahmen der PfP-Aktivitäten bis hin zur normativen Überzeugung einzelner Entscheidungsträger reichten. Vielschichtig waren auch die Reaktionen der sicherheitspolitischen

Akteure Polens und Tschechiens, die sich weder auf reine „calculating machines“ noch auf Normen internalisierte „rule-follower“ reduzieren lassen (Fearon/Wendt 2002: 60).⁶

Darüber hinaus teile ich nicht die in der Forschung dominierende Ansicht, wonach die Mitgliedschaft in der NATO und der EU mit einer erfolgreichen internationalen Sozialisation gleichgesetzt wird (Schimmelfennig 2002: 8). Vielmehr gehe ich davon aus, dass einzig der Beitritt eines postkommunistischen Staates zur NATO keinen Aufschluss gibt über den NATOisierungsgrad. Denn erstens ist langfristig nicht die formal-institutionelle Normübernahme, auf die sich obige Gleichsetzung konzentriert, entscheidend, sondern die nachhaltige Implementierung der Gemeinschaftsnormen, die weitaus mehr Zeit in Anspruch nimmt und deren tatsächliche Umsetzung im polnischen und tschechischen Fall noch zu untersuchen sein wird. Bei vergleichsweise jungen internationalen Sozialisationsprozessen wie jenem der NATOisierung muss auch immer die Möglichkeit von Rückschritten einbezogen werden, wie dies im Falle der Zivilisierung des polnischen und auch tschechischen Verteidigungsministeriums zu beobachten ist.⁷ Zweitens trägt obige Gleichsetzung meines Erachtens nach nicht, weil die Mitgliedschaft in der NATO bei der ersten Osterweiterungsrunde insbesondere im Falle Tschechiens zentralen Reformen vorausging (Gheciu 2005b: 974). Zugleich ergibt sich durch diesen Befund ein geeignetes „Forschungslabor“ (Checkel 2005: 802), um die Wirkung unterschiedlicher Mechanismen und Bedingungen bei der NATOisierung zu überprüfen sowie die Gleichzeitigkeit bzw. Sequenzialität verschiedener Handlungsmotivationen herauszuarbeiten.

⁶ Eine eindrucksvolle Diskussion vermeintlicher und tatsächlicher Unterschiede zwischen rationalen und konstruktivistischen Forschungssträngen sowie möglicher Anknüpfungspunkte zwischen beiden Sichtweisen liefern Fearon/Wendt (2002).

⁷ Die Europäisierungsforschung trägt dieser Einschätzung mittlerweile Rechnung, indem sie nun auch den Grad der Normübernahme postkommunistischer Staaten *nach* deren Beitritt zur EU untersucht – und dabei sowohl Beispiele für weitergehende als auch rückläufige Reformprozesse ausmacht. Vgl. hierzu Epstein/Sedelmeier (2008).

Eingedenk dieser Überlegungen widmet sich die vorliegende Arbeit folgender Fragestellung: *Inwieweit war die NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich, und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen erfolgte die Normübernahme (nicht)?*

NATOisierung wird hier als internationaler Sozialisationsprozess definiert, im Zuge dessen die postkommunistischen Staaten, insbesondere ihre zivilen Entscheidungsträger und militärischen Akteure, dazu veranlasst werden sollen, die liberal-demokratischen Gemeinschaftsnormen der NATO im Politikfeld Sicherheit zu übernehmen.⁸ Bei der weiteren Konzeptualisierung und empirischen Analyse der NATOisierung gehe ich davon aus, dass dieser sicherheitspolitische Sozialisationsprozess sowohl intendierte als auch nicht intendierte Wirkungen haben kann. Obschon der Allianz seitens der Politik und auch der Wissenschaft großer Erfolg beim Demokratieexport ins östliche Europa bescheinigt worden ist, erfolgt diese Analyse ergebnisoffen. Zu Grunde liegt hierbei die Sichtweise, dass die Erweiterungspolitik der NATO nicht per se als ein Prozess erachtet werden kann, der den Demokratisierungsprozess nur begünstigt hat. Vielmehr gehe ich davon aus, dass die NATOisierung auch kontraproduktive Wirkungen gehabt haben kann – was zumindest für die Fallstudien Polen und Tschechien auch zutreffend ist.⁹

Neben ihrer Repräsentativität, die unter Kapitel 1.5 erläutert wird, liegt die Auswahl der Fallstudien Polen und Tschechien in ihrer Vergleichbarkeit begründet. Beide Staaten traten der NATO im März 1999 bei und sahen sich somit mit denselben Anforderungen der NATO konfrontiert. Denn die Sozialisationspolitik der NATO hat sich seit Ende der 1990er Jahre erheblich gewandelt. So stellte der 1999 aufgelegte 'Membership Action Plan' (MAP) ein viel präziseres Anforderungsprofil an die Kandidaten der zweiten Erweiterungsrunde dar als die in der

⁸ Die Definition von NATOisierung erfolgt in Zuspitzung der Definition internationaler Sozialisation (u.a. Johnston 2001: 494; Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 2; Checkel 2007b: 5) auf den Bereich der Sicherheitspolitik.

⁹ Auf die Problematik der nicht intendierten negativen Konsequenzen der Erweiterungspolitik verweisen im Falle der NATO auch Jacoby (2004: 3) und Forster (2003: 15) sowie Schimmelfennig (2002: 19) mit Blick auf die EU.

Erweiterungsstudie von 1995 formulierten Beitrittsbedingungen (Gheciu 2005b: 974). Darüber hinaus ist die Fallauswahl theoretischen Erwägungen geschuldet. Bei Polen und Tschechien handelt es sich um zwei Länder, bei denen sowohl der Prozess der Beitritts-NATOisierung als auch jener der Mitglieds-NATOisierung untersucht werden kann.¹⁰ Die Berücksichtigung beider Prozesse ermöglicht es, die seitens des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus formulierten Hypothesen zu erfolgter bzw. nicht erfolgter Normübernahme zu überprüfen, da mit dem Beitritt Polens und Tschechiens zur NATO die Sozialisationspraktik der materiellen Verstärkung durch Konditionalität wegfällt.¹¹ Das Ausmaß, in dem die NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen fortgesetzt wird bzw. rückläufige Tendenzen zu verzeichnen hat, lässt Schlussfolgerungen über die Qualität des Gemeinschaftsbildungsprozesses und die Handlungsmotivationen der beteiligten Akteure zu.

Verortet ist die vorliegende Arbeit an der Schnittstelle zwischen den Bereichen Transformations-, Integrations- sowie Sozialisationsforschung und dem Forschungsbereich der zivil-militärischen Beziehungen. Befragt werden diese im Folgenden daraufhin, inwieweit sie einen Beitrag leisten, um den Einfluss der NATO auf die Sicherheitspolitik postkommunistischer Staaten wie Polen und Tschechien im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen zu konzeptionalisieren.

1.2 Forschungsstand und Forschungslücken

1.2.1 Außen- und sicherheitspolitische Integrationsforschung

Bislang liefert die außen- und sicherheitspolitische Forschung zu Polen und Tschechien kaum Beiträge über die Wechselbeziehungen zwischen der Integration in die institutionelle Ordnung der NATO und dem innenpolitischen

¹⁰ Die Unterscheidung von „Beitritts-NATOisierung“ und „Mitglieds-NATOisierung“ erfolgt in Anlehnung an die in der Europäisierungsforschung übliche Differenzierung zwischen „Beitritts-Europäisierung“ und „Mitglieds-Europäisierung“.

¹¹ Vgl. Kapitel 2.4 für die Herleitung der untersuchungsleitenden Hypothesen und Kapitel 2.5 zu ihrer Spezifizierung.

Transformationsprozess.¹² Die NATO-Integrationsforschung konzentriert sich auf den inneren und äußeren Anpassungsprozess der Allianz an das veränderte sicherheitspolitische Umfeld (u.a. Alamir 2000; Theiler 2003; Riecke 2007; Varwick 2008), den NATO-internen Entscheidungsprozess zur Osterweiterung (u.a. Broer 1997; Goldgeier 1999; Asmus 2002) sowie die nationalen Positionen ihrer Mitgliedstaaten (Meier-Walser 2006; Overhaus 2009; Górká-Winter/Madej 2010). Von primärem Interesse ist hierbei die Frage, wie der Handlungswille und die Handlungsfähigkeit der erweiterten Allianz erhalten werden kann (u.a. Kamp 2006). Darüber hinaus werden die Motiv- und Interessenlage der postkommunistischen Beitritts- bzw. Mitgliedstaaten beleuchtet (Alamir/Pradetto 1997; Bedarff/Schürmann 1998; Gießmann 1997/98; Pradetto 1997; Seidelmann 2002). Allerdings weist die außen- und sicherheitspolitische Integrationsforschung zu postkommunistischen Staaten – mit wenigen Ausnahmen (Schimmelfennig 2003a; Jacoby 2004; Epstein 2008; Hudalla 2003) – einen Mangel an konzeptionellen Studien auf.¹³ Im Falle Polens konzentrieren sich immerhin einige Arbeiten auf die theoriegeleitete Analyse der Außenpolitik unter Rückgriff auf die strategische Kultur (Malinowski 2003; Winter 2007; Longhurst/Zaborowski 2004; 2007; Osica 2004) oder das nationale Rollenkonzept (Normann 2005; Ziemer 2009). Doch wird hierbei der Einfluss externer Akteure wie der NATO auf den sicherheitspolitischen Transformationsprozess Polens (Epstein 2005; Epstein 2008; Michta 2002; Frank 2009) und Tschechiens (Gheciu 2005a; 2005b; 2007; Drulák/Königová 2005; Jacoby 2004) nur vereinzelt berücksichtigt.¹⁴ Doch „it is precisely in the synergy between the two that the dynamics of change is to be located“ (Clark 1999: 5). Anneke Hudalla (2003: 9) zufolge lässt sich dieser auch heute noch recht magere Befund darauf zurückführen, dass die Außen- und

¹² Diese Forschungslücke betrifft auch die anderen postkommunistischen Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten.

¹³ Ein ähnlicher Befund muss der postkommunistischen Außenpolitikforschung insgesamt bescheinigt werden, innerhalb derer - und dann primär für Russland (Fischer 2003; Fischer 2005) - nur wenige konzeptionelle Studien vorliegen.

¹⁴ Hinsichtlich des Einflusses der EU auf die polnische und tschechische Außen- und Sicherheitspolitik haben Pomorska (2007) und Řiháčová (2005) erste Arbeiten im Rahmen der *top-down*-Dimension der Europäisierungsforschung vorgelegt.

Sicherheitspolitik postkommunistischer Staaten im Grenzbereich zwischen mehreren politikwissenschaftlichen Teilbereichen angesiedelt ist, die sich des Themas bislang nicht allzu intensiv angenommen haben.

1.2.2 Transformationsforschung

Auf nunmehr 20 Jahre postkommunistische Transformationsforschung zurückblickend, hat sich diese zu einem Forschungszweig entwickelt, der sich beinahe ausschließlich auf Fragen der innenpolitischen demokratischen Konsolidierung konzentriert (s. Kritik bei Hudalla 2003: 10; Schimmelfennig 2004: 252). Betont werden die Bedeutung von Eliten und politischer Kultur (von Beyme 1994; Merkel 1996; Erdödy 2003; Pollack 2004) oder der neu geschaffenen politischen Institutionen und Regierungssysteme (Linz/Stephan 1996; Merkel/Sandschneider/Segert 1996; Elster/Offe/Preuss 1998), um divergente Pfade der Transformationsprozesse zu erklären. Innerstaatlichen und innergesellschaftlichen Faktoren ist in der Tat ein entscheidender Einfluss beim Verlauf und Ergebnis des Demokratisierungsprozesses postkommunistischer Staaten beizumessen. Zugleich erstaunt die Vernachlässigung von internationalen Einflussfaktoren und externen Akteuren innerhalb der Transformationsforschung angesichts der Bedeutung, die ihnen bei der „dritten Welle“ der Demokratisierung (Huntington 1991) beigemessen wird (Pridham/Sanford/Herring 1994; Schmitter 1996; Whitehead 1996; Zaborowski 2005). Abgesehen von einigen wenigen Studien (Grugel 2002; Zielonka/Pravda 2001; Smith 2000), „a specific connection between Democratization Studies and International Relations has been conspicuous by its absence rather than its vigour“ (Flockhart 2005b: 5). In besonderem Maße trifft dies für die vergleichende Analyse der Demokratisierungsprozesse postkommunistischer Staaten zu, die noch immer

einer systematischen Integration internationaler Einflussfaktoren bedarf (s. Kritik bei Schimmelfennig 2002: 4).¹⁵

Ein zweites Forschungsdesiderat der Transformationsforschung betrifft die Auswirkungen des Systemwechsels auf die Streitkräfte und die Rolle der Streitkräfte bei der Systemtransformation. Mit wenigen Ausnahmen (Ulrich 1999; Werkner/Gause 2007) fristete die Frage, in welchem Ausmaß das Militär die Etablierung und Implementierung einer demokratisch legitimierten zivilen Kontrolle der Streitkräfte unterstützt bzw. unterlaufen hat, in der Transformationsforschung ein stiefmütterliches Schattendasein. Umso erstaunlicher ist dieser Befund, als die Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen gemeinhin als Indikator für den Konsolidierungsgrad der jungen Demokratien Osteuropas insgesamt gilt (u.a. Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 1). Behandelt wird die sicherheitspolitische Transformation postkommunistischer Staaten dahingegen in der Forschung zu zivil-militärischen Beziehungen.

1.2.3 Forschung zu zivil-militärischen Beziehungen

In den letzten zehn Jahren sind einige Studien zur Analyse der zivil-militärischen Beziehungen und Etablierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in postkommunistischen Staaten vorgelegt worden (Danopoulos/Zirker 1996; Bebler 1997; Betz/Lowenhardt 2001; Heinemann-Grüder 2003; Betz 2004; Cottey/Edmunds/Forster 2002a; Mychajlyszyn/van Riekhoff 2004; Simon 2004a; Simon 2004b; Born/Haltiner/Malešič 2004a; Born/Caparini/Haltiner/Kuhlmann 2006a). Zwar ist die Literatur zu den zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten umfangreich und liefert wertvolle Erkenntnisse über die Herausforderungen beim Demokratisierungsprozess, doch weist sie mit Blick auf die hier zu beantwortende Fragestellung drei Schwachstellen auf.

¹⁵ Meyers (2000: 932) hat bereits vor zehn Jahren beanstandet, dass das Verhältnis von Innen- und Außenpolitik innerhalb der Transformationsforschung unterbeleuchtet ist und vergleichende Analysen zur Außenpolitik postkommunistischer Staaten fehlen.

Erstens ist die Mehrzahl der überwiegend im angelsächsischen und amerikanischen Forschungsraum entwickelten Modelle zivil-militärischer Beziehungen (u.a. Huntington 1957; Janowitz 1960) zu Beginn des Kalten Krieges entstanden und hat sich vorwiegend mit den USA (Feaver 1992; 1999) oder den Militärputschen in Lateinamerika beschäftigt. Nicht erfasst lässt sich Douglas Bland (1995: 107), Andreas Schaer (1997: 55) und Daniel Nelson (1998: 142) zufolge mit diesen Modellen die Komplexität, die die Umgestaltung der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten nach Ende des Ost-West-Konflikts kennzeichnet. Ignoriert werden zwei Aspekte, die beim sicherheitspolitischen Demokratisierungsprozess postkommunistischer Staaten zentral sind. Zum einen konzentrieren sich herkömmliche Modelle ausschließlich auf die Konflikte zwischen zivilen Entscheidungsträgern und Militärs, wohingegen die zivil-zivilen Konflikte ausgeblendet werden. Doch bestanden diese insbesondere zu Beginn des Transformationsprozesses in erheblichem Maße, als die konstitutionellen Neuregelungen noch nicht vollständig institutionalisiert und die Strukturen ziviler Machtverteilung noch nicht konsolidiert waren (Born/Caparini/Haltiner/Kuhlmann 2006c: 235). Nicht bewahrt hat sich dahingegen die Anfang der 1990er Jahre in Politik und Wissenschaft vorherrschende Befürchtung eines Prätorianismus in den postkommunistischen Staaten. Zum anderen ignorieren herkömmliche Modelle die Bedeutung, die der Sozialisation sowohl militärischer als auch politischer Akteure im sicherheitspolitischen Demokratisierungsprozess beigemessen werden muss. Zwar wird dieser blinde Fleck des immer noch einflussreichen Huntington'schen Modells mit Blick auf die Militärs vereinzelt kritisiert (Ulrich 1999: 9), zugleich aber der Notwendigkeit eines demokratischen zivilen Professionalismus nicht Rechnung getragen.

Neben der US-Zentriertheit ergibt sich eine zweite Forschungslücke aus der theoretischen Unterbeleuchtung des Untersuchungsgegenstands. Leisten immerhin einige Studien eine systematisch-vergleichende Betrachtungsweise des Demokratisierungsprozess der zivil-militärischen Beziehungen

postkommunistischer Staaten (DCAF¹⁶; Cottey/Forster/Edmunds 2002; Mychajlyszyn/van Riekhoff 2004; Born/Caparini/Haltiner/Kuhlmann 2006a; Werkner/Gause 2007), bleibt eine Erklärung der beschriebenen Gemeinsamkeiten und Unterschiede weitestgehend aus. Darüber hinaus vernachlässigen die Forschung zu den zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten wie auch die Transformationsforschung, den Einfluss externer Akteure wie der NATO.¹⁷ Dieses Forschungsdesiderat ist umso erstaunlicher, als die Integration in die NATO als Schlüsselfaktor bei der sicherheitspolitischen Transformation dieser Länder erachtet wird (van Riekhoff 2004: 15; Cottey/Forster/Edmunds 2006: 13).

Umstritten ist innerhalb der Literatur, wie reibungslos bzw. zäh die Etablierung und Implementierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte im östlichen Europa gewesen ist. Während das Autorenteam um Andrew Cottey (Cottey/Edmunds/Forster 2005: 4) Polen und Tschechien einen raschen Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen bescheinigen, ziehen Agnieszka Gogolewka (2006) im Falle Polens und Marie Vlachová (2004; 2006) für Tschechien eine weitaus kritischere Bilanz. Diese unterschiedliche Bewertung des NATOisierungsgrades beider Staaten im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen ist sicherlich auch dem Vergleichsmaßstab geschuldet. Bei einer Gegenüberstellung der mittelosteuropäischen Staaten mit jenen Südosteuropas oder Osteuropas schneiden Polen und Tschechien in der Tat besser ab. In erster Linie weist dieser ambivalente Befund allerdings auf die unterschiedlichen Dimensionen und Akteursgruppen der NATOisierung hin. Mit einer formal-institutionellen Normübernahme, auf die sich die Mehrzahl der Studien konzentrieren, ist nicht zwangsläufig deren nachhaltige Implementierung, normkonformes Akteursverhalten oder ihre Bestätigung im nationalen Diskurs verbunden. Vielmehr kann der NATOisierungsgrad sowohl zwischen diesen drei

¹⁶ Vgl. die Studien des Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) auf der Homepage <http://www.dcaf.ch>, DCAF Publications.

¹⁷ Externe Einflussfaktoren auf die Transformation zivil-militärischer Beziehungen wurden nur bezüglich der Frage untersucht, ob ein hohes externes Bedrohungspotenzial die Wahrscheinlichkeit einer Intervention des Militärs in die Innenpolitik erhöht (Desch 1999).

Dimensionen als auch innerhalb der jeweiligen nationalen Akteursgruppen erheblich variieren, wie der Blick auf Polen und Tschechien zeigt. Analytisch in den Griff bekommen lässt sich die notwendige Differenzierung zwischen verschiedenen Dimensionen und Akteuren der NATOisierung unter Rückgriff auf die so genannten '*second-image-reversed*'-Ansätze (Gourevitch 1978), zu denen die internationale Sozialisationsforschung gehört.¹⁸

1.2.4 Internationale Sozialisationsforschung

Neben der „dritten Welle“ der Demokratisierung verdankt sich das Wiederaufleben der Forschung zur internationalen Sozialisation zu Beginn der 1990er Jahre auch dem innerwissenschaftlichen Impuls der „konstruktivistischen Wende“ in den Theorien der Internationalen Beziehungen (Schimmelfennig 2003b: 403). Die Sozialisationsforschung untersucht die Übernahme internationaler Normen in nationale Institutionen, Verhaltensmuster und Diskurse. Bei ihrer Differenzierung zwischen unterschiedlichen normativen Effekten knüpft die Sozialisationsforschung an die innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen entwickelten Konzeptionen von Normen an (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997: 14-21; Raymond 1997: 217f.). Entsprechend der formalen, behaviouralen und kommunikativen Konzeption von Normen vermag die Sozialisationsforschung bei der Analyse der Normübernahme zwischen der Ebene der Institutionen, des Akteursverhaltens und des Diskurses zu unterscheiden (Schimmelfennig 2002: 9). Dadurch kann eine konzeptionelle Schwäche der Forschung zu den zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten überwunden werden.

Von anderen *second-image-reversed*-Ansätzen unterscheidet sich die internationale Sozialisationsforschung durch ihre Fokussierung auf konstitutive Normen, d.h. auf jene, durch die sich die internationale Gemeinschaft gegenüber

¹⁸ *Second-image-reversed*-Ansätze konzeptualisieren den Einfluss systemischer Faktoren auf die Innenpolitik von Staaten. Im hochgradig institutionalisierten Europa betrifft dies insbesondere den Einfluss internationaler Institutionen auf ihre Mitglieds-, Beitritts- und Partnerstaaten.

anderen auszeichnet und durch die sich ihre Mitglieder als Teil dieser Gemeinschaft erkennen lassen.¹⁹ Erklärt werden soll, aufgrund welcher Akteure, Mechanismen und Bedingungen Staaten und individuelle Akteure die konstitutiven Gemeinschaftsnormen internationaler Institutionen (nicht) übernommen haben.²⁰ Einigkeit besteht innerhalb der Literatur insoweit, als der Gemeinschaftsbildungsprozess im erweiterten Europa als asymmetrische Beziehung zwischen internationalen Institutionen als Sozialisationsagenturen und postkommunistischen Sozialisanden erachtet wird:

„the socializer either has, or believes itself to have, a greater knowledge or understanding of the norm set than those that are being socialized, and that it has the power to judge whether the required norm changes have been undertaken satisfactorily“ (Flockhart 2005b: 16).

Unterschiedliche Antworten liefert die Forschung allerdings hinsichtlich der Frage, aus welchen Machtasymmetrien sich das Sozialisationspotenzial der NATO speist, und welches die für die Normübernahme zentralen Mechanismen und Bedingungen sind. Wie in der Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte generell, haben bislang auch in der internationalen Sozialisationsforschung kompetitive Ansätze überwogen. Eine Minderheit von Autoren (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006; Michta 2002) betrachtet den sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess postkommunistischer Staaten als extrinsisch motivierten Verhandlungs- und Anpassungsprozess, bei dem die NATO durch ihre Praktik der materiellen Verstärkung und des sozialen Einflusses strategisch handelnde Akteure zur Normübernahme veranlasst habe. Demgegenüber verweisen die meisten Autoren (Epstein 2005; Flockhart 2004; Gheciu 2005a; 2005b; 2007; Lucarelli 2005) auf die Bedeutung von Überzeugungs- und Lernprozessen, im Zuge derer sich

¹⁹ Keinen zentralen Untersuchungsaspekt bilden die für die kollektive Identität der internationalen Gemeinschaft konstitutiven Normen z.B. in der *Compliance*-Forschung, die sich vorwiegend auf die nationale Implementation international entwickelter *Policies* konzentriert.

²⁰ Inwiefern lediglich Staaten oder auch individuelle Akteure, wie z.B. politische Entscheidungsträger oder Militärs, als Sozialisanden betrachtet werden, ist innerhalb der Sozialisationsforschung umstritten. Eine Diskussion dieses Aspekts und die Begründung, warum die Berücksichtigung beider Akteursgruppen notwendig ist, erfolgt in Kapitel 2.1.1.

zunächst die Einstellungen und Glaubensüberzeugungen und daran anschließend die Identitäten und Interessen der postkommunistischen Sozialisanden verändert hätten.

Für die hier zu beantwortende Fragestellung sind diese Studien – wie auch jene ohne Bezug zur NATO vorgenommenen Konzeptualisierungen internationaler Sozialisationsprozesse (u.a. Checkel 2005; Checkel 2007a; Alderson 2001; Johnston 2001) – in zweifacher Hinsicht hilfreich.²¹ Zum einen haben sie aus der Perspektive des rationalen bzw. des konstruktivistischen Institutionalismus unterschiedliche Mechanismen, Praktiken und Bedingungen herausgearbeitet, auf die bei der Analyse der NATOisierung Polens und Tschechiens zurückgegriffen werden kann.²² Darüber hinaus unterscheiden sie – wie auch die Europäisierungsforschung – zwischen unterschiedlichen (Ideal)Typen nationaler Akteure und erhellen damit einen in der CMR-Forschung unterbelichteten Aspekt.²³ Indes steht den überwiegend dichotomischen Ansätzen die Forderung nach einem Brückenschlag zwischen Rationalismus und Konstruktivismus im Allgemeinen (Risse 2003; Wiener 2003) und einer komplementär ausgerichteten Sozialisationsforschung im Besonderen (Zürn/Checkel 2005: 1075) gegenüber. Wie das konstruktivistische Forschungsparadigma insgesamt, hat sich auch die konstruktivistisch orientierte Sozialisationsforschung vorwiegend auf die metatheoretische und ontologische Abgrenzung gegenüber rationalen Ansätzen konzentriert (Checkel/Moravcsik 2001: 220; 227). Vorherrschend ist eine „als-ob“-Vorgehensweise, bei der üblicherweise das Argument vorgebracht wird, „that fundamental agent properties have been reshaped by prevailing norms, but fail to

²¹ Neben diesen Autoren, die sich überwiegend auf die Konzeptualisierung intergouvernementaler Sozialisationsprozesse konzentrieren, sind die Diskussionen innerhalb der Sozialisationsforschung auch in hohem Maße von Studien zur transnationalen Sozialisation bereichert worden, insbesondere den Arbeiten von Risse/Sikkink (1999); Finnemore/Sikkink (1998).

²² Eine Vorstellung und Diskussion dieser unterschiedlichen Mechanismen und Bedingungen erfolgt in Kapitel 2.4.

²³ In Anlehnung an die in der Europäisierungsforschung bestehenden Akteurstypen wird zwischen NATO-Opportunisten, funktionalen NATO-Normunternehmern, authentischen NATO-Normunternehmern und Veto-Spielern differenziert. Siehe Kapitel 2.6.1 zur Problematik der Abgrenzung bei der empirischen Analyse.

theorize or empirically document the process of social interaction through which it occurs; agents act 'as if' their behaviour becomes rule-governed" (Checkel 2001b: 220). Einen vergleichbaren Vorwurf müssen sich auch rationalistische Erklärungsansätze gefallen lassen: Dass sich ein bestimmtes Akteursverhalten unter Rückgriff auf Kosten-Nutzen-Kalkulationen plausibilisieren lässt, bedeutet nicht zwangsläufig, dass der betreffende Akteur im Zuge der Interaktionen mit der Sozialisationsagentur nicht auch normativ überzeugt worden ist. Somit ist sowohl aus theoretisch-konzeptuellen Erwägungen als auch aufgrund der empirischen Komplexität des Untersuchungsgegenstands ein komplementärer Zugang zur Analyse internationaler Sozialisationsprozesse wie der NATOisierung erforderlich.

1.3 Spezifizierung der Untersuchungsziele und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands

1.3.1 Theoretische und empirische Untersuchungsziele

Mit der übergeordneten Fragestellung, inwieweit die NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich war, und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen die Normübernahme (nicht) erfolgte, sind theoretische und empirische Untersuchungsziele verbunden.²⁴ Das Hauptziel der empirischen Teile der Arbeit ist es, den Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen im Sinne Max Webers zu »verstehen«.²⁵ Im Mittelpunkt des empirischen Forschungsinteresses steht hierbei die Frage, mittels welcher Sozialisationspraktiken die NATO die sicherheitspolitischen Akteure Polens bzw. Tschechiens zur Übernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu bewegen versuchte, und inwieweit sie dabei erfolgreich war. Bei der Analyse der NATOisierung Polens und Tschechiens wird zwischen verschiedenen Formen

²⁴ Mechanismen werden hierbei als kausale Mechanismen verstanden. Vgl. hierzu Kapitel 2.4.

²⁵ Soziologisches »verstehen« als Methode bedeutet für Weber (1968a: 428; 437) ausdrücklich nicht intuitives Nachempfinden, sondern immer die Verbindung von »verstehen« und »kausalem Erklären«.

der Normübernahme, Typen von Akteuren sowie Phasen differenziert. Daraus ergeben sich folgende empirische Untersuchungsziele:

- Inwieweit übernahmen Polen und Tschechien die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte auf der institutionellen, behaviouralen und argumentativen Ebene?
- War die Normübernahme nachhaltig und tiefgreifend oder lassen sich nach dem Beitritt Polens und Tschechiens zur NATO im März 1999 rückläufige Tendenzen beobachten?
- Aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen wurde der sicherheitspolitische Sozialisationsprozess Polens und Tschechiens begünstigt oder behindert?
- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestanden beim Verlauf und Ergebnis der NATOisierung Polens und Tschechiens?
- Welche nicht intendierten Konsequenzen waren mit der Sozialisationspolitik der NATO verbunden?

Im Zentrum des theoretischen Erkenntnisinteresses der Untersuchung steht die Entwicklung und Anwendung eines komplementären Ansatzes zur Analyse sicherheitspolitischer Sozialisationsprozesse im erweiterten Europa. Das Hauptziel des konzeptionellen Teiles der Arbeit ist es, die innerhalb der Sozialisationsforschung herausgearbeiteten Wirkungszusammenhänge für die theoriegeleitete Analyse des Einflusses der NATO auf den Demokratisierungsprozess der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten nutzbar zu machen. Daraus leiten sich folgende theoretischen Untersuchungsziele ab:

- Wie lassen sich die Ansätze des rationalen und des konstruktivistischen Institutionalismus bei der Analyse internationaler Sozialisationsprozesse verbinden?
- Inwieweit können der rationale bzw. der konstruktivistische Institutionalismus den Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung Polens und Tschechiens erklären?

- Variiert die Erklärungskraft beider Ansätze im Hinblick auf unterschiedliche Akteure, Phasen und/oder Kontexte des Sozialisationsprozesses?
- Welche Lehren lassen sich aus der polnischen und tschechischen Fallstudie für die theoretische Weiterentwicklung der (sicherheitspolitischen) Sozialisationsforschung ziehen?

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit erstreckt sich von 1991 bis 2004. Das Jahr 1991 ist aus zweierlei Gründen als Beginn gewählt. Zum einen hat die NATO damals mit der Errichtung des Nordatlantischen Kooperationsrates begonnen, die politische und militärische Kooperation mit den postkommunistischen Staaten zu institutionalisieren. Zum anderen forderten Polens Präsident Lech Wałęsa und sein tschechoslowakischer Amtskollege Václav Havel auf dem Krakauer Gipfel der Viségrad-Länder im Oktober 1991 ein Bekenntnis der NATO zur Osterweiterung (Hyde-Price 1996: 244). Die Ausweitung des Untersuchungszeitraums über den NATO-Beitritt Polens und Tschechiens im März 1999 hinaus ist sowohl empirischen als auch theoretischen Überlegungen geschuldet. Um zu ermitteln, inwieweit die Normübernahme nachhaltig und tiefgreifend gewesen ist, muss angesichts der Langfristigkeit solcher Prozesse auch die Zeitspanne bis zur zweiten NATO-Osterweiterung im April 2004 berücksichtigt werden. Darüber hinaus kann durch die Einbeziehung der Mitglieds-NATOisierung die Erklärungskraft des rationalen bzw. konstruktivistischen Institutionalismus überprüft werden, gemäß dessen eine rückläufige bzw. fortschreitende NATOisierung erwartet wird.

1.3.2 Begründung der empirischen Schwerpunktsetzung und die Definition zivil-militärischer Beziehungen

Zivil-militärische Beziehungen umfassen alle Aspekte der Beziehung zwischen den Streitkräften, der Regierung und der Gesellschaft, von der sie ein Teil sind (von Riekhoff 2004: 3). Demokratische Kontrolle der Streitkräfte wird als politische Kontrolle des Militärs durch demokratisch legitimierte staatliche Autoritäten verstanden (Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 6). In demokratischen Gesellschaften geht es bei der Ausgestaltung der zivil-militärischen Beziehungen um drei Kernelemente, von denen die Depolitisierung der Streitkräfte, d.h. ihre Neutralität

gegenüber der Innenpolitik und ihre Unterordnung unter eine legitime zivile Autorität, eines bildet. Verantwortlich für die Gewährleistung der politischen Neutralität des Militärs sind nicht nur die Streitkräfte selbst, sondern auch die zivilen Entscheidungsträger:

„The military must become (and remain) convinced that they have no need or right to intervene with force in civilian political struggle, and (...) conversely, civilian politicians must be discouraged (or prevented) from bringing the peculiar resources of the military into the political process as a means of resolving their disputes“ (Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 252).

Das zweite Kernelement einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte betrifft die Kontrolle der Verteidigungspolitik, welche die Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte, das Verteidigungsbudget sowie die Entwicklung der Militärstrategie umfasst. Während die Definition der verteidigungspolitischen Ziele den demokratischen, zivilen Autoritäten obliegt, soll sich das Militär darauf beschränken, diese Entscheidungen zu implementieren. Das dritte Kernelement einer demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bezieht sich auf die Rolle des Militärs in der Außenpolitik, insbesondere auf Entscheidungen über die Anwendung militärischer Gewalt. Demokratische Kontrolle bedeutet hierbei, dass die Entscheidung über Auslandseinsätze der Streitkräfte und die Ausübung militärischer Gewalt den demokratisch legitimierten zivilen Autoritäten des Staates unterliegen soll (Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 6).

In Anbetracht dieser drei Kernelemente geht es einem engeren Verständnis der zivil-militärischen Beziehungen darum, wie demokratisch legitimierte zivile Akteure und Institutionen Kontrolle über das Militär ausüben, mit diesem interagieren und dieses managen (Born/Caparini/Haltiner/Kuhlmann 2006b: 5). Hierbei bedeutet zivile demokratische Kontrolle weit mehr als die bloße Maximierung ziviler Macht über das Militär. Erforderlich ist vielmehr eine effektive Regierungsführung des Sicherheits- und Verteidigungssektors, die transparent, rechenschaftspflichtig und rechtsstaatlich ausgeübt wird (Edmunds 2003: 148). Die beiden wichtigsten Normen sind hierbei Rechenschaftspflicht und Transparenz (Born/Haltiner/Malešič 2004b: 18). Rechenschaftspflicht impliziert, dass das Militär gegenüber demokratisch gewählten Autoritäten Bericht erstattet. Voraussetzung ist hierfür Transparenz, die „does not imply simply announcing and broadcasting, but rather

suggests procedural visibility and clarity both facilitated by media investigations, parliamentary oversight and academic scrutiny“ (Nelson 2002a: 23). Die Gewährleistung von Rechenschaftspflicht und Transparenz ist nicht nur eine Frage des Einhaltens von Regeln und Prozeduren, sondern auch eine kulturelle Angelegenheit (Born/Haltiner/Malešič 2004b: 18). Denn wenn transparente Regeln und Prozeduren nicht auf einem Vertrauensverhältnis zwischen politischer und militärischer Führung basieren, sind sie zum Scheitern verurteilt.

Obschon die vorliegende Arbeit auf einem engeren Verständnis von zivil-militärischen Beziehungen basiert, werden die Beziehungen zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft Polens bzw. Tschechiens insoweit berücksichtigt, als sie das historische Erbe, die Kultur und das politische System der Länder reflektieren. Das Begriffsverständnis von „Militär“ beschränkt sich auf die Streitkräfte im Gesamten sowie ihre militärische Führung und Spezialeinheiten. Abgelehnt wird die Ausweitung der militärischen Komponente der zivil-militärischen Beziehungen auf alle nationalen Sicherheitsstrukturen, wie Geheimdienste, Polizei und Grenzschutz, vis-à-vis der Zivilgesellschaft, da dadurch der Fokus der Untersuchung verwässert würde.²⁶

Dass sich die vorliegende Analyse der sicherheitspolitischen Sozialisation Polens und Tschechiens durch die NATO auf den Bereich der zivil-militärischen Beziehungen konzentriert, ist auf zwei Gründe zurückzuführen. Zum einen wird das Ausmaß, in dem die Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten gelungen ist, als Indikator für den Konsolidierungsgrad der jungen Demokratien Osteuropas insgesamt betrachtet (Michta 1997: 1; Heinemann-Grüder 2003: 26).²⁷ Darüber hinaus galt die Etablierung und Implementierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte insbesondere bei der ersten Osterweiterung der NATO als zentrales Beitrittskriterium (Edmunds 2003: 146). Die bereits im PfP-Rahmendokument

²⁶ Solch eine breite Annäherung an die Analyse nationaler Sicherheitsstrukturen liegt dem Konzept der Sicherheitssektorreform zu Grunde.

²⁷ Eine ausführliche Erläuterung dieses Zusammenhangs erfolgt in Kapitel 4.1.

(NATO 1994a) geforderte zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte nannte die NATO in ihrer Erweiterungsstudie vom September 1995 als erste Beitrittsanforderung (NATO 1995: Kapitel 1). Allerdings spezifizierte sie in ihren einschlägigen Dokumenten nicht, was genau sie unter einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte verstand. Verstärkt wurde die Unklarheit über die zu übernehmenden Sozialisationsinhalte auch dadurch, dass es – wie der Blick auf die NATO-Mitgliedstaaten und ihre jeweilige Gestaltung der zivil-militärischen Beziehungen zeigt – innerhalb der NATO nicht *ein einziges* Modell zivil-militärischer Beziehungen gibt, sondern *unterschiedliche* Formen der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte praktiziert werden.²⁸ Angesichts dessen sahen sich die nationalen Eliten der postkommunistischen Staaten mit der Herausforderung konfrontiert, die Anforderung einer zivil-demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Abhängigkeit von ihren jeweiligen länderspezifischen militärischen Traditionen und soziokulturellen Prägungen beim Transformationsprozess ihrer zivil-militärischen Beziehungen umzusetzen.²⁹

1.3.3 Thematische Abgrenzungen

Zweifelsohne ist die NATO-interne Entscheidung zur ersten Osterweiterung maßgeblich von der Haltung führender NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere den USA, beeinflusst worden. Diese haben auch die NATO-Erweiterungspolitik geprägt, wie etwa die Konzeption der PfP und deren Umsetzung in den einzelnen Beitrittsländern. Nichtsdestoweniger ist der NATO-interne Entscheidungsprozess zur ersten Osterweiterung nur insoweit Gegenstand der vorliegenden Arbeit, als er den Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten, insbesondere das Verhalten und die Rhetorik der

²⁸ Dass die für die NATO konstitutive Gemeinschaftsnorm der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte im Falle der Türkei nur ansatzweise implementiert ist, bildet hierbei die Ausnahme innerhalb der Sicherheitsgemeinschaft liberal-demokratischer Staaten.

²⁹ Mit welchen Herausforderungen sich die postkommunistischen Anwärterstaaten beim Demokratisierungsprozess ihrer zivil-militärischen Beziehungen konfrontiert sahen, wird in Kapitel 4.3 erörtert.

zivilen Entscheidungsträger und militärischen Führung, beeinflusst hat. Nicht berücksichtigt wird dabei die Frage, zu welchem Anteil sich „NATOisierung“ aus „Amerikanisierung“ und „Europäisierung“ zusammen setzt. Ausgeblendet wird darüber hinaus die Frage, wie sich der Beitritt neuer Mitglieder auf die NATO selbst ausgewirkt hat, d.h. auf die Handlungsfähigkeit und die kollektive Identität der Allianz. Wie die NATO die Herausforderung bewältigt hat, dass mit der Aufnahme wirtschaftlich und militärisch schwacher Staaten der Integrationsbedarf zunimmt, während zugleich die Fähigkeit zum kollektiven Handeln abnimmt, ist folglich nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung.

Mit Blick auf die polnische und tschechische Sicherheitspolitik ist die innerpolnische bzw. -tschechische Entscheidung, die NATO-Mitgliedschaft angestrebt zu haben, auch nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung, sondern ihr Ausgangspunkt. Von Interesse ist vielmehr herauszuarbeiten, inwieweit und warum die NATOisierung im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen (nicht) erfolgreich war. Allerdings sind die innerhalb der sicherheitspolitischen Elite Polens und Tschechiens mitunter divergierenden Positionen zur NATO-Mitgliedschaft insofern von Interesse, als sie die Normübernahme im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen begünstigt bzw. behindert haben.

Nicht geleistet wird in den beiden Fallstudien ein systematischer Vergleich der unterschiedlichen Parteiprogramme hinsichtlich der Integration Polens und Tschechiens in die NATO. Zu rechtfertigen ist diese Einschränkung aufgrund von zwei Faktoren: Erstens weist insbesondere das polnische Parteiensystem eine immense Fragmentierung, Fluktuation und Neubildung auf, was in abgeschwächter Form auch für das tschechische gilt. Zweitens bestand in Polen trotz mitunter im Jahrestakt wechselnden Regierungen zumindest seit dem Sieg der SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej, Demokratische Linksallianz) bei den Parlamentswahlen im September 1993 parteiübergreifend ein nationaler Konsens, die NATO-Mitgliedschaft anzustreben. Innenpolitisch umstritten war dahingegen die Mitgliedschaft in der Allianz in Tschechien bis 1997. Eine Gemeinsamkeit der beiden großen tschechischen Parteien, der ODS (Občanská demokratická strana, Demokratische Bürgerpartei) und der ČSSD (Česká strana sociálně-demokratická,

Tschechische Sozialdemokratische Partei), war ihr für die tschechische Politik charakteristisches sicherheitspolitisches Desinteresse. Indes werden Unterschiede innerhalb und zwischen der Parteienlandschaft Polens und Tschechiens insoweit in die Untersuchung miteinbezogen, als sie die NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen betreffen.

Schließlich muss das Themenfeld der zivil-militärischen Beziehungen (teilweise) von jenem der Streitkräftereformen postkommunistischer Staaten abgegrenzt werden. Obschon die Interoperabilität der postkommunistischen Streitkräfte zumindest in formaler Hinsicht ein zentrales Beitrittskriterium der NATO gewesen ist, ist für die vorliegende Untersuchung nur die kulturelle Dimension der Interoperabilität relevant, da diese den Demokratisierungsprozess der zivil-militärischen Beziehungen beeinflusst.³⁰ So ist die Ausbildung der polnischen und tschechischen Streitkräfte innerhalb der beiden Länder bzw. im Rahmen der PfP-Aktivitäten wichtig, weil sie die Vermittlung liberal-demokratischer Werte, Führungsphilosophien und das Selbstverständnis des Militärs innerhalb der sich demokratisierenden Regierungssysteme und Gesellschaften betrifft. Die technologischen Aspekte der Interoperabilität werden dahingegen bei der Analyse des Verhaltens polnischer und tschechischer Militärs bei der NATOisierung ausgeblendet.

1.4 Auswahl der Fallstudien: Polen und Tschechien als repräsentative Fälle

Für eine theoriegeleitete Untersuchung der sicherheitspolitischen Sozialisation postkommunistischer Staaten durch die NATO bieten sich Polen und Tschechien als repräsentative Fälle (Gerring 2001: 218f.) in dreierlei Hinsicht an.³¹ Erstens

³⁰ Obschon die Interoperabilität in allen einschlägigen NATO-Dokumenten als Beitrittsanforderung genannt wird, spielte sie insbesondere bei der ersten Osterweiterungsrunde – insbesondere im Vergleich zur zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte – nur eine marginale Rolle. Aufgewertet wurde das Kriterium der Interoperabilität allerdings im Zuge der seit Ende der 1990er Jahre veränderten Erweiterungspolitik der NATO, was sich u.a. im MAP niederschlug.

³¹ Vgl. auch Hague/Harrop/Breslin (1998: 277) zum Typus des 'repräsentativen' Falles.

sind der ausgehandelte Systemwechsel (Beyme 1994: 94; Merkel 1999: 410f.) in Polen und der Regimekollaps (Beyme 1994: 94; Merkel 1999: 414f.) in Tschechien klassische Beispiel für die beiden dominanten Transformationspfade in Mitteleuropa.³² In Polen setzte die Systemtransformation bereits 1980 mit der Gründung der Gewerkschaft *Solidarność*, massiven Streiks und der Besetzung der Schiffswerft in Danzig ein. Mit der *Solidarność* konnte sich ein zivilgesellschaftlicher Akteur herausbilden, der die alten Regimeeliten herausforderte.³³ Bei der machtpolitischen Pattsituation im Jahre 1988 konnten sich weder die Regierung unter General Wojciech Jaruzelski noch die Opposition unter Führung von Lech Wałęsa durchsetzen (Werkner 2007a: 24). An runden Tischen handelten beide Lager den Systemwechsel aus. Der institutionelle Kompromiss bestand darin, dass der auf Forderung der Opposition geschaffene Senat frei gewählt werden sollte, wenn auch mit geringeren Befugnissen ausgestattet. Dahingegen war die Mehrheit der Sejm-Mandate in der ersten freien Wahl 1989 den alten Regimeträgern zugesprochen worden und nur 35 Prozent der Sitze konnten frei gewählt werden (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 127). Tschechien existiert als eigenständiger Staat seit dem 1. Januar 1993, nachdem es im Herbst 1989 zu einem Regimekollaps und Ende 1992 zur Auflösung der Tschechoslowakei gekommen war.³⁴ Innerhalb von nur drei Wochen kollabierte das kommunistische Regime. Auf eine niedergeschlagene Studentendemonstration folgten Streiks und Demonstrationen mit dem Dissidenten Václav Havel an der Spitze. Mitglieder und führende Funktionäre der kommunistischen Partei begannen zunehmend „Fahnenflucht“. Darüber hinaus

³² Weitere regionale Ländergruppen innerhalb der postkommunistischen Transformationsländer sind die baltischen Staaten, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie die Länder Südosteuropas (Pickel 2006: 26).

³³ Vgl. Bingen (1982) zur Genese der *Solidarność*, ihrer Zielsetzungen, personellen Zusammensetzung und Charakteristika.

³⁴ Als Ursachen der Teilung sind insbesondere die unterschiedliche politische Kultur der Tschechen und Slowaken, die Erblasten des kommunistischen Regimes, die sozioökonomische Anpassungskrise als Begleiterscheinung des Systemwechsels, der entflammte Nationalismus sowie das Fehlen geeigneter institutioneller Mechanismen zur Konfliktregulierung angeführt worden. Vgl. hierzu Cox/Frankland (1995: 71-88); Wolchik (1995: 225-244); Vodička (2004: 247).

weigerten sich Polizei und Armee, Befehle auszuführen und sich gegen das Volk zu stellen. In der Folge fehlte es an handlungsfähigen Akteuren. Das alte Regime war nicht mehr in der Lage zu agieren und es war keine mit der *Solidarność* vergleichbare Opposition vorhanden (Werkner 2007b: 205). Somit bestand auch nicht die Möglichkeit, runde Tische oder Verhandlungen zu initiieren.

Diese unterschiedlichen Typen von Systemwechseln in Polen und Tschechien wirkten sich auf den Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen beider Staaten aus (Betz 2004b: 42). Im Zuge des ausgehandelten Systemwechsels in Polen musste die demokratische Oppositionsbewegung unter Führung Wałęsas, der von 1990 bis 1995 Präsident der III. Republik Polens war, Zugeständnisse an das alte Regime machen, die zu intensiven Auseinandersetzungen über die Kontrolle der Streitkräfte zwischen Präsident und Parlament führten. Dahingegen war die politische Macht in Tschechien und damit auch die Kontrolle über die Streitkräfte von Anfang an bei parlamentarischen Kräften konzentriert, wohingegen der Präsident eine vorwiegend symbolische Rolle spielte.

Jenseits der Zuordnung zu unterschiedlichen Typen des Systemwechsels ergibt sich die Repräsentativität der Fallauswahl auch aus den jeweiligen Regierungssystemen. Das polnische Regierungssystem, das seine endgültige Form mit Inkrafttreten der Verfassung von 1997 erst relativ spät erhalten hat (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 11), lässt sich dem semi-präsidentiellen Typus zuordnen, und jenes Tschechiens dem Typus des parlamentarischen Regierungssystems.³⁵ Damit sind durch die Fallauswahl Polens und Tschechiens die in Osteuropa dominierenden Regierungssysteme vertreten (Merkel 1996: 79). Schließlich stellen Polen und Tschechien repräsentative Fälle dar, weil sie im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik die für postkommunistische Staaten charakteristischen Merkmale aufgewiesen haben. Diese werden – wie

³⁵ Vgl. die Hauptunterscheidungsmerkmale zwischen parlamentarischen, präsidentiellen und semi-präsidentiellen Regierungssystemen bei Rüb (1994), Merkel (1996) und Schmidt (2000).

auch die Unterschiede der (post)kommunistischen Ausprägung der zivil-militärischen Beziehungen Polens und Tschechiens in Kapitel 4.3 erörtert.

1.5 Aufbau und Gang der Untersuchung

Die Beantwortung der Fragestellung, inwieweit die NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich war und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen die Normübernahme (nicht) erfolgte, vollzieht sich in sechs Etappen. Zunächst wird ein Forschungsdesign entwickelt, mittels dessen der rational-institutionalistische und konstruktivistisch-institutionalistische Strang der internationalen Sozialisationsforschung für die Analyse der NATOisierung postkommunistischer Sicherheitspolitik nutzbar gemacht werden kann. (Kap. 2). NATOisierung wird hierbei als sicherheitspolitischer Sozialisationsprozess begriffen (Kap. 2.1). Die Entscheidung für die Definition internationaler Sozialisation vom „Anfang“ her liegt darin begründet, dass die NATOisierung als ergebnisoffener Prozess betrachtet wird, über dessen Erfolg bzw. Scheitern zu befinden der empirischen Analyse vorbehalten bleiben soll. Nach einer Gegenüberstellung des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus (Kap. 2.2) wird die Notwendigkeit eines komplementären Zugangs zur NATOisierung begründet (Kap. 2.3). Geschuldet ist diese Wahl sowohl theoretischen Erwägungen als auch der empirischen Komplexität des Untersuchungsgegenstands. Um den Einfluss der NATO auf den Transformationsprozess postkommunistischer Staaten im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen zu konzeptualisieren, wird auf die innerhalb des rationalen und konstruktivistischen Zweiges der Sozialisationsforschung herausgearbeiteten Mechanismen, Praktiken und Bedingungen der Normübernahme zurückgegriffen (Kap. 2.4). Um die aus dem rational-institutionalistischen sowie konstruktivistisch-institutionalistischen Forschungsstrang abgeleiteten Hypothesen zu operationalisieren, werden die jeweiligen Variablen spezifiziert (Kap. 2.5). Daran schließt die Reflektion der methodologischen Herausforderungen an, die mit der Überprüfung der beiden Hypothesen verbunden sind (Kap. 2.6).

Ziel des dritten und vierten Kapitels ist es, auf der internationalen und innerstaatlichen Analyseebene die empirischen Grundlagen für die theoriegeleiteten Fallstudien zu erarbeiten. Die Untersuchung der Erweiterungs- und Sozialisationspolitik der NATO hat drei Schwerpunkte (Kap. 3). Den ersten bildet die Institutionalisierung der politischen und militärischen Kooperation der NATO mit den postkommunistischen (Anwärter)Staaten (Kap. 3.1). Darüber hinaus werden die Programme, Inhalte und Ausbildungszentren der NATOisierung beleuchtet (Kap. 3.2). Herausgearbeitet werden schließlich die Sozialisationspraktiken, mittels derer die NATO und ihre Repräsentanten die postkommunistischen Sozialisanden zur Normübernahme zu bewegen versucht haben (Kap. 3.3). Auf der innerstaatlichen Analyseebene wird zunächst der Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen im gesamtstaatlichen und -gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess verortet (Kap. 4.1). Durch den Vergleich demokratischer und sowjetisch geprägter Modelle zivil-militärischer Beziehungen (Kap. 4.2) wird herausgearbeitet, welche Aspekte in besonderem Maße vom Demokratisierungsbedarf betroffen sind (Kap. 4.3). An die gemeinsamen Herausforderungen Polens und Tschechiens bei der Transformation ihrer zivil-militärischen Beziehungen schließt sich eine Analyse der Unterschiede beider Fälle an (Kap. 4.4). Darauf folgt die Reflektion der Vorgehensweise bei den Fallstudien sowie die Vorstellung des in Kapitel 4.2 und 4.3 generierten Leitfadenskatalogs.

Die beiden Fallstudien widmen sich der Beantwortung der übergeordneten Fragestellung, inwieweit die NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich war und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen die Normübernahme (nicht) erfolgte (Kap. 5 und Kap. 6). Zielsetzung der theoriegeleiteten Fallstudien ist es, den Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung Polens und Tschechiens im Sinne Max Webers zu »verstehen«. Zurückgegriffen wird hierbei auf die Methode der doppelten Interpretation, bei welcher der sicherheitspolitische Sozialisationsprozess sowohl aus rational-institutionalistischer als auch konstruktivistisch-institutionalistischer Sicht beleuchtet wird. Voraussetzung ist hierfür eine detaillierte Prozessanalyse der Annäherung Polens (Kap. 5.1) und Tschechiens (Kap. 6.1) an die NATO sowie

ihres Transformationsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen (Kap. 5.2 und 6.2). Herausgearbeitet wird hierbei, inwieweit Polen und Tschechien die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte auf der institutionellen, behaviouralen und argumentativen Ebene übernommen haben. Inwieweit sich der Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen aus der Perspektive des rationalen Institutionalismus (Kap. 5.3 und 6.3) bzw. konstruktivistischen Institutionalismus (Kap. 5.4 und 6.4) erklären lässt, wird durch die Überprüfung der jeweiligen Hypothese ermittelt. Beim abschließenden Abgleich der rationalen und konstruktivistischen Lesart gilt es zu erfassen, ob die Erklärungskraft beider Ansätze im Hinblick auf unterschiedliche Akteure, Phasen und/oder Kontexte der NATOisierung Polens (Kap. 5.5) und Tschechiens (Kap. 6.5) variiert.

Die Schlussbetrachtung (Kap. 7) dient zum einen dem Vergleich der Ergebnisse beider Fallstudien (Kap. 7.1). Zudem wird die Sozialisationspolitik der NATO hinsichtlich ihres Erfolgs bewertet und ihre nicht intendierten (negativen) Konsequenzen erläutert (Kap. 7.2). Die theoretische und methodische Reflektion des Untersuchungsprozesses betrifft den Mehrwert und die Grenzen eines komplementären Zugangs zur Analyse der NATOisierung postkommunistischer Sicherheitspolitik sowie die damit verbundenen Implikationen für künftige Studien zur internationalen Sozialisation (Kap. 7.3).

1.6 Theoretischer und empirischer Mehrwert

Mit der vorliegenden Analyse der NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen ist in vierfacher Hinsicht ein theoretischer Mehrwert verbunden. Zum einen wird die theoretisch unterbelichtete CMR-Forschung zum östlichen Europa unter Rückgriff auf die internationale Sozialisationsforschung theoretisch stärker beleuchtet. Auf diese Weise wird es möglich, über eine reine Beschreibung der sicherheitspolitischen Transformationsprozesse postkommunistischer Staaten hinauszugehen. Durch die Rückbindung an die internationale Sozialisationsforschung lassen sich der Verlauf und das Ergebnis dieses Demokratisierungsprozesses auch erklären. Der zweite und dritte theoretische Mehrwert dieser Arbeit besteht darin, dass sowohl die

Erklärungskraft des rationalen Institutionalismus als auch jene des konstruktivistischen Institutionalismus bei der Übernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte anhand zweier repräsentativer Fälle überprüft wird. Schließlich leistet viertens die Konzeptionalisierung eines komplementären Forschungsdesigns für die Analyse der NATOisierung postkommunistischer Staaten einen Beitrag zur Entwicklung einer komplementär ausgerichteten Sozialisationsforschung und damit auch zum Brückenschlag zwischen rationalistischen und konstruktivistischen Ansätzen insgesamt.

Auch in empirischer Hinsicht kann die vorliegende Arbeit einen mehrfachen Mehrwert für sich in Anspruch nehmen. Erstens wird die internationale Sozialisationsforschung, die sich bislang vorwiegend auf die Verbreitung internationaler Menschenrechtsnormen konzentriert hat, um zwei Fallstudien im Politikfeld Sicherheit erweitert. Außerdem wird ein bislang in der internationalen Forschung nicht vorgenommener Vergleich des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses Polens und Tschechiens vorgelegt. In deutschsprachigen Forschungslandschaft handelt es sich hierbei um die erste theoriegeleitete Analyse der NATOisierung Polens bzw. Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Durch den Vergleich sowjetisch und demokratisch geprägter Modelle zivil-militärischer Beziehungen wird darüber hinaus eine Systematisierungsleistung für die CMR-Forschung erbracht. Die innerhalb der internationalen Sozialisationsforschung wenig spezifizierte Akteurskategorie der so genannten 'Sozialisanden', wird unter Rückgriff auf die in der Europäisierungsforschung entwickelten Differenzierungen zwischen 'EU- bzw. NATO-Opportunisten', 'EU- bzw. NATO-Normunternehmern' sowie 'Veto-Spielern' stärker aufgefächert.³⁶ Schließlich korrigiert die empirische Analyse der Erweiterungs- und Sozialisationspolitik der NATO die bislang dominierende

³⁶ Im Hinblick auf die Akteursbestimmung konzentriert sich die internationale Sozialisationsforschung, insbesondere der hier relevante intergouvernementale Forschungsstrang, primär auf die Frage, ob ausschließlich Staaten oder auch individuelle Entscheidungsträger als Adressaten internationaler Sozialisationsbemühungen zu betrachten sind. Vgl. zu dieser Diskussion Kapitel 2.1.1.

Betrachtungsweise, gemäß derer der Allianz primär eine begünstigende Wirkung für die Demokratisierungsprozesse im östlichen Europa zugeschrieben wird. Herausgearbeitet werden vielmehr auch die nichtintendierten negativen Konsequenzen der westlichen Sozialisationspolitik, die aufgrund ihrer Fokussierung auf die militärischen Akteure und die formalen Aspekte der zivil-militärischen Beziehungen zu einer Perpetuierung des Mangels an ziviler Expertise und oberflächlich-kosmetischen Formen der Normübernahme beigetragen hat.

2 THEORETISCHE UND METHODISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR KONZEPTUALISIERUNG EINES KOMPLEMENTÄREN ANSATZES ZUR ANALYSE DER NATOISIERUNG POSTKOMMUNISTISCHER SICHERHEITSPOLITIK

„We believe the most fruitful framing of ‘rationalism v. constructivism’ is a pragmatic one, treating them as analytical lenses for looking at social reality. (...)

Rather than a dialogue of the deaf in which each side tries to marginalize or subsume the other in the name of methodological fundamentalism, the challenge now should be to combine insights, cross boundaries and, if possible, synthesize specific arguments in hope of gaining more compelling answers and a better picture of reality“ (Fearon/Wendt 2002: 68).

Sich an der Maßgabe von James Fearon und Alexander Wendt orientierend, widmet sich dieses Kapitel der Frage, wie sich die Ansätze des rationalen und des konstruktivistischen Institutionalismus bei der Analyse internationaler Sozialisationsprozesse verbinden lassen. Zielsetzung ist es, mittels theoretischer und methodischer Überlegungen zur Analyse internationaler Sozialisationsprozesse zu überzeugende(re)n Antworten zu gelangen, und auf diese Weise die Voraussetzungen zu schaffen, um in den nachfolgenden Fallstudien ein adäquate(re)s Abbild sozialer Realitäten zu bewerkstelligen. Zu Grunde liegt hierbei die Überzeugung, dass eine theoretisch einseitige Annäherung und Behandlungsweise dem Untersuchungsgegenstand nicht gerecht wird. Vielmehr wird die Auffassung vertreten, dass eine Analyse der NATOisierung postkommunistischer Sicherheitspolitik eines komplementären Zugangs bedarf, mittels dessen die Komplexität sicherheitspolitischer Transformationsprozesse erfasst werden kann.

Bei der "internationalen Sozialisation" handelt es sich um einen teilweise umstrittenen Terminus. In Auseinandersetzung mit den Zankäpfeln der Debatte über eine adäquate Definition internationaler Sozialisation erfolgt die Grundlegung des Begriffes der NATOisierung. Bei der darauf folgenden Gegenüberstellung des rationalen und des konstruktivistischen Institutionalismus werden die beiden theoretischen Forschungsstränge der internationalen Sozialisationsforschung hinsichtlich ihres Verständnisses von internationalen Institutionen, Normen, Akteurskonzepten und Handlungslogiken verglichen. Daran anknüpfend wird die

Notwendigkeit eines komplementären Zugangs zur Analyse internationaler Sozialisationsprozesse wie jenem der NATOisierung begründet, der sowohl theoretisch-konzeptionellen als auch empirischen Erwägungen geschuldet ist. Gemeinsam ist dem rationalen und dem konstruktivistischen Institutionalismus, einen exklusiven Link von internationalem System und Akteur für sich zu beanspruchen. Entsprechend ihrem jeweiligen Verständnis von internationalen Institutionen, Normen, Akteurskonzepten und Handlungslogiken formulieren beide Forschungsstränge unterschiedliche Mechanismen und Erfolgsbedingungen internationaler Sozialisation. Daraus werden die Hypothesen abgeleitet, die für die beiden Fallstudien Polen und Tschechien untersuchungsleitend sind. An die Spezifikation der Variablen schließen sich methodologische Überlegungen zur Überprüfung der beiden Hypothesen an.

2.1 NATOisierung als sicherheitspolitischer Sozialisationsprozess

NATOisierung wird als internationaler Sozialisationsprozess im Politikfeld Sicherheit definiert, im Zuge dessen die postkommunistischen Staaten, insbesondere ihre politischen Entscheidungsträger und militärischen Akteure, dazu veranlasst werden sollen, die liberal-demokratischen Gemeinschaftsnormen der NATO zu übernehmen.³⁷ Somit setzt internationale Sozialisation die Existenz einer internationalen Gemeinschaft voraus, die sich durch ihre konstitutiven Gemeinschaftsnormen von anderen internationalen Gemeinschaften unterscheidet, und anhand derer sich ihre Mitglieder erkennen lassen (Risse/Sikkink 1999: 11) – in diesem Falle die NATO als Sicherheitsgemeinschaft liberal-demokratischer Staaten. Die oben angeführte Definition impliziert einige konzeptuelle Entscheidungen wie auch theoretische und methodische Implikationen, die es im Zusammenhang mit den Zankäpfeln der internationalen Sozialisationsforschung zu erörtern gilt.

³⁷ Die Definition von NATOisierung erfolgt in Zuspitzung der Definition internationaler Sozialisation (u.a. Johnston 2001: 494; Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 2; Checkel 2007b: 5) auf den Bereich der Sicherheitspolitik.

2.1.1 Internationale Sozialisation – ein umstrittener Terminus?

Weitestgehend Übereinstimmung besteht in der Literatur dahingehend, internationale Sozialisation als einen Prozess zu betrachten (Schimmelfennig 2003b: 406; Thies 2003: 544). Umstritten ist allerdings, ob dieser Prozess vom „Anfang“ oder vom „Ende“ her definiert wird. Wird internationale Sozialisation als ein Ergebnis betrachtet, so hat diese nur stattgefunden, wenn die Sozialisanden internationale Normen internalisiert haben (Alderson 2001: 417; 431; Checkel 2007b: 6). Aus solch einer „rückwärtsgewandten“ Perspektive würde ein gescheiterter Sozialisationsprozess nicht als Sozialisation erachtet werden (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 2). Gemäß einer „vorwärtsgerichteten“ Perspektive dahingegen zielt internationale Sozialisation darauf ab oder besitzt das Potenzial, Staaten zur Normübernahme zu veranlassen (Schimmelfennig 2000: 111f.). Offen bleibt bei solch einer Betrachtungsweise, ob der Prozess erfolgreich ist oder scheitert. Aufgrund methodologischer Erwägungen halte ich die Definition internationaler Sozialisation vom „Anfang“ her für ratsam, da andernfalls der Prozess nicht mehr vom Ergebnis zu unterscheiden und damit nicht mehr ergebnisoffen ist (Schimmelfennig 2003b: 406). Um jedoch die Sozialisationsbemühungen der NATO als Erklärungsfaktor für die Normübernahme zu überprüfen sowie die Bedingungen des Erfolges bzw. des Scheiterns herauszuarbeiten, muss dieser Prozess ergebnisoffen definiert werden. Darüber hinaus ermöglicht solch eine Herangehensweise, bei der Ermittlung und der Erklärung des NATOisierungsgrades zwischen verschiedenen Akteursgruppen und Dimensionen zu differenzieren.³⁸ Schließlich wird NATOisierung als ein Prozess betrachtet, der nicht zwangsläufig linear verläuft, sondern auch Phasen des Stillstandes aufweisen bzw. einem Zick-Zack-Kurs gleichen kann, bei dem

³⁸ Vgl. die drei Dimensionen der NATOisierung unter Kapitel 2.1.2, und deren Ausdifferenzierung in Form eines Leitfragenkataloges für die Fallstudien unter Kapitel 4.5.

beispielsweise nach einem Regierungswechsel auch wieder Rückschritte erfolgen können.³⁹

Ein zweiter Zankapfel der internationalen Sozialisationsforschung betrifft die für relevant erachteten Subjekte internationaler Sozialisation. Konsens besteht in der Literatur dahingehend, dass politische Novizen oder *Newcomer* als Adressaten internationaler Sozialisationsbemühungen erachtet werden. Unterschiedlich beantwortet wird allerdings die Frage, ob primär Staaten die relevanten Subjekte internationaler Sozialisation sind oder auch individuellen Akteuren eine zentrale Bedeutung beigemessen wird. Während die Transformation konstitutiver Regeln auf staatlicher Ebene im Erkenntnisinteresse von Frank Schimmelfennig, Stefan Engert und Heiko Knobel (2006: 2) steht, ist Kai Alderson (2001: 418; 426) zufolge auch der Wandel individueller Glaubensüberzeugungen ein zentrales Element internationaler Sozialisation. Dieser Betrachtungsweise hält das Autorenteam entgegen, dass individuelle Internalisierung kein ausreichender Nachweis erfolgreicher Sozialisation von korporativen Akteuren wie Staaten sei, sofern nicht alle diesen korporativen Akteur konstituierenden Individuen die internationalen Normen internalisiert haben (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 4).⁴⁰ Dass sowohl korporative Akteure wie Staaten als auch individuelle Akteure wie politische Entscheidungsträger und Angehörige der Streitkräfte als relevante Subjekte der NATOisierung erachtet werden, ist zweierlei Überlegungen geschuldet.⁴¹ Die Betrachtung der Normübernahme auf staatlicher Ebene ist unabdingbar, weil der Staat als Ganzes gegebenenfalls Mitglied in internationalen Institutionen wie jener der NATO wird. Im Anschluss an Colin Wight (2004: 270)

³⁹ Während die Möglichkeit eines nichtlinearen Sozialisationsverlaufes innerhalb der Europäisierungsforschung – z.B. mit Blick auf die Slowakische Republik unter der Regierung Mečiar – und innerhalb der transnationalen Sozialisationsforschung bei der Implementierung (inter)nationaler Menschenrechtsstandards schon seit geraumer Zeit berücksichtigt wird, hat die intergouvernementale Sozialisationsforschung diese Erkenntnis bislang zu wenig reflektiert.

⁴⁰ Ebenfalls kritisch zu Aldersons Konzeptualisierung von staatlicher Sozialisation, insbesondere seiner Fokussierung auf die Internalisierung internationaler Normen seitens individueller Akteure, äußert sich Thies (2003: 547f.).

⁴¹ Auf die Notwendigkeit, sowohl Staaten als auch individuelle Akteure als relevante Subjekte der Sozialisationsanalyse zu betrachten, verweist auch Checkel (2005: 804).

wird unter "Staat" eine real existierende Entität verstanden – und nicht eine bloße theoretische Abstraktion. Dieser Auffassung zufolge resultiert die *Agency* von Staaten aus ihrer "capacity to do" (Wight 2004: 275f.), in aller Regel durch ihre Regierungen oder andere staatliche Institutionen. Zugleich impliziert die *Agency* von Staaten, dass sie "an agent of something" sind, d.h. von sozialen und politischen Aktivitäten, die als staatliches Handeln betrachtet werden (Flockhart 2006: 92).⁴² Zugleich ist die Berücksichtigung jener individuellen Akteure unerlässlich, die die Übernahme internationaler Normen – in diesem Falle die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte – unterstützen bzw. behindern können. Neben den Mitgliedern der Zielregierungen betrifft dies insbesondere jene Akteure, die in dem von der internationalen Sozialisation betroffenen Politikfeld zentral sind. Dementsprechend wird die Auswahl der zu analysierenden individuellen Akteure von den zu übernehmenden Sozialisationsinhalten bestimmt. Als intersubjektive, ideationale Inhalte internationaler Sozialisation führt die Literatur Identitäten (Gheciu 2005a; 2005b; 2007), Glaubensüberzeugungen (Alderson 2001), Rollen (Checkel 2007b), Werte, Regeln (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 3) und Normen (Cortell/Davis 1996; 2005; Finnemore/Sikkink 1998; Risse/Sikkink 1999; Flockhart 2005b; Epstein 2005) an. Die vorliegende Konzeptualisierung der NATOisierung als einem sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess fokussiert sich auf die Übernahme von Normen. Wie sich Normen von anderen immateriellen Einflussfaktoren sicherheitspolitischen Handelns begrifflich abgrenzen und operationalisieren lassen, ist eine Herausforderung, mit der sich die internationale Sozialisationsforschung – wie auch die konstruktivistische Forschung generell – konfrontiert sieht.⁴³ „Norms are different from rules or laws because they are obeyed, not because they are enforced, but because they are seen as legitimate and hence define 'what ought to be' and what constitutes proper behaviour”

⁴² Vgl. Flockhart (2006: 92f.) zur Auseinandersetzung mit dem Staatsverständnis in der Sozialisationsforschung.

⁴³ Auch heute noch grundlegend hierzu sind die Überlegungen von Jaeger (1996) und Guzzini (2000).

(Flockhart 2005b: 14).⁴⁴ Als Handlungsanweisungen definieren Normen Verbote, Erlaubnisse und Gebote (Ostrom/Gardner/Walker 1994: 38).⁴⁵

Dass der Fokus in der vorliegenden Arbeit auf Normen gerichtet ist, liegt zum einen darin begründet, dass diese in der Literatur weitestgehend übereinstimmend als wesentliche Inhalte internationaler Sozialisation erachtet werden (Alderson 2001: 416; Schimmelfennig 2003b: 406; Flockhart 2005b).⁴⁶ Zum anderen lassen sich Normen – zumindest in ihrer formalen Konzeptualisierung – im Unterschied zu den meisten anderen ideationalen Kategorien vergleichsweise gut beobachten. Schließlich reflektierten die für die internationale Gemeinschaft konstitutiven Normen die anderen intersubjektiven ideationalen Inhalte internationaler Sozialisation – sie (re-)konstituieren die kollektive Identität der Gemeinschaft und sind Teil der Rollenerwartungen ihrer Mitglieder (Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 54). Von den konstitutiven Gemeinschaftsnormen zu unterscheiden sind die spezifischen Normen, die das Verhalten in bestimmten Themenfeldern regulieren (Schimmelfennig 2002: 6). Im Falle der NATO als Sicherheitsgemeinschaft liberal-demokratischer Staaten betrifft die für die Mitgliedschaft erforderliche Normübernahme sowohl konstitutive Gemeinschaftsnormen wie liberale Freiheits- und Bürgerrechte, demokratische politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft als auch spezifische Normen im Politikfeld Sicherheit.⁴⁷

Mit dem Begriff der Übernahme wird ein gelungener Sozialisationsprozess beschrieben.⁴⁸ Die *Übernahme* von internationalen Normen unterscheidet sich von

⁴⁴ Vgl. auch Finnemore/Sikkink (1998: 891) zu den normativ als wünschenswert erachteten Sollensätzen als dem zentralen Kriterium, mittels dessen Normen von anderen ideellen Faktoren abgegrenzt werden können.

⁴⁵ Vgl. hierzu auch Finnemore (1996: 22).

⁴⁶ Vgl. Kapitel 2.1.2 zur Differenzierung zwischen einer formalen, behaviouralen und kommunikativen Dimension internationaler Normen, die dieser Arbeit zu Grunde liegt.

⁴⁷ Wie das Beispiel der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zeigt, lassen sich die für internationale Gemeinschaften konstitutiven Normen und ihre spezifischen Normen nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen. Im Unterschied zu dieser Sichtweise bezeichnet z.B. Schimmelfennig (2002: 8) die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte als spezifische Norm.

⁴⁸ Die für diese Arbeit relevanten Formen der Übernahme werden in Kapitel 2.1.2 erläutert.

deren einfacher *Verwendung* oder *Befolgung* dadurch, dass *interne* Mechanismen sicherstellen, dass der sozialisierte Akteur sich an die Normen der internationalen Gemeinschaft hält (Schimmelfennig 2003b: 407). Somit sind nach einer erfolgreichen Übernahme internationaler Normen externe Sanktionen oder andere Formen internationalen Einflusses nicht mehr nötig (March/Olsen 1989: 60f.; Risse/Sikkink 1999: 11). Vielmehr impliziert eine erfolgreiche Sozialisation,

„that an agent switches from following a logic of consequences to a logic of appropriateness; this adoption is sustained over time and is quite independent from a particular structure of material incentives or sanctions“ (Checkel 2005: 804).⁴⁹

Eine partiell gelungene Sozialisation liegt dann vor, wenn sich solche internen Mechanismen zwar etabliert haben und bei einer Herausforderung der Gemeinschaftsnormen aktiv werden, jedoch einen Verhaltensverstoß nicht verhindern können (Schimmelfennig 2003b: 407). Diese drei Abstufungen internationaler Sozialisation(sergebnisse) bilden den Bezugspunkt des folgenden Analyserasters zur Ermittlung und Bewertung des NATOisierungsgrades polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen.

2.1.2 Analyseraster zur Ermittlung und Bewertung der Normübernahme bei der NATOisierung

Neben verschiedenen Graden von NATOisierung wird bei der Analyse des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses zwischen drei Dimensionen der NATOisierung differenziert. Abgeleitet sind diese drei Dimensionen aus den innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen bestehenden Konzeptionalisierungen von Normen.⁵⁰ Innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen wird zwischen einer formalen, behaviouralen und kommunikativen

⁴⁹ Vgl. Kapitel 2.6.1 zum Nachweis der Normübernahme, insbesondere zur Internalisierung internationaler Normen, und den methodologischen Herausforderungen, die damit verbunden sind.

⁵⁰ Die Idee, bei der Klassifikation von normativen Effekten an die innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen vorgenommenen Konzeptualisierungen von Normen anzuknüpfen, stammt von Schimmelfennig (2002: 9).

Konzeptionalisierung von Normen unterschieden (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997: 14-21; Raymond 1997: 217f.).⁵¹ Auf der formalen Ebene lassen sich Normen in Verfassungs- und Gesetzestexten sowie nationalen Institutionen erfassen. Entsprechend ihrer behaviouralen Konzeption definieren Normen „kollektive Standards angemessenen Verhaltens“ (Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: 7), anhand derer sich das normkonforme bzw. normverletzende Verhalten von Akteuren, in unserem Falle jenes der postkommunistischen Sozialisanden, beobachten lässt. Allerdings argumentieren Vertreter einer kommunikativen Konzeptualisierung von Normen, aus dem normkonformen bzw. normverletzenden Verhalten von Akteuren lasse sich nicht per se ableiten, dass die entsprechende Norm bejaht bzw. abgelehnt werde (Kratochwil/Ruggie 1986: 767). Vielmehr zeige sich die normative Wirkung in erster Linie in der Kommunikation von Akteuren. Dementsprechend umfasst der vorliegende Konzeptualisierungsversuch der NATOisierung eine formale, behavioural und kommunikative Dimension von (internationalen) Normen.

**Schaubild 1:
Analyseraster zur Ermittlung und Bewertung der Normübernahme bei der NATOisierung**

	Dimensionen der NATOisierung		
Grad der NATOisierung	formal (legale + administrativ)	behavioural	kommunikativ
vollständig			
partiell			
gering			

Quelle: Eigene Zusammenstellung

⁵¹ Vgl. auch Deitelhoff (2006: 35-77) zu Normen und Normenforschung in den Internationalen Beziehungen.

Ein Mehrwert dieser Klassifizierung normativer Effekte besteht darin, dass der erste Teil der übergeordneten Fragestellung, nämlich inwieweit die NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich war, sowohl hinsichtlich verschiedener Dimensionen als auch Akteursgruppen differenziert beantwortet werden kann. Denn es ist anzunehmen, dass das Ausmaß normkonformen Verhaltens und Sprechens bei verschiedenen polnischen und tschechischen Akteuren (erheblich) divergiert.⁵²

Unterschieden werden bei der Analyse der sicherheitspolitischen Sozialisation Polens und Tschechiens drei Formen der Normübernahme, die teilweise mit dem dreidimensionalen Normenverständnis korrespondieren. Unter *Institutionalisierung* wird die Implementierung internationaler Normen in nationales Recht und Rechtsprechung (legale Institutionalisierung) oder in die Standardprozeduren nationaler Bürokräten (administrative Institutionalisierung) verstanden (Schimmelfennig 2003b: 408).⁵³ *Politische Durchsetzung* tritt auf, wenn es nationalen Akteuren verlässlich gelingt, konkurrierende Normen oder normverletzendes Verhalten zu verhindern oder zu unterdrücken (Alderson 2001: 418), wie beispielsweise bei der Reform des Verteidigungsministeriums oder Gesetzesvorhaben im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Die zur politischen Durchsetzung erforderlichen Ressourcen können sowohl materieller als auch immaterieller Natur sein (Schimmelfennig 2003b: 408).⁵⁴ Neben diesen auf der kollektiven Ebene angesiedelten Formen der Normübernahme bezeichnet schließlich *Internalisierung* die Übernahme internationaler Normen durch

⁵² Die konzeptuellen Überlegungen, die für die Erfüllung des Erklärungsanspruchs der übergeordneten Fragestellung erforderlich waren, werden insbesondere in Kapitel 2.4 und Kapitel 2.5 reflektiert.

⁵³ Alderson (2001: 419) bezeichnet diese Form der Normübernahme als „legale Internalisierung“.

⁵⁴ Den hierbei potenziell wirkungsmächtigen Mechanismen und Praktiken widmet sich Kapitel 2.4.2.

Individuen, d.h. den normativen Wandel individueller Kognitionen (Alderson 2001: 418).⁵⁵

Im Hinblick auf die Frage, ob die Normübernahme als ein synchroner oder sequentieller Prozess betrachtet wird, dominiert in der Literatur die Sichtweise, derzufolge normative Effekte zunächst auf der kommunikativen Ebene sichtbar werden, gefolgt von Effekten auf der formalen Ebene, an die sich Verhaltensveränderungen anschließen *können* (Finnemore/Sikkink 1998: 896-898; Risse/Sikkink 1999: 27-31; Schimmelfennig 2002: 8). Für die unterschiedlichen Formen der Normübernahme eine bestimmte Sequenz anzunehmen, ist nicht überzeugend. Vielmehr könnte Sozialisation auch mit individuellem normativem Wandel beginnen, beispielsweise mit der Veränderung von Einstellungen und Glaubensüberzeugungen eines Schlüsselakteurs, der die neuen normativen Inhalte im innenpolitischen Aushandlungsprozess durchsetzt, und diese daraufhin institutionalisiert werden. Vorstellbar ist auch die politische Durchsetzung und Institutionalisierung internationaler Normen aus strategischen Erwägungen, an die sich dann individueller normativer Wandel anschließen *kann*.⁵⁶

Darüber hinaus teile ich nicht die in der Forschung dominierende Ansicht, wonach die Mitgliedschaft in der NATO und der EU mit einer erfolgreichen internationalen Sozialisation gleichgesetzt wird. Vielmehr gehe ich davon aus, dass einzig der Beitritt eines postkommunistischen Staates zur NATO keinen Aufschluss gibt über den NATOisierungsgrad. Denn erstens ist langfristig nicht die formal-institutionelle Normübernahme, auf die sich obige Gleichsetzung konzentriert, entscheidend, sondern die nachhaltige Implementierung der Gemeinschaftsnormen, die weitaus

⁵⁵ Auch die individuelle Internalisierung betrachtend, weist die internationale Sozialisationsforschung eine Schnittstelle mit Ansätzen außenpolitischen Lernens auf. Allerdings ist die internationale Sozialisationsforschung nicht ausschließlich mit dem Wandel individueller Glaubensüberzeugungen beschäftigt, sondern primär mit der Internalisierung internationaler Normen innerhalb eines Staates. Vgl. Alderson (2001: 424) zur weiteren Abgrenzung von Sozialisation und außenpolitischem Lernen.

⁵⁶ Vgl. zu den möglichen Sequenzen bzw. Gleichzeitigkeiten unterschiedlicher Formen der Normübernahme auch Alderson (2001: 420).

mehr Zeit in Anspruch nimmt, und deren tatsächliche Umsetzung im polnischen und tschechischen Fall noch zu untersuchen sein wird.

Wenngleich hinsichtlich der Formen der Übernahme von Gemeinschaftsnormen weitestgehend Konsens innerhalb der internationalen Sozialisationsforschung besteht, formulieren der rational-institutionalistische und der konstruktivistisch-institutionalistische Forschungsstrang unterschiedliche Mechanismen und Bedingungen. Zurückzuführen ist dies auf das unterschiedliche Verständnis internationaler Institutionen, Normen, Akteurskonzepte und Handlungslogiken, die im Folgenden verglichen werden.

2.2 Rationaler und konstruktivistischer Institutionalismus im Vergleich

Innerhalb der so genannten "neuen Institutionalismen" (Hall/Taylor 1996) besteht grundlegend Einigkeit, dass internationale Institutionen und Normen eine eigenständige Wirkung auf das Handeln von Akteuren entfalten.⁵⁷ Umstritten ist indes, wie diese zu konzeptualisieren ist.

2.2.1 Internationale Institutionen, Normen, Akteurskonzept und Handlungslogik aus Sicht des rationalen Institutionalismus

Gemäß dem rationalen Institutionalismus ist das internationale System ein anarchisches, das von materiellen Strukturen wie der Verteilung von Macht und Wohlstand bestimmt wird. Innerhalb des rationalen Institutionalismus und auch der Theorien Internationaler Beziehungen insgesamt dominierte lange Zeit die von Stephen Krasner (1983: 2) vorgenommene Definition internationaler Institutionen als „implicit or explicit principles, norms, rules, and decision-making procedures“. Ungeeignet ist diese Definition für die angestrebte Untersuchung insofern, als eine empirische Analyse der Normübernahme bei impliziten Normen nur schwerlich durchführbar ist. Deshalb basiert der rationale Teil des komplementären

⁵⁷ Grundlegend zu den so genannten „neuen Institutionalismen“, d.h. dem historischen, rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus Hall/Taylor (1996).

Konzeptualisierungsversuchs der NATOisierung auf einem Verständnis internationaler Institutionen als „explicit arrangements, negotiated among international actors, that prescribe, proscribe and/or authorize behavior“ (Koremenos/Snidal 2003: 433).

Von der Prämisse des Materialismus ausgehend, betrachtet der rationale Institutionalismus internationale Institutionen sowie deren Normen als regulativ für Akteurshandeln.⁵⁸ Demnach können internationale Institutionen das Verhalten von Staaten durch Anreize und Restriktionen beeinflussen, indem sie die Kosten-Nutzen-Kalküle oder Strategien von Akteuren verändern, nicht aber deren Identitäten und Interessen (Schimmelfennig 2003a: 19).⁵⁹ Internationale Normen werden als „Bestandteil eines externen Datenkranzes“ (Deitelhoff 2006: 54) von den Akteuren in ihre Kosten-Nutzen-Abwägungen miteinbezogen. Sie entfalten Wirkung auf das Verhalten von Akteuren, indem sie deren Nutzenkalkulationen dahingehend beeinflussen, dass bestimmte Handlungsoptionen zur Verwirklichung der Ziele mehr oder weniger vorteilhaft sind. Die regulative Wirkung internationaler Normen umfasst zwei Dimensionen. Zum einen beschränken sie Akteure in ihren Handlungsoptionen, indem sie Gebote, Verbote und Erlaubnisse definieren (Ostrom/Gardner/Walker 1994: 38). Zum anderen können internationale Normen nach rationaler Lesart insbesondere in unsicheren oder unübersichtlichen Handlungssituationen als Orientierungshilfe dienen (Deutschbein 2006: 42f.).⁶⁰ Die Selektionsprozesse von Akteuren sind dann besonders beeinflussbar von (internationalen) Normen, wenn ihre Kalkulationsfähigkeit eingeschränkt ist und

⁵⁸ Der rationale Institutionalismus ist – wie auch die anderen in den Internationalen Beziehungen angewandten rationalen Ansätze – durch die Merkmale Materialismus, Egoismus, Instrumentalismus, Individualismus und Staatszentriertheit charakterisiert. Vgl. hierzu Schimmelfennig (2003a: 18).

⁵⁹ Interessen werden im rationalen Institutionalismus als exogen vorgegeben und stabil betrachtet. Eingeräumt wird lediglich die Möglichkeit einer Interessensveränderung über Zeit, wenn beispielsweise Regime oder internationale Institutionen entstanden sind, nicht jedoch eine Veränderung von Interessen im Zuge von Interaktionen (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997: 25).

⁶⁰ In besonderem Maße gilt dies für rationale Ansätze, die eine beschränkte Kalkulationsfähigkeit (*'bounded rationality'*) von Akteuren annehmen und die Unwägbarkeit von Entscheidungssituationen betonen.

die Handlungssituation unwägbar ist (Gehring 2002). In solchen Situationen ist es bei der empirischen Analyse internationaler Sozialisationsprozesse besonders schwierig zu unterscheiden, ob die Präferenzbildung von Akteuren zur Normübernahme durch funktionale Überzeugung im Zuge von Informationsgewinn erfolgt ist oder durch normative Überzeugung qua Kraft des Arguments.⁶¹ Mit Blick auf die Analyse der NATOisierung betrifft dies in besonderem Maße Akteure, die über wenig bzw. kein sicherheits- und verteidigungspolitisches Wissen verfügen.

Unstrittig wiederum ist, dass Akteure gemäß dem rationalen Institutionalismus bei ihrem Handeln der Logik der Konsequenzialität (March/Olsen 1989; 1998) folgen, d.h. sie wählen die Handlungsoption, die ihren Präferenzen am ehesten entspricht und somit die größte Nutzenbefriedigung verspricht (Zimmerling 1994: 16). Das Ausmaß der Nutzenbefriedigung ist abhängig von den Präferenzen des Akteurs sowie den strukturellen Bedingungen der Handlungssituation (Snidal 2002: 74). Duncan Snidal zufolge können die strukturellen Bedingungen auf zweierlei Weise beeinflussen, welche Präferenzen der Akteur verwirklichen kann. Zum einen durch die zur Verfügung stehenden Informationen des Akteurs über die Handlungsoptionen und -ergebnisse; zum anderen durch die institutionellen Strukturen, welche die Zahl der Handlungsoptionen und -ergebnisse begrenzen.

Mit Blick auf die Präferenzen von Akteuren ist es wichtig, zwischen der so genannten "dünnen" und "dicken" Variante des Rationalismus zu unterscheiden (Ferejohn 1991). Beide basieren auf der handlungstheoretischen Gleichung, gemäß derer das Verhalten von Akteuren durch ihre Wünsche und Kognitionen erklärt wird (Zimmerling 1994: 21). Diese bilden die Grundlage, auf der Akteure in Entscheidungssituationen ihre Präferenzen hinsichtlich möglicher Handlungsergebnisse bilden (Deitelhoff 2006: 54). In seiner dünnen Variante nimmt der Rationalismus keine inhaltliche Bestimmung der Akteurspräferenzen vor (Fearon/Wendt 2002: 59), die sowohl egoistischer als auch moralischer oder

⁶¹ Vgl. Kapitel 2.4.4 .2 zur theoretischen Differenzierung zwischen funktionaler und authentischer Überzeugung sowie Kapitel 2.6.1 zur Auseinandersetzung mit der methodologischen Herausforderung, strategische Normunternehmer von authentisch überzeugten Normunternehmern zu unterscheiden.

normativer Natur sein können (Snidal 2002: 75). Kennzeichnend für diesen Strang des Rationalismus sind somit nicht die Präferenzen der Akteure, sondern vielmehr die Art und Weise, wie diese zu realisieren versucht werden (Finnemore/Sikkink 1998: 914). Dahingegen geht der Rationalismus in seiner dicken Variante, zu der auch der rationale Institutionalismus gehört, von egoistisch bestimmten Nutzenkalkülen aus (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997: 29). Zu Grunde liegt hierbei das Akteurskonzept des so genannten *homo oeconomicus* als „a calculating machine who carefully assesses different courses of actions, choosing whichever provides the most efficient means to her ends“ (Fearon/Wendt 2002: 60). Nach dieser Lesart übernehmen und befolgen Akteure internationale Normen nur, wenn sie sich davon einen Nutzen versprechen. Sie haben keine intrinsische Motivation, Normen zu übernehmen bzw. sich normkonform zu verhalten, da dies gemäß dem rationalen Akteurskonzept nicht als Handlungsziel erachtet wird.⁶²

2.2.2 Internationale Institutionen, Normen, Akteurskonzept und Handlungslogik aus Sicht des konstruktivistischen Institutionalismus

Im Unterschied zum rationalen Institutionalismus, der die instrumentellen Funktionen internationaler Institutionen im Dienste mitgliedstaatlicher Interessen hervorhebt, betont der konstruktivistische Institutionalismus die intersubjektive Qualität internationaler Institutionen (Kratochwil/Ruggie 1986: 754).⁶³ Zu Grunde liegt hierbei die Annahme, dass soziale Realität nicht extern und unveränderbar gegeben, sondern gesellschaftlich konstruiert ist (Berger/Luckmann 2003). Obschon soziale Realität als Wechselspiel materieller und ideeller Faktoren begriffen wird (Adler 2002: 100), unterstreicht der Sozialkonstruktivismus die Bedeutung letzterer. Denn erst die sozialen Fakten der gesellschaftlichen Umwelt, insbesondere internationale Institutionen und Normen, statt materieller Faktoren mit einer handlungsleitenden Bedeutung für Akteure aus (Wendt 1999: 256).

⁶² Vgl. zu den Bedingungen der Normübernahme aus Sicht des rationalen Institutionalismus Kapitel 2.4.3.1.

⁶³ Grundlegend zum konstruktivistischen bzw. soziologischen Institutionalismus Finnemore (1993).

Konzeptualisiert werden internationale Institutionen und Normen als soziale Fakten, die erst in der Interaktion von Akteuren (re-)konstituiert werden (Ulbert 1997: 14). Zugleich konstituieren internationale Institutionen und Normen die Identitäten von Akteuren – und damit auch ihre Interessen.⁶⁴ Dem konstruktivistischen Verständnis zufolge übernehmen Akteure die Normen der internationalen Gemeinschaft nicht „as a matter of choice but internalize them, take them for granted and follow them out of habit“ (Börzel 2005: 54). Sie verhalten sich in Übereinstimmung mit den Gemeinschaftsnormen, „because they are now part of their self-understandings“ (Adler/Barnett 1998b: 424).⁶⁵

Allerdings können die Normen einer internationalen Gemeinschaft erst dann handlungskonstitutive Wirkung entfalten, wenn die Akteure diese internalisiert haben, und auf dieser Grundlage ihre Identitäten und Interessen ausbilden (Finnemore/Sikkink 1998; Wiener 2003).⁶⁶ Entscheidende Bedeutung wird hierbei internationalen Institutionen als „teachers of norms“ (Finnemore 1993:565; Flockhart 2005b: 10) beigemessen. Das Potenzial internationaler Institutionen, soziale Lernprozesse zu induzieren, speist sich nach konstruktivistischer Auffassung aus zwei Quellen: aus der Legitimität internationaler Institutionen als anerkannte Autoritäten sowie ihrer Kontrolle von technischer Expertise und Informationen (Barnett/Finnemore 1999: 707).

Eng verbunden mit der Vorstellung internationaler Institutionen als Sozialisationsstätten und Sozialisationsagenturen ist das Akteurskonzept des so genannten *homo sociologicus*, der einer Logik der Angemessenheit folgend

⁶⁴ Vgl. Wiener (2003) zur doppelten Qualität von Normen.

⁶⁵ Jenseits der geteilten Annahme der Kodeterminiertheit von Akteur und Struktur unterscheiden sich sozialkonstruktivistische Ansätze allerdings bei ihrer Operationalisierung. Während strukturtheoretische Ansätze soziale Strukturen wie z.B. Normen privilegieren und damit die Identitäten und Interessen von Akteuren erklären, konzentrieren sich handlungstheoretische Ansätze auf das soziale Handeln von Akteuren und erklären damit die Entstehung und Reproduktion sozialer Strukturen.

⁶⁶ Im Unterschied zu rationalen Ansätzen werden Identitäten und Interessen im Sozialkonstruktivismus als endogen bestimmt und veränderbar betrachtet.

normgeleitet handelt (March/Olsen 1989; 1998).⁶⁷ Im Unterschied zur instrumentellen Rationalität des *homo oeconomicus* wird dem *homo sociologicus* eine normative Rationalität zugeschrieben, d.h. er versucht nicht, seinen Nutzen zu maximieren, sondern das sozial Angemessene und Richtige zu tun.⁶⁸ Somit ist sein Handeln nicht durch die Erfolgsorientierung bestimmt, sondern von der Eigenwertorientierung geprägt (Schluchter 2003: 64). Gemäß der sozialkonstruktivistischen Prämisse wohnt Akteuren eine intrinsische Motivation zur Übernahme internationaler Normen und normgeleitetem Handeln inne. Der *homo sociologicus* wird als „rule-follower“ verstanden, „who acts out of habit or decides what to do by posing the question 'how is a person in my role (or with my identity) supposed to act in this circumstance?'“ (Fearon/Wendt 2002: 60). Er wählt in sozialen Handlungssituationen die Handlungsoption, die am ehesten den normativen Erwartungen der Gemeinschaft entspricht, deren Mitglied er ist (Deitelhoff 2006: 79) bzw. im Falle der postkommunistischen Sozialisanden sein will. Internationale Normen fungieren als Handlungsmotivationen für Akteure, weil diese nur durch die Erfüllung der normativen Erwartungen ihre Identität als Gemeinschaftsmitglieder erfahren, bestätigen und bewahren können (Deitelhoff 2006: 80) bzw. im Falle der postkommunistischen Sozialisanden überhaupt erst generieren können.

Gemeinsam ist beiden Handlungstypen, dass es um die Bildung von Motiven geht, von sinnhaften Gründen, aus denen heraus eine Handlung geschieht.⁶⁹ Dem normgeleitet handelnden Akteur geben die Normen seiner gesellschaftlichen Umwelt vor, was das sozial Angemessene und Richtige in einer bestimmten Handlungssituation ist (March/Olsen 1998: 958). Die Wahl der als angemessen erachteten Handlungsoption wird hierbei als Ergebnis eines mehrstufigen

⁶⁷ Vgl. zur kritischen Auseinandersetzung mit diesen (moderat) konstruktivistischen Prämissen Sending (2002), demzufolge die individualistische Handlungslogik der Angemessenheit sowie die wechselseitige Konstituierung von Akteur und Struktur inkonsistent miteinander seien.

⁶⁸ Bei beiden Akteurskonzepten handelt es sich um Idealtypen im Weber'schen Sinne. Vgl. hierzu Weber (1968b: 190-207).

⁶⁹ Vgl. Weber (1968a: 542) zur sinnhaften Verhaltensorientierung sozial Handelnder.

Interpretationsprozesses erachtet (March/Olsen 1989: 160f.). Zuvor muss der Akteur einige Reflektions- und Selektionsleistungen erbringen, die sowohl die Handlungssituation als auch seine Identität als (künftiges) Mitglied der internationalen Gemeinschaft betreffen. Dementsprechend setzen sowohl das instrumentell-rationale als auch das normativ-rationale Akteurs- und Handlungskonzept ein sehr hohes Reflektionsvermögen des handelnden Akteurs voraus (Esser 2003: 163). Kritisch zu hinterfragen ist allerdings, inwieweit diese Annahme angesichts der Lebenswirklichkeit menschlichen Handelns zutreffend ist.

2.3 Idealtypen treffen auf Lebenswirklichkeit: Warum die Logik des Untersuchungsgegenstands eines komplementären Zugangs bedarf

Ein komplementärer Zugang zur Analyse der NATOisierung postkommunistischer Sicherheitspolitik ist sowohl aus theoretisch-konzeptionellen Erwägungen als auch empirisch-phänomenologischen Überlegungen zwingend erforderlich. Als internationale Gemeinschaft zeichnet sich die NATO durch drei grundlegende Merkmale aus: Durch ein Gemeinschaftsethos, d.h. gemeinsam anerkannte Werte und Normen, auf die sich die Identität der Gemeinschaft gründet; eine hohe und nachhaltige Interaktionsdichte in vielen Politikfeldern und auf vielen politischen Ebenen; sowie das Fehlen einer zentralen Rechts(durch)setzungsautorität (Rittberger/Schimmelfennig 2006: 25). Zu erklären, warum die (künftigen) Gemeinschaftsmitglieder entsprechend des Gemeinschaftsethos der NATO handeln, kann *nicht* durch eine (einseitige) theoretisch-konzeptionelle Vorentscheidung erfolgen. Anzunehmen, dass das Gemeinschaftsethos *entweder* durch sozialen Einfluss, wie beispielsweise Anprangerung, durchgesetzt wird (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 21) *oder* normkonformes Verhalten durch soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse (Adler 2008: 271) gewährleistet wird, wird der Logik des Untersuchungsgegenstands nicht gerecht.

Die Betrachtung von Sozialisationsprozessen wie jenem der NATOisierung als einem überwiegend oder gar rein normativen Überzeugungsprozess qua Kraft des besseren Arguments halte ich insofern für eine Fiktion, als die internationale

Politik, wie auch das Leben generell, *kein* macht- und herrschaftsfreier Raum ist – wengleich die Dominanz von Macht- und Herrschaftsstrukturen in verschiedenen (Gesprächs)Kontexten sehr unterschiedlich sein kann. Selbst in Gesprächskontexten, die für normative Überzeugungsprozesse förderliche Bedingungen aufweisen, dürfen nicht gesprochene Worte – in Form von nicht verbalisierten materiellen oder immateriellen Anreizen – keinesfalls mit nicht wirkungsmächtigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen gleichgesetzt werden.⁷⁰

In besonderem Maße trifft dies für die NATOisierung zu, bei der es sich per se um eine asymmetrische Beziehung handelt, gleichwohl sowohl der Grad als auch die Beschaffenheit der Asymmetrie in verschiedenen (Gesprächs)Kontexten und Phasen des Sozialisationsprozesses variiert. Mit anderen Worten: Nur weil die Repräsentanten der NATO in einigen Gesprächskontexten den postkommunistischen Sozialisanden keine Belohnung in Aussicht stellten oder nicht mit Bestrafung drohten und somit nicht auf (direkte) instrumentelle Anreize zur Normübernahme zurückgriffen, kann dieser Prozess nicht als ein vorwiegend oder gar ausschließlich auf normativer Überzeugung und sozialem Lernen beruhender erachtet werden. Solch eine Einschätzung vertritt u.a. Gheciu (2005b: 911f.) bei ihrer Analyse der Interaktionen zwischen PfP-Dozenten und postkommunistischen Partizipanten im Rahmen der Seminare und Lehrgänge an den westlichen Ausbildungszentren.

Übersehen wird bei solch einer Überbetonung nicht gesprochener Worte in Form von Belohnung und Bestrafung bzw. der verbalen Überzeugung(sversuche) der NATO-Repräsentanten, dass materielle Faktoren – auch ohne expliziten Verweis – durchaus wirksam sein können. Denn zumindest für einige der postkommunistischen Partizipanten stellten die für die Teilnahme an diesen Ausbildungsprogrammen vergebenen Stipendien eine wichtige Finanzierungsquelle dar. Obschon dieses Argument mit Blick auf die zivilen Teilnehmer – je nach ihrer beruflichen Position im Heimatland – weniger zutrifft, ist

⁷⁰ Vgl. die Zusammenstellung der Erfolgsbedingungen normativer Überzeugungsprozesse in Kapitel 2.4.3.2.

es bei den militärischen Teilnehmern von großer Bedeutung. So dienten die westlichen Ausbildungsprogrammen in einigen Fällen als Lückenfüller für Militärs, die zeitweise ohne Arbeit oder ohne feste Position in ihren Verteidigungsministerien waren (Szemerényi 1996: 69).

Angesichts dessen halte ich es – in kritischer Abgrenzung zur innerhalb der konstruktivisch-institutionalistischen Sozialisationsanalyse dominanten Forschungspraxis und Argumentationslinie – für zwingend erforderlich, zwischen Handlungsabsichten und Handlungsergebnissen zu unterscheiden. Aus der Absicht der NATO und ihrer Repräsentanten, die postkommunistischen Akteure normativ überzeugen zu *wollen*, lässt sich nicht schlussfolgern, dass sie dies auch *konnten*. Dass die Differenzierung zwischen Handlungsabsicht und Handlungsergebnissen essentiell ist, spiegelt sich auch in der vorläufigen Bilanz von Chris Donnelly, Sonderbeauftragter der NATO für Mittel- und Osteuropa, im Januar 1997 wider:

„Western attempts to help to address the problems of defence transformation were at first often resented since they were sometimes seen as preaching, offensive or insensitive. (...) Furthermore, existing Western training courses are usually much less effective than they should be because the Western course organizers are unable to tailor them to the psychology, mentality and value system of the audiences” (Donnelly 1997: 6).

Somit muss in Erwägung gezogen werden, dass die NATO und ihre Repräsentanten trotz bestehender Intention normativ überzeugen und soziale Lernprozesse induzieren zu wollen, bei ihren Sozialisationsbemühungen (teilweise) erfolglos waren. Während konstruktivistisch orientierte Studien die Handlungsabsicht westlicher Akteure überbetonen, wird dieser in rationalistisch angelegten Arbeiten zu wenig Aufmerksamkeit zuteil. Denn wie der Blick auf die vielfältigen Sozialisationsaktivitäten der NATO und ihrer Mitgliedstaaten zeigt, konzentrierten sich die Sozialisationsbemühungen nicht nur auf die oberste politische und militärische Führungsschicht der postkommunistischen Staaten, sondern schlossen mehrere Zielgruppen ein. Auch die Verwendung von Begriffen wie „Partnerschaft“, „Mitgliedschaft“ etc. spiegelte wider, dass die Interaktionen zwischen der NATO und den Anwärterstaaten eine starke ideelle Komponente aufwiesen (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 39). Die innerhalb dieses

sozialen Beziehungsgeflechts erfolgte Normübernahme primär auf steigende materielle Vorteile zurückzuführen (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 39), überzeugt nicht. Ähnlich wie die postkommunistische Transformationsforschung insgesamt, unterschätzt eine ausschließlich rational-institutionalistische Betrachtungsweise der NATOisierung die soziokulturelle Dimension des sicherheits- und verteidigungspolitischen Transformationsprozesses. Denn die Sichtweise, gemäß derer die „Rückkehr nach Europa“ nicht nur, aber *auch* mit sinn- und identitätsstiftenden Momenten verbunden war, wird nicht dadurch obsolet, dass einige postkommunistische Akteure im Zuge dieses Prozesses (auch) rhetorisch handelten.⁷¹

Eingedenk dieser Überlegungen liegt der vorliegenden Arbeit ein mehrdimensionales Verständnis internationaler Institutionen zu Grunde, die weder auf eine Anreiz- und Opportunitätsstruktur reduziert noch per se mit einer Sozialisationsprozesse befördernden Wirkung versehen werden.

Eng verbunden ist damit die Annahme, der zufolge sicherheitspolitisches Handeln im Anschluss an Max Weber (1968) als soziales und damit mehrdimensionales Handeln begriffen wird. In der Empirie ist soziales Handeln „sehr selten *nur* in der einen *oder* anderen Art orientiert“ [Hervorheb. i. Original] (Weber 1968a: 567). Auch Thomas Risse-Kappen betont, dass „im post-positivistischen Lager (...) Platz sowohl für den *homo oeconomicus* als auch den *homo sociologicus* und den *homo psychologicus*“ [Hervorheb. i. Original] (Risse-Kappen 1995: 174) sein kann. Dass keine Handlungslogik einen Ausschlussanspruch besitzt, ist mittlerweile in der Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen akzeptiert (Finnemore/Sikkink 1998: 914; Snidal 2002: 82; Fearon/Wendt 2002: 61). Dementsprechend gehe ich davon aus, dass die Übernahme von NATO-Normen seitens polnischer und tschechischer Akteure sowohl einer rational-institutionalistischen als auch einer konstruktivistischen

⁷¹ Vgl. Schimmelfennig (2003a) zum Konzept des rhetorischen Handelns und dessen Bedeutung für die EU- und NATO-Osterweiterung.

Handlungslogik bzw. einem durch die empirische Analyse zu bestimmenden Mischungsverhältnis geschuldet sein *kann*.⁷²

Ob sicherheitspolitische Akteure nach der Logik der Konsequenzialität *oder* der Logik der Angemessenheit handeln, wäre allerdings eine in dieser Form falsch gestellte Frage an den Untersuchungsgegenstand. *Sozialwissenschaftlich* interessant ist vielmehr die Frage, in welchen Handlungssituationen welche Handlungslogik aus welchen Gründen die dominante ist und welche (nichtintendierten) Konsequenzen damit verbunden sind. Um dies herauszuarbeiten, muss das Augenmerk auf die Akteurs- und Situationskontexte der jeweiligen empirischen Handlungssituation gerichtet werden (Deitelhoff 2006: 282).

„Different people may vary in the extent to which they have internalized a given norm, and the same person may vary in the extent to which she has internalized different norms. The theoretical challenge is therefore one of identifying the conditions under which each hypothesis holds, rather than showing that one is always right or wrong” (Fearon/Wendt 2002: 61).

Was folgt nun aber aus der Einschätzung, dass nur ein komplementärer Zugang zur Analyse internationaler Sozialisationsprozesse wie jenem der NATOisierung der Komplexität des Untersuchungsgegenstands gerecht zu werden vermag?

Die Literatur nach Antworten befragend, sei zunächst auf Kai Alderson (2001: 417) verwiesen, gemäß dem „the important questions in relation to state socialisation are empirical rather than conceptual“. Dieser Sichtweise hält Cameron Thies (2003: 550) entgegen, dass „a solid theoretical grounding and adequate concepts are essentiell before we [the researchers] embark on our empirical investigation”.⁷³ Eine überzeugende Analyse internationaler Sozialisationsprozesse muss beiden Forderungen Rechnung tragen. Insbesondere bei einer komplementären Annäherung, die den rational-institutionalistischen und den konstruktivistisch-

⁷² Die hierbei bestehenden methodologischen Herausforderungen sowie Grenzen wissenschaftlicher Erkenntnisfähigkeit werden in Kapitel 2.6.1 reflektiert.

⁷³ Auch Long und Haden (1985: 39) haben bereits Mitte der 1980er Jahre darauf verwiesen, dass die empirische Analyse von Sozialisationsprozessen bei einer theoretischen Unterspezifizierung dieses Konzeptes nicht möglich sei.

institutionalistischen Strang der Sozialisationsforschung zu verbinden sucht, ist eine größtmögliche theoretisch-konzeptionelle Spezifizierung unerlässlich.⁷⁴

Die analytische Unterscheidung beider theoretischer Perspektiven internationaler Sozialisationsforschung erfolgt sowohl auf der ontologischen Ebene als auch in epistemologischer Hinsicht. Hierbei bildet der „hermeneutisch informierte Positivismus“ (Zangl/Zürn 1996: 342) das gemeinsame wissenschaftstheoretische Fundament. Dementsprechend werden kausale Erklärungen, die gleichsam den epistemologischen Kern dieser Arbeit darstellen, als möglich und angemessen erachtet.

Im Hinblick auf die Forderung Kai Aldersons (2001: 417), die wichtigen Antworten sozialisationstheoretischer Fragen in der Empirie zu suchen, stößt der Suchende unweigerlich auf zwei der Sozialisationsforschung inhärente Spannungsfelder. Erstens auf die Schwierigkeit, die Handlungsmotivationen von Akteuren erfassen zu können.⁷⁵ Zweitens auf die (Un)Möglichkeit einer eindeutigen Zuordnung von Erfolgsbedingungen zu bestimmten rational-institutionalistischen bzw. konstruktivistisch-institutionalistischen Mechanismen und Sozialisationspraktiken.⁷⁶ Sich mit der in der Sozialisationsforschung dominierenden Forschungspraxis einer einseitigen theoretischen Annäherung zu begnügen, und auf diese Weise das Abgrenzungs- und Zuordnungsproblem zumindest teilweise zu umgehen, ist dem Untersuchungsgegenstand nicht angemessen.

„At the extremes or ‘tails’ of the case distribution the rivalry between the two claims is clear, but in the middle there may be no deciding between them. This muddy empirical situation may encourage partisans to privilege their favored hypothesis on purely theoretical grounds, trying to subsume the other as a special case, but that seems unlikely to advance our understanding of the world” (Fearon/Wendt 2002: 62).

⁷⁴ Die Einschätzung, dass sich beide Ansätze zumindest teilweise komplementieren, wird auch von Checkel (2001a); Fearon/Wendt (2002) und Zürn/Checkel (2005) geteilt. Kritisch hierzu äußern sich dahingegen Hasenclever/Mayer/Rittberger (1997: 224).

⁷⁵ Vgl. hierzu Kapitel 2.6.1.

⁷⁶ Vgl. Kapitel 2.4.1.1 zu Klärung der Begriffe 'Mechanismus' und 'Sozialisationspraktik'.

Auch Jeffrey Checkel (2001a: 581) mahnt an, dass „researchers would do well to cast their nets broadly when asking why social actors comply“.⁷⁷ Studien, die explizit beide Handlungsmotivationen in einem Modell integrieren, verfolgen mehrheitlich einen sequentiellen Ansatz (Finnemore/Sikkink 1998; Risse/Sikkink 1999; Schimmelfennig 2003b).⁷⁸ Angenommen wird hier die Dominanz von rationalistischen Mechanismen und der instrumentell-rationalen Handlungslogik zu Beginn des Sozialisationsprozesses, im Zuge dessen konstruktivistische Mechanismen und die Handlungslogik der Angemessenheit zunehmend an Bedeutung gewinnen, so dass die Sozialisanden im Falle eines erfolgreich verlaufenden Sozialisationsprozesses die internationalen Normen internalisierten (Ikenberry/Kupchan 1990: 290-292).⁷⁹ In der Tat leuchtet die von Michael Zürn (1992: 133; 144) vertretene Argumentation ein, gemäß derer Akteure durch den psychologischen Mechanismus der „adaptiven“ oder „rationalisierenden“ Internalisierung kognitive Dissonanzen zwischen ihrem Handeln und ihrem Denken überwinden, und dieser Angleichungsprozess zu einer wahrhaftigen Internalisierung internationaler Normen führen kann.⁸⁰ „The unpleasant experience of dissonance leads actors to reduce it by changing either their attitudes or their behaviour“ (Finnemore/Sikkink 1998: 904).

Die Vorstellung eines sequentiell ablaufenden Sozialisationsprozesses, die sich in einigen Fällen auch mit der Realität im östlichen Europa partiell oder sogar weitestgehend deckt, reflektiert jedoch zwei Aspekte zu wenig. Zum ersten die Frage, ob es sich um ein Politikfeld mit hoher oder niedriger Akteursdichte handelt. Zweitens die Frage, ob es sich um ein Politikfeld mit heterogenen

⁷⁷ In die gleiche Stoßrichtung argumentieren auch Abbott/Snidal (2002: 154).

⁷⁸ Vgl. hierzu auch den bedenkenswerten Vorschlag von Nicole Deitelhoff (2006: 288f.), die Handlungstheoriendebatte aufzulösen.

⁷⁹ Gemeinsam ist allen sequentiell angelegten Modellen die Annahme eines so genannten Veto-Punkts, an dem sich entscheidet, ob ein Rückfall in eine frühere Phase des Sozialisationsprozesses erfolgt oder der Übergang von der konsequentialistischen Handlungslogik zu jener der Angemessenheit gelingt.

⁸⁰ Michael Zürn und Jeffrey Checkel (2005: 1054) plädieren davor, diesen Mechanismus der kognitiven Dissonanz als einen Typus innerhalb einer noch zu entwickelnden Typologie von sekundären Sozialisationsmechanismen weiter auszudifferenzieren.

Akteurspräferenzen, Einstellungen und Glaubensüberzeugungen handelt. Wenn beispielsweise eine hohe Akteursdichte mit heterogenen Akteurspräferenzen, Einstellungen und Glaubensüberzeugungen besteht, wie dies im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen Polens und Tschechiens zutrifft, ist durchaus die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Prozesslogiken zwischen der internationalen Institutionen und den Sozialisanden vorstellbar. Insbesondere bei Transitionsstaaten, die durch die Herausbildung neuer staatlicher Identitäten geprägt sind, könnte diese Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Handlungslogiken auch in einen sequentiell umgekehrten Prozess münden. Wie Olaf Deutschbein (2006: 50f.) skizziert hat, kann eine bereits institutionalisierte Norm durch das normverletzende Verhalten einer zunehmenden Zahl von Akteuren, insbesondere von Veto-Spielern, wieder in Frage gestellt werden, und infolgedessen die Überzeugung der anderen Akteure, mit ihrem normgeleiteten Verhalten das sozial Angemessene zu tun, wieder untergraben werden.

Stärker Rechnung getragen wird der Gleichzeitigkeit von Handlungslogiken in den Überlegungen von James March und Johan Olsen sowie jenen von Tanja Börzel und Thomas Risse. Beiden Autorenteamen (March/Olsen 1998: 952f.; Börzel/Risse 2003: 74) zufolge dominiert die Logik der Konsequenzialität, wenn die Präferenzen nationaler Akteure fest definiert und die verfügbaren Strategien bekannt sind. Dahingegen herrsche die Logik der Angemessenheit bei unklaren Akteurspräferenzen und Strategien vor. Ist die sequentielle Betrachtungsweise mit Blick auf die Empirie fragwürdig, so ist dieser Umgang mit der Annahme einer mehrdimensionalen Handlungslogik aus dem Blickwinkel theoretischer Konsistenz in zweierlei Hinsicht kritisch zu hinterfragen. Erstens sehen sich Rationalisten mit der Herausforderung konfrontiert, die Entstehung von Akteurspräferenzen ohne Bezugnahme auf Argumentationsprozesse oder die normative Struktur des sozialen Umfeldes erklären zu müssen (Zürn/Checkel 2005: 1064). Zweitens bilden unklare Akteurspräferenzen, aus denen sich im Zuge des Sozialisationsprozesses klare Präferenzen herauskristallisieren, nicht zwangsläufig einen Indikator für normative Überzeugungsprozesse. Vielmehr sehen sich Konstruktivisten mit der Herausforderung konfrontiert, die

rationalistische Interpretation eines funktionalen Überzeugungsprozesses qua Informationsgewinn zu entkräften.⁸¹

Dementsprechend lässt sich die Dominanz einer rationalistischen bzw. konstruktivistischen Handlungslogik in bestimmten polnischen bzw. tschechischen Akteursgruppen und/oder Phasen der NATOisierung nicht im vornherein festlegen. Insofern möchte ich mich auch nicht einer der von Joseph Jupille, James Caporoso und Jeffrey Checkel vorgeschlagenen Formen der Synthese theoretischer Ansätze anschließen. Jupille, Caporoso und Checkel (2003: 20-24) zufolge können zwei Theorien – in diesem Falle der rationale und der konstruktivistische Institutionalismus – synthetisiert werden, indem entweder unterschiedliche Bereiche der Anwendung für jede Theorie spezifiziert werden, eine zeitliche Abfolge für die Verwendung von Theorien bestimmt wird, oder eine Theorie als besonderer Fall in einen breiteren theoretischen Rahmen inkorporiert wird. Dahingegen wird in dieser Arbeit ein komplementärer Zugang gewählt, bei dem Verlauf und Ergebnis der NATOisierung sowohl aus rationaler als auch konstruktivistischer Sicht interpretiert werden. Aufgrund welcher Akteursgruppen, Praktiken und Bedingungen die Normübernahme erfolgte bzw. ausblieb, lässt sich einzig durch die empirische Analyse ermitteln – wobei dies mitunter auf eine *annähernde* Ergebnissicherung beschränkt bleibt.

„In the aggregate the two explanations [rationalist and constructivist] are complementary rather than mutually exclusive, may be hard to distinguish empirically, and in some cases there might not even be any fact of the matter to distinguish at all” (Fearon/Wendt 2002: 62).

Wenngleich die angestrebte Plausibilisierung des Verhaltens polnischer bzw. tschechischer Akteure grundsätzlich für lohnenswert und realisierbar erachtet wird, ist der von James Fearon und Alexander Wendt formulierten Einschätzung der Grenzen wissenschaftlichen Erkenntnisvermögens zuzustimmen. Allerdings verläuft diese Grenze nicht nur entlang der von Fearon und Wendt

⁸¹ Vgl. Grobe (2007: 5f.) für eine bedenkenswerte Kritik des (konstruktivistischen) Konzepts der normativen bzw. authentischen Überzeugung aus rationalistischer Perspektive.

angesprochenen rationalistisch-konstruktivistischen Leitdifferenz. Vielmehr besteht diese auch innerhalb des konstruktivistischen Strangs der Sozialisationsforschung, wie beispielsweise die Problematik der doppelten Zuordnung von Erfolgsbedingungen zu unterschiedlichen konstruktivistischen Mechanismen und Sozialisationspraktiken zeigt. So führt die Literatur für die in dieser Arbeit relevanten Sozialisationspraktiken der *normativen Überzeugung* und des *teaching* nahezu identische Bedingungen an.⁸²

Zwar kann das Ringen um theoretisch-konzeptionelle Klarheit dazu beitragen, ein adäquate(re)s Abbild sicherheitspolitischer und damit sozialer Realitäten zu schaffen, doch wird es letztlich bei einer Annäherung an eben diese bleiben. Denn der Einblick in das Innere Akteure bleibt dem außen stehenden Beobachter verwehrt – und selbst bei einem partiellen Einblick in Form von sprachlichen Äußerungen bleiben die vorbewußten und unbewussten Handlungsmotivationen der wissenschaftlichen Erkenntnis unzugänglich.⁸³ Mit diesen Grenzen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns sieht sich die sozialwissenschaftliche Forschung generell konfrontiert – auch wenn dies in der vehement geführten Diskussion über unterschiedliche „Typen“, „Modi“ oder „Logiken“ sozialen Handelns kaum reflektiert wird.⁸⁴ Die Entwicklung verschiedener Konzepte wie beispielsweise jenes des kommunikativen Handelns (u.a. Müller 1994; 1995; 2004) oder des rhetorischen Handelns (Schimmelfennig 2003a) innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen sowie die insbesondere in der Soziologie angestellten Bemühungen zur Abgrenzung von zweck- und wertrationalem Handeln (u.a. Esser 2003) haben zweifelsohne zu einem wissenschaftlichen

⁸² Vgl. Kapitel 2.4 für eine ausführliche Erörterung der Mechanismen, Praktiken und Bedingungen internationaler Sozialisation.

⁸³ Bedenkenswert ist in diesem Zusammenhang allerdings das innerhalb der Handlungstheoriendebatte bislang nur vereinzelt rezipierte und operationalisierte Konzept des sozialen Habitus von Pierre Bourdieu, demzufolge der Habitus *auch* die unbewußten Motive des Habitusträgers umfasst. Indem Bourdieu auch das Vorbewußte in seinem Konzept berücksichtigt, stellt dies eine Bereicherung zu den bislang dominierenden Konzeptualisierungen immaterieller Einflussfaktoren auf (außenpolitisches) Handeln dar.

⁸⁴ Eine exzellente Zusammenschau der (vermeintlichen) Dichotomien von Handlungstypen und Kommunikationsmodi liefert Holzinger (2001).

Erkenntnisgewinn beigetragen, und der Verdienst dieser Arbeiten soll hier sicher nicht in Abrede gestellt werden. Zugleich gehen alle diese Konzepte implizit von einer Prämisse aus, die – zumindest in dieser Gänze – nicht haltbar ist: Von der Vorstellung eines sehr reflektierten Akteurs mit einem hohen Bewusstseinsgrad. Vielleicht ist diese (fragwürdige) Prämisse der einzig handhabbare Umgang mit den angesprochenen Grenzen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinns, doch sollte sie zumindest kritisch reflektiert werden – auch wenn dies keine überzeugende(re)n Antworten oder adäquate(re)n Abbilder sozialer Realitäten liefert.

Indes ermöglicht ein komplementärer Zugang zur Analyse der NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen die unterschiedlichen Faktoren herauszuarbeiten, die die erfolgte bzw. nicht erfolgte Normübernahme erklären können. Voraussetzung hierfür ist eine Spezifizierung der Kausalmechanismen, die der rationale und der konstruktivistische Institutionalismus für den sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess annehmen.

2.4 Normübernahme im Lichte des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus

Entsprechend ihrem Verständnis von internationalen Institutionen, Normen, Akteuren und Handlungslogiken formulieren der rationale und der konstruktivistische Institutionalismus unterschiedliche Mechanismen, Strategien, Praktiken und Erfolgsbedingungen internationaler Sozialisation. Das komplementäre Forschungsdesign zur Analyse der NATOisierung umfasst sowohl den Mechanismus der *strategischen Kalkulation*, der sich unter die Logik der Konsequenzialität subsumieren lässt, als auch den Mechanismus der *normativen*

Überzeugung, der auf der Logik der Angemessenheit basiert.⁸⁵ Beide Mechanismen unterscheiden sich dadurch, auf welche Weise die Sozialisanden zur Übernahme internationaler Normen veranlasst werden (sollen). Somit können beiden Mechanismen unterschiedliche Sozialisationsstrategien, Sozialisationspraktiken sowie Erfolgsbedingungen zugeordnet werden. Bevor die Verfasstheit dieser Kategorien aus rational-institutionalistischer und aus konstruktivistisch-institutionalistischer Perspektive erörtert wird, bedarf es einer begrifflichen Spezifizierung und Abgrenzung.

2.4.1 Mechanismus, Strategie, Praktik: Begriffliche Spezifizierung und Abgrenzung

Obschon die Literatur zur internationalen Sozialisationsforschung sich intensiv mit verschiedenen Sozialisationsmechanismen, -strategien und -praktiken auseinandersetzt, werden die Begriffe 'Mechanismus', 'Strategie' und 'Praktik' nur vereinzelt bzw. gar nicht definiert.⁸⁶ Grundlage der vorliegenden Arbeit bildet die in den Sozialwissenschaften weit verbreitete, von Thomas Schelling (1998: 32f.) vorgelegte Definition von Mechanismus als einem „set of hypotheses that could be the explanation for some social phenomenon, the explanation being in terms of interactions between individuals and other individuals, or between individuals and some social aggregate“.⁸⁷ Dieses Begriffsverständnis auf internationale Sozialisationsprozesse beziehend, verweisen Mechanismen auf die Prozesse, im

⁸⁵ Anstelle des Mechanismus der *strategischen Kalkulation* (Checkel 2005; 2007b; Kelley 2004) wird in der Literatur bezüglich der rational-institutionalistischen Logik teilweise die Unterscheidung zwischen *Verhandeln* und *sozialem Druck* (Schimmelfennig 2003b) vorgenommen. Da es sich hierbei meines Erachtens eher um Sozialisationspraktiken handelt, die auf der Prämisse strategisch (ver)handelnder Akteure beruhen, wird hier der rational-institutionalistische Wirkungsmechanismus als 'strategische Kalkulation' bezeichnet.

⁸⁶ Eine Ausnahme bilden hierbei die Schriften von Jeffrey Checkel (u.a. Checkel 2007b; Zürn/Checkel 2005: 1052), der sich mehrfach mit dem Begriff 'Mechanismus' auseinandersetzt.

⁸⁷ Vgl. zu den verschiedenen Definitionen und Typen von Kausalmechanismen in den Sozialwissenschaften auch King/Keohane/Verba (1994: 85-91), und insbesondere die exzellente Diskussion bei Hovi (2004). Im Hinblick auf die Kategorie der 'Kausalität' in den Theorien Internationaler Beziehungen sind die Überlegungen von Kurki (2006) bedenkenswert.

Zuge derer internationale Institutionen, wie die NATO, Sozialisanden dazu veranlassen, die Gemeinschaftsnormen zu übernehmen (Zürn/Checkel 2005: 1049). Demnach verbinden Mechanismen spezifische Bedingungen mit einem spezifischen Ergebnis (Checkel 2007b: 9).⁸⁸ Letzteres bezeichnet im vorliegenden Forschungsdesign das Ausmaß und die Art der Normübernahme, die in Kapitel 2.1.2 erläutert worden sind.⁸⁹

Als 'Sozialisationsstrategie' wird in der vorliegenden Arbeit die politisch-praktische Operationalisierung von Sozialisationsmechanismen durch die um Sozialisation bemühte internationale Institution verstanden. In Abhängigkeit von dem zu Grunde liegenden Sozialisationsmechanismus der *strategischen Kalkulation* bzw. der *normativen Überzeugung* lassen sich die Sozialisationsstrategie der *Verstärkung* bzw. der *Überzeugung* unterscheiden. Bei ersterer handelt es sich um eine Mischung aus *bargaining* und strategischem *arguing*, wohingegen die Sozialisationsstrategie der *Überzeugung* auf verständigungsorientiertem *arguing* beruht.⁹⁰

Der Begriff 'Praktik' wird schließlich zur Beschreibung von Aktivitäten internationaler Institutionen verwendet, mittels derer diese ihre jeweilige Sozialisationsstrategie umsetzen. Im Hinblick auf die Sozialisationsaktivitäten der NATO sind zum einen die Praktiken der *materiellen Verstärkung* und des *sozialen Einflusses* in Form von *shaming* und *praising* zentral, die auf der Logik der Konsequenzialität beruhen; zum anderen die Praktiken des *teaching* und der *persuasion*, die unter die Logik der Angemessenheit subsumiert werden können.

Wie bei den obigen begrifflichen Spezifizierungen und Abgrenzungen deutlich geworden ist, gibt es sprachliche Überschneidungen zwischen einzelnen

⁸⁸ Mayntz (2004: 237.) betont hierbei, dass es sich bei Mechanismen um *wiederkehrende* Prozesse handelt.

⁸⁹ Vgl. Kapitel 2.4.3 zu den (Erfolgs)Bedingungen, die dem Mechanismus der strategischen Kalkulation und jenem der normativen Überzeugung zugeordnet sind.

⁹⁰ Dass *bargaining* und *arguing* unterschiedliche Arten von Sprechakten sind, die – im Falle des *arguing* – nicht an eine spezifische Handlungslogik gebunden sind, hat Katharina Holzinger (2001) herausgearbeitet. Vgl. ausführlich zu den möglichen Kombinationen von Kommunikationsmodi und Handlungslogiken auch Müller (2004).

Mechanismen und Praktiken oder Strategien und Praktiken bzw. mehrere Begriffe zur Bezeichnung desselben Mechanismus' bzw. derselben Praktik.⁹¹ Dieser Befund verweist auf die innerhalb der Sozialisationsforschung mitunter bestehende begriffliche Unschärfe sowie auf die Schwierigkeit, Mechanismen, Strategien und Praktiken voneinander abzugrenzen. Um sprachlichen Missverständnissen vorzubeugen, werde ich im Fall des mehrfach verwendeten Begriffs 'Überzeugung' jeweils deutlich machen, ob es sich beim analysierten Sachverhalt um einen Mechanismus, eine Strategie oder eine Praktik der NATOisierung handelt.⁹²

2.4.2 Sozialisationsmechanismen, Strategien und Praktiken aus rationaler und konstruktivistischer Perspektive

2.4.2.1 Strategische Kalkulation, materielle Verstärkung und sozialer Einfluss

Entsprechend dem Mechanismus der strategischen Kalkulation stellt die Übernahme internationaler Normen einen Verhandlungsprozess dar, bei dem Akteure nach der Logik der Konsequenzialität agieren. Dieser Handlungslogik zufolge betrachten sowohl die internationale Gemeinschaft als auch der Anwärterstaat den Sozialisationsprozess als ein Instrument, um die eigenen Interessen zu verwirklichen (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 19). Bezogen auf die sicherheitspolitische Sozialisation im erweiterten Europa bedeutet dies, dass sowohl die NATO als auch die postkommunistischen Staaten wie Polen und

⁹¹ Eine Beispiel hierfür sind die nebeneinander bestehenden Bezeichnungen 'sozialer Einfluss' (Johnston 2001; Lucarelli 2005; Flockhart 2004) und 'sozialer Druck' (Schimmelfennig 2003b) für den auf der Logik der (sozialen) Konsequenzialität beruhenden Sozialisationsmechanismus, wobei diese Begriffe gleichzeitig auch jene Sozialisationspraktiken der NATO bezeichnen, bei denen soziale Anreize zur Normübernahme gesetzt werden.

⁹² Ein alternativer Umgang mit den mehrfach verwendeten Begrifflichkeiten bestünde natürlich darin, neue Bezeichnungen zu überlegen. Doch möchte ich davon absehen, weil es insbesondere beim Terminus 'Überzeugung' keine vergleichbar adäquate Bezeichnung gibt und die ohnehin schon bestehende Begriffsfülle innerhalb der Sozialisationsforschung meines Erachtens nach nicht noch weiter ausgebaut werden sollte.

Tschechien nicht per se interessiert sind an der Verbreitung bzw. der Übernahme liberal-demokratischer Normen, sondern dies als Möglichkeit betrachten, um ihre feststehende Zielsetzung der Sicherheits-, Wohlfahrts- und Machtmaximierung zu gewährleisten. Nach dieser Lesart hängen folglich die Sozialisationsbemühungen der NATO davon ab, inwiefern die Nicht-Einhaltung liberal-demokratischer Normen durch Nicht-Mitglieder die eigene Sicherheit tangiert.⁹³

Das Ergebnis des Verhandlungsprozesses wird von der Verhandlungsmacht der beteiligten Akteure bestimmt. Diese speist sich aus zwei Quellen: aus der asymmetrischen Verteilung von Informationen sowie den Vorteilen der Normübernahme im Vergleich zu anderen Optionen (Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 10). Charakteristisch für diesen Prozess sind der Austausch von Informationen, die Formulierung von Drohungen oder das in Aussicht stellen von Versprechungen. *Bargaining* zielt darauf ab, das Verhalten der Verhandlungspartner durch die Manipulation von *constraints* zu verändern (Zürn/Checkel 2005: 1052), die materieller, politischer und/oder sozialer Natur sein können (Checkel 2007b: 10). Die Zielsetzung internationaler Institutionen besteht darin, den Nutzen normkonformen und die Kosten normverletzenden Verhaltens für die Sozialisanden dauerhaft so zu erhöhen, dass diese die Kosten normkonformen und den Nutzen normverletzenden Verhaltens übersteigen (Schimmelfennig 2003b: 411). Allerdings impliziert diese Sozialisationsstrategie der *Verstärkung* nicht, die Sozialisanden von der Angemessenheit internationaler Normen zu überzeugen (Checkel 2001a: 553; Flockhart 386). Nach rational-institutionalistischer Lesart zielen die Sozialisationsbemühungen internationaler Institutionen also nicht darauf ab, die Identitäten und die Interessen der Sozialisanden zu verändern.

Wenngleich *bargaining* grundsätzlich auch Zwang, Drohungen und Bestrafungen umfasst, dominieren bei den Sozialisationsaktivitäten der NATO insbesondere die Praktik der *materiellen Verstärkung* durch Belohnung sowie die Praktik des

⁹³ Dass die NATO-Mitgliedstaaten ihre eigene Sicherheit durch die Instabilität in der Peripherie bedroht sahen, geht z.B. aus dem Strategischen Konzept von 1991 oder der Erweiterungsstudie von 1995 hervor.

sozialen Einflusses in Form von *shaming*, *blaming* und *praising*.⁹⁴ Charakteristisch für die Sozialisationspraktik der *materiellen Verstärkung* ist der Verweis auf materielle Anreize wie militärischen Schutz, finanzielle und technische Hilfe, oder auf politische Anreize wie beispielsweise Partizipations- und Entscheidungsrechte auf internationaler Ebene, die den Sozialisanden nur bei der Übernahme internationaler Normen zuteil werden (Ikenberry/Kupchan 1990: 290f.). Die von der NATO betriebene Politik der Konditionalität arbeitet vorwiegend mit der Sozialisationspraktik der *materiellen Verstärkung* (Schimmelfennig 2003b: 411; Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 36).⁹⁵ Bei der Sozialisationspraktik des *sozialen Einflusses* verweist die internationale Institution auf soziale Anreize wie Reputation, Status- oder Imagegewinn. Charakteristisch für die Sozialisationspraktik des *sozialen Einflusses* ist *praising*, d.h. das Loben von Reformfortschritten des betreffenden Staates, und *shaming* im Falle der unzureichend erfolgten Normübernahme (Kelley 2004: 428). Notwendig ist hierfür ein Mindestmaß an Öffentlichkeit, da andernfalls kein sozialer Druck zur Normübernahme generiert werden kann (Flockhart 2004: 367).

2.4.2.2 Normative Überzeugung, *teaching* und *persuasion*

Entsprechend dem Mechanismus der *normativen Überzeugung* stellt die Übernahme internationaler Normen einen Lern- und Überzeugungsprozess dar, bei dem Akteure auf Grundlage der Logik der Angemessenheit agieren. Internationale Normen haben hierbei den Stellenwert von Geltungsansprüchen, die von der internationalen Institution und ihren Repräsentanten in Diskursen mit den Sozialisanden argumentativ gerechtfertigt werden (Schimmelfennig 2003b:

⁹⁴ Eine detaillierte Analyse der NATO-Erweiterungs- und Sozialisationspolitik erfolgt in Kapitel 3. Vgl. zu den einzelnen Sozialisationspraktiken der NATO insbesondere Kapitel 3.3.2.

⁹⁵ Weichere Sozialisationspraktiken wie *teaching* oder *persuasion* werden dieser Auffassung zufolge keinesfalls negiert, aber nicht als entscheidend für die Normübernahme erachtet. Ihnen wird, wenn überhaupt, lediglich sekundäre Relevanz beigemessen.

410).⁹⁶ Unter *arguing* wird das begründete Hervorbringen wahrer empirischer und normativer Aussagen verstanden, das darauf abzielt, Einstellungen und Glaubensüberzeugungen zu verändern (Zürn/Checkel 1052). Zielsetzung der Sozialisationsstrategie der *normativen Überzeugung* ist es, die Sozialisanden von der Angemessenheit internationaler Normen zu überzeugen, so dass diese als „the right thing to do“ erachtet werden (Checkel 2005: 804). Die Identitäten und Interessen der Sozialisanden werden hierbei als veränderbar betrachtet. Charakteristisch für diesen Prozess ist es, dass die Sozialisanden aktiv und reflektiert ein neues Verständnis von Angemessenheit internalisieren. Ein authentisch überzeugter Sozalisand würde die Normübernahme beispielsweise folgendermaßen erklären: „Well, this is the right thing to do even though I didn't used to think so“ (Checkel 2007b: 13). Zu Grunde liegt hierbei die Prämisse, dass Akteure und somit auch Sozialisanden prinzipiell lernfähig und lernwillig sind.⁹⁷

Aus konstruktivistisch-institutionalistischer Perspektive speist sich das Sozialisationspotenzial internationaler Gemeinschaften wie der NATO aus ihrer Fähigkeit, „to act as an authoritative agent providing 'correct' interpretations of the world, including definitions of the self and others, and identifying reasonable actions in that world“ (Gheciu 2007: 175). Auf die Bedeutung normativer Definitionsmacht für sicherheitspolitische Gemeinschaftsbildungsprozesse verweisen auch Emanuel Adler und Michael Barnett (1998a: 39.). Adler und Barnett (1998: 43f.) zufolge seien internationale Institutionen mit der Fähigkeit ausgestattet, soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse zu induzieren. Zentral sind hierbei die Sozialisationspraktik des *teaching* und der *persuasion*.

Unter die Praktik des *teaching* fallen eine Vielzahl von Sozialisationsaktivitäten der internationalen Gemeinschaft, welche die Präsentation und die Erläuterung konstitutiver Gemeinschaftsnormen und politikfeldspezifischer Normen gegenüber

⁹⁶ Diese Diskurse finden beispielsweise im Rahmen von Workshops, Seminaren, Konferenzen oder Arbeitsgruppen statt. Die für die NATOisierung relevanten Kommunikationsforen werden in Kapitel 3 vorgestellt.

⁹⁷ Inwiefern Sozialisanden allerdings tatsächlich von den Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft lernen oder sich von ihnen argumentativ überzeugen lassen, bleibt der empirischen Analyse vorbehalten.

außenstehenden Staaten, die Vermittlung von Kenntnissen über das betreffende Politikfeld, informationale und technische Hilfestellung bei der Institutionalisierung dieser Normen im nationalen politischen System, sowie Monitoring und Evaluierung des Institutionalisierungsprozesses umfassen (Schimmelfennig 2002: 8; Gheciu 2007: 182-188.). Zielsetzung dieser Sozialisationsaktivitäten ist es, die Sozialisanden zu sozialen Lernprozessen zu veranlassen. Sie sollen mit der gemeinsamen Lebenswelt der euro-atlantischen Gemeinschaft vertraut gemacht werden, „by providing the cognitive scripts, categories and models that are indispensable for action, not least because without them the world and the behaviour of others cannot be interpreted“ (Hall/Taylor 1996: 947).⁹⁸

Charakteristisch für die Sozialisationspraktik der *persuasion* ist die Abwesenheit von materiellem oder mentalem Zwang (Flockhart 2004: 367; Johnston 2007: 226). Vielmehr versucht die internationale Institution die Sozialisanden durch gut begründete Argumente davon zu überzeugen, ihre bisherigen Einstellungen und Glaubensüberzeugungen bezüglich der von der Normübernahme tangierten Aspekte zu überdenken (Checkel 2001a: 562; Flockhart 2005c: 49). Ihre Repräsentanten bedienen sich der Sozialisationspraktik der *persuasion* in aller Regel, wenn es um spezifische Themenfelder geht, wie spezielle bürokratische Arbeitsabläufe, spezielle Evaluationsstandards, oder Fragen der Legitimität und der Transparenz der Zielregierung (Flockhart 2005c: 59). Bei überzeugenden Argumenten der internationalen Gemeinschaft wird ein komplexer Lernprozess in Gang gesetzt, im Zuge dessen die Sozialisanden die internationalen Normen übernehmen, weil sie diese als legitim erachten.⁹⁹ Zu Grunde liegt hierbei eine normative Handlungslogik, die – als zweiter Untertypus der Logik der Angemessenheit – ein höheres Reflektionsniveau impliziert als die kognitive Handlungslogik, auf der die Sozialisationspraktik des *teaching* beruht (Schimmelfennig 2002: 12). Ein zweiter zentraler Unterschied zwischen diesen

⁹⁸ Vgl. auch Schimmelfennig (2002: 12) zum kognitiven Handlungsmodus als einem Untertypus der Logik der Angemessenheit.

⁹⁹ Vgl. Levy (1994) zur Unterscheidung zwischen 'einfachem' und 'komplexem' Lernen, das auch die Veränderung individueller Glaubensüberzeugungen und Präferenzen umfasst, wohingegen letztere beim 'einfachen' Lernen gleich bleiben.

beiden Sozialisationspraktiken besteht darin, dass die Sozialisanden im Falle des *teaching* ihre Schülerrolle akzeptieren, wohingegen dies bei der *persuasion* nicht gegeben ist bzw. sein muss. Allerdings müssen die postkommunistischen Sozialisanden die NATO und ihre Repräsentanten als legitime Partner eines internationalen Kommunikationsprozesses erachten (Gheciu 2007: 178).

2.4.3 Sozialisationsbedingungen aus rationaler und konstruktivistischer Perspektive

Im Vergleich zu den Mechanismen, bei denen die Theoriekonstruktion innerhalb der Sozialisationsforschung schon ausgereift ist, bedürfen die Bedingungen internationaler Sozialisation noch erheblicher theoretischer Spezifizierungen (Schimmelfennig 2003b: 412).¹⁰⁰ Dies betrifft zum ersten die Abgrenzung zwischen Auslöse- und Erfolgsbedingungen.¹⁰¹ Zweitens besteht die Problematik der doppelten bzw. gar dreifachen Zuordnung von Erfolgsbedingungen zu unterschiedlichen Mechanismen, die mitunter verschiedenen Handlungslogiken zugerechnet sind. Schließlich ist der Status der einzelnen Bedingungen im Sinne von notwendigen oder hinreichenden Bedingungen sowie ihr Zusammenspiel mit anderen Einflussgrößen theoretisch unterbeleuchtet. Als Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen zur Bestimmung von Sozialisationsbedingungen kann allerdings ihre Unterteilung in vier Typen von Bedingungen dienen:

- Eigenschaften der internationalen Institution, die den Sozialisationsprozess initiiert;
- Eigenschaften des politischen Systems und der Akteure, die sozialisiert werden;
- Eigenschaften der Sozialisationsinhalte;

¹⁰⁰ Diese Einschätzung ist auch heute noch zutreffend, insbesondere mit Blick auf die doppelte bzw. dreifache Zuordnung von Bedingungen zu verschiedenen Mechanismen.

¹⁰¹ Checkel (2001b: 225) spricht hier von Auslöse- und Prozessbedingungen.

- Art und Weise der Interaktion zwischen sozialisierenden und sozialisierten Akteuren (Zürn/Checkel 2005: 1055).

2.4.3.1 Bedingungen für den Mechanismus der strategischen Kalkulation

Entsprechend dem Mechanismus der strategischen Kalkulation erfolgt die Normübernahme im erweiterten Europa am Ehesten unter den Bedingungen asymmetrischer Interdependenz zwischen einer konsistent agierenden internationalen Sozialisationsagentur mit einer klaren und glaubwürdigen Konditionalitätsstrategie und Transitionstaaten ohne Vetogruppen (Schimmelfennig 2003b: 414; Kelley 2004b: 425; Checkel 2007b: 10). Ausgehend von der Prämisse des rationalen Institutionalismus, gemäß derer alle Akteure strategisch handeln, um die von ihnen präferierten Ergebnisse zu maximieren, formuliert die Literatur folgende Bedingungen für die Übernahme internationaler Normen:

- Verhandlungsmacht der Sozialisationsinstanz (Schimmelfennig 2003b: 413);
- hohe und glaubwürdige Anreize der internationalen Sozialisationsagentur (Zürn/Checkel 2005: 1052; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 13-16);
- Positive Kosten-Nutzen-Bilanz der Zielregierung sowie der für das Politikfeld relevanten Akteure zu Gunsten der Normübernahme (Kelley 2004b: 434; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 12; Checkel 2007b: 10);
- Schwache innenpolitische Opposition (Kelley 2004b: 426), insbesondere wenige bzw. keine Veto-Spieler (Börzel/Risse 2003: 64; Kelley 2004b: 430f.; Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 16f.).

Im Anschluss an George Tsebelis (2002: 37) werden Veto-Spieler definiert als „actors whose agreement is necessary for a change in the status quo“. Je mehr potenzielle Veto-Spieler vorhanden sind, desto schwieriger ist es für die reformwilligen Akteure, einen Politikwandel zu erzielen (Börzel/Risse 2003: 64). Unterstützt wird der Prozess der Normübernahme insbesondere von den so

genannten "NATO-Opportunisten", d.h. jenen Akteuren, die von der veränderten Opportunitätsstruktur profitieren.¹⁰² Der Erfolg der NATO-Opportunisten bei der Institutionalisierung und der politischen Durchsetzung wird von ihrer Fähigkeit zum Agenda-Setting bestimmt und den Entscheidungsregeln nationaler Institutionen (Aspinwall/Schneider 2001: 7). In Demokratien bzw. sich demokratisierenden politischen Systeme fließen in die Kosten-Nutzen-Kalküle der politischen Entscheidungsträger – und damit auch in jene der NATO-Opportunisten – zudem etwaige Popularitätsverluste unter den Wahlberechtigten ein.

2.4.3.2 Bedingungen des Mechanismus der normativen Überzeugung

Entsprechend dem Mechanismus der normativen Überzeugung erfolgt die Normübernahme im erweiterten Europa am Ehesten nach einer tiefgreifenden staatlichen Transformation, in deren Gefolge ein „neuer“ Staat einer homogenen internationalen Gemeinschaft gegenübersteht, zu der er gehören möchte und die ihn als gleichwertigen und ernst zu nehmenden Gesprächspartner behandelt (Schimmefennig 2003b: 412). Ausgangspunkt bildet hierbei die aus der sozialpsychologischen Forschung stammende Prämisse, wonach normative Überzeugung dort am wahrscheinlichsten ist, wo die Akteure noch keine festen Ansichten vertreten.¹⁰³ Die in der Sozialisationsliteratur genannten Bedingungen für die Übernahme internationaler Normen qua Mechanismus der normativen Überzeugung sind maßgeblich von Jeffrey T. Checkel (u.a. 2001a) und Alastair Iain Johnston (2001: 498f.) formuliert worden, auf die sich jüngere Studien in aller Regel beziehen (u.a. Flockhart 2004; Gheciu 2005a; Epstein 2005).¹⁰⁴ Wie auch beim Mechanismus der strategischen Kalkulation, werden die Bedingungen für normative Überzeugungsprozesse sowohl auf der systemischen als auch

¹⁰² In Anlehnung an das Begriffsverständnis von EU-Opportunisten bei Börzel/Risse (2003: 58; 63f.) und Börzel (2005: 49; 52).

¹⁰³ Grundlegend zum normativen Wandel individueller Einstellungen und Glaubensüberzeugungen ist der Überblicksbeitrag von Deborah Welch Larson (1994) aus dem Bereich der kognitiven Psychologie.

¹⁰⁴ Grundlegende Arbeit zur Formulierung von Erfolgsbedingungen normativer Überzeugung hat auch Thomas Risse (2000: 19) geleistet.

subsystemischen Analyseebene verortet. Sie betreffen Eigenschaften der internationalen Sozialisationsagentur, der Sozialisanden, der Sozialisationsinhalte sowie der Interaktionen. Die Literatur führt folgende Bedingungen an:

- der Sozialisand ist ein Politik-Novize, der sich in einer neuen und unsicheren Umgebung befindet und dementsprechend kognitiv motiviert ist, neue Informationen zu analysieren (Johnston 2001: 498; Checkel 2007b: 13);
- der Sozialisand hat wenige Glaubensüberzeugungen oder Einstellungen, die den Sozialisationsinhalten widersprechen (Checkel 1999: 86f.; Johnston 2001: 499; Flockhart 2004: 369);
- der Überzeuger wird als anerkannte Autorität der internationalen Gemeinschaft erachtet, zu welcher der Sozialisand gehören möchte (Johnston 2001: 497; 499; Flockhart 2005c: 47);
- der Überzeugungsprozess findet ohne materielle oder mentale Zwänge statt; vielmehr beherzigt der Überzeuger bei seinen Argumenten die Prinzipien der Deliberation (Flockhart 2004: 367; Johnston 2007: 226; Checkel 2007b: 14);
- die Interaktionen zwischen internationaler Sozialisationsagentur und Sozialisand finden in einem wenig bzw. gar nicht politisierten Gesprächskontext unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt (Checkel 2007b: 14).

Die optimalen Gesprächskontexte normativer Überzeugung qua deliberativen Argumentierens unterscheiden sich allerdings teilweise von jenen Gesprächskontexten, in denen normative Überzeugungsprozesse durch pädagogisches Argumentieren induziert werden sollen. Der zentrale Unterschied zwischen diesen beiden Gesprächskontexten besteht im Hinblick auf die Rollenverteilung der Gesprächsteilnehmer sowie ihre Präferenzen und

Interessen.¹⁰⁵ Die jeweiligen Rollen umfassen eine innere und eine äußere Dimension: Erstere bezeichnet die handlungsleitenden Aspekte der Rolle für den Rollenträger; letztere betrifft die intersubjektiven Erwartungen, die mit der Rolle verbunden sind.

Deliberatives Argumentieren zeichnet sich dadurch aus, dass alle Gesprächsteilnehmer ihre Präferenzen und ihre Interessen zur Disposition stellen. Angenommen wird hierbei der Wille und die Fähigkeit von Akteuren, verständigungsorientiert zu handeln. Über kommunikative Prozesse gelangen diese zu gemeinsamen Situationsdeutungen, mit Hilfe derer sie ihre eigenen Handlungspläne einvernehmlich koordinieren können (Deitelhoff 2006: 90). Somit betrachten alle Gesprächsteilnehmer sowohl sich selbst als auch ihre Gesprächspartner zum komplexen Lernen befähigte und auch willige Akteure.¹⁰⁶

Im Unterschied dazu beruht das pädagogische Argumentieren auf einer beidseitig akzeptierten Rollenverteilung als Schüler und Lehrer. Die Akzeptanz der eigenen Rolle als Schüler im Falle der postkommunistischen Sozialisanden sowie die Verkörperung der Lehrerrolle durch die NATO-Repräsentanten gilt als zentrale Erfolgsbedingung für die Sozialisationspraktik des teaching (Gheciu 2007: 179). Charakteristisch für diese Art der Interaktion ist es, dass zwar die Präferenzen und die Interessen der Lernenden zur Disposition stehen, nicht aber jene der Lehrenden. Diese müssen allerdings die „Schüler“ als lernwillige und lernfähige Personen betrachten.

Angesichts der asymmetrischen Beziehungsstruktur zwischen Sozialisierenden und Sozialisanden, die ein inhärentes Merkmal internationaler

¹⁰⁵ Die Analyse eines konkreten Gesprächskontextes muss auf der Ebene der Präferenzen ansetzen, weil die Interessen von Akteuren zu abstrakt sind, um direkt handlungsbestimmend zu wirken. Langfristig zielen normative Überzeugungsversuche allerdings auf die Veränderung von Interessen ab.

¹⁰⁶ Unter 'komplexem Lernen' wird ein Prozess verstanden, im Zuge dessen ein Akteur in Reaktion auf die Argumente anderer zunächst seine Präferenzen, dann aber *auch* seine Interessen und seine Identität zur Disposition stellt. Dementsprechend geht 'komplexes Lernen' bei weitem über das 'einfache Lernen' hinaus, bei dem Akteure lediglich ihre Instrumente oder Strategien, nicht aber ihre Zielvorstellungen ändern. Vgl. grundlegend hierzu Levy (1994).

Sozialisationsprozesse ist (u.a. Flockhart 2005b: 16), stellt sich die Frage, inwiefern der idealtypische Mechanismus der normativen Überzeugung qua deliberativer Argumentation realiter überhaupt anzutreffen ist. Eine Diskrepanz zwischen Idealtypus und Realtypus besteht freilich – per definitionem – immer.¹⁰⁷ Indes wird bei den zu untersuchenden Sozialisationsbemühungen der NATO und ihrer Repräsentanten die entscheidende Frage sein, mit welchem Selbstverständnis diese die postkommunistischen Sozialisanden von dem Geltungsanspruch einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu überzeugen versuchten. Herauszuarbeiten wird sein, ob es innerhalb des grundsätzlich asymmetrisch strukturierten Sozialisationsprozesses zumindest auch Gesprächskontexte des deliberativen Argumentierens gab, in denen die NATO-Repräsentanten ihre postkommunistischen Gesprächspartner auf einer Augenhöhe behandelten, oder ob sie diese immer auf die Schülerrolle reduzierten.¹⁰⁸

Neben der Frage der Überschneidung und Unterscheidung von Erklärungsangeboten innerhalb des konstruktivistischen Strangs der internationalen Sozialisationsforschung gilt es auch die Überlappung und Abgrenzung gegenüber dem rationalistischen Forschungszweig zu reflektieren.

2.4.4 Kritische Reflexionen zur Unterscheidung des rationalen und konstruktivistischen Erklärungsansatzes

2.4.4.1 Die „soziale Seite“ des Kalkulationsmechanismus'

Die Herausforderung, zwischen dem Mechanismus der strategischen Kalkulation und jenem der normativen Überzeugung sowie den ihnen zugeordneten

¹⁰⁷ Vgl. Weber (1968b: 190-207).

¹⁰⁸ Während die Handlungstheoriendebatte innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen hinsichtlich möglicher Kombinationen von Kommunikationsmodi und Handlungslogiken zu unterschiedlichen Handlungsmodi, wie strategischem Handeln, rhetorischem Handeln oder verständigungsorientiertem Handeln, schon sehr weit fortgeschritten ist, steht eine Spezifizierung des Kommunikationsmodi des „pädagogischen Argumentierens“ noch aus. Dringend erforderlich wäre solch eine Spezifizierung mit Blick auf die internationalen Sozialisationsprozesse im östlichen Europa, die stets auch durch die Schüler-Lehrer-Rollenverteilung geprägt sind.

Bedingungen der Normübernahme zu differenzieren, besteht zum ersten an der „sozialen Seite“ des Kalkulationsmechanismus'. Hier greift die internationale Sozialisationsagentur auf soziale Anreize in Form von Reputation, Status- oder Imagewinn zurück, um die Sozialisanden zur Normübernahme zu bewegen. Somit befindet sich diese Logik der Normübernahme an der Schnittstelle zwischen instrumentell-rationalem und normgeleitetem Handeln.¹⁰⁹ Als Erfolgsbedingungen führt die Literatur (u.a. Johnston 2001: 500f.; Schimmelfennig 2003b: 413) einen hohen Identifizierungsgrad des Sozialisanden mit der internationalen Institution an, hohe Legitimität der Regeln, Novizentum und Ungewissheit sowie häufige und nachhaltige Interaktionen zwischen Sozialisationsagentur und Sozalisand an. Auf ähnliche Bedingungen wird auch beim Mechanismus der normativen Überzeugung verwiesen (u.a. Checkel 1999: 86f.; Johnston 2001: 499; Flockhart 2004: 369).

Der zentrale Unterschied zwischen der „sozialen Seite“ des Kalkulationsmechanismus' und dem Mechanismus der normativen Überzeugung besteht in der Notwendigkeit von Öffentlichkeit bzw. Privatheit. Bei ersterem wird Öffentlichkeit als sozialisationsbegünstigend wahrgenommen, weil öffentlichem *praising* oder *shaming* eine größere Wirkung zugeschrieben wird als privatem sozialen Einfluss (Schimmelfennig 2003a: 413). Außerdem fördere der öffentliche Austausch die argumentative Selbstverstrickung von Akteuren (Risse/Sikkink 1999: 16).¹¹⁰ Dahingegen wird gerade der Ausschluss von Öffentlichkeit und ein nicht politisierter Gesprächskontext für den Mechanismus der normativen Überzeugung als sozialisationsbegünstigend betrachtet (Checkel 2007b: 14). Demnach muss dem Indikator 'Öffentlichkeit' bzw. 'Privatheit' bei der empirischen Analyse besondere Aufmerksamkeit zukommen. Einen zweiten Indikator bildet der Gebrauch von Sprache. Im Unterschied zum *shaming* oder *praising*, bei denen mittels Sprache sozialer Druck ausgeübt wird, zeichnet sich normative Überzeugung durch die Abwesenheit verbaler Zwänge aus (Flockhart 2004: 367; Johnston 2007: 226; Checkel 2007b: 14).

¹⁰⁹ Vgl. zu dieser Schnittstelle auch Deutschbein (2006: 133f.).

¹¹⁰ Vgl. Schimmelfennig (1997; 2003a) zum Konzept des rhetorischen Handelns, dass durch einen strategischen Gebrauch von Sprache charakterisiert ist.

2.4.4.2 Abgrenzung zwischen 'funktionaler' und 'normativer' Überzeugung

Eine zweite Herausforderung, zwischen rationalistischen und konstruktivistischen Erklärungsansätzen der Normübernahme zu differenzieren, stellt sich mit Blick auf den Kenntnis- und Wissensstand der Sozialisanden. Aus konstruktivistischer Sicht sind normative Überzeugungsprozesse zu erwarten, wenn Sozialisanden Politik-Novizen sind, die sich in einer neuen und unsicheren Umgebung befinden und dementsprechend kognitiv motiviert sind, neue Informationen zu analysieren (Johnston 2001: 498; Checkel 2001b:222).¹¹¹ Diese Hypothese ist allerdings Andrew Moravcsik (2001: 228) zufolge keine genuin konstruktivistische, sondern kann auch aus rationalistischen Theorien abgeleitet werden.¹¹² Insbesondere in Situationen ausgeprägter Unsicherheit sind die zu Überzeugenden instrumentell motiviert, neue Informationen und Argumente aufzunehmen und auszuwerten.¹¹³ Aus transökonomischer Sicht hängt die Bereitschaft von Regierungen, sich mit neuen Informationen und Argumenten auseinanderzusetzen, von deren perzipierter Kostspieligkeit und Nützlichkeit ab. Letztere sind in unsicheren Situationen oder bei fehlenden Kenntnissen besonders hoch (Moravcsik 2001: 232). In eine ähnliche Stoßrichtung argumentiert auch Christian Grobe (2007: 10), demzufolge Änderungen staatlicher Präferenzen in Reaktion auf neue Argumente nicht per se als komplexes Lernen deklariert werden können, im Zuge dessen Akteure normativ überzeugt werden.

Dass Unsicherheit und Novizentum alleine keine hinreichenden Bedingungen für normative Überzeugungsprozesse sind, räumt auch Jeffrey Checkel (2001b: 222) ein. Jedoch berücksichtige die konstruktivistische Betrachtungsweise im Unterschied zu rationalen Ansätzen die Bedeutung des sozialen Kontextes und

¹¹¹ Auf diese Bedingung verweisen auch Studien, die sich nicht primär mit internationalen Sozialisationsprozessen beschäftigen, sondern mit normativen Überzeugungsprozessen in der internationalen Politik generell, zum Beispiel im Zuge internationaler Verhandlungen.

¹¹² Nach Moravcsik (2001:228) bieten sich hierfür insbesondere die Bayes'schen Lerntheorien und der Zwei-Ebenen-Ansatz an.

¹¹³ Als „unsicher“ wird in rationalistischen Ansätzen eine Situation bezeichnet, in der Akteure nicht alle entscheidungsrelevanten Informationen kennen, und damit nur beschränkt rational sind. Vgl. hierzu Grobe (2007: 10).

die Qualität der Interaktionen zwischen der internationalen Sozialisationsagentur und dem zu überzeugenden Sozialisanden (Checkel 2001b: 244).¹¹⁴ Kritisch anzumerken ist hierbei allerdings, dass auch bei mittels sozialer Anreize operierenden Sozialisationsbemühungen verschiedene Bedingungen angeführt werden, die den Kontext und die Qualität der Interaktionen betreffen, wie die obige Reflektion der Abgrenzungsproblematik zwischen der „sozialen Seite“ des Kalkulationsmechanismus' und dem Mechanismus der normativen Überzeugung gezeigt hat.

Angesichts dieses zugespitzten Streifzugs durch die Rationalismus-Konstruktivismus-Debatte stellt sich die Frage, wie sich authentische Überzeugungsprozesse qua Kraft des Arguments (u.a. Deitelhoff 2006) von lediglich funktionalen Überzeugungsprozessen durch Informationsgewinn (u.a. Grobe 2007) unterscheiden lassen. Gemeinsam ist beiden Ansätzen, dass sie eine Korrelation zwischen kollektiv geteilten Normen und politischen Ergebnissen annehmen. Demnach ist der Befund, dass die von Staaten oder anderen Akteuren geteilten Normen mit ihren Handlungen konsistent sind, kein Unterscheidungsmerkmal zwischen rationalistischen und konstruktivistischen Ansätzen. Vielmehr besteht die entscheidende Leitdifferenz darin, dass Normen nach konstruktivistischer Lesart eine kausal unabhängige Wirkung zugeschrieben wird. Hinsichtlich der Analyse internationaler Sozialisationsprozesse betrifft die für Konstruktivisten theoretisch entscheidende Frage die kausale Beziehung zwischen Normen und Politikwandel (Moravcsik 2001: 230).¹¹⁵

Diese Frage verweist auf die unterschiedlichen Auffassungen, die rationalistische und konstruktivistische Ansätze bezüglich des Selbstverständnisses eines Akteurs

¹¹⁴ Auch Epstein (2008: 147) verweist darauf, dass eine Isolierung einzelner Erfolgsbedingungen internationaler Sozialisation nicht sinnvoll ist, weil erst das Zusammenspiel und die gegenseitige Verstärkung ausschlaggebend für die Normübernahme sind.

¹¹⁵ Während die Frage „Does variation in ideas impose a binding constraint on state behaviour?“ nach Moravcsik (2001: 230) eben kein konstruktivistisches Alleinstellungsmerkmal ist, sei die Frage „When does variation in ideas created through autonomous dynamics of socialization impose a binding constraint on state behaviour?“ der Kern eines konstruktivistischen Forschungsprogramms.

(Identität), seinen abstrakten Zielvorstellungen (Interessen) und konkreten Handlungsbewertungen (Präferenzen) haben. In rationalistischen Studien werden das Selbstverständnis eines Akteurs und dessen Interessen während der Interaktionen als unveränderbar betrachtet. Lediglich Präferenzen können sich in Abhängigkeit des Informationsstandes verändern, weil diese nur ein Mittel zur Verwirklichung der abstrakten Zielvorstellungen darstellen (Grobe 2007: 74). Grundlage dieser Argumentation bildet die Aufgabe eines einheitlichen Präferenzkonzepts im Rationalismus. Maßgeblich ist mittlerweile die Differenzierung zwischen Präferenzen über Handlungsstrategien, Präferenzen über Handlungsergebnisse sowie Präferenzen über die Werte und Wünsche des Akteurs, die den anderen beiden Typen von Präferenzen zu Grunde liegen (Zürn/Zangl 1996: 354).¹¹⁶ Aus den Präferenzen des Akteurs über die Handlungsergebnisse leiten sich dann wiederum die Präferenzen über die Handlungsstrategien ab (Deitelhoff 2006: 97).¹¹⁷ Am ehesten deckungsgleich mit den Interessen eines Akteurs sind die Präferenzen über seine Wünsche und Werte. Wenn von Präferenzwandel durch Informationsgewinn gesprochen wird, betrifft dieser somit nur zwei bestimmte Typen von Präferenzen – nämlich jene über die Handlungsstrategien und die Handlungsergebnisse. Dahingegen werden aus konstruktivistischer Perspektive sowohl Identitäten und Interessen als auch Präferenzen während der Interaktionen als veränderbar betrachtet (Risse-Kappen 1995: 177).

Diese unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der (Un)Veränderbarkeit von Identitäten, Interessen und Präferenzen korrespondieren mit einem unterschiedlichen Begriffsverständnis von 'Lernen' und 'Überzeugung' in rationalistischen und konstruktivistischen Ansätzen. Das rationalistischen Ansätzen inhärente Verständnis von Lernen als einer Veränderung von

¹¹⁶ Zur grundsätzlichen Diskussion des rationalistischen Präferenzkonzepts Fearon/Wendt (2002: 62-65).

¹¹⁷ Im Anschluss an Hasenclever/Meyer/Rittberger (1997: 24) spricht Deitelhoff (2006: 97) von *Handlungsoptionen* anstelle des in dieser Arbeit verwendeten Begriffs der *Handlungsstrategie*, der mit Blick auf die Anschlussfähigkeit an den Begriff des 'Lernens' von Levy (1994: 283) gewählt wurde.

Präferenzen über Handlungsstrategien oder Handlungsergebnisse entspricht am Ehesten dem so genannten 'einfachen Lernen'. Im Anschluss an Jack Levy (1994: 286) bezeichnet 'einfaches Lernen' die Veränderung von Mitteln und Strategien infolge neuer Informationen zur besseren Erreichung bestehender Ziele. Der Einfluss von Argumenten wird hierbei auf ihren faktenbezogenen Informationsgehalt beschränkt (Grobe 2007: 76). Eine 'funktionale' Überzeugung liegt vor, wenn sich die Situationsdefinition eines Akteurs durch neuen Wissenserwerb ändert, und im Zuge dessen auch seine Präferenzen. Unverändert bleiben hierbei allerdings sein Selbstverständnis oder seine Zielvorstellungen.

Im Unterschied dazu umfasst das konstruktivistische Verständnis von Überzeugung auch den Wandel von Glaubensüberzeugungen und Einstellungen (Checkel 2001b: 221) – und wird demnach als 'normative' Überzeugung verstanden.¹¹⁸ Der hiermit korrespondierende Lernbegriff ist jener des so genannten 'komplexen Lernens', das im Unterschied zum 'einfachen Lernen' die Veränderung grundlegender Ziele und Weltbilder umfasst (Levy 1994: 286). Hierbei wird den argumentativ begründeten neuen Normen eine kausale Wirkung zugeschrieben. Nach konstruktivistischer Lesart stellen internationale Sozialisationsagenturen nicht nur neue Informationen bereit. Vielmehr agieren sie als „authoritative agent providing 'correct' interpretations of the world“ (Gheciu 2005b: 978), „within which certain arguments are regarded as legitimate, while others (which violate the established collective interpretations of the world) are not“ (Gheciu 2005b: 982).

Unterschieden werden muss hierbei allerdings zwischen der Handlungsabsicht internationaler Sozialisationsagenturen und dem Ergebnis ihrer Bemühungen. Herauszuarbeiten, inwiefern neue Informationen im Laufe eines Überzeugungsprozesses „nur“ zu einer Formulierung von (veränderten) Präferenzen unsicherer bzw. unwissender Akteure über ihre Handlungsoptionen oder Handlungsergebnisse geführt haben, oder diese auch ihre

¹¹⁸ Synonymisch für 'normative' Überzeugung bestehen in der Literatur mitunter auch die Bezeichnungen 'authentische' Überzeugung (Checkel 2001b) oder 'starke' Überzeugung (Deitelhoff 2006).

Glaubensüberzeugungen und Einstellungen verändert haben, stellt eine enorme methodologische Herausforderung dar.¹¹⁹ Zu Recht steht Andrew Moravcsik (2001: 236) diesem Unterfangen äußerst skeptisch gegenüber. Auch James Fearon und Alexander Wendt (2002: 62) haben auf die erkenntnistheoretischen Grenzen verwiesen, auf die eine angestrebte Überprüfung rational-institutionalistischer und konstruktivistisch-institutionalistischer Hypothesen zur 'funktionalen' bzw. 'authentischen' Normübernahme unweigerlich stoßen wird. Wie diese methodologischen Herausforderungen in den beiden Fallstudien gehandhabt werden, wird nach der Generierung und Operationalisierung der untersuchungsleitenden Hypothesen sowie der Spezifizierung der Variablen reflektiert.

2.5 Untersuchungsleitende Hypothesen, Spezifizierung der Variablen, Operationalisierung

2.5.1 Kausalbeziehungen und Variablenbestimmung im Überblick

Bei den im Folgenden formulierten Kausalbeziehungen sind die Art und das Ausmaß der NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen die abhängige Variable.¹²⁰ Diese mißt den Grad und die Dimensionen der Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Differenziert wird bei der Ausprägung der abhängigen Variable zwischen drei Graden (vollständig, partiell, inertia) und drei Dimensionen

¹¹⁹ Eine weitere methodologische Herausforderung für Sozialkonstruktivisten bestünde darin zu zeigen, dass Akteure trotz vollständiger Informationen ihre Präferenzen über die Handlungsergebnisse geändert haben. Da die vollständige Informiertheit postkommunistischer Sozialisanden bei der NATOisierung nicht gegeben ist, wird diese – theoretisch bestehende Möglichkeit – im Folgenden nicht weiter berücksichtigt. Ob solch ein Fall in der praktischen (internationalen) Politik angesichts der begrenzten Rationalität von Akteuren überhaupt vorkommt, ist zu bezweifeln.

¹²⁰ Ermittelt werden Art und Ausmaß der NATOisierung in Kapitel 5.2 bzw. Kapitel 6.2, in denen die Transformation der zivil-militärischen Beziehungen Polens bzw. Tschechiens analysiert wird.

(formal, behavioural, kommunikativ).¹²¹ In Abhängigkeit von der jeweiligen theoretischen Perspektive werden die Art und das Ausmaß der Normübernahme als Ergebnis eines Anpassungsprozesses strategisch (ver)handelnder Akteure bzw. eines normativen Überzeugungsprozesses intrinsisch lernmotivierter Akteure betrachtet. Die NATO mit ihrer Beitrittsanforderung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte stellt die unabhängige Variable dar.¹²² Hinsichtlich der Beschaffenheit dieser Variable unterscheiden sich der rationale und der konstruktivistische Institutionalismus insofern, als letzterer nicht nur eine regulative Wirkung internationaler Institutionen und Normen annimmt, sondern diesen auch eine handlungskonstitutive Wirkung zuschreibt.¹²³ Als intervenierende Variablen werden die Sozialisationsstrategien und die Sozialisationspraktiken betrachtet, mittels derer die NATO die polnischen und tschechischen Akteure zur Normübernahme zu veranlassen sucht.¹²⁴ Entsprechend ihrem unterschiedlichen Verständnis von Akteurskonzepten und Handlungslogiken formulieren der rationale und der konstruktivistische Institutionalismus verschiedene Bedingungen für die Normübernahme, welche die konditionierenden Variablen darstellen.¹²⁵

Eine überblicksartige Darstellung der rational-institutionalistischen sowie konstruktivistisch-institutionalistischen Kausalbeziehungen liefert das folgende Schaubild.

¹²¹ Abgeleitet worden sind diese in Kapitel 2.1 aus den innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen bestehenden Konzeptualisierungen von Normen.

¹²² Vgl. Kapitel 3 zur Erweiterungspolitik der NATO, insbesondere Kapitel 3.1.3 zu den Beitrittskriterien der Allianz.

¹²³ Vgl. Kapitel 2.2 zu den zentralen Unterschieden des rationalen und konstruktivistischen Institutionalismus.

¹²⁴ Vgl. Kapitel 2.4.2 für eine allgemeine Erörterung verschiedener Sozialisationspraktiken sowie Kapitel 3.3.2 zu den von der NATO angewandten Praktiken im Besonderen.

¹²⁵ Zur allgemeinen Darlegung der Sozialisationsbedingungen hat Kapitel 2.4.3 gedient. Eine Generierung der untersuchungsleitenden Hypothesen und die Spezifizierung der Variablen werden in den folgenden Kapiteln 2.5.1 und 2.5.2 geleistet.

**Schaubild 2:
Normübernahme im Lichte des rationalen und des konstruktivistischen
Institutionalismus**



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Die beiden untersuchungsleitenden Hypothesen werden im Folgenden vorgestellt. Darüber hinaus erfolgen eine Spezifizierung der Variablen sowie die Operationalisierung der Hypothesen für die beiden Fallstudien.

2.5.2 NATOisierung als Anpassungsprozess strategisch (ver)handelnder Akteure (H1)

Die sicherheitspolitischen Akteure Polens bzw. Tschechiens übernehmen die NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen, wenn die Anreize

hoch und glaubwürdig sind, die machtpolitischen Kosten niedriger eingeschätzt werden als der Nutzen sowie keine Veto-Spieler vorhanden sind.¹²⁶

Die Variable *Anreiz* misst die Art und das Ausmaß der Anreize, die dem Zielstaat bei der Normübernahme in Aussicht gestellt werden. Die Mitgliedschaft in der NATO wird hierbei als primärer Anreiz betrachtet. Es wird nicht angenommen, dass sekundäre Anreize, wie beispielsweise informationale oder technische Hilfestellung bei der Umstrukturierung des Sicherheits- und Verteidigungssektors, insbesondere des Verteidigungsministeriums oder der Streitkräfte, ausschlaggebend sind für die Normübernahme. Inwieweit die Mitgliedschaft als *hoher* Anreiz betrachtet wird, hängt von ihrer Bedeutung in der polnischen bzw. tschechischen Sicherheitskonzeption ab.¹²⁷ Entscheidend ist hierbei die Frage, ob die NATO aus der Sicht Polens bzw. Tschechiens in der Lage ist, den beiden postkommunistischen Staaten im Falle der Normübernahme Vorteile zu verschaffen, die sie sich anderweitig nicht verschaffen könnten. Für die zu untersuchende (potenzielle) Wirkung des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft ist auch entscheidend, ob dieser von den polnischen und tschechischen Akteuren als *glaubwürdig* bewertet wird. Dabei umfasst Glaubwürdigkeit zwei Aspekte: Erstens die Glaubwürdigkeit der Drohung, im Falle nicht erfolgter Normübernahme die in Aussicht gestellte Belohnung zu verwehren bzw. Strafmaßnahmen durchzuführen. Zweitens die Glaubwürdigkeit des Versprechens, d.h. die polnische bzw. tschechische Regierung muss sich sicher sein, dass der polnische bzw. tschechische Staat bei der Übernahme der NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen zuverlässig in die Allianz aufgenommen wird.

Hohe und glaubwürdige Anreize sind zwar notwendige Bedingungen, aber nicht hinreichend für die Normübernahme. Entscheidend sind hierbei die Kosten-Nutzen-Kalküle der Zielregierung, insbesondere des Präsidenten, Premier-,

¹²⁶ Auf die Bedeutung hoher und glaubwürdiger Anreize sowie niedriger innenpolitischer Anpassungskosten verweisen u.a. auch Kelley (2004: 426), Schimmelfennig/Engert/Knobel (2006: 58f.), Checkel (2007b: 10f.); auf die Bedeutung von Veto-Spielern u.a. auch Börzel/Risse (2003: 64), Kelley (2004: 430f.).

¹²⁷ Herausgearbeitet wird die Bedeutung der NATO in der polnischen bzw. tschechischen Sicherheitskonzeption in Kapitel 5.1.1 bzw. Kapitel 6.1.1.

Verteidigungs- und Außenministers, sowie des Generalstabes.¹²⁸ Denn sie befinden letztlich darüber, ob sie die Kosten der Normübernahme für die in Aussicht stehende Belohnung – die NATO-Mitgliedschaft – zu tragen bereit sind. Somit mißt die *Variable Kosten* die innenpolitischen oder machtpolitischen Kosten der Normübernahme. Operationalisiert werden die machtpolitischen Kosten-Nutzen-Kalküle entlang dreier Dimensionen: Verfügung über Ressourcen und Kompetenzen; Einfluss auf Politikergebnisse; Kontrolle von Akteuren. Quer zu diesen drei Dimensionen liegt ein vierter Faktor, der die instrumentellen Erwägungen nationaler Akteure beeinflussen kann, nämlich die Sicherung von Wählerstimmen.¹²⁹ Die einzelnen Akteure Polens bzw. Tschechiens können sich in ihren strategischen Kalkulationen – wie auch bei ihrer Bewertung der Anreize – erheblich unterscheiden. Maßgeblichen Einfluss auf die Kosten-Nutzen-Kalküle der nationalen Akteure haben die Veränderungen der Opportunitätsstruktur, die mit der Normübernahme einhergehen. Während die NATOisierung für einige Akteure eine Zunahme an Ressourcen, Kompetenzen etc. und somit eine Verbesserung der Position im Politikfeld Sicherheit bedeutet, werden andere Akteure bei der Verwirklichung ihrer Ziele eingeschränkt. Dementsprechend ist bei der Analyse der NATOisierung aus rational-institutionalistischer Perspektive die Frage zentral, mit welchen machtpolitischen Veränderungen eine etwaige Normübernahme für die einzelnen Akteure Polens bzw. Tschechiens verbunden

¹²⁸ Dass hier die strategischen Kalkulationen des Außen- und Verteidigungsministers sowie des Generalstabs angeführt werden, ist der hier untersuchten Norm der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte geschuldet. In Abhängigkeit von den Sozialisationsinhalten und den von den internationalen Sozialisationsbemühungen betroffenen Politikfeldern können natürlich neben dem Präsidenten und dem Premierminister auch andere Minister der Zielregierung und innerstaatliche Akteure entscheidend sein.

¹²⁹ Inwieweit das grundsätzlich bestehende Motiv der Wiederwahl die Normübernahme beeinflusst, hängt davon ab, welchen Stellenwert das betreffende Themenfeld innerhalb der Bevölkerung bzw. unterschiedlichen Wählergruppen hat. Mit Blick auf die folgende Analyse der NATOisierung Polens und Tschechiens wird relevant sein, wie hoch die Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft und das Ansehen der Streitkräfte innerhalb der jeweiligen Gesellschaft ist, und inwiefern diese Druck auf die Elite ausübt, Verteidigungsreformen durchzuführen. Vgl. zur Bedeutung der Wiederwahl aus rationalistischer Perspektive auch Jacoby (2004: 143) und Schimmelfennig (2005).

ist. Als entscheidend für den Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung werden insbesondere zwei Akteurstypen angenommen: die Veto-Spieler und die NATO-Opportunisten.

2.5.3 NATOisierung als normativer Überzeugungsprozess intrinsisch lernmotivierter Akteure (H 2)

Die sicherheitspolitischen Akteure Polens bzw. Tschechiens übernehmen die NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen, wenn die Identifizierung mit der NATO groß ist, die Legitimität und die Resonanz der NATO-Normen hoch sind, und eine starke Koalition aus NATO-Normunternehmern gebildet werden kann.¹³⁰

Die Variable *Identifizierung* erfasst das Ausmaß, in dem sich die polnischen bzw. tschechischen Sozialisanden mit der NATO identifizieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte übernehmen, ist höher, wenn sie die NATO als eine Gemeinschaft betrachten, der sie angehören möchten (Checkel 2001a: 563; Johnston 2001: 499). Freilich können sich die polnischen und die tschechischen Akteure hinsichtlich ihres Identifizierungsgrades mit der NATO unterscheiden. Zu erwarten ist, dass Akteure mit einem hohen Identifizierungsgrad relativ leicht zu sozialisieren sind, wohingegen jene, die sich wenig oder gar nicht mit der NATO identifizieren oder dieser gar ablehnend gegenüberstehen, nur schwer oder gar nicht zu sozialisieren sind (Flockhart 2004: 367). Bezüglich der Einschätzung des Identifizierungsgrades der Zielregierung und der militärischen Akteure Polens und Tschechiens mit der NATO besteht die methodologische Herausforderung darin, „rhetorisches Handeln“ (Schimmelfennig 2003a) von einer tatsächlich vorhandenen

¹³⁰ Auf die Bedeutung eines hohen Identifizierungsgrades verweisen auch Johnston (2001: 497) und Flockhart (2005c: 47); von Legitimität u.a. Schimmelfennig/Sedelmeier (2005: 18f.); von Resonanz u.a. Checkel (1999: 86f.), Johnston (2001: 499), Flockhart (2004: 369); und auf die Bedeutung einer starken Koalition aus Normunternehmern auch Epstein (2005: 65), Börzel/Risse (2003: 67).

Identifizierung unterscheiden zu können.¹³¹ Ermittelt werden kann diese im Anschluss an Rachel Epstein (2005: 67) anhand von zwei Indikatoren. Erstens anhand der Existenz und der Stärke der demokratischen Opposition zu Zeiten des Kommunismus, aus der sich die Glaubwürdigkeit öffentlicher Bekenntnisse zu liberal-demokratischen Normen ableiten lässt. Als zweiter Indikator bieten sich die Beziehungen zwischen Militär und Gesellschaft an. Im Falle eines positiven Images der Streitkräfte innerhalb der Bevölkerung wird angenommen, dass der sicherheits- und verteidigungspolitische Sektor als wichtig gilt und die gesellschaftliche Unterstützung für die Einbindung der Streitkräfte in eine angesehene, internationale Allianz groß ist.

Die Variable *Legitimität* bezieht sich auf die Qualität der NATO-Normen, zu deren Übernahme die Allianz die beiden postkommunistischen Staaten zu bewegen versuchte. Die Qualität der betreffenden Normen – in unserem Falle jene der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte – hängt von verschiedenen Faktoren ab: Von der Norm als solcher sowie von der Art und Weise, wie die normativen Inhalte gegenüber den Sozialisanden vermittelt werden. Thomas Franck (1990: 38) zufolge wird die Qualität von (internationalen) Normen bestimmt von „the clarity with which the rules communicate, the integrity of the process by which they were made and are applied, their venerable pedigree and conceptual coherence“. Besonders hohe Legitimität ist jenen Normen beizumessen, die konstitutiv für die internationale Gemeinschaft sind und von ihren Mitgliedern in konsistenter Weise gegenüber den postkommunistischen Anwärtstaaten kommuniziert werden.

Die Variable *Resonanz* mißt die kulturelle und/oder institutionelle Vereinbarkeit der internationalen Normen mit den bestehenden nationalen Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken. Entscheidend für die Normübernahme ist

¹³¹ Rhetorisch handelnde Akteure verändern ihr Verhalten und ihre Rhetorik lediglich aus instrumentell-rationalen Erwägungen. Sie möchten nur so *erscheinen*, als hätten sie die Forderungen der Sozialisationsagentur – in diesem Fall die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte – erfüllt. Das Ergebnis sind hier in aller Regel oberflächlich-kosmetische Reformen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

bei intergouvernementalen Sozialisationsprozessen wie der NATOisierung insbesondere die Resonanz internationaler Normen bei den politischen Entscheidungsträgern sowie dem Offizierskorps.¹³² Im Hinblick auf die Anschlussfähigkeit internationaler Normen lassen sich nach Andrew Cortell und James Davis (2000: 69) drei Grade von Resonanz unterscheiden.¹³³ Hoch ist die Resonanz, wenn die NATO-Normen mit den Glaubensüberzeugungen und den Einstellungen der sicherheits- und verteidigungspolitischen Elite übereinstimmen. Negativ ausgeprägt ist die Variable Resonanz bei konfligierenden internationalen und nationalen Normen. Von neutraler Resonanz wird bei einem ideellen Vakuum gesprochen. Dieses besteht, wenn keine nationalen Normen vorhanden sind, da diese in Folge einer Krise bzw. eines politischen Versagens delegitimiert wurden (Haas 1993: 291; Checkel 2001a: 562f.).¹³⁴ „The ideational vacuum (...) is likely to lead to a feeling of cognitive inconsistency (...) Actors will therefore at this stage be open to new ideas that can end the uncomfortable situation“ (Flockhart 2004: 362). Ein ideelles Vakuum besteht auch dann, wenn die Sozialisanden Politik-Novizen sind im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen, und wenige Vorstellungen darüber haben, wie Reformen durchgeführt werden sollen (Epstein 2005: 65).

Wie auch bei der Identifizierung mit der NATO, kann die Resonanz der NATO-Normen innerhalb der polnischen bzw. tschechischen Akteure erheblich variieren. Dies betrifft sowohl Unterschiede innerhalb der zivilen Entscheidungsträger oder zwischen Regierungskoalitionen als auch Diskrepanzen zwischen den älteren, sowjetisch sozialisierten Offizieren und ihren jüngeren Kollegen. Ermitteln lässt sich das Ausmaß, in dem die NATO-Normen anschlussfähig sind, primär in den

¹³² Die Resonanz internationaler Normen beim Offizierskorps ist natürlich nur für jene intergouvernementalen Sozialisationsprozessen relevant, die die Politikfelder Sicherheit und Verteidigung betreffen, wohingegen die Resonanz unter den politischen Entscheidungsträgern, insbesondere der Zielregierung, bei allen intergouvernementalen Sozialisationsprozessen zentral ist.

¹³³ Vgl. auch Checkel (1999: 87; 2001a: 562f.) zur Differenzierung zwischen verschiedenen Graden von Resonanz.

¹³⁴ Die Existenz eines ideellen Vakuums wird als charakteristisch für Transitionsstaaten betrachtet. Vgl. dazu Fischer (2003; 2005).

Äußerungen polnischer bzw. tschechischer Akteure, d.h. in ihren Bewertungen und Stellungnahmen gegenüber den betreffenden Normierungsinhalten.¹³⁵

Ein großer Identifizierungsgrad mit der NATO sowie eine hohe Legitimität und Resonanz der NATO-Normen sind zwar notwendige, aber keine hinreichende Bedingungen für die Übernahme der NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Entscheidend ist hierfür die Bildung einer starken Koalition aus NATO-Normunternehmern.¹³⁶ Definiert werden Normunternehmer als „advocates for proposals or the prominence of an idea (...) [willing] (...) to invest their resources – time, energy, reputation, and sometimes money – in the hope of a future return“ (Kingdon 1995: 12, zit. nach Alderson 2001: 419). Sie bemühen sich, die neuen Normen innerhalb der nationalen Institutionen und unter den nationalen Akteuren zu verbreiten, indem sie soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse induzieren. Im Zuge derer sollen die Sozialisanden dazu veranlasst werden, ihre Einstellungen und Glaubensüberzeugungen im Einklang mit den neuen Normen zu verändern (Börzel/Risse 2003: 67; Börzel 2005: 54f.).

Die Stärke der nationalen Normunternehmer Polens bzw. Tschechiens hängt von zwei Faktoren ab. Erstens von der Unterstützung eines Netzwerks von Akteuren, die aufgrund ihrer sicherheits- und verteidigungspolitischen Expertise als anerkannte Autoritäten gelten. Es geht also darum, ob eine *epistemische Gemeinschaft* (Haas 1992) besteht, welche die Norm der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte legitimiert, indem sie profunde Kenntnisse über die Wirkungszusammenhänge des angestrebten Reformprozesses zur Verfügung

¹³⁵ Vgl. zur Ermittlung des Resonanzgrades auch Deitelhoff (2006: 153).

¹³⁶ Im Unterschied zu Finnemore/Sikkink (1998: 896-898), die die Bedeutung von Normunternehmern bei der Übernahme internationaler Normen nur für die erste Phase des Sozialisationsprozesses, d.h. jener der Normemergenz, betonen, halte ich Normadvocaten auch für den weiteren Verlauf des Sozialisationsprozesses, insbesondere für eine nachhaltigen und tiefgreifende Implementierung internationaler Normen für unabdingbar.

stellt (Haas 1992: 4).¹³⁷ Im Falle der NATOisierung setzt sich die epistemische Gemeinschaft aus Repräsentanten der NATO sowie westlichen Sicherheits- und Verteidigungsexperten aus Politik und Wissenschaft zusammen. Epistemische Gemeinschaften spielen eine wichtige Rolle als Ideengeber für nationale Entscheidungsträger, wenn diese auf technische Expertise und Spezialwissen angewiesen sind (Rose 1991: 15f.). Besonders empfänglich sind diese für die Beratung von epistemischen Gemeinschaften bei der Politikimplementierung, wenn ein ideelles Vakuum besteht. Begünstigend wirkt sich auch ein hoher Institutionalierungsgrad der Beziehungen zwischen der epistemischen Gemeinschaft und der Zielregierung aus (Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 23). Zweitens wird die Stärke der polnischen und tschechischen Normunternehmer von ihrer Stellung im politischen System und ihren Zugangsmöglichkeiten zu sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Akteuren bestimmt.¹³⁸ In stark zentralisierten politischen Systemen ist die Verbreitung neuer Normen innerhalb der staatlichen Bürokratie extrem schwierig, weil dort der Zugang zu politischen Entscheidungsträgern stark limitiert ist. Weitaus niedriger sind die Zugangsschwellen in dezentral strukturierten politischen Systemen, innerhalb derer allerdings die Normadvokaten und die von ihnen verkörperten Normen in stärkerer Konkurrenz zu anderen neuen Ideen stehen, die den politischen Entscheidungsträgern präsentiert werden.

Um die beiden Hypothesen im Falle der NATOisierung Polens und Tschechiens überprüfen zu können, bedarf es noch einiger methodologischer Klärungsarbeit, der ich mich im Folgenden widme.

¹³⁷ Neben dem von Peter Haas entwickelten Konzept der *epistemic communities* führt die Literatur einen zweiten Typus von Normunternehmern an, die so genannten *advocacy issue networks* (u.a. Keck/Sikkink 1998; Risse/Sikkink 1999), die nicht primär über gemeinsame Wissensbestände, sondern in erster Linie über geteilte Werte und Glaubensüberzeugungen zusammen gehalten werden.

¹³⁸ Diese Argumentation erfolgt in Anlehnung an Flockhart (2004: 369).

2.6 Methodologische Überlegungen zur Analyse der NATOisierung

Beim komplementären Zugang zur Analyse der NATOisierung wird auf die Methode der doppelten Interpretation (Zürn/Checkel 2005: 1057) zurückgegriffen. Mittels dieser werden der Verlauf und das Ergebnis des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses Polens und Tschechiens sowohl aus Sicht des rationalen als auch des konstruktivistischen Institutionalismus beleuchtet. Solch' eine Verfahrensweise sieht sich mit methodologischen Herausforderungen konfrontiert, die sich grundsätzlich bei jedweder sozialisationstheoretischen Analyse stellen: dem Nachweis von Sozialisation. Zugleich ist eine komplementäre Betrachtungsweise internationaler Sozialisation insofern ein anspruchsvolleres Unterfangen als eine einseitige theoretische Annäherung, als sie sich nicht darauf beschränken kann, nur jene Aspekte zu sehen, die sie – qua theoretischer Vorentscheidung – zu suchen gedenkt. Damit soll keineswegs in Abrede gestellt werden, dass auch eine komplementäre Annäherung – wie jedwede (sozial)wissenschaftliche Analyse – ein subjektiver Erkenntnisprozess ist, bei dem die Voreingenommenheit durch Reflektion und Transparenz begrenzt werden muss. Doch wird beim Einnehmen zweier unterschiedlicher theoretischer Blickwinkel die Wahrscheinlichkeit erhöht, einen so genannten '*confirmation bias*' zu vermeiden und damit dem Untersuchungsgegenstand in größtmöglichem Maße gerecht zu werden.¹³⁹ Neben der Frage, wie Sozialisation erkannt werden kann, wenn sie auftritt, betreffen die folgenden methodologischen Überlegungen insbesondere die Frage, wie sich verschiedene Typen von Akteuren sowie verschiedene Formen von Überzeugung bei der empirischen Analyse unterscheiden lassen. Abschließend wird begründet, warum die Methoden der Prozessanalyse, der Fallstudientechnik und der qualitativen vergleichenden Analyse adäquate Antworten hierauf sind.

¹³⁹ Auch Bennett/George (2005: 217) verweisen darauf, dass die Fokussierung auf eine Hypothese bzw. einen Erklärungsansatz die Gefahr birgt, einem starken *confirmation bias* anheim zu fallen.

2.6.1 Nachweis von Sozialisation

„Wie erkennen wir Sozialisation und wie können wir sie erklären?“, lautet die Gretchenfrage in der internationalen Sozialisationsforschung.¹⁴⁰ Die auf Erklärung abzielende Komponente der Gretchenfrage umfasst hierbei zwei Aspekte bzw. Unterfragen. Erstens die Frage, wie Sozialisationsmechanismen identifiziert werden können, d.h. erklärt werden kann, wie Sozialisation von Statten gegangen ist. Zweitens die Frage, wie die Bedingungen identifiziert werden können, unter denen sich Sozialisation vollzogen hat.¹⁴¹

In Abhängigkeit von der jeweiligen Form der Normübernahme fällt die Antwort auf diese Fragen unterschiedlich aus. Grundsätzlich ist ein doppelter Befund notwendig, um die Wirksamkeit internationaler Sozialisationsbemühungen nachzuweisen (Schimmelfennig 2003b: 409). Zum ersten muss gezeigt werden, dass die auf der nationalen Ebene in politischen Institutionen und bei potenziellen Sozialisanden vorgefundenen Normen ihren Ursprung in einem internationalen Sozialisationsprozess hatten. Kontrafaktisch gesprochen bedeutet dies, plausibel zu machen, dass die Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen Polens bzw. Tschechiens in Abwesenheit der NATOisierung andere gewesen wären. In Variablen-Sprache heißt das, die Effekte nationaler Einflussfaktoren und nichtsozialisationsbedingter internationaler Einflussfaktoren, wie beispielsweise Anpassungsleistungen an die materielle Veränderung im internationalen System, zu kontrollieren.¹⁴² Zweitens gilt es zu zeigen, dass das mit den Normen der internationalen Gemeinschaft konforme Verhalten nationaler Akteure aus der Übernahme eben dieser Normen resultiert (Schimmelfennig 2003b: 409). Die Gretchenfrage ist hier, inwieweit plausibilisiert werden kann, dass in einer Situation, in der es einen Anreiz zu normverletzendem Verhalten gab oder

¹⁴⁰ Mit vergleichbaren Schlüsselfragen sieht sich die sozialkonstruktivistische Forschung generell konfrontiert, wie z.B. die Handlungstheoriendebatte widerspiegelt, insbesondere beim empirischen Nachweis kommunikativen oder verständigungsorientierten Handelns.

¹⁴¹ Vgl. hierzu auch Zürn/Checkel (2005: 1049-1056).

¹⁴² Warum die Prozessanalyse eine geeignete Methode hierfür ist, wird in Kapitel 2.6.2 erläutert.

einzelne Akteure solch' ein Verhalten propagierten, in Abwesenheit der übernommenen Normen in der Tat ein normverletzendes Verhalten aufgetreten wäre.

Ist schon der Nachweis der Normübernahme auf der institutionellen und der behaviouralen Ebene ein äußerst anspruchsvolles Unterfangen, so trifft dies in noch größerem Maße beim Nachweis der Internalisierung internationaler Normen durch normative Überzeugung und komplexes Lernen zu. Die Einschätzung, dass bei einer erfolgreichen Normübernahme externe Sanktionen oder andere Formen internationalen Einflusses nicht mehr nötig sind (March/Olsen 1989: 60f.; Risse/Sikkink 1999: 11), impliziert eine Veränderung der Einstellungen und der Glaubensüberzeugungen des Sozialisanden. Hier gilt es zu plausibilisieren, „that the gap or distance between actors' basic causal and affective understandings closes as a result of succesful persuasion“ (Johnston 2001: 496). Trine Flockhart (2005b: 16) gibt hierbei zu bedenken, dass

„[t]here is, however, no way of knowing when 'deep' socialization has occurred, as the observable changed behaviour may simply have been undertaken for strategic reasons to gain entry to the community, or to gain other promised benefits“.¹⁴³

Die Unterscheidung zwischen der regulativen und der konstitutiven Wirkung internationaler Normen ist in asymmetrischen Beziehungskontexten besonders schwierig, wenn nicht gar (teilweise) unmöglich. Wenn eine starke Anreizstruktur zur Normübernahme sowie gravierende Macht- und Herrschaftsasymmetrien gleichzeitig bestehen, wie dies bei der Beziehung der NATO zu ihren postkommunistischen Partnerstaaten zutrifft, stellt sich die Frage der Handlungsalternativen mit besonderem Nachdruck. Die Akzeptanz neuer Normen mangels Machtpotenzial diese herauszufordern oder mangels (realistischer) Handlungsalternativen „may not mean that a fundamental process of rethinking has taken place“ (Grugel 2005: 36). Weil aber in solchen Fällen ein demokratisches Fehlverhalten wahrscheinlich ist, eröffnet eine umfassende

¹⁴³ Vgl. hierzu auch Johnston (2001: 499) und Checkel (2001a: 581).

Analyse der Verhaltensebene einen methodisch handhabbaren Zugang zur Analyse internationaler Sozialisationsprozesse.

Allerdings lassen sich Normen nicht unmittelbar am Verhalten von Akteuren ablesen, weil die Handlungsmotivation nicht direkt beobachtbar ist (Deitelhoff 2006: 38). Einzig auf der Verhaltensebene kann nicht festgestellt werden, ob sich ein Akteur bei seinem Handeln an instrumentell-rationalen Erwägungen orientiert oder normgeleitet handelt.¹⁴⁴ Darüber hinaus ist soziales Handeln in der Empirie „sehr selten *nur* in der einen *oder* anderen Art orientiert“ [Hervorheb. i. Original] (Weber 1968a: 567). Ein Indikator für ein stärker normgeleitetes als instrumentelles Handeln wäre eine Situation, in der ein Akteur sich normkonform verhält, obwohl dies mehr Kosten als Nutzen für ihn verursacht.

Eine zweite Möglichkeit, sich der Frage nach der Dominanz einer Handlungslogik bzw. dem Mischungsverhältnis verschiedener Handlungslogiken in einer bestimmten Handlungssituation zumindest anzunähern, eröffnet sich, wenn die rhetorische Ebene in die Analyse miteinbezogen wird. Denn Normen als kollektiv geteilte Bedeutungsstrukturen (Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 54) werden über ihre intersubjektive Verpflichtung sichtbar. Sie bedürfen Handlungsrechtfertigungen, die sich in der Kommunikation zwischen Akteuren niederschlagen (Finnemore/Sikkink 1998: 892). Bildet die Norm – in unserem Falle die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte – einen positiven Referenzpunkt in der Kommunikation nationaler Akteure, so kann dies ein Indikator dafür sein, dass die Sozialisanden authentisch überzeugt sind von der betreffenden Norm (Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 8).¹⁴⁵ Die positive Bezugnahme kann aber auch ein bloßes Lippenbekenntnis von Akteuren sein, die „talk the talk“ (Risse/Sikkink 1999), oder ein strategischen Erwägungen geschuldetes „rhetorisches Handeln“ (Schimmelfennig 2003a). Angesichts dessen wirft die

¹⁴⁴ Auch Johnston (2001: 495) hebt hervor, dass sich aus dem normkonformen Verhalten von Sozialisanden keine Schlussfolgerungen über den Grad der Internalisierung internationaler Normen ziehen lassen. Vgl. hierzu auch Checkel (2001a).

¹⁴⁵ Der übergeordnete normative Anspruch einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte wird in verschiedene Teilaspekte aufgefächert, um eine differenzierte Analyse zu ermöglichen. Vgl. den entsprechenden Leitfragenkatalog unter Kapitel 4.5.

Berücksichtigung der kommunikativen Ebene die Frage auf, wie sich bei der empirischen Analyse internationaler Sozialisationsprozesse strategisch argumentierende Normunternehmer von authentisch überzeugten Normunternehmern unterscheiden lassen.

Charakteristisch für rhetorisch handelnde Akteure ist ein strategischer Gebrauch von Sprache (Schimmelfennig 2003a: 199). Sie beziehen sich in ihrer Argumentation auf internationale Normen, wie beispielsweise die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte, ohne von deren Geltungsanspruch authentisch überzeugt zu sein müssen bzw. überzeugt werden zu wollen. Ihr Ziel ist es vielmehr, ihre Gesprächspartner gegebenenfalls unter Rückgriff auf Drohungen, Versprechungen oder mittels der Manipulation von Anreizen dahingehend zu beeinflussen, dass diese ihr Verhalten und im besten Fall auch ihre Wertvorstellungen verändern (Schimmelfennig 1997: 229). „Rhetorical actors want to persuade others, they themselves however are neither prepared to yield to the power of the better of the arguments nor open to accepting their opponents' counterclaims“ (Schimmelfennig 2003a: 204). Im Ergebnis bewirken die Überzeugungsversuche eines rhetorisch handelnden Akteurs in aller Regel nur Verhaltensveränderungen seines Gegenübers, nicht aber eine Veränderung seiner Werte und Wünsche (Deitelhoff 2006: 105f.). Denn der argumentativ unterlegene Gesprächspartner wird nicht durch die Argumente seines Gegenübers überzeugt, sondern durch die Gefahr eines Legitimitätsentzugs innerhalb der (künftigen) Gemeinschaft zu normkonformem Verhalten genötigt (Schimmelfennig 2003b: 208). Weil rhetorisch handelnde Akteure in ihren Argumentationen zwar Bezug nehmen auf internationale Normen, diese allerdings nicht internalisiert

haben, werden diese als schwach sozialisiert betrachtet (Schimmelfennig 2001: 62).¹⁴⁶

Im Unterschied zu strategisch argumentierenden Normunternehmern zeichnen sich authentische Normunternehmer durch ihre ideelle Bindung an die betreffende Norm aus. Sie bemühen sich um deren Übernahme, Verbreitung und Einhaltung „even though the pursuit of the norms may have no effect on their well-being“ (Finnemore/Sikkink 1998: 898). Bei authentisch überzeugten Normunternehmern wird normkonformes Verhalten nicht durch die Gefahr eines Legitimitätsentzugs innerhalb der (künftigen) Gemeinschaft gewährleistet, sondern durch intrapersonale Sanktionierung, d.h. die Verletzung der Norm wird als psychologisch schmerzhaft empfunden (Axelrod 1986: 1104).

Diese beiden Typen von Normunternehmern bei der empirischen Analyse unterscheiden zu können, ist deshalb eine enorme methodologische Herausforderung, weil sowohl ihr Verhalten als auch ihre sprachlichen Äußerungen häufig gleich sind. Grundsätzlich versuchen Normunternehmer bei ihrem *framing* die neue Norm an bereits bestehende Normen anzuschließen, um so die Legitimität der neuen Norm zu untermauern (Deitelhoff 2006: 75). Aus diesem *framing* können allerdings keine Rückschlüsse auf die zu Grunde liegende Handlungsorientierung geschlossen werden. Denn sprachliche Äußerungen, in unserem Falle jene der polnischen oder tschechischen Normunternehmer, müssen nicht zwangsläufig wahrhaftig sein.¹⁴⁷

Um dieser Erkenntnis methodologisch Rechnung zu tragen, schlägt Jeffrey Checkel (2001b: 223f.) Interviews mit politischen Entscheidungsträgern zu zwei

¹⁴⁶ Zu Recht weist Deitelhoff (2006: 106) darauf hin, dass sich Schimmelfennigs Verständnis von 'Überzeugung' verändert hat. Setzte er ursprünglich (2001: 65) rhetorisches Handeln explizit *nicht* mit Überzeugung gleich, weil ersteres keine Interessensveränderung impliziere, so rückte er später (2003a: 201f.) von dieser Differenzierung ab, indem er eine erfolgreiche Verhaltensänderung des Gegenübers als Minimalforderung für Überzeugung betrachtete.

¹⁴⁷ Dass aus sprachlichen Äußerungen nicht auf Handlungsorientierungen geschlossen werden kann, hat Katharina Holzinger (2001: 251; 280) eindrucksvoll herausgearbeitet.

verschiedenen Zeitpunkten vor.¹⁴⁸ Solch' einer Verfahrensweise zur Differenzierung zwischen strategischen und authentischen Normunternehmern hält Andrew Moravcsik (2001: 236) aus zweierlei Gründen für nicht überzeugend. Zum einen seien insbesondere politische Entscheidungsträger darin geübt, ihr Verhalten mit einem ideologischen *Cover* zu versehen. Darüber hinaus könne von einer plausiblen Rechtfertigung ideologischer Prinzipien nicht zwangsläufig auf damit korrespondierendes Handeln geschlossen werden. Alastair Johnston (2001: 499) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass die Übereinstimmung zwischen öffentlicher Konformität und privater Akzeptanz den entscheidenden Indikator für den Nachweis authentischer Überzeugung von Sozialisanden liefert.

Bei der Handhabung dieser methodologischen Herausforderung in den nachfolgenden Fallstudien werden verschiedene Indikatoren miteinander kombiniert. Die von Jeffrey Checkel vorgeschlagenen Zwei-Zeitpunkte-Interviews sind mit Blick auf die NATOisierung Polens und Tschechiens nicht sinnvoll, weil beide Länder von einer enormen Fluktuation innerhalb der politischen Führung geprägt waren. Dies betrifft zum einen häufige Regierungswechsel, aber das – mit Blick auf die übergeordnete Fragestellung – noch gravierendere Problem des häufigen Wechsels von Verteidigungsministern.¹⁴⁹ Aufgegriffen wird allerdings die Idee, die dem Vorschlag der Zwei-Zeitpunkte-Interviews letztlich zu Grunde liegt, nämlich das Überprüfen von sprachlichen Konsistenzen der polnischen bzw. tschechischen Entscheidungsträger. Somit wird ein maßgeblicher Indikator für die Ermittlung der Handlungsorientierung die zeitliche und kontextuale Konsistenz sprachlicher Äußerungen der Akteure sein.¹⁵⁰ Mit kontextueller Konsistenz ist die Übereinstimmung von Argumentationen in verschiedenen Gesprächskontexten gemeint, wie beispielweise im NATO-Rahmen oder gegenüber der eigenen

¹⁴⁸ Kombiniert werden sollen diese Checkel (2001b: 223f.) zufolge mit der Methode der Prozessanalyse und der qualitativen Inhaltsanalyse von öffentlichen Dokumenten, Medienberichten und Fachliteratur.

¹⁴⁹ Stellvertretend hierfür kann Polen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre angeführt werden, in welcher der damalige Präsident Wałęsa mit 11 (!) Verteidigungsministern zu tun hatte.

¹⁵⁰ Auf die Bedeutung sprachlicher kontextueller Konsistenz als Indikator für normative Überzeugung verweist auch Gheciu (2005b: 982).

Bevölkerung.¹⁵¹ Einen zweiten Indikator bildet der Abgleich von sprachlicher und behavioural Ebene. Insbesondere bei der verbalen Zustimmung postkommunistischer Akteure zur NATO-Norm der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte gilt zu prüfen, inwieweit sich diese auch auf der Handlungsebene bei der Institutionalisierung und/oder politischen Durchsetzung niederschlägt.¹⁵² Lediglich oberflächlich-kosmetische Reformen lassen auf rhetorisch handelnde bzw. schwach sozialisierte Akteure schließen, die nur so *erscheinen* möchten als hätten sie die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte übernommen. Demnach ist für den Nachweis einer starken Sozialisation zentral, dass der betreffende Akteur sich nachhaltig für eine tiefgreifende Implementierung der NATO-Norm einsetzt. Dass die Beobachtung der Verhaltensebene alleine keine Rückschlüsse auf die zu Grunde liegende Handlungsmotivation zulässt, ist bereits reflektiert worden. Aussagekräftig(er) ist das Verhalten von Akteuren allerdings, wenn die dabei verursachten Kosten bzw. der dadurch erzielte Nutzen berücksichtigt wird. Handelt ein Akteur trotz einer für ihn negativen Kosten-Nutzen-Bilanz normkonform, so wird dies als Indikator für sein authentisches Überzeugtsein gewertet.¹⁵³

Inwiefern polnische bzw. tschechische Akteure bei ihren Bemühungen zur Übernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte erfolgreich sind, hängt freilich von den innenpolitischen Kräftekonstellationen ab. Demnach gilt die umgekehrte Schlussfolgerung *nicht*: Erfolgreiche Implementierungsversuche können nicht zwangsläufig mit einer nicht erfolgten Norminternalisierung gleichgesetzt werden. Allerdings ist die Internalisierung internationaler Normen von einzelnen politischen Entscheidungsträgern nicht ausreichend für die staatliche Sozialisation

¹⁵¹ In abgewandelter Form wird damit der Verweis von Johnston (2001: 499) aufgegriffen, wobei die Überprüfung der privaten Akzeptanz internationaler Normen seitens der postkommunistischen Entscheidungsträger angesichts der Schwierigkeit der Datengenerierung nicht realisierbar ist.

¹⁵² Damit wird dem berechtigten Bedenken von Andrew Moravcsik (2001: 236) Rechnung getragen, der sprachlichen Ebene nicht zuviel Bedeutung beizumessen.

¹⁵³ Vorausgesetzt wird bei dieser Schlussfolgerung die sprachliche Konsistenz des Akteurs und ein damit übereinstimmendes Verhalten.

als Ganzes. Erforderlich ist eine kritische Zahl von Befürwortern, welche die betreffende Norm auch politisch durchzusetzen vermögen.¹⁵⁴

Insgesamt bedarf der Nachweis erfolgreicher internationaler Sozialisation einer sorgfältigen Analyse signifikanter Gesprächs- und Handlungssituationen in verschiedenen Kontexten und zu unterschiedlichen Zeitpunkten des Sozialisationsprozesses. Als geeignete Methode hierfür wird die Prozessanalyse betrachtet (u.a. Checkel 2001b: 223), deren Vorzüge, aber auch Gefahren im Folgenden erläutert werden.

2.6.2 Prozessanalyse

Eine Möglichkeit zur Kontrolle von Einflussfaktoren der sicherheitspolitischen Sozialisation Polens und Tschechiens liefert die Methode der Prozessanalyse, „[which] attempts to identify the intervening causal process – the causal chain and causal mechanism – between an independent variable (or variables) and the outcome of the dependent variable“ (George/Bennett 2005: 206). Erforderlich sind die Entdeckung und der Nachweis eines kausalen Mechanismus', der von X ausgeht und Y hervorbringt. Indem die Prozessanalyse Licht in die so genannte *'black box'* bringt, d.h. den Verursachungsprozess und den Wirkungszusammenhang beleuchtet, verringert sie die Gefahr, kausalen Fehlschlüssen aufzusitzen (Schimmelfennig 2006b: 264).¹⁵⁵ Ein weiterer Vorteil der Prozessanalyse besteht darin, dass sie nicht auf das Merkmal der Regelmäßigkeit angewiesen ist. Daher ist sie prinzipiell dazu geeignet, Verursachungsprozesse und Wirkungszusammenhänge auch auf der Basis weniger Fälle oder gar unter den spezifischen Bedingungen des Einzelfalls nachzuzeichnen (George/Bennett 2005: 215).

¹⁵⁴ Mit Blick auf die Normgenese in der internationalen Politik betrachten Martha Finnemore und Kathryn Sikkink (1998: 901f.) die explizite Zustimmung von etwa einem Drittel aller Staaten als so genannte kritische Zahl.

¹⁵⁵ Anfällig für falsche kausale Schlussfolgerungen ist beispielsweise die Korrelationsanalyse.

Eine Besonderheit der Prozessanalyse ist der hohe Aufwand, der für jeden analysierten Fall betrieben werden muss (Schimmelfennig 2006b: 268). Dies betrifft die Erhebung der Prozessinformationen wie auch das Nachzeichnen des Verursachungsprozesses. Zudem ist der Analyseaufwand hoch, weil die Prozessanalyse nicht – wie etwa die statistische Analyse – auf standardisierte, computergestützte Verfahren zur Bewältigung großer Datenmengen zurückgreifen kann. Schließlich ist die Darstellung als solche sehr aufwendig, da die Prozessanalyse in erster Linie ein narratives Verfahren ist, das auch in der Darstellung mehr Raum in Anspruch nimmt als andere Analyseformen.¹⁵⁶

Der vergleichsweise hohe Aufwand, den die Prozessanalyse erfordert, macht zugleich ihre wichtigste Stärke aus, nämlich die Erhebung und die Auswertung von Daten über kausale Mechanismen, die von der Theorie postuliert werden (Schimmelfennig 2006b: 268). Alexander George und Andrew Bennett (2005: 207) zufolge ist die theorieorientierte Prozessanalyse in zweierlei Hinsicht ein unersetzbares Instrument, um Theorien – verstanden als ein Set von Hypothesen – zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Erstens ermöglicht sie zahlreiche Beobachtungen innerhalb des betreffenden Falls. Darüber hinaus erfordert sie, diese Beobachtungen miteinander in einen Zusammenhang zu bringen, um eine Erklärung des betreffenden Falls zu generieren. Im Zuge einer Prozessanalyse können sowohl mögliche bereits bekannte Erklärungsfaktoren auf ihre Erklärungskraft hin überprüft werden als auch mögliche Erklärungsfaktoren induktiv herausgearbeitet werden (Ulbert 2005: 26).

In der vorliegenden Arbeit dient die Methode der Prozessanalyse primär der Überprüfung der beiden in Kapitel 2.5 generierten Hypothesen zur

¹⁵⁶ Jenseits ihres narrativen Charakters weisen die unterschiedlichen Varianten der Prozessanalyse allerdings große Unterschiede auf, insbesondere hinsichtlich der Theoriegeleitetheit ihres Erklärungsanspruches. Vgl. hierzu Bennett/George (2005: 210-212).

Normübernahme aus Sicht des rationalen bzw. des konstruktivistischen Institutionalismus.¹⁵⁷

Die Prozessanalyse ist nicht nur eine Mechanismusanalyse der Kausalität, sondern begründet auch eine partikularistische Erklärungsstrategie, weil das untersuchte Phänomen als Endpunkt einer konkreten historischen Verursachungskette erklärt wird (Schimmelfennig 2006b: 265). Im Idealfall demonstriert die Prozessanalyse „an uninterrupted causal path linking the putative causes to the observed effects, at the appropriate level(s) of analysis as specified by the theory being tested“ (George/Bennett 2005: 222).¹⁵⁸ Indes bestehen hierbei Frank Schimmelfennig (2006b: 267) zufolge zwei Gefahren. Zum einen läuft die Prozessanalyse Gefahr, sich in immer zahlreicheren und kleineren Zwischenschritten oder auf einer immer niedrigeren Analyseebene zu verlieren. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Prozessanalyse ins „Geschichtenerzählen“ abgeleitet.¹⁵⁹ Keine Lösung, aber zumindest eine Minimierung dieser Probleme liefert eine theoretische Ausrichtung der Prozessanalyse. Hierbei beginnt die Untersuchung idealerweise mit der Formulierung theoretisch abgeleiteter alternativer Prozesshypothesen, die den Prozess so beschreiben, wie er aussehen müsste, wenn er theoriekonform wäre (Schimmelfennig 2006b: 267).

¹⁵⁷ Gleichzeitig werde ich mich bemühen, ggf. auch etwaige neue Aspekte des Sozialisationsprozesses zu erfassen, insbesondere Erklärungsfaktoren für die Selbstsozialisation der postkommunistischen Staaten. Diese Möglichkeit der Normübernahme wird innerhalb der Europäisierungsforschung schon seit geraumer Zeit diskutiert – verstanden als *'lesson drawing'*, das sowohl instrumentell-rational als auch normativ-rational motiviert sein kann (u.a. Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 20f.). Teilweise wird dieser Aspekt der Selbstsozialisation in der Sozialisationsforschung auch unter dem Mechanismus des *'role playing'* (Checkel 2007b: 11f.) bzw. der *'imitation'* (Schimmelfennig 2003b: 410; Jacoby 2004) aufgegriffen.

¹⁵⁸ Zwar sprechen Bennett/George (u.a. 2005: 207; 222) immer wieder davon, eine Theorie solle getestet werden, doch geht dies meines Erachtens nach nicht. Testen lassen sich lediglich die Hypothesen der jeweiligen Theorie bzw. Forschungsperspektive.

¹⁵⁹ Vgl. Bennett/George (2005: 224-232) zu den Unterschieden, aber auch Gemeinsamkeiten von Prozessanalyse und historischen Erklärungen.

„Um diese (alternativen) Prozesshypothesen und Kausalketten zu überprüfen, muss dann auch nicht der gesamte Prozess in allen Einzelheiten nachgezeichnet werden, sondern es reicht aus, für diejenigen zentralen Prozess-Stationen und Prozessmerkmale Indikatoren zu bilden und Daten zu erheben, die für die Bestätigung des kausalen Mechanismus oder die Wahl unter alternativen kausalen Mechanismen entscheidend sind“ (Schimmelfennig 2006b: 267).

Solch' eine Verfahrensweise wird auch in der polnischen und tschechischen Fallstudie zur sicherheitspolitischen Sozialisation im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen angewandt. Neben der Methode der Prozessanalyse sind jene der Fallstudientechnik und der qualitativen vergleichenden Analyse zentral.

2.6.3 Fallstudientechnik und qualitative vergleichende Analyse

Der Vergleich gilt nach Otwin Massing (1969: 286) als „Königsweg“ der Politikwissenschaft. Lohnenswert ist das Beschreiten dieses Weges, weil im Zuge dessen Gemeinsamkeiten und Unterschiede politischer Phänomene identifiziert werden können. Erfolgt diese vergleichende Analyse theoriegeleitet, ist es darüber hinaus möglich, die identifizierten Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Sinne Max Webers zu »verstehen«. ¹⁶⁰ Grundsätzlich lassen sich bei der vergleichenden Analyse zwei methodische Orientierungen unterscheiden: der fallorientierte und der variablenorientierte Ansatz (Ragin 1987). Innerhalb dieser methodischen Grundorientierungen nimmt die qualitative vergleichende Analyse insofern eine Mittlerstellung ein, als sie mehrere Fälle untersucht und mehrere Variablen berücksichtigt (Muno 2003: 19f.). ¹⁶¹ Von Vorteil ist der Rückgriff auf die qualitative vergleichende Analyse insbesondere bei den so genannten '*small n*'-Forschungsdesigns, in denen mehrere Variablen berücksichtigt werden (Rihoux 2006: 679). Sie unterscheidet sich von einer quantitativen Analyse nicht nur durch die begrenzte Zahl von Fällen, das zu Grunde liegende Datenmaterial sowie die

¹⁶⁰ Vgl. hierzu auch Ragin (1987: 6).

¹⁶¹ Primär fallorientiert ist die quantitative Analyse, bei der es sich um einen '*large n*'-Ansatz handelt, d.h. eine möglichst hohe Zahl von Fällen bei einer möglichst geringen Zahl von Variablen, die allerdings mindestens zwei betragen muss. Am anderen Ende des Spektrums bzw. der Matrix ist als variablenorientierter Ansatz die Einzelfallstudie verortet.

Techniken dessen Auswertung, sondern auch durch ihren 'holistischen Charakter'. Dementsprechend werden bei einer qualitativen Ausrichtung die Fälle als Ganzes untersucht und verglichen. Zielsetzung ist es, „to determine the different combinations of conditions associated with specific outcomes or processes“ (Ragin 1987: 14). Eben diesem Ziel dient die qualitative vergleichende Analyse der Fälle Polen und Tschechien. Mit ihrer Hilfe können die multiplen Kausalpfade der NATOisierung im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfasst werden.¹⁶² Herausgearbeitet wird, inwiefern die Bedingungen der (nicht) erfolgten Normübernahme im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen Polens mit jenen Tschechiens übereinstimmen bzw. divergieren. Dabei wird auf die Methode des strukturierten, fokussierten Vergleichs zurückgegriffen.¹⁶³ 'Strukturiert' ist die Methode insofern, als fallübergreifende Leitfragen formuliert werden, die in beiden Fallstudien abgearbeitet werden und somit einen systematischen Vergleich ermöglichen.¹⁶⁴ 'Fokussiert' ist die Methode, weil nur bestimmte Aspekte der Fälle untersucht werden (George/Bennett 2005: 67).¹⁶⁵

Als repräsentative Fälle (Gerring 2001: 218f.) gehören Polen und Tschechien zu zu den so genannten 'special cases' (Hague/Harrop/Breslin 1998: 277), bei denen es sich um Fälle von besonderem Interesse handelt. Definiert wird ein 'Fall' als „an instance of a class of events of interest to the investigator“ (Bennett 2004: 21.).¹⁶⁶ 'Fallstudie' bezeichnet schließlich „the investigation of a well-defined aspect of a

¹⁶² Vgl. auch Schimmelfennig/Engert/Knobel (2006: 230f.) zu den Vorteilen der qualitativen vergleichenden Analyse bei der Untersuchung internationaler Sozialisationsprozesse.

¹⁶³ Grundlegend zur Methode des strukturierten, fokussierten Vergleichs George (1979).

¹⁶⁴ Die theoretischen und empirischen Untersuchungsziele wurden bereits in Kapitel 1.3 formuliert. Darüber hinaus erfolgt eine weitere Spezifizierung der empirischen Untersuchungsziele in Kapitel 4.5, in denen der Leitfragenkatalog zur Erfassung des NATOisierungsgrades Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen vorgestellt wird. Abgeleitet werden diese Leitfragen aus einem systematischen Vergleich demokratischer und sowjetisch geprägter Modelle zivil-militärischer Beziehungen, der in Kapitel 4.2 durchgeführt wird.

¹⁶⁵ Bestimmt worden sind die relevanten Aspekte durch die in Kapitel 2.5 generierte Hypothesen und spezifizierten Variablen.

¹⁶⁶ Zu unterschiedlichen Antworten auf die zunächst sehr einfach klingende Frage „Was ist ein Fall?“ auch Lijphart (1971), Eckstein (1992), King/Keohane/Verba (1994), Hague/Harrop/Breslin (1998) und Gerring (2001; 2007b).

historical happening that the investigator selects for analysis, rather than a historical happening itself“ (Bennett 2004: 21). Es lassen sich verschiedene Typen von Fallstudien unterscheiden, die auch hinsichtlich ihres komparativen Mehrwerts divergieren (Muno 2003: 22).¹⁶⁷ Ein komparativer Mehrwert wird theorieorientierten Fallstudien zugesprochen, in denen eine „theoretisch ambitionierte kausal erklärende Rekonstruktion“ (Mayntz 2002: 16) angestrebt wird. Zu den theorieorientierten Fallstudien gehören auch die theorietestenden Fallstudien.¹⁶⁸ Innerhalb dieser Rubrik wird häufig zwischen dem Typus der theoriebestätigenden sowie jenem der theorieschwächenden Fallstudie unterschieden. Solch' eine Unterscheidung halte ich nicht für sinnvoll, da dadurch das Missverständnis erzeugt werden kann, die jeweilige Fallstudie hätte die gewünschten Ergebnisse zu erbringen. Die Zielsetzung der nachfolgenden Fallstudien besteht jedoch darin, die NATOisierung ergebnisoffen *ohne* theoretisch-einseitige Vorentscheidungen zu Gunsten des angenommenen Anpassungs- bzw. normativen Überzeugungsprozesses zu untersuchen. Angesichts dessen wird in der vorliegenden Arbeit von 'theorieüberprüfenden' Fallstudien gesprochen. Hierbei dominiert eine deduktive Vorgehensweise, gemäß derer die aus den institutionalistischen Ansätzen generierten Hypothesen im Falle Polens und Tschechiens überprüft werden. Zugleich wird „im Hinterkopf behalten“, dass die möglichen Reaktionen postkommunistischer Entscheidungsträger auf die Sozialisationsbemühungen westlicher Institutionen im Vergleich zu den spezifizierten Mechanismen, Praktiken und Bedingungen theoretisch-konzeptionell noch unterbeleuchtet sind.¹⁶⁹ Ein hypothesengenerierender Anspruch ist damit

¹⁶⁷ Zur Differenzierung verschiedener Typen von Fallstudien (und auch Fällen) hat die Forschung bemerkenswerte Abgrenzungs- und Spezifizierungsarbeit geleistet. Stellvertretend können hier Lijphart (1971), Eckstein (1992), Hague/Harrop/Breslin (1998) und Gerring (2007a) genannt werden. Eine weniger erfreuliche (nicht-intendierte) Konsequenz dieser Einteilungen sind die häufig unterschiedlichen Bezeichnungen für dieselben Typen von Fällen und Fallstudien, was im Ergebnis für einige Verwirrung sorgt. Vgl. die Übersicht unterschiedlicher Bezeichnungen für äquivalente Fallstudien bei Bennett (2004: 22).

¹⁶⁸ Einen guten Überblick über die verschiedenen Typen theorieorientierter Fallstudien liefert Muno (2003: 25).

¹⁶⁹ Eine Ausnahme bildet hierbei die Studie von Wade Jacoby (2004).

allerdings nicht verbunden, sondern bleibt künftigen Forschungsarbeiten vorbehalten.

Um die für den Verlauf und das Ergebnis von Prozessen relevanten Mechanismen und Bedingungen herauszuarbeiten, bietet sich die Fallstudientechnik in besonderem Maße an (Bernauer/Mitchell 1998: 7; 22).¹⁷⁰ Mit ihrer Hilfe können komplexe Interaktionseffekte durch miteinander interagierende kausale Variablen erfasst werden, die (teilweise) nicht unabhängig voneinander sind (George/Bennett 2005: 212).¹⁷¹ Zugleich birgt die Konzipierung und Durchführung von Fallstudien einige Gefahren. Angeführt werden in der Literatur die Voreingenommenheit bei der Fallauswahl, die Ungenauigkeit bei der Bestimmung von Variablen, die Gefahr tautologischer Zirkelschlüsse und jene des Parochialismus sowie die begrenzte Generalisierbarkeit der Ergebnisse.¹⁷²

Wenngleich die Gefahr der voreingenommenen Fallauswahl als ein der Fallstudientechnik inhärentes Moment erachtet wird (Kacowicz 2004: 112) und sich somit nicht gänzlich bannen lässt, kann sie doch durch die Beachtung zweier zentraler Regeln begrenzt werden.¹⁷³ Zum einen sollten Fälle ausgewählt werden, die dem Erkenntnisziel der Untersuchung am besten dienen.¹⁷⁴ Überdies sollten die ausgewählten Fälle für die angestrebte Theorieüberprüfung einen möglichst großen Mehrwert haben (Van Evera 1997: 78). Die Gefahr tautologischer Zirkelschlüsse besteht insbesondere dann, wenn „the values our explanatory variables take on are sometimes a consequence, rather than a cause, of our dependent variable“ (King/Keohane/Verba 1994: 185). Handhabbar wird dieses

¹⁷⁰ Vgl. zur Fallstudientechnik auch King/Keohane/Verba (1994), Van Evera (1997), George/Bennett (2005) und Gerring (2007a).

¹⁷¹ So besteht innerhalb des rational-institutionalistischen Kausalpfads beispielweise ein Zusammenhang zwischen den Variablen 'Anreize' und 'innenpolitischen Anpassungskosten' sowie im konstruktivistisch-institutionalistischen Kausalpfad ein Nexus zwischen den Variablen 'Identifizierung' und 'Resonanz'.

¹⁷² Eine Diskussion dieser Gefahren bzw. ausgewählter methodischer Probleme liefern King/Keohane/Verba (1994: 118f.), Van Evera (1997: 51f.), Muno (2003: 27-29) und Bennett (2004: 39-45).

¹⁷³ Grundsätzlich zum so genannten '*selection bias*' Geddes (1990).

¹⁷⁴ Vgl. zur Begründung der Fallauswahl Kapitel 1.4.

methodische Problem jedoch bei einer theoriegeleiteten, methodisch reflektierten Vorgehensweise, im Zuge derer eine präzise Definition der zu überprüfenden Kausalpfade vorgenommen wird, und die betreffenden Variablen spezifiziert werden.¹⁷⁵ Als überzeugende Antwort auf die Frage, wie sich Parochialismus in Fallstudien vermeiden lässt, werden theorieorientierte Fallstudien betrachtet (Muno 2003: 27). Kombiniert mit der Methode des strukturierten, fokussierten Vergleichs, verhindert die Theorieorientierung das Abgleiten in fallspezifische Besonderheiten und deren Überwertung, und gewährleistet eine hinreichend komplexe Erklärung bei gleichzeitiger Möglichkeit kontingenter Generalisierung (Mayntz 2002). Zwar seien die Generalisierungen, die aus theorieorientierten Fallstudien gewonnen werden können, angesichts der begrenzten empirischen Grundlage kontingent, und könnten „nur“ Plausibilität beanspruchen. Zugleich hebt Renate Mayntz (2002: 17f.) hervor,

„der Erkenntniswert plausibler qualitativer Aussagen ist angesichts komplexer Zusammenhänge oft größer als der, den quantifizierende oder mindestens formalisierende Generalisierungen über dieselben Phänomene zu machen erlauben“.

Eingedenk dieser Erwägungen scheinen die methodischen Herausforderungen, die mit der Konzipierung und Durchführung von Fallstudien einhergehen, handhabbar – und gegenüber den angeführten Vorzügen dieser Analystechnik weniger schwer ins Gewicht fallend. Insbesondere im Bereich der Sicherheitsstudien gelten Fallstudien als 'middle ground' zwischen rationalistischen und konstruktivistischen Ansätzen (Kacowicz 2004: 108-111). Inwiefern sich der nunmehr konzeptionell-theoretisch und methodologisch vorgenommene Brückenschlag zwischen einer rationalistischen und konstruktivistischen Lesart der NATOisierung bei der empirischen Analyse als tragfähig erweist, wird im Folgenden zu überprüfen sein.

¹⁷⁵ Vgl. George/Bennett (2005: 73-88) zu den einzelnen Arbeitsschritten, die bei der Konzipierung des Forschungsdesigns von Fallstudien erforderlich sind, und das Ergebnis dieser Umsetzung in Kapitel 2.5.

3 DIE ERWEITERUNGSPOLITIK DER NATO ALS SICHERHEITSPOLITISCHER SOZIALISATIONSPROZESS

„NATO's success has involved promoting security interests, advancing values, supporting democracy and economic opportunity. We have literally created a community of shared values and interests, as well as an alliance for common defence. Now, the new democracies of Central and Eastern Europe and the former Soviet Union want to be part of enlarging the circle of common purpose, and in doing so, increasing our own security” (Clinton 1995).

Mit seinem Verweis auf den Zusammenhang zwischen Sicherheit und Demokratie spiegelt der amerikanische Präsident Bill Clinton eine Sichtweise wider, die sich in allen einschlägigen NATO-Dokumenten seit Ende des Ost-West-Konflikts finden lässt. Sowohl die Londoner Erklärung vom Juli 1990, das Neue Strategische Konzept vom November 1991, die Erklärung zur Einrichtung des NAKR vom Dezember 1991 als auch jene zur PfP vom Januar 1994 und die Erweiterungsstudie vom September 1995 heben hervor, dass die Sicherheit der NATO-Mitgliedstaaten von einem erfolgreichen Demokratisierungsprozess im östlichen Europa abhängt (Lucarelli 2002: 87-91).¹⁷⁶ Der Gefahr eines Imports von Instabilität suchte die NATO durch einen Demokratie- und Stabilitätsexport vorzubeugen. Bei ihren Sozialisationsbemühungen zielte sie darauf ab, die postkommunistischen Staaten wie Polen und Tschechien zur Übernahme liberal-demokratischer Normen im Politikfeld Sicherheit zu bewegen. Vielfältige Möglichkeiten für den angestrebten Normentransfer schuf sich die NATO, indem sie die politische und militärische Kooperation mit den postkommunistischen Staaten institutionalisierte.

Obschon die Allianz bei ihrer Kooperations- und Erweiterungspolitik keinen Masterplan hatte, sondern eher eine ad-hoc-Politik betrieb, war diese doch von zwei grundlegenden Prinzipien geleitet: dem Prinzip der Differenzierung und jenem der Inklusivität. Das Differenzierungsprinzip umfasste zum einen die

¹⁷⁶ Auf diesen Zusammenhang verweisen auch alle folgenden Dokumente der NATO, wie etwa das Neue Strategische Konzept vom April 1999. Auch im Washingtoner Vertrag der NATO von 1949 wird bereits auf die Bedeutung liberal-demokratischer Werte für die Gewährleistung von Sicherheit hingewiesen.

Selbstdifferenzierung, d.h. die einzelnen PfP-Partnerstaaten setzten das Ausmaß ihrer Kooperation mit der NATO selbst fest; zum anderen die Fremddifferenzierung, die durch die Bewertung der länderspezifischen Reformfortschritte seitens der NATO vorgenommen wurde. Entsprechend des Prinzips der Inklusivität waren die institutionellen Angebote der NATO allen interessierten Staaten der OSZE-Region zugänglich. Im Laufe der zweiten Hälfte der 1990er Jahre unterbreitete die Allianz darüber hinaus einigen Partnerstaaten auch exklusive Kooperationsangebote, wie etwa die Gründungsakte mit Russland im Mai 1997.¹⁷⁷

Vor diesem Hintergrund geht das vorliegende Kapitel folgenden Fragen nach: Welches waren die zentralen Etappen und Institutionen der politischen und militärischen Kooperationspolitik der NATO mit den postkommunistischen Staaten? Im Rahmen welcher Programme hat die NATO die Beitrittskandidaten zu sozialisieren versucht, und was waren hierbei die zentralen Inhalte? Auf welche Praktiken hat die NATO bei ihren Bemühungen um Normentransfer zurückgegriffen?

Bei der Analyse der NATO-Erweiterungspolitik konzentriere ich mich auf jene Aspekte, die für die Untersuchung der NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen wichtig sind. Nicht berücksichtigt werden dementsprechend die Ausweitung der NATO-Aktivitäten in den Mittelmeerraum, den Nahen und Mittleren Osten sowie nach Zentralasien, im Zuge derer eine ganze „Partnerschaftsindustrie“ (Kamp 2006) entstanden ist. Darüber hinaus wird die NATO-Erweiterungspolitik nach dem Beitritt Polens und Tschechiens zur Allianz im März 1999 nur knapp behandelt.

¹⁷⁷ Zu den exklusiven Kooperationsangeboten gehören auch die bilateralen militärischen Kooperationsabkommen, die einzelne NATO-Staaten mit ausgewählten Partnerländern schlossen.

3.1 Die Institutionalisierung der politischen und militärischen Kooperation mit den postkommunistischen Staaten

Auf die Beitrittsbegehren, die einige postkommunistische Staaten bereits in den Jahren 1990 und 1991 äußerten, reagierte die NATO mit der Entwicklung einer Kooperationsstruktur, die zunächst nur eine Anbindung an die Allianz vorsah.¹⁷⁸ Im Laufe der 1990er Jahre wertete die Allianz die Beziehungen zu den postkommunistischen Staaten Schritt für Schritt durch die Schaffung neuer Institutionen und Kooperationsmechanismen auf (Broer 1997: 297). Untergliedern lässt sich dieser Prozess in fünf Phasen: Auf die Anbindungsphase (1991-1993) folgten die Heranführungsphase (1994-9/1995), die Öffnungsphase (9/1995-7/1997), die Beitrittsphase (7/1997-3/1999) und die Integrationsphase (3/1999-5/2004).

3.1.1 Anbindungsphase (1991-1993): Vom NAKR zur PfP

Ein erster Schritt bei der Institutionalisierung der politischen und militärischen Kooperation mit den Staaten des östlichen Europas bildete das Liaison-Konzept, das der amerikanische Außenminister James Baker und sein deutscher Amtskollege, Hans-Dietrich Genscher, auf der NATO-Ratstagung im Juni 1991 vorlegten. Zielsetzung des Liaison-Konzeptes war es, die jahrzehntelange Teilung Europas zu überwinden (NATO 1991a). Eine wesentliche Aufwertung erfuhr das Liaison-Konzept auf dem NATO-Gipfel am 7. und 8. November 1991 in Rom. Zum einen sah das Neue Strategische Konzept der Allianz vor, dass sich die Politik gegenüber den postkommunistischen Staaten fortan auf drei Säulen stützen sollte: Dialog, Kooperation und die Erhaltung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit (NATO 1991b). Auf Initiative der USA, verständigten sich die Staats- und Regierungschefs darüber hinaus, einen 'Nordatlantischen Kooperationsrat' (NAKR) als Forum für Kooperation und Konsultationen in (sicherheits)politischen

¹⁷⁸ Bereits im Februar 1990, als der Warschauer Pakt noch bestand, äußerte die ungarische Regierung als erste des östlichen Europas ihren Beitrittswunsch. Im Oktober 1991 folgte eine gemeinsame Erklärung der mittelosteuropäischen Präsidenten, die ihr Beitrittsgesuch kundtaten.

Fragen einzurichten (NATO 1991c). Neben den NATO-Staaten umfasste der NAKR alle ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten sowie Mazedonien und Slowenien (Terlinden 1999: 4).

Mit der Etablierung des NAKR zielte die NATO darauf ab, die Transparenz zwischen den bisherigen Blöcken zu erhöhen und die Vertrauensbildung zu fördern (Varwick 2008: 99). Vorgesehen waren jährliche Außen- und Verteidigungsministertreffen, mindestens alle zwei Monate Sitzungen auf Botschafterebene, regelmäßige Treffen mit unterschiedlichen NATO-Ausschüssen, wie dem Politischen und Ökonomischen Komitee, dem Militärausschuss und anderen NATO-Militärbehörden sowie zusätzliche Treffen bei besonderen Umständen (Hofer 2007: 10). Neben intensiven Konsultationen sah das umfangreiche Programm des NAKR eine Reihe kooperativer Aktivitäten vor. In so genannten 'Familiarization Courses' bemühten sich NATO-Repräsentanten, die Offiziere aus den postkommunistischen Staaten mit der Funktionsweise demokratischer Institutionen, Streitkräfte- und Verteidigungsplanung sowie Kontrolle der Streitkräfte vertraut zu machen (Schimmelfennig 2003: 183).

Im Rahmen des NAKR nahm der Umfang des politischen Dialogs zwischen der NATO und den Partnerstaaten kontinuierlich zu (Hofer 2007: 11). Darüber hinaus entwickelte sich Anfang der 1990er Jahre eine rege Besuchsdiplomatie von osteuropäischen Entscheidungsträgern, die sich um eine Annäherung an die NATO und eine Aufnahme ins Bündnis bemühten. Jedoch erfüllten sich die Erwartungen der postkommunistischen Regierungen nach einer konkreten Beitrittsperspektive oder zumindest einer Sicherheitsgarantie während der Anbindungsphase nicht (Vogel 1999: 145). Vielmehr nahm die NATO bei ihrer Kooperationspolitik mit den NAKR-Staaten sehr viel Rücksicht auf die russischen Befindlichkeiten.¹⁷⁹ Zudem umfassten die NAKR-Aktivitäten keine gemeinsamen militärischen Manöver oder eine Bewertung des Transformationsprozesses der

¹⁷⁹ Vgl. Borawski (1995: 235-239) zur NATO-internen Diskussion über den Umgang mit Russland im Vorfeld der ersten Osterweiterung.

Partnerländer (Broer 1997: 303). Kritische Beobachter betrachteten den NAKR – in Analogie zur OSZE – als

„a gigantic talking shop where the formal opening speeches usually filled most of the time available and the conclusions of the proceedings merely restated the questions originally posed for the debate. (...). The best that can be said about the NACC is that it was a necessary prevaricating exercise, a mechanism for postponing decisions” (Eyal 1997: 701).

Nicht konsensfähig war Anfang der 1990er Jahre innerhalb der Allianz eine rasche Aufnahme neuer Mitgliedstaaten. Um kooperationsfähige und -willige NAKR-Staaten trotzdem stärker an die NATO anbinden zu können, schlug Amerikas Verteidigungsminister, Les Aspin, auf der informellen NATO-Ratstagung am 20. und 21. Oktober 1993 in Travemünde das Konzept einer 'Partnerschaft für den Frieden' (Partnership for Peace, PfP) vor.¹⁸⁰ Verabschiedet wurde das PfP-Programm schließlich von den Staats- und Regierungschefs auf dem NATO-Gipfeltreffen am 10. und 11. Januar 1994 in Brüssel.

3.1.2 Heranführungsphase (1994-1995) im Rahmen der PfP

Mit der PfP institutionalisierte die NATO ein zweites Forum ihres Öffnungsprozesses. Aus Sicht der NATO stellte die PfP eine Plattform dar, um das 1991 verabschiedete Neue Strategische Konzept zu implementieren. Entsprechend ihres Neuen Strategischen Konzeptes maß die NATO dem Stabilitäts- und Demokratieexport ins östliche Europa eine übergeordnete Bedeutung bei (Varwick 2008: 100). Aus Sicht der postkommunistischen Staaten bildete die PfP die wichtigste Brücke zur Sicherheitskooperation mit der NATO (Ulrich 2006: 426). Die im PfP-Rahmendokument definierten Ziele der Partnerschaft sind bis heute gültig:

- Förderung der Transparenz nationaler Verteidigungsplanung und Haushaltsverfahren;

¹⁸⁰ Neben den NAKR-Staaten lud die NATO auch andere Länder der KSZE/OSZE-Region ein, eine über Dialog und Kooperation hinausgehende Beziehung mit der Allianz aufzubauen. Vgl. hierzu das PfP-Rahmendokument (NATO 1994a).

- Gewährleistung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte;
- Entwicklung einer kooperativen Militärbeziehung mit der NATO mit dem Ziel gemeinsamer Planung, Ausbildung und Übungen, um die Fähigkeit zur Zusammenarbeit u.a. auf den Gebieten Friedenswahrung, Such- und Rettungsdienste sowie humanitäre Operationen zu stärken;
- auf längere Sicht die Entwicklung von Streitkräften, die in der Lage sind, mit jenen der NATO-Mitgliedstaaten besser gemeinsam zu operieren;
- Partizipation an friedensunterstützenden Einsätzen auf der Grundlage eines UN- und/oder OSZE-Mandats (NATO 1994a: Punkt 3).

In der Einladung zur PfP sprachen die Staats- und Regierungschefs der NATO erstmals in einem NATO-Dokument die Osterweiterung der NATO direkt an:

„Wir *erwarten* und würden es *begrüßen*, wenn eine NATO-Erweiterung demokratische Staaten im Osten von uns erfassen würde, als Teil eines evolutionären Prozesses, unter Berücksichtigung politischer und sicherheitspolitischer Entwicklungen in ganz Europa“ [eigene Hervorheb.] (NATO 1994b: Ziffer 12).

Mit dem Verweis auf einen evolutionären Prozess signalisierten die Staats- und Regierungschefs der NATO, dass die Erweiterung einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen würde als von den Anwärterstaaten angestrebt (Broer 1997: 307). Aus Sicht der Allianz stellte die PfP einen Versuch dar, den Beitritt postkommunistischer Staaten zu verzögern und Zeit zu gewinnen, um das Verhältnis zur russischen Führung zu stabilisieren, die eine Osterweiterung der NATO kategorisch ablehnte (Varwick 2008: 100).

Für die NATO-Aspiranten wie Polen und Tschechien war die PfP im Vergleich zum NAKR zwar ein Fortschritt, aber dennoch unbefriedigend. Hatten sich doch beide Staaten das Ziel gesetzt, möglichst rasch der NATO beizutreten und somit eine Sicherheitsgarantie zu erhalten. Zwar sah die PfP im Falle einer direkten Bedrohung der territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit oder Sicherheit Konsultationen mit den PfP-Partnerländern vor, beinhaltete jedoch keine – wie im

Artikel 5 des Washingtoner Vertrags festgelegte – kollektive Verteidigungsgarantie (Hofer 2007: 11f.).¹⁸¹ Überdies setzte die NATO mit der Beschränkung auf Ausnahmesituationen eine sehr hohe Schwelle für das Inkrafttreten der Konsultationsverpflichtung (Broer 1997: 308).

Obschon die PfP die Erwartungen der Anwarterstaaten nicht erfüllte, wies sie gegenüber dem NAKR zwei entscheidende Neuerungen auf (Vogel 1999: 146). Erstens beinhaltete sie praktische militärische und verteidigungsrelevante Kooperationsaktivitäten zwischen den NATO-Mitgliedstaaten und den Partnerländern, wohingegen der NAKR nur ein Konsultationsforum für diese Themenkomplexe darstellte. Darüber hinaus bezog sich die PfP im Unterschied zum NAKR, der multilateral organisiert war, explizit auf die Zusammenarbeit zwischen der NATO und einem Partnerland, also auf eine bilaterale Zusammenarbeit im '16+1'-Format.¹⁸² Somit bildete die Einführung des Grundsatzes der Differenzierung zwischen den Partnerstaaten die zweite zentrale Neuerung der PfP.¹⁸³ Ermöglicht wurde die Differenzierung zwischen den Partnerländern durch ein zweistufiges Verfahren zur PfP-Mitgliedschaft sowie die Zwei-Säulenstruktur des PfP-Programms.¹⁸⁴

Die administrative Voraussetzung für eine aktive Teilnahme Polens und Tschechiens am PfP-Programm war der Abschluss des 'NATO-Sicherheitsabkommens' (PfP-Security Agreement, PfP-SA) (Höfler 1998: 251). Darüber hinaus regelte die NATO im PfP-SOFA (Status of Forces Agreement) den rechtlichen Status der Streitkräfte der NATO- und PfP-Staaten bei der

¹⁸¹ Mit der Aufnahme dieser Klausel in das PfP-Rahmendokument reagierte die NATO auf die Forderung Warschaws, die PfP müsse den Partnerländern wenigstens das Recht auf Konsultationen in Härtefällen zugestehen.

¹⁸² Zum Zeitpunkt der Installierung des PfP-Programms im Januar 1994 hatte die NATO 16 Mitgliedstaaten.

¹⁸³ Eine detaillierte Analyse des Grundsatzes der Differenzierung als zentralem Sozialisationsprinzip der NATO erfolgt in Kapitel 3.2.3.1.

¹⁸⁴ Die beiden Säulen des PfP-Programms waren bzw. sind das Partnerschaftsarbeitsprogramm (PWG) sowie der Planungs- und Überprüfungsprozess (PARP). Vgl. hierzu Kapitel 3.2.3.2.

Durchführung von militärischen Übungen auf fremdem Territorium (Höfler 1998: 251).¹⁸⁵

Dass die NATO die militär- und verteidigungspolitische Komponente ihrer Kooperationspolitik im Rahmen des PfP-Programms aufgewertet hatte, schlug sich auch institutionell nieder. Zum einen lud die NATO ihre Partnerländer ein, permanente Verbindungsoffiziere zu den NATO-Hauptquartieren zu entsenden (NATO 1994b). Darüber hinaus errichtete die NATO im April 1994 eine 'Partnerschaftskordinierungszelle' (Partnership Coordination Cell, PCC) in Mons/Belgien (Eyal 1997: 702). Aufgabe des PCC war es, Transparenz bei den Verteidigungshaushalten zu schaffen, die demokratische Kontrolle der Verteidigungsministerien zu stärken, gemeinsame militärische Aktivitäten zu koordinieren und die Umsetzung der militärischen Ziele der Partnerschaftsarbeitsprogramme zu begleiten, um mittelfristig Interoperabilität zu erreichen (Simon 1996: 16). Seit 1998 sind neben dem NATO-Personal auch Vertreter der Partnerstaaten am PCC tätig (Hofer 2007: 15). Diese konnten zudem Stabsoffiziere für Verbindungszwecke zu SHAPE nach Mons entsenden und zivile Regierungsvertreter (Aspin 1994: 12). Durch diese institutionellen Neuerungen und die damit einhergehende personelle Repräsentanz von militärischen und zivilen Vertretern der PfP-Staaten in NATO-Einrichtungen schuf die Allianz einen Rahmen für die Sozialisation im Alltagsgeschäft und eine weitere Möglichkeit zur Differenzierung der betreffenden Staaten.

Auch die Aufwertung der bilateralen Komponente der NATO-Kooperationspolitik schlug sich in institutionellen Neuerungen nieder. So trat der Politisch-Militärische Lenkungsausschuss für die PfP (Political-Military Steering Committee, PfP-PMSC), das Hauptgremium für PfP-Angelegenheiten, in unterschiedlichen Konfigurationen zusammen (NATO 2001: 71). Bei länderübergreifenden Themenkomplexen kam

¹⁸⁵ In den Grundzügen besteht das beschriebene Prozedere auch heute noch, was eigentlich die Verwendung des Perfekts als adäquate Zeitform erfordert. Da sich die vorliegende Arbeit in den Fallstudien allerdings ausschließlich auf die ehemaligen PfP-Länder Polen und Tschechien konzentriert, wird das Kapitel zur NATO-Erweiterungspolitik in der Zeitform Präteritum verfasst.

der PfP-PMSC in großer Runde zusammen. Dahingegen wurden Fragen, die Individuelle Partnerschaftsprogramme betrafen, nur mit dem jeweiligen Partnerland erörtert. Zu dem sehr umfangreichen Aufgabenbereich des PfP-PMSC gehörte die Beratung des NAKR in PfP-Fragen, die Unterstützung der NATO-Militärbehörden, die Entwicklung von Individuellen Partnerschaftsprogrammen, und die Aufstellung von politisch-militärischen Richtlinien für PfP-Manöver (Hofer 2007: 14). Darüber hinaus verantwortete der PfP-PMSC die Gesamtkoordinierung des Partnerschaftsarbeitsprogramms sowie die PfP-Planung und -Überprüfung. Die militärischen Aspekte der Zusammenarbeit mit den PfP-Partnerstaaten erarbeiteten die Militärbehörden der NATO. Zuständig war hierfür die Arbeitsgruppe für Militärische Zusammenarbeit (Military Cooperation Working Group, MCWG), die als Konsultativorgan für den Militärausschuss diente (NATO 2001: 71). Die Kooperationsaktivitäten der PfP erfolgten im NATO-Hauptquartier in 21 Haupt- und mehr als 100 Unterausschüssen, an deren Sitzungen die nationalen Vertreter vor Ort bzw. weitere Experten aus den Partnerländern wie Polen und Tschechien teilnahmen.¹⁸⁶ Die Botschafter tagten in regelmäßigen Abständen, d.h. alle sechs bis acht Wochen (Höfler 1998: 252). Die Außen- und Verteidigungsminister sowie die Stabschefs der Partnerländer kamen zweimal jährlich im Rahmen des NAKR bzw. seiner Nachfolgeorganisation, dem Euroatlantischen Kooperationsrat (EAKR), zusammen.¹⁸⁷ Darüber hinaus traf sich der Militärausschuss der NATO mit den Partnerstaaten, um militärische Aspekte der Zusammenarbeit zu erörtern (Hofer 2007: 14).

Hinsichtlich einer vorläufigen Bilanzierung der NATO-Politik gegenüber den postkommunistischen Staaten lässt sich festhalten, dass die erste Phase der PfP zum einen von einer Aufwertung der militär- und verteidigungspolitischen Komponente geprägt war. Zum anderen stärkte die NATO die bilaterale Dimension im Verhältnis zu den postkommunistischen Staaten, indem sie den

¹⁸⁶ Vgl. eine Übersicht der einzelnen Haupt- und Unterausschüsse bei Höfler (1998: 252).

¹⁸⁷ Bei dem NATO-Außenministertreffen am 30. Mai 1997 in Sintra/Portugal wurde der NAKR vom neu gegründeten EAKR abgelöst. Vgl. zu den Neuerungen des EAKR Kapitel 3.1.4.

Grundsatz der Differenzierung einführte. Mit Blick auf die Haltung der NATO(-Mitgliedstaaten) gegenüber der Erweiterungsfrage trat eine gewisse Ambivalenz zu Tage. Einerseits betonten Repräsentanten der NATO, dass es keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in der PfP und einer späteren Mitgliedschaft im Bündnis gebe (Broer 1997: 308). Insbesondere die Clinton-Administration war anfänglich sehr darum bemüht, die Beziehungen zu Russland zu verbessern und nicht durch eine Osterweiterung der Allianz zu belasten.¹⁸⁸ Andererseits spiegelte sich in der Ausgestaltung des PfP-Programms unverkennbar die Vorbereitung auf eine spätere Mitgliedschaft wider. Die PfP beinhaltete die Möglichkeit einer Aufnahme in die NATO, ohne jedoch einen Anspruch auf den Beitritt zu begründen oder eine konkrete Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen (Broer 1997: 311). Ein qualitativer Wandel in der NATO-Erweiterungspolitik setzte infolge des Meinungsumschwungs in den USA ein, der sich im Laufe des Jahres 1994 abzuzeichnen begann (Varwick 2008: 101).¹⁸⁹

3.1.3 Öffnungsphase im Vorfeld der Erweiterungsstudie vom September 1995 und die Beitrittskriterien

Parallel zur Entwicklung des PfP-Konzeptes intensivierte sich die NATO-interne Debatte über die Aufnahme neuer Mitglieder ins Bündnis, die sich zunächst auf das Für und Wider einer Osterweiterung sowie deren Modalitäten konzentrierte.¹⁹⁰ Als erster außenpolitischer Entscheidungsträger der NATO-Mitgliedstaaten sprach sich Deutschlands Verteidigungsminister Volker Rühle, für die Öffnung der Allianz aus (Rühle 1993: 232). Ein wichtiges Signal für die Erweiterung setzte Präsident Clinton am 12. Januar 1994 in Prag, als er bei einem Treffen mit seinen

¹⁸⁸ Eine Analyse der anfangs zurückhaltenden Haltung der Clinton-Administration gegenüber einer raschen Osterweiterung aufgrund der russischen Befindlichkeiten liefert Asmus (2002: 99-109).

¹⁸⁹ Der inneramerikanische Meinungsumschwung zeigte sich u.a. anhand einer im Januar 1994 vom US-Senat verabschiedeten Resolution, die die rasche Aufnahme jener postkommunistischen Staaten befürwortete, die bereits demokratische Verhältnisse entwickelt hätten und bereit seien, die Allianz zu unterstützen.

¹⁹⁰ Vgl. Vogel (1999: 101-113) für eine differenzierte Gegenüberstellung der Pro- und Contra-Argumente der NATO-Erweiterungsdebatte.

mittelosteuropäischen Amtskollegen kundtat, dass die USA, die NATO und Westeuropa ein vitales Interesse an der Sicherheit der Visegrád-Staaten hätten und die PfP als einen Schritt auf dem Weg zur vollen NATO-Mitgliedschaft bewerteten (Broer 1997: 309). Damit unterbreitete er den mittelosteuropäischen Staaten eine zwar unverbindliche, aber politisch wichtige Versicherung, die über die Inhalte der PfP hinausging. Ein weiteres wichtiges Signal stellte die programmatische Erklärung von Clinton bei seinem Besuch in Warschau am 7. Juli 1994 dar, im Zuge derer er bekräftigte, es sei nicht die Frage, ob die NATO erweitert werde, sondern nur wann und auf welche Weise dies geschehen werde (Broer 1997: 311).¹⁹¹ Zu diesem Zwecke setzten die NATO-Mitgliedstaaten im Dezember 1994 eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Richard Holbrooke ein, damals stellvertretender amerikanischer Außenminister für europäische und kanadische Angelegenheiten. Diese Arbeitsgruppe war damit betraut, das „Wie“ der Erweiterung, die Leitprinzipien dieses Prozesses und die Auswirkungen der Mitgliedschaft zu ermitteln – nicht aber den Zeitpunkt der Erweiterung (Borawski 1995: 242).

Ergebnis des NATO-internen Arbeits- und Abstimmungsprozesses war die im September 1995 vorgelegte Erweiterungsstudie. Diese führte sowohl politische als auch militärische Auswahlkriterien für künftige Mitgliedstaaten auf. Als erstes Kriterium forderte die Studie, dass „prospective members will have to have (...) established appropriate democratic and civilian control of their defence force“ (NATO 1995: §72). Wie der Blick auf die NATO-Mitgliedstaaten und ihre jeweilige Gestaltung der zivil-militärischen Beziehungen zeigt, gab und gibt es innerhalb der NATO nicht *ein einziges* Modell zivil-militärischer Beziehungen, sondern

¹⁹¹ Als zentrale Erklärungsfaktoren für den Haltungsumschwung der Clinton-Administration nennt Goldgeier (1999: 51-65) die Appelle der mittelosteuropäischen Regierungen an Präsident Clinton bei der Einweihung des Holocaust-Museums in Washington im April 1993, die Unterstützung der Erweiterung durch die Bundesregierung, das Lobbying der 10 Millionen starken polnischen Gemeinschaft in den USA sowie das Bestreben, den steigenden Druck der Republikaner zu entschärfen, die sich für die Erweiterung aussprachen.

unterschiedliche Formen der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.¹⁹² Allerdings orientierte sich die NATO nach Jeffrey Simon, einem maßgeblich an der ersten Erweiterungsrunde beteiligten NATO-Repräsentanten, bei ihrer Sozialisationspolitik an den folgenden vier Kriterien:

- einer klaren Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Regierung, insbesondere Premier-, Verteidigungs- und Außenminister, in Verfassung und Gesetz;
- einer parlamentarischen Kontrolle des Militärs durch die Kontrolle des Verteidigungsbudgets;
- der Unterstellung des Generalstabes und der Kommandeure unter einen zivilen Verteidigungsminister;
- der Wiederherstellung des Prestiges der Streitkräfte, ihrer Vertrauenswürdigkeit und Verantwortlichkeit (Simon 1996: 26).¹⁹³

Des Weiteren knüpfte die NATO die Aufnahme künftiger Mitglieder an die Etablierung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards, freie Marktwirtschaft, Beilegung von Grenzstreitigkeiten sowie Fortschritte bei der Kompatibilität der Streitkräfte mit jenen der NATO-Mitgliedstaaten.

Die militärischen Beitrittsvoraussetzungen betrafen das strategische Umfeld des Anwärterstaates, seine militärischen Kapazitäten, die mit dem Beitritt verbundenen Sicherheitsrisiken, die strategische Mobilität, die Bereitschaft zur Stationierung ausländischer Truppen auf dem Territorium des Beitrittsstaates sowie weiterer Verstärkungskapazitäten, die die NATO für neue Mitglieder zur Verfügung stellen musste, sowie die Vorbereitungszeit, die die NATO für die Ausdehnung ihrer

¹⁹² Dass die für die NATO konstitutive Gemeinschaftsnorm der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte im Falle der Türkei nur ansatzweise implementiert ist, bildet hierbei die Ausnahme innerhalb der Sicherheitsgemeinschaft liberal-demokratischer Staaten.

¹⁹³ Spezifiziert werden diese relativ allgemein gehaltenen Kriterien der NATO unter Rückgriff auf unterschiedliche Modelle zivil-militärischer Beziehungen in Kapitel 4.2, um präzisere Analysekategorien für die Untersuchung des polnischen und tschechischen Demokratisierungsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen zu haben.

Verteidigungsgarantie nach Artikel 5 benötigt (NATO 1995: §75-77). Darüber hinaus erwartete die NATO entsprechend ihrer Erweiterungsstudie, dass sich neue Mitglieder aktiv an der kollektiven Verteidigung des Bündnisses sowie internationalen Kriseneinsätzen beteiligen, einen Teil ihrer Truppen der integrierten Kommandostruktur unterstellen, an gemeinsamen Manövern teilnehmen, die Prinzipien der nuklearen Abschreckung mittragen, sich angemessen am NATO-Budget beteiligen, nachrichtendienstliche Informationen austauschen sowie alle Anstrengungen unternehmen, um die Interoperabilität ihrer Streitkräfte insbesondere im so genannten 'C³-Bereich' (Command, Control, Communication) zu erreichen (NATO 1995: §78).

Trotz ihrer Länge von 31 Seiten blieb die Erweiterungsstudie bei der Formulierung von Beitrittsbedingungen teilweise recht unspezifisch, so dass später unterschiedliche Auslegungen möglich waren (Varwick 2008: 102). Auch die Vermeidung des Terminus „Kriterienkatalog“ seitens der NATO und ihrer Mitgliedstaaten (Vogel 1999: 269) war wohl dem Ansinnen geschuldet, einen möglichst großen Definitions- und damit Handlungsspielraum zu erhalten. Indes stellten die in der Erweiterungsstudie angeführten politischen und militärischen Auswahlkriterien eine Richtlinie dar, an der sich die NATO bei ihrer Sozialisationspolitik und die beitriftswilligen Staaten bei ihrem Reformprozess orientieren konnten. Dass die NATO bei der Auswahl der Kandidaten für die erste Osterweiterungsrunde die politischen Beitrittskriterien höher gewichtete als die militärischen, lässt sich aus der Erweiterungsstudie ableiten. Dort heißt es, künftige Mitglieder „will not be required to achieve full interoperability with NATO before joining the Alliance, they will need to meet certain minimum standards essential to a functioning and credible Alliance“ (NATO 1995: §78). Entscheidend war hierbei, dass die NATO vor möglichen Beitrittsverhandlungen von den Kandidatenländern wie Polen und Tschechien wissen wollte, wie diese zur kollektiven Verteidigung beizutragen gedenken (Broer 1997: 320). Diese vorab einzugehende Selbstverpflichtung der Beitrittsaspiranten bewertete die Studie als „important criteria for Allies in deciding whether such a potential new member is capable and willing to contribute to security and stability in the transatlantic area“ (NATO 1995: §48).

Die Diskussion über die Kandidaten, ihre Zahl und den Zeitpunkt ihrer Aufnahme in die Allianz setzte mit der Veröffentlichung der Erweiterungsstudie im September 1995 ein. Obschon mit Blick auf Polen, Tschechien und Ungarn bereits zu diesem Zeitpunkt inoffiziell weitestgehend Einigkeit zu bestehen schien (Terlinden 1999: 3), schaffte aus Sicht der Beitrittskandidaten erst das Madrider NATO-Gipfeltreffen im Juli 1997 Klarheit.¹⁹⁴

3.1.4 Beitrittsphase (1996-1999): Von der Kandidatenauswahl über den Madrider Gipfel zur Mitgliedschaft

Im Vorfeld des Madrider NATO-Gipfeltreffens am 8. und 9. Juli 1997 rechneten sich neben Polen, Tschechien und Ungarn auch Rumänien und Slowenien Chancen für eine baldige Aufnahme in die Allianz aus. Letztlich fanden im NATO-Rat nur die drei mittelosteuropäischen Staaten die Zustimmung aller sechzehn NATO-Mitgliedstaaten (Höfler 1998: 255).¹⁹⁵ Dementsprechend erklärten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten am 8. Juli 1997:

„Heute laden wir die Tschechische Republik, Ungarn und Polen ein, Beitrittsgespräche mit der NATO zu beginnen. Unser Ziel ist es, die Beitrittsprotokolle auf den Ministertagungen im Dezember 1997 zu unterzeichnen und den Ratifizierungsprozess so rechtzeitig beendet zu sehen, dass die Mitgliedschaft zum 50-jährigen Jubiläum des Washingtoner Vertrags im April 1999 wirksam werden kann“ (NATO 1997: 6).

Des Weiteren kündigten die NATO-Repräsentanten in ihrer Gipfelerklärung an, die drei eingeladenen Staaten in größtmöglichem Maße in Bündnisaktivitäten einzubeziehen, um eine optimale Vorbereitung auf die Mitgliedschaft, insbesondere die damit verbundenen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen, zu gewährleisten (NATO 1997: 6). Bekräftigt wurde darüber hinaus, dass die NATO für den Beitritt weiterer Staaten offen bleiben solle, sofern diese in der Lage seien, die Grundsätze des NATO-Vertrags zu fördern und zur euro-atlantischen

¹⁹⁴ Vollständige Gewissheit bestand erst mit der Zustimmung des amerikanischen Senats zur Ratifizierung am 30. April 1998.

¹⁹⁵ Während Frankreich und Italien auch den Beitritt von Rumänien und Slowenien unterstützten, setzten sich letztlich die USA und Großbritannien mit der von ihnen bevorzugten Dreierlösung durch. Vgl. hierzu Varwick (2008: 103f.).

Sicherheit beizutragen (NATO 1997: 8). Einen verbindlichen Zeitplan für die Aufnahme neuer Mitglieder legte die NATO allerdings nicht vor.

Um zumindest mit allen Partnerländern die Konsultationen und den Dialog zu intensivieren, führte die NATO mit der Gründung des 'Euro-Atlantischen Kooperationsrates' (EAKR), der Nachfolgeorganisation des NAKR, beim Außenminister-Treffen am 30. Mai 1997 in Sintra (Portugal) einige Neuerungen ein. Im Vergleich zum NAKR sah der EAKR häufigere Konsultationen zu einer breiteren Themenpalette vor (Terlinden 1999: 5). Die Konsultationsbereiche umfassten u.a. Krisenmanagement, regionale Fragen, Rüstungskontrolle, Proliferation und Abwehrmaßnahmen, internationalen Terrorismus, zivilen Katastrophenschutz, Austausch wissenschaftlicher Informationen sowie Verteidigungsplanung, -haushalt, -politik und -strategie. Bezüglich der Zusammensetzung des EAKR verstärkte die NATO ihre Differenzierungsstrategie. Bei politischen und sicherheitsrelevanten Themen von länderübergreifender Bedeutung tagte der EAKR in Vollbesetzung, d.h. mit den Mitgliedstaaten des NAKR und jenen der PfP. Um spezifische Aktivitäten oder regionale Themen zu erörtern, kam die NATO mit einer bestimmten Gruppe von EAKR-Ländern zusammen. Eine zweite begrenzte Konfiguration des EAKR stellten die Treffen zwischen der Allianz und jenen an Friedenserhaltungsoperationen oder am 'Planungs- und Überprüfungsprozess' (PARP) beteiligten Staaten dar. In individuellem Format des EAKR kam die NATO schließlich nur mit einem Partnerstaat zusammen (Hofer 2007: 18). Auf der Ebene der Außen- und Verteidigungsminister tagte der EAKR zweimal jährlich, auf Botschafterebene unter Vorsitz des Generalsekretärs einmal im Monat (Höfler 1998: 254). Darüber hinaus hatten die Partnerstaaten wie Polen und Tschechien die Möglichkeit, an den Konsultationen des PfP-PMSC teilzunehmen.

Die praktische Zusammenarbeit mit den Partnerländern suchte die NATO dadurch zu stärken, dass sie im Rahmen des EAKR die PfP zu einer erweiterten Partnerschaft, der so genannten 'PfP plus', ausbaute (Terlinden 1999: 5). Einen Eckpfeiler der erweiterten Partnerschaft bildeten die politischen Konsultationen über die Entwicklung eines politisch-militärischen Rahmens für NATO-geführte PfP-Operationen sowie militärische Konsultationen mit den Partnerländern im

Militärausschuss der Allianz (Hofer 2007: 20). Die PfP plus betraf das gesamte Spektrum der neuen Aufgaben des Bündnisses, inklusive einer stärker zielorientierten operativen Rolle (Höfler 1998: 255). Darüber hinaus schritt die institutionelle Vernetzung der NATO-Mitgliedstaaten mit den PfP-Ländern fort, indem Partnerschaftsstabelemente (PSE) bei verschiedenen militärischen NATO-Hauptquartieren, u.a. bei der Partnerschaftskordinierungszelle in Mons und beim NATO-Hauptquartier in Brüssel, errichtet wurden (Hofer 2007: 19). Jedes PSE bestand aus einem Kern von international anerkannten Offizieren aus den NATO-Mitgliedstaaten und Partnerländern, die gemeinsam PfP-Aktivitäten planten und umsetzten. Nach einjährigem Bestehen des EAKR waren bereits acht PSE mit 38 Offizieren aus dreizehn Partnerländern in den militärischen NATO-Hauptquartieren eingerichtet worden (Hofer 2007: 20). Die PSE konnten im Rahmen der Gemeinsamen Kommando- und Streitkräftestruktur (Combined Joint Task Forces, CJTF) auch an der Übungsplanung, Konzeptentwicklung und den Operationen der NATO teilnehmen (Höfler 1998: 255). Somit schuf die NATO mit dieser stärkeren institutionellen Vernetzung die Möglichkeit, einzelne hochrangige Offiziersangehörige aus den postkommunistischen Staaten mit den Denkweisen und Praktiken der Sicherheitsgemeinschaft vertraut zu machen. Zudem passte die NATO den bereits 1995 initiierten Planungs- und Überprüfungsprozess (PARP) zur Unterstützung der postkommunistischen Streitkräftereform an den Streitkräfteplanungsprozess der NATO-Mitgliedstaaten an (Höfler 1998: 255). Um die Anwärterstaaten an die Verteidigungsplanung der NATO zu gewöhnen, nutzte die Allianz ihren intern eingesetzten verteidigungspolitischen Fragebogen (Defense Planning Questionnaire, DPQ) ab 1996 quasi als 'Mini-DPQ' im Rahmen ihrer Sozialisationspolitik (Jacoby 2004: 171).

Durch die Neuerungen, die die NATO im Rahmen des EAKR einführte, konnten sich die postkommunistischen Partnerländer wie Polen und Tschechien stärker in die sicherheitspolitische Diskussion der Allianz einbringen (Varwick 2008: 103). Darüber hinaus nutzten sie das erweiterte Partnerschaftsprogramm als eine Art

Trainingslager, um sich für die spätere Mitgliedschaft vorzubereiten.¹⁹⁶ Zusätzlich bot die NATO den drei eingeladenen Staaten ein vertieftes Kooperationsprogramm an. Dieses ermöglichte Polen, Tschechien und Ungarn ab 1998, an den Sitzungen des Nordatlantikrates und des Militärausschusses im '16+3'-Format teilzunehmen (Vogel 1999: 149). Bis zu ihrem Beitritt zur NATO am 12. März 1999 konnten sie das Wort ergreifen, sich allerdings nicht direkt am Entscheidungsprozess beteiligen. Auch war Polen, Tschechien und Ungarn die Teilnahme an Diskussionen über das Verhältnis der NATO zu Russland, ausgewählte Aspekte des SFOR-Einsatzes der Allianz und die Nuklearplanung nicht gestattet (George 1998: 2).

Wie auch in der Heranführungs- und Öffnungsphase, folgte die NATO in der Beitrittsphase ihren beiden Grundprinzipien der Inklusivität sowie der Selbst- und Fremddifferenzierung, die auch prägend für die Kooperationspolitik mit den postkommunistischen Staaten nach der ersten Osterweiterung waren.

3.1.5 Integrationsphase (4/1999-5/2004): Von der Beitritts- zur Mitglieds-NATOisierung

Mit der formalen Mitgliedschaft Polens, Tschechiens und Ungarns am 12. März 1999 endete zwar die Beitritts-NATOisierung der drei mittelosteuropäischen Staaten, nicht jedoch ihr sicherheitspolitischer Sozialisationsprozess in Form der Mitglieds-NATOisierung. Die Integration der polnischen, tschechischen und ungarischen Streitkräfte in die militärischen Strukturen des Bündnisses begann bereits anderthalb Jahre vor dem formellen Beitritt (Johnson 1999: 98). Zielsetzung der Streitkräfte-reformen bestand in der Herstellung von Interoperabilität, da diese eine essentielle Voraussetzung für die Einbindung in die integrierte Kommandostruktur der NATO darstellte. Demgegenüber traten Fragen

¹⁹⁶ Im Vergleich zur aktiven Partizipation der mittelosteuropäischen Staaten an den PfP-Aktivitäten beteiligten sich z.B. die kaukasischen oder zentralasiatischen Republiken lediglich passiv am PfP-Programm. Vgl. Hofer (2007: 20) zur unterschiedlichen Motivlage der PfP-Länder.

der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte im Vorfeld des Beitritts Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO in den Hintergrund.

Obschon die Aufnahme der drei mittelosteuropäischen Staaten gemeinhin als überwiegend politische Entscheidung galt, die trotz bestehender militärischer Defizite getroffen wurde, erwies sich die tatsächliche Integration der neuen Mitglieder als weitaus schwieriger als erwartet (Ulrich 2000a: 38). Innerhalb des unvollständigen Transformationsprozesses Polens, Tschechiens und Ungarns im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen gab es drei Themenkomplexe, die zu besonders gravierenden Problemen bei der Zusammenarbeit mit den alten NATO-Mitgliedstaaten führten. Die unzureichenden Reformen bei der militärischen Ausbildung postkommunistischer Soldaten erwiesen sich als enormes Hindernis bei der Schaffung NATO-kompatibler Einheiten. Aufgrund des Mangels an Sicherheits- und Verteidigungsexperten konnten zudem die Tausende von Standardisierungsvereinbarungen, die jeder der drei Staaten mit der NATO geschlossen hatte, nicht übersetzt, bürokratisch implementiert und operativ umgesetzt werden (Simon 1999). Schließlich war infolge des Mangels an gut ausgebildetem zivilem Personal eine effektive Abstimmung zwischen den nationalen Sicherheitsinstitutionen innerhalb der drei Länder sowie mit jenen der westlichen NATO-Staaten und den Gremien der Allianz nur begrenzt möglich (Ulrich 2000a: 38).

Insbesondere zwei Faktoren haben die Mitglieds-NATOisierung stark beeinträchtigt. Erstens bestand nach dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO ein verminderter Anreiz, die notwendigen Reformen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen fortzuführen. Hinzu kam, dass die innenpolitischen und internationalen Finanzmittel für die Professionalisierung der Streitkräfte sanken. Zweitens schwand die Aufmerksamkeit der NATO für den sicherheitspolitischen Transformationsprozess der drei neuen Mitglieder und die westlichen Sozialisationsbemühungen konzentrierten sich vorrangig auf die Länder des Membership Action Plan.

Den seitens der USA initiierten Membership Action Plan (MAP) verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der NATO während des Gipfeltreffens in Washington am 24. und 25. April 1999 (NATO 1999). Die Zielsetzung des MAP

bestand darin, Aspiranten bei ihren Vorbereitungen auf eine mögliche künftige Mitgliedschaft zu unterstützen, ohne diesen eine tatsächliche Aufnahme zu garantieren oder einen Zeitrahmen für diesen Prozess vorzugeben (Terlinden 1999: 5). Auch bei der Entwicklung des MAP hielt die NATO am Prinzip der Selbstdifferenzierung fest. Dementsprechend legten die Beitrittskandidaten in Nationalen Jahresplänen (Annual National Plan, ANP) ihre Reformziele in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Verteidigung, Militär, Informationssicherheit und Gesetzgebung fest (Sava 2002: 46). Begleitet wurde die Umsetzung der ANPs durch Konsultationen mit der um Polen, Tschechien und Ungarn erweiterten NATO im '19+1'-Format (Varwick 2008: 104). Letztlich handelte es sich beim MAP um einen Kompromiss zwischen den Befürwortern einer schnellen Erweiterung und den Anhängern eines langsamen Öffnungsprozesses der NATO. Dass die Allianz militärischen Aspekten bei der zweiten Erweiterungsrunde einen steigenden Stellenwert beimaß, diese gar prioritär gegenüber politischen Aspekten behandelte, spiegelte sich auch in ihren Bemühungen zur Verbesserung der militärischen Fähigkeiten ihrer Mitgliedstaaten wider (Defense Capabilities Initiative, DCI). Zielsetzung der 1999 aufgelegten DCI war es, die Kompatibilität von Ausrüstung, Personal und Training der Streitkräfte der Partnerländer mit jenen der NATO-Mitgliedstaaten zu verbessern (NATO 2001: 50-52).

Seither hat die NATO ihre Kooperationspolitik mit den Staaten des östlichen Europas insbesondere im Vorfeld der zweiten Osterweiterung stetig weiterentwickelt und ausdifferenziert, was sich u.a. in der 1999 zum zweiten Male vorgenommenen Erweiterung der PfP und des PARP sowie der Einführung einer Reihe neuer PfP-Instrumente niederschlug.¹⁹⁷ Indes ist für die anstehende Analyse der NATOisierung Polens und Tschechiens nun entscheidend, welche Programme, Inhalte, Ausbildungszentren und Sozialisationspraktiken bei der ersten Erweiterungsrunde zentral waren.

¹⁹⁷ Dazu gehören ein PfP-Konsortium von Verteidigungsakademien und Sicherheitsinstituten, ein PfP-Übungssimulationsnetzwerk und PfP-Ausbildungszentren. Vgl. Hofer (2007: 24) für weitere Neuerungen im Rahmen der NATO-Kooperationspolitik mit den PfP-Staaten.

3.2 Programme, Inhalte und Ausbildungszentren der NATOisierung

3.2.1 Sozialisationsaktivitäten der NATO und ihrer Mitgliedstaaten im Überblick

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre riefen die NATO und ihre Mitgliedstaaten eine Vielzahl von bilateralen und multilateralen Programmen ins Leben, um die postkommunistischen Partnerstaaten bei der Demokratisierung ihrer zivil-militärischen Beziehungen und den Streitkräfthereformen zu unterstützen. Neben militärischem Training war die explizite Zielsetzung all dieser Programme, den militärischen und zivilen Akteuren der Partnerstaaten die Werte und Normen eines westlich definierten Verständnisses von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit näher zu bringen. Der Adressatenkreis dieser Sozialisationsprogramme umfasste sowohl militärische als auch zivile Akteure des Sicherheits- und Verteidigungssektors postkommunistischer Staaten sowie bestimmte Abteilungen der Verteidigungsministerien. Hinsichtlich des militärischen Adressatenkreises lassen sich folgende Arten von Sozialisationsaktivitäten der NATO und ihrer Mitgliedstaaten unterscheiden:

- Konferenzen, Seminare, Workshops;
- militärische Ausbildungslehrgänge von nationalen oder multinationalen Einrichtungen¹⁹⁸ zur Vermittlung von Grundlagenwissen im Bereich der euroatlantischen Sicherheit;
- Fremdsprachenunterricht, insbesondere Englischunterricht;
- diplomatische und militärische Ausbildung von Verbindungsoffizieren;

¹⁹⁸ Während 1990er fanden die Schulungen in verschiedenen Sicherheitsinstitutionen der NATO-Mitgliedstaaten statt, wie z.B. dem George Marshall Center in Garmisch-Partenkirchen oder dem NATO Defense College in Rom. Seit 1999 hat die NATO zehn PfP-Ausbildungszentren in fünf NATO-Mitgliedstaaten und fünf Partnerstaaten eingerichtet, wie z.B. das Regionale Zentrum für Zivil-Militärische Beziehungen in Brasov/Rumänien oder das NATO Informationszentrum in Sofia/Bulgarien.

- individuelle Austauschprogramme für militärisches Führungspersonal, u.a. an den NATO-Hauptquartieren in Brüssel, bei SHAPE in Mons, insbesondere in der Partnerschaftskordinierungszelle;
- Besuch von hochrangigen Streitkräfteeinheiten bei NATO-Einrichtungen;
- gemeinsame Manöver und Übungen im Bereich des internationalen Krisenmanagements;
- vertrauensbildende Maßnahmen, z.B. Austausch über Rüstungskontrolle und verteidigungspolitische Themen im Rahmen des NAKR bzw. EAKR;
- Zusammenarbeit postkommunistischer Militärs mit Vertretern der NATO im Rahmen des PfP-Planungs- und Überprüfungsprozesses, bei dem die nationale Verteidigungsplanung der Partnerländer mit der Allianz abgestimmt wird;
- Partizipation an militärischen Manövern und Übungen im Rahmen der PfP.¹⁹⁹

Auf der zivilen Ebene umfassten die Sozialisationsaktivitäten der NATO und ihrer Mitgliedstaaten:

- individuelle Austauschprogramme für ziviles Führungspersonal;
- sicherheits- und verteidigungspolitische Schulungen von Zivilisten für die Arbeit in den Verteidigungsministerien, insbesondere Vermittlung von Kompetenzen für die Politikplanung und Budgetfragen;
- Austauschprogramme für Parlamentarier zum Erwerb von parlamentarischer Expertise für die Kontrolle der Exekutive.

Im Bereich der parlamentarischen Austauschprogramme verdient insbesondere die von der Nordatlantischen Versammlung beschlossene Rose-Roth-Initiative Beachtung. Im Zuge derer sind seit 1989 eine Vielzahl von Parlamentariern der postkommunistischen Staaten im Rahmen von Seminaren mit Informationen und

¹⁹⁹ Für die PfP-Partnerstaaten der zweiten und dritten Erweiterungsrunde gehörte auch die Zusammenarbeit im Rahmen des MAP seit 1999 zu den zentralen Formen der Kooperation.

Sachkenntnissen vertraut gemacht worden, die für die Wahrnehmung der parlamentarischen Aufsichts- und Kontrollfunktionen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik unerlässlich sind (Rose 1994; Flockhart 2004).

Hinzu kamen Hilfsprogramme zur Unterstützung bestimmter Aspekte des Demokratisierungsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen der postkommunistischen Partnerländer, insbesondere des bürokratisch-ministeriellen Umstrukturierungsprozesses:

- Teams westlicher Experten, die die postkommunistischen Staaten vor Ort bei ihren Reformen unterstützen, u.a. durch regelmäßige Besuche und Beratungsgespräche in den betreffenden Ministerien;
- Beratung durch NATO-Repräsentanten vor Ort in den Verteidigungsministerien der Partnerländer;
- technische Hilfe bei der Einführung neuer Programme zur Planung der Verteidigungsausgaben;
- Beratung bei Beschaffungsentscheidungen und der Umstrukturierung der Rüstungsindustrie.

Aus der Vielzahl von Sozialisationsaktivitäten, die die NATO und ihre Mitgliedstaaten im Zuge ihrer Kooperationspolitik mit den postkommunistischen Partnerländern praktiziert haben, werden im Folgenden ausgewählte Programme und Ausbildungszentren detaillierter vorgestellt und bewertet.

3.2.2 Ausgewählte Sozialisationsprogramme und Ausbildungszentren der NATO-Mitgliedstaaten

3.2.2.1 MIL-To-MIL, IMET und JCTP der USA

Die USA, die mit ihrer Initiierung der PfP, des PARP und des MAP als Antriebsmotor der NATO-Osterweiterungspolitik fungierten, legten Anfang der

1990er Jahre eine Reihe zusätzlicher Sozialisationsprogramme auf.²⁰⁰ Die drei für die hier behandelte Fragestellung wichtigsten waren die 'Military-to-Military-Initiative' (MIL-to-MIL), das Programm 'International Military Education and Training' (IMET) und das 'Joint Contact Team Program' (JCTP). Alle drei Programme basierten auf dem nach Ende des Ost-West-Konflikts entwickelten 'Military to Military'-Konzept der amerikanischen Demokratisierungsstrategie für die postkommunistischen Streitkräfte und Staaten. Ausgangspunkt dieses Ansatzes bildete die Annahme, es gäbe einen länderübergreifenden militärischen Professionalismus der Streitkräfte, aus welchem sich eine gemeinsame Verpflichtung ableiten ließe, die institutionellen Prozesse und Verhaltensmuster der sich transformierenden postkommunistischen Staaten konstruktiv zu beeinflussen (Ulrich 1999: 51f.).

Die 1991 von den USA ins Leben gerufene MIL-To-MIL-Initiative war das erste Kooperations- und Hilfsprogramm für die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten (Sava 2002: 48). Teams von amerikanischen Militärspezialisten wurden ab 1992 in die postkommunistischen Staaten geschickt, um diese bei der Demokratisierung des Sicherheits- und Verteidigungssektors zu unterstützen. Adressaten der MIL-To-MIL-Initiative waren in erster Linie höherrangige Soldaten, die mit liberal-demokratischen Normen vertraut gemacht werden sollten. Bis Mitte der 1990er Jahre entwickelte sich die MIL-To-MIL-Initiative zu einem regen, gut finanzierten Austauschprogramm.²⁰¹ In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ist die Bedeutung der MIL-To-MIL-Initiative allerdings im Zuge der Entwicklung anderer Sozialisationsprogramme zurückgegangen.

IMET wurde ursprünglich von den USA 1950 aufgelegt, um Militärstudierende aus aller Welt, auch aus westeuropäischen Ländern, zu unterrichten (Sava 2002: 49). Nach 1990 entwickelten die USA im Rahmen von IMET vergleichbare

²⁰⁰ Vgl. für eine Analyse weiterer militärischer Hilfsprogramme der USA zur Unterstützung des Demokratisierungsprozesses postkommunistischer Staaten Glantz (1998); Ulrich (1999: 44-69) und Cottey/Forster (2004: 10f.).

²⁰¹ Zum Beispiel umfasste das MIL-To-MIL-Programm zwischen den USA und Tschechien im Jahre 1993 bereits 16 Aktivitäten, im darauffolgenden Jahre schon 46 Aktivitäten (Sava 2002: 49).

Ausbildungsprogramme für die Staaten des östlichen Europas. Entsprechend der Philosophie von IMET sollen ausländische Kursteilnehmer wie die postkommunistischen Offiziere „through participation in U.S. military training and education courses designed for members of the U.S. military (...) be exposed to U.S. military professionalism within the context of American life and culture” (Manolas/Samelson 1990: 1). Obschon die Vermittlung demokratischer Prinzipien ein Ziel von IMET war, lag der Schwerpunkt des Programms auf militärischen Übungen, wie z.B. Flugtraining. Im Rahmen des 1991 erweiterten IMET (EIMET) konnten auch ziviles Personal der Verteidigungsministerien und anderer Ministerien, Parlamentarier und Journalisten an Seminaren teilnehmen (Cottey/Forster 2004: 9). Diese beschäftigen sich mit dem Management von Sicherheitsinstitutionen, Budgetfragen, der Verbreitung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, Schaffung eines militärischen Rechtssystems sowie der Entwicklung von Kommandostrukturen im Einklang mit Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten (Ulrich 1999: 64). Dass allerdings auch EIMET vorrangig auf Streitkräfteangehörige ausgerichtet war, zeigt ein Blick auf die Stipendienvergabe. Von den aus mehr als 100 Ländern kommenden gut 5.000 Stipendiaten, die in den 1990er Jahren im Rahmen von EIMET jährlich gefördert wurden, entfielen zwischen 32 und 34 Prozent auf jene der postkommunistischen Staaten (Ulrich 1999: 63). Dabei schlugen die EIMET-Stipendien für Zivilisten mit lediglich 10 Prozent des gesamten Budgets zu Buche.²⁰² Zwar war dabei eine Vergrößerung des Stipendienanteils für Zivilisten im Falle von Transformationsstaaten auf bis zu 20 Prozent vorgesehen, doch ändert dies kaum etwas an der grundsätzlichen Schwerpunktsetzung dieses Programms.

Angesiedelt bei ihrem Europäischen Hauptquartier in Stuttgart, schufen die USA 1992 mit dem JCTP eine weitere Grundlage zum Aufbau und zur Pflege von militärischen Kontakten zu allen früheren Warschauer-Pakt-Staaten (Ulrich 2006:

²⁰² Laut der von Ulrich geführten Interviews mit IMET-Verantwortlichen betrug das Gesamt-Budget in den Jahren 1995 bis 1999 jährlich zwischen 39 und 50 Millionen US-Dollar. Vgl. zu den Interviewpartnern Ulrich (1999: 228f.) und einer genaueren Ausgabenauflüsselung Ulrich (1999: 63f.).

426).²⁰³ Die innovative Idee dieses Programms bestand darin, dass kleine, d.h. vier- bis sechsköpfige Teams amerikanischer Militärs aus den unterschiedlichen Teilstreitkräftegattungen vor Ort mit der zivilen Führung des Verteidigungsministeriums und dem Generalstab zusammenarbeiteten.²⁰⁴ Ergänzt werden die amerikanischen Teams durch englischsprachige Offiziersangehörige des Gastgeberlandes um sicherzustellen, dass den länderspezifischen Reformbedürfnissen Rechnung getragen wird (Ulrich 1999: 59f.). Die Philosophie dieses Konzeptes der Präsenz vor Ort beschrieb ein JCT-Mitglied folgendermaßen: „We [the JCT] wanted to be in the ministry of defense, to get them to trust us and to know that we're there, not to force anything upon them, but to get that access“ (zit. nach Kozaryn 1998: 3). Im Jahre 1993 in Polen, Tschechien und Ungarn beginnend, wurde das JCTP in den darauf folgenden Jahren auf die baltischen, südost- und osteuropäischen Partnerländer der NATO ausgeweitet.²⁰⁵ Die Zielsetzung des JCTP bestand darin, die Regierungen der Partnerländer beim Demokratisierungsprozess im Sicherheits- und Verteidigungssektor zu unterstützen, insbesondere bei der Etablierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte (Ulrich 1999: 55). Darüber hinaus diente das JCTP dazu, regelmäßige Kontakte zwischen mittleren und unteren Offiziersrängen zu etablieren, die Entwicklung eines Unteroffizierskorps zu unterstützen und die Voraussetzungen für eine Teilnahme an PfP-Aktivitäten zu schaffen (Abell 2005: 4).

Im Vergleich zu anderen Sozialisationsprogrammen, die in aller Regel für zwei bis fünf Jahre im Voraus geplant sind, besteht ein Vorteil des JCTP darin, sich kurzfristig auf die Bedürfnisse der Gastnationen einstellen zu können. So intensivierten die JC-Teams nach der Einladung Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO ihre Unterstützung, die militärische Infrastruktur der drei

²⁰³ Vgl. Abell (2005) und Ulrich (1999: 54-62) für eine ausführlichere Analyse des JCTP.

²⁰⁴ Die JCTs wurden in sechsmonatigen Intervallen in die Gastländer abgestellt bzw. seit 1997 in Einjahresintervallen.

²⁰⁵ Mittlerweile umfasst das JCTP auch einige Staaten Eurasiens und Afrikas.

mittelosteuropäischen Staaten an die NATO-Standards anzupassen (Kozaryn 1998: 2).

3.2.2.2 George C. Marshall Center for Security Studies

Die größte Bedeutung bei der Verbreitung liberal-demokratischer Normen innerhalb der militärischen und politischen Akteure der postkommunistischen Staaten wird langfristig gesehen wohl das *George C. Marshall Center for Security Studies* haben (Ulrich 1999: 64). Als deutsch-amerikanische Initiative wurde der Marshall Center 1993 in Garmisch-Partenkirchen als ein strategisches Ausbildungszentrum für Staaten aus Nordamerika, Europa und Eurasien geschaffen (Ulrich 2006: 426). Finanziert wurden die Ausbildungsprogramme des Marshall Centers während der ersten NATO-Erweiterungsphase zwischen 1994 und 1998 mit jährlich mindestens 16 Millionen US-Dollar von der deutschen und der amerikanischen Regierung, insbesondere über das amerikanische Militärbudget (Ulrich 1999: 65). Der explizite Auftrag des Marshall Centers besteht darin, „Führungspersonlichkeiten aus Nordamerika, Europa und Eurasien bei der Gestaltung einer besseren Zukunft für alle Staaten zu unterstützen“.²⁰⁶ Das Zentrum umfasst fünf Bereiche: das *Institut für Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, das *Konferenz- und Forschungszentrum*, das *Sprachlehrzentrum für Partnerstaaten* und das *PfP-Konsortium der Verteidigungsakademien und Institute für Sicherheitsstudien*. Institutionelles Herzstück des Ausbildungsprogramms am Marshall Center ist das *Institut für Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, das folgende Programmelemente entwickelt hat:

- einen fünfmonatigen Grundlagen-Lehrgang für staatliche und militärische Bedienstete;
- einen 15wöchigen Kurs für Oberste und gleichrangige Zivilisten zu Fragen des sicherheits- und verteidigungspolitischen Managements ('Executive Program');

²⁰⁶ Vgl. die Homepage des Marshall Centers unter <http://www.marshallcenter.org>.

- ein neunwöchiges Seminar für jüngere Teilnehmer mit einer Grundausbildung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ('Leaders of the 21st Century');
- einen zweiwöchigen Kurs für hochrangige Militärs und ziviles Personal zu Fragen der euroatlantischen Sicherheit ('Senior Executive');
- einen zehntägigen Sommerkurs für Parlamentarier zur Vermittlung der für die parlamentarischen Aufsichts- und Kontrollfunktionen zentralen sicherheits- und verteidigungspolitischen Kenntnisse.

Wie der Blick auf diese ausgewählten Programminhalte zeigt, bot das Marshall Center – wie auch die anderen Ausbildungszentren der NATO und ihrer Mitgliedstaaten – unterschiedlich lange Seminare an. Im Unterschied zu anderen Einrichtungen war allerdings die Zahl der zivilen Kursteilnehmer von Anfang an vergleichsweise hoch. So graduierten im ersten Jahrgang im Dezember 1994 50 Offiziere und 25 Zivilisten am Marshall Center, was einen überdurchschnittlich hohen Anteil an zivilen Graduierten darstellte (Sava 2002: 52). Denn bei der Betrachtung der Teilnehmerzusammensetzung westlicher Ausbildungskurse insgesamt betrug das Verhältnis von Militärs zu Zivilisten etwa 90 zu 10 Prozent (Szemerényi 1996: 69). Nachdem die anfänglich militärische Schwerpunktsetzung innerhalb der Seminare des Marshall Centers zu Gunsten ziviler Aspekte des Sicherheits- und Verteidigungssektors relativiert wurde, veränderte sich das Verhältnis von militärischen zu zivilen Kursteilnehmern nochmals zu Gunsten letzterer (Sava 2002: 53). Während der ersten NATO-Erweiterungsphase in den Jahren 1994 bis 1998 absolvierten mehr als 600 Militärs und Zivilisten aus den NATO-Partnerländern Seminare am Marshall Center. Darüber hinaus nahmen etwa 3.000 militärische und zivile Akteure aus den PfP-Partnerländern an den Konferenzen des Zentrums teil (Glantz 1998: 32).

Der Sozialisationserfolg von Ausbildungsprogrammen wie jenen des Marshall Centers, die auf individuelle Akteure aus den NATO-Partnerländern ausgerichtet waren, hing von drei Faktoren ab: Von der Qualität der Teilnehmer selbst; den Interaktionen zwischen Sozialisanden und NATO-Repräsentanten; sowie den Gegebenheiten im Herkunftsland. Bei den Sozialisanden waren der Umgang mit

den jeweiligen Lerninhalten entscheidend, deren Verinnerlichung sowie ihre Positionen in den nationalen Sicherheitsinstitutionen.²⁰⁷ Sozialisationsbegünstigende Interaktionen zwischen Dozenten und Kursteilnehmern sind von Respekt, Wertschätzung sowie der Anerkennung von Fachkompetenz und Lernfähigkeit geprägt.²⁰⁸ Das Ausmaß, in dem die Graduierten des Marshall Centers und anderer Ausbildungszentren in ihren Heimatländern als Multiplikatoren der Sozialisationsinhalte fungieren konnten, wurde mitnichten nur von ihnen selbst oder der Qualität der Interaktionen während der Seminarbesuche bestimmt. Einen großen Einfluss auf die Wirkung der Sozialisationsprogramme hatten auch die Reaktionen der Kollegen, Vorgesetzten und Untergebenen der teilnehmenden Offiziere und Zivilisten nach deren Rückkehr in die nationalen Sicherheitsinstitutionen. Inwiefern die potenziellen NATO-Normunternehmer von ihrem beruflichen Umfeld als Autoritäten anerkannt oder als „die Anderen“ betrachtet wurden, bestimmte ihren Erfolg bei der Verbreitung neuer Normen innerhalb der nationalen Institutionen und unter den nationalen Akteuren maßgeblich mit.²⁰⁹

3.2.2.3 NDC, NATO School, CCRM, DCAF

Im *NATO Defense College* (NDC) in Rom werden seit mehr als 55 Jahren hochrangige Offiziere der NATO-Mitgliedstaaten trainiert und ausgebildet, um in NATO-Hauptquartieren zu arbeiten.²¹⁰ Nach Ende des Ost-West-Konflikts öffnete das NDC einen Teil seiner Ausbildungskurse auch für Offiziersangehörige der postkommunistischen Staaten. Darüber hinaus etablierte das NDC Fellowships für die Militärs der NATO-Partnerländer und bot Konferenzen für sie an. Eine

²⁰⁷ Vgl. Johnston (2001: 498f.) und Checkel (1999: 86f.) zu den für soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse förderlichen persönlichen und beruflichen Dispositionen von Sozialisanden.

²⁰⁸ Vgl. zu den sozialisationsbegünstigenden Charakteristika der Interaktionen zwischen Sozialisationsagentur und Sozialisand Checkel (2007b: 14), Johnston (2007: 226), Flockhart (2004: 367).

²⁰⁹ Zur Rolle von Normunternehmern beim Sozialisationsprozess Börzel/Risse (2003: 67) und Alderson (2001: 419).

²¹⁰ Vgl. die Homepage unter <http://www.ndc.nato.int>.

programmatische Besonderheit des NDC bildete die Betonung der „humanen Interoperabilität“²¹¹, die als zentrale Voraussetzung für operative Effektivität erachtet wird. Durch die Teilnahme an den Schulungen des NDC konnten sich die Offiziere der postkommunistischen Partnerländer mit den Prinzipien, Praktiken und Prozeduren der NATO vertraut machen, die sie für ihre spätere Tätigkeit in den NATO-Hauptquartieren oder den nachgeordneten PfP-Einrichtungen benötigten (Sava 2002: 54).²¹²

Die 1953 gegründete *NATO School* in Oberammergau war das zentrale Schulungs- und Ausbildungszentrum der NATO während des Kalten Krieges. Nach der Gipfelerklärung der NATO-Staats- und -Regierungschefs in Rom im November 1991 weitete die *NATO School* ihren Curricula auf Themengebiete jenseits des Artikel-5-Prozederes aus.²¹³ Im Mittelpunkt der für postkommunistische Offiziersangehörige bestimmten Kurse standen Fragen der euroatlantischen Sicherheit. Vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit wurde den Herausforderungen bei der Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten zuteil. Dies zeigt sich u.a. daran, dass sich von den 20 Kursen, die im Jahre 2001 speziell für Teilnehmer der NATO-Partnerstaaten abgehalten wurden, nur einer mit diesem Themenkomplex beschäftigte.

Fragen der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bildeten dahingegen den Schwerpunkt der am *Center for Civil-Military Relations* (CCMR) in Monterey/USA und am *Geneva Centre for Democratic Control of Armed Forces* (GCDCAF) abgehaltenen Seminare. Zielsetzung beider Ausbildungszentren ist es, die Partnerländer bei der Etablierung, Implementierung und Konsolidierung

²¹¹ Gemeint ist damit der von mir unter 1.3.3 als „kulturelle Interoperabilität“ erläuterte Aspekt des Transformationsprozesses postkommunistischer Streitkräfte bzw. die unter 4.2.2.5 angeführten Herausforderungen bei der Entwicklung eines demokratischen militärischen Professionalismus.

²¹² Übliche Verwendungen waren beispielsweise die Tätigkeit als Verbindungsoffizier an NATO-Hauptquartieren oder in der Partnerschafts koordinierungszelle des PfP.

²¹³ Vgl. die Homepage des NATO Defense College unter <http://www.ndc.nato.int>.

demokratischer zivil-militärischer Beziehungen zu unterstützen.²¹⁴ Der Adressatenkreis der mehrwöchigen Schulungen sind sowohl hochrangige Militärs als auch Zivilisten. Eine Besonderheit des Curriculums des CCMR ist es, dass nicht nur Fragen der zivilen demokratischen Kontrolle des Militärs, sondern auch jene der Geheimdienste und der Sicherheitsdienste behandelt werden (Sava 2002: 55). Alleinstellungsmerkmal des GCDCAF, das im Jahre 2000 als Teil der schweizerischen Partizipation am PfP-Sozialisationsprogramm gegründet wurde, ist die große Bedeutung, die Evaluationen des Demokratisierungsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten beigemessen wird. Anhand eines Kriterienkataloges zur Bewertung des Demokratisierungsgrades erfolgt auf Grundlage der jeweils ermittelten Fortschritte bzw. Defizite eine fallspezifische Kooperation mit den Partnerländern.

Neben der hier vorgestellten Sozialisationsprogrammen und Ausbildungszentren boten nahezu alle NATO-Mitgliedstaaten drei- bis sechsmonatige Lehrgänge an ihren Verteidigungsakademien an, wie beispielsweise der *Führungsakademie der Bundeswehr* in Hamburg, der *L'Ecole Militaire Superieure* in Paris oder der *Sandhursts Military Academy* in London. Während die NATO-Mitgliedstaaten an ihren Sicherheitseinrichtungen bereits Anfang der 1990er Jahre begonnen, eine Vielzahl von Ausbildungsprogrammen ins Leben zu rufen, legte die NATO die PfP als Herzstück ihrer Sozialisationspolitik erst 1994 auf.

3.2.3 PfP als Herzstück der NATO-Sozialisationspolitik

3.2.3.1 Differenzierung als zentrales Sozialisationsprinzip der PfP

Die Einführung des Grundsatzes der Differenzierung zwischen den Partnerländern bildete das zentrale Sozialisationsprinzip der NATO. Implementiert wurde das Prinzip der Differenzierung durch das zweistufige Verfahren zur PfP-Mitgliedschaft sowie die Zwei-Säulenstruktur des PfP-Programms. Zunächst forderte die NATO

²¹⁴ Vgl. die Homepage des Center for Civil-Military Relations unter <http://www.ccmr.org/public/home.cfm> und jene des Geneva Centre for Democratic Control of Armed Forces unter <http://www.dcaf.ch>.

die an der PfP interessierten Länder wie Polen und Tschechien auf, das Rahmendokument im NATO-Hauptquartier in Brüssel zu unterzeichnen. Damit verpflichtete sie die unterzeichnenden Staaten auf die PfP-Ziele (Broer 1997: 308). Einen zweiten Schritt bei der Aufnahme ins PfP-Programm bildete die Übergabe eines Präsentationsdokuments seitens des interessierten Staates. Während das Rahmendokument zur PfP für alle interessierten Staaten die gleiche Form hatte, bot das Präsentationsdokument die Chance zur Selbstdifferenzierung. Denn hier lag die Initiative beim Partnerstaat, der seine Vorstellungen über die Ausgestaltung der Kooperationsbeziehungen mit der NATO im Präsentationsdokument festhielt. Letzteres gab Auskunft über Rahmen, Zeitmaß und Ebenen der gewünschten Kooperationsaktivitäten (Höfler 1998: 251). Außerdem benannte das Präsentationsdokument die Reformschritte, die der Partnerstaat zur Verwirklichung der politischen und militärischen Ziele der Partnerschaft zu unternehmen gedachte. Des Weiteren legten die Partnerländer dar, welche militärischen Mittel sie für die PfP-Aktivitäten zur Verfügung stellen wollten. Darüber hinaus mussten die künftigen PfP-Staaten wie Polen und Tschechien nachweisen, dass sie die Absicht hatten, ihre Streitkräfte einer zivilen demokratischen Kontrolle zu unterwerfen sowie ihren Verteidigungshaushalt und ihre Verteidigungspolitik transparent zu machen (Aspin 1994: 12). Indem es den postkommunistischen Staaten oblag, ihre Bereitschaft und ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit selbst zu bestimmen, brachte die NATO sie in eine Bringposition (Broer 1997: 308).

Ausgehend von der Bewertung des Präsentationsdokuments entwickelte die NATO mit dem jeweiligen Staat das 'Individuelle Partnerschaftsprogramm' (Individual Partnership Programme, IPP). Das IPP enthielt die politischen Überlegungen des Partnerlandes zur PfP, die nationalen Kooperationsziele und Prioritäten, sowie die konkreten Kooperationsaktivitäten (Höfler 1998: 251). Beim jährlich zu aktualisierenden IPP, das im '16+1'-Format auf Botschafter-Ebene beschlossen wurde, handelte es sich um ein bilaterales völkerrechtliches Abkommen (Vogel 1999: 147). Indem sich die NATO die Kontrolle darüber vorbehielt, welche Aktivitäten mit den politischen und militärischen Zielsetzungen der Allianz vereinbar waren (Broer 1997: 308), war eine (Fremd)Differenzierung

zwischen den Partnerländern möglich. Zugleich boten das zweistufige Verfahren zur PfP-Mitgliedschaft sowie die Zwei-Säulenstruktur des PfP-Programms den postkommunistischen Anwärterstaaten erheblichen Handlungsspielraum für ihre Selbstinitiative und Eigenpräsentation.

3.2.3.2 PWP und PARP als Kernelemente der PfP

Als Grundlage der im IPP vereinbarten Kooperationsaktivitäten diente das 'Partnerschaftsarbeitsprogramm' (Partnership Work Programme, PWP). Aus diesem konnten – gleichsam eines Menüs – bestimmte Kooperationsaktivitäten ausgewählt werden. Als wohl wichtigstes Arbeitsdokument der PfP stellte das PWP eine Art internationalen Ausbildungskalender dar, aus dem der jeweilige Partnerstaat jene Vorhaben auswählen konnte, die der Erreichung seiner Ziele im Rahmen der PfP dienten (Höfler 1998: 251). Während der Partizipation Polens und Tschechiens am PfP-Programm bot die NATO jährlich über 1.000 Aktivitäten an, wie z.B. Konferenzen, Lehrgänge, Besuche von Expertengruppen und militärische Übungen.²¹⁵ Letztere intensivierte die NATO im Laufe der 1990er Jahre sowohl quantitativ als auch qualitativ. Führte die Allianz 1994 lediglich drei multinationale militärische Übungen durch, so waren es 1997 bereits 25 multinationale Manöver (Eyal 1997: 702).²¹⁶ Zwar dominierte Eyal (1997: 702) zufolge anfangs die Mannigfaltigkeit der Fotos und das Spielen der Nationalhymnen der partizipierenden Staaten gegenüber den tatsächlich durchgeführten PfP-Manövern, doch boten diese zugleich häufig eine erste Gelegenheit für die postkommunistischen Offiziere unterschiedlichen Rangs, mit ihren Kollegen aus den NATO-Mitgliedstaaten in Kontakt zu kommen. Darüber hinaus erweiterte die NATO das Spektrum der militärischen Übungen. Sah das PfP-Programm zunächst nur Peacekeeping- und humanitäre Operationen als

²¹⁵ Auf dem Höhepunkt des PfP-Programms im Jahre 2002, d.h. kurz vor der Entscheidung zur zweiten Erweiterungsrunde und der Kandidatenauswahl, konnten die Partnerländer aus mehr als 2.000 Aktivitäten auswählen, wobei die Palette von gemeinsamen Großübungen zum Krisenmanagement über zivile Notfallplanung und Luftverkehrsmanagement bis hin zu Friedensmissionen reichte (Ulrich 2003: 20-23).

²¹⁶ Daneben gab es eine Vielzahl bilateraler militärischer Übungsmanöver.

multinationale Übungsfelder vor, umfasste dieses 1997 bereits „the full range of the Alliance's new missions, including peace support operations“ (NATO 2001: 72).

Während der Partizipation Polens und Tschechiens an der PfP umfasste das Partnerschaftsarbeitsprogramm 21 Teilbereiche. Den Schwerpunkt bildeten hierbei militärische und technische Kooperationsfelder wie Kommando-, Kontroll- und Kommunikationssysteme, Standardisierungsfragen, Verteidigungsinfrastruktur, logistische Planung sowie militärische Ausbildung (Szemerényi 1996: 67). Obschon die NATO der Unterstützung der Demokratisierungsprozesse der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten in dem PfP-Rahmendokument, den Individuellen Partnerschaftsprogrammen und Partnerschaftsarbeitsprogrammen stets einen zentralen Stellenwert beimaß, schlug sich dies nicht in einer entsprechenden Schwerpunktsetzung nieder. Vielmehr bildete die 'Demokratische Kontrolle der Streitkräfte und Verteidigungsstruktur' nur eines der 21 Kooperationsfelder des PWG. Der mittlerweile unter der Abkürzung DCAF (Democratic Control of Armed Forces) etablierte Teilbereich beinhaltete Diskussionen zwischen den NATO-Repräsentanten und den Vertretern der Partnerländer über die Etablierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Verfassung und Verfassungswirklichkeit sowie Hilfestellungen beim sicherheits- und verteidigungspolitischen Transformationsprozesses der postkommunistischen Staaten (Pond 2004).

Neben dem Partnerschaftsarbeitsprogramm bildete der im Januar 1995 etablierte Planungs- und Überprüfungsprozess (Planning and Review Process, PARP) die zweite Säule des PfP-Programms. Zielsetzung des PARP war es, die Interoperabilität der Streitkräfte der NATO-Partnerländer zu verbessern und die Transparenz bei der Verteidigungsplanung zu erhöhen. Bei der Entwicklung des PARP griff die NATO in hohem Maße auf das Instrumentarium zurück, das ihrem internen Verteidigungsüberprüfungsverfahren zu Grunde lag (Craig 1995: 23). In einem zweijährigen Zyklus durchgeführt, diente der PARP der nationalen Überprüfung und Bewertung jener Kapazitäten und Truppen des Partnerlandes, die für gemeinsame Einsätze im Rahmen der PfP zur Verfügung gestellt werden

sollten (Pond 2004). Im Rahmen des PARP übernahmen die PfP-Staaten wie Polen und Tschechien jene Interoperabilitätsziele, die für das Erreichen des im Individuellen Partnerschaftsprogramm vereinbarten Grades der Interoperabilität erforderlich waren. Den Ausgangspunkt des länderspezifischen PARP bildete eine von den PfP-Staaten erstellte Übersicht über die Interoperabilität ihrer Streitkräfte. Diese Angaben betrafen drei Bereiche:

- die Verteidigungspolitik sowie Verteidigungs- und Finanzierungspläne für die nächste PfP-Planungsphase;
- die nationalen Reformmaßnahmen bezüglich der vereinbarten Kooperationsfelder mit der NATO;
- die Streitkräfte, die für Operationen, Ausbildungsprogramme und Übungen im Rahmen der PfP zur Verfügung gestellt werden können (Craig 1995: 24).

Auf Grundlage dieser Angaben erstellte die Militärbehörden der NATO für jeden Partnerstaat einen individuellen Planungs- und Überprüfungsentwurf, der die vereinbarten Interoperabilitätsziele festhielt. Im Vorfeld der konkreten Zielvereinbarungen fanden Beratungen zwischen einer NATO-Delegation aus Mitgliedern des Internationalen Sekretariats, des Internationalen Militärstabes, der Militärbehörden der NATO, der Partnerschaftskordinierungszelle und einer Expertengruppe des betreffenden PfP-Partnerstaates statt, im Zuge derer der länderspezifische Planungs- und Überprüfungsentwurf festgelegt wurde (Craig 1995: 24).²¹⁷

Mittels der Festlegung von Interoperabilitätszielen praktizierte die NATO ihr zentrales Sozialisationsprinzip der Differenzierung. Zum einen erhielten die einzelnen PfP-Partnerstaaten durch die Interoperabilitätsziele konkrete Vorgaben für die Streitkräftereformen, auf die sie in den jeweils folgenden zwei oder drei

²¹⁷ Im Falle der ersten PARP-Ländergeneration, zu der auch Polen und Tschechien gehörten, fanden die Beratungsgespräche Ende März bzw. Anfang April 1995 statt. Vgl. Craig (1995: 24f.) zu weiteren Einzelheiten dieses Abstimmungsprozesses im Rahmen von PARP, der 1997 von der Botschaferebene auf die Ministerebene angehoben wurde.

Jahren hinarbeiten konnten. Zum anderen stellten die Interoperabilitätsziele Kriterien dar, anhand derer die NATO die Fortschritte der Anwärterstaaten bewerten konnte.

3.2.3.3 Sozialisationspotenzial der PfP: Eine Zwischenbilanz

Hinsichtlich des Sozialisationspotenzials der NATO im Rahmen der PfP stellt sich die Frage, ob ein Programm, das ursprünglich als Verzögerung der Erweiterungsentscheidung initiiert wurde, tatsächlich die Übernahme von liberal-demokratischen Normen im Politikfeld Sicherheit durch die postkommunistischen Partnerländer befördern konnte. Auf den ersten Blick erscheint solch eine Doppelfunktion zunächst paradox. Indes bleibt zu untersuchen, inwieweit die inhaltliche Ausgestaltung und Nachhaltigkeit des PfP-Prozesses die Normübernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte begünstigte bzw. behinderte. Angesichts der militärischen Schwerpunktsetzung, die sowohl für die PfP-Aktivitäten als auch die verschiedenen Sozialisationsprogramme der NATO-Mitgliedstaaten charakteristisch war, kann geschlussfolgert werden, dass die Sozialisationspolitik der NATO nicht primär für die Stärkung demokratischer zivil-militärischer Beziehungen konzipiert war. Somit stellten etwaige positive Auswirkungen der Partizipation postkommunistischer Staaten wie Polen und Tschechien an den PfP-Aktivitäten eher einen positiven Nebeneffekt dar. Das Sozialisationspotenzial der PfP lag primär in seiner Impuls setzenden Wirkung für die Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen (Szemerényi 1996: 68). Darüber hinaus steckte die in den Individuellen Partnerschaftsdokumenten enthaltene Selbstverpflichtung der postkommunistischen Staaten auf eine zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte den nationalen Politikgestaltungs- und Diskursrahmen ab.

Vor dem Hintergrund der zentralen Programme und Prozedere der NATO-Kooperationspolitik mit den postkommunistischen PfP-Staaten stellt sich nun die Frage, mittels welcher Sozialisationspraktiken die NATO und ihre Repräsentanten die postkommunistischen Akteure zur Übernahme liberal-demokratischer Normen im Politikfeld Sicherheit zu bewegen versuchten.

3.3 Annahmen, Sozialisationspotenzial und Sozialisationspraktiken der NATO und ihrer Repräsentanten

3.3.1 Annahmen und Sozialisationspotenzial der NATO

Bei ihrer Sozialisationspolitik im östlichen Europa gingen die NATO und ihre Repräsentanten von drei Annahmen aus (Forster 2003: 16). Erstens von der normativen Annahme, dass eine zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte die Verantwortlichkeit und Legitimität staatlicher Gewalt(anwendung) sicherstellt. Zudem betrachtete die NATO die gemeinsamen Aktivitäten mit den postkommunistischen Akteuren als geeignetes Mittel für den angestrebten Normentransfer, die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und die Entwicklung eines gemeinsamen Sicherheitsverständnisses. Schließlich beruhte die nordatlantische Sozialisationspolitik auf der Annahme, dass Demokratien keinen Krieg gegeneinander führen werden und die Transformation des Sicherheits- und Verteidigungssektors somit Frieden gewährleistet.

Darüber hinaus beruhte die Sozialisationspolitik der NATO meiner Ansicht nach auf vier weiteren – keinesfalls per se richtigen – Annahmen.²¹⁸ Ausgangspunkt der westlichen Sozialisationsbemühungen bildete zum einen die (Fehl)Einschätzung „*Je mehr Kontakte desto besser*“. Ebenso unzutreffend war die vom damaligen amerikanischen General Powell artikulierte Sichtweise, derzufolge „*All contacts are good*“ (zit. nach Ulrich 1999: 2). Eng damit verbunden war die dritte (irrtümliche) Annahme, wonach die Normübernahme – bei entsprechender Frequenz und Dichte der Interaktionen mit den postkommunistischen Sozialisanden – relativ zügig erfolgen könne, und mit der formalen Mitgliedschaft abgeschlossen sei. Schließlich ging die NATO (fälschlicherweise) davon aus, dass insbesondere die postkommunistischen Streitkräfte eine Gefahr für den Demokratisierungsprozess darstellten, wobei diese Annahme primär im Umfang

²¹⁸ Die aus diesen Annahmen resultierenden Probleme werden in der Bewertung der NATO-Erweiterungs- und Sozialisationspolitik in Kapitel 3.4 erläutert sowie die damit verbundenen nicht intendierten Konsequenzen der NATOisierung in Kapitel 7.2.

der Armeen und weniger in deren Rolle beim Systemwechsel begründet lag (Sava 2002: 72).

Ausgehend von diesen Annahmen verfolgte die NATO bei ihrer Sozialisationspolitik eine exklusive Strategie der Gemeinschaftsbildung, gemäß derer die Mitgliedschaft die Übernahme von liberal-demokratischen Normen im Politikfeld Sicherheit voraussetzt. Dabei strebte die NATO nicht nur die Institutionalisierung liberal-demokratischer Normen in Verfassung und Gesetzen an, sondern ihr Anliegen war es auch, „making partners feel like insiders“ (Eyal 1997: 702). Das Sozialisationspotenzial der NATO speiste sich hierbei aus zwei Quellen. Erstens aus ihrer Anziehungskraft, die sowohl eine militärische als auch ideelle Dimension aufwies. Aufgrund ihres militärischen Potenzials und des kollektiven Verteidigungsprinzips gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrags stellte die NATO aus Sicht der postkommunistischen Staaten wie Polen und Tschechien sowohl eine Versicherungspolice vor etwaigen militärischen Sicherheitsbedrohungen als auch einen identitären Bezugsrahmen dar. Zweitens beruhte das Sozialisationspotenzial der NATO auf ihrer Definitionsmacht, „to determine shared meaning that constitutes the 'we-feeling' and practices of states and conditions which confer, defer, or deny access to the community“ (Adler/Barnett 1998a: 39). Dieses Sozialisationspotenzial nutzten die westlichen Akteure bei ihren Bemühungen um Normentransfer im östlichen Europa.

3.3.2 Sozialisationspraktiken der NATO

Als „new missionaries“ (Adler/Barnett 1998b: 420) griffen die NATO und ihre Repräsentanten auf unterschiedliche Sozialisationspraktiken zurück, die in Abhängigkeit des jeweiligen (Gesprächs)Kontextes und der jeweiligen postkommunistischen Sozialisandengruppe variierten. In Form der Konditionalitätspolitik bestand eine zentrale Sozialisationspraktik der NATO in jener der *materiellen Verstärkung*, bei der die Allianz die postkommunistischen Anwärterstaaten unter Verweis auf eine etwaige Mitgliedschaft mittels Belohnung, Bestrafung und Unterstützung zur Normübernahme zu bewegen versuchte (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006: 36). Zentral war hierbei gemäß dem amerikanischen Verteidigungsminister Les Aspin das PfP-Programm, das Aspin

(1994: 13) zufolge die „richtigen Anreize“ für die Entwicklung der Demokratie in den postkommunistischen Partnerländern schaffte:

„Indem das Programm von den Partnerstaaten genaue Angaben zu den Schritten verlangt, die sie auf dem Weg zu einer zivilen Kontrolle ihres Militärs und zu einer größeren Transparenz ihrer jeweiligen Verteidigungspolitik unternehmen wollen, belohnt es diejenigen Staaten, die sich in die richtige Richtung bewegen“ (Aspin 1994: 13).

Institutionalisiert im länderspezifischen Individuellen Partnerschaftsabkommen, Partnerschaftsarbeitsprogramm sowie Planungs- und Überprüfungsabkommen, operationalisierte die NATO das Sozialisationsprinzip der Differenzierung insbesondere über die Sozialisationspraktik der materiellen Verstärkung in Form von Belohnungs- und Unterstützungsanreizen. „Je mehr ein Land tut“, so Aspin, „desto wichtiger wird seine Verteidigung in den Augen der NATO“ (Aspin 1994: 12). Darüber hinaus werde die Frage der Mitgliedschaft Aspin zufolge nicht am Anfang gestellt, sondern am Ende des Prozesses, wenn besser zu erkennen sei, „welche der in Frage kommenden Staaten sich ernsthaft um die Teilhaberschaft an den Bündnisidealen der gemeinsamen demokratischen Werte und der kooperativen Sicherheit bemühen“ (Aspin 1994: 12). Dass die postkommunistischen Beitrittskandidaten aus Sicht der NATO in Vorleistung zu treten hatten, betonte u.a. der stellvertretende Verteidigungsminister der USA, Joseph Kruzel:

„there are two things that I would insist on of any prospective member of the Alliance. The first is to show us you are worth defending. Show us that you share our values. Second show us that you bring something to the table, that you can make a contribution to collective defence“ (zit. nach Borawski 1995: 242).

Zugleich förderten die NATO und ihre Mitgliedstaaten die Reformprozesse in den postkommunistischen Partnerländern, indem sie diesen zum Beispiel technische Hilfestellung bei der Modernisierung ihrer Streitkräfte anboten oder diese bei der Umstrukturierung ihrer Verteidigungsministerien berieten. Unterstützung in Form von finanziellen Zuwendungen erhielten die PfP-Partnerstaaten in erster Linie durch einzelne NATO-Mitgliedstaaten in ihren jeweiligen bilateralen Kooperationsbeziehungen (Jacoby 2004: 120). Indem viele westliche Sozialisationsaktivitäten über bilaterale Strukturen finanziert wurden, suchte die NATO zu vermeiden, ihre eigenen, beschränkten Ressourcen zu stark zu

beanspruchen (Jacoby 2001: 187). Somit handelte es sich bei den finanziellen Anreizen für den sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformprozess der Staaten des östlichen Europas in erster Linie um eine mitgliedstaatliche Konditionalitätspolitik. Allerdings sind diese finanziellen Hilfsleistungen – im Unterschied zu jenen der EU – nach dem Beitritt zur NATO weitestgehend erloschen (Jacoby 2004: 120).

Weicher war die Konditionalitätspolitik der NATO im Vergleich zur EU insofern, als die Allianz in Form ihrer Beitrittskriterien zwar Reformziele für den sicherheits- und verteidigungspolitischen Transformationsprozess der postkommunistischen Anwärtstaaten formulierte, aber keinen detaillierten Plan zum Erreichen dieser Ziele vorgab (Lucarelli 2005: 94).²¹⁹ Mit Blick auf die unterschiedliche Art und Weise, wie die postkommunistischen Staaten die Forderung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte implementierten, erläuterte Jeffrey Simon, einer der Architekten der NATO-Erweiterungspolitik, die Sichtweise der Allianz: „That’s fine“, so Simon, „they’re sovereign states and can make their own decision about how to get there, but they have to meet certain indicators; they have to be up to certain levels“ (zit. nach Jacoby 2004: 137).

Neben der Praktik der materiellen Verstärkung griff die NATO bei ihrer Sozialisationspolitik auch auf jene des *sozialen Einflusses* in Form von öffentlich geäußertem Lob und Tadel zurück. Dieser Sozialisationspraktik bediente sich die Allianz insbesondere in zwei Kontexten. Zum einen machte sie die Fortschritte bzw. die Stagnation der länderspezifischen Reformprozesse im Rahmen der PfP in Form des allgemeinen PWP- und PARP-Berichts publik. Damit schuf sich die NATO die Möglichkeit, bestimmte Länder öffentlich zu loben bzw. zu tadeln, und auf diese Weise ihren sozialen Einfluss auf den Transformationsprozess geltend zu machen. Darüber hinaus mahnten hochrangige NATO-Repräsentanten die Regierungen der Anwärtstaaten in verschiedenen Situationen, mehr

²¹⁹ Mit der Einführung des Membership Action Plan im April 1999 verhärtete sich die Konditionalitätspolitik der NATO, denn wie der *Screening*-Prozess der Europäischen Kommission bestand auch der MAP aus verschiedenen Kapiteln und sah einen Feedback-Mechanismus vor.

Reformanstrengungen zu unternehmen. Beispielsweise übte NATO-Generalsekretär George Robertson während der Mitglieds-NATOisierung mehrfach Druck auf die polnische, tschechische und ungarische Regierung aus, die Anstrengungen zur Herstellung der militärischen Interoperabilität zu intensivieren. Die schleppend verlaufende Streitkräftereform Polens, Tschechiens und Ungarns ins Visier nehmend, forderte Robertson (2000), „new members must do more and I intend to make them do so“.²²⁰

Bemerkenswert finde ich im Zusammenhang mit der Mitglieds-NATOisierung Polens, Tschechiens und Ungarns allerdings, dass sich diese ausschließlich auf die militärischen Aspekte der Streitkräftemodernisierung bezog. Keine Aufmerksamkeit wurde dahingegen den Schwierigkeiten bei der nachhaltigen und tiefgreifenden Implementierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zuteil, obschon diese auch nach dem Beitritt der drei mittelosteuropäischen Staaten zur NATO fortbestanden.²²¹

Eine dritte zentrale Praktik der westlichen Sozialisationspolitik war jene des *teaching*. Diese dominierte bei den Interaktionen zwischen NATO-Repräsentanten und postkommunistischen Sozialisanden im Rahmen der Seminare, Lehrgänge und Workshops, die an den unterschiedlichen Ausbildungszentren der NATO und ihrer Mitgliedstaaten durchgeführt wurden. „The whole point of PfP was to teach how NATO does these things“, erläuterte ein Dozent, der mit der Schulung postkommunistischer Offiziersangehöriger betraut war (zit. nach Wallander 2000: 728). Wie die Äußerungen verschiedener NATO-Repräsentanten zeigen, dominierte innerhalb der Allianz die Einschätzung, wonach die NATO als Lehrer in einem Prozess des sozialen Lernens fungieren sollte:

„After the end of the Cold War, we realized that while [Central and East European reformers] were anti-communist, they were not liberal democrats (...) their views of

²²⁰ Solche öffentliche Appelle sind freilich keine spezifische Erscheinungsform der postkommunistischen Mitgliedstaaten, sondern auch im Zusammenhang mit den Streitkräften der westeuropäischen Mitgliedstaaten häufig anzutreten bzw. bei Fragen der Lastenteilung bei den Auslandseinsätzen der NATO.

²²¹ Vgl. hierzu insbesondere Kapitel 5.2.3 und Kapitel 6.2.3 der polnischen und tschechischen Fallstudie.

normal state-society relations [in the area of defense] were very different from those held by NATO members” (zit. nach Gheciu 2005b: 987).²²²

Vor diesem Hintergrund bestand gemäß dem Sonderbeauftragten der NATO für Mittel- und Osteuropa, Chris Donnelly, die übergeordnete Zielsetzung der westlichen Sozialisationsbemühungen darin, „changing the way in which the armed forces and [their civilian leaders] think“ (zit. nach Dragsdahl 1998). Dass die Allianz bei ihren Sozialisationsbemühungen darauf abzielte, die PfP-Partnerstaaten zu gleichgesinnten Demokratien zu transformieren, spiegelte sich in Äußerungen unterschiedlicher NATO-Repräsentanten wider. Illustriert werden kann dies anhand der Einschätzung von NATO-Generalsekretär Robertson, demzufolge die tschechische Armee noch einen weiten Weg vor sich habe, um alte Verhaltensmuster und kommunistische Einstellungen loszuwerden (Gheciu 2005b: 987). Besonderes Augenmerk war hierbei nach Einschätzung von NATO-Repräsentanten des SHAPE und des EAKR sowie PfP-Dozenten auf die jüngeren Sozialisanden der Partnerländer gerichtet (Gheciu 2005b: 990). Denn die Verbreitung liberal-demokratischer Normen innerhalb der jüngeren Generation wurde als essentiell erachtet, um auf mittel- und langfristige Sicht die Reproduktion des neu erworbenen Wissens in den postkommunistischen Staaten und Gesellschaften sicherzustellen. Auch in der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Verbindungsoffizieren im NATO-Hauptquartier in Brüssel und bei SHAPE in Mons stand die Vermittlung liberal-demokratischer Normen, Prinzipien und Praktiken im Vordergrund (Hofer 2007: 16).

Auf die Sozialisationspraktik der *normativen Überzeugung* griffen die NATO und ihre Repräsentanten insbesondere in zwei (Gesprächs)Kontexten zurück. Zum einen nutzte die Allianz die neu etablierten Kommunikationsforen, allen voran den NAKR bzw. EAKR dazu, die postkommunistischen Akteure mit ihrer Vorstellung von demokratischen zivil-militärischen Beziehungen vertraut zu machen (Lucarelli 2005: 102). Durch den im Laufe der 1990er Jahre erheblich intensivierten Austausch mit den Repräsentanten der PfP-Partnerstaaten schuf sich die NATO

²²² Vgl. zum Rollenverständnis der NATO als Lehrer auch Williams (2001).

die Möglichkeit „for persuasion to convince the participating individuals of the validity of the proposed norms“ (Lucarelli 2005: 96). Einen zweiten kommunikativen Kontext, in dem NATO-Repräsentanten die jeweiligen Regierungsvertreter oder Beamten der Verteidigungs- und Außenministerien der PfP-Partnerländer normativ zu überzeugen versuchten, bildeten bilaterale Gespräche (Gheciu 2005b: 989). Ein Beispiel hierfür sind die Beratungs- und Abstimmungsgespräche zwischen Repräsentanten der NATO und jenen der postkommunistischen Staaten im Vorfelde der länderspezifischen Partnerschaftsarbeits- sowie Planungs- und Überprüfungsabkommen. Zugleich kann anhand dieses Beispiels verdeutlicht werden, dass die NATOisierung postkommunistischer Staaten wie Polen und Tschechien häufig von dem gleichzeitigen Einsatz zweier (oder mehrerer) Sozialisationspraktiken bestimmt war. Die in privater Arbeitsatmosphäre geführten Gespräche stellten ein Paradebeispiel für die Kombination der Sozialisationspraktiken der normativen Überzeugung und des sozialen Einflusses dar.²²³

Dass die NATO im Vergleich zur EU auf einem weit weniger ausdifferenzierten *acquis communautaire* fußt, eröffnete einerseits mehr Chancen zur normativen Überzeugung der postkommunistischen Ländervertreter im Rahmen bilateraler oder multilateraler Gesprächskontexte. Zugleich boten die schwammigeren Beitrittsanforderungen der NATO für die postkommunistischen Akteure mehr Möglichkeiten zum rhetorischen Handeln. Die partielle Unklarheit der NATO-Beitrittsanforderungen resultierte nicht nur aus dem unspezifischeren Aquis, sondern auch aus den Vorbehalten einiger Mitgliedstaaten gegenüber der Osterweiterung. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch, warum der Terminus „Kriterienkatalog“ selbst nach Erscheinen der Erweiterungsstudie im September 1995 auf westlicher politischer Seite vermieden wurde (Vogel 1999: 269). Dieses Spannungsverhältnis, das sich aus der Notwendigkeit des Setzens von Reformanreizen für die PfP-Partnerländer einerseits sowie der angestrebten

²²³ Die gleiche Einschätzung vertritt Lucarelli (2005: 97) mit Blick auf den Membership Action Plan, den die NATO – in einem mit den PWPps und PARPs vergleichbaren Prozedere – mit dem jeweiligen Partnerstaat individuell vereinbart hat.

größtmöglichen NATO-internen Entscheidungsfreiheit andererseits ergab, spiegelte sich u.a. in der Reaktion des ehemaligen stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Joseph Kruzel wider: „We cannot give you [the candidate countries] a checklist that you can tick off, and when you have completed your last requirement you are admitted. It is much more of a political process“ (zit. nach Borawski 1995: 242).

Im Laufe des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses hat die NATO in verschiedenen Kontexten und Akteurskonstellationen auf unterschiedliche Sozialisationspraktiken zurückgegriffen bzw. diese miteinander kombiniert. Trotz der theoretisch-konzeptionell sinnvollen analytischen Unterscheidung von (idealtypischen) Sozialisationspraktiken muss bei der empirischen Analyse der NATOisierung berücksichtigt werden, dass stets auch jene Sozialisationspraktiken, die auf den ersten Blick nicht die dominanten sind, im Hintergrund (mit)wirken (können).

3.4 Bewertung der NATO-Erweiterungs- und Sozialisationspolitik

Innovativ war die Erweiterungs- und Sozialisationspolitik der NATO in den 1990er Jahren in dreierlei Hinsicht. Erstens schuf die Allianz mit dem Nord- und Euroatlantischen Kooperationsrat sowie der Partnerschaft für den Frieden neue Foren der Konsultation und der Kooperation, die dazu beitrugen, zwischen den ehemaligen Blockstaaten Vertrauen aufzubauen (Alamir 2000: 36). Mittels dieser Institutionalisierung der Kommunikationsprozesse zwischen der NATO und den Partnerländern konnte die Erwartungsverlässlichkeit für beide Seiten erhöht werden. Schließlich bot die NATO durch die (Weiter)Entwicklung eines vielfältigen Instrumentariums, wie den Individuellen Partnerschaftsprogrammen, den Partnerschaftsarbeitsprogrammen, dem Planungs- und Überprüfungsprozess und dem Membership Action Plan den postkommunistischen Staaten praktische Unterstützung bei der Bewältigung des sicherheitspolitischen Transformationsprozesses, insbesondere der Streitkräftereform und der Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen.

Eine Strategie der Erweiterungs- und Sozialisationspolitik hatte die NATO allerdings nicht. Sie betrieb vielmehr eine nachfrageorientierte Unterstützungspolitik, bei der sie auf Anfragen postkommunistischer Entscheidungsträger reagierte (Jacoby 2001: 179). Darüber hinaus resultierte die ad-hoc-Politik der Allianz gegenüber den Staaten des östlichen Europas aus den nationalen Interessenlagen der Mitgliedstaaten, situationsbedingten Gegebenheiten und einem beträchtlichen Maß an Eigendynamik (Alamir 2000: 39).

Nichtsdestoweniger folgte die NATO bei ihrer Kooperationspolitik den beiden Kernprinzipien der Inklusivität und der Differenzierung. Dominierte zu Beginn der 1990er Jahre im Rahmen des NAKR noch das auf multilateraler Zusammenarbeit beruhende Prinzip der Inklusivität, so ergänzte die NATO dieses sukzessive, indem sie im Laufe der 1990er Jahre das Prinzip der Selbst- und Fremddifferenzierung konturierte (Stöckel 2007: 173). Bereits 1994 im Rahmen der PfP eingeführt, verschärfte die NATO das Prinzip der Differenzierung mit der Auflage des MAP 1999. Mit dem MAP entwickelte die NATO ein Instrument, das dem *Screening*-Prozess der Europäischen Kommission ähnelte. Zugleich blieb die NATO mit dem MAP der Logik ihrer ersten Erweiterungsrunde insofern treu, als der „MAP is not, however, a checklist for applicant countries to fulfill, nor could participation in the program guarantee an invitation to be in accession talks“ (NATO 2001: 65). Auf das dem NATO-Öffnungsprozess inhärente Spannungsverhältnis, das aus den Vorbehalten einiger NATO-Mitgliedstaaten einerseits sowie der Notwendigkeit von Reformanreizen andererseits resultierte, verwiesen Repräsentanten der Allianz schon während der ersten Erweiterungsrunde (Borawski 1995: 242).

Mit Blick auf die erste Erweiterungsrunde der NATO springt der lange Zeitraum von 21 Monaten ins Auge, der zwischen der Eröffnung der Beitrittsperspektive in der PfP-Einladung vom Januar 1994 bis zur Artikulation der Beitrittsbedingungen in der Erweiterungsstudie vom September 1995 lag (Vogel 1999: 269). Obgleich die Abstimmung unter 16 Verbündeten gewiss ein zeitintensives Unterfangen darstellte, ist solch eine lange Zeitspanne nur schwerlich nachvollziehbar. Eine entscheidende Erklärung hierfür lag sicherlich in der Unwilligkeit vieler NATO-

Mitgliedstaaten, eine rasche Erweiterung der Allianz durchzuführen. Erstaunlich kurz waren dahingegen die Beitrittsgespräche, die die NATO mit Polen, Tschechien und Ungarn im September und November 1997 führte (Jacoby 2004: 151). Bemerkenswert war auch, dass die NATO erst nach der Einladung auf dem Madrider Gipfeltreffen im Juli 1997 eine detaillierte Bewertung der militärischen Fähigkeiten der drei mittelosteuropäischen Staaten vorlegte, sowie Aufgabenlisten und Zeitpläne zur Überwindung der Defizite (Gutierrez 2002: 4f.). Somit formulierte die NATO erst in dieser letzten Phase der Beitrittsvorbereitungen Polens, Tschechiens und Ungarns genaue Reformanforderungen. Letztlich nahm die NATO die drei mittelosteuropäischen Staaten trotz unzureichender militärischer Reformen auf. Insbesondere die USA folgten eher dem Verständnis von „militärischer Professionalisierung als Prozess“ (Forster 2003: 17), als dass sie auf einem hohen Professionalitätsstandard der mittelosteuropäischen Streitkräfte als Beitrittskriterium bestanden hätten.

Dass militärische Kriterien keine nennenswerte Rolle bei der ersten Osterweiterung der NATO und ihrer Kandidatenauswahl spielten, zeigte sich auch daran, dass Interoperabilität als Schlüsselkonzept der militärischen Dimension der PfP erst im zweiten Zyklus von PARP im Oktober 1996 etabliert wurde (Sava 2002: 38-44). Ergebnis war, dass bestenfalls 15 Prozent der polnischen, tschechischen und ungarischen Streitkräfte bei ihrem Beitritt zur Allianz auf NATO-Standard trainiert waren (Ulrich 2000a: 46). Mit Blick auf die kulturelle Interoperabilität, zu der auch die sprachliche Interoperabilität in Form von fundierten Englischkenntnissen gehört, fällt die Bilanz noch drastischer aus. Laut Michael Glantz (1998: 31) erreichten von den polnischen, tschechischen und ungarischen Streitkräften im Jahre 1998 lediglich 150 bis 250 Personen das erforderliche Niveau 3-3, das in den NATO-Standardisierungsvereinbarungen festgelegt worden war. Allerdings waren mit dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur Allianz im März 1999 etwa 350 Positionen bei der NATO zu besetzen (Glantz 1998: 31). In Anbetracht der gravierenden Schwierigkeiten, die mit der militärischen Integration der drei mittelosteuropäischen Staaten in die NATO

verbunden waren, hat die Allianz seit Ende der 1990er Jahre die militärischen Beitrittskriterien bei ihrer Erweiterungspolitik aufgewertet (Ulrich 2000a: 44).²²⁴

Hinsichtlich der Spezifität der zu übernehmenden Normen fällt bei der Analyse des Beitrittsprozesses Polens, Tschechiens und Ungarns auch der Befund im Bereich der politischen Auswahlkriterien mager aus. Obschon die NATO in allen einschlägigen Dokumenten eine zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte forderte, lieferte sie keine präzise Definition und keinen ausdifferenzierten Kriterienkatalog. Neben der schwammigen Formulierung wurde die Unklarheit bezüglich der zu übernehmenden Sozialisationsinhalte noch dadurch verstärkt, dass es nicht ein westliches Modell demokratischer zivil-militärischer Beziehungen gab, sondern mehrere Modelle nebeneinander existierten (Forster 2003: 16). Innerhalb der NATO-Mitgliedstaaten ließ sich nur ein vergleichsweise geringes gemeinsames Verständnis der Prinzipien einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte feststellen sowie gravierende Unterschiede bei der Implementierung dieser Prinzipien (Szemerényi 1996: 66). Dieser Befund ist umso erstaunlicher, als in den ersten Jahren der Erweiterungs- und Sozialisationspolitik sowohl nach Einschätzung der NATO selbst wie auch wissenschaftlicher Publikationen die Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen der PfP-Partnerländer im Mittelpunkt stand.

Eine vergleichbare Diskrepanz wies auch die Gestaltung des PfP-Programms auf, das primär auf die militärische Zusammenarbeit mit den postkommunistischen Partnerländern bzw. ihren Streitkräfteangehörigen ausgerichtet war. Überdies dominierten innerhalb der Seminare, Lehrgänge und Ausbildungsprogramme die militärischen Teilnehmer. Das ohnehin schon bedenkliche Verhältnis von 9 zu 1 bei der militärisch-zivilen Teilnehmerzusammensetzung stellt sich bei einem genaueren Blick auf die zivilen Teilnehmer noch problematischer dar. Denn bei

²²⁴ Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 veränderte sich die Akzentuierung militärischer und politischer Aspekte bei der NATO-Erweiterungspolitik abermals. Zum einen maß insbesondere die Bush-Senior-Administration der politischen Loyalität der (neuen) NATO-Mitgliedstaaten steigende Bedeutung bei. Zum anderen setzte sich im militärischen Bereich innerhalb der NATO die Sichtweise durch, wonach die Konzentration auf Nischen-Fähigkeiten anzustreben sei.

letzteren handelte es sich überwiegend um (Englisch-)Sprachlehrer, die lediglich an Sprachkursen teilnahmen, welche allerdings kaum sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitische Themenfelder umfassten (Szemerényi 1996: 69). Wenngleich die Anzahl der zivilen Teilnehmer an einigen Ausbildungszentren, insbesondere am Marshall Center überdurchschnittlich hoch war, und einige Programme, wie beispielsweise das unter amerikanischer Ägide durchgeführte IMET im Laufe der 1990er Jahre den zivilen Adressatenkreis stärker berücksichtigten, schlug letztlich doch die Zahl der militärischen Akteure eklatant zu Buche.

Plausibilisieren lässt sich der starke militärische *Bias* in der Sozialisationspolitik der NATO angesichts der Befürchtung des Prätorianismus, die Anfang der 1990er Jahre weit verbreitet war. Entsprechend der Betrachtung postkommunistischer Militärs als potenziell demokratiegefährdende Akteure richtete sich der Fokus auf eben diese. Weitaus weniger Aufmerksamkeit wurde infolgedessen zivilen Akteuren zuteil, obgleich sich insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre in den postkommunistischen Staaten die Versuche ziviler Entscheidungsträger, das Militär in innenpolitische Auseinandersetzungen hineinzuziehen, häuften. Nichtsdestoweniger bestand in dieser Phase der NATOisierung zwischen den Mitgliedstaaten der Allianz und den postkommunistischen Regierungen scheinbar eine unausgesprochene Arbeitsteilung. Während sich die westlichen Sozialisationsbemühungen auf die militärischen Akteure der postkommunistischen Staaten richteten, sollten sich die postkommunistischen Entscheidungsträger auf die rechtlichen und institutionellen Aspekte der Etablierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte konzentrieren (Szemerényi 1996: 70).

Ihrer potenziellen Sozialisationswirkung beraubte sich die NATO teilweise infolge der mangelnden Abstimmung und unzureichenden Kohärenz ihrer Sozialisationsprogramme. Wenngleich die Repräsentanten unterschiedlicher Sozialisationsprogramme wiederholt betonten, dass alle Beteiligten sich um eine enge Verzahnung und damit auch um Synergieeffekte bemühten, entstanden in der Realität doch Reibungsverluste und Verwirrung (Glantz 1998: 42f.; Forster 2003: 15). Neben unterschiedlichen Kriterien bei der Auswahl der Kursteilnehmer und der Vergabe von Stipendien resultierten Unstimmigkeiten auch aus der

divergierenden inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Ausbildungsprogramme in Abhängigkeit vom jeweiligen nationalen Verständnis über die Stoßrichtung des sicherheits- und verteidigungspolitischen Demokratisierungsprozesses (Forster 2003: 16). Diesem Befund versuchte die NATO dadurch Rechnung zu tragen, dass sie 1998 auf deutsch-amerikanische Initiative das PfP-Consortium gründete. Dieses befindet sich im Marshall Center, ist aber eine unabhängige Organisation. Zielsetzung des PfP Consortiums, an das inzwischen mehr als 260 Akademien, Institute und Think Tanks angegliedert sind, ist es, die nationalen und multinationalen Ausbildungszentren stärker institutionell zu vernetzen und die Ausbildungsprogramme besser aufeinander abzustimmen. Doch wurde auch unter den Sozialisanden der zweiten Osterweiterungsrunde der NATO die unzureichende Koordination der westlichen Ausbildungsprogramme kritisiert (Sava 2002: 87). Somit hat sich die Vielzahl der an der westlichen Sozialisationspolitik beteiligten Akteure teilweise als Hindernis bei der Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten erwiesen.

4 NATOISIERUNG POLENS UND TSCHECHIENS IM BEREICH DER ZIVIL-MILITÄRISCHEN BEZIEHUNGEN ALS FALLSTUDIEN

“If the postcommunist states of the former Soviet bloc are to truly democratize there has to be a change in both the ideology and culture of their civil-military relations” (Ulrich 1999: 9).

Nach der Wiedererlangung ihrer vollen staatlichen Souveränität konnten Polen und die Tschechoslowakei bzw. die Tschechische Republik ihre Sicherheitspolitik in einem sich rasch wandelnden internationalen Umfeld frei gestalten. Innergesellschaftlich sahen sie sich mit der Herausforderung konfrontiert, bei einer „faktisch zertrümmerten politischen Kultur“ (Gießmann 1995: 17) gleichzeitig den Übergang von der Diktatur zur Demokratie sowie den Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft zu bewältigen (Offe 1991; Merkel 1999). Somit fand ein alle gesellschaftlichen Subsysteme umfassender Transformationsprozess statt (Maćków 2005: 89), der auch gravierende Auswirkungen auf die Streitkräfte und die Gestaltung der zivil-militärischen Beziehungen hatte (Werkner 2007a: 15). Die herkömmlichen Rollen des Militärs als Verteidiger der kommunistischen Regime gegenüber innenpolitischen Herausforderungen, als Kalte Kriegsverteidiger gegenüber Bedrohungen aus dem Westen und als Kraft der kommunistischen Nationenbildung wurden nach Ende des Ost-West-Konflikts schlagartig obsolet (Cottey/Edmunds/Forster 2005: 10).

Bei der gleichzeitigen Bewältigung der innerstaatlichen und -gesellschaftlichen Umbrüche sowie der Neugestaltung der Außenbeziehungen bildete die NATO den zentralen sicherheitspolitischen Bezugspunkt der polnischen und tschechischen Entscheidungsträger. Allerdings unterschied sich die Verfasstheit der zivil-militärischen Beziehungen Polens und Tschechiens erheblich von der demokratischen Ausprägung, die für den angestrebten NATO-Beitritt erforderlich war. Demnach oblag es den polnischen und tschechischen Regierungen, eine zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte zu etablieren und zu implementieren. Dieses anspruchsvolle Unterfangen bildete ein Schlüsselement des gesamstaatlichen und -gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses.

Vor diesem Hintergrund befasst sich das vorliegende Kapitel mit vier Fragen: Wie lässt sich die Transformation der zivil-militärischen Beziehungen im

gesamtgesellschaftlichen und -staatlichen Demokratisierungsprozess verorten? Inwiefern unterscheidet sich die (post)kommunistische Ausprägung der zivil-militärischen Beziehungen von jener liberal-demokratischer Staaten? Mit welchen Herausforderungen sahen sich die postkommunistischen Staaten wie Polen und Tschechien bei der Demokratisierung ihrer zivil-militärischen Beziehungen konfrontiert? Welche Unterschiede weisen die beiden Fälle auf? Daran anknüpfend wird schließlich die Vorgehensweise in den beiden Fallstudien reflektiert.

4.1 Ausmaß der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte als Indikator für den Konsolidierungsgrad postkommunistischer Demokratien

Als eine zentrale Herausforderung bei der postkommunistischen Systemtransformation gilt die Einführung und Umsetzung demokratisch legitimer Herrschaft über das Militär. Das Ausmaß und die Stabilität der zivilen, demokratischen Kontrolle der Streitkräfte wird als Indikator für den Konsolidierungsgrad der Demokratie insgesamt betrachtet (Michta 1997: 1; Ulrich 1999: 1; Heinemann-Grüder 2003: 26; Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 1). Bestätigung findet diese Einschätzung dadurch, dass jene postkommunistischen Staaten, deren Demokratien am konsolidiertesten sind, auch die größten Fortschritte bei der Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen aufweisen (Cottey/Edmunds/Forster 2005: 12). Bei der zeitlichen Einteilung dieses Prozesses kann auf das Phasenmodell zurückgegriffen werden, das der Arbeitskreis um Wolfgang Merkel (1996; 1999) für die Analyse des Demokratisierungsprozesses postkommunistischer Staaten insgesamt entwickelt hat.

Idealtypisch betrachtet, folgen gemäß dem Merkel'schen Phasenmodell auf die Verabschiedung der Verfassung vier ineinander greifende Phasen der demokratischen Konsolidierung (Merkel 1999: 143-169). In der Phase der 'konstitutionellen Konsolidierung' werden zentrale Verfassungsorgane und politische Institutionen wie Staatsoberhaupt, Regierung, Parlament und Judikative etabliert. Im Mittelpunkt der 'repräsentativen Konsolidierung' steht die Entwicklung

und Stabilisierung eines Parteiensystems. Nach einer erfolgreichen 'Verhaltenskonsolidierung' sollte kein relevanter politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Akteur mehr in der Lage sein, die Demokratie zu unterwandern. Am Ende des demokratischen Konsolidierungsprozesses steht schließlich die 'Einstellungskonsolidierung', d.h. die Herausbildung einer demokratiegestützten Staatsbürgerkultur (Merkel/Sandschneider/Segert 1996: 12).²²⁵ Erst wenn alle vier Ebenen konsolidiert sind, kann von einer krisenresistenten Demokratie gesprochen werden, deren Existenz nicht durch kurzfristige ökonomische, soziale und politische Krisen in Frage gestellt wird (Merkel 1999: 146; 169).

Besonders kritisch ist Merkel zufolge der Übergang von der dritten zur vierten Phase, der als demokratischer Härtestest gilt. Auch bei der Transformation der zivil-militärischen Beziehungen ist die Entwicklung einer demokratischen Militärkultur essentiell, innerhalb derer die Unterordnung der Streitkräfte unter eine demokratisch legitimierte Kontrolle sowohl von zivilen Entscheidungsträgern als auch Militärs akzeptiert wird (Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 7). Auf Seiten der Streitkräfte erfordert dies eine erhebliche ideologische Anpassungsleistung:

„As citizens of the states they serve, military personnel inevitably undergo some form of socialization that transmits the values of the state. Servicemembers develop a set of beliefs that forms the basis of their motivation for their service to the state. When society embraces a new set of values, as in the process of transition from authoritarian rule, some adjustments must also be made to reorient the motivation for service of military members” (Ulrich 1999: 8).

Neben ihrer zeitlichen Unbegrenztheit sind Demokratisierungsprozesse durch ein hohes Maß an Konflikthaftigkeit gekennzeichnet (Grugel 2005: 35). Die Demokratisierungsprozessen inhärente Auseinandersetzung darüber, „who is

²²⁵ Gleichwohl sich die Mehrheit der Transformationsforscher an dem von Merkel entwickelten Modell orientiert, äußern sich Maćkó (2005: 93) und Zaborowski (2005: 19) aus zwei Gründen kritisch hierzu. Zum einen sei die Differenzierung zwischen einer Phase der Liberalisierung, der Institutionalisierung und der Konsolidierung nicht für alle postkommunistischen Staaten zutreffend, da einige Länder in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre keine Phase der Liberalisierung durchlaufen, sondern einen abrupten Zusammenbruch erlebt hätten. Zum anderen eigne sich die Verfassungsgebung nicht als Kriterium zur Unterscheidung von Institutionalisierung und Konsolidierung; vielmehr handele es sich hierbei um zwei parallel ablaufende Prozesse.

entitled to say what in the process of defining common problems and how they will be faced“ (Jelin 1996: 168), bildet auch den normativen Zankapfel innerhalb der zivil-militärischen Beziehungen. „Who is controlling whom, when, and where?“, lautet die Gretchenfrage (Malešič/Born/Haltiner 2004: 157).²²⁶ Indes ist diese zentrale normative Frage in der Verfassungspraxis häufig nur mittels eines delikaten Balanceaktes zwischen politischer Kontrolle und Respekt vor militärischer Expertise zu beantworten.²²⁷ Das Ausmaß der Uneinigkeit über die Antwort auf diese Frage ist somit auch immer der Gradmesser für die jeweiligen Spannungen in den zivil-militärischen Beziehungen (Schaer 1997: 45). In Demokratien sind die zivil-militärischen Beziehungen per se durch systemimmanente Spannungen gekennzeichnet, die sich aus dem Spannungsverhältnis zwischen demokratischen Normen und den Spezifika des Militärs als Organisation ergeben (Nelson 1998: 143). Letzteres ist geprägt durch die staatliche Autorisierung und Routinisierung von organisierter Gewaltanwendung, strikte hierarchische Befehlsabläufen, Kollektivismus und eine Kultur der Geheimhaltung. Insbesondere die Geheimhaltungskultur und die Befehlshierarchie der Streitkräfte stehen in einem Spannungsverhältnis zu der demokratischen Informationsfreiheit, den Partizipationsrechten und dem Vorrang von Individualrechten in demokratischen Systemen (Heinemann-Grüder 2003: 31). Die daraus resultierenden zivil-militärischen Konflikte sind unvermeidbar. Peter Feaver (1998: 414) zufolge sind diese am größten, „when the civilian has strong incentives to monitor intrusively and the military has strong incentives to shirk“. Ein adäquater Umgang mit den demokratischen Systemen inhärenten zivil-militärischen Konflikte erfolgt durch ihre normative Begrenzung und institutionelle Einhegung. Welche Merkmale weist solch ein Modell demokratischer zivil-

²²⁶ Diese Frage ist nicht nur im nationalen Kontext essentiell, sondern auch mit Blick auf die zunehmende Zahl von multinationalen Auslandseinsätzen der Streitkräfte. Vgl. hierzu Born/Haltiner/Malešič (2004b: 16-17).

²²⁷ Mit der Herausforderung, den Balanceakt zwischen politischer Kontrolle und militärischer Expertise zu bewältigen und die hierbei entstehenden Spannungen zu überwinden, sehen sich nicht nur die jungen Demokratien Osteuropas konfrontiert, sondern auch die konsolidierten westlichen Demokratien, wie beispielsweise der Luftkrieg der NATO gegenüber dem Milošević-Regime 1999 gezeigt hat.

militärischer Beziehungen auf? Inwiefern unterscheidet es sich von der osteuropäischen Variante kommunistischer Systeme²²⁸?

4.2 Modelle zivil-militärischer Beziehungen in demokratischen und (post)kommunistischen Systemen

4.2.1 Idealtypische Modelle zivil-militärischer Beziehungen

Idealtypisch stehen sich drei Modelle zivil-militärischer Beziehungen gegenüber: die Hoheit ziviler Herrschaft über das Militär, das Modell der Arbeitsteilung zwischen ziviler Politik und Militär sowie das Modell der Partnerschaft bzw. der geteilten Verantwortung.²²⁹ Prominentester Vertreter des Modells der Hoheit ziviler Herrschaft über das Militär ist Samuel Huntington. Huntington (1957) unterscheidet zwischen einer „objektiven zivilen Kontrolle“ und einer „subjektiven zivilen Kontrolle“ der Streitkräfte. Unter objektiver ziviler Kontrolle versteht er (1957: 83) ein apolitisches Verhalten des Militärs. Erreicht wird dieses nach Huntington (1957: 83-85) durch die Entwicklung eines militärischen Professionalismus, d.h. die Konzentration der Streitkräfte auf ihre Expertise, ihre korporative Kohäsion und institutionelle Autonomie. Dieser Auffassung zufolge soll das Militär keine politische Rolle wahrnehmen, sondern sich auf seine Dienstleistungsfunktion gegenüber den demokratisch legitimierten zivilen Autoritäten konzentrieren (Heinemann-Grüder 2003: 29). Dahingegen versteht Huntington (1957: 80) unter subjektiver ziviler Kontrolle der Streitkräfte die Maximierung ziviler Kontrolle durch die ideologische Beeinflussung des Militärs. Hierbei sollen die Wertvorstellungen des Militärs jenen der Gesellschaft angepasst werden (Huntington 1957: 80-83). Folglich präferiert Huntington (1957: 85) die objektive zivile Kontrolle der Streitkräfte gegenüber der subjektiven. Damit

²²⁸ Die folgenden Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten und nicht auf andere (ehemalige oder gegenwärtige) kommunistische Regime, wie z.B. die VR China oder Nordkorea.

²²⁹ Vgl. Sørensen (2004) zum Vergleich weiterer Theoretiker der zivil-militärischen Beziehungen hinsichtlich der Frage, wie eine effektive zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte ausgeübt werden kann und sollte.

unterstellt er, dass sich ein professionelles Militär auf eine apolitische Bürokratie reduzieren lässt (Heinemann-Grüder 2003: 29).²³⁰ Darüber hinaus werden in dem Huntington'schen Modell die für demokratische Systeme charakteristischen Dynamiken, die aus dem Konkurrenzkampf staatlicher Institutionen um (knappe) Ressourcen resultieren, nicht erfasst (Ulrich 1999: 7).

Kritik an Huntingtons Vorstellung einer bedingungslosen zivilen Hoheit über das Militär formulierte u.a. Morris Janowitz (1960). Anstelle der Arbeitsteilung zwischen ziviler Politik und Militär vertrat Janowitz die Idee eines pragmatischen Professionalismus. Auch Peter Feaver (1996) kritisierte die starre Gegenüberstellung von objektiver ziviler und subjektiver ziviler Kontrolle der Streitkräfte. Stattdessen favorisiert er eine Arbeitsteilung zwischen ziviler Politik und Militär, die Feaver (1996: 152) zufolge zwei unterschiedliche Bereiche der zivil-militärischen Beziehungen verkörpern, in denen sie spezifische Aufgaben erfüllen:

„This means that the military may be best able to identify the threat and the appropriate responses to that threat for a given level of risk, but only the civilian can set the acceptable level of risk for society (...) The military quantifies the risk, the civilian judges it. Regardless of how superior the military view of the situation may be, the civilian view trumps it” (Feaver 1996: 154).

Indes ist die Vorstellung einer klaren Trennung zwischen zivilem und militärischem Kompetenzbereich insofern unrealistisch, als das Militär als Interessensgruppe auf die Innenpolitik einwirkt, indem es seine Ansprüche an Entscheidungsautonomie, Ressourcenausstattung und sozialer Absicherung geltend macht (Heinemann-Grüder 2003: 31). Mit Blick auf die zivile Seite des Feaver'schen Modells der Arbeitsteilung ist die Bedeutung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Expertise ziviler Entscheidungsträger unterbeleuchtet. Einen zentralen Stellenwert nimmt dieser Aspekt bei den Überlegungen von Douglas Bland (1999a; 1999b; 2001) ein. Nach Bland (1999a: 13) lautet die Schlüsselfrage wie folgt:

²³⁰ Dass bei einem ideologisch geprägten Militär mitnichten von einer politischen Neutralität ausgegangen werden kann, zeigt insbesondere der Blick auf die (post)kommunistischen Streitkräfte.

„How are ministers to control the armed forces when they (usually) lack the necessary knowledge and experience to do this effectively? Furthermore, what real control exists when ministers are dependent on the advice and council of the ‘trade union of the generals’?”

Entsprechend des Modells einer gemeinsamen Verantwortung bzw. zivil-militärischen Partnerschaft wird die Unterordnung des Militärs unter die zivile Politik dadurch erreicht, dass es einerseits eine zivile Richtungskompetenz gibt und andererseits die legitimen Bedürfnisse des Militärs respektiert werden (Bland 1999a: 9). Um eine kooperative Beziehung zwischen Streitkräften und politischen Entscheidungsträgern zu entwickeln, bedarf es Bland (2001: 532-536) zufolge Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren.²³¹ Zentral sind hierbei zwei Annahmen: Zum einen bedeutet zivile Kontrolle im Bland’schen Verständnis, dass zivile Entscheidungsträger außerhalb der Verteidigungsinstitutionen die einzige legitime Instanz für die Kontrolle der Streitkräfte sind (Betz 2004a: 15). Somit besteht lediglich *innerhalb* der Verteidigungsinstitutionen ein Forum für die geteilte Verantwortung zwischen Zivilisten und Militärs. Nötig ist hierfür ein Verteidigungsministerium mit einer hohen zivil-militärischen Integrations- und Interaktionsdichte unter einer ausschließlich zivilen politischen Führung (Bland 1999b: 38). Zum anderen beruht das Bland’sche Modell auf der Annahme, dass die zivile Kontrolle ein dynamischer Prozess ist, der empfänglich ist für „changing ideas, values, circumstances, issues and personalities and to the stresses of crises and war“ (Bland 1999a: 10).

Insbesondere der von Bland (2001: 536) beleuchtete Aspekt der Entscheidungsverfahren, d.h. die Konsensbildung innerhalb eines aus zivilen Entscheidungsträgern, Parlamentariern, hochrangigen Beamten und Militärs zusammengesetzten nationalen Sicherheitsrates, ist hilfreich für die spätere

²³¹ Bei der Entwicklung seines Modells der gemeinsamen Verantwortung hat Bland auf die Regimetheorie zurückgegriffen. Er argumentiert nicht, dass ein Modell für alle zivil-militärischen Beziehungen geeignet ist, „but does contend that all civil-military relationships are based on some type nationally evolved regime. In other words, all relationships are the same (regime-based) in general, but different (nationally evolved) in particular. Moreover, certain types of state polities, such as liberal democracies, demonstrate very similar regimes and thus very similar structural responses“ (Bland 1999a: 9).

Analyse der NATOisierung Polens und Tschechiens. Denn die nur unzulänglich etablierten und gefestigten Arbeitsbeziehungen zwischen zivilen und militärischen Akteuren sind ein zentrales Problem bei der Transformation zivil-militärischer Beziehungen postkommunistischer Staaten gewesen (van Riekhoff 2004: 9).²³² Darüber hinaus sind Blands Überlegungen für die Fallstudien besonders wertvoll, weil er – im Unterschied zu einer Vielzahl anderer Theoretiker der zivil-militärischen Beziehungen, die vorwiegend mit dem Machtmissbrauch seitens des Militärs beschäftigt sind – sein Augenmerk auch auf die Gefahr eines zivilen Machtmissbrauchs legt (Bland 2004: 28). Wie die spätere Analyse des polnischen und tschechischen Falles zeigen wird, waren es zuvörderst zivile Entscheidungsträger, die die Streitkräfte für ihre eigenen Zwecke in innenpolitische Auseinandersetzungen zu verwickeln suchten.

Um die Herausforderungen des Demokratisierungsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten wie Polen und Tschechien im Sinne Max Webers »verstehen« zu können, bedarf es zunächst eines systematischen Vergleichs der Merkmale demokratischer und sowjetisch geprägter zivil-militärischer Beziehungen.

4.2.2 Zivil-militärische Beziehungen in demokratischen und kommunistischen Systemen

Demokratische und sowjetisch geprägte Modelle zivil-militärischer Beziehungen weisen gravierende Unterschiede auf hinsichtlich der konstitutionellen Regelungen, der Aufsichts- und Kontrollfunktionen der Exekutive sowie jener der Legislative, der Beziehungen zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft sowie des militärischen Professionalismus. Jenseits dieser Vergleichskategorien wird bei der folgenden Gegenüberstellung des demokratischen und sowjetisch geprägten Modells zivil-militärischer Beziehungen auch zwischen

²³² Für eine effektive zivil-demokratische Kontrolle der Streitkräfte erforderlich sind gute Arbeitsbeziehungen zwischen dem parlamentarischen Verteidigungsausschuss und hochrangigen Militärs, zwischen zivilem und militärischem Personal innerhalb des Verteidigungsministeriums sowie zwischen dem zivilen Verteidigungsminister und dem Generalstab.

verfassungsrechtlichen bzw. gesetzlichen Bestimmungen sowie der Verfassungswirklichkeit differenziert.

4.2.2.1 Kontrolle der Streitkräfte in Verfassung, Gesetz und Verfassungswirklichkeit

In demokratischen Modellen sind die Mechanismen der zivilen Kontrolle der Streitkräfte in Verfassung und Gesetz ausreichend und präzise kodifiziert. Definiert sind die Verantwortlichkeiten staatlicher Institutionen sowie die Gewaltenteilung zwischen ihnen (Carnovale 1997: 32). Essentiell ist eine klare Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Regierung, insbesondere Premier-, Verteidigungs- und Außenminister, sowie dem Parlament.²³³ Die konstitutionellen Regelungen betreffen u.a. die Unterordnung der Streitkräfte unter einen demokratisch legitimierten zivilen Staats- oder Regierungschef. Keiner demokratischen Kontrolle oder öffentlichen Rechenschaftspflicht, aber einer starken zivilen (Partei-)Kontrolle waren die Streitkräfte im kommunistischen Osteuropa unterstellt. Obschon die kommunistische Parteiführung innerhalb des politischen Systems das Machtmonopol innehatte, lagen die Instrumente des Gewaltmonopols in den Händen des Militärs (Ulrich 1999: 11). Verstärkt wurde diese Diskrepanz dadurch, dass sich die kommunistische Parteiführung bei ihrer Kontrolle nicht auf einen politisch legitimierten Machttransfer stützen konnte (Barany 1993a: 11). Dies begünstigte in zweifacher Hinsicht die Politisierung des Militärs: Zivile Entscheidungsträger versuchten bei politischen Rivalitäten den Generalstab zum Zwecke des eigenen Machterhalts zu instrumentalisieren, welcher seinerseits die Möglichkeit hatte, sich in politische Auseinandersetzungen einzumischen (Kolkowicz 1982: 233). Infolgedessen bedurfte die kommunistische Parteiführung einer vollständigen Kontrolle der Streitkräfte zur Verwirklichung ihres Herrschaftsanspruchs. Als „Arm und Schwert“ der Partei verkörperte das Militär ein Instrument des innenpolitischen Repressionsapparates (Heinemann-Grüder

²³³ Inwiefern allerdings eine effektive zivile Kontrolle der Streitkräfte besteht, kann allein aus den konstitutionellen Regelungen nicht abgeleitet werden, sondern muss auch in demokratischen Staaten anhand der Verfassungswirklichkeit überprüft werden.

2003: 13). In demokratischen Systemen dahingegen wird die Verwicklung der Streitkräfte in die Innenpolitik durch konstitutionelle, gesetzliche und institutionelle Beschränkungen unterbunden.

In den kommunistischen Systemen Osteuropas erfolgte die Instrumentalisierung des Militärs durch die kommunistischen Parteien in drei Etappen (Johnson 1995: 14). Nachdem ein etwaiger Widerstand gegenüber der Parteiorganisation unterbunden wurde, indoktrinierte die Partei den Streitkräften unter verstärktem Druck ihr Wertesystem. Bei erfolgreicher Implementierung der Parteiideologie reduzierte die Partei den Druck und privilegierte das Militär gegenüber anderen Gesellschaftsgruppen, um sich die Loyalität der Streitkräfte, insbesondere der militärischen Elite, zu sichern. Umstritten ist indes, wie erfolgreich die kommunistischen Parteiführungen bei der Ideologisierung der Streitkräfte waren. Dass diese während der gesellschaftlichen Umbrüche in Osteuropa 1989 und 1990 nicht intervenierten, um die kommunistischen Regime zu stützen, betrachtet das Autorenteam um Andrew Cottey (Cottey/Edmunds/Forster 2005: 3) als Indikator für die geringe Loyalität der Streitkräfte gegenüber den kommunistischen Parteiführungen.

4.2.2.2 Exekutive Aufsichts- und Kontrollfunktionen

In demokratischen Systemen besteht eine klare Befehlskette zwischen der militärischen Führung und der Exekutive. Weitere Merkmale sind die ausreichende Präsenz ziviler Experten in nationalen Sicherheitsinstitutionen, insbesondere auf höheren Ebenen und in politischen Schlüsselpositionen, sowie eine effektive zivile Aufsicht innerhalb des Verteidigungsministeriums unter der Führung eines zivilen Verteidigungsministers (Ulrich 1999: 12). Denn wenn es keine zivilen Experten mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Management-Qualitäten gibt, eröffnet sich dem Militär die Möglichkeit, die Formulierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu dominieren. Darüber hinaus würde die Fähigkeit ziviler Autoritäten, die Aktivitäten der Streitkräfte effektiv zu überwachen, erheblich eingeschränkt (Betz 2004a: 13). Aufgabe der militärischen Führung ist es, zivile Entscheidungsträger in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu beraten und die Bedürfnisse der Streitkräfte gegenüber der politischen Führung zu

artikulieren – nicht jedoch Politik zu machen. Mit Blick auf die sicherheits- und verteidigungspolitische Arbeitsteilung zwischen zivilen Entscheidungsträgern und Militärs ist es Aufgabe der Zivilisten, die Interessen des Militärs in politischen Auseinandersetzungen zu vertreten (Donnelly 1997: 4). Darüber hinaus nimmt insbesondere der Verteidigungsminister und das zivile Personal seines Ministeriums eine Vermittlerrolle zwischen gesellschaftlichen und militärischen Bedürfnissen ein. Während die Gesellschaft vor der Einmischung des Militärs in die Politik geschützt werden muss, bedarf dieses zugleich des Schutzes vor Instrumentalisierungsversuchen seitens der Politik (Betz 2004a: 13).

Ein weiteres Merkmal demokratischer Modelle ist die Transparenz sicherheits- und verteidigungspolitischer Angelegenheiten sowohl zwischen den staatlichen Institutionen als auch im Verhältnis zum Militär und der Gesellschaft (Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 7). Um die Einschränkung der demokratischen politischen Kontrolle durch die Monopolisierung sicherheits- und verteidigungspolitischer Informationen bei der militärischen Führung zu unterbinden, empfehlen Theoretiker der zivil-militärischen Beziehungen die Einrichtung eines nationalen Sicherheitsrates (Huntington 1957: 428; Janowitz 1960: 348). Dieser solle aus zivilen sicherheits- und verteidigungspolitischen Experten bestehen, die mit der Beratung der Exekutive betraut sind. Idealtypischerweise zeichnen sich demokratische zivil-militärische Beziehungen durch ein Vertrauensverhältnis zwischen Zivilisten und Militärs aus, sowie eine große Integrations- und Interaktionsdichte innerhalb des Verteidigungsministeriums (Ulrich 1999: 12). Unabdingbar ist eine gute Zusammenarbeit zwischen zivilen Entscheidungsträgern und Militärs insbesondere bei der Implementierung sicherheits- und verteidigungspolitischer Entscheidungen innerhalb des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte (Betz 2004a: 5). Darüber hinaus wird Korruption in demokratischen Modellen zivil-militärischer Beziehungen nicht toleriert. Schließlich kümmert sich die Exekutive darum, sicherheits- und verteidigungspolitische Prioritäten gegenüber der Bevölkerung zu vermitteln (Ulrich 1999: 18).

Mit Blick auf die exekutiven Aufsichts- und Kontrollfunktionen bestand in den sowjetisch geprägten zivil-militärischen Beziehungen osteuropäischer Staaten

eine klare Befehlskette von der militärischen Führung zur kommunistischen Parteiführung. Dabei handelte es sich um eine duale zivile Kontrolle durch die sowjetische Kommunistische Partei in Moskau und die eigene Kommunistische Partei (Busza 1996: 169). Eine dritte Kontrolle bestand schließlich auf der multinationalen Ebene über die Mechanismen des Warschauer Paktes. Daraus entspannte sich ein weit verzweigtes Netzwerk politischer Kontrolle der Streitkräfte. Obschon die Verfassungen osteuropäischer Staaten auch im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine Reihe von exekutiven, legislativen und judikativen Kompetenzen festschrieben, lag die Kontrolle der Streitkräfte faktisch in den Händen der kommunistischen Parteiführung(en) (Ulrich 1999: 19). In formaler Hinsicht stand das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU an oberster Stelle innerhalb des sowjetischen Entscheidungsprozesses. Faktisch war allerdings der Verteidigungsrat das einflussreichste Gremium, das sich aus den Führungsspitzen der einflussreichen Ministerien sowie ausgewählten Militärangehörigen zusammensetzte (Meyer 1990: 254).²³⁴ Als Vorsitzender des Verteidigungsrates und des Politbüros sowie als Oberkommandierender der Streitkräfte war der Generalsekretär der KPdSU der einflussreichste Akteur. Doch war er – wie auch der Verteidigungsminister – in hohem Maße abhängig von der militärischen Führung. Wie auch in den anderen Warschauer-Pakt-Staaten, war der Chef des Generalstabes zwar formell dem Verteidigungsminister untergeordnet, faktisch bestanden aber kaum Machtunterschiede zwischen ihnen. Vielmehr konnte ein schwacher Verteidigungsminister leicht von der militärischen Führung marginalisiert werden (Betz 2004a: 23).

Die jeweiligen nationalen Parteiführungen hatten sich gegenüber der kommunistischen Parteiführung in Moskau zu erklären. Um die Loyalität der Streitkräfte gegenüber dem sowjetischen und dem nationalen Regime sicherzustellen, griff(en) die Parteiführung(en) auf eine Vielzahl von Zwangsmitteln und auch Sozialisationsmechanismen zurück (Gitz 1992: 6-10). Diese umfassten

²³⁴ Die Mitglieder des Politbüros hatten dahingegen einen unterschiedlichen fachlichen Hintergrund.

die Kontrolle der Soldaten durch den Parteiapparat sowie die Verbreitung von sowjetischen Normen und Praktiken innerhalb des Warschauer Paktes. Der Erfolg bei der Sowjetisierung der kommunistischen Streitkräfte variierte allerdings unter den Warschauer-Pakt-Staaten. Eine Gemeinsamkeit der nicht sowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten wie Polen und Tschechien war,

„that neither their political nor military elites had much experience with strategic issues and, as a result of the backlash of the new elite against anything smacking of the old ways, their strategies came to be largely inspired by Western ideas” (Betz 2004a: 23).²³⁵

Was die sicherheits- und verteidigungspolitische Arbeitsteilung betraf, lag die Richtungskompetenz bei führenden Parteigremien, wohingegen die Verteidigungsministerien ausschließlich von Generälen geleitet wurden (Ulrich 1999: 14). Im Unterschied zu demokratischen Systemen waren die Verteidigungsministerien der kommunistischen Staaten in hohem Maße militarisiert. Wenn überhaupt vereinzelt ein Zivilist eine höhere Position bekleidete, wurde ihm gewöhnlich ein militärischer Rang verliehen und er trug eine Uniform (Jones 1985: 105). Wie auch beim idealtypischen demokratischen Modell, waren die kommunistischen Militärs relativ frei von Korruption (Ulrich 1999: 12). Diese stieg allerdings mit der einsetzenden Systemtransformation rasant an, im Zuge derer sich die sozioökonomischen Lebensbedingungen der Streitkräfte gravierend verschlechterten (Betz 2004a: 41).

4.2.2.3 Legislative Aufsichts- und Kontrollfunktionen

In demokratischen Systemen sind mit den legislativen Aufsichts- und Kontrollfunktionen zwei zentrale Zielsetzungen verbunden. Zum einen ist es Aufgabe des Parlaments, die sicherheitspolitische Exekutive zu beaufsichtigen. Darüber hinaus fungiert das Parlament neben der Exekutive als zusätzliche

²³⁵ Dahingegen bestand in den ehemaligen sowjetischen Warschauer-Pakt-Staaten, die über mehr Erfahrung bei der Entwicklung sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischer Strategien verfügten, eine weitaus geringere Bereitschaft, ihre endogen geprägten militärischen Traditionen durch westliche Rollenmodelle zu ersetzen.

Kontrollinstanz der Streitkräfte (Cottey/Edmunds/Forster 2002a: 8f.). Die parlamentarischen Kompetenzen umfassen die politische Willensbildung zur Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik, die Kontrolle des Umfangs und der Struktur der Streitkräfte, die Entscheidungshoheit über den Militärhaushalt, inklusive dessen Kontrolle, sowie größere Beschaffungsmaßnahmen (Heinemann-Grüder 2003: 34). Zudem fallen Regelungen zur Rekrutierung, Besoldung und sozialen Absicherung der Streitkräfte, die Entscheidung über Auslandseinsätze sowie die Stationierung fremder Truppen auf dem eigenen Territorium in den parlamentarischen Zuständigkeitsbereich. Bei der Ausübung einer effektiven parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte kommt dem Verteidigungsausschuss eine zentrale Bedeutung zu (Carnovale 1997: 33). Essentiell ist hierfür die Existenz fachlich kompetenter Parlamentarier, die ihrer Aufsichtspflicht engagiert nachgehen – auch wenn die betreffenden Politikbereiche in aller Regel nicht wahlentscheidend sind. Eine zweite unabdingbare Voraussetzung für eine effektive parlamentarische Kontrolle ist der uneingeschränkte Zugang zu sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Informationen seitens des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte (Ulrich 1999: 20).

Während sich die Parlamente westlicher Staaten hinsichtlich ihrer sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Bedeutung erheblich voneinander unterscheiden, spielten jene der kommunistischen Staaten Osteuropas lediglich eine symbolische Rolle (Szerkeményi 1996: 19).²³⁶ Sie bildeten keine Kontrollinstanz der Exekutive und nahmen ihre Aufsichtspflichten nicht wahr. Vielmehr handelte es sich bei den Parlamenten in den kommunistischen Systemen des östlichen Europas um loyale Ratifizierer der Parteipolitik (Ulrich 1999: 12).

²³⁶ Dass die sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitische Bedeutung westlicher Parlamente variiert, zeigt sich angesichts des vergleichsweise großen Einflusses des amerikanischen Kongresses und des deutschen Bundestages einerseits sowie dem eher reagierenden britischen und französischen Parlament andererseits.

4.2.2.4 Beziehungen zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft

Die Haltung der Gesellschaft gegenüber den Streitkräften hängt in erster Linie von der Übereinstimmung militärischer und gesellschaftlicher Werte, der historischen Rolle der Streitkräfte, und dem Ausmaß externer Sicherheitsbedrohungen ab (Ulrich 1999: 20). Das demokratischen Systemen immanente Spannungsverhältnis zwischen demokratischen Normen und den Spezifika des Militärs als Organisation wird entschärft, wenn sich die Prinzipien demokratischer Vergesellschaftung in den Prozeduren und Praktiken des Militärs als Institution widerspiegeln. Neben Rechenschaftspflicht und (größtmöglicher) Transparenz betrifft dies auch die sicherheits- und verteidigungspolitische Wissensvermittlung, der das Militär sowohl gegenüber der Bevölkerung als auch den politischen Amtsträgern nachkommen sollte:

„Democratic control brings a responsibility for the military to educate civilians in the government, parliament and media on military affairs, and it is incumbent on civilian military officials to be prepared to learn, so that civilian and military can collaborate effectively“ (Donnelly 1997: 6).

Die Wissensvermittlung seitens der Streitkräfte darf allerdings nicht mit politischer Einflussnahme verwechselt werden. Weder sollten Offiziersangehörige ihre offizielle Position dazu verwenden, um eine bestimmte politische Partei zu unterstützen, noch die Wahlentscheidungen ihrer Untergebenen beeinflussen (Betz 2004a: 14). Vielmehr sollte der Soldat idealtypischerweise „be a citizen wearing a uniform and, as such, an organic part of democratic political life“ (Carnovale 1997: 33). Aus Sicht der Streitkräfte ist es erforderlich, dass die Gesellschaft ihren militärischen Professionalismus achtet und das Militär als Hüter der territorialen und physischen Sicherheit respektiert.

In den sowjetisch geprägten Modellen zivil-militärischer Beziehungen diente die Partei als Quelle des militärischen Prestiges. Als Gegenleistung für die Gewährleistung der Regimestabilität und die Unterdrückung innenpolitischer Proteste genoss das Militär eine privilegierte gesellschaftliche Stellung. Bei Verteilungskämpfen wurden die Streitkräfte zu Lasten der Gesellschaft favorisiert und mit umfangreichen Ressourcen ausgestattet, was sich beispielsweise in weit überdurchschnittlichen Bezügen und Pensionen des Militärs niederschlug

(Heinemann-Grüder 2003: 12). Die Parteiführung nutzte das Militär als Instrument politischer Sozialisation, mittels derer die Kompatibilität militärischer und gesellschaftlicher Werte sichergestellt werden sollte (Ulrich 1999: 21). Der ideale Soldat war auch der ideale 'Neue Sozialistische Mann' – patriotisch, hart arbeitend, Kommunist, moralisch hoch stehend, respektvoll gegenüber seinem militärischen Befehlshaber und seinen militärischen Kameraden (Jones 1985: 150). Obschon die Indoktrinationsbemühungen der kommunistischen Parteiführungen in einer hochgradigen Militarisierung der osteuropäischen Gesellschaften resultierten (Heinemann-Grüder 2003: 11), variierte innerhalb derer das Ansehen der Streitkräfte beträchtlich (Ulrich 1999: 12).

4.2.2.5 Militärischer Professionalismus im Vergleich

Demokratische und sowjetisch geprägte Modelle zivil-militärischer Beziehungen unterscheiden sich auch hinsichtlich ihres Verständnisses von militärischem Professionalismus. In demokratischen Systemen besteht die Aufgabe darin, ein Offizierskorps von Expertensoldaten zu etablieren, die gleichzeitig Demokraten sind (Ulrich 1999: 23). Durch die Verinnerlichung von demokratischen Normen und Praktiken seitens der Soldaten soll eine demokratisch verantwortliche militärische Institution geschaffen werden (Bland 2001: 525). Demokratischer militärischer Professionalismus wird hierbei verstanden als „the twin precepts of armed forces which accept that their role is to fulfill the demands of the civilian government of the state and which are capable of undertaking military activities in an effective and efficient way” (Forster/Edmunds/Cotter 2002: 6). Dahingegen zielten die kommunistischen Systeme des sowjetischen Blocks darauf ab, Soldaten zu sozialisieren, „who were both ‘red’ and ‘expert’” (Ulrich 1999: 23). Dieses divergierende Rollenverständnis der Streitkräfte in demokratischen und kommunistischen Systemen schlägt sich in unterschiedlichen Rekrutierungs- und Beförderungskriterien, Führungskulturen sowie Ausbildungs- und Trainingszielen nieder.

In den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten war die Treue zur Partei maßgeblich für die Rekrutierung und Beförderung (Heinemann-Grüder 2003: 12). Charakteristisch war die Politisierung bzw. Ideologisierung des Militärs, die mit

einer engen Verschmelzung von Partei und Militär einherging (Werkner 2007a: 15). Zwar waren die Streitkräfte der kommunistischen Staaten sowohl den Primat der Politik als auch die zivile Kontrolle gewohnt, jedoch rekrutierten sich die zivilen Ansprechpartner überwiegend aus dem Kern des linientreuen Offizierskaders (Schaer 1997: 952). Durchschnittlich 75 Prozent der Offiziere der Warschauer-Pakt-Staaten waren Mitglied der kommunistischen Partei (Jacoby 2004: 125). Allerdings waren weniger ideologische Motive als vielmehr materielle Anreize ausschlaggebend für den Militärdienst in den kommunistischen Staaten (Gitz 1992: 97). Verdienten Offiziere doch in aller Regel 30 bis 50 Prozent mehr als vergleichbar qualifizierte Zivilisten (Gitz 1992: 108). Obschon das sowjetisch geprägte Beförderungssystem auf den ersten Blick einige Übereinstimmungen mit den auf Verdiensten basierenden, objektiven Beförderungssystemen der westlichen Demokratien aufweist, innerhalb derer Leistung und Dienstalter berücksichtigt werden, war faktisch der Ideologisierungsgrad des jeweiligen Offiziers ausschlaggebend (Barany 1993b: 596f.). Die ideologische Ausrichtung der Streitkräfte manifestierte sich auch in dem zu leistenden Eid der Soldaten, dem Sozialismus zu dienen (Werkner 2007a: 16). Dahingegen verpflichteten sich die Soldaten in demokratischen Systemen gemäß Verfassung und Gesetz zu handeln (Bland 1999b: 29). Ihren Eid leisten sie gegenüber einer zivilen Autorität ab (Bland 2004: 29).

Gleichwohl die Führungskulturen innerhalb der westlichen Streitkräfte durchaus divergieren, messen sie doch länderübergreifend den individuellen Bedürfnissen der Soldaten große Bedeutung bei. Dies spiegelt sich in Führungsgrundsätzen wie 'Führung durch Beispiel', 'Fürsorge für die Truppe', und 'respect for the soldier' wider (Ulrich 1999: 29).²³⁷ Darüber hinaus sind die Befehlsabläufe gesetzlich reglementiert und an demokratische Prinzipien gebunden (Bland 2001: 534). Im Vergleich zu westlichen Demokratien war die interne Organisation der Streitkräfte kommunistischer Staaten nur durch wenige Gesetze reguliert. Insbesondere

²³⁷ Dass die Einhaltung dieser zumindest idealiter bestehenden Führungsgrundsätze in der Realität durchaus kritisch bewertet wird, zeigt z.B. die deutsche Diskussion über die (in)adäquate Ausrüstung der Bundeswehrsoldaten im Afghanistan-Einsatz.

Befehlsabläufe waren nicht regelgebunden, sondern durch einen loyalen General an der Spitze des Verteidigungsministeriums sichergestellt (Szemerényi 1996: 7f.). Auf der mittleren und unteren Hierarchieebene bedeutete dies, dass Kommandeure ihre Befehlsgewalt „exercised by their exclusive right to issue orders, and the assurance that these orders, regardless of what they might entail, would be followed unquestioningly“ (Vallance, zit. nach Ulrich 1999: 29). Angesichts dessen stand die Führungskultur in den kommunistischen Streitkräften in diametralem Gegensatz zu demokratischer Rechenschaftspflicht, Respekt vor zivilen Freiheits- und Menschenrechten sowie verantwortungsethischen Verhaltensstandards. Innerhalb des Militärs kommunistischer Staaten waren die Kompetenzen sowohl auf vertikaler als auch horizontaler Ebene klar abgegrenzt. Experten berieten ihren Kommandeur auf fest begrenzten Gebieten. Untergebenen wurde in aller Regel mit Misstrauen begegnet, und Zuständigkeiten nur nach der Genehmigung „von oben“ delegiert (Heinemann-Grüder 2003: 1). Kritik und kollektive Lernfähigkeit galten als suspekt (Clemmesen 1999: 262).

Im Vergleich zu westlichen Streitkräften war der Anteil an Offizieren, insbesondere an höheren Dienstgraden, in den Warschauer-Pakt-Staaten überdurchschnittlich hoch. Dass das höhere Offizierskorps überwiegend an sowjetischen Militäarakademien ausgebildet wurde, begünstigte die länderübergreifende Kitt-Funktion des Militärs (Heinemann-Grüder 2003: 13).²³⁸ Neben der Förderung eines sozialistischen Internationalismus sollte die Loyalität der Offiziere gegenüber der nationalen kommunistischen Partei durch die Rückbindung an die militärischen Traditionen des jeweiligen Landes sichergestellt werden (Gitz 1992: 92). Sowjetische Militärs trainierten nicht nur den Lehrkörper der Militäreinrichtungen anderer Warschauer-Pakt-Staaten, sondern schickten auch Dozenten und Unterrichtsmaterialien in die kommunistischen Staaten (Jones 1981: 204). Inhaltliche Schwerpunkte der kommunistischen Offiziersausbildung bildeten die Schulung des Marxismus-Leninismus, politische Ökonomie und die Geschichte

²³⁸ Eine Ausnahme bildeten hierbei die rumänischen Offiziere, die nicht im Ausland ausgebildet werden durften.

der kommunistischen Parteien, wobei die militärisch-politische Indoktrination mit ca. 30 Prozent zu Buche schlug (Ulrich 1999: 32f.). Zielsetzung war die Ausbildung von „specialists with a broad profile“ (Jones 1985: 85). Keine Rolle spielte dahingegen die Vermittlung von Kenntnissen, die für die Zusammenarbeit mit Zivilisten in der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik erforderlich sind. Ein weiterer Unterschied zwischen der sowjetisch geprägten und westlichen Offiziersausbildung besteht darin, dass bei letzterer sowohl ein Teil der Dozierenden als auch Kursteilnehmer Zivilisten sind. Darüber hinaus bildet die Vermittlung demokratischer Prinzipien und die Loyalität gegenüber demokratischen Institutionen einen zentralen Bestandteil westlicher Ausbildungslehrgänge (Ulrich 1999: 32). Schließlich variiert die Zeitdauer der militärischen Sozialisation in demokratischen und kommunistischen Systemen. Bei den westlichen Offizieren setzt der Erwerb sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischer Kenntnisse in aller Regel erst im Erwachsenenalter ein. Dahingegen begann die militärisch-politische Erziehung in den sowjetisch geprägten Systemen bereits im Kindergarten, wurde während der Schulzeit intensiviert und schließlich durch militärisches Training in den Jugendorganisationen ergänzt (Jones 1985: 151-153).

Angesichts der gravierenden Unterschiede, die demokratische und sowjetisch geprägte Modelle zivil-militärischer Beziehungen aufweisen, sahen sich die postkommunistischen Staaten bei der Demokratisierung ihrer zivil-militärischen Beziehungen mit enormen Herausforderungen konfrontiert.

4.3 Herausforderungen bei der Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten

Wie alle postkommunistischen Regierungen, übernahmen auch jene Polens und der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens kostspielige, überdimensionierte,

dysfunktionale Massenarmeen mit veralteter Ausrüstung.²³⁹ Diese überlebten den Systemwechsel, weil sie zu den tragenden staatlichen und nationalen Institutionen gezählt wurden (Heinemann-Grüder 2003: 11). Nach den Erfahrungen mit der subjektiven zivilen Kontrolle der Streitkräfte während der kommunistischen Ära strebten die meisten postkommunistischen Staaten nach der Wiedererlangung ihrer staatlichen Souveränität danach, eine objektive zivile Kontrolle über die Streitkräfte zu etablieren. Diese Bemühungen bildeten einen zentralen Aspekt des umfassenden Distanzierungsprozesses von der totalitären Vergangenheit (Yaniszewski 2004: 30). Die Vielzahl der westlichen Modelle einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte sorgte zu Beginn der Transformation in den postkommunistischen Staaten für Verwirrung. Die Diskussionen kreisten um die Frage, ob jedes Land individuelle Kontrollmechanismen etablieren sollte oder es möglich wäre, das komplette Modell eines westlichen Staates zu übernehmen. Letztlich übernahmen die Anwärtstaaten der NATO bestimmte Aspekte oder Institutionen der NATO-Mitgliedstaaten und passten diese an ihre individuellen nationalen Traditionen an. Während sich Tschechien an angelsächsischen Modellen orientierte, präferierte Polen das deutsche System (Szemerényi 1996: 37). Unabhängig von den unterschiedlichen Rollenmodellen, sahen sich Polen und Tschechien – wie auch die anderen postkommunistischen Staaten – mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert.

Mit der Ausnahme Russlands verfügten die postkommunistischen Staaten über keine bzw. nur wenig Erfahrung bei der Gestaltung nationaler Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik (Johnson 1995: 24-26). Darüber hinaus konnten

²³⁹ Verfügte Polen 1989 noch über 412.000 Soldaten, so wurde die Zahl auf 141.500 Soldaten im Jahre 2006 reduziert. Weitere Reduzierungen folgten, so dass der Streitkräfteumfang mittlerweile bei 115.000 Soldaten liegt. Darüber hinaus wurde die Wehrpflicht unter der Regierung Tusk Ende Dezember 2008 abgeschafft und vollständig auf eine Berufsarmee umgestellt, die schon zuvor den größten Teil der polnischen Streitkräfte ausmachte. In Tschechien wurde die Umstellung auf eine Berufsarmee bereits mit Beginn des Jahres 2005 vollzogen. Bis zum Jahre 2012 wird ein Streitkräfteumfang von 35.000 Mann angestrebt, davon 9.000 zivile Angestellte. Angesichts der Stärke von etwa 106.000 Mann im Jahre 1993 sah sich auch die tschechische Armee im Laufe der 1990er Jahre mit einem drastischen Personalabbau konfrontiert. Vgl. zur tschechischen Streitkräfte reform Ulrich (2000b).

die politischen Entscheidungsträger auf keinen kohärenten Expertenkreis zurückgreifen, der ihnen unterschiedliche Alternativen bei sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Entscheidungen hätte aufzeigen können (Schaer 1997: 53f.). Dieser Mangel an ziviler Expertise resultierte daraus, dass sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitische Entscheidungen in der kommunistischen Ära von einem kleinen Kreis von Politikern und Militärs getroffen wurden, die aus dem jeweiligen Zentralkomitee der Partei stammten oder von Moskau kamen. Aufgrund unzureichender Erfahrung boten auch die Medien den zivilen Akteuren keine Orientierungsmöglichkeit, um sich ein umfassendes Verständnis sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischer Sachverhalte anzueignen. Darüber hinaus fehlte eine zivile Verteidigungsbürokratie, um die politischen Entscheidungsträger bei der Gestaltung der zivil-militärischen Beziehungen zu unterstützen und als Bindeglied zur militärischen Seite zu fungieren (Nunn 1995: 145). Schließlich waren die meisten Offiziere nicht damit vertraut, die Beziehungen zwischen der Regierung und den höheren Kommandoebenen zu gestalten. Als Ergebnis der sowjetischen Sozialisation herrschte unter den Offiziersangehörigen die Ansicht vor, dass es eine Dichotomie zwischen zivilen und militärischen Verantwortlichkeiten gäbe und die Trennlinie klar gezogen werden könne (Schaer 1997: 54). Neben der Verhinderung des Prätorianismus sahen sich die postkommunistischen Staaten wie Polen und Tschechien auch mit der Herausforderung konfrontiert, der Verwicklung des Militärs durch zivile Entscheidungsträger in innenpolitische Konflikte vorzubeugen (Heinemann-Grüder 2003: 26).

Eine weitere Herausforderung beim Demokratisierungsprozess der zivil-militärischen Beziehungen postkommunistischer Staaten bildeten die unzureichenden Kenntnisse der militärischen Führung. Mit der Ausnahme Russlands hatten die nationalen militärischen Führungen kaum Übung in der strategischen Planung oder Bedrohungsanalyse (Ulrich 2006: 425), weil sie während der kommunistischen Ära auf die Rolle des „executor of the military-technical decisions made by the Soviet General Staff and the Soviet Communist Party“ (Busza 1996: 169) reduziert waren. Darüber hinaus mangelte es dem militärischen Führungspersonal an Erfahrung bei der Auseinandersetzung mit

Politikern über Budget- und Beschaffungsfragen (Gutierrez 2002: 58). Denn in den kommunistischen Systemen waren die Streitkräfte, die ohnehin überwiegend in Vouchers bezahlt hatten, weitestgehend verschont geblieben von fiskalischen Engpässen. Dahingegen mussten die postkommunistischen Staaten die Transformation ihrer zivil-militärischen Beziehungen unter einer finanziell äußerst angespannten Haushaltslage bewältigen (Betz 2004b: 41).²⁴⁰

Die wohl größte Herausforderung beim sicherheitspolitischen Demokratisierungsprozess, deren Bewältigung bis heute andauert, stellt die soziokulturelle Dimension dar. Dies betrifft zum einen den Aufbau eines vertrauensvollen Verhältnisses zwischen politischen Entscheidungsträgern und militärischen Akteuren. Eine Folge der Politisierung der Streitkräfte während der kommunistischen Ära war ein gegenseitiges Misstrauen zwischen Politikern und Militärs. Aus Sicht des Militärs erregten die Bemühungen postkommunistischer Entscheidungsträger, Zivilisten mit sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Sachverhalten vertraut zu machen und die Zahl der Zivilisten im Verteidigungsministerium zu erhöhen, besonderen Argwohn. Demgegenüber herrschte insbesondere innerhalb der früheren Dissidenten, die einen Teil der neuen politischen Elite bildeten, Skepsis gegenüber den Streitkräften vor, weil diese als eng verbunden mit dem alten Regime betrachtet wurden (Betz 2004a: 5). Ein zweiter soziokultureller Transformationsaspekt betrifft die Entwicklung eines demokratischen militärischen Professionalismus innerhalb der Streitkräfte, der eine grundlegende Rollentransformation des Militärs innerhalb der Politik und der Gesellschaft voraussetzt. Der Wandel von homogenen militaristischen Werten der kommunistischen Ära zu pluralistischen Werten demokratischer Staaten stellt eine besondere Herausforderung dar, weil er der militärischen Kultur der (post)kommunistischen Streitkräfte diametral entgegen steht (Ulrich 1999: 22).

Jenseits dieser gemeinsamen kommunistischen Erblasten und der daraus resultierenden Herausforderungen bei der Demokratisierung der zivil-militärischen

²⁴⁰ Zu Beginn der 1990er Jahre verschlechterten sich die sozioökonomischen Lebensbedingungen der postkommunistischen Streitkräfte drastisch, von denen ca. 50 Prozent ein Einkommen unter der Armutsgrenze erhielten.

Beziehungen weist jedes postkommunistische Land auch Besonderheiten auf, die es im Falle Polens und Tschechiens zu betrachten gilt.

4.4 Besonderheiten des polnischen und tschechischen Falles

Polen ist ein besonderer Fall, weil es im postkommunistischen Vergleich spezifische militärische Traditionen hat, die zum einen auf die historisch-traumatischen Erfahrungen der staatlichen Teilungen und Besetzungen durch externe Streitkräfte zurückgehen. Tief verankert im kollektiven Gedächtnis der polnischen Gesellschaft sind die drei staatlichen Teilungen im 18. Jahrhundert, im Zuge deren dritter die Königliche Republik im Jahre 1795 vollständig zwischen Preußen, Russland und Österreich-Ungarn aufgeteilt wurde. Ergebnis war, dass der polnische Staat für 123 Jahre von der Landkarte Europas verschwand. 1939 rückten dann Nazi-Deutschland und die Sowjetunion an die Stelle der drei Teilungsmächte. Folge des Hitler-Stalin-Paktes war der erneute Verlust der Eigenstaatlichkeit, Besetzung und Besatzungsterror.²⁴¹ Zum anderen gehen die militärischen Traditionen Polens auf die Militärinterventionen in der Zwischenkriegszeit unter Marschall Józef Piłsudski (1926 – 1935) und von 1981 bis 1989 unter General Wojciech Jaruzelski zurück. Sowohl Piłsudski als auch Jaruzelski begründeten die militärische Machtübernahme mit der Abwehr äußerer Bedrohungen (Heinemann-Grüder 2003: 36). Als Rollenmodell für das Verhalten der polnischen Streitkräfte in der postkommunistischen Ära dienten sie allerdings nicht.

Als Institution haftete dem Militär Polens ein widersprüchliches Image an: Auf der einen Seite wurde es in innenpolitischen Krisensituationen, insbesondere während der Danziger Werftstreiks in den 1970er Jahren sowie während des Kriegsrechts 1981 bis 1983 mit dem Regime und der Partei identifiziert (Coughlan 1998: 523). Insbesondere nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 nahmen hochrangige Offiziere mehr und mehr Positionen in der staatlichen Führung ein,

²⁴¹ Vgl. Frank (2003: 21-35) zu den Auswirkungen dieses historischen Erbes auf das sicherheitspolitische Denken und Handeln polnischer Entscheidungsträger nach 1989.

allen voran General Jaruzelski (Betz 2004a: 24). Von 1981 bis 1989 war Jaruzelski erster Parteivorsitzender der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, fungierte darüber hinaus von 1981 bis 1985 als Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und ab 1985 als Staatsoberhaupt.²⁴² Auf der anderen Seite war das Vertrauen der polnischen Bevölkerung in das Militär für postkommunistische Staaten ungewöhnlich hoch (Coughlan 1998: 523). Aufgrund der kriegerischen Geschichte wurden die polnischen Streitkräfte als „Retter der Nation“ wahrgenommen (Cottey/Edmunds/Forster 2005: 11). Im Unterschied zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten, deren Gesellschaften die jeweiligen Streitkräfte ausschließlich als Instrument der kommunistischen Herrschaftsausübung betrachteten, galten die Streitkräfte in Polen als unabhängige nationale Institution (Cottey/Edmunds/Forster 2005: 10).²⁴³ Darüber hinaus wies das polnische Offizierskorps einen im osteuropäischen Vergleich geringen Ideologierungsgrad auf (Heinemann-Grüder 2003: 13). Die schon zu Warschauer-Pakt-Zeiten vergleichsweise große Autonomie der militärischen Führung Polens hat sich bis Mitte der 1990er Jahre noch vergrößert (Latawski 2002: 27). Eine weitere Besonderheit ist schließlich die starke verfassungsrechtliche Verankerung der Streitkräfte, die aus den Erfahrungen mit der Verhängung des Kriegsrechts vom Dezember 1981 bis zum Juli 1983 resultiert (Werkner 2007b: 231).

Angesichts dieses historischen Erbes wäre es zu erwarten gewesen, dass Polen eher eine verteidigungspolitische und militärische Autonomie anstrebt als die Einbindung in eine internationale Sicherheitsgemeinschaft wie die NATO und die Demokratisierung seiner zivil-militärischen Beziehungen. In der Tat hatten die polnischen Regierungen im mittelosteuropäischen Vergleich die größten

²⁴² Dass Jaruzelski in den Jahren 1989 und 1990 das Amt des Staatspräsidenten inne hatte, kam allerdings nur aufgrund eines Kompromisses mit der Opposition zustande.

²⁴³ In dieser Hinsicht bildet auch Rumänien eine Ausnahme innerhalb der Warschauer-Pakt-Staaten.

Schwierigkeiten, die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte zu etablieren und implementieren (Busza 2002: 124).²⁴⁴

Die Tschechisch Republik ist ein besonderer Fall, weil sie als einziger Staat des östlichen Europas über demokratische Erfahrungen in der vorkommunistischen Zeit verfügte (Gießmann 1995: 123). Die demokratischen Traditionen gehen in erster Linie auf die parlamentarische Demokratie der ersten Tschechoslowakischen Republik zurück, die zwischen 1918 und 1939 bestand (Vodička 2004: 247).²⁴⁵ Im Vergleich zu Polen ist das Ansehen der Streitkräfte in der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Bevölkerung weitaus geringer gewesen (Szemerényi 1996: 55). Diese assoziierte das Militär seit dem 17. Jahrhundert mit einer ausländischen Besatzungsmacht – zuerst mit Österreich-Ungarn, dann Nazi-Deutschland und ab 1948 mit der Sowjetunion (Jacoby 2004: 126). Die tschechoslowakischen Streitkräfte galten als ineffektive Verteidiger der nationalen Souveränität (Cottey/Edmunds/Forster 2005: 11). Tief verankert im kollektiven Gedächtnis der tschechischen Gesellschaft ist, dass die Streitkräfte keinen Widerstand geleistet haben gegenüber der Besatzung des Landes durch Nazi-Deutschland 1938 sowie der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten 1968. Darüber hinaus wurde das tschechoslowakische Offizierskorps als Handlanger der kommunistischen Parteiführung(en) betrachtet. Zentrale Bezugspunkte sind hierbei die Unterdrückung der Streiks im Jahre 1953 und die Niederschlagung der Demonstrationen anlässlich des einjährigen Jubiläums des Prager Frühlings (Jacoby 2004: 126). Ergebnis dieser Erfahrungen war, dass die tschechische Bevölkerung – im Unterschied zur polnischen – von einer Ablehnung gegenüber Militärallianzen und einer Apathie gegenüber dem Militär als nationaler Institution geprägt war (Heinemann-Grüder 2003: 243). Im Jahre 1991 sahen etwa

²⁴⁴ Eine detaillierte Analyse der Rolle des polnischen Militärs beim Demokratisierungsprozess der zivil-militärischen Beziehungen erfolgt im Rahmen der Fallstudie in Kapitel 5.

²⁴⁵ Beendet wurde die erste Tschechoslowakische Republik durch das Münchner Abkommen 1938, infolgedessen die sudetendeutschen Gebiete abgetrennt wurden, durch die Unabhängigkeitserklärung der Slowakei am 14. März 1939 und die Besetzung der restlichen tschechoslowakischen Gebiete durch die Hitler-Truppen am 15. Februar 1939.

25 Prozent der tschechoslowakischen Bevölkerung keine Notwendigkeit, überhaupt Streitkräfte zu haben (Nelson/Szayna 1999: 37).

Auch die Haltung der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Entscheidungsträger unterschied sich erheblich von jener Polens, weil erstere den Widerstand des Militärs gegenüber ihrer Politik befürchteten (Obrman 1993: 37f.). Diese Sorge ist im Zusammenhang mit den Veränderungen innerhalb der tschechoslowakischen Streitkräfte nach dem Prager Frühling 1968 zu sehen. Nach der Niederschlagung der Demonstrationen durch die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten am 21. August eliminierte die damalige kommunistische Führung jene tschechoslowakischen Offiziere, die die Reformbewegung unterstützt hatten (Obrman 1993: 37f.). Eine Konsequenz dieser Säuberung war, dass das tschechoslowakische Offizierskorps nach 1968 von linientreuen Offizieren dominiert wurde. Somit war der Ideologisierungsgrad der tschechoslowakischen Streitkräfte – im Unterschied zu jenen Polens – hoch (Heinemann-Grüder 2003: 13). Die Mehrheit des tschechoslowakischen Offizierskorps lehnte die Demokratisierungstendenzen, die sich in den späten 1980er Jahren innerhalb der Gesellschaften Osteuropas abzeichneten, ab. Ein beträchtlicher Teil vertrat gar die Sichtweise, dass militärische Gewalt zur Unterdrückung der Opposition gegenüber dem kommunistischen Regime eingesetzt werden sollte, insbesondere während der demokratischen Demonstrationen im November 1989 (Obrman 1993: 37f.).

Die Befürchtung einer militärischen Intervention in die Innenpolitik verstärkte sich unter den tschechoslowakischen Entscheidungsträgern infolge der Ergebnisse, die eine Untersuchungskommission über die Rolle der Streitkräfte am Vorabend des kommunistischen Machtkollapses im November 1989 hervorbrachte. Laut dieses Berichtes hatte das Verteidigungsministerium unter der Leitung von Generalleutnant Miroslav Vacek eine Reihe von Plänen ausgearbeitet, um gegen die Oppositionsbewegung vorgehen zu können, falls die tschechoslowakische Parteiführung dies angeordnet hätte (Betz 2004b: 47). Angesichts dessen sahen sich die tschechoslowakischen Entscheidungsträger in ihrer Einschätzung bestätigt, das Militär sei politisch nicht vertrauenswürdig. Allerdings verflüchtigte sich die Angst der neuen demokratischen Regierung vor einer militärischen

Intervention schnell. Vielmehr wick diese einer erstaunlichen Indifferenz der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Elite gegenüber den Streitkräfte sowie sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Fragen generell (Nelson/Szayna 1999: 37).

Inwiefern sich die unterschiedlichen militärischen Traditionen Polens und Tschechiens auf den Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung ausgewirkt haben, wird in den beiden folgenden Fallstudien herausgearbeitet. Um die Anlage der Fallstudien nachvollziehen zu können, wird vorab die Vorgehensweise reflektiert.

4.5 Vorgehensweise bei den Fallstudien

Zielsetzung der beiden Fallstudien ist die Beantwortung der Fragestellung, inwieweit die NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich gewesen ist, und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen die Normübernahme (nicht) erfolgt ist. Unter „Sozialisanden“ werden im Anschluss an Checkel (2005: 804) sowohl die individuellen sicherheitspolitischen Akteure Polens und Tschechiens als auch die beiden Staaten verstanden. Diese Auswahl liegt darin begründet, dass der Hauptkanal bei der sicherheitspolitischen Sozialisation postkommunistischer Staaten durch die NATO die intergouvernementale Ebene gewesen ist. Insbesondere im Laufe der 1990er Jahre war die Stellung der postkommunistischen Gesellschaften gegenüber dem Staat zu schwach und die Wähler waren viel zu wechselhaft, um als Sozialisanden fungieren zu können (Schimmelfennig 2005: 828). Die beiden Länderstudien konzentrieren sich auf die in Verfassung und/oder Verfassungswirklichkeit sicherheitspolitisch relevanten nationalen Akteure, d.h. die Präsidenten, die Regierungen und ihre Mitglieder, insbesondere Premier- und Verteidigungsminister, die Parlamente und parlamentarischen Komitees, insbesondere das Verteidigungskomitee, sowie die Streitkräfte, insbesondere den Generalstab und das Offizierskorps.

Die beiden Fallstudien bestehen aus fünf Themenkomplexen, von denen die Annäherung Polens bzw. Tschechiens an die NATO den ersten bildet (Kap. 5.1

bzw. 6.1). Darauf folgt im zweiten Teil der Fallstudie die Analyse des Transformationsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen (Kap. 5.2 bzw. 6.2). Die Prozessanalyse wird entlang eines Leitfragenkatalog strukturiert, der sich aus drei Quellen speist. Erstens aus den vier Kriterien von Simon Jeffrey (1996: 26), einem maßgeblich an der ersten Erweiterungsrunde beteiligten NATO-Repräsentanten. Spezifiziert habe ich diesen recht groben Kriterienkatalog im Zuge zweier weiterer Arbeitsschritte: Zum einen durch die Auswertung verschiedener Modelle (demokratischer) zivil-militärischer Beziehungen, die innerhalb der CMR-Forschung entwickelt worden sind. Zum anderen durch den Vergleich demokratischer und sowjetisch geprägter Modelle zivil-militärischer Beziehungen. Überprüft werden mittels des Leitfragenkatalogs folgende Aspekte:

- Gibt es eine klare außen-, sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitische Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Regierung, insbesondere Verteidigungs-, Premier-, und Außenminister, sowie dem Parlament in Verfassung und Gesetz? Verhalten sich die Mitglieder der Exekutive und der Legislative entsprechend dieser Vorgaben?
- Sind die Streitkräfte einem zivilen demokratisch legitimierten Verteidigungsminister untergeordnet? Nimmt dieser seine Aufsichts- und Kontrollfunktionen wahr und wird dies von der militärischen Führung akzeptiert?
- Ist das Verteidigungsministerium zivil-militärisch integriert, d.h. arbeitet das zivile und militärische Personal bei der Implementierung sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischer Entscheidungen innerhalb des Ministeriums und der Streitkräfte kooperativ zusammen?
- Besteht eine parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte (u.a. durch die Kontrolle des Militärhaushaltes und größerer Beschaffungsmaßnahmen)? Erhält das Parlament, insbesondere der Verteidigungsausschuss wichtige Informationen seitens der militärischen Führung und der politischen Entscheidungsträger, insbesondere des Verteidigungsministers?
- Ist in den nationalen Sicherheitsinstitutionen, insbesondere in politischen Schlüsselpositionen, auf höheren Ebenen des Verteidigungsministeriums und

im parlamentarischen Verteidigungskomitee in ausreichendem Maße zivile Expertise vorhanden?

- Haben sich zwischen militärischen und politischen Akteuren kooperative Arbeitsbeziehungen entwickelt, die auf gegenseitigem Vertrauen und wechselseitiger Achtung der jeweiligen Kompetenzbereiche basieren?
- Hat sich innerhalb des Generalstabes und des Offizierskorps ein demokratischer militärischer Professionalismus entwickelt?
- Ist das Prestige der Streitkräfte innerhalb der Gesellschaft, ihre Vertrauenswürdigkeit und Verantwortlichkeit wieder hergestellt?

Bei der Prozessanalyse des Verlaufs und des Ergebnisses der NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik wird ein besonderes Augenmerk auf Konflikt- und Krisensituationen gelegt, weil diese etwaige Defizite in den zivil-militärischen Beziehungen besonders deutlich widerspiegeln. Denn in Situationen, in denen innerhalb der politischen Entscheidungsträger, innerhalb der militärischen Führung, oder zwischen beiden Seiten divergierende Zielsetzungen bestehen, lässt sich gut ermitteln, wie tiefgehend und nachhaltig die Normübernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte gewesen ist (Born/Caparini/Haltiner/Kultiner 2006b: 10).

Im Mittelpunkt des dritten und vierten Teils der Fallstudien steht die Überprüfung der rational-institutionalistischen Hypothese (Kap. 5.3 bzw. 6.3) und der konstruktivistisch-institutionalistischen Hypothese (Kap. 5.4 bzw. 6.4) zur Normübernahme. Bei der Analyse der NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik aus Sicht des rationalen und des konstruktivistischen Institutionalismus wird sowohl zwischen verschiedenen Akteursgruppen, insbesondere den politischen und militärischen Akteuren Polens und Tschechiens, als auch unterschiedlichen Phasen des Sozialisationsprozesses differenziert. Neben der formal-institutionellen und behaviouralen Dimension der NATOisierung wird auch die argumentative Ebene der Sozialisanden erfasst, weil diese Aufschluss über die zu Grunde liegenden Handlungsmotivationen gibt. Um etwaiges rhetorisches Handeln polnischer bzw. tschechischer Akteure von normativ überzeugtem Handeln unterscheiden zu können, wird auf die in Kapitel

2.6.1 herausgearbeiteten Indikatoren zurückgegriffen, d.h. die zeitliche und kontextuale Konsistenz sprachlicher Äußerungen sowie deren Abgleich mit der behaviouralen Ebene. Bei der Wahl der empirischen Beispiele, anhand derer besonders signifikante Aspekte der NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen verdeutlicht werden, wird darauf geachtet, dass sie verschiedene Kontexte und Phasen des Sozialisationsprozesses abbilden. Welche Erklärungskraft der rationale und der konstruktivistische Institutionalismus hinsichtlich der (nicht) erfolgten Normübernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Polen bzw. in Tschechien für sich beanspruchen kann, wird in Kapitel 5.5 bzw. 6.5 reflektiert.

Das für die Fallstudien herangezogene Datenmaterial besteht aus zum einen aus Primärquellen wie NATO-Dokumenten, polnischen und tschechischen Gesetzes- und Verfassungsartikeln, Sicherheitsstrategien sowie Verteidigungsdoktrinen, Reden und Äußerungen polnischer und tschechischer Entscheidungsträger sowie Militärs. Zum anderen stützen sich die Fallstudien auf die Auswertung umfangreicher Sekundärliteratur zur Sozialisationspolitik der NATO und ihrer Ausbildungsprogramme, zum Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen Polens und Tschechiens sowie zur Normübernahme aus rationaler und konstruktivistischer Sicht. Die Auswertung der Quellen erfolgt durch die qualitative Inhaltsanalyse nach dem Ansatz von Philipp Mayring (2003). Angewandt wird hierbei die Technik der inhaltlichen Strukturierung, die darauf abzielt, bestimmte Themen, Inhalte oder Aspekte aus dem vorhandenen Material herauszufiltern und zusammenzufassen.

5 FALLSTUDIE 1: NATOISIERUNG POLNISCHER SICHERHEITSPOLITIK IM BEREICH DER ZIVIL-MILITÄRISCHEN BEZIEHUNGEN

“The gravity and determination with which Poland faced the issue of her security have not always been correctly understood abroad. Polish strivings – conceivable from the vantagepoint of historical experience – have frequently become the object of misunderstandings, malicious criticism, current political games or counteractions” (Kuźniar 2001a: 16f.).

Mit seinem Verweis auf die sicherheitspolitische Wirkungsmacht des historischen Erbes repräsentiert Roman Kuźniar den Konsens der politikwissenschaftlichen Forschung über die III. Republik Polen. Die historisch-traumatischen Erfahrungen der polnischen Gesellschaft begründen nach einmütiger Auffassung auch die Unterordnung aller außenpolitischen Zielsetzungen unter die Maxime nationaler Sicherheit. In der Tat sticht bei einem Blick auf die polnische Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren die Kontinuität ins Auge, die diesen Bereich polnischer Politik kennzeichnete. Trotz mitunter im Jahrestakt wechselnder Regierungen und häufiger Parlamentswahlen strebte Warschau beharrlich die NATO-Mitgliedschaft an, die sich auf einen parteiübergreifenden, gesellschaftlich verankerten nationalen Konsens stützte. Mit dem Beitritt des Landes zur NATO im März 1999 begann dem damaligen polnischen Außenminister, Bronisław Geremek, zufolge „ein neues Zeitalter der nationalen Sicherheit“ (Geremek 1999b: 106).

Der Aufnahme Polens in die NATO ging eine lange Phase des „Regierens von außen“ voraus. Die Verbreitung von NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen verstärkte sich in der ersten Hälfte der 1990er Jahre stetig und überlagerte seit Mitte der 1990er Jahre die Systemtransformation Polens. Indes waren die Anforderungen, die aus der gleichzeitigen Bewältigung des sicherheitspolitischen Integrationsprozesses einerseits und des Transformationsprozesses andererseits resultierten, nicht in jedem Falle deckungs- und wirkungsgleich. Vielmehr handelte es sich sowohl im Verhältnis der NATO zu einigen sicherheitspolitischen Akteuren Polens als auch zwischen den unterschiedlichen polnischen Akteuren und Akteursgruppen um einen konflikthaften Prozess der Normübernahme. Dabei griff die NATO auf verschiedene Sozialisationspraktiken zurück, die von materieller Verstärkung

durch Belohnungen und Drohungen sowie sozialem Einfluss qua Lob und Anprangerung über *teaching* bis hin zur normativen Überzeugung einzelner Entscheidungsträger reichten. Auf die Sozialisationsbemühungen der Allianz reagierten die sicherheitspolitischen Akteure Polens sehr unterschiedlich.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, inwieweit die NATOisierung Polens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich war, und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen die Normübernahme (nicht) erfolgte.

Die Beantwortung dieser übergeordneten Leitfrage gliedert sich in fünf Themenkomplexe auf, von denen die Annäherung Polens an die NATO den ersten bildet. Neben der Bedeutung der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption befasst sich der erste Teil der Fallstudie mit der Institutionalisierung der politischen und militärischen Kooperation beider Seiten. Darauf folgt im zweiten Teil der Fallstudie die Analyse des Transformationsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen Polens. Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, inwieweit die sicherheitspolitischen Akteure Polens die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte institutionalisiert und politisch durchgesetzt haben. Der dritte bzw. vierte Teil der Fallstudie konzentriert sich auf die Erklärung des Verlaufs und des Ergebnisses der NATOisierung Polens aus Sicht des rationalen bzw. des konstruktivistischen Institutionalismus. Abschließend wird reflektiert, welche Erklärungskraft der jeweilige Ansatz hinsichtlich der (nicht) erfolgten Normübernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte für sich beanspruchen kann.

5.1 Polens Annäherung an die NATO: Vom Anwärter- zum Mitgliedstaat

5.1.1 Übergeordnete Bedeutung der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption

Den übergeordneten Stellenwert, den die polnischen Entscheidungsträger der NATO-Mitgliedschaft ihres Landes in den 1990er Jahren beimaßen, beruhte auf der Überzeugung, dass einzig die Allianz eine starke Präsenz der USA in Europa und damit die Sicherheit Polens gewährleiste. Diese Überzeugung ist auf die

historisch-traumatischen Erfahrungen der polnischen Gesellschaft zurückzuführen, die von einer Generation zur anderen weitergegeben und verinnerlicht worden sind – auch von den sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern der III. Republik Polen. Als ein erworbenes System von Erzeugungsmustern gewährleistet ihr sicherheitspolitischer Habitus „die aktive Präsenz früherer Erfahrungen, die sich in jedem Organismus in Gestalt von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata niederschlagen“ (Bourdieu 1987: 101).²⁴⁶ Zu erkennen sind die sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Denkmuster der polnischen Elite nur in ihrem historischen Entstehungszusammenhang. Sie schlagen sich in sicherheitspolitischen Leitsätzen nieder, die wiederum bestimmte Handlungsschemata bedingen. Um die sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Denkmuster zu erschließen, müssen die Äußerungen polnischer Akteure untersucht werden. In sicherheitspolitischen Publikationen, Dokumenten und Stellungnahmen tauchen wiederholt Motive auf, die sich idealtypisch verdichten lassen. Neben dem *Primat der transatlantischen Bindung* bilden die Leitsätze *Nie mehr dazwischen* und *Keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg* die Bezugspunkte des sicherheitspolitischen Habitus der polnischen Elite, die für die NATO-Politik Polens entscheidend gewesen sind.²⁴⁷ Aufeinander verwiesen, haben sich die sicherheitspolitischen Wahrnehmungs- und Bewertungsmuster

²⁴⁶ Unter Rückgriff auf das Konzept des sozialen Habitus von Bourdieu, das an der Schnittstelle von Individuum und Gesellschaft angesiedelt ist, lässt sich die allenthalben postulierte sicherheitspolitische Wirkungsmacht des historischen Erbes Polens analytisch in den Griff bekommen. Erstaunlich ist beim Blick auf die politikwissenschaftliche Forschung zur polnischen Außenpolitik, dass zwar immer auf das historische Erbe verwiesen wird, doch bis 2003 gar nicht und danach nur vereinzelt konzeptionell-methodisch erfasst wird, *wie genau* sich die historischen Erfahrungen der polnischen Gesellschaft in den sicherheitspolitischen Perzeptionen, Entscheidungen und Handlungen gegenwärtiger Akteure niederschlagen. Vgl. grundlegend hierzu Frank (2003).

²⁴⁷ Nicht erörtert wird hier das polnische Selbstverständnis als Regionalmacht, das einen weiteren Bezugspunkt des sicherheitspolitischen Habitus bildet (vgl. Frank 2005: 10f.). Diese Komponente ist zwar für die polnische Position zur ESVP oder die polnische Ost- und Nachbarschaftspolitik entscheidend, jedoch nur von untergeordneter Bedeutung für die NATO-Politik Polens.

gegenseitig verstärkt und als Konzentrat im übergeordneten sicherheitspolitischen Leitsatz „NATO First“ (Onyszkiewicz 2002: 217) niedergeschlagen.²⁴⁸

5.1.1.1 Bann des „geopolitischen Fluches“ durch Westintegration

*„Schön ist die Wohnung, die unsere Ahnen sich ausgesucht, die edlen Polanen. Viel Raum und Sonne, ein Guckloch hinaus und fließendes Wasser – die Weichsel – im Haus. Doch, wie die Mieter immer sagen, leider nicht eine der besten Lagen“
(Marianowicz, zit. nach Urban 1992: 14).*

Aus der geographischen Lage des polnischen Staates zwischen stärkeren und expansionistischen Mächten resultierten Bedrohungen der nationalen Sicherheit. In Polen lebe man „wie in einem offenen Türrahmen“ (Liebert, zit. nach Tycner 1999: 63), Jahrhunderte lang ost- wie westwärts von kämpferischen Armeen durchzogen. Dieser Kampf ums Überleben bildet einen prägenden Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der polnischen Gesellschaft: Der nationale Notstand wurde zum Normalzustand und ließ eine „Mentalität der belagerten Festung“ (Reiter 1992: 382) entstehen. Die schwerste Zäsur in der polnischen Geschichte war der Verlust der Eigenstaatlichkeit für 123 Jahre. 1918 restituiert, galt die Bewahrung der staatlichen Souveränität als vorrangige Aufgabe polnischer Außenpolitik (Maćków 1998: 108). Während des Bestehens der II. Republik veränderte sich die Einstellung der polnischen Gesellschaft zur Staatsgewalt entscheidend, mit der sie sich nunmehr, insbesondere in den ersten Jahren, uneingeschränkt identifizierte. Zwar bewirkte der Staatsstreich unter Marschall Piłsudski 1926 eine erneute Distanzierung gegenüber den staatlichen Institutionen, nichtsdestoweniger blieb der Staat ein allgemein anerkannter Grundwert. Ein Element der politischen Kultur bildete „die Formel von der gleichzeitigen Verteidigung des Staates **und** der Gesellschaft“ [Hervorheb. i. Original] (Holzer 1991: 399). Verstärkt wurde die Belagerungsmentalität durch den erneuten Verlust der Eigenstaatlichkeit infolge von Besatzung und Terror im

²⁴⁸ Grundsätzlich können sich die Bezugspunkte des sicherheitspolitischen Habitus auch widersprechen und zu intra-konzeptuellen Rollenkonflikten führen.

Zweiten Weltkrieg. Gemäß dem ehemaligen polnischen Außenminister Władysław Bartoszewski erschütterte „das Gefühl der eigenen Kraftlosigkeit gegenüber der Herrschaft des Grauens (...) die polnische Gesellschaft von Grund auf“ (Bartoszewski 2000: 10). Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten Grenzverschiebung und territoriale Verluste. Während der Eingliederung in den Ostblock lebte die polnische Gesellschaft dem ehemaligen Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz zufolge im „shadow of soviet tanks“ (Onyszkiewicz 2002: 215).

Aus den historischen Erfahrungen der permanenten Belagerung resultiert ein stark ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis. Als zentrale Herausforderung bei der Gewährleistung der nationalen Sicherheit betrachteten die polnischen Entscheidungsträger nach 1989 den Bann des „geopolitischen Fluch[s]“ (Maćków 1998: 119), den sie mit der Situiertheit Polens in einer sicherheitspolitischen Pufferzone verbunden sahen. Der Leitsatz *Nie mehr dazwischen* hat die sicherheitspolitische Praktik einer konsequenten Westorientierung bedingt. Mithin sprachen sich die polnischen Entscheidungsträger ab 1993 parteiübergreifend für eine „geopolitische Westverschiebung“ (Seifter/Havel 1997: 75) aus.²⁴⁹ Eng verbunden mit der Fixierung auf die Situiertheit in einem Sicherheitsvakuum war das innerhalb der sicherheitspolitischen Elite Polens dominierende militärische Sicherheitsverständnis.²⁵⁰ Wenngleich in einschlägigen Dokumenten polnischer Sicherheitspolitik stets auf einen erweiterten Sicherheitsbegriff sowie die Bedeutung nichtmilitärischer Sicherheitsrisiken verwiesen wurde, prägte die vereinfachte Gleichung 'Sicherheit = territoriale Verteidigung' noch immer das

²⁴⁹ Den Terminus der „geopolitischen Westverschiebung“ prägten Pavel Seifter und Vladimir Handl mit Blick auf die tschechische Sicherheitspolitik nach 1989. Dieser Begriff war allerdings auch in der polnischen Sicherheitsdebatte bestimmend.

²⁵⁰ Verstärkt wurde die Konzentration auf die geostrategische Lage durch die von drei auf sieben erhöhte Zahl benachbarter Staaten Anfang der 1990er Jahre, von denen keiner seine Identität bewahrt hatte: Anstelle der DDR das vereinigte Deutschland, statt der Sowjetunion vier Nachfolgestaaten sowie die Spaltung der Tschechoslowakei in zwei Staaten.

sicherheitspolitische Denken breiter Kreise der polnischen Entscheidungsträger.²⁵¹ Gespeist wurde diese Überzeugung durch die wiederholte Erfahrung, militärischen Bedrohungen ausgesetzt worden zu sein – auch von Staaten, mit denen sich Polen verbündet glaubte.

5.1.1.2 Verschwörungskomplex nährte Skepsis gegenüber Westeuropa

„A source of our problems and indirectly our European partners' is a chronic distrust of the world behind which lies a betrayal complex compounded of September 1939, Yalta and Teheran“ (Osica 2002b).

Aus dem Verlust der Eigenstaatlichkeit infolge des Hitler-Stalin-Paktes sowie aus der Erfahrung, dass Großbritannien und Frankreich ihre vor dem Zweiten Weltkrieg gewährten formellen Sicherheitsgarantien einer polnischen Souveränität spätestens an den Verhandlungstischen der Anti-Hitler-Koalition in Jalta und Potsdam opferten, entstand ein „Verschwörungskomplex“ (Osica/Zaborowski 2002: 14). Dieser Komplex nährte das Misstrauen breiter Kreise der polnischen Elite gegenüber Westeuropa in Fragen europäischer und damit polnischer Sicherheit. Verstärkt wurde diese Skepsis durch die Haltung westeuropäischer Entscheidungsträger, insbesondere jener der bundesdeutschen politischen Klasse, gegenüber der Verhängung des Kriegszustands in Polen und gegenüber der polnischen Freiheitsbewegung Solidarność in den 1980er Jahren. Solidarność-Inhaftierte stellten sich die Frage, „auf wessen Rücken diese deutsche Ostpolitik gerettet werden solle“ (Woycicki, zit. nach Maćków 1993: 386). Der Vertrauensverlust, der durch die Missachtung des antikommunistischen Widerstands in Polen erzeugt wurde, „saß bei den nicht-kommunistischen Polen sehr tief“ (Maćków 1993: 389). Aus deren Reihen stammten maßgebliche sicherheitspolitische Entscheidungsträger, wie der ehemalige polnische Präsident Wałęsa, der frühere polnische Außenminister Geremek oder der ehemalige Verteidigungsminister Onyszkiewicz. Aus der wiederholten Degradierung Polens

²⁵¹ Wenn auch – insbesondere innerhalb der jüngeren Generation – in teilweise abgeschwächter Form, prägt dieser Grundsatz bis heute die polnische Sicherheitspolitik.

als „a victim and a hostage of the stability of successive international orders“ (Kuźniar 1995/96: 6) entwickelte sich der sicherheitspolitische Leitsatz *Keine Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg*. Er bedingte eine aktive, breit angelegte Sicherheitspolitik Polens, die sich in vielfältigen institutionellen Zusammenhängen und Akteurskonstellationen um eine größtmögliche Beteiligung an sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen und der Gestaltung eines kooperativen sicherheitspolitischen Umfeldes in Europa bemühte. Darüber hinaus verstärkte das Misstrauen gegenüber Westeuropa in Sicherheitsfragen die atlantische Ausrichtung der polnischen Sicherheitspolitik in den 1990er Jahren. Wenngleich dieser Atlantizismus auch nach dem Beitritt Polens zur EU im Mai 2004 ein zentrales Merkmal der polnischen Sicherheitspolitik darstellt, lässt sich zugleich eine Veränderung der Haltung gegenüber der EU in Sicherheitsfragen beobachten. Im Laufe der letzten Jahre ist die anfangs sehr stark ausgeprägte Skepsis breiter Kreise der polnischen Entscheidungsträger einer konstruktiven Haltung gegenüber der ESVP gewichen.²⁵²

5.1.1.3 Transatlantische Bindung als polnische Versicherungspolice

„We want the Americans because we are perpetually afraid of someone doing us down“ (Osica 2001).

Aufgrund der empfundenen eigenen (militärischen) Schwäche dominierte in der sicherheitspolitischen Elite Polens ein spezifisches Sicherheitsverständnis, wonach „Sicherheit etwas zum Nehmen, nicht zum Geben“ [eigene Übersetzung] (Osica 2002b: 83) ist. Aus polnischer Sicht war die Mitgliedschaft in einer schlagkräftigen transatlantischen Allianz unter der Führung Washingtons die

²⁵² Zurückführen lässt sich diese nunmehr bejahende Haltung gegenüber der ESVP auf drei Faktoren: Zum einen haben polnische Entscheidungsträger die Erfahrung gemacht, durchaus in der ersten EU-Liga mitspielen und dementsprechend Einfluss auf die weitere Gestaltung der ESVP ausüben zu können. Des Weiteren hat sich im Zuge der Mitgliedseuropäisierung Polens ein Zugehörigkeitsgefühl zur EU entwickelt und die frühere Konfliktlinie zwischen 'wir' [die Polen] und 'sie' [die EU] ist schwächer geworden. Schließlich haben auch die nicht erwartungskonforme Entwicklung der Beziehungen zu den USA und die damit verbundene Enttäuschung innerhalb der polnischen Elite zu einem Haltungswechsel beigetragen.

einzigste Möglichkeit, die traditionellen Sicherheitsbedürfnisse zuverlässig zu befriedigen (Osica/Zaborowski 2002: 15). Denn nur die USA, deren starke Präsenz in Europa über die NATO sichergestellt wurde, erfüllten mit ihrem Handlungswillen und ihrer Handlungsfähigkeit die Kriterien Warschaus für die Glaubwürdigkeit von Verbündeten. Vor diesem Hintergrund ist die exponierte Stellung zu sehen, die der transatlantischen Bindung in der polnischen Sicherheitskonzeption zugesprochen wird: Sie gilt gleichsam als polnische Versicherungspolice. Ihren Niederschlag findet dieses Denkmuster in dem sicherheitspolitischen Leitsatz *Primat der transatlantischen Bindung*.

Bestätigt sah sich die polnische Elite in ihrer Einschätzung, dass einzig die USA glaubwürdige Sicherheitslieferanten seien, durch verschiedene sicherheitspolitische Problemkonstellationen in den 1990er Jahren, wie etwa den Kosovo-Konflikt. Die Haltung Westeuropas im Vorfeld der NATO-Intervention erachtete Warschau als zu unentschlossen. Dahingegen zollten die polnischen Entscheidungsträger dem Handlungswillen und der Handlungsfähigkeit Amerikas großen Respekt. Im Gegensatz zur westeuropäischen Kritik am unilateralen Vorgehen der USA bewertete Warschau die Entschlossenheit Washingtons, gegebenenfalls seine Interessen mit militärischen Mitteln unter Missachtung russischer Interessen und des Völkerrechts durchzusetzen, positiv (Osica 2003: 125f.). Ein zweites katalytisches Ereignis, das den Leitsatz *Primat der transatlantischen Bindung* bekräftigte, war die NATO-Osterweiterung. In Polen wird die NATO-Mitgliedschaft und damit das wichtigste sicherheitspolitische Ziel der 1990er Jahre in erster Linie dem Engagement der USA zugeschrieben: „Wir schulden Präsident Bill Clinton und Außenministerin Madeleine Albright unsere tiefe Dankbarkeit. Wir sind dem amerikanischen Volk dankbar, das beständig unsere Bestrebungen unterstützt hat“ (Geremek 1999a: 96).²⁵³

In konzentrierter Form schlagen sich die drei sicherheitspolitischen Leitsätze *Primat der transatlantischen Bindung*, *Nie mehr dazwischen* und *Keine*

²⁵³ Vgl. auch Kuźniar (1995/96: 87) zur Dankbarkeit der polnischen Elite und Bevölkerung gegenüber den USA.

Entscheidungen über unsere Köpfe hinweg im übergeordneten sicherheitspolitischen Leitsatz *NATO First* nieder. Diese Bedeutung der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption erklärte der ehemalige Verteidigungsminister Onyszkiewicz damit, dass

„there are no national security policies in Western Europe, no special security policy of Great Britain, [...] of France, Germany, Italy etc. The security needs of the whole North Atlantic region [...] are realized exclusively within NATO's structures. And I need not say how enormous the significance of this process of the internationalization of security policy has been, [or] how negative the consequences of a reversal of this process and a return to individual [national] security policies would be” (Onyszkiewicz, zit. nach Meiklejohn 2000: 30).

Während der 1990er Jahre erfolgte die Verwirklichung der Leitsätze *Primat der transatlantischen Bindung* und *NATO First* in der polnischen Sicherheitspolitik noch weitestgehend deckungsgleich. Allerdings hat sich dies im Zuge des weiteren Öffnungsprozesses der NATO sowie ihres fortschreitenden Transformationsprozesses zum internationalen Krisenmanager immer weiter auseinander entwickelt.²⁵⁴ Aus polnischer Sicht stand und steht die Transformation der NATO stets unter dem Vorbehalt, dass die territoriale Verteidigungsfunktion des Bündnisses nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrages nicht geschwächt wird.

Angesichts der Maxime nationaler (territorialer) Sicherheit und der übergeordneten Bedeutung der NATO-Mitgliedschaft in der polnischen Sicherheitskonzeption, wäre eine rasche Normübernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte – und damit die Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen – zu erwarten. Wie die weitere Analyse der Länderstudie zeigen wird, ist dies nicht der Fall gewesen. Ganz im Gegenteil: Im mittelosteuropäischen Vergleich hatten die polnischen Regierungen die größten Schwierigkeiten, die zivile demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu etablieren und zu implementieren (Busza 2002: 124).

²⁵⁴ Vor diesem Hintergrund ist auch das seit Ende der 1990er Jahre verstärkte Bemühen Warschaus zu sehen, eine 'special relationship' mit Washington zu entwickeln. Vgl. Dunn (2003) zum Bestreben Polens, als 'America's Model Ally' anerkannt zu werden.

5.1.2 Institutionalisation der politischen und militärischen Kooperation mit der NATO

Einen wichtigen Schritt bei der Institutionalisierung der Beziehungen zwischen der III. Republik Polen und der NATO bildete die Etablierung des Nordatlantischen Kooperationsrates unter der Ägide der USA im November 1991. Im Rahmen dieses Kommunikationsforums nahm der politische Dialog zwischen beiden Seiten stetig zu (Hofer 2007: 11). Des Weiteren umfasste die Kooperation Polens und der NATO gegenseitige Besuche von polnischen Diplomaten und NATO-Repräsentanten, Arbeitskontakte zwischen SHAPE und dem polnischen Verbindungsbüro, den Austausch von Informationen und Kontakte zwischen polnischen Parlamentariern mit der Nordatlantischen Versammlung (Kupiecki 2001: 241). Bereits während dieser Anbindungsphase der postkommunistischen Staaten an die Allianz forderte Polens damaliger Präsident Wałęsa wiederholt eine Sicherheitsgarantie der NATO sowie ein generelles Bekenntnis zur Osterweiterung (Hyde-Price 1996: 244).²⁵⁵ Auch der damalige polnische Verteidigungsminister Janusz Onyszkiewicz bekräftigte, dass Polen die Mitgliedschaft in der NATO anstrebe und deshalb keine Rüstungsgüter mehr in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion erwerben wolle.²⁵⁶ In dieser Phase der politischen Kooperation konzentrierten sich die Bemühungen der polnischen Diplomatie darauf, die NATO und ihre Mitgliedstaaten davon zu überzeugen, die mittelosteuropäischen Staaten wie Polen als „states in their own right and with their own specific security interests“ zu betrachten (Kupiecki 2001: 241).

Auf die zögerliche Haltung der NATO-Mitgliedstaaten gegenüber der von Warschau angestrebten raschen Osterweiterung reagierten die polnischen Entscheidungsträger sehr enttäuscht. Zwar erhöhte sich mit dem 1994 aufgelegten PfP-Programm der Institutionalisierungsgrad der Beziehungen zwischen der NATO und Polen, doch erfüllte dies nicht den Wunsch nach einem

²⁵⁵ Diese beiden Forderungen erhoben die ostmitteleuropäischen Präsidenten schon im Oktober 1991 bei ihrem Krakauer Gipfeltreffen. Vgl. hierzu Hyde-Price (1996: 244f.).

²⁵⁶ Im Oktober 1992 verließen die letzten Kampfeinheiten der russischen Streitkräfte das polnische Territorium; ab Mitte September 1993 waren schließlich keine russischen Soldaten mehr in Polen stationiert. Vgl. hierzu Kupiecki (2001: 238).

Beitritt zum Bündnis. Allerdings betrachtete die polnische Führung die PfP zumindest als eine Möglichkeit, die Kooperation mit der NATO auf ein höheres Niveau zu heben und die bilateralen Beziehungen zu einzelnen NATO-Mitgliedstaaten auszubauen (Schwarz/Tkaczyński/Vogel 1997: 94).

Das PfP-Rahmendokument unterzeichnete Polens Präsident Wałęsa bereits am 2. Februar 1994 (Vogel 1999: 280). Als erstes PfP-Partnerland legte die polnische Regierung am 25. April 1994 das seitens der NATO geforderte Präsentationspapier vor (Simon 1996: 18). Darauf folgte nach Abschluss der Verhandlungen mit der Allianz schließlich am 5. Juli 1994 die Unterzeichnung des Individuellen Partnerschaftsprogramms. Der Schwerpunkt des 32 Seiten umfassenden Abkommens lag auf der Modernisierung der Luftwaffe, der Interoperabilität der Kommando- und Kontrollsysteme sowie der zivil-demokratischen Kontrolle der Streitkräfte (Simon 1996: 18). Darüber hinaus strebte Warschau an, polnische Verbindungsoffiziere nicht nur bei der NATO und SHAPE abzustellen, sondern auch auf nachgeordneten Kommandostufen (Borawski 1995: 239). Ein weiteres, über das PfP-Programm hinausgehendes Ziel der polnischen Entscheidungsträger bildete die Forderung einer Sicherheitsgarantie (Borawski 1995: 239).

Während der Heranführungs-, Öffnungs- und Beitrittsphase der NATO nutzte Polen die PfP in größtmöglichem Maße, um seine internationale Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit unter Beweis zu stellen (Vogel 1999: 280). Darüber hinaus strebte die polnische Regierung an, die für die Aufnahme und die Integration in die NATO zu erbringenden Voraussetzungen möglichst rasch zu erfüllen. Der innerpolnische Sicherheitsdiskurs konzentrierte sich auf die Beitrittskriterien der Allianz, wobei die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte als wichtigstes Kriterium galt (Koszel 1996: 97). Im Vergleich zu den Individuellen Partnerschaftsprogrammen der PfP-Partnerländer mit der NATO war jenes Polens besonders umfangreich. In der Tat lässt sich für die Jahre 1994 bis 1997 eine enorme Beteiligung Polens an den PfP-Aktivitäten konstatieren (Vogel 1999: 281). 1994 nahm Polen an 40 PfP-Aktivitäten teil, darunter die drei von der NATO angebotenen Feldübungen, von denen die erste auf polnischem Territorium in der Nähe von Posen stattfand. In den folgenden beiden Jahren

stiegen die PfP-Aktivitäten Polens kontinuierlich an. Von den knapp 1000 PfP-Aktivitäten, welche die NATO im Jahre 1997 durchführte, nutzte Polen 450 Angebote, darunter 25 Militärübungen (Vogel 1999: 281).

Wie der relativ geringe Anteil der Feldübungen zeigt, bestand die Mehrzahl der PfP-Aktivitäten aus Seminaren, Lehrgängen, Schulungen sowie gegenseitigen Besuchen politischer und militärischer Vertreter Polens und der NATO.²⁵⁷ Um sich auf die Strukturen und Verfahren der gemeinsamen Verteidigungsplanung mit der NATO vorzubereiten, nahm Polen auch an dem 1995 aufgelegten Planungs- und Überprüfungsprozess der Allianz teil. Auf diese Weise suchte die polnische Führung, nach dem erhofften politischen Beitrittsbeschluss der NATO einem etwaigen Zeitverlust aufgrund militärisch-praktischer Vorbehalte vorzubeugen (Vogel 1999: 280). Sowohl das PfP-Programm als auch den Planungs- und Überprüfungsprozess betrachteten die polnischen Entscheidungsträger als Instrumente der Annäherung an die NATO und der Integration in die Allianz.

Nach der Veröffentlichung der Erweiterungsstudie im September 1995 konzentrierte sich die polnische Diplomatie darauf, die Unterstützung der maßgeblichen NATO-Mitgliedstaaten für den Beitritt Polens zum Bündnis zu erlangen. So versicherte sich beispielsweise Polens damaliger Premierminister, Włodzimierz Cimoszewicz, im April 1996 bei seinem Besuch in Bonn der Unterstützung der Bundesregierung. Auch Präsident Kwaśniewski warb bei seinem Treffen mit Präsident Clinton im Juli 1996 in Washington für die Aufnahme Polens in die NATO. Die Bemühungen der polnischen Entscheidungsträger waren insofern von Erfolg gekrönt, als die NATO auf ihrem Madrider Gipfeltreffen im Juli 1997 Polen einlud, Beitrittsverhandlungen mit der Allianz aufzunehmen. Im September und November 1997 erfolgten die Beitrittsgespräche mit der polnischen Regierung (Jacoby 2004: 151). Nach einer ersten Lesung des Ratifizierungsgesetzes zum Washingtoner Vertrag im polnischen Parlament im November 1998 nahmen es Sejm und Senat im Februar 1999 mit überwältigender

²⁵⁷ Vgl. Simon (1996: 19-21) zu den bilateralen und multilateralen militärischen Übungen der polnischen Streitkräfte mit den Streitkräften einzelner NATO-Mitgliedstaaten, insbesondere der USA, Deutschlands und Großbritanniens.

Mehrheit an.²⁵⁸ Die Zustimmungsrates in beiden Parlamentskammern spiegelte erneut die parteiübergreifend hervorgehobene Bedeutung der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption wider (Piotrowski/Rachwald 2001: 118). Hinsichtlich der weiteren Integration Polens in die Allianz bestanden laut der mit den Beitrittsfragen betrauten Kommission drei Prioritäten: Erhalt der Politik der offenen Tür, nukleare Abschreckung und rasche Modernisierung der polnischen Streitkräfte (Piotrowski/Rachwald 2001: 119).

Parallel zu den politischen Vorbereitungen auf die NATO-Mitgliedschaft wurde der militärische Anpassungsprozess intensiviert. Die Rekrutierungsmethoden beim militärischen Personal mussten verändert werden, um hochqualifizierte Kandidaten für die Offizierslaufbahn zu gewinnen (Granville 1999: 166). Darüber hinaus legten westliche Militärexperten der polnischen Führung den Aufbau eines Unteroffizierskorps nahe, weil sie der Ansicht waren, dass dieses die Effektivität der Streitkräfte verbessern würde (Michta 1999c: 188). Jenen Einheiten der polnischen Streitkräfte, die für NATO-Verwendungen vorgesehen waren, oblag es, insbesondere in drei Themenkomplexen tiefgreifende Lernprozesse zu bewältigen. Zum einen mussten sie Englischkenntnisse erwerben bzw. die nur marginal vorhandenen Sprachkenntnisse verbessern. Zweitens mussten sie sich mit den Feinheiten der NATO-Doktrin vertraut machen. Drittens schließlich mussten sie darauf vorbereitet werden, mit ihren westlichen Kollegen auf der Planungsebene zusammenarbeiten zu können (Granville 1999: 166).

Bei der Betrachtung Polens als neuem NATO-Mitglied springen insbesondere zwei Aspekte ins Auge. Zum einen zeitigte die Teilnahme der polnischen Streitkräfte an bi- und multilateralen Kooperationsaktivitäten im Rahmen der PfP nicht den gewünschten Effekt, innerhalb von fünf Jahren einen allianzadäquaten Zustand zu entwickeln. Zwar erklärte die NATO in ihrer Erweiterungsstudie, dass sie von den

²⁵⁸ Im Sejm wurde das Ratifizierungsgesetz mit 409 Stimmen angenommen, bei sieben Gegenstimmen und vier Enthaltungen. Im Senat stimmten 92 Senatoren, darunter alle Senatoren von AWS, UW, SLD und PSL, für die Ratifizierung, bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung. Vgl. weitere Einzelheiten zu den Reaktionen der polnischen Parlamentarier bei Piotrowski/Rachwald (2001: 119f.).

neuen Mitgliedern keine volle Interoperabilität erwarte, sondern lediglich bestimmte Mindeststandards voraussetze (NATO 1995: §78). Doch ist zu bezweifeln, dass selbst jene Einheiten der polnischen Armee, die für die Verwendung in NATO-Operationen trainiert wurden, diese minimalen Anforderungen beim Beitritt Polens zur NATO im März 1999 erfüllten. Vielmehr musste die NATO gemäß dem deutschen General Klaus Naumann die Minimalanforderungen an die polnischen Streitkräfte im Vorfeld der Aufnahme ins Bündnis mehrfach senken (zit. nach Urban 1999). Bemerkenswert ist, wie eklatant die 1999 veröffentlichten Beurteilungen des Modernisierungsstandes der polnischen Streitkräfte divergierten. Fielen bis zum Abschluss des Ratifizierungsprozesses des NATO-Beitritts Polens nahezu sämtliche Beurteilungen der militärischen Reformfortschritte moderat bis positiv aus, veränderte sich dies nach dem polnischen Beitritt drastisch (Vogel 1999: 283). Fortan dominierten weitaus kritischere Medienberichte. Insbesondere die polnische Luftwaffe entsprach mitnichten den NATO-Standards (Michta 1999b: 54). Somit kann rückblickend sowohl in West als auch Ost von einer politisch motivierten Schönfärberei des Standes der militärischen Strukturreformen in Polen gesprochen werden (Vogel 1999: 283).²⁵⁹

Während die unzureichende Modernisierung der Streitkräfte auch charakteristisch für Tschechien und Ungarn war, unterschied sich die polnische Führung in ihrem Verhalten und ihrer Rhetorik während der NATO-Luftschläge gegen das Milošević-Regime im Frühjahr 1999 insbesondere von der tschechischen Administration erheblich.²⁶⁰ Im Unterschied zu Prag unterstützten die polnischen Entscheidungsträger die Luftschläge vorbehaltlos und boten sogar die Beteiligung polnischer Bodentruppen am Kosovo-Einsatz der Allianz an (Ulrich 2000a: 45). Auch die Zustimmung innerhalb der polnischen Bevölkerung lag mit 60 Prozent

²⁵⁹ Damit minderte die NATO die Glaubwürdigkeit ihrer Integrationsstrategie.

²⁶⁰ Vgl. Kapitel 6.1.2 zu den Reaktionen tschechischer Entscheidungsträger auf die NATO-Luftschläge.

doppelt so hoch wie jene in Tschechien (Ford 1999: 1).²⁶¹ Zur damals 40.000 Mann umfassenden KFOR-Operation trug Polen mit 1.000 Soldaten bei (Bobinski 2000: 3). Obschon diese Beteiligung polnischer Streitkräfte angesichts ihrer nur teilweise bestehenden Kompatibilität mit den anderen NATO-Einheiten primär als symbolische Unterstützung bewertet werden muss, unterschied sich das Verhalten Warschaus im Kosovo-Konflikt doch gravierend von jenem der tschechischen Führung. Entsprechend großen Anklang fand die polnische Performanz unter den westlichen NATO-Repräsentanten. NATO-Generalsekretär George Robertson bezeichnete Polen wegen seines großen Engagements im Kosovo gar als „one of the most faithful allies“ (BBC Worldwide Monitoring, 20.1.2000).

Zugleich kritisierte Robertson allerdings die schleppend verlaufende Modernisierung der polnischen Streitkräfte, deren Reformstand nicht den Verpflichtungen entsprach, die die polnische Regierung bei ihren Beitrittsverhandlungen mit der NATO eingegangen war. Anstatt die ohnehin schon knappen Finanzmittel wie vereinbart in die dringende Modernisierung der Ausrüstung der polnischen NATO-Einheiten zu investieren, seien diese in die immer noch nicht reformierten Verteidigungsstrukturen geflossen (PNB 2000).²⁶² Inwiefern sich solch eine Diskrepanz zwischen Sollen und Sein auch beim Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen als dem übergeordneten Beitrittskriterium für die Aufnahme Polens in die Allianz wieder findet, wird im folgenden Kapitel analysiert.

5.2 Transformation der zivil-militärischen Beziehungen Polens

Zielsetzung der Analyse des Transformationsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen Polens ist es herauszuarbeiten, inwieweit die sicherheitspolitischen

²⁶¹ Damit lag die Zustimmung der polnischen Bevölkerung auch etwas höher als jene der deutschen, französischen oder spanischen (Ford 1999: 1).

²⁶² Ergebnis dieser verfehlten Investitionsstrategie war, dass die polnischen NATO-Einheiten für ihre Anpassung an die NATO-Standards zehn Prozent weniger Finanzmittel erhielten als in den Beitrittsverhandlungen vereinbart worden war (Ulrich 2000: 45).

Akteure Polens die NATO-Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte institutionalisierten und politisch durchsetzten. Da die NATO selbst ihre Beitrittsanforderung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in ihren einschlägigen Dokumenten nur teilweise spezifizierte, wird bei der Untersuchung des NATOisierungsgrades Polens auf den in Kapitel 4.5 vorgestellten Leitfragenkatalog zurückgegriffen.²⁶³ Im Mittelpunkt stehen hierbei die formale und die behaviourale Dimension der NATOisierung. Ebenfalls Berücksichtigung findet in der nachfolgenden Analyse des polnischen Transformationsprozesses im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen die kommunikative Dimension der NATOisierung.²⁶⁴ Die Untersuchung konzentriert sich zunächst auf die Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Verfassung und Gesetz. Zentral sind hierbei zwei Aspekte: Zum einen die Frage, inwieweit die einzelnen Elemente einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte institutionalisiert wurden. Zum anderen die Frage, welche sicherheitspolitischen Akteure Polens diesen Institutionalisierungsprozess begünstigten bzw. behinderten. Diese zweite Frage ist auch für die anschließende Untersuchung der politischen Durchsetzung der institutionalisierten Normen in der Verfassungswirklichkeit zentral. Von besonderem Interesse ist hierbei, inwiefern sich die sicherheitspolitischen Akteure Polens in Übereinstimmung mit der Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bzw. den einzelnen Bestandteilen dieser Norm verhielten. Innerhalb dieser übergeordneten Frage nach der Verhaltenskonformität der polnischen Akteure stehen zwei Aspekte im Vordergrund: Zum einen, inwieweit eine tiefgehende und nachhaltige Zivilisierung des polnischen Verteidigungsministeriums stattfand. Zum anderen die Frage nach

²⁶³ Dieser Leitfragenkatalog speist sich aus drei Quellen: Erstens aus den von Jeffrey Simon (1996: 26) definierten Kriterien. Spezifiziert wurde dieser recht grobe Kriterienkatalog durch die Auswertung verschiedener Modelle (demokratischer) zivil-militärischer Beziehungen, die innerhalb der CMR-Forschung entwickelt worden sind. Schließlich bildet der in Kapitel 4.2 geleistete Vergleich sowjetisch und demokratisch geprägter Modelle zivil-militärischer Beziehungen eine dritte Quelle des Leitfragenkatalogs.

²⁶⁴ Vgl. zu den drei Dimensionen der NATOisierung das in Kapitel 2.1.2 entwickelte Analyseraster.

der Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse in der politischen Praxis.

5.2.1 Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Polen

Die erste Maßnahme zur Etablierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bildete das Parteiengesetz vom 28. Juli 1990, das die Parteikontrolle über das Militär abschaffte. Mittels dieses Parteiengesetzes wurden die Parteistrukturen innerhalb des Generalstabes abgeschafft, Parteiorganisationen innerhalb der Streitkräfte verboten und das politische Offizierskorps aufgelöst (Wągrowka 2007: 21).²⁶⁵ Jenseits dieser gesetzlichen Regelung gestaltete sich der eigentliche Verfassungsgebungsprozess in Polen im Vergleich zu anderen postkommunistischen Transformationsstaaten recht langwierig. Nur langsam wurden die konstitutionellen und gesetzlichen Regelungen zur zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte eingeführt. Die unklaren Kompetenzverteilungen zwischen den Verfassungsinstitutionen und die damit einhergehenden Konflikte, welche die Jahre des provisorischen Verfassungskonstruktes bis zum Inkrafttreten der Verfassung von 1997 prägten, schlugen sich auch im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik nieder. Nachdem zwei Versuche der Verfassungsgebung gescheitert waren, galt zunächst ein Verfassungsprovisorium, die so genannten „Kleine Verfassung“, die am 17. Oktober 1992 verabschiedet wurde.

5.2.1.1 Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung in der Kleinen Verfassung von 1992

Bei der so genannten „Kleinen Verfassung“ handelte es sich um ein Gesetz mit Verfassungsrang, das die Elemente des neuen semi-präsidentiellen Regierungssystems in Grundzügen festlegte (Widmaier/Gawrich/Becker 1999:

²⁶⁵ Die politische Bildung in den Streitkräften hatte General Wojciech Jaruzelski schon Ende 1989 abgeschafft, d.h. die Depolitisierung der Streitkräfte ging den ersten freien Wahlen in Polen voraus.

120). Ihr Vorläufer war die veränderte Fassung des 1967 verabschiedeten Gesetzes über die Pflicht zur Verteidigung der Republik Polen vom 11. Dezember 1991, das bereits ein System für die Kontrolle der Streitkräfte umriss (Latawski 2006: 34). Es schrieb dem Präsidenten eine übergeordnete Bedeutung bei der Gestaltung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Kontrolle der Streitkräfte zu. Zugleich betraute das Gesetz von 1991 den Verteidigungsminister mit dieser Aufgabe. Somit duplizierte es die Rolle des Oberbefehlshabers der Streitkräfte. Diese gesetzliche Unklarheit wurde in der Kleinen Verfassung vom Oktober 1992 nicht beseitigt. Vielmehr trug sie aufgrund unklarer Kompetenzverteilungen zwischen Präsident und Verteidigungsminister bzw. Premierminister zu fortbestehenden Zuständigkeitskonflikten bei (Korbonski 1994: 18).

Einerseits oblag es dem Präsidenten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte, die Hauptrichtungen der Verteidigungspolitik zu bestimmen sowie höhere Offiziere zu ernennen und zu entlassen (Heinemann-Grüder 2003: 37). Ebenfalls Befehlsgewalt über die Streitkräfte hatte der Verteidigungsminister inne, der ihre Verwaltung und militärische Ausbildung verantwortete (Latawski 2002: 31). Allerdings definierten weder das Gesetz von 1991 noch die Kleine Verfassung von 1992, was genau unter dem Oberbefehl über die Streitkräfte zu verstehen war (Latawski 2006: 34). Gemäß Artikel 34 sollte der Präsident in Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit die Kontrolle über die Streitkräfte ausüben. Zugleich schrieb Artikel 52 die Gewährleistung der inneren und der äußeren Sicherheit dem Kompetenzbereich des Ministerrates zu. Über die Ratifizierung und Kündigung internationaler Verträge musste das Staatsoberhaupt den Sejm und den Senat zwar lediglich informieren, war aber auf die Gegenzeichnung durch den Premierminister angewiesen (Furtak 2002: 145). Auch bei der Verhängung des Kriegs- und des Ausnahmezustands bedurfte der Präsident der Gegenzeichnung durch den Premierminister. Darüber hinaus konnte der Präsident Einfluss nehmen auf die Besetzung des Außen-, Verteidigungs- und Innenministeriums, weil der Premierminister bei Personalvorschlägen Rücksprache mit ihm halten musste (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 122). Präsident Wałęsa interpretierte diese Verfassungsregelung als Vetorecht bei der Ministerienbesetzung, nachdem 1993

durch die Regierung von SLD und PSL (Polskie Stronnictwo Ludowe, Polnische Bauernpartei) erstmalig eine polnische Form der Kohabitation entstanden war.

Was die Beziehung zwischen Präsident und Parlament betrifft, konnte das Staatsoberhaupt ein vom Sejm verabschiedetes Gesetz mittels seines Vetorechtes zurückweisen. Um ein Gesetz in solch einem Fall dennoch zu erwirken und den Präsidenten zu überstimmen, benötigte der Sejm laut Kleiner Verfassung eine Zweidrittelmehrheit (Ziemer/Matthes 2004: 195). Weitestgehend institutionalisiert war die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte bei der Überwachung des Verteidigungshaushaltes. Artikel 21 Absatz 1 der Kleinen Verfassung verpflichtete den Ministerrat, dem Parlament einen Haushaltsgesetzentwurf vorzulegen, der auch Informationen über geplante Militärausgaben beinhalten sollte. Diese parlamentarische Kontrollmöglichkeit wurde überdies durch Artikel 22 Absatz 1 gestärkt, der bekräftigte, dass der Ministerrat das Parlament über die Durchführung des Haushaltsgesetzentwurfs informieren müsse.

Als Haupthindernis bei der Institutionalisierung der NATO-Beitrittsanforderung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte erwies sich das lange Ringen um eine klare verfassungsrechtliche Regelung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzen. Insbesondere der Machtkampf zwischen Präsident Wałęsa und dem Generalstab einerseits sowie den verschiedenen zivilen Verteidigungsministern und dem Parlament andererseits beeinträchtigte den Institutionalisierungsprozess enorm. Neben Präsident Wałęsa, der die bestehenden verfassungsrechtlichen Grauzonen stets zu seinen Gunsten (über)interpretierte, stellte der Generalstab das entscheidende Hindernis dar. Er konnte seine Autonomie bis in die Mitte der 1990er Jahre letztlich dadurch aufrechterhalten, dass er die Aufsicht des Verteidigungsministers gegen jene des Präsidenten ausspielte. Diesen Taktiermöglichkeiten des Generalstabes wurde erst mit dem Gesetz über den Verteidigungsminister vom Februar 1996 ein Riegel vorgeschoben.

5.2.1.2 Gesetz über den Verteidigungsminister von 1996

In seiner Inaugurationsrede vom 23. Dezember 1995 versprach Polens neuer Präsident Aleksander Kwaśniewski sich für eine klare, möglichst in der Verfassung festgelegte Regelung der Stellung des Verteidigungsministers und des Generalstabes im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzusetzen (Vogel 1999: 194). Das vom Sejm bereits im Dezember 1995 beschlossene Gesetz über den Verteidigungsminister hatte Wałęsa noch kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt dem Verfassungsgerichtshof zur Überprüfung vorgelegt. Er begründete sein verfassungsrechtliches Veto damit, dass seine Befugnisse als Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu stark beschnitten würden (Furtak 2002: 155). Sein Amtsnachfolger Kwaśniewski zog den Antrag zurück, bevor das Gericht darüber befand. In Kraft trat das Gesetz über den Verteidigungsminister schließlich am 14. Februar 1996. Seitdem bildet das 13 Artikel umfassende Gesetz das Kernstück der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte Polens (Tkaczyński/Vogel 1997: 178).

Die Stellung des Verteidigungsministers und des Generalstabes regelte dieses Gesetz eindeutig. Gemäß Artikel 7 Absatz 1 ist der Chef des Generalstabes samt dem Generalstab der polnischen Streitkräfte direkt dem Verteidigungsminister unterstellt und im Verteidigungsministerium integriert. Darüber hinaus legt Artikel 9 Absatz 2 fest, dass die Entscheidungen des Verteidigungsministers als militärischer Befehl zu betrachten sind (Latawski 2006: 37). Zuvor war der Generalstab das Führungsorgan der polnischen Streitkräfte. Der Verteidigungsminister hatte lediglich über den Generalstab Einfluss auf die Entwicklungen innerhalb der Streitkräfte. Einen Kompetenzstreit zwischen der Führungsebene des Verteidigungsministeriums und der Leitung des Generalstabes entfachte allerdings die im Gesetz enthaltene Bezeichnung, gemäß derer der Generalstabschef die Streitkräfte in Friedenszeiten „im Namen“ des Verteidigungsministers „führt“ (Vogel 1999: 195). Nach der Interpretation des Generalstabes umfasste das Wort „führen“ auch finanzielle, personelle und disziplinare Befugnisse. Dahingegen übertrug der Gesetzestext diese Kompetenzen dem Verteidigungsminister. Somit sah sich die politische Führung des Verteidigungsministeriums mit dieser Gesetzesreform dem Ziel einer zivilen

demokratischen Kontrolle der Streitkräfte – und damit der NATO-Mitgliedschaft – einen Schritt näher. In der politischen Praxis entkräftete allerdings erst die Entlassung des machtambitionierten Generalstabschefs, Tadeusz Wilecki, durch Präsident Kwaśniewski im März 1997 die wiederholte Kritik der NATO, Polen solle die Gestaltung seiner zivil-militärischen Beziehungen eindeutig regeln. Ausgeräumt wurden die Unklarheiten bei der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzverteilung zwischen Präsident, Regierung und Generalstab schließlich in der Großen Verfassung vom Oktober 1997.

5.2.1.3 Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung in der Großen Verfassung von 1997

Der Verabschiedung der neuen Verfassung durch die Nationalversammlung am 22. April 1997 gingen langwierige und kontrovers geführte Diskussionen voraus, die insbesondere um die Frage kreisten, ob in Polen ein präsidentielles oder parlamentarisches Regierungssystem installiert werden sollte (Furtak 2002: 147).²⁶⁶ Nachdem die so genannten „Große Verfassung“ beim Referendum am 25. Mai 1997 angenommen worden war, trat sie am 17. Oktober 1997 in Kraft. Einen normativen Meilenstein für die zivil-militärischen Beziehungen setzt Artikel 26, demzufolge die Streitkräfte der „zivilen und demokratischen Kontrolle“ unterworfen werden und zur Neutralität in Bezug auf politische Angelegenheiten verpflichtet sind (Latawski 2006: 35). Der Generalstab, der zuvor nur schwach in das Verteidigungsministerium integriert war und de facto als Hauptführungsorgan der Streitkräfte weitgehend autonom handeln konnte (Heinemann-Grüder 2003: 36), wurde vollständig in das zivil geleitete Verteidigungsministerium integriert und dem Verteidigungsminister unterstellt (Gause 2007: 40).

Stark beschnitten hat die neue Verfassung die präsidentiellen Kompetenzen insbesondere im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zwar vertritt der Präsident den polnischen Staat noch immer in äußeren Angelegenheiten und ist für die Ernennung bzw. Abberufung von Diplomaten oder

²⁶⁶ Die Nationalversammlung wurde vom Sejm und vom Senat als gemeinsam handelnden Gesetzgebungsorganen gebildet.

Vertretern in internationalen Organisationen wie der NATO zuständig. Doch ist ihm hierbei gemäß Artikel 133 eine enge Abstimmung mit der Regierung, insbesondere mit dem Premierminister und dem betroffenen Fachminister auferlegt. Da jedoch die Regierung die Führung der Außenpolitik inne hat, sind bei den gemeinsamen Zuständigkeiten von Präsident und Regierung in der politischen Praxis verschiedene Macht- und Konfliktkonstellationen möglich (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 122). Insbesondere nach dem Regierungswechsel vom September 1997 kam es während der Kohabitation zwischen dem der SLD angehörenden Präsidenten Kwaśniewski und der Mitte-Rechts-Regierung wiederholt zu Auseinandersetzungen bei der Vergabe von Botschafterposten.

Weiterhin ist der Präsident nach Artikel 26 Absatz 2 Oberbefehlshaber der Streitkräfte. In Friedenszeiten übt er diese Funktion allerdings durch den Verteidigungsminister aus (Artikel 134 Absatz 1 und 2). Somit beschränkt die neue Verfassung die militärpolitische Rolle des Präsidenten in Friedenszeiten weitgehend auf die eines Wächters der Neutralität und ihn selbst auf Meinungsäußerungen (Latawski 2002: 33). Nach Artikel 134 Absatz 3 obliegt es dem Präsidenten, den Generalstabschef und die Kommandierenden der Teilstreitkräfte zu ernennen (Artikel 134 Absatz 3), wobei er nicht dem Vorschlag des Ministerrates folgen muss. Indes zeigt die Vorschrift über Kriegszeiten, dass der Oberbefehl des Präsidenten über die Streitkräfte eher deklaratorischen Charakter hat. In Kriegszeiten ernennt das Staatsoberhaupt auf Antrag des Vorsitzenden des Ministerrates einen Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Artikel 134 Absatz 4 und 6). Verhängen kann der Präsident den Kriegs- bzw. Ausnahmezustand jedoch nur auf Antrag des Ministerrates und mit Zustimmung des Sejm (Artikel 229 bis 231). Somit wurden die Rechte des Präsidenten hinsichtlich des Einsatzes der Streitkräfte in der Großen Verfassung stark

beschnitten.²⁶⁷ Als militärisches Beratungsorgan steht dem Präsident ein Rat für Nationale Sicherheit zur Seite, dessen Mitglieder er beruft (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 123). Zu den weiteren präsidentiellen Rechten gehören die Designierung und Ernennung des Premierministers sowie die Ernennung der vom designierten Premier vorgeschlagenen Minister (Furtak 2002: 148).

Dass die Große Verfassung das Machtverhältnis im Bereich der ausführenden Gewalt zu Ungunsten des Präsidenten verschoben hat, zeigt sich in mehrfacher Hinsicht. Zum einen verlor der Präsident die Entscheidungskompetenz für die Besetzung des Außen-, Verteidigungs- und Innenressorts (Simon 2004: 75). Darüber hinaus weist die Große Verfassung die Verantwortung für die äußere und innere Sicherheit des Landes eindeutig dem Ministerrat zu (Dutkiewicz 2004: 87). Damit ist die Bedeutung des Ministerrates in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgewertet worden. Eingeschränkt worden ist der Einfluss des Präsidenten auch im Gesetzgebungsprozess. Nach der neuen Verfassung muss sich der Präsident bei einfachen Gesetzen entscheiden, ob er politische Bedenken, verbunden mit dem Veto gegen den Sejm-Beschluss, oder verfassungsrechtliche Bedenken, verbunden mit der Weiterleitung der Causa an den Verfassungsgerichtshof, geltend machen möchte (Ziemer/Matthes 2004: 196).²⁶⁸ Denn wenn das Parlament das Veto des Präsidenten abgewehrt hat, wofür laut Großer Verfassung nur noch eine Dreifünftelmehrheit nötig ist, kann der Präsident das Gesetz nicht mehr vom Verfassungsgericht prüfen lassen (Garlicki 1997: 86). Vielmehr muss er, wenn er vom Sejm überstimmt wird, das Gesetz in der gegebenen Form akzeptieren und es innerhalb von sieben Tagen unterschreiben (Ziemer/Matthes 2004: 213).

²⁶⁷ In Kriegszeiten einen neuen Oberbefehlshaber einzusetzen erscheint ungewöhnlich und ist nicht gerade ein Ausdruck großen Vertrauens. Im Vergleich zur polnischen Verfassung bleibt zum Beispiel in den USA oder in Frankreich der Präsident immer Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

²⁶⁸ Vom präsidentiellen Veto ausgenommen sind allerdings Gesetze zum Staatshaushalt.

Die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte, die durch die Einrichtung eines Verteidigungskomitees sowie die Informationspflicht des Ministerrates gegenüber dem Parlament in Haushalts- und Beschaffungsfragen schon weitestgehend institutionalisiert war, wurde in der neuen Verfassung weiter gefestigt. Zu den parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten zählen die Rechenschafts-, Informations- und Berichtspflicht der Mitglieder des Ministerrates und damit auch des Verteidigungsministers gegenüber dem Sejm sowie die Budgethoheit (Heinemann-Grüder 2003: 38; Gause 2007: 44). Allerdings bestand bei der Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse eine große Diskrepanz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit, die bei der Analyse der politischen Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte – als zweiter Form der NATO-Normübernahme – herausgearbeitet wird.

5.2.2 Politische Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Polen

Bei der Analyse der politischen Durchsetzung als zweiter Form der Normübernahme im sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess ist die Frage nach der Verhaltenskonformität der polnischen Akteure zentral. Untersucht wird, inwieweit sich die sicherheitspolitischen Akteure Polens in Übereinstimmung mit der Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bzw. den einzelnen Teilaspekten dieser Norm verhalten haben. Dies betrifft insbesondere die Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung in der Verfassungswirklichkeit, die Unterordnung des Generalstabes unter einen zivilen Verteidigungsminister, die Zivilisierung des Verteidigungsministeriums, die Ausübung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse, die Entwicklung eines demokratischen militärischen Professionalismus sowie die Rehabilitation der Streitkräfte in der Gesellschaft.

5.2.2.1 Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung seitens der polnischen Akteure in der Verfassungswirklichkeit

Die unklare außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Regierung, insbesondere Premier- und Verteidigungsminister, in der Kleinen Verfassung vom Oktober 1992 sowie die

darin verankerten präsidentiellen Mitwirkungsrechte nutzte Polens damaliger Präsident Wałęsa, um das institutionelle Kräfteverhältnis übermäßig zu seinen Gunsten zu verschieben (Ziemer/Matthes 2004: 197). Zu Buche schlug dieses strukturelle verfassungsrechtliche Problem u.a. bei der Ernennung von Ministern. Da die Kleine Verfassung nicht klar regelte, ob im Streitfall der Präsident oder der Premierminister die Minister zu bestimmen hatte, instrumentalisierte Wałęsa sein Mitspracherecht. In der Folge kam es zu häufigen Ministerwechseln bzw. deren Ernennung zog sich oft über mehrere Monate hin (Matthes 1999: 199). Dies betraf vor allem das Amt des Verteidigungsministers, so dass Wałęsa während seiner Amtszeit bis Dezember 1995 mit insgesamt elf Vertretern dieses Ressorts zu tun hatte. Indem Wałęsa nicht nur bei der Besetzung des Verteidigungsministeriums, sondern auch bei jener des Außen- und Innenministeriums übermäßig von seinem Mitspracherecht Gebrauch machte, verstärkte er regierungsinterne Konflikte und die ohnehin schon instabile Regierungssituation in Polen (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 125). Im Ergebnis hielt sich bis zu den Parlamentswahlen im September 1997 keine Regierung länger als eineinhalb Jahre im Amt.²⁶⁹ Seitdem hat sich die Regierungssituation in Polen konsolidiert, wobei vereinzelte ministerielle Wechsel, insbesondere im Außen- oder Verteidigungsministerium, noch immer vergleichsweise häufig zu verzeichnen sind.

Die unklare verfassungsrechtliche Kompetenzverteilung zwischen Präsident und Premierminister beeinträchtigte nicht nur die personelle sicherheits- und verteidigungspolitische Kontinuität. Sie bildete auch den Nährboden für machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen Wałęsa und den verschiedenen Personen im Amt des Verteidigungsministers, welche die Verfassungswirklichkeit des Landes während der gesamten Amtsperiode dieses Präsidenten prägten. Exemplarisch hierfür kann einer der Konflikte zwischen Wałęsa und Jan Parys genannt werden, der das Verteidigungsressort im Dezember 1991 übernahm. Unmittelbar nach seiner Inauguration stellte Parys die Position Wałęsas als

²⁶⁹ Zwischen 1989 und 1997 wurden neun Regierungen gebildet (Ziemer 1998: 62).

Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Frage, indem er ohne Absprache mit dem Präsidenten umfangreiche Umstrukturierungen des Verteidigungsministeriums ankündigte (Simon 2004: 17). Darüber hinaus kam Parys dem Wunsch Wałęsas, Piotr Kołodziejczyk zum Generalinspekteur zu ernennen, nicht nach. Die machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Verteidigungsminister gipfelten in dem Vorwurf Parys', Wałęsa suche die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte zu untergraben (Clough 1992a). Parys begründete seine Kritik an der Amtsführung Wałęsas mit dem Argument, der Präsident habe hochrangige Generäle durch die Zusicherung von Beförderungen auf seine Seite zu ziehen versucht. Daraufhin forderte Wałęsa die Entlassung von Parys, der schließlich am 18. Mai 1992 zurücktrat (Clough 1992b).

Begünstigt wurden die politisch-praktischen Konsequenzen der verfassungsrechtlichen Grauzonen dadurch, dass eine Klärung durch das Verfassungsgericht nicht möglich war. Denn das polnische Verfassungsgericht sah Organstreitverfahren damals nicht vor (Furtak 2002: 157). Erst in der Großen Verfassung von Oktober 1997 wurde das Organstreitverfahren mit Artikel 189 eingeführt.

Wenngleich während der ersten beiden Amtsjahre von Präsident Kwaśniewski die außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung noch immer nicht geklärt war und weiterhin verfassungsrechtliche Grauzonen bestanden, erwies sich die polnische Verfassungswirklichkeit nicht mehr als von solch gravierenden machtpolitischen Auseinandersetzungen geprägt wie in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger Wałęsa nutzte Kwaśniewski seine Mitwirkungsrechte bei der Ernennung von Ministern selbst dann nicht, als nach den Parlamentswahlen vom September 1997 eine rechtsliberale Koalition die Regierung übernahm und eine neue Phase der *Kohabitation à la polonaise* begann (Ziemer/Matthes 2004: 198). Von seinem Vetorecht beim Gesetzgebungsverfahren machte Präsident Kwaśniewski allerdings ebenso häufig Gebrauch wie zuvor Wałęsa. Im Dezember 1997 legte Kwaśniewski beispielsweise erfolgreich sein Veto gegen ein Gesetz ein, das u.a. die Entprivilegierung der Renten für Berufsoffiziere vorsah (Furtak 2002: 156). Da die damalige Regierungskoalition aus AWS (Akcja Wyborcza Solidarność,

Wahlbündnis Solidarność) und UW (Unia Wolności, Freiheitsunion) über keine Dreifünftelmehrheit im Sejm verfügte, konnte sie das Veto von Kwaśniewski nicht überstimmen. Jedoch wirkte sich das präsidentielle Veto während der Amtszeit Kwaśniewskis von 1995 bis 2005 nicht hinderlich auf die NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Polens aus, weil der Präsident in der Außenpolitik einen betont westlichen Kurs verfolgte.

Während der Beitrittsphase Polens zur NATO blieben auch machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen den zivilen Entscheidungsträgern nicht aus. Die Grenzen seines Einflusses gegenüber Verteidigungsminister Onyszkiewicz testete Präsident Kwaśniewski Anfang Oktober 1997 aus, indem er kurz vor Inkrafttreten der Großen Verfassung elf neue Generäle ernannte (Simon 2004: 147). Zwar berechtigte ihn die damals noch geltende Kleine Verfassung zu diesem Schritt, doch bleibt angesichts der fehlenden Absprache Kwaśniewskis mit Onyszkiewicz kurz vor Inkrafttreten der neuen Regelung ein fader Beigeschmack (Lesser 1997).²⁷⁰ Die Ernennung von Generälen bildet auch heute noch recht häufig einen Gegenstand machtpolitischer Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Verteidigungsminister. Exemplarisch hierfür kann die Beförderung von 15 Offizieren in den Generalsrang von Mai 2008 angeführt werden, in deren Vorfeld sich Verteidigungsminister Bogdan Klich und Präsident Lech Kaczyński nur schwer einigen konnten. Der polnische General Czempiński erklärte den zähen Verlauf dieses Ernennungsprozesses damit, dass der Präsident bei einigen Positionen innerhalb der Streitkräfte bestimmte personelle Veränderungen vornehmen wolle. „The standstill regarding nominations is the President’s answer to the [Defense Ministry’s] opposition to these changes“, so Czempiński (zit. nach Warsaw Voice, 29.4.2008). Obschon diese Konflikte als solche keine Rückschlüsse auf den Implementierungsgrad der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zulassen, sondern auch bei konsolidierten Demokratien zum „politischen Alltagsgeschäft“ gehören, ist es doch bemerkenswert, dass derartige

²⁷⁰ Gemäß der Kleinen Verfassung oblag es dem Präsidenten, elf Generäle zu ernennen, wohingegen die neue Verfassung von Oktober 1997 dieses Ernennungsrecht auf vier Generäle beschränkt hat.

Auseinandersetzungen bei der Ernennung polnischer Generäle vergleichsweise häufig auftreten.

5.2.2.2 Unterordnung des Generalstabs unter einen zivilen Verteidigungsminister

Die Jahre vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über den Verteidigungsminister im Februar 1996, das sowohl den Generalstabschef als auch den gesamten Generalstab direkt dem zivilen Verteidigungsminister unterstellte, waren von sich zuspitzenden machtpolitischen Auseinandersetzungen geprägt. Bei den erbitterten Machtkämpfen standen sich Präsident Wałęsa und der Generalstab sowie die zivilen Entscheidungsträger, insbesondere die aufeinander folgenden Verteidigungsminister gegenüber. Die Konflikte entzündeten sich an der Gretchenfrage jedweder zivil-militärischer Beziehungen: „Who is controlling whom, when, and where?“ (Malešič/Born/Haltiner 2004: 157). Besonderes Konfliktpotential barg (und birgt) diese Frage im Hinblick auf die Kontrolle des polnischen Generalstabes. Denn der polnische Generalstab verfügte schon zu Warschauer-Pakt-Zeiten über eine im Vergleich der kommunistischen Systeme große Autonomie (Latawski 2002: 27). Er genoss eine privilegierte Stellung und kontrollierte sowohl die Politikformulierung als auch die Militäroperationen (Herspring 2000: 75).²⁷¹ Umso mehr widersetzte sich der Generalstab in den 1990er Jahren jedweden Bemühungen einer Unterordnung unter einen Minister im Verteidigungsressort. Geprägt war die politische Durchsetzung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte im Laufe des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses Polens jedoch nicht nur von zivil-militärischen Konflikten geprägt, sondern weit mehr von zivil-zivilen Auseinandersetzungen. Diese kreisen um die Frage, ob die zivile Unterordnung des polnischen Generalstabes unter den Präsidenten oder den Verteidigungsminister erfolgen sollte.

Als erster ziviler Verteidigungsminister Polens von Präsident Wałęsa im Dezember 1991 ernannt, hatte Jan Parys einen schweren Stand gegenüber dem

²⁷¹ Vgl. die historisch bedingten, soziokulturell geprägten Militärtraditionen der polnischen Streitkräfte bei Michta (1997).

Generalstab, den er nicht zu kontrollieren vermochte (Simon 2004: 17). Grundlage hierfür waren institutionelle Fehlentscheidungen, welche die von Wałęsa 1991 eingesetzte Kommission zur Reformierung des Verteidigungsministeriums traf. Vorgesehen war die Trennung des Ministeriums in einen zivil-militärischen und einen ausschließlich militärischen Teil. Im Zuge dieser Reform erfolgte die Aufteilung von Kompetenzen dergestalt, dass der ministerielle Zugang zu militärischen Ressourcen und Informationen nur über den Generalstab möglich war (Gogolewska 2006: 99). Dadurch konnte der Generalstab bestimmen, welche Informationen bis zu Verteidigungsminister Parys durchdringen sollten. Darüber hinaus verfügte der Generalstab bei der Umsetzung ministerieller Vorgaben über einen großen Ermessens- und Handlungsspielraum (Gogolewska 2006: 99). Folge war, dass sich der Generalstab zu einer semi-unabhängigen Institution entwickelte.

In den Jahren 1992 bis 1994 spitzte sich die Krise in den zivil-militärischen Beziehungen Polens zwischen Präsident Wałęsa und dem Generalstab einerseits sowie den Verteidigungsministern, Jan Parys ('Parys Affäre') und Piotr Kołodziejczyk ('Drawsko Affäre'), andererseits zu.²⁷² Im Kern kreisten die machtpolitischen Auseinandersetzungen um die Frage, wem der Generalstab in Friedenszeiten unterstellt sein sollte. Artikel 35 Absatz 3 der Kleinen Verfassung legte lediglich fest, dass der Präsident in Kriegszeiten den Oberkommandierenden der Streitkräfte ernennt und entlässt. Verteidigungsminister Kołodziejczyk, ein parteiloser pensionierter Admiral, vertrat die Auffassung, der Generalstab solle dem Verteidigungsminister unterstellt sein, um die politische Kontrolle des Militärs durch den dem Sejm gegenüber verantwortlichen Minister zu gewährleisten (Furtak 2002: 152). In diametralem Gegensatz dazu – und damit auch zur NATO-Norm der Unterordnung der Streitkräfte unter einen zivilen Verteidigungsminister – stand die Sichtweise Wałęsas, der Generalstab solle dem Präsidentenamt zugeordnet werden (Michta 2002: 169). Bei einem Treffen mit Kołodziejczyk und dem Generalstab in Drawsko stellte Präsident Wałęsa den ranghöchsten

²⁷² Vgl. zur Genese und den Hintergründen der Krisen Simon (1996).

Offizieren schließlich die Frage, ob „the civilian leadership of the Ministry of Defence should be recalled“. Daraufhin hoben sich Kołodziejczyk zufolge „all hands, except two“ (FBIS-EEU 1994a). Da die militärische Führung Polens einen einzigen präsidentiellen Chef gegenüber der Vielfalt parlamentarischer Interessen bevorzugte (Heinemann-Grüder 2003: 38) und sich der ministeriellen Kontrolle entziehen wollte (Michta 2003: 42), stimmten mit Ausnahme zweier Generäle in der Folge auch alle für die Entlassung des Ministers.

Damit überschritten sowohl Präsident Wałęsa als auch der Generalstab ihre Kompetenzen. Zwar hatte der polnische Präsident gemäß der Kleinen Verfassung ein Mitspracherecht bei der Bestellung des Verteidigungsministers, doch war er bei dessen Entlassung auf die Zustimmung des Premierministers angewiesen. Wenn ein Minister zurücktreten wollte, musste er sich gegenüber dem Premierminister erklären, der über das Gesuch zu befinden hatte (Furtak 2002: 152). In Anbetracht von Wałęsas politisch motivierter Anfrage hätten die Generäle keine Stellung beziehen dürfen, sondern die Klärung des Disputs abwarten müssen, weil weder die Ernennung noch die Entlassung des Verteidigungsministers in den Zuständigkeitsbereich der Streitkräfte fiel (Dutkiewicz 2004: 84f.). Auf Antrag des damaligen Ministerpräsidenten, Waldemar Pawlak, wurde Kołodziejczyk schließlich im November 1994 von Wałęsa entlassen (Furtak 2002: 152).

Da sich Premierminister Pawlak und Präsident Wałęsa nicht auf einen Nachfolger verständigen konnten, blieb das Amt des Verteidigungsministers zeitweilig unbesetzt. Nach dem Rücktritt des damaligen polnischen Außenministers, Andrzej Olechowski, im Januar 1995 sahen sich Pawlak und Wałęsa damit konfrontiert, nunmehr zwei vakante Ressorts besetzen zu müssen. In den Vorschlag Pawlaks, den Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Jerzy Milewski, zum Verteidigungsminister zu ernennen, und den Leiter der Präsidialkanzlei, Marek Ziółkowski, mit der Leitung des Außenministeriums zu betrauen, willigte Wałęsa ein. Allerdings wählte der Sejm unter Druck Wałęsas nur wenige Wochen später, d.h. Anfang März 1995, Waldemar Pawlak ab, und Józef Oleksy, den der SLD angehörenden Sejm-Marschall, zum neuen Premierminister (Furtak 2002: 154).

Oleksy akzeptierte die Kandidaten Wałęsas, Władysław Bartoszewski und Zbigniew Okoński, für das Außen- und Verteidigungsressort.

Die Vorgehensweise Wałęsas bei den machtpolitischen Auseinandersetzungen über die Unterordnung des Generalstabes generell, sowie bei der Drawsko-Affäre im Besonderen, zog die Kritik des Sejm auf sich. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SLD und PSL sowie des größten Teils der Opposition, darunter auch frühere Mitstreiter Wałęsas aus der Solidarność-Bewegung, forderte der Sejm den Präsidenten zur Mäßigung auf (Herspring 2000: 92). Fortan solle er jedwede Handlung unterlassen, welche die verfassungsmäßige Ordnung des Landes destabilisieren könne. Auf die Kritik des Sejm reagierte Wałęsa mit einer im Fernsehen übertragenen Rede an die Nation, in der er die Einführung einer monistischen Exekutive nach US-amerikanischem Vorbild forderte (Furtak 2002: 154). In seiner Rede vor dem Sejm erklärte Wałęsa, dass „the military people should run the military“ und ihren Einfluss größtmöglich geltend machen müssten (Simon 1996: 40). Bis Ende des Jahres 1995 hatte die polnische Regierung faktisch die Kontrolle über die Streitkräfte verloren (Szemerényi 1996: 14). Alle Versuche, die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte durchzusetzen, insbesondere die Unterordnung des Generalstabes unter einen zivilen Verteidigungsminister, waren erfolglos geblieben. Vielmehr vermochte der Generalstab die zivil-zivilen Konflikte zwischen Präsident und Regierung sowie zwischen Präsident und Parlament zur eigenen Einflussmaximierung zu nutzen, indem er diese bei ihren machtpolitischen Auseinandersetzungen gegeneinander ausspielte. Im Ergebnis hatte der polnische Generalstab bis Ende 1995 mit seinem Einfluss auf die Medien-, Personal-, Planungs- und Haushaltsangelegenheiten jene privilegierte Position inne, „[which] it had enjoyed during the two decades of the Second Republic between the two world wars“ (Michta 1997: 86).

Erst mit dem Amtsantritt von Präsident Kwaśniewski im Dezember 1995 konnten die politischen Grabenkämpfe innerhalb der Exekutive sowie zwischen Exekutive und Legislative zumindest teilweise überwunden werden. Neben der gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in den Jahren 1996 und 1997 waren personelle

Veränderungen in der militärischen Führung entscheidend für die politische Durchsetzung dieser Norm, insbesondere des normativen Teilaspektes der zivilen Hoheit über den Generalstab. Eine wichtige personelle Veränderung stellte die Ernennung von Generalleutnant Zbigniew Zalewski zum Oberkommandierenden der Landstreitkräfte im November 1996 dar (Simon 2004a: 63f.). Diese von Präsident Kwaśniewski getroffene Personalwahl war sowohl auf der symbolischen Ebene von Bedeutung als auch im Hinblick auf die angestrebte Implementierung einer zivilen demokratischen Kontrolle innerhalb des hochrangigen Offizierskorps und der Streitkräfte insgesamt. Denn General Zalewski war einer der beiden Generäle, die bei der berühmt-berüchtigten Abstimmung in Drawsko nicht gegen den damaligen Verteidigungsminister Kołodziejczyk gestimmt und somit in Übereinstimmung mit der Verfassung gehandelt hatten. Innerhalb des Generalstabes bildete Zalewski ein Gegengewicht zu Generalstabschef Wilecki, der – wie auch die Mehrheit des Generalstabes – die Implementierung des Anfang 1996 inkraftgetretenen Gesetzes über den Verteidigungsminister behinderte.

Letztlich schritt die politische Durchsetzung der Unterordnung des Generalstabes unter den Verteidigungsminister erst ab April 1997 voran. Wegbereitend hierfür war zum einen die Entlassung von Generalstabschef Wilecki und dessen engsten Kreis, die Präsident Kwaśniewski im März 1997 nach Absprache mit dem Verteidigungsminister, Stanisław Dobrzański, vornahm (Simon 2004a: 66). Damit marginalisierten Kwaśniewski und Dobrzański die (offensichtlichen) militärischen Veto-Spieler, die sich nicht nur in Drawsko, sondern auch in anderen Situationen normverletzend verhalten hatten. An deren Stelle traten Generalleutnant Henryk Szumski als neuer Generalstabschef sowie weitere, den NATO-Beitritt Polens befürwortende Generalstabsmitglieder. Darüber hinaus führte die im Juli 1997 verabschiedete Ergänzung des Gesetzes über den professionellen Militärdienst eine zeitliche Beschränkung hochrangiger militärischer Positionen auf zwei bis fünf Jahre ein, die auch für den Generalstabschef galten (Gogolewska 2006: 100).

Zum anderen wurden im Vorfeld und im Nachgang zu den umfassenden Personalveränderungen auf der militärischen Führungsebene weitreichende Reformen im Sicherheits- und Verteidigungssektor durchgeführt. Im Zuge dieser von Verteidigungsminister Dobrzański und seinem Stellvertreter, Andrzej

Karkoszka, Anfang des Jahres 1996 initiierten, und vom nachfolgenden Verteidigungsminister Onyszkiewicz fortgeführten Verteidigungsreformen wurden die Befugnisse des Generalstabes weitreichend beschnitten.²⁷³ Die zuvor dem Generalstab zugeordneten Geheimdienste unterstanden fortan dem Verteidigungsminister, die Kompetenzen des Generalstabes in den Bereichen Finanzierung und Beschaffung wurden stark eingeschränkt. Darüber hinaus schuf die Reform im Verteidigungsministerium eine NATO-Integrationsabteilung. Ab Januar 1998 waren schließlich die Militärdistrikte dem Oberkommandierenden der Landstreitkräfte unterstellt, was die Position des Generalstabes weiter schwächte. Dass innerhalb des neu besetzten Generalstabes nicht mehr ein derart ausgeprägter Widerstand gegenüber der zivilen Hoheit des Verteidigungsministers dominierte wie in der Ära Wilecki, spiegelte u.a. die Reaktion von Generalstabschef Szumski auf die Ankündigung dieser Kompetenzverlagerung durch Verteidigungsminister Dobrzański Ende März 1997 wider:

„[I] would no longer have to exercise personal command over the military districts. Consequently (...) the General Staff, which is the central command body, should also be a military body of strategic planning (...) and assists the defense minister in performing his coordinating role in the national defense system” (FBIS-EEU 1997).

Zugleich verwies Szumski auf die zentrale Rolle des Generalstabes bei der militärischen Kommandoführung und beanspruchte zumindest Mitspracherechte bei der strategischen Sicherheits- und Verteidigungsplanung Polens. Obschon sich das hochrangige Offizierskorps seit der personellen Erneuerung der militärischen Führung in den Jahren 1996 und 1997 nicht mehr in solch gravierender Weise einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte widersetzte wie dies in der Ära Wilecki häufig der Fall gewesen war, ist die Frage der Akzeptanz der zivilen Hoheit keinesfalls gänzlich von der politischen Tagesordnung verschwunden. Unter den zivilen Entscheidungsträgern ihrerseits, insbesondere den nachfolgenden Premier- und Verteidigungsministern, hinterließ die Erfahrung des Amtsinhabers Kołodziejczyk in der Drawsko-Äffare ihre Spuren.

²⁷³ Vgl. die Einzelheiten dieser Verteidigungsreformen bei Simon (2004a: 58-67).

Virulent wurde der Topos der militärischen Akzeptanz der zivilen Hoheit insbesondere während der Amtszeit von Jerzy Smajdziński, der nach den Parlamentswahlen vom September 2001 in der SLD-geführten Regierungskoalition das Amt des Verteidigungsministers übernahm. Die umfangreich angelegten Reformen des Verteidigungsministers, die primär auf tiefgreifende militärische Umstrukturierungen abzielten, betrafen auch einige Aspekte der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte (Smajdziński 2002). Die bereits unter einem seiner Vorgänger Janusz Onyszkiewicz vorgenommene Reduzierung des Generalstabes auf etwa 1.000 Mann führte Smajdziński fort, so dass dieser im April 2002 aus 850 Offizieren bestand (Simon 2004a: 152).²⁷⁴ Darüber hinaus veränderte Verteidigungsminister Smajdziński einige institutionelle Zuordnungen, im Zuge derer der militärische Geheimdienst ihm direkt unterstellt wurde, sowie die mit Beschaffungsfragen, militärischer Ausbildung und Unterbringung befassten Einheiten dem Verteidigungsministerium zugeordnet wurden.

Damit reagierte Smajdziński auf die seitens des Sejm mehrfach vorgebrachte Kritik, that „there was practically no civilian control of the secret services“ (zit. nach Simon 2004a: 137).²⁷⁵ Zugleich suchte er mit diesen Maßnahmen seine Kontrollmöglichkeiten gegenüber der militärischen Führung zu stärken. Zusammen mit dem fortschreitenden Personalabbau innerhalb der Streitkräfte, die Ende 2003 insgesamt 150.000 Mann umfassten, heizte das Vorgehen des Verteidigungsministers die ohnehin bestehenden Spannungen innerhalb des Offizierskorps weiter an.²⁷⁶ Exemplarisch hierfür ist die Kritik, die ein Offizier

²⁷⁴ In den folgenden Jahren sah sich der polnische Generalstab – wie auch die Streitkräfte generell – mit weiteren Personalkürzungen konfrontiert, so dass er im Jahre 2007 nur noch 640 Stellen umfasste. Vgl. zur Umstrukturierung des polnischen Generalstabes Wągrowka (2007: 22-24).

²⁷⁵ Die Frage, wie die exekutive Kontrolle der Geheimdienste gestärkt werden kann, und die Aktivitäten der Exekutive wiederum vom Parlament beaufsichtigt werden können, ist eine über den Untersuchungszeitraum von 2004 hinausgehende relevante Frage für die polnische Politik.

²⁷⁶ Bei den 150.000 Soldaten schlugen die Offiziere mit 25.000 und die Unteroffiziere mit 50.000 Mann zu Buche.

sowohl an Smajdziński als auch dem damaligen Generalstabschef, Czesław Piatas, Anfang August 2002 übte.²⁷⁷ Er beschuldigte sie des „Gesetzesbruchs“, der „Demütigung“ polnischer Offiziere und beanstandete, die Streitkräfte würden eher „deformiert als reformiert“ (zit. nach Simon 2004a: 139). Zuspruch erhielt jener Oberst nicht nur von der ihm unterstellten Division, die ehemals General Jaruzelski kommandiert hatte, sondern auch vom damaligen Oberkommandierenden der Landstreitkräfte Generalleutnant Edward Pietrzyk (PAP, 6.8.2002). Daraufhin machte Polens Premierminister Leszek Miller in einem Fernsehinterview die Position der Regierung unmissverständlich klar:

„This kind of behaviour cannot be tolerated in any army in the world. No new Drawsko dinner will take place and nor large or small sedition will be tolerated“ (zit. nach Simon 2004a: 140).

Verteidigungsminister Smajdziński suspendierte den betreffenden Oberst vom Dienst und leitete im Oktober 2002 ein Verfahren vor dem Kriegsgericht ein. Des Weiteren gestand er zu, die bisher unklare Personalpolitik habe für Unmut in den Streitkräften gesorgt, und insbesondere die Kriterien der Beförderung müssten transparenter und einfacher gestaltet werden (PAP, 28.10.2002). Wie dieses Beispiel zeigt, konnten die zivilen Entscheidungsträger Polens die politische Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte im Laufe des Transformationsprozesses erheblich verbessern. Zugleich erwiesen sich die militärisch-kulturellen Traditionen der polnischen Streitkräfte, insbesondere das kommunistische Erbe einer weitestgehend autonomen, einflussreichen Stellung, immer wieder als Hindernis bei der nachhaltigen Implementierung der zivil-demokratischen Kontrolle. Bemerkbar machte sich dies auch bei den Reformbemühungen der zivilen Entscheidungsträger Polens zur Zivilisierung des Verteidigungsministeriums.

²⁷⁷ Bei dieser Infragestellung der zivilen Hoheit über die Streitkräfte seitens militärischer Akteure handelt es sich Gogolewska (2006: 99) zufolge keineswegs um einen Einzelfall, sondern um eine regelmäßige Erscheinung.

5.2.2.3 Zivilisierung des Verteidigungsministeriums, Ausbildung eines demokratischen militärischen und zivilen Professionalismus

Hinsichtlich der Frage, inwieweit im Zuge der Beitritts- aber auch der Mitglieds-NATOisierung Polens eine Zivilisierung des Verteidigungsministeriums stattfand, sind drei Aspekte zentral. Erstens die Frage, ob die höheren Ebenen des Ministeriums, insbesondere politische Schlüsselpositionen, von zivilen Beamten besetzt waren. Zweitens – und wichtiger – inwiefern die im Verteidigungsministerium beschäftigten Zivilisten über ausreichende sicherheits- und verteidigungspolitische Expertise verfügten. Denn dieses Fachwissen bildet die Voraussetzung, um formal bestehende Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten in der politischen Praxis, vor allem in der Zusammenarbeit mit den militärischen Kollegen im Ministerium, aber auch außerhalb, wahrnehmen zu können. Eine dritte Dimension der Zivilisierung des Verteidigungsministeriums betrifft die zivil-militärische Zusammenarbeit. Zu untersuchen ist hierbei, inwiefern sich zwischen den zivilen und militärischen Akteuren ein auf Achtung und Vertrauen basierendes kooperatives Arbeitsverhältnis entwickelt hat. Essentiell ist diese zivil-militärische Integration innerhalb des Ministeriums vor allem für die tiefgehende und nachhaltige Implementierung sicherheits- und verteidigungspolitischer Entscheidungen innerhalb des Ministeriums selbst, aber auch der Streitkräfte insgesamt.

Erste Reformen zur Zivilisierung des Verteidigungsministeriums initiierte die Regierung unter Tadeusz Mazowiecki, dem ersten nichtkommunistischen Premierminister Polens, bereits Anfang 1990, d.h. noch vor der Institutionalisierung der Kooperationsbeziehungen zwischen Polen und der NATO. Diese Reformen sahen – wie auch nachfolgende Ansätze – vor, das militärische Personal im Verteidigungsministerium zu reduzieren und anstelle dessen Zivilisten

einzustellen.²⁷⁸ Auf höchster Ebene begann die personelle Zivilisierung des Ministeriums mit der Ernennung von Janusz Onyszkiewicz und Bronisław Komorowski als ersten zivilen stellvertretenden Verteidigungsministern Polens im April 1990 (Szayna 1991: 26).²⁷⁹ Hinsichtlich der Besetzung von Schlüsselpositionen dominierte die Praxis, Zivilisten als Abteilungsleiter zu ernennen mit Militärs als ihren Stellvertretern (Szemerényi 1996: 12). In den darauffolgenden Jahren stieg der Anteil des zivilen Personals trotz häufiger Regierungswechsel auf allen Ebenen des Verteidigungsministeriums beträchtlich an, so dass dies Anfang 1997 mit 30 bis 40 Prozent zu Buche schlug (Nelson 1998: 150).

Doch handelte es sich hierbei nur augenscheinlich um „Zivilisten“. Lediglich eine geringe Zahl verfügte über eine zivile Berufsausbildung, wohingegen sich die Mehrheit aus ehemaligen Offizieren zusammensetzte, die im Zuge des Personalabbaus der Streitkräfte frühzeitig pensioniert worden waren. Im Mai 1996 stellte ein hochrangiger ziviler Beamter des polnischen Verteidigungsministeriums fest: „I can count on one hand the civilians who are civilian in the ministry“ (zit. nach Nelson 1998: 150). Auf die Stärkung der zivilen Komponente im polnischen Verteidigungsministerium zielten die 1999 eingeführten Bestimmungen des geänderten Gesetzes über Angestellte im öffentlichen Dienst ab. Allerdings erwiesen sich diese Neuregelungen als kontraproduktiv, weil sie die Personalpolitik stark bürokratisierten und auf diese Weise die Zunahme von zivilem Personal hemmten (Gogolewska 2006: 97). Darüber hinaus trug dieses Gesetz den Besonderheiten des Verteidigungsministeriums mit seiner zivil-militärischen Zusammensetzung zu wenig Rechnung (Gogolewska 2006: 102). In

²⁷⁸ Der Stellenabbau des militärischen Personals im Ministerium sowie innerhalb der Streitkräfte insgesamt ging mit Bemühungen um die Intergration (ehemaliger) Militärs in den zivilen Arbeitsmarkt einher. Dies gestaltete sich allerdings als sehr schwierig, weil bei der sowjetisch geprägten Sozialisation wenig Wert auf den Erwerb von Qualifikationen gelegt wurde, die auf dem zivilen Arbeitsmarkt nachgefragt werden. Erschwerend hinzu kam die generell angespannte wirtschaftliche Lage.

²⁷⁹ Beide gehörten zur intellektuellen Führungsspitze der Solidarność-Bewegung. Sowohl Onyszkiewicz als auch Komorowski besetzten mehrfach politische Schlüsselpositionen in der III. Republik Polen, u.a. das Verteidigungsressort.

der Folge nahmen die zivil-militärischen Spannungen innerhalb des Ministeriums zu und verschlechterten letztlich die ohnehin belasteten Arbeitsbeziehungen zwischen zivilem und militärischem Personal. Hinzu kam, dass die neu eingeführte Stelle eines so genannten 'Generaldirektors' im Verteidigungsministerium zivil-zivile Konflikte mit dem Verteidigungsminister provozierte, dessen Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem Generaldirektor begrenzter waren als gegenüber dem Generalstabschef (Gogolewska 2006: 103).

Dieser Befund änderte sich auch während der ersten Jahre der Mitglieds-NATOisierung Polens nicht grundlegend. Dass die Frage des zivilen Personalanteils im polnischen Verteidigungsministerium auch während der Mitglieds-NATOisierung Polens noch virulent war, zeigte sich u.a. an der Entscheidung Nr. 63 des Verteidigungsministers vom 17. Februar 2006. Darin legte Polens damaliger Verteidigungsminister Radosław Sikorski fest, dass bei den insgesamt knapp 1.800 Stellen der Anteil der Zivilisten in den verschiedenen Abteilungen des Ministeriums nicht unter 50 Prozent liegen dürfe (Wągrowka 2007: 24). Eine Ausnahme bildete hierbei der polnische Generalstab, bei dessen Zusammensetzung das zivile Personal mindestens 16 Prozent ausmachen sollte. Jenseits der nach wie vor bestehenden Zielsetzung, den zivilen Anteil im polnischen Verteidigungsministerium zu erhöhen, mangelt es in Polen nach wie vor an ziviler Expertise im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik (Gogolewska 2006: 97).

Stellte sich die Zivilisierung des polnischen Verteidigungsministeriums schon in quantitativer Hinsicht als anspruchsvolles Unterfangen dar, so fällt die Bilanz in qualitativer Hinsicht noch magerer aus. Im März 1993 beanstandete Janusz Onyszkiewicz, „there are not many civilian counterpart experts“ (zit. nach Simon 1995b: 58). Diesen Mangel an sicherheits- und verteidigungspolitischer Expertise teilte Polen mit anderen postkommunistischen Staaten wie Tschechien (Johnson 1995: 24-26).²⁸⁰ Zurückzuführen war dieser Mangel an ziviler Expertise auf die kommunistische Ausprägung der zivil-militärischen Beziehungen, die in Form von

²⁸⁰ Lediglich in Russland trifft dieser Befund nur eingeschränkt zu.

institutionellen und soziokulturellen Pfadabhängigkeiten den Transformationsprozess erschwerte. Weil die sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Entscheidungen in der kommunistischen Ära von einem kleinen Kreis von Politikern und Militärs in Moskau getroffen wurden, gab es keinen polnischen Expertenkreis, aus dem versiertes Personal hätte rekrutiert werden können. Vor diesem Hintergrund sah sich die – ohnehin häufig wechselnde – politische Führungsspitze des Ministeriums mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Einerseits sollten insbesondere politische Schlüsselpositionen nicht vollständig mit Militärs mit einer kommunistisch geprägten militärischen Herangehensweise besetzt sein (Szayna/Larrabee 1995: 23). Andererseits waren Zivilisten angesichts ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht in der Lage, bei sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Entscheidungen unterschiedliche Alternativen mit ihren jeweiligen Konsequenzen aufzuzeigen (Schaer 1997: 53f.). Exemplarisch für das Problem der qualifizierten Personalrekrutierung können die Schwierigkeiten des polnischen Verteidigungsministeriums bei der Umsetzung der NATO STANAGS (NATO Standardization Agreements, NATO-Standardisierungsabkommen) in den Jahren 1997 bis 1999 genannt werden. Äußerst schwierig gestaltete sich die Rekrutierung qualifizierten Personals, um die zunächst 50 STANAGS, nach der Einladung zur NATO im Juli 1997 bereits 700 STANAGS und bis zum Beitritt Polens in die Allianz im März 1999 etwa 1.500 STANAGS umzusetzen (Simon 1999). Festzuhalten ist hierbei allerdings, dass für diesen regulativen Anpassungsprozess bis zu 600 Mitarbeiter benötigt wurden.

Obschon im Zuge der NATOisierung Polens die zivile sicherheits- und verteidigungspolitische Expertise im gesamten politischen Parteienspektrum verbessert werden konnte (Simon 2004: 153), verschwand das Problem damit nicht von der politischen Agenda. Vielmehr ist Agnieszka Gogolewska (2006: 107) zufolge im Hinblick auf die Bildung eines professionellen zivilen Expertenkreises seit Polens Beitritt zur NATO eher eine Regression denn Verbesserung zu beobachten. Dieser gravierende Mangel an qualifizierten und versierten Zivilisten könne zu einer schleichenden Militarisierung der polnischen Verteidigungspolitik führen. Eine der größten Herausforderungen bei der Mitglieds-NATOisierung Polens bildete die Ausbildung einer ausreichenden Zahl zivilen und militärischen

Personals, das über die notwendigen Qualifikationen für die Verwendungen bei der NATO verfügte. Im Januar 2002 erläuterte Polens künftiger NATO-Botschafter, Andrzej Towpik, in einem Interview in der 'Gazeta Wyborcza', dass bislang nur gut 50 Prozent jener zivilen und militärischen Positionen in den Hauptquartieren und Stäben der NATO besetzt seien, die Polen bis Ende 2003 zu bekleiden hätte (zit. nach Simon 2004a: 138).²⁸¹ Bemerkbar machten sich hierbei unzureichende Kenntnisse des Englischen als der NATO-Verkehrssprache.

Dass innerhalb des polnischen Offizierskorps nicht genug sprachlich qualifiziertes Personal zur Verfügung stand, um Polen in sprachlicher Hinsicht bei den NATO-Einrichtungen adäquat repräsentieren zu können, zeigte sich schon in der Beitrittsphase (Eyal 1997: 713). Laut einer Veröffentlichung des polnischen Verteidigungsministeriums von 1998 konnten lediglich 4.000 der damals noch 65.000 Offiziere Englisch, davon allerdings nur die Hälfte, d.h. 2000 Personen, auf einem mittleren oder hohen Sprachniveau (Vogel 1999: 214). Wird bei der Bewertung dieser Angaben berücksichtigt, dass der Beitritt Polens zur NATO kurz bevorstand und somit die Darstellung einer bestmöglichen Performanz im ministeriellen Interesse lag, ist davon auszugehen, dass es innerhalb des polnischen Offizierskorps faktisch noch schlechter um die Englischkenntnisse bestellt war. Dementsprechend war die Personaldecke für NATO-Verwendungen äußerst dünn, weil mit mittleren oder geringen Englischkenntnissen derartige Positionen nicht besetzt werden können.²⁸² Bedenklich ist in diesem Zusammenhang auch, dass es für die zivilen Mitarbeiter des polnischen Verteidigungsministeriums nur wenige Fortbildungsmöglichkeiten gab (und gibt), um ihre Sprachkenntnisse zu verbessern (Gogolewska 2006: 105).

²⁸¹ Die Vertretung setzte sich aus einer politischen Abteilung – einer Gruppe aus Diplomaten (in der Regel aus dem Außenministerium) und Verteidigungsreferenten (in der Regel zivile Experten des Verteidigungsministeriums) zusammen – sowie aus einer militärischen Abteilung mit Offizieren.

²⁸² Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die polnischen Streitkräfte beim Beitritt Polens zur NATO im März 1999 nur über sechs (!) Piloten verfügten, die genügend Englischkenntnisse und Wissen über die erforderlichen NATO-Prozeduren nachweisen konnten (Vogel 1999: 214).

Neben der Frage nach der Zahl und der Qualität des zivilen Personals im Verteidigungsministerium ist auch jene nach der Ausgestaltung der zivil-militärischen Arbeitsbeziehungen zentral, um die Qualität des Transformationsprozesses bewerten zu können. Äußerst schwierig gestaltete sich die Entwicklung eines kooperativen, auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt basierenden Arbeitsverhältnisses zwischen zivilen und militärischen Akteuren aufgrund von drei Problemkreisen. Zum einen bestanden insbesondere bis zur (weitestgehenden) Beseitigung der Kompetenzstreitigkeiten durch die Verfassung von 1997 gravierende Spannungen zwischen den zivilen Entscheidungsträgern. Die dadurch begünstigten machtpolitischen Auseinandersetzungen absorbierten viele Kapazitäten und machten etliche Anstrengungen zur Reorganisation des Verteidigungsministeriums zunichte (Michta 1997: 87-91).

Zum anderen wirkten sich die zivil-zivilen Konflikte hinderlich auf die erforderliche Neugestaltung der Beziehungen zum militärischen Personal des Ministeriums aus.²⁸³ Insbesondere die ältere Generation der Streitkräfte kritisierte die zivile Führung wegen ihres mangelnden militärischen Wissens (Szemerényi 1996: 11). Ausgeprägt war innerhalb dieser Generation auch ein generelles Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern. Durch die seitens der zivilen Führung angestrebten Verteidigungsreformen fühlten sich weite Kreise der älteren Militärs in ihren persönlichen Einstellungen und Denkweisen attackiert. Verstärkt wurde diese subjektiv empfundene Infragestellung durch zwei Entwicklungen: Erstens provozierte die zunehmende Präsenz von Zivilisten im Verteidigungsministerium beim militärischen Personal Abwehrreaktionen (Szemerényi 1996: 12). Zweitens speiste sich der militärische Argwohn vermutlich daraus, dass viele der im Ministerium abgestellten Offiziere im Zuge des Personalabbaus der polnischen Streitkräfte frühzeitig pensioniert worden waren und damit eine beruflich-persönliche Enttäuschung zu verkraften hatten. Stellte sich schon die zivil-militärische Zusammenarbeit auf der gleichen

²⁸³ Auch außerhalb des Ministeriums wurde die Neugestaltung der Beziehungen zwischen zivilen Entscheidungsträgern und militärischen Akteuren unterschiedlichen Rangs durch die zivil-zivilen Konflikte beeinträchtigt.

Hierarchieebene als sehr problematisch dar, potenzierte sich dies in vertikalen Arbeitsbeziehungen (Glantz 1998: 158).

Allerdings beschränkte sich die skeptische Haltung gegenüber zivilen Sicherheits- und Verteidigungsexperten nicht auf die militärischen Akteure. Auch außerhalb des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte waren Vorbehalte recht verbreitet. Festmachen lässt sich dies u.a. daran, dass bei der Inanspruchnahme sicherheits- und verteidigungspolitischer Expertise seitens des Parlaments oder der Regierung in aller Regel Offiziere als 'Experten' geladen wurden. Ein weiteres Beispiel für die zivile Skepsis ist die Verfahrensweise des ehemaligen polnischen Verteidigungsministers Komorowski bei der Besetzung von hochrangigen Positionen im Ministerium. Obschon der Generaldirektor des Ministeriums im Jahre 2000 einige der neu zu besetzenden Führungspositionen, darunter auch die mit NATO-Angelegenheiten befassten Abteilungen, für die Bewerbung von Zivilisten öffnete, unterband Komorowski dies kurz nach seinem Amtsantritt (Gogolewska 2006: 106). Ihren Niederschlag fand diese skeptische Haltung gegenüber ziviler Expertise auch darin, dass die Abteilungsleiter des Verteidigungsministeriums mehrheitlich Militärs waren, obschon der Anteil des zivilen Personals in den Abteilungen überwog. Somit waren es nicht nur die militärischen Akteure, welche die tiefgehende und nachhaltige Implementierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte unterliefen.

Unter den Zivilisten bestehen aber nicht nur Vorbehalte gegenüber zivilen Verteidigungsexperten, sondern auch gegenüber den Streitkräften – und damit auch gegenüber den militärischen Kollegen im Ministerium. Vorherrschend war diese Antipathie vor allem unter jenen Zivilisten verbreitet, die sich während der kommunistischen Ära in der politischen Opposition gegenüber dem herrschenden Regime befunden hatten (Szemerényi 1996: 11; Betz 2004a: 5).²⁸⁴ Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, dass nach der Verhängung des

²⁸⁴ Jacek Raciborski (2007: 31) hat in seinen Untersuchungen zu dem Rekrutierungspfad und den Qualifikationen polnischer Entscheidungsträger herausgearbeitet, dass die Erfahrungen aus der Solidarność-Ära einen starken Einfluss auf die Entwicklung ideologischer Einstellungen gehabt haben.

Kriegsrechtes im Dezember 1981 hochrangige Offiziere mehr und mehr Positionen in der staatlichen Führung einnahmen (Betz 2004a: 24). Somit vollzog sich eine Verschmelzung politischer und militärischer Positionen, die in den Augen der Solidarność-Aktivisten bzw. -Sympathisanten die Identifizierung der militärischen Führung mit dem kommunistischen Regime begünstigt haben könnte.²⁸⁵ Am nachdrücklichsten personifizierte sich diese Verschmelzung in General Jaruzelski als Vorsitzendem der Polnischen Arbeiterpartei (1981-89), Ministerpräsident der Volksrepublik Polen (1981-1985) und Staatsoberhaupt bzw. späterer Präsident der III. Republik Polen.²⁸⁶ Verstärkt wurde die ideologisch generierte Konfliktlinie zwischen zivilen und militärischen Akteuren durch die diskrepante Entlohnung. Im Vergleich zu ihren militärischen Counterparts wurden die Zivilisten im Verteidigungsministerium weitaus schlechter bezahlt und verfügten nicht über die Möglichkeit zusätzlicher Einkünfte, um die hohen Lebenshaltungskosten in Warschau zu bestreiten (Gogolewska 2006: 104).

Aus den gegenseitigen Vorbehalten resultierten innerministerielle Spannungen und bürokratische Intrigen, was die Etablierung kooperativer Arbeitsbeziehungen gravierend beeinträchtigte. Viele der Reformbemühungen, welche die häufig wechselnden Verteidigungsminister in den Jahren 1990 bis 1996 initiierten, fielen den zivil-zivilen oder zivil-militärischen Konflikten zum Opfer. Als stetiger Zankapfel erwies sich die Zuordnung der mit militärischen Ausbildungsfragen, Beschaffung, Finanzierung und internationalen Militärangelegenheiten befassten Abteilungen zum zivilen bzw. militärischen Zuständigkeitsbereich.²⁸⁷ In Abhängigkeit von den jeweiligen machtpolitischen Auseinandersetzungen

²⁸⁵ Viele der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Entscheidungsträger der III. Republik Polen hatten sich während der kommunistischen Ära in der demokratischen Opposition verdient gemacht und waren als bekennende Solidarność-Aktivisten inhaftiert worden.

²⁸⁶ Auch Coughlan (1998: 523) weist daraufhin, dass die Streitkräfte in innenpolitischen Krisensituationen, insbesondere während der Danziger Werftstreiks in den 1970er Jahren und während des Kriegsrechts Anfang der 1980er Jahre mit dem Regime und der Partei identifiziert wurden.

²⁸⁷ Die betroffenen Abteilungen wurden bereits Anfang des Jahres 1990 im Zuge der ersten Reformbemühungen etabliert.

innerhalb des Kreises der politischen Entscheidungsträger bzw. zwischen diesen und dem Generalstab wechselte die Zuordnung dieser beiden Abteilungen häufig hin und her.

Im Hinblick auf die hier zu untersuchende politische Durchsetzung der Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte begann erst mit den 1996 initiierten Reformen des damaligen Verteidigungsministers, Stanisław Dobrzański, und seines Stellvertreters, Andrzej Karkoszka, eine erfolgreiche Umstrukturierung des Ministeriums.²⁸⁸ Eine Erklärung hierfür liegt im zeitlichen Zusammenfallen dreier, die Normübernahme begünstigender Faktoren: der Wahl Kwaśniewskis zum neuen polnischen Präsidenten, das Inkrafttreten des Gesetzes über den Verteidigungsminister sowie die Bildung einer einflussreichen, schlagkräftigen Reformkoalition. Zu dieser gehörten neben Dobrzański, Karkoszka und Kwaśniewski auch Polens neuer Premierminister Cimoszewicz und Jerzy Milewski, der Direktor des Nationalen Sicherheitsbüros. Weil zumindest diese polnischen Entscheidungsträger an einem Strang zogen, vermochten sie bei der Implementierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte Erfolge zu erzielen (Epstein 2005: 80f.). Umstritten ist allerdings bis heute der institutionelle Status des Generalstabes im polnischen Verteidigungsministerium (Wągrowka 2007: 22). Zwar hat es immer wieder Versuche gegeben, alle Strukturen des Ministeriums zu vereinheitlichen und somit die betreffenden Abteilungen besser mit der Struktur des Generalstabes zu verzahnen. Doch ist der Generalstab letztlich auch nach sechsmaliger Umstrukturierung noch immer ein wenig in das Verteidigungsministerium integrierter Teil. Vielmehr hat er sich zunehmend zu einer unabhängigen Struktur entwickelt, die sich (unzulässigerweise) der Aufgabe bemächtigt, Polen in den Kontakten mit den Vertretern anderer Staaten zu repräsentieren (Gogolewska 2006: 112). Das Prinzip der geteilten Verantwortung wird somit in der politischen Praxis nicht eingehalten.

Ein zweiter Schwachpunkt der bisherigen Verteidigungsreformen besteht darin, dass diese die Kontrollbefugnisse in den Händen einiger weniger politischer

²⁸⁸ Vgl. hierzu das vorherige Kapitel 5.2.2.2.

Führungspersonen, insbesondere beim Verteidigungsminister konzentriert haben. Praktiziert wird ein

„the 'Minister Administers It All' model of the management and control of the MoD [Ministry of Defence] (...) Practically all areas of the defence sector, major and minor, became preserves of the minister. Rather than creating incentives to develop a sensible division of labour and delegation of authority within the ministry, the system favoured a military-like, rigid hierarchical structure and caused regular decision-making delays” (Gogolewska 2006: 101).

Eine Folge ist, dass die politische Spitze des Ministeriums, insbesondere der Minister, kaum Kapazitäten für die Entwicklung politischer Strategien hat, sondern vielmehr überwiegend reaktiv agiert. Verstärkt wird diese innerministerielle, organisatorische Fehlentwicklung dadurch, dass der Bildung eines professionellen zivilen Expertenkreises, der gleichsam als Rückgrat einer effektiven demokratischen Kontrolle der Streitkräfte fungieren könnte, bislang kaum Aufmerksamkeit beigemessen wird (Gogolewsa 2006: 111).

Die Institutionalisierung der Kooperationsbeziehungen zwischen Polen und der NATO wurde nicht nur durch die innerministeriellen zivil-zivilen und zivil-militärischen Konflikte behindert, sondern auch durch intraministerielle Auseinandersetzungen erschwert. Idealerweise hätten die vom Außenministerium entsandten Repräsentanten Polens im Nordatlantischen bzw. Euroatlantischen Kooperationsrat eng mit den zivilen und militärischen Kollegen im Verteidigungs- und Finanzministerium zusammenarbeiten sollen. Aufgrund der institutionellen Duplizierungen und der angespannten zivil-militärischen Arbeitsbeziehungen gestaltete sich die intraministerielle Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Pflege der Beziehungen Polens zur NATO jedoch eher problematisch (Eyal 1997: 714). Auch während der Mitglieds-NATOisierung Polens ergaben sich immer wieder Abstimmungsprobleme zwischen den unterschiedlichen Abteilungen der drei Ministerien.

5.2.2.4 Parlamentarische Kontrolle und ihre Defizite

Eine eklatante Diskrepanz zwischen der Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und der politischen Durchsetzung dieser Norm lässt sich beim polnischen Verteidigungskomitee beobachten. Etabliert

wurde dieses parlamentarische Gremium bereits 1989. In seinen Zuständigkeitsbereich fiel es, die Einhaltung jedweder Gesetze, welche die Streitkräfte betreffen, zu überprüfen (Simon 2004a: 10). In den darauffolgenden Jahren nahmen die Überwachungsmöglichkeiten des Komitees stetig zu (Latawski 2006: 37), ohne dass diese allerdings politisch durchgesetzt worden wären (Dutkiewicz 2004: 92). Bis Mitte der 1990er Jahre nahm das Verteidigungskomitee seine parlamentarischen Aufsichtspflichten nur in begrenztem Maße wahr. Offenkundig wurde das Auseinanderklaffen der parlamentarischen Kontrolle in Verfassung und Verfassungswirklichkeit bei der Drawsko-Krise im Jahre 1994. Zwar kritisierte das Komitee das normverletzende Verhalten von Präsident Wałęsa und des Generalstabs, doch zog es diese Akteure nicht zur Rechenschaft (Dutkiewicz 2004: 85). Vielmehr beschränkte sich das Verteidigungskomitee darauf, die Implementierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte deklaratorisch einzufordern. Darüber hinaus erhielten Generalstabschef Wilecki und zwei weitere Generalstabsmitglieder, die sich während des Treffens in Drawsko für den Rücktritt des damaligen Verteidigungsministers Kołodziejczyk ausgesprochen hatten, im Januar 1995 gar Bonifikationen von Wałęsa, ohne dass das Komitee Einspruch eingelegt hätte (Michta 2002: 170). Eine Reaktion des Gremiums blieb auch aus, als Generalstabschef Wilecki im August 1995 öffentlich die dem Militär durch die Politik zugewiesenen Mittel als unzureichend kritisierte.

Diesem Negativposten in der parlamentarischen Kontrollbilanz steht die Ablehnung des Gesetzesvorschlags von Präsident Wałęsa im Januar 1995 entgegen, der die Stärkung der Kompetenzen des Generalstabes und die Schwächung jener des Verteidigungsministers vorgesehen hatte (Simon 2004a: 40). Vielmehr verständigte sich das Parlament auf einen gesetzlichen Gegenentwurf zur Klärung des Verhältnisses zwischen Verteidigungsminister und Generalstab, und brachte das Gesetz über den Verteidigungsminister auf den Weg. Die zivil-zivilen Konflikte im Verlauf der politischen Durchsetzung parlamentarischer Kontrollbefugnisse beschränkten sich nicht auf das Verhältnis zwischen Präsident und Parlament. Sie traten auch in der Beziehung zwischen Verteidigungsminister und Legislative bei der Überwachung des Verteidigungshaushaltes zu Tage. Exemplarisch hierfür kann die Haltung des

früheren Verteidigungsministers Kołodziejczyk angeführt werden, der sich bei der Beschaffung neuer Flugzeuge für die polnische Luftwaffe nicht vom Parlament vorschreiben lassen wollte, zu welchem Zwecke er die Gelder auszugeben gedenke:

„If the defense minister is supposed to bear constitutional responsibility for the Armed Forces' readiness (...) one must not tie his hands with decisions on where and how money should be spent because this way one will not succeed in making anything that would make sense (...). Under the situation that has emerged, I will submit a complaint before the Constitutional Tribunal” (zit. nach Simon 2004a: 35).

Die Schwierigkeiten des polnischen Verteidigungskomitees und des Parlaments insgesamt, ihren Aufsichtspflichten nachzukommen, ergaben sich zum einen aus einer chronischen Unterfinanzierung des Sejm (Dutkiewicz 2004: 92). Gravierender noch war der Mangel an ziviler sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischer Expertise (Dutkiewicz 2004: 90). Damit war eine essentielle Voraussetzung nicht erfüllt, um die Kontrolle des Verteidigungsbudgets und andere parlamentarische Aufsichtspflichten, inklusive der Überwachung wichtiger Vorgänge innerhalb des Verteidigungsministeriums und der Streitkräfte, effektiv ausüben zu können. Zu nennen sind hierbei insbesondere zwei Problemkomplexe. Erstens enthielt die polnische Regierung den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses wichtige Informationen vor, weil sie die Vertraulichkeit brisanter Inhalte nicht gewährleistet sah (Vogel 1999: 197). Denn auch Parlamentarier, die dem Ausschuss nicht angehörten, konnten im Allgemeinen ohne Stimmrecht an den Sitzungen teilnehmen, von denen ohnehin nur jede zweite unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Zweitens konnte das polnische Verteidigungskomitee keine ausreichende Fachkompetenz entwickeln (Eyal 1997: 713). Angesichts dessen stellte sich Ende der 1990er Jahre die Frage, wie Polen als künftiges NATO-Mitglied in der Lage sein würde, die zahlreichen Ausschüsse der Allianz, in denen komplizierte Fragenkomplexe behandelt werden, auch nur annähernd adäquat zu besetzen.

Was die parlamentarische Kontrolle der Auslandseinsätze der polnischen Streitkräfte betrifft, wird die politische Durchsetzung in der Verfassungswirklichkeit durch unklare verfassungsrechtliche Bestimmungen beeinträchtigt. Gemäß Artikel 26 Absatz 1 ist der Auftrag der Streitkräfte ausschließlich auf die territoriale

Verteidigung des Landes ausgerichtet. Nicht enthalten sind hierbei Regelungen für Einsätze im Rahmen multinationaler Strukturen wie der NATO (Kowalski 2003: 655). Legitimiert sind diese lediglich über die Klausel zur Gewährleistung der 'Sicherheit der Staatsbürger' nach Artikel 5 der Verfassung sowie über Bestimmungen in nachrangigen Gesetzen. Sowohl Artikel 5 als auch Artikel 26 Absatz 1 werden in der politischen Praxis weit ausgelegt und nicht als Beschränkungen der Einsatzmöglichkeiten verstanden (Gause 2007: 31). Gestützt sind Letztere auf das 'Gesetz über den Einsatz und die Stationierung polnischer Streitkräfte im Ausland' vom Dezember 1998 (Kowalski 2003: 667).²⁸⁹ Demzufolge besitzt der Ministerrat das Initiativrecht für Auslandseinsätze; auf Anfrage des Rates trifft der Präsident die Entscheidung (Gause 2007: 43).²⁹⁰ Das polnische Parlament hat dahingegen keine direkte Entscheidungsgewalt, sondern erhält über Artikel 117 lediglich indirekt eine Mitsprachemöglichkeit (Gause 2007: 42f.).²⁹¹ Über viele Auslandseinsätze der polnischen Streitkräfte entscheidet faktisch der Präsident, der – dem Gesetzestext entsprechend – die Sprecher der beiden Parlamentskammern lediglich „in angemessener Zeit“ informieren muss (Wągrowaska 2007: 10).

5.2.2.5 Prestige der Streitkräfte in der polnischen Gesellschaft

Die polnische Gesellschaft hat eine lang andauernde *affaire d'amour* mit ihren Streitkräften (Latawski 2006: 45). Verwurzelt in den historisch traumatischen Erfahrungen des 19. und 20. Jahrhunderts, ist die Beliebtheit des Militärs eng verwoben mit dem nationalen Bewusstsein (Wiatr 1988: 27). Aufgrund der kriegerischen Geschichte sind die polnischen Streitkräfte als „Retter der Nation“ wahrgenommen worden (Cotter/Edmunds/Forster 2005: 11). Zwar wurden sie in innenpolitischen Krisensituationen, insbesondere während der Zeit des Kriegsrechts von Dezember 1981 bis Juli 1983 mit dem Regime und der Partei

²⁸⁹ Vgl. Kowalski (2003: 667f.) zu weiteren Einzelheiten des Gesetzlautes und der Verfassungswirklichkeit.

²⁹⁰ Dementsprechend wird die polnische Armee auch als 'Regierungsarmee' bezeichnet.

²⁹¹ Ein Initiativrecht, an Entscheideentscheidungen mitzuwirken, besitzen Sejm und Senat nicht.

identifiziert (Coughlan 1998: 523). Doch betrachtete die Mehrheit der polnischen Bevölkerung die Ausrufung des Kriegszustandes durch General Jaruzelski als „the lesser of two evils“ und nicht als feindseligen Akt des polnischen Militärs gegenüber der eigenen Bevölkerung (zit. nach Coughlan 1997: 55). Jaruzelski (2006) verwies bei seiner Entscheidung auf die sowjetische Drohung einer militärischen Intervention, und begründete die Verhängung des Kriegsrechts damit, einen Bürgerkrieg verhindern zu wollen.²⁹² Im Unterschied zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten, deren Gesellschaften die jeweiligen Streitkräfte ausschließlich als ein Instrument der kommunistischen Herrschaftsausübung betrachteten, galten diese in Polen als unabhängige nationale Institution (Cotter/Edmunds/Forster 2005: 10). Ungeachtet dessen, dass verschiedentliche Angehörige der Streitkräfte Polens die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte immer wieder missachteten, genossen sie in der polnischen Bevölkerung fortwährend hohes Ansehen. Laut einer im März 2002 durchgeführten Meinungsumfrage „vertrauen“ 79 Prozent der Polen der polnischen Armee, wohingegen Polizei und den Gerichten nur Werte von 73 bzw. 38 Prozent der Befragten erreichen (Simon 2004a: 140). Jenseits des vergleichsweise hohen Prestiges in der Bevölkerung befinden sich die polnischen Streitkräfte innerhalb der Gesellschaft in einer relativ isolierten Stellung (Eyal 1997: 713). Zurückzuführen ist dieser auch heute noch gültige Befund Jonathan Eyal zufolge darauf, dass es nicht genügend zivile Verteidigungsexperten sowie sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitisch versierte Journalisten gibt, die einer fundierten Medienberichterstattung nachkommen könnten. Somit ist auch dieser Teilaspekt der NATOisierung Polens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen von einem Mangel an ziviler Expertise geprägt.

²⁹² Zur Frage, inwieweit die sowjetische Führung sich auf den Ausbau einer Drohkulisse zu beschränken gedachte bzw. tatsächlich eine militärische Intervention in Polen in Erwägung zog, vgl. Loth (1998).

5.2.3 Bewertung des NATOisierungsgrades der zivil-militärischen Beziehungen Polens

Bei der Bewertung des NATOisierungsgrades polnischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen muss zwischen der formalen und der behaviouralen Dimension der NATOisierung sowie den entsprechenden Formen der Normübernahme unterschieden werden. Die Prozessanalyse der formalen Dimension der NATOisierung richtete ihr Augenmerk auf die Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Inwiefern diese seitens der sicherheitspolitischen Akteure Polens politisch durchgesetzt wurde, bildete den Untersuchungsfokus bei der Prozessanalyse der behaviouralen Dimension der NATOisierung.

Angesichts der veränderten politischen Initiativrechte der Verfassungsinstitutionen, der gegenseitigen Kontrollmechanismen zwischen Exekutive und Legislative sowie der Unterordnung der Streitkräfte unter einen zivilen Verteidigungsminister war die NATOisierung polnischer Sicherheitspolitik in der institutionellen Dimension beim Beitritt des Landes zur NATO weit fortgeschritten. Zugleich bestanden auch nach dem Inkrafttreten der Verfassung von 1997 institutionelle Duplizierungen der exekutiven Kontrolle der Streitkräfte. Bis 1997 existierte neben dem Verteidigungsministerium das Nationale Verteidigungskomitee (Komitet Obrony Kraju, KOK), das vom Präsidenten beherrscht wurde (Heinemann-Grüder 2003: 39).²⁹³ Als parallele Institution baute der Ministerrat ab 1994 das Komitee für Verteidigungsangelegenheiten (Komitet Spraw Obronnych Rady Ministrów, KSORM) auf, welches mittlerweile von einer Nachfolgeinstitution, dem Komitee des Ministerrates (Komitet Rady Ministrów, KRM) abgelöst worden ist. Zwar kündigte die Große Verfassung vom Oktober 1997 an, diese institutionellen Duplizierungen zu beseitigen, doch perpetuierte sie diese letztlich (Latawski 2006: 36). Denn die neue Verfassung schuf eine weitere Parallelinstitution, nämlich den Nationalen Sicherheitsrat (Rada Bezpieczeństwa Narodowego, RBN) und

²⁹³ Außer dem Präsidenten gehörten dem KOK der Premier-, Verteidigungs-, Außen- und Innenminister, mit sicherheitspolitischen Fragen befasste Parlamentsvertreter sowie der Chef des Generalstabes an.

verstärkte damit die institutionelle Konfusion. Interessant ist allerdings bei der personellen Zusammensetzung des RBN, die weitestgehend identisch ist mit jener des KOK, dass der Chef des Generalstabes durch den Präsidenten der Nationalbank ersetzt wurde (Latawski 2006: 36). Aufgabe des Nationalen Sicherheitsrates ist es, den Präsidenten bei Fragen der inneren und äußeren Sicherheit zu beraten. Im wesentlichen Unterschied zu dem KOK und dem KRM hat der RBN verfassungsmäßigen Rang. Jedoch ist die exekutive Bestimmung der polnischen Sicherheitspolitik aufgrund der beschnittenen präsidentiellen Kompetenzen in der Großen Verfassung seit 1997 faktisch beim Ministerrat bzw. dem KRM angesiedelt (Latawski 2002: 34f.). Diese institutionellen Dopplungen, die auch während Polens Mitglieds-NATOisierung fortbestanden, spiegelten die weiterhin unklare Kompetenzverteilung wider – wenn auch in deutlich abgeschwächerter Form als zu Zeiten des Verfassungsprovisoriums. Dass die grundsätzliche Frage nach der Verfasstheit des polnischen Regierungssystems, insbesondere nach der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzverteilung bis heute virulent ist, zeigt sich auch an den gegenwärtigen verfassungsrechtlichen Diskussionen in Polen. Letztlich konkurrieren hier jene beiden Vorstellungen, die auch schon den Verfassungsgebungsprozess in den 1990er Jahren prägten. Gegenüber stehen sich die Befürworter eines präsidentiellen Regierungssystems und jene, die sich für eine noch weitergehende Beschränkung der präsidentiellen Befugnisse aussprechen.²⁹⁴

Auch im Hinblick auf die behaviourale Dimension der NATOisierung polnischer Akteure im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen ist im Laufe des Untersuchungszeitraums von 1992 bis 2004 ein deutlicher Anstieg normkonformen Verhaltens zu beobachten. Immer noch kritisch zu sehen ist allerdings die Akzeptanz ziviler Hoheit seitens der militärischen Führung. Obschon das Gesetz über den Verteidigungsminister im Februar 1996 und die Große Verfassung vom Oktober 1997 die Unklarheiten der sicherheits- und

²⁹⁴ Vgl. Zoll (2010) zur aktuellen verfassungsrechtlichen Diskussion in Polen sowie zu den beiden kontären Konzeptionen.

verteidigungspolitischen Kompetenzverteilung rechtlich weitestgehend ausräumen, endeten die machtpolitischen Auseinandersetzungen über die Unterordnung der Streitkräfte damit nicht. Der Konflikt über die Frage „Wer kontrolliert wen?“ wurde auch durch die Entlassung des natoisierungsresistenten Generalstabschefs Wilecki durch Präsident Kwaśniewski im März 1997 nicht beendet. Waren bis dahin die machtpolitischen Auseinandersetzungen in erster Linie zwischen hochrangigen zivilen Entscheidungsträgern und militärischer Führung zu beobachten, verlagerten sie sich fortan in das Verteidigungsministerium, die Parteien und Streitkräfte hinein (Glantz 1998: 152).

An diesen Entwicklungen zeigt sich, dass die Schwierigkeiten bei der politischen Durchsetzung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Polen zwar einerseits aus der Stärke von Veto-Spielern resultierten, insbesondere von Präsident Wałęsa und Generalstabschef Wilecki. Zugleich wird deutlich, dass die Probleme bei der NATOisierung polnischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen nicht auf einzelne Akteure zurückgeführt werden dürfen. Denn auch die Marginalisierung vormaliger Veto-Spieler durch Abwahl oder Entlassung löste nicht die strukturellen Konflikte auf, die auf die spezifische militärische Kultur der polnischen Streitkräfte und deren Durchdringung des gesamten Sicherheits- und Verteidigungssektors zurückgehen. Insbesondere die Pfadabhängigkeit der großen Autonomie, des militärischen Informationsmonopols sowie die Kontrolle der Politikformulierung und der Militäroperationen erwiesen sich als strukturelle Hemmnisse bei der Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Zwar ist die in den 1990er Jahren stark ausgeprägte Ablehnung ziviler Hoheit seitens der militärischen Führung infolge der nunmehr sicherheits- und verteidigungspolitisch versierteren zivilen Entscheidungsträger zurückgegangen bzw. teilweise einer zunehmenden Akzeptanz gewichen (Simon 2004a: 153). Angesichts verschiedener Äußerungen einzelner Mitglieder des polnischen Generalstabes kann allerdings nicht von einer

vollständigen politischen Durchsetzung gesprochen werden.²⁹⁵ Ein großes Handicap für die politische Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bildete die nach wie vor unzureichend vorhandene zivile Expertise in der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik (Gogolewska 2006: 97). Dass die Streitkräfte letztlich nur unzureichend kontrolliert waren, zeigte sich beispielsweise am Korruptionsskandal in den mit Beschaffung befassten Abteilungen des Verteidigungsministeriums im Jahre 2001 (Gogolewska 2006: 107-111).

5.3 NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Polens als Anpassungsprozess strategisch handelnder Akteure

Gemäß dem rationalen Institutionalismus übernehmen die sicherheitspolitischen Akteure Polens die NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen, wenn die Anreize hoch und glaubwürdig sind, die machtpolitischen Kosten niedriger eingeschätzt werden als der Nutzen sowie keine Veto-Spieler vorhanden sind.

5.3.1 Hohe und glaubwürdige Anreize für die Normübernahme

Mit der Variable *Anreize* werden die Art und das Ausmaß der Anreize gemessen, die Polen bei der Übernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Aussicht gestellt werden. Die Mitgliedschaft in der NATO wird hierbei als primärer Anreiz betrachtet. Sekundäre Anreize, wie die Bereitstellung von Informationen, technische Hilfestellung bei der Umstrukturierung des Sicherheits- und Verteidigungssektors, insbesondere bei der Zivilisierung des Verteidigungsministeriums und der Entwicklung eines demokratischen militärischen Professionalismus innerhalb der Streitkräfte, werden dem rationalen Institutionalismus zufolge nicht als ausschlaggebend für die Normübernahme erachtet. Inwieweit die polnischen Akteure die NATO-Mitgliedschaft Polens als

²⁹⁵ Als internalisiert kann die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte innerhalb der militärischen Führung Polens keinesfalls betrachtet werden, obschon die individuellen Einstellungen und Glaubensüberzeugungen diesbezüglich sehr variieren. Vgl. hierzu Kapitel 5.4.

hohen Anreiz betrachteten, hing von der Bedeutung ab, die sie der Allianz für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit beimaßen. Nach rational-institutionalistischer Lesart des Prozesses der NATOisierung ist es entscheidend, ob die NATO aus Sicht der polnischen Akteure in der Lage ist, ihnen im Falle der Normübernahme Vorteile zu verschaffen, die sie sich anderweitig nicht verschaffen können.

Für die im Folgenden zu untersuchende (potenzielle) Wirkung des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft ist es darüber hinaus unabdingbar, dass dieser von den polnischen Akteuren als *glaubwürdig* bewertet wird. Die Glaubwürdigkeit umfasst hierbei zwei Aspekte: Erstens die Glaubwürdigkeit der Drohung, im Falle einer nicht erfolgten Normübernahme die in Aussicht gestellte Belohnung zu verwehren bzw. Strafmaßnahmen durchzuführen. Zweitens die Glaubwürdigkeit des Beitrittsversprechens: Die polnische Regierung muss sich sicher sein, dass der polnische Staat bei Übernahme der NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen in die Allianz aufgenommen wird. Für eine tiefgreifende und nachhaltige Implementierung der NATO-Normen im Verteidigungsministerium und innerhalb der Streitkräfte, die maßgeblich von der militärischen Führung abhängt, ist auch deren Bewertung der Glaubwürdigkeit des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft essentiell.

5.3.1.1 Höhe des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft aus der Sicht polnischer Akteure

Angesichts der übergeordneten Bedeutung, die der NATO in der polnischen Sicherheitskonzeption beigemessen wurde, bildete die Mitgliedschaft in der Allianz einen hohen Anreiz für die Normübernahme im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Sowohl das Dokument zur 'Sicherheitspolitik und Verteidigungsstrategie der Republik Polen', das das höchste sicherheitspolitische Gremium Polens – das Komitee für Landesverteidigung – am 2. November 1992 verabschiedete, als auch Präsident Wałęsa räumten der NATO-Mitgliedschaft Polens oberste außenpolitische Priorität ein. Jenseits dieser offiziellen Staatsräson, die maßgeblich von führenden Politikern des liberalen Parteienspektrums geprägt wurde, unterschieden sich die Positionen polnischer

Parteien und Politiker zur Frage der NATO-Mitgliedschaft während der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch recht stark.²⁹⁶

Am stärksten wich das exkommunistische Lager von der konsequenten Annäherung an die NATO ab, die die unterschiedlichen polnischen Koalitionsregierungen und Präsident Wałęsa in den Jahren 1989 bis 1993 verfolgten.²⁹⁷ Innerhalb des nationalen sicherheitspolitischen Diskurses sprachen sich führende Politiker der SLD (Sojusz Lewicy Demokratycznej, Demokratische Linksallianz) wiederholt sehr kritisch gegenüber einer Mitgliedschaft Polens in der NATO aus (Koszel 1996: 96f.). Noch im Vorfeld der Parlamentswahlen vom September 1993 bewerteten verschiedene SLD-Politiker die OSZE als bedeutendste Sicherheitsinstitution in Europa (Bieniek 2005: 84). Als ein zentrales Argument gegen die NATO-Mitgliedschaft Polens führte der außenpolitische Experte der SLD, Tadeusz Iwiński, die hohen militärischen Anpassungskosten an, die seiner Ansicht nach wertvolle, anderweitig zu nutzende Ressourcen verschwendeten (zit. nach Bieniek 2005: 83).

Allerdings vollzog die SLD nach der Regierungsübernahme im September 1993 einen drastischen Kurswechsel, und unterstützte die NATO-Mitgliedschaft Polens nunmehr vorbehaltlos. Zurückführen lässt sich dieser sicherheitspolitische Umschwung auf drei Faktoren. Der gescheiterte Militärputsch gegen die Jelzin-Regierung im Oktober 1993 und die Wahlergebnisse zur Duma im Dezember 1993 riefen die historisch geprägten Bedrohungsängste innerhalb der polnischen Elite wach. Gemäß dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der SLD im Sejm, Jerzy Smajdziński, änderte die SLD ihre Position zur NATO-Mitgliedschaft Polens „nach dem Beschluss des Parlaments und der Zunahme des Einflusses der Armee und

²⁹⁶ Dem liberalen Parteienspektrum lassen sich die KLD (Kongres Liberalno-Demokratyczny, Liberal-Demokratischer Kongress) und die UD (Unia Demokratyczna, Demokratische Union) bis 1993 zuordnen sowie die UW (Unia Wolności, Freiheitsunion) ab 1993. Vgl. Ziemer (1997) zur Entwicklung des polnischen Parteiensystems nach 1989.

²⁹⁷ Von 1989 bis zu den Parlamentswahlen im September 1993 gab es fünf unterschiedliche Regierungskoalitionen. Vgl. Bingen (1999) zu dieser Phase häufiger Regierungswechsel.

der Nationalisten in Russland“ (zit. nach Koszel 1996: 97). Darüber hinaus war die Befürwortung der polnischen NATO-Mitgliedschaft durch die SLD dem Ansinnen geschuldet, sich als rundum erneuerte Partei zu präsentieren, die nicht mehr in Verbindung mit der kommunistischen Parteiführung gesehen werden wollte (Kostrzewa-Zorbas 1999). Kurz nach seinem Amtsantritt als Außenminister der SLD/PSL-Koalition erklärte Andrzej Olechowski in einer Sejmdebatte, das wichtigste Ziel seiner Regierung sei es, die „Bedingungen für die Kompatibilität des polnischen Verteidigungssystems“ mit den Strukturen der NATO zu schaffen (zit. nach Koszel 1996: 97).

Ein ambivalentes Bild ergibt auch die Analyse des Verhaltens und der Äußerungen von Präsident Lech Wałęsa. Einerseits befürwortete er die NATO-Mitgliedschaft während seiner Amtszeit von 1990 bis 1995 stetig. Exemplarisch hierfür können seine Ansprache in Brüssel am 3. Juli 1991 oder sein Schreiben an den NATO-Generalsekretär Manfred Wörner vom 1. September 1993 angeführt werden, in dem er den Beitritt Polens zur NATO als Hauptziel polnischer Außenpolitik darstellte (Schwarz/Tkaczyński/Vogel 1997: 196). Die beständige Annäherung Polens an die NATO trotz mitunter im Jahrestakt wechselnder Regierungen und häufiger Parlamentswahlen wird ebenfalls auf die Kontinuität im Präsidentenamt zurückgeführt. Aufgrund seiner weitreichenden verfassungsrechtlichen Kompetenzen habe Wałęsa als Garant der sicherheitspolitischen Kontinuität Polens fungiert (Bingen 1994: 11f.; Gießmann 1995: 69). Eingeschränkt werden muss diese Bewertung allerdings angesichts des von Wałęsa im Frühjahr 1992 unterbreiteten Vorschlags einer so genannten NATO-II. Diese Idee sah einen Zusammenschluss der ostmitteleuropäischen Staaten zu einem NATO-ähnlichen Sicherheitssystem vor (Bieniek 2005: 86).²⁹⁸ Von konsistenten Verfechtern der atlantischen Option polnischer Sicherheitspolitik, wie dem mehrfachen Verteidigungsminister Onyszkiewicz, wurde dieser außenpolitische Alleingang Wałęsas als „reargued action against pursuit of NATO membership“ betrachtet (zit. nach Kupiecki 2001: 252). Auch im Jahre 1995, als

²⁹⁸ Vgl. zu den Hintergründen dieses Vorschlags Kupiecki (2001: 251f.).

bereits ein breiter parteiübergreifender Konsens hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft Polens bestand, bezeichnete Wałęsa seinen Vorschlag noch immer als relevant. Allerdings muss die Idee einer NATO-II als unausgegoren betrachtet werden: Einerseits sah Wałęsa die Beteiligung der USA an diesem verteidigungspolitischen Bündnis der ostmitteleuropäischen Staaten nicht vor. Andererseits befürwortete er gleichzeitig und ausdrücklich die Ausweitung der NATO-Strukturen auf Ostmitteleuropa.

Die unterschiedlichen Premier-, Außen- und Verteidigungsminister der jeweiligen Regierungskoalitionen lehnten die NATO-II-Initiative des Präsidenten jedoch entschieden ab. Vielmehr strebten sie – ungeachtet ihrer jeweiligen Parteizugehörigkeit – konsequent die Annäherung Polens an die NATO an. Dass die NATO-Mitgliedschaft in ihren Augen einen hohen Anreiz darstellte, machte u.a. der erste Außenminister der III. Republik Polen, Krzysztof Skubiszewski, unmissverständlich deutlich, als er bei einer Diskussionsrunde im September 1993 in Bonn jedwede sicherheitspolitische Alternative dezidiert ablehnte:

„Niemand [kann] in Form eines Schemas denken, das auf einer Art 'Grauzone' oder 'Pufferzone' neutraler Staaten basiert, die der Rivalität oder den Einflüssen starker Staaten oder Mächte ausgesetzt sind, wie dies insbesondere auf Polen und seine Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion [sic] zutrifft“ (zit. nach Przystrom 1997: 104).

Dass einzig die NATO-Mitgliedschaft als Garantie der nationalen Sicherheit Polens erachtet wurde, hob auch der ehemalige Verteidigungsminister Onyszkiewicz hervor. Wenngleich Polen sich von keinem Staat direkt bedroht fühle, bedeute dies mitnichten, „that a black scenario would not materialise in 10 or 20 years time“ (Onyszkiewicz 2002: 218). Angesichts dessen kann die NATO-Mitgliedschaft unter den zivilen Entscheidungsträgern zumindest seit dem Ende 1993 vollzogenen sicherheitspolitischen Kurswechsel der SLD-Führung als ein hoher Anreiz für die Normübernahme bewertet werden.²⁹⁹

²⁹⁹ Neben Präsident Wałęsa fungierten einige liberale Politiker an der Spitze des Außen- und Verteidigungsministeriums als Garanten einer kontinuierlichen Umsetzung der sicherheitspolitischen Leitlinien Polens (Bieniek 2005: 96).

Innerhalb der polnischen Streitkräfte ergibt sich ein gemischtes Bild. Einerseits unterstützten mehr als 60 Prozent des polnischen Offizierskorps das außenpolitische Ziel der NATO-Mitgliedschaft Polens (Szemerényi 1996: 48). Geschuldet war dieser im ostmitteleuropäischen Vergleich hohe Anspruch dem Ansinnen der militärischen Führung, die Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft für die angestrebte Modernisierung der polnischen Streitkräfte zu nutzen. Insbesondere vor dem Hintergrund der budgetären Engpässe Polens konnte der Generalstab gegenüber den polnischen Regierungen auf das Beitrittskriterium der militärischen Interoperabilität verweisen, um entsprechende finanzielle Zuwendungen sicherzustellen. Andererseits standen die von der militärischen Führung präferierten Zielsetzungen der polnischen Streitkräfte reform sowie der Verteidigungsdoktrin in diametralem Gegensatz zu den für die NATO-Mitgliedschaft erforderlichen Anpassungen. Zum einen strebte der Generalstab unter der Führung von General Tadeusz Wilecki Streitkräfte reformen an, die primär auf die territoriale Landesverteidigung ausgerichtet waren. Zum anderen bevorzugte der Generalstab noch in den Jahren 1997 und 1998, als die polnische Regierung bereits Beitrittsgespräche mit der NATO führte, eine stark national ausgerichtete Sicherheitsstrategie und Verteidigungsdoktrin, in der sich die für die NATOisierung erforderliche Internationalisierung nicht widerspiegelte (Epstein 2003). Somit stellte die Mitgliedschaft in der Allianz aus Sicht der militärischen Führung Polens nur einen partiellen Anreiz dar, gleichwohl einen weitaus stärkeren unter den jüngeren Offiziersangehörigen.

5.3.1.2 NATO-Mitgliedschaft in den Augen polnischer Akteure: (k)ein glaubwürdiger Anreiz?

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre bildete die NATO-Mitgliedschaft aus Sicht der polnischen Akteure keinen glaubwürdigen Anreiz für die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Dass die Mitgliedsfrage „zum jetzigen Zeitpunkt nicht zur Diskussion steht“, ließ NATO-Generalsekretär Wörner bei seinem Besuch in Warschau im März 1992 verlauten (zit. nach Koszel 1996: 95). Ein positives Zeichen setzte dahingegen der damalige amerikanische Verteidigungsminister, Richard Cheney, im November 1992, als er sich für die Aufnahme Polens in die NATO aussprach (Koszel 1996: 100) – ohne allerdings

einen konkreten Beitrittstermin zu nennen. Keine eindeutige Reaktion von der NATO erhielten Polens Verteidigungsminister Onyszkiewicz und Präsident Wałęsa auf ihr offizielles Beitrittsgesuch, das sie am 17. September 1993 nach Brüssel sendeten (Piotrowski/Rachwald 2001: 113). Mit Ausnahme der positiven Verlautbarung Richard Cheneys, die dieser allerdings während der letzten Tage der Administration von George W. Bush senior äußerte, gaben die bilateralen Kontakte Polens mit den NATO-Mitgliedstaaten in den Jahren 1992 und 1993 keinen Anlass auf eine baldige Mitgliedschaft zu hoffen.

Auch das seitens der NATO im Januar 1994 aufgelegte PfP-Programm stellte aus Sicht der polnischen Entscheidungsträger keinen glaubwürdigen Anreiz dar. Der damalige Außenminister Olechowski bewertete die PfP als „too small a step in the right direction“ (RFE/RL 1994a: 3). Eine der maßgeblichen polnischen Tageszeitungen, die *Gazeta Wyborcza*, titelte in ihrem Beitrag über die PfP „Keine Illusionen, meine Herren!“ (zit. nach Koszel 1996: 97). Der Berater von Präsident Wałęsa bezeichnete die PfP gar als „Jalta II“ und bemühte mit Blick auf die zögerliche Haltung der NATO gegenüber der Frage der Osterweiterung einen historischen (schiefen) Vergleich, wonach die Polen „have gone from Chamberlain’s umbrella to Clinton’s saxophone“ (zit. nach Kay 1998: 71f.). Zwar eröffnete die PfP Polen Konsultationsmöglichkeiten mit der NATO im Falle einer direkten Bedrohung nach Artikel 4 des Washingtoner Vertrags. Sie enthielt jedoch keine Sicherheitsgarantie und rückte aus polnischer Perspektive eine rasche Mitgliedschaft in weite Ferne, obschon das PfP-Rahmendokument diese Möglichkeit nicht ausschloss (Kupiecki 2001: 261). Neben der fehlenden Sicherheitsgarantie speiste sich die reservierte Haltung der polnischen Entscheidungsträger gegenüber der PfP auch aus der Befürchtung, es handele sich um eine Verzögerungstaktik der NATO (Karkoszka 1994: 24).³⁰⁰ Nach einem Treffen mittelosteuropäischer Regierungsvertreter mit Präsident Clinton in Prag am 12. Januar 1994 verbalisierte Außenminister Olechowski den Standpunkt

³⁰⁰ Auf diese beiden Quellen des polnischen Argwohns gegenüber der PfP verweisen auch Herspring (2000: 88) und Kupiecki (2001: 262).

Warschau: „We have many promises, political declarations, but we lack specific prospects“ (PAP, 13.1.1994). Somit war die rational-institutionalistische Erfolgsbedingung eines glaubwürdigen Anreizes für die Normübernahme auch während der ersten Hälfte des Jahres 1994 nicht erfüllt. Vielmehr erschwerte das Fehlen einer glaubwürdigen Beitrittsperspektive Olechowski zufolge, die nötige innenpolitische Unterstützung für die im PfP-Programm formulierten Vorgaben sicherzustellen (Kupiecki 2001: 263).

Erst mit der Ansprache des amerikanischen Präsidenten Clinton vor dem Sejm am 7. Juli 1994 erhielt die Option eines Beitritts Polens zur Allianz aus der Sicht polnischer Entscheidungsträger eine höhere Glaubwürdigkeit. Clinton zufolge hinge die Erweiterung der NATO nicht von der Entstehung einer neuen Bedrohung in Europa ab. Vielmehr seien die USA der Auffassung,

„that when NATO does expand, as it will, a democratic Poland will have placed itself among those ready and able to join The Partnership for Peace and planning for NATO's future, mean that we will not let the Iron Curtain be replaced with a veil of indifference“ (zit. nach Borawski 1995: 241).

Obschon diese Rede die Hoffnung Warschau auf eine NATO-Mitgliedschaft nährte, fühlte sich die politische Führung aufgrund der als Verzögerungstaktik empfundenen Erweiterungspolitik der Allianz gemäß einem polnischen Diplomaten „been pushed to the dustbin. We [the central European countries] are being cheated – this is very distressing“ (zit. nach Borawski 1995: 245).

Der positive Anreiz, bei entsprechenden Reformen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen zuverlässig in die NATO aufgenommen zu werden, war aus Sicht der polnischen Entscheidungsträger mit dem Erscheinen der NATO-Erweiterungsstudie im September 1995 gegeben. Zugleich griffen NATO-Repräsentanten in den Jahren 1994 und 1995 wiederholt auf negative Anreize in Form von *shaming* und *blaming* zurück, um die polnischen Entscheidungsträger zur Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu bewegen. Angesichts der sich zuspitzenden machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Präsident Wałęsa sowie den unterschiedlichen Premier- und Verteidigungsministern über die Unterordnung des Generalstabes gab NATO-Generalsekretär Javier Solana der polnischen Führung zu bedenken:

„I'm not going to tell you how to write your constitution, but I can tell you, that what happens concerns us“ (zit. nach Jacoby 2004: 139). Darüber hinaus unterstrich die NATO in ihrem im September 1995 veröffentlichten Bericht über die Reformfortschritte Polens drei Aspekte:

„The military must realize that it is not the ultimate guardian of the state's social/political order, nor is it the exclusive definer of the national interest; second, the states must assign to the military a credible and honourable role in national defense and accomplishing state goals; and third, the states must prevent civilian politicians and military officers from misusing the military's monopoly of force to attain political goals or resolve partisan political disputes“ (Field/Jensen 1998: 139).

Mehrere amerikanische Kongressanalysen (Gallies 1995) sowie einige NATO-Repräsentanten mahnten an (Michta 2002: 170), dass Polen seine Chance auf die Aufnahme ins Bündnis nicht durch die unzureichende Erfüllung des Beitrittskriteriums einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte verspielen dürfe.

Geschwächt wurde die Wirkung der Sozialisationspraktik der materiellen Verstärkung und des sozialen Einflusses allerdings durch die bis zum Herbst 1996 bestehende Unklarheit hinsichtlich des Zeitpunktes eines möglichen Beitritts in die NATO. Beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister im norwegischen Bergen im September 1996 kündigte Amerikas Verteidigungsminister, William Perry, den Beginn von Beitrittsverhandlungen für aufnahmewillige Länder schließlich für das Jahr 1997 an (Vogel 1999: 273). Die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten legten beim ihrem Treffen am 10. Dezember 1996 den auf Juli 1997 terminierten Madrider Gipfel als Entscheidungsdatum für die Einladung der ersten Beitrittskandidaten fest (Vogel 1999: 273). Mit diesem Beschluss kann die rational-institutionalistische Erfolgsbedingung eines glaubwürdigen Anreizes für die Normübernahme als erfüllt betrachtet werden.

Hohe und glaubwürdige Anreize sind zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Übernahme der NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Entscheidend sind hierbei die Kosten-Nutzen-Kalküle der sicherheitspolitischen Akteure Polens.

5.3.2 Innenpolitische Anpassungskosten der Normübernahme

Die polnische Regierung, insbesondere die Präsidenten Wałęsa und Kwaśniewski, die verschiedenen Verteidigungs-, Außen- und Premierminister, sowie der Generalstab befanden darüber, ob sie die Kosten der Normübernahme für die in Aussicht stehende Belohnung – die Mitgliedschaft in der NATO – zu tragen bereit waren. Operationalisiert wird die *Variable Kosten* entlang dreier Dimensionen: Verfügung über Ressourcen und Kompetenzen, Einfluss auf Politikergebnisse sowie Kontrolle von Akteuren im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Quer zu diesen drei Dimensionen liegt ein vierter Faktor, der die instrumentellen Erwägungen der polnischen Akteure (potenziell) beeinflusste, nämlich die Sicherung von Wählerstimmen. Inwieweit das bei den polnischen Politikern grundsätzlich bestehende Motiv der Wiederwahl ihr Verhalten bei der Normübernahme beeinflusste, hing davon ab, welchen Stellenwert die NATO-Mitgliedschaft innerhalb der Bevölkerung bzw. den unterschiedlichen Wählergruppen hatte.

Wie auch bei der Bewertung der Höhe und der Glaubwürdigkeit des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft, können sich die unterschiedlichen Akteure und Akteursgruppen Polens in ihren strategischen Kalkulationen erheblich unterscheiden. Maßgeblichen Einfluss auf die Kosten-Nutzen-Kalküle der Akteure hat nach rational-institutionalistischer Lesart die Veränderung der Opportunitätsstruktur, die mit der Normübernahme einhergeht. Dementsprechend ist für die Überprüfung der Erfolgsbedingung niedriger innenpolitischer Anpassungskosten die Frage zentral, mit welchen machtpolitischen Veränderungen die Normübernahme für die unterschiedlichen Akteure und Akteursgruppen Polens verbunden war. Darüber hinaus ist mit Blick auf das Motiv der Wiederwahl wichtig, wie hoch die Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft und das Ansehen der Streitkräfte innerhalb der polnischen Gesellschaft waren. Als entscheidend für den Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung werden aus rational-institutionalistischer Sicht insbesondere zwei Akteursgruppen angenommen: die Veto-Spieler und die NATO-Opportunisten.

5.3.2.1 Präsident Wałęsa und der Generalstab als Veto-Spieler

Hinsichtlich der innenpolitischen Anpassungskosten der Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte lassen sich die polnischen Akteure in zwei Lager aufteilen, die konkurrierende Modelle zivil-militärischer Beziehungen vertraten. Präsident Wałęsa und der Generalstab unter der Führung von Generalstabschef Wilecki favorisierten eine Konzentration sicherheits- und verteidigungspolitischer Kompetenzen beim Präsidenten, bei gleichzeitiger großer Autonomie des Militärs und einer privilegierten Stellung des Generalstabes (Epstein 2005: 71). Präsident Wałęsa widersetzte sich der Unterordnung der Streitkräfte unter den Verteidigungsminister sowie der Stärkung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse, weil er keinen Verlust von Kompetenzen und Ressourcen, von Einfluss auf Politikergebnisse sowie der Kontrolle von Akteuren hinnehmen wollte. Vielmehr strebte er eine Gestaltung der zivil-militärischen Beziehungen Polens in Übereinstimmung mit dem ägyptischen Modell an, das eine weitere Stärkung der ohnehin schon umfassenden präsidentiellen Kompetenzen im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik implizierte (Epstein 2006: 273). Seinem machtpolitischen Führungsanspruch suchte Wałęsa mit einer mittlerweile berühmten Sentenz eine nachgerade biblische Dimension zu verleihen: „Polen wird es gut gehen, denn ich bin mit dem Volk“ (zit. nach Pradetto/Weckmüller 2002: 215). Dass seine politischen Praktiken in diametralem Gegensatz zu demokratischen Prinzipien standen, trat bei seinem Verhalten in der Drawsko-Affäre im Sommer 1994 besonders drastisch zu Tage. Unter Ausnutzung sämtlicher verfassungsrechtlicher Grauzonen verfolgte Polens damaliger Präsident seine machtpolitischen Ambitionen bis zum Ende seiner Amtszeit. Eingedenk dessen ist Elizabeth Coughlan in ihrer Bewertung der gescheiterten Wiederwahl Wałęsas und der Übernahme des Präsidentenamtes durch Aleksander Kwaśniewski beizupflichten:

„In Poland, the single largest event contributing to positive development in the domain of civil-military relations was not a change of attitude within the military but rather a change in the political leadership“ (Coughlan 1998: 530).

Zugute kam Wałęsa bei seinen machtpolitischen Auseinandersetzungen mit den polnischen Premier- und Verteidigungsministern sowie dem Parlament, dass die

Mehrheit des polnischen Generalstabs unter Führung Wileckis am gleichen Strang zog. Neben dem Präsidenten fungierte die militärische Führung als zweiter Veto-Spieler bei der NATOisierung Polens. Es lag nicht im Interesse des Generalstabes, sich neuen zivil-demokratischen Autoritäten zu unterstellen oder sich in Sicherheitsgemeinschaften mit einer gemeinsamen Befehls- und Kommandogewalt einzubinden (Epstein 2005: 72). Implizierte die demokratische Rechenschaftspflicht und die Mitgliedschaft in der NATO doch einen Verlust an Autonomie und damit auch an Einflussmöglichkeiten im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik.³⁰¹ Unter der Führung Wileckis vertrat der polnische Generalstab die Auffassung, dass Polen eine große unabhängige Armee aufrechterhalten sollte, ungeachtet der finanziell angespannten Haushaltslage und der seitens der NATO geforderten Interoperabilität der polnischen Streitkräfte (Michta 1999b: 64). Aus den verschiedenen Krisen in den zivil-militärischen Beziehungen ging der Generalstab gestärkt hervor, weil es den jeweiligen Verteidigungsministern nicht gelang, diesen bei Kompetenzüberschreitungen in die Schranken zu weisen (Simon 2004a: 51). Darüber hinaus begünstigten die von Wałęsa geförderten personellen Instabilitäten an der Spitze des Verteidigungsministeriums den Machtzuwachs des Militärs. Von seiner Ernennung zum Generalstabschef im August 1992 bis zum Amtsantritt von Präsident Kwaśniewski im Dezember 1995 hatte Generalstabschef Wilecki mit fünf verschiedenen Verteidigungsministern zu tun (Simon 2004a: 52).

Die rational-institutionalistische Hypothese, derzufolge die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte nicht erfolgt, wenn Veto-Spieler vorhanden sind, bestätigt sich im polnischen Fall. Erst nach dem Amtsverlust von Wałęsa und der Marginalisierung der militärischen Veto-Spieler durch Präsident Kwaśniewski und Premierminister Cimoszewicz erfolgte eine rasche Normübernahme – zumindest in Verfassung und Gesetzgebung.

³⁰¹ Dass die militärische Führung Polens bis zur personellen Erneuerung in den Jahren 1996 und 1997 ihrer Rechenschaftspflicht mitnichten Genüge tat, zeigte sich u.a. daran, dass sie ihr militärisches Informationsmonopol gegenüber den zivilen Verteidigungsministern wiederholt missbrauchte. Vgl. zu diesem Aspekt des normverletzenden Verhaltens des polnischen Generalstabes Gogolewska (2006: 99).

5.3.2.2 Präsident Kwaśniewski, zivile Entscheidungsträger und Verwaltungsbeamte als NATO-Opportunisten?

Unterstützt wird die Normübernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte gemäß dem rationalen Institutionalismus von jenen Akteuren, die von der veränderten Anreiz- und Opportunitätsstruktur profitieren. Nach rational-institutionalistischer Lesart bildeten die jungen zivilen Verwaltungsbeamten des polnischen Verteidigungs- und Außenministeriums eine Gruppe von NATO-Opportunisten. Der im Laufe der NATOisierung zunehmende Anpassungsdruck Polens an die Standards der Allianz führte zu einem An- und Aufstieg junger ziviler Verwaltungsbeamter, die eine neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Polen ausarbeiteten und zivil geleitete Strukturen in der Verwaltung implementierten (Gause 2007: 33). Allerdings sah sich auch diese Gruppe von NATO-Opportunisten mit dem Widerstand der alten Militärkader gegenüber dem Prozess der Normübernahme konfrontiert (Szemerényi 1996: 11f.; Glantz 1998: 158; Gogolewska 2006: 105).

Auch die Bemühungen der unterschiedlichen polnischen Verteidigungsminister, den Generalstab ihrer Kontrolle unterzuordnen und das Verteidigungsministerium zu zivilisieren, lassen sich aus Sicht des rationalen Institutionalismus mit dem Gewinn von Ressourcen und Kompetenzen, zunehmendem Einfluss auf Politikergebnisse sowie einer verbesserten Kontrolle von Akteuren im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen plausibilisieren. Es schmälert die Erklärungskraft des rationalen Institutionalismus nicht, dass diese Reformbestrebungen bis zur Bildung der qua Amt mit großen Einflussmöglichkeiten ausgestatteten Koalition aus Präsident Kwaśniewski, Verteidigungsminister Dobrzański und seinem Stellvertreter Karkoszka, Premierminister Cimoszewicz sowie dem Direktor des Nationalen Sicherheitsbüros, Milewski, wenig erfolgreich waren. Nach dieser Lesart kann die Erfolglosigkeit der Reformansätze bis Mitte der 1990er Jahre mit der Existenz zweier starker Veto-Spieler erklärt werden. In der Tat hat insbesondere Verteidigungsminister Dobrzański im Zuge des 1996 initiierten Reformpaketes, das von seinem Nachfolger Onyszkiewicz fortgeführt wurde, seine Stellung gegenüber dem Generalstab stärken können (Simon 2004a: 58-67).

Fraglich ist indes, ob das Verhalten der zivilen Entscheidungsträger Polens bei der Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte ausschließlich machtpolitischen Erwägungen geschuldet ist. Zum einen mobilisierten die polnischen Regierungen trotz der in der ersten Hälfte der 1990er Jahre angespannten Haushaltslage und des damals noch nicht als glaubwürdig erachteten Anreizes der NATO-Mitgliedschaft schon erhebliche finanzielle Ressourcen für die Partizipation Polens am PfP-Programm. Allein die Umsetzung von 60 der spezifischen Maßnahmen, die im Individuellen Partnerschaftsprogramm Polens aufgeführt waren, kostete Polen 250 Milliarden Złotys, einen signifikanten Teil des Verteidigungsbudgets für das Jahr 1994. Verteidigungsminister Kolodziejczyk zufolge benötigten die polnischen Streitkräfte zusätzlich 500 Milliarden Złoty bzw. 23 Millionen US-Dollar, um an den Übungen im Rahmen von PfP teilnehmen zu können (Simon 1996: 18). Dabei betrug das polnische Verteidigungsbudget für das Jahr 1994 lediglich 47,8 Billionen Złoty bzw. 4,2 Milliarden US-Dollar oder 2,2 Prozent des BIP. Im Jahre 1995 machte das polnische Verteidigungsbudget ca. 2,3 Prozent des BIP aus, womit Polen sich im oberen Mittelfeld der NATO-Mitgliedstaaten platzierte (Michta 1999: 54). In dieser Größenordnung bewegte sich das Budget auch während der Beitrittsphase zur NATO (Ulrich 2000a: 45). Während der Mitglieds-NATOisierung Polens ist dieser Haushaltsposten sogar schneller angestiegen als das BIP. Somit wurde die Marke von 1,95 Prozent, die das 'Gesetz zur Restrukturierung, Modernisierung und Finanzierung der polnischen Streitkräfte' vom 25. Mai 2001 festschrieb, mehrfach überschritten (Wągrowaska 2007: 20). Bei der Bewertung des finanziellen Commitments der polnischen Regierung zur Finanzierung der Beteiligung polnischer Streitkräfte an PfP-Übungen muss allerdings in Rechnung gestellt werden, dass die Mobilisierung dieser Ressourcen von amerikanischen Zuwendungen flankiert war. So sprach Präsident Clinton von den 100 Millionen US-Dollar, die die amerikanische Regierung dem PfP-Programm zusicherte, Polen mehr als 25 Millionen US-Dollar zu (Simon 1996: 18).

Berücksichtigt werden muss bei der Rekonstruktion der machtpolitischen Kosten-Nutzen-Kalkulationen der polnischen Entscheidungsträger aus Sicht des rationalen Institutionalismus auch das Motiv der Wiederwahl. Inwiefern dieses den

Prozess der Normübernahme beeinflusst, hängt davon ab, welchen Stellenwert die Sozialisationsinhalte bei der Bevölkerung haben.³⁰² Entscheidend ist demnach, wie hoch die Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft und das Ansehen der Streitkräfte innerhalb der polnischen Gesellschaft ausfallen, und inwiefern die Bevölkerung Druck auf Entscheidungsträger ausübt, Reformen im Bereich Verteidigung durchzuführen. Im mittelosteuropäischen Vergleich lagen die Zustimmungsraten in der polnischen Bevölkerung mit Abstand am höchsten. Laut einer 1996 durchgeführten Umfrage unterstützten über 80 Prozent der Befragten den Beitritt ihres Landes zur NATO (Granville 1999: 167). Allerdings sahen es lediglich 16 Prozent als richtig an, für die Anpassung der polnischen Streitkräfte an den NATO-Standard die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, wohingegen sich 74 Prozent dagegen aussprachen (Granville 1999: 167). Somit kann das Verhalten der politischen Entscheidungsträger beim Prozess der Normübernahme nicht auf innenpolitischen Anpassungsdruck zurückgeführt werden.

Begünstigende Wirkung für die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte hatte allerdings der Anpassungsdruck, den die NATO und ihre Repräsentanten auf die polnische Regierung ausübten (Vogel 1999: 197). Insbesondere in den Krisenjahren zwischen 1994 und 1997 griff die Allianz auf die Sozialisationspraktiken der materiellen Verstärkung und des sozialen Einflusses zurück. Im Nachgang zur Drawsko-Affäre, welche die Regression des polnischen Transformationsprozesses im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen widerspiegelte, kritisierte die NATO mehrfach die Vorgehensweise Wałęsas und der militärischen Führung (Herspring 2000: 92). Darüber hinaus mahnte die Allianz an, Polen solle seine Aussichten auf die Mitgliedschaft nicht gefährden (Michta 2002: 170). Bis zur Entlassung von Generalstabschef Wilecki im März 1997 und den durch Präsident Kwaśniewski und Premierminister Cimoszewicz verfügten personellen Veränderungen in der militärischen Führung war die Einladung Polens zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gefährdet. Erst nach wiederholtem

³⁰² Vgl. auch Jacoby (2004: 143) und Schimmelfennig (2005) zur Bedeutung der Wiederwahl für den Sozialisationsprozess aus rational-institutionalistischer Perspektive.

sozialen Druck amerikanischer Amtsträger, die Mitgliedschaft im Bündnis nicht durch das Festhalten an Wilecki zu gefährden, entließ Kwaśniewski den Veto-Spieler (Epstein 2006: 280). „We have to do everything (...) so that Poland, Poland’s military enters NATO prepared in the best possible way“ (zit. nach Jacoby 2001: 182), begründete Kwaśniewski seine Entscheidung. Dass die NATO mittels ihrer Sozialisationspraktiken der materiellen Verstärkung und des sozialen Einflusses die Demokratisierung der zivil-militärischen Beziehungen Polens beschleunigte, spiegelte sich auch in der Äußerung eines hochrangigen zivilen Beamten des Nationalen Sicherheitsbüros vom Juni 2000 wider:

„NATO imposed a kind of discipline on us. We had to answer a lot of questions, to adapt our force structure, to prepare annual reports for NATO and (...) to adopt civilian democratic control of the armed forces if we wanted to be a member of the alliance“ (zit. nach Betz 2004a: 32).

Ungeachtet dieser Ergebnisse greift die Betrachtungsweise der politischen und militärischen Akteure Polens als ausschließlich instrumentell handelnde NATO-Opportunisten oder Veto-Spielern allerdings in vierfacher Hinsicht zu kurz. Zum ersten stellt sich die Frage, warum einige polnische Entscheidungsträger schon Anfang der 1990er Jahre, als noch kein glaubwürdiger Anreiz für die Normübernahme bestand, in Übereinstimmung mit den NATO-Normen redeten und handelten. Erklärungsbedürftig bleibt zweitens, warum einige polnische Akteure die NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen selbst dann unterstützten, als die Normübernahme mit mehr Kosten als Nutzen für sie verbunden war. Nicht erfasst wird aus rational-institutionalistischer Perspektive drittens der Einfluss der NATO auf die Identitäts- und Interessensbildung der polnischen Akteure, insbesondere auf jene der zivilen Entscheidungsträger sowie der jüngeren Generation der Verwaltungsbeamten und der Offiziersangehörigen. Zwar lässt sich der Widerstand der beiden Veto-Spieler im sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess Polens unter Rückgriff auf den rationalen Institutionalismus überzeugend plausibilisieren. Erklärungsbedürftig bleibt aus dieser theoretischen Perspektive zum vierten jedoch, warum militärische Akteure die zivile Hoheit auch in Situationen in Frage stellten, in denen sie hohe Kosten für ihr normverletzendes Verhalten – bis hin zu Disziplinarmaßnahmen – in Kauf nehmen mussten. Auch

das Beharren des polnischen Generalstabs 1998, trotz des bevorstehenden Beitritts Polens zur NATO an der auf nationalstaatliche territoriale Verteidigung ausgerichteten Doktrin festzuhalten, verweist auf Erklärungsschwächen des rationalen Institutionalismus. Inwiefern sich die angesprochenen Erklärungslücken sowie der Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung Polens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen aus Sicht des konstruktivistischen Institutionalismus plausibilisieren lassen, steht im Mittelpunkt des folgenden Kapitels.

5.4 NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Polens als normativer Überzeugungsprozess

Gemäß dem konstruktivistischen Institutionalismus übernehmen die polnischen Akteure die NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen, wenn die Identifizierung mit der NATO groß ist, die Legitimität und Resonanz der NATO-Normen hoch sind, sowie eine starke Koalition aus NATO-Normunternehmern gebildet werden kann.

5.4.1 Hoher Identifizierungsgrad mit der NATO als Erfolgsbedingung

Die Variable *Identifizierung* erfasst das Ausmaß, in dem sich die polnischen Akteure mit der NATO identifizieren und diese als eine Gemeinschaft betrachten, zu der sie dazu gehören möchten. Bei der Ermittlung des Identifizierungsgrades der polnischen Sozialisanden besteht die methodologische Herausforderung darin, rhetorisches Handeln von einer tatsächlich vorhandenen Identifizierung unterscheiden zu können. Ein Indikator hierfür ist die Existenz und die Stärke der demokratischen Opposition zu Zeiten des Kommunismus sowie die Rolle, die einzelne Entscheidungsträger gegebenenfalls in der kommunistischen Ära gespielt haben. Darüber hinaus bildet die zeitliche und kontextuale Konsistenz sprachlicher Äußerungen einen weiteren Indikator sowie deren Übereinstimmung mit der Verhaltensebene. Wie die folgende Überprüfung der konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingung eines hohen Identifizierungsgrades für die Normübernahme zeigen wird, weist dieser Grad sowohl zwischen den zivilen Entscheidungsträgern und der militärischen Führung als auch innerhalb der Streitkräfte große Unterschiede auf.

5.4.1.1 Identifizierungsgrad der zivilen Entscheidungsträger Polens mit der NATO

Die Überprüfung des Indikators einer starken demokratischen Opposition in der kommunistischen Ära ergibt ein positives Bild. Mit der Solidarność, die ihren Ursprung in den Danziger Werftarbeiterstreiks Anfang der 1970er Jahre nahm und bei der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981 auf eine gesamtgesellschaftliche Bewegung angewachsen war, weist Polen die im osteuropäischen Vergleich stärkste demokratische Opposition auf. Aus den Reihen der Solidarność stammten maßgebliche polnische Entscheidungsträger, wie beispielsweise Präsident Wałęsa, Außenminister Geremek, die Verteidigungsminister Onyszkiewicz, Komorowski und Szmajdziński. Obschon ein Engagement in der demokratischen Opposition eine Affinität zu liberal-demokratischen Werten nahe legt (Epstein 2005: 67), bedarf die Überprüfung der konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingung jedoch eines weiteren Indikators, nämlich des Abgleichs zwischen sprachlichen Äußerungen und der Verhaltensebene. Wie wichtig dieser – in der Argumentation von Rachel Epstein fehlende – Abgleich ist, zeigt sich insbesondere bei Polens früherem Präsidenten Wałęsa.³⁰³

Als Gewerkschaftsführer der Solidarność war Wałęsa während der kommunistischen Ära eine Schlüsselfigur der demokratischen Oppositionsbewegung. Seine Sorge, die von ihm als Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei betrachtete SLD könne die Regierungsverantwortung in der III. Republik Polen erlangen, bildete einen zentralen Topos seiner politischen Agenda Anfang der 1990er Jahre (Szemerényi 1996: 9). Obschon seine Furcht vor den „kommunistischen Relikten“

³⁰³ Auch der zweite, von Rachel Epstein (2005: 67) vorgeschlagene Indikator zur Ermittlung des Identifizierungsgrades, nämlich die Beziehungen zwischen den Streitkräften und der Gesellschaft, erweist sich bei genauerer Betrachtung als zu unspezifisch. Nicht erfasst wird hierbei, dass sich ein hohes Ansehen des Militärs in der Bevölkerung nicht zwangsläufig in eine hohe Bereitschaft übersetzt, die mit der Normübernahme verbundenen Kosten zu tragen. Insbesondere dann nicht, wenn die Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu Lasten anderer Haushaltsposten geht, was ja zwangsläufig der Fall ist.

[eigene Übersetzung] (Gołata 1997: 20) als authentisch zu beurteilen ist, dürfen die persönlichen Machtambitionen Wałęsas nicht unterschätzt werden, wie dies beispielsweise in der Bewertung von Reka Szemerényi (1996: 9f.) der Fall ist. Dass Wałęsa während seiner Amtszeit als Präsident sowohl die Marginalisierung der SLD anstrebte als auch den Einfluss des Parlaments im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen zu begrenzen suchte, war auch – wenn nicht primär – seinen persönlichen Machtambitionen geschuldet.

Wie eng die dezidierte Ablehnung des Kommunismus und der machtpolitische Führungsanspruch miteinander verschmolzen waren, zeigt sich beispielsweise in einem Interview mit der polnischen Wochenzeitung 'Wprost' anlässlich der Einladung Polens zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der NATO im Juli 1997. Es verschaffe ihm Befriedigung, so Wałęsa, seine politischen Gegner, die Ex-Kommunisten, nicht nur besiegt zu haben, sondern diese vielmehr dazu gezwungen zu haben, seine Ideen und sein Programm auch nach ihrer Regierungsübernahme im September 1993 sowie seinem Abtritt des Präsidentenamtes an den SLD-Politiker, Aleksander Kwaśniewski, im Dezember 1995 zu verwirklichen (Gołata 1997: 20). Bei diesem Interview verwies Wałęsa auch auf seine ideelle Bindung an demokratische Werte (Gołata 1997: 19). In der Tat engagierte er sich – jenseits seines NATO-II-Exkurses – während seiner Amtszeit stetig für die Mitgliedschaft Polens in der NATO und bekundete mehrfach seine ideelle Nähe zur euroatlantischen Sicherheitsinstitution.

Allerdings korrespondierten die politischen Praktiken Wałęsas nicht mit seiner verbalen Bezugnahme auf liberal-demokratische Normen. Vielmehr war sein Verhalten von gravierenden Verletzungen der NATO-Prinzipien im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen geprägt, was bei seinen machtpolitischen Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichen Verteidigungs- und Premierministern sowie dem Sejm mehrfach zu Tage trat. Zwar kontierte Wałęsa Kritik an seinem mangelnden demokratischen Bewusstsein mit dem nunmehr prominenten Ausspruch: „Ich bin der größte Demokrat in ganz Polen“ (zit. nach Pradetto/Weckmüller 2002: 215). Doch muss diese Aussage vor dem Hintergrund seines normverletzenden Verhaltens als verzerrte Selbstwahrnehmung oder rhetorisches Handeln bewertet werden.

Einen weitaus höheren Identifizierungsgrad mit der NATO weisen andere polnische Entscheidungsträger auf. So setzte sich beispielsweise der 1992 amtierende Verteidigungsminister Parys dafür ein, die Streitkräfte von jenen Offiziersangehörigen zu „säubern“, die keine ausreichende Identifikation mit der NATO aufwiesen (FBIS-EEU 1992). Auch die von zivilen Verteidigungsministern, ihren Stellvertretern sowie jungen zivilen Verwaltungsbeamten initiierten sicherheits- und verteidigungspolitischen Reformen ließen eine große Affinität zu den Prinzipien der NATO erkennen (Michta 1997: 87f.). Erste Reformversuche zur NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Polens gab es bereits in den Jahren 1992 und 1993, als die rational-institutionalistische Erfolgsbedingung eines glaubwürdigen Anreizes für die Normübernahme noch nicht erfüllt war. Zwar waren die NATO-Normunternehmer aufgrund des Widerstandes der militärischen Führung und infolge des Sturzes der Regierung unter Premierministerin Hanna Suchocka nicht erfolgreich in ihren Bemühungen um die Institutionalisierung und politische Durchsetzung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Doch spiegeln diese Reformansätze eine zunehmende Orientierung der politischen Akteure Polens an demokratisch verfassten zivil-militärischen Beziehungen nach dem Vorbild der NATO-Mitgliedstaaten wider (Epstein 2005: 76).

5.4.1.2 Identifizierungsgrad der militärischen Akteure Polens mit der NATO: Ideelle Konfliktlinie innerhalb der Streitkräfte?

Um die ideellen Voraussetzungen für die (zunehmende) Identifizierung der militärischen Akteure Polens mit der NATO ermitteln zu können, ist der Blick auf die Ausprägung ihrer Loyalität gegenüber dem kommunistischen Regime wichtig. Obschon 80 Prozent der polnischen Offiziere der kommunistischen Partei angehörten (Coughlan 1997: 55), weist das Offizierskorps einen im osteuropäischen Vergleich geringen Ideologierungsgrad auf (Heinemann-Grüder 2003: 13). In diesem Zusammenhang stellte Polens Präsident folgenden Vergleich an: „the Polish military was like a radish, red [communist] on the outside, but white [national] on the inside“ (zit. nach Szayna 1991: 43). Zur gleichen Einschätzung gelangt auch der Militärexperte Andrew Michta, nach dem der polnische Nationalismus innerhalb der Streitkräfte die kommunistische Ära überdauert habe.

Zu dieser Zeit habe es in den Augen vieler Militärs, aber auch der polnischen Gesellschaft insgesamt, eine enge Verbindung zwischen militärischer Autonomie und Patriotismus gegeben (Michta 1999b: 64).

Die mit der NATO-Mitgliedschaft verknüpfte – und faktisch auch erforderliche – Denationalisierung der polnischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entsprach nicht den Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken der polnischen Streitkräfte. Laut dem polnischen Militärexperten Jerzy Zalewski führte „the initiation of systemic changes in the State (...) to a clash of the authoritarian character of the Polish Army and the vision of target systemic solutions“ (zit. nach Wağrowska 2008: 11). Insbesondere die militärische Führung Polens identifizierte sich zu Beginn des Institutionalisierungsprozesses der Kooperationsbeziehungen nicht mit der NATO. Zur Haltung des polnischen Generalstabes gegenüber der Mitgliedschaft in der Allianz befragt, äußerte der damalige stellvertretende Generalstabschef, Franciszek Puchała, „Poland does not intend to seek NATO membership. It is, however, interested“ (zit. nach Kupiecki 2001: 250). Im Unterschied zur Mehrheit der politischen Entscheidungsträger, aus deren Sicht die NATO seit der Diskreditierung der kommunistischen Systemalternative die als "richtig" anerkannten Normen im Politikfeld Sicherheit verkörperte, traf dies in den Augen der Streitkräfteangehörigen nicht zu. Vielmehr betrachteten sich diese aufgrund ihres stark ausgeprägten militärischen Selbstverständnisses und der privilegierten Stellung in der kommunistischen Ära als Experten auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Zwar ist die Anfang der 1990er Jahre stark ausgeprägte mentale Kluft im Laufe des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses kleiner geworden, doch beschränkt sich der zunehmende Identifizierungsgrad mit der NATO auf jene Soldaten, die mit den Streitkräften der alliierten Staaten zusammenarbeiten und in bi- oder multilaterale Strukturen integriert sind (Wağrowska 2008: 13). Innerhalb der für NATO-Verwendungen vorgesehenen Einheiten habe sich im Zuge der NATOisierung ein demokratischer Führungsstil entwickelt, wohingegen in den häufig als so genannte 'B-Klasse' bezeichneten Einheiten autokratische und paternalistische Führungsstile dominierten (und dominieren):

„Extreme behaviours range from ‘inner dependence’ on a superior (which is usually explained by the uniquely hierarchized character of the armed forces) to acceptance of everything which is inspired by the ‘top’ to ‘silent boycotting’ (Wągrowaska 2008: 12).

Somit hat sich innerhalb der polnischen Streitkräfte eine ideelle Konfliktlinie zwischen persistenten militärkulturellen Pfadabhängigkeiten und einem neuen demokratischen militärischen Professionalismus entwickelt.

5.4.2 Legitimität und Resonanz der NATO-Normen

Die Variable *Legitimität* bezieht sich auf die Qualität der NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Qualität umfasst hierbei drei Aspekte: Die Klarheit, mit der NATO-Repräsentanten die Norm der zivilen demokratischen Kontrolle gegenüber den polnischen Sozialisanden kommunizieren, die Integrität des Prozesses der Normübernahme, und die Kohärenz der Norm selbst. Inwiefern die NATO-Norm der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte vereinbar war mit den Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken der sicherheitspolitischen Akteure Polens, wird durch die Variable *Resonanz* gemessen. Unterschieden werden hierbei drei Ausprägungen der Anschlussfähigkeit der NATO-Normen an die bestehenden nationalen Normen. Eine hohe Resonanz liegt vor, wenn die NATO-Normen mit den Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der polnischen Akteure übereinstimmen. Dahingegen besteht bei Konflikten zwischen der Norm der zivilen demokratischen Kontrolle und den militärischen Traditionen Polens eine negative Resonanz. Neutral ist diese im Falle eines ideellen Vakuums.

Wie auch bei der Identifizierung mit der NATO, können Legitimität und Resonanz der NATO-Normen innerhalb des Kreises der polnischen Akteure erheblich variieren. Dies betrifft sowohl Unterschiede innerhalb der zivilen Entscheidungsträger oder zwischen Regierungskoalitionen als auch Diskrepanzen zwischen den älteren, sowjetisch sozialisierten Offizieren und ihren jüngeren Kollegen.

5.4.2.1 Legitimität und Resonanz aus Sicht der politischen Akteure

Die überwiegende Mehrheit der polnischen Entscheidungsträger sprach der NATO und ihren Repräsentanten eine normative Interpretationsmacht in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu. Zugewachsen war der NATO diese Definitionsmacht, weil sie seit der Diskreditierung der kommunistischen Systemalternative die als „richtig“ anerkannten Normen im Politikfeld Sicherheits verkörperte und ihre (neue) Identität als Sicherheitsgemeinschaft von postkommunistischen Staaten als legitim erachtet wurde (Williams/Neumann 2000: 361).³⁰⁴ Dieser von Michael Williams und Iver Neumann formulierte Befund ist allerdings nicht für alle polnischen Akteure zutreffend, sondern nur für breite Kreise der politischen Elite, der jungen zivilen Verwaltungsbeamten sowie in eingeschränktem Maße für die jüngere Offiziersgeneration. Diese betrachteten die Repräsentanten der NATO als anerkannte Autoritäten der internationalen Gemeinschaft, zu der sie gehören wollten. Erfüllt war somit eine der konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingungen für die Normübernahme.³⁰⁵

Neben der Legitimität der NATO als Sicherheitsinstitution ist aus konstruktivistischer Sicht die Qualität der zu übernehmenden Normen entscheidend für den Verlauf und das Ergebnis des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses. Aus Sicht der polnischen Entscheidungsträger waren die Sozialisationsinhalte der NATO nicht ausreichend spezifiziert. Keine Klarheit bestand Verteidigungsminister Kołodziejczyk zufolge im Hinblick auf die zu übernehmenden Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. „We expect NATO to come up with clear criteria in the short term for NATO membership“ (FBIS-EEU 1994b: 25), forderte Kołodziejczyk nach der Bekanntgabe des PfP-Rahmendokuments im Januar 1994. Seine Kritik an den vagen Vorgaben des PfP-Programms bekräftigte Kołodziejczyk erneut beim Brüsseler Verteidigungsministertreffen der NATO-Mitgliedstaaten und der PfP-Partnerländer (Simon 1995a: 54). In der Tat lieferte die NATO keine präzise

³⁰⁴ Vgl. Ciută (2002) zur doppelten narrativen Transformation der NATO in den 1990er Jahren.

³⁰⁵ Vgl. zu diesem Aspekt Johnston (2001: 497) und Flockhart (2005c: 47).

Definition und keinen ausdifferenzierten Kriterienkatalog, obschon sie in allen einschlägigen Dokumenten eine zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte forderte.³⁰⁶ Neben der schwammigen Formulierung wurde die Unklarheit bezüglich der zu übernehmenden Sozialisationsinhalte noch dadurch verstärkt, dass es nicht ein westliches Modell demokratischer zivil-militärischer Beziehungen gab, sondern mehrere Modelle nebeneinander existierten (Forster 2003: 16). Innerhalb der NATO-Mitgliedstaaten lies sich nur ein vergleichsweise geringes gemeinsames Verständnis der Prinzipien einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte feststellen sowie gravierende Unterschiede bei der Implementierung dieser Prinzipien (Dutkiewicz 2004: 96f.).

Auf ambivalente Resonanzen stieß die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bei den polnischen Entscheidungsträgern. Eine negative Ausprägung der Variable 'Resonanz' ist bei Lech Wałęsa festzustellen. Insbesondere drei normative Teilaspekte waren nicht anschlussfähig an seine bestehenden Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken. Sowohl die Akzeptanz verfassungsrechtlicher Kompetenzverteilungen zwischen ihm und der Regierung, als auch jene der parlamentarischen Kontrolle und der Unterordnung des Generalstabes unter den Verteidigungsminister deckten sich nicht mit Wałęsas Vorstellungen zur Gestaltung der zivil-militärischen Beziehungen Polens. Seine dominante Art der Amtsausübung sowie die damit einhergehende Missachtung vieler normativer Teilaspekte der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte leitete Wałęsa zum einen aus seiner Direktwahl ab. Eine zweite Legitimationsquelle seines eigenmächtigen Politikstils speiste sich, zum anderen, aus seinem Ansehen und seinen Verdiensten in der demokratischen Oppositionsbewegung während der kommunistischen Ära (Ziemer/Matthes 2004: 197). Charakteristisch für Wałęsas Politik war ein geringes Vertrauen in die Legitimität und Effektivität politischer Institutionen und eine starke Orientierung an individuellen politischen Akteuren (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 125). Den

³⁰⁶ Vgl. hierzu auch die Äußerung des damaligen stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsministers Joseph Kruzel, demzufolge die NATO Polen keine Checkliste für den Beitrittsprozess aushändigen könne (zit. nach Borawski 1995: 242).

politischen Parteien brachte Polens Staatsoberhaupt – ebenso wie sein Vorbild Marschall Józef Piłsudski – Verachtung entgegen (Furtak 2002: 157).

Bei seinem Beharren auf der Unterordnung des Generalstabes unter das Amt des Präsidenten konnte Wałęsa auf die in der Zwischenkriegszeit gültige Verfassung verweisen, die das Militär direkt dem Präsidenten unterstellte.³⁰⁷ Ohnehin mit wenig Verständnis für die Bedeutung stabiler staatlicher Institutionen ausgestattet, sah Wałęsa die Verantwortung für die instabilen Regierungsverhältnisse in Polen beim Parlament. Obschon die Abneigung Wałęsas gegenüber den politischen Parteien auch für polnische Maßstäbe stark ausgeprägt war, war das Ressentiment als solches nichts Ungewöhnliches. Vielmehr bestand (und besteht) innerhalb der polnischen Gesellschaft insgesamt eine skeptische Haltung gegenüber politischen Parteien.³⁰⁸ Dieser allgemeine gesellschaftliche Befund trifft auch auf das polnische Militär zu. Streitkräfteangehörige sind gegenüber dem Parlament weitaus kritischer eingestellt als gegenüber der Regierung oder dem Präsidenten (Coughlan 1997: 59f.). In öffentlichen Äußerungen sprach sich Wałęsa immer wieder für die Stärkung der präsidentiellen Kompetenzen aus (Ziemer/Matthes 2004: 198), allem voran im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Bei seinen ständigen machtpolitischen Auseinandersetzungen mit Regierung und Parlament bediente sich Wałęsa entweder kurzfristig geschmiedeter Koalitionen oder trug diese alleine aus (Osiatyński 1993/94: 40).

Im Unterschied zu Wałęsa war die überwiegende Mehrheit der polnischen Entscheidungsträger empfänglich für die normativen Überzeugungsprozesse der NATO und ihrer Repräsentanten. In besonderem Maße traf dies für die aus den Kreisen der Solidarność stammenden Amtsträger zu, wie beispielsweise die Verteidigungsminister Onyszkiewicz, Komorowski und Szmajdziński,

³⁰⁷ Entsprechend der damaligen Verfassung übte der Präsident während der Friedenszeit seine Entscheidungsgewalt mittelbar durch den Verteidigungsminister aus und während der Kriegszeit über den Generalinspekteur der Streitkräfte (Kowalski 2003: 650). Piłsudski hatte beide Funktionen von seinem Staatsstreich 1926 bis zu seinem Tode 1935 inne (Gause 2007: 38).

³⁰⁸ Vgl. Raciborski (2007: 26-29) zur Erklärung dieses Phänomens.

Premierminister Cimoszewicz oder die Außenminister Geremek und Bartoszewski. Aus ihrer Sicht galt es, die sowjetisch geprägten Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken zu unterbinden (Wągrowka 2007: 22). Sie betrachteten die Einführung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte als eine der wichtigsten Errungenschaften des polnischen Demokratisierungsprozesses.³⁰⁹ Somit war die konstruktivistisch-institutionalistische Erfolgsbedingung der Anschlussfähigkeit internationaler Normen an bestehende nationale Normen erfüllt.³¹⁰ Die bestehenden nationalen Glaubensüberzeugungen und Einstellungen vieler politischer Entscheidungsträger Polens wiesen eine große Resonanz zu den liberal-demokratischen NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen auf.

Neben der Affinität zu liberal-demokratischen Normen begünstigte das politische Novizentum vieler Entscheidungsträger die normativen Überzeugungsprozesse der NATO und ihrer Repräsentanten. Die polnischen Amtsträger waren Politik-Novizen, weil sie größtenteils nicht auf frühere Regierungserfahrung zurückgreifen konnten (Epstein 2005: 73). Selbst jene, die während ihrer Aktivitäten in der Solidarność-Bewegung oder bei ihren Tätigkeiten in den Jugendorganisationen der kommunistischen Partei erste politische Erfahrungen gesammelt hatten, waren im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor neue Herausforderungen gestellt.³¹¹ Denn während der kommunistischen Ära dominierten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik polnische und sowjetische Militärs. Jacek Raciborski (2007) zufolge machte sich dieses Novizentum polnischer Amtsträger insbesondere während der AWS-geführten Regierungskoalition von 1989 bis 1993 bemerkbar. Die aus der Solidarność-Bewegung stammenden Amtsträger wurden

³⁰⁹ Jenseits der grundsätzlich bestehenden Affinität zu liberal-demokratischen Normen nahmen die einzelnen Verteidigungsminister bei einigen Aspekten des Reformprozesses der zivil-militärischen Beziehungen, wie etwa der Kommando- und Befehlsgewalt innerhalb der militärischen Führung, unterschiedliche Positionen ein. Vgl. hierzu Wągrowka (2007: 22f.).

³¹⁰ Vgl. Checkel (1999: 86f.), Johnston (2001: 499) und Flockhart (2004: 369) zur Notwendigkeit der Anschlussfähigkeit internationaler Normen an nationale Normen.

³¹¹ Vgl. die Studie von Raciborski (2007) zum persönlichen, politischen und beruflichen Hintergrund polnischer Amtsträger.

von den historischen Ereignissen des Jahres 1989 überrascht und übernahmen quasi über Nacht politische Positionen, auf die sie nicht vorbereitet waren. Vor 1989 hatten sie weder eine Funktion innerhalb der Regierungsstrukturen inne, noch in der Partei. Darüber hinaus verfügten sie nicht über eine Ausbildung, die für die politische Tätigkeit von Nutzen war. Im Rahmen ihres beruflichen Werdegangs vor 1989 konnten die Mitglieder der Solidarność-Regierung auch keine Management-Erfahrungen erwerben, weil sie in aller Regel keine signifikanten Verwaltungspositionen bekleideten (Raciborski 2007: 29f.). Die fehlende sicherheits- und verteidigungspolitische Expertise beschränkte sich allerdings nicht auf den Kreis der Solidarność-Eliten. Sie prägte und prägt die gesamte polnische Elite – nach Einschätzung von Agnieszka Gogolewska (2006 99) – bis heute. Somit bestand unter den politischen Akteuren Polens ein ideelles Vakuum, das aus konstruktivistisch-institutionalistischer Sicht soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse begünstigt (March/Olsen 1998: 952f.; Johnston 2001: 498f.; Checkel 2007b: 13). Ein anderes Resultat ergibt dahingegen die Überprüfung der konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingungen für die Normübernahme bei den militärischen Akteuren Polens, insbesondere innerhalb des Generalstabes.

5.4.2.2 Polnisches Offizierskorps: (Un)Vereinbarkeit der zivilen demokratischen Kontrolle mit militärischen Traditionen?

Die militärische Führung Polens kritisierte – wie auch die politischen Entscheidungsträger – die unzureichende Klarheit der zu übernehmenden Normen und die unklare Reaktion der NATO auf den formellen Beitrittswunsch der polnischen Regierung (Piotrowski/Rachwald 2001: 112). Nicht anschlussfähig an die bestehenden Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken waren die liberal-demokratischen westlichen Modelle zivil-militärischer Beziehungen (Perlez 1997). Vielmehr bestand ein starkes Spannungsverhältnis zwischen den Vorstellungen der NATO und jenen des polnischen Generalstabes. Negativ ausgeprägt war die Variable 'Resonanz' bei den Mitgliedern des polnischen Generalstabes unter der Führung Wileckis bis zum Frühjahr 1997. Wilecki sprach sich öffentlich gegen die Unterordnung unter einen zivilen Verteidigungsminister,

die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte, und den parlamentarischen Einfluss auf Militärangelegenheiten aus (Piotrowski/Rachwald 2001: 112).

Der innerhalb des Generalstabes stark ausgeprägte Widerstand gegenüber der zivilen demokratischen Kontrolle war nicht nur machtpolitischen Erwägungen geschuldet, sondern speiste sich auch aus den militärkulturellen Prägungen der polnischen Streitkräfte. Diese erlangten schon zu Warschauer-Pakt-Zeiten eine im osteuropäischen Vergleich ungewöhnlich große Autonomie (Latawski 2002: 27). Ihrem – auch in der polnischen Gesellschaft verankerten – (Selbst)Verständnis als „Retter der Nation“ (Cottey/Edmunds/Forster 2005:11) entsprach es nicht, sich zivilen Autoritäten unterzuordnen. Im Unterschied zu den politischen Entscheidungsträgern waren die hochrangigen Offiziere keine politischen Novizen. Sie betrachteten sich vielmehr als alleinige Experten auf dem Gebiet der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik. Demnach dominierte innerhalb der militärischen Führung die Sichtweise, wonach „it was better for national security if a civilian minister does not have full information provided by WSI [Military Information Service]“ (zit. nach Simon 2004a: 36).

Genährt wurde diese Einstellung von einer faktisch nicht existenten zivilen Expertise sowie von einem in der kommunistischen Ära generierten Misstrauen zwischen Politikern und Militärs. In den Augen der militärischen Akteure erregten die Bemühungen ziviler Entscheidungsträger, Zivilisten mit sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Sachverhalten vertraut zu machen und die Zahl des zivilen Personals im Verteidigungsministerium zu erhöhen, besonderen Argwohn (Betz 2004a: 5). Exemplarisch hierfür ist der Ausschnitt eines Interviews mit einem im polnischen Verteidigungsministerium beschäftigten Oberst, der seine Unterstellung unter einen jüngeren Zivilisten als vollkommen inakzeptabel erachtete:

„Expressing his [the colonel’s] intention to resign soon from army, he pointed out with something less than political correctness that accepting such a chain of command (from a young civilian) would be like his wife calmly accepting directions from him in the kitchen“ (zit. nach Glantz 1998: 158).

Dieser Ausschnitt ist allerdings keineswegs eine Einzelerscheinung, sondern durchaus repräsentativ für breite Kreise der polnischen Streitkräfte. Zwar hat die

(offizielle) Akzeptanz der Präsenz von Zivilisten im Verteidigungsministerium seitens der militärischen Akteure im Laufe des Transformationsprozesses zugenommen. Doch gibt es noch immer große Vorbehalte, diese auch als Verteidigungsexperten anzuerkennen. Diese Skepsis besteht allerdings nicht nur gegenüber polnischen Kollegen, sondern betrifft jedweden Zivilisten. Ein Beispiel hierfür bildet das Treffen des britischen Beraters des Verteidigungsministers, William Jesset, mit dem polnischen Generalstab anlässlich der Bewertung des 'Programms zur Restrukturierung und Technischen Modernisierung der polnischen Streitkräfte 2001-2006', das vom Generalstab ausgearbeitet worden war. Einige der polnischen Offiziere „were so hostile to the idea of a civilian evaluating their plan that they would not even answer his [William Jesset's] greeting of 'good morning'" (Gogolewska 2006: 105).

Mit dem rational-institutionalistischen Verweis auf machtpolitische Kosten-Nutzen-Kalkulationen allein kann diese Feindseligkeit nicht überzeugend plausibilisiert werden. Zumal das Festhalten an den bestehenden Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken für einige militärische Akteure gravierende Kosten verursachte, bis hin zu Disziplinarmaßnahmen. Bestes Beispiel hierfür ist die Anfang August 2002 geäußerte Fundamentalkritik eines polnischen Oberst an dem damaligen Verteidigungsminister Smajdzinski und Generalstabschef Piatas, die u.a. von Edward Pietrzyk, Oberkommandierender der Landstreitkräfte, bekräftigt wurde, obschon beide dadurch eine Suspension zu befürchten hatten (Simon 2004a: 139f.) – und letztlich auch hinnehmen mussten (PAP, 28.10.2002).

Seit der personellen Erneuerung der militärischen Führung in den Jahren 1996 und 1997 widersetzte sich das hochrangige Offizierskorps nicht mehr in solch gravierender Weise einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte wie noch in der Ära Wilecki. Die Frage der Akzeptanz der zivilen Hoheit ist damit aber keinesfalls von der politischen Tagesordnung verschwunden. Die Virulenz der militärischen Akzeptanz der Unterordnung unter einen zivilen Minister offenbarte sich beispielsweise bei der Frage, wer die polnischen Streitkräfte in Friedenszeiten, im Falle einer Krise und in Kriegszeiten befehligen sollte. Gemäß dem Gesetz über den Verteidigungsminister, das am 16. Februar 1996 in Kraft trat, befiehlt der Generalstabschef die Streitkräfte „im Namen“ des

Verteidigungsministers. Eine andere Rollenwahrnehmung spiegelte sich allerdings in der Äußerung des ehemaligen Generalstabschefs, Franciszek Gagor wider, demzufolge „the General Staff does not command. It serves the Chief of General Staff while he conducts his tasks“ (zit. nach Wagrowska 2007: 24).³¹² Auch nach einigen Jahren der Mitglieds-NATOisierung Polens ist die Haltung des polnischen Generalstabes von stetigen Betonungen der eigenen Expertise und Autonomie in militärischen Angelegenheiten geprägt (Wagrowska 2007: 21).

Dahingegen war die Variable 'Resonanz' unter der jüngeren Offiziersgeneration Polens weitaus positiver ausgeprägt. Zwar war auch die jüngere Generation nicht frei von Vorbehalten, doch bestand (und besteht) insgesamt eine größere Akzeptanz der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte (Gogolewska 2006: 105). Dies zeigt sich u.a. daran, dass die Zusammenarbeit mit den zivilen Kollegen im Verteidigungsministerium viel kooperativer verlaufen ist. Zugleich findet sich die schon beim Identifizierungsgrad der militärischen Akteure Polens mit der NATO diskutierte ideelle Konfliktlinie zwischen der älteren und der jüngeren Offiziersgeneration auch bei der Überprüfung der Resonanz-Bedingung wider. Die mentalen Unterschiede spiegelten sich beispielsweise in den Reaktionen polnischer Kursteilnehmer auf das Lehrangebot des Marshall Centers wider. David Glantz zufolge (1998: 32f.) ließen sich bei den polnischen Sozialisanden zwei dominierende Einschätzungen ausmachen. Auf großen Anklang stießen die Seminare bei sicherheits- und verteidigungspolitisch weniger versierten Teilnehmern. Diese lobten das Lehrangebot und empfanden den Besuch sowohl in fachlicher als auch persönlicher Hinsicht als Bereicherung. Einen polnischen Generalstabsoffizier, der ein Ausbildungsprogramm am Marshall Center durchlief, beeindruckte der freie Austausch von Ideen am meisten: „I have never experienced a situation like this before, where everybody gives their personal opinion, rather than that of their government“ (zit. nach Shearmur 1995: 4). Dahingegen betrachteten fachlich bewanderte Teilnehmer die Lehrgänge als

³¹² General Franciszek war einer der hochrangigen polnischen Militärs, die bei dem tragischen Flugzeugunglück im April 2010 ums Leben kamen.

„sophomoric“ und mitunter gar „insulting“ (zit. nach Glantz 1998: 33). Einige der polnischen Teilnehmer kritisierten wiederholt, einige Dozenten würden sie herablassend behandeln und häufig zu hochtrabend sprechen.³¹³ Beide Teilnehmerkreise stimmten dahingehend überein, dass ein stärker auf gegenseitigem Austausch basierendes Seminarkonzept dem Lernprozess zuträglicher gewesen wäre als das praktizierte dichotomische Lehrer-Schüler-Verhältnis. Zudem bewerten die polnischen Graduierten die Seminare des Marshall Centers grundsätzlich als geeignete Instrumente zur sicherheitspolitischen Sozialisation (Glantz 1998: 33).

Neben der Akzeptanz einer zivil-demokratischen Kontrolle rief die mit dem NATO-Beitritt Polens verbundene Notwendigkeit, die auf territoriale Verteidigung ausgerichtete Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu denationalisieren, negative Resonanzen beim hochrangigen (älteren) Offizierskorps hervor. Das Spannungsverhältnis zwischen NATO-Normen und den militärischen Traditionen Polens schlug sich in zwei Aspekten nieder. Zum einen entsprach die Fokussierung der polnischen Militärs auf die Abwehr von Bedrohungen der territorialen Integrität nicht der Transformation der NATO zum internationalen Krisenmanager. Noch im Jahre 1998, als der Beitritt Polens zur NATO absehbar war, erarbeitete die militärische Führung eine umfangreiche, auf territoriale Verteidigung ausgerichtete Doktrin (Epstein 2005: 83). Trotz der über Artikel 5 des Washingtoner Vertrags institutionalisierten Beistandspflicht bestand im polnischen Generalstab – und teilweise auch innerhalb der polnischen Elite – eine ausgeprägte Skepsis gegenüber der Ernsthaftigkeit des nordatlantischen Commitments für die mittelosteuropäischen Staaten (Szeremietiew 1997). Zwar wurde die Doktrin zu Gunsten einer stärker an den NATO-Erfordernissen ausgerichteten Verteidigungsstrategie fallen gelassen, doch zeigte sich daran,

³¹³ Vgl. die Auszüge aus den Interviews bei Glantz (1998: 33-38).

dass die soziokulturelle Interoperabilität der polnischen Streitkräfte noch in einem langwierigen Entstehungsprozess begriffen ist.³¹⁴

Wie die Diskussionen in der prominentesten polnischen Militärzeitschrift 'Polska Zbrojna' in den Jahren 1999 bis 2004 widerspiegeln, war selbst bei Evaluierungen internationaler Kriseneinsätze wie jenen in Afghanistan oder dem Irak die Frage zentral, ob die bei Auslandseinsätzen gesammelten Erfahrungen den polnischen Soldaten auch für die reguläre Kriegsführung nützlich sind.³¹⁵ Denn die Beteiligung polnischer Streitkräfte an Auslandseinsätzen wird aus Sicht vieler Militärs als Trainingsmöglichkeit für die Landesverteidigung betrachtet. Beeinträchtigt wurde die Anschlussfähigkeit der NATO-Normen an die bestehenden militärischen Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken auch dadurch, dass im Zuge des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses eine duale Organisationsstruktur innerhalb der polnischen Streitkräfte geschaffen wurde. Obwohl sich die Qualität der militärischen Ausbildung insgesamt verbesserte, entwickelte sich eine Zweiteilung zwischen „A“- und „B“-Einheiten (Wągrowka 2008: 5). Diese „Zwei-Klassen“-Struktur unterschied zwischen den für NATO-Verwendungen trainierten Soldaten und den mehrheitlich für die Landesverteidigung trainierten Einheiten, und ist bis heute eine Quelle von Frustration und Beschwerden innerhalb der Streitkräfte.

5.4.3 Bildung einer starken Koalition von NATO-Normunternehmern als Erfolgsbedingung

Ein großer Identifizierungsgrad mit der NATO sowie eine hohe Legitimität und Resonanz der NATO-Normen sind zwar notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen für die Normübernahme im Bereich der zivil-militärischen

³¹⁴ Auch Michta (1999b: 64) verweist darauf, dass sich erst Ende der 1990er Jahre unter dem polnischen Offizierskorps eine größere Akzeptanz der Notwendigkeit, die Sicherheits- und Verteidigungsstrategie zu denationalisieren, abzuzeichnen begann.

³¹⁵ Auch über den hier behandelten Untersuchungszeitraum von 2004 hinaus ist die u.a. in der Zeitschrift 'Polska Zbrojna' ('Polnische Streitkräfte') geführte militärische Diskussion sehr stark auf Fragen der territorialen Verteidigung fokussiert. Vgl. das Online-Archiv unter <http://www.polska-zbrojna.pl/>.

Beziehungen. Entscheidend ist vielmehr die Bildung einer starken Koalition aus NATO-Normunternehmern, welche die neuen Normen innerhalb der nationalen Institutionen und unter den nationalen Akteuren verbreitet, indem sie soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse induziert. Im Unterschied zum rationalen Institutionalismus, der die Unterstützung der Normübernahme seitens nationaler Akteure auf instrumentelle Erwägungen zurückführt, speist sich deren Engagement nach konstruktivistisch-institutionalistischer Lesart aus ihrer Überzeugung von der Angemessenheit der neuen Normen. Diese Gegenüberstellung ist freilich eine idealtypische, wohingegen das realtypische Handeln in aller Regel verschiedenen Handlungsmotivationen geschuldet ist (Weber 1968a: 567), deren Mischungsverhältnis es im Folgenden bei den polnischen Normunternehmern zu ermitteln gilt.³¹⁶

Was die Bildung einer NATO-zentrierten Koalition von Normunternehmern betrifft, so ermutigten NATO-Repräsentanten polnische Entscheidungsträger schon vor der NATO-internen Entscheidung zur Osterweiterung, die Beziehungen zur NATO zu verstärken und den Wunsch nach einer Aufnahme zu artikulieren. Gemäß dem 1992 amtierenden polnischen Verteidigungsminister Parys unterstützten verschiedene NATO-Repräsentanten, u.a. NATO-Generalsekretär Manfred Wörner, Deutschlands Verteidigungsminister Volker Rühle sowie dessen amerikanischer Amtskollege Richard Cheney, das Ansinnen der polnischen Regierung, den NATO-Beitritt Polens anzustreben (Epstein 2008: 128). Darüber hinaus beeinflusste die Erweiterungsstudie der NATO vom September 1995 den nationalen Diskurs über die Neugestaltung der zivil-militärischen Beziehungen, indem sie den polnischen Normunternehmern, insbesondere den politischen Entscheidungsträgern, als argumentative Ressource diente (Epstein 2005: 78). Angesichts der nunmehr realistischen Option eines NATO-Beitritts konnten die polnischen Normunternehmer die Argumentation des Generalstabes delegitimieren, der seinen Widerstand gegenüber der Institutionalisierung und

³¹⁶ Warum es sich hierbei aus erkenntnistheoretischen Erwägungen lediglich um eine Annäherung handeln kann, ist in Kapitel 2.3. und Kapitel 2.6.1 ausgeführt worden.

Implementierung von NATO-Standards bis zum Erscheinen der Erweiterungsstudie mit dem Verweis auf die Ungewissheit der Mitgliedschaft rechtfertigen konnte (Piotrowski/Rachwald 2001: 112).

Für die Normübernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der polnischen Streitkräfte war die Bildung einer NATO-zentrierten Reformkoalition Anfang des Jahres 1996 entscheidend. Dieser gehörten u.a. Präsident Kwaśniewski, Verteidigungsminister Dobrzański, sein Stellvertreter Karkoszka, Premierminister Cimoszewicz, der Direktor des Nationalen Sicherheitsbüros Milewski, und der 1997 erneut als Verteidigungsminister amtierende Janusz Onyszkiewicz an. Die Stärke dieser NATO-zentrierten Reformkoalition speiste sich aus zwei Quellen. Zum einen verfügten die NATO-Normunternehmer durch ihre hervorgehobene Stellung im politischen System Polens über Einflussmöglichkeiten auf die im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen relevanten Akteure sowie den nationalen Sicherheitsdiskurs.³¹⁷ Darüber hinaus kam ihnen bei ihren Bemühungen um Institutionalisierung und Implementierung der liberal-demokratischen Normen im Politikfeld Sicherheit die Sozialisationspolitik der NATO zugute. Zu diesem Zeitpunkt griffen die NATO-Repräsentanten offiziell verstärkt auf die Sozialisationspraktik des *shaming* und *blaming* zurück.³¹⁸ Die zunehmend kritische Bewertung des polnischen Reformprozesses in amerikanischen Kongressberichten begünstigte Verteidigungsminister Dobrzański zufolge die politische Durchsetzung der NATO-Normen innerhalb des polnischen Kräftekonglomerats: „The report is good for us, although there are more negative opinions in it“ (zit. nach Vogel 1999: 197). Den Verweis auf die gefährdete NATO-Mitgliedschaft Polens konnten die polnischen Normunternehmer zur innenpolitischen Legitimation ihrer Reformen und zu personellen Veränderungen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen nutzen.

³¹⁷ In den Arbeiten der Kopenhagener Schule wird mehrfach darauf verwiesen, dass die Erfolgswahrscheinlichkeit von sicherheitspolitischen Sprechakten mittels institutionalisierter Stimme höher ist. Vgl. u.a. Wæver (1995) und Buzan/ Wæver/de Wilde (1998).

³¹⁸ Vgl. Johnston (2001: 499-506) zur Bedeutung von *shaming* und *blaming* beim Prozess der Normübernahme.

In der Tat schaffte die von Präsident Kwaśniewski und Premierminister Cimoszewicz durchgeführte personelle Erneuerung der militärischen Führung, im Zuge derer Wilecki treue gegen NATO-konforme Offiziere ausgewechselt wurden, eine wichtige Voraussetzung für den Durchbruch bei der polnischen NATOisierung. Essentiell waren hierbei auch die strukturellen und institutionellen Veränderungen infolge des Reformpakets, das Dobrzański und Karkoszka Anfang des Jahres 1996 initiierten und das Onyszkiewicz in den Jahren 1997 bis 1999 fortführte. Neben der Entlassung militärischer Veto-Spieler und der starken Beschneidung der Kompetenzen des Generalstabs bildete die Besetzung politischer Schlüsselpositionen im Verteidigungsministerium mit NATO-Normunternehmern eine dritte Voraussetzung für die Normverbreitung. Der Kontakt zu hochrangigen Zivilisten im Verteidigungs- und Außenministerium war der Hauptkanal, über den die NATO den sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess beeinflussen konnte (Epstein 2008: 110). Neben Dobrzański, Karkoszka und Onyszkiewicz fungierten die hochrangigen zivilen Beamten des Ministeriums als Multiplikatoren der NATO-Normen (Nelson 1998: 150). Sie waren wichtige Türöffner für die westlichen Expertenteams vor Ort in den Ministerien und zentrale Kontaktpersonen für die Etablierung westlicher Sozialisationsprogramme unter dem zivilen Personal und dem Offizierskorps.³¹⁹

Den polnischen Normunternehmern ihrerseits kam die zunehmende Institutionalisierung der Beziehungen Polens zur epistemischen NATO-Gemeinschaft zugute, die sich aus Repräsentanten der Allianz sowie westlichen Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärexperten aus Politik und Wissenschaft zusammensetzte. Diese stellten den polnischen Entscheidungsträgern und hochrangigen Beamten technische Expertise, Spezialwissen und profunde Kenntnisse über die Wirkungszusammenhänge des angestrebten

³¹⁹ Insbesondere zwischen Andrzej Karkoszka und verschiedenen NATO-Repräsentanten handelte es sich um intensive, über viele Jahre hinweg gewachsene Beziehungen. Diese entstanden schon während der kommunistischen Ära, als Karkoszka – damals von der kommunistischen Partei Polens entsandt – an einigen Konferenzen zur Rüstungskontrolle teilnahm. Vgl. zur Rolle Karkoszkas bei der NATOisierung Polens Epstein (2006: 276f.) und Simon (2004a: 58-67).

Reformprozesses zur Verfügung. Die polnische Rezeption der Beratung und des Wissenstransfers erläuterte ein hochrangiger ziviler Beamter des Nationalen Sicherheitsbüros im Juni 2000: „You can say that they [western experts] offered us much more help than we [the Polish experts] could accept. We received a lot of support from our NATO allies” (zit. nach Betz 2004a: 32f.). Dadurch lieferte die epistemische NATO-Gemeinschaft den polnischen Normunternehmern argumentative Ressourcen, um sich gegenüber konkurrierenden polnischen Normadvokaten durchzusetzen (Epstein 2005: 81). Die Beitrittsanforderung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte diente als zentraler Bezugspunkt des polnischen Diskurses, auf den sich die polnischen Normunternehmer bei ihrer Verbreitung der NATO-Normen in nationalen Institutionen sowie unter den polnischen Akteuren beziehen konnten. Durch die legitimatorische Inthronisierung durch die NATO konnten die polnischen Normunternehmer die innerhalb der Streitkräfte bestehende Präferenz einer national ausgerichteten, militärisch dominierten Sicherheits- und Verteidigungspolitik zumindest teilweise delegitimieren.

Im Unterschied zu den politischen NATO-Normunternehmern Polens, die im Laufe des Sozialisationsprozesses sowohl quantitativ als auch qualitativ an Gewicht gewonnen haben, waren sowohl die Schaffung als auch der Erhalt militärischer NATO-Normunternehmer kaum bis gar nicht erfolgreich. Zurückzuführen ist dieser Befund auf drei Gründe. Erstens wanderten im Zuge des umfangreichen Personalabbaus der polnischen Streitkräfte im Laufe der 1990er Jahre insbesondere jüngere Offiziere in die Privatwirtschaft ab. Somit war der Pool jener Streitkräfteangehörigen, die empfänglicher waren für soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse als die ältere Offiziersgeneration, von vornherein begrenzt. Darüber hinaus verfestigte sich die ohnehin schon bestehende ideelle Konfliktlinie innerhalb der Streitkräfte im Zuge des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses. Während die Sozialisationsaktivitäten der NATO auf der Prämisse beruhten, „in the kingdom of the blind, the one-eyed man is king“, stellte sich dies aus Sicht der polnischen Militärs genau entgegengesetzt dar: „[I]n the kingdom of the blind, the one-eyed man is a dangerous freak and a threat to the system“ (Donnelly 2001a). Ein normatives Spannungsverhältnis zwischen jenen

Offizieren, die an westlichen Sozialisationsprogrammen teilgenommen hatten, sowie jenen, die von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch machen konnten oder wollten, bestand sowohl auf vertikaler als auch horizontaler Ebene. Selbst wenn hochrangige Offiziere im Laufe westlicher Lehrgänge mit den Aspekten einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte vertraut gemacht worden waren und ein Prozess der Norminternalisierung induziert worden war, bestand auf Seiten der niedrigeren Offiziersränge nicht notwendigerweise die Bereitschaft, die entsprechenden Veränderungen mitzutragen (Jacoby 2004: 134). Eine ähnliche Problematik ließ sich zwischen Militärangehörigen beobachten, die gleichen Hierarchieebenen angehörten. Letztlich führte die zunehmende Verhärtung dieser ideellen Konfliktlinie innerhalb der polnischen Streitkräfte dazu, dass bereits im Sommer 2000 einige potenzielle Norm-Multiplikatoren bei ihrer Rückkehr entweder entlassen, degradiert oder beruflich auf ein Abstellgleis gesetzt worden waren (Donnelly 2001a).

Schließlich ist der Verlust polnischer militärischer Normunternehmer darauf zurückzuführen, dass nach dem Beitritt Polens zur NATO Streitkräfteangehörige des Landes kaum noch vom westlichen Ausbildungsangebot Gebrauch machen konnten. Exemplarisch für diesen generellen Trend sind die Teilnehmerzahlen des Marshall Centers. Nahmen bis zum NATO-Beitritt Polens insgesamt 72 polnische Offiziere an dreizehn unterschiedlichen Kursen des Zentrums teil, im Durchschnitt also mehr als fünf Personen pro Kurs, so waren es im Jahre 2000 nur noch neun Offiziere, die acht verschiedene Kurse besuchten (Gutierrez 2002: 130). Hauptgrund für die rückläufige Teilnehmerzahl war, dass die NATO und ihre Mitgliedstaaten ab 1999 die Kurs-Stipendien nur noch an Militärs (und Zivilisten) aus den PfP-Partnerländern vergaben, und die finanzielle Ausbildungsförderung der neuen Mitglieder einstellte (Gutierrez 2002: 142). Eine (nichtintendierte) Konsequenz dieser Sozialisationspolitik war, dass sich bei der NATOisierung polnischer Streitkräfte eher Regression denn Fortschritt abzeichnete.

5.5 NATOisierung polnischer Sicherheitspolitik im Lichte der doppelten Interpretation

Halten wir uns die eingangs gestellte Frage vor Augen, aufgrund welcher Akteure, Sozialisationspraktiken und Bedingungen die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Polen erfolgte bzw. ausblieb. Unter Rückgriff auf die Methode der Prozessanalyse sowie den Leitfragenkatalog, der aus der vergleichenden Analyse sowjetisch und demokratisch geprägter Modelle zivil-militärischer Beziehungen in Kapitel 4 entwickelt wurde, erfolgte die Untersuchung des polnischen Transformationsprozesses (Kapitel 5.2) Daran schloss sich die Überprüfung der rational-institutionalistischen und der konstruktivistisch-institutionalistischen Hypothese an (Kapitel 5.3 und 5.4). Die komplementäre Herangehensweise lag darin begründet, dass eine theoretisch einseitige Betrachtungsweise der Komplexität von Sozialisationsprozessen nicht gerecht wird. Wie die Analyse der NATOisierung Polens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen gezeigt hat, erfordert die Erklärung der (nicht) erfolgten Normübernahme ein mehrdimensionales Forschungsdesign.

Anhand der rational-institutionalistischen Erfolgsbedingungen der hohen und glaubwürdigen Anreize, der niedrigen innenpolitischen Anpassungskosten sowie der nicht vorhandenen bzw. marginalisierten Veto-Spieler lassen sich einige zentrale Aspekte des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses Polens erklären. Plausibilisiert werden kann die Stagnation der Normübernahme bis Ende 1995 aufgrund der Präsenz zweier starker Veto-Spieler. Der Widerstand von Präsident Wałęsa wie auch des Generalstabs unter Führung Wileckis gegenüber der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, insbesondere ihrer Unterordnung unter den Verteidigungsminister, lag in den machtpolitischen Kosten begründet. Denn sowohl für Wałęsa als auch den polnischen Generalstab ging damit ein Verlust von Kompetenzen und Ressourcen, von Einfluss auf Politikergebnisse sowie der Kontrolle von Akteuren einher. Offen zu Tage getreten sind die machtpolitischen Kosten-Nutzen-Kalküle dieser beiden Veto-Spieler u.a. in der Drawsko-Affäre im Frühsommer 1994 und beim verfassungrechtlichen Veto Wałęsas gegen das vom Sejm verabschiedete 'Gesetz über den Verteidigungsminister' im August 1995, das die Unterordnung der Streitkräfte unter

den Verteidigungsminister vorsah. Der Durchbruch bei der NATOisierung Polens in den Jahren 1996 und 1997 kann aus rational-institutionalistischer Perspektive ebenfalls erklärt werden. Mit dem Erscheinen der Erweiterungsstudie im September 1995 verkörperte die NATO-Mitgliedschaft für die überwiegende Mehrheit der polnischen Entscheidungsträger nicht nur einen hohen, sondern auch einen glaubwürdigen Anreiz. Darüber hinaus entfielen mit dem Wechsel im Präsidentenamt im Dezember 1995 und der Entlassung Wileckis im März 1997 die beiden Veto-Spieler.

Entscheidend für die Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte, die mit dem Inkrafttreten der Großen Verfassung im Oktober 1997 vollzogen wurde, war nicht nur die Veränderung der polnischen Kräftekonstellation. Vielmehr machte die NATO ihren Einfluss auf den polnischen Transformationsprozess im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen geltend. Von Mitte 1994 bis Anfang 1997 griff die Allianz zunehmend auf die Sozialisationspraktik der Verstärkung qua Drohung, *shaming* und *blaming* zurück. Auf die Krisen in den zivil-militärischen Beziehungen sowie das normverletzende Verhalten Wałęsas und des Generalstabs verweisend, mahnten die Repräsentanten der NATO mehrfach an, Polen solle seine Aussichten auf die Mitgliedschaft nicht gefährden (Herspring 2000: 92; Michta 2002: 175). Zudem übte die amerikanische Administration sozialen Druck auf Präsident Kwaśniewski aus, indem sie ihm zu bedenken gab, dass ein Festhalten an Generalstabschef Wilecki den Beitritt Polens zur NATO gefährde (Jacoby 2001: 182; Epstein 2006: 280). Mittels dieser Sozialisationspraktiken beeinflusste die NATO die machtpolitischen Kosten-Nutzen-Kalküle der polnischen Entscheidungsträger zu Gunsten der Normübernahme im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Jenseits des Anpassungsdrucks, den die NATO auf die polnische Regierung ausübte, lässt sich das Engagement der polnischen Amtsträger bei der Institutionalisierung und der politischen Durchsetzung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte teilweise durch ihre machtpolitischen Gewinne plausibilisieren. Vor allem die verschiedentlichen Verteidigungsminister konnten ihre Position im Politikfeld Sicherheit infolge der Unterordnung der Streitkräfte unter ihre Kontrolle, der Beschneidung militärischer Befugnisse sowie der

Zivilisierung des Ministeriums erheblich stärken. Auch für die jungen zivilen Verwaltungsbeamten des polnischen Verteidigungs- und Außenministeriums ging der zunehmende Anpassungsdruck Polens an die Standards der Allianz mit einer veränderten Anreiz- und Opportunitätsstruktur einher, die sie für ihren eigenen beruflichen Aufstieg nutzen konnten (Gause 2007: 33).

Des Weiteren lässt sich unter Rückgriff auf den rationalen Institutionalismus erklären, warum in zentralen Aspekten der zivil-militärischen Beziehungen Polens auch nach dem Beitritt zur Allianz erheblicher Reformbedarf bestand. Dass die exekutive und parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte nicht implementiert war, trat in den Korruptionsskandalen im Jahre 2001 offen zu Tage (Gogolewska 2006: 107-111). Zudem spiegelte (und spiegelt) sich die Notwendigkeit einer Implementierung liberal-demokratischer Normen in der zivil-militärischen Zusammenarbeit wider. Dies manifestiert sich beispielsweise in der semi-unabhängigen institutionellen Stellung des polnischen Generalstabs innerhalb des Verteidigungsministeriums (Wągrowka 2007: 22). Teilweise plausibilisieren lassen sich diese Versäumnisse des polnischen Transformationsprozesses damit, dass die NATO bei diesen Aspekten keinen Anpassungsdruck auf die polnischen Regierungen ausübte. In den Sozialisationsprogrammen der Allianz wurde der Förderung ziviler Expertise in den Beitrittsstaaten nur wenig Aufmerksamkeit zuteil. Darüber hinaus richtete die NATO ihr Hauptaugenmerk auf die rein formal-legalistischen Aspekte der Normübernahme, wohingegen die tiefgreifende, nachhaltige Implementierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte kein zentraler Gegenstand der Sozialisationsbemühungen war. Im Ergebnis steht die Entwicklung eines kohärenten zivilen Expertenkreises für sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitische Fragen noch aus. Die Vernachlässigung dieser beiden – für eine effektive zivil-demokratische Kontrolle der Streitkräfte essentiellen – Aspekte setzte sich auch bei der Mitglieds-NATOisierung Polens fort, im Zuge derer sich der soziale Druck der Allianz auf die Herstellung der militärischen Interoperabilität der polnischen Streitkräfte beschränkte. Quasi spiegelbildlich schlug sich die sozialisationspolitische Prioritätensetzung der NATO im polnischen Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen nieder.

Wenngleich der rationale Institutionalismus einige zentrale Aspekte der NATOisierung Polens zu erklären vermag, greift die Betrachtungsweise der politischen und militärischen Akteure Polens als ausschließlich instrumentell handelnde NATO-Opportunisten oder Veto-Spieler in mehrfacher Hinsicht zu kurz. Zum ersten stellt sich die Frage, warum einige polnische Entscheidungsträger schon Anfang der 1990er Jahre, als noch kein glaubwürdiger Anreiz für die Normübernahme bestand, in Übereinstimmung mit liberal-demokratischen Normen redeten und handelten. Erklärungsbedürftig bleibt zweitens, warum einige polnische Akteure die NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen selbst dann unterstützten, als die Normübernahme mit mehr Kosten als Nutzen für sie verbunden war. Nicht erfasst wird aus rational-institutionalistischer Perspektive drittens der Einfluss der NATO auf die Identitäts- und Interessensbildung der polnischen Akteure, insbesondere auf jene der zivilen Entscheidungsträger sowie der jüngeren Generation der Verwaltungsbeamten und der Offiziersangehörigen. Zwar lässt sich der Widerstand der militärischen Führung unter Generalstabschef Wilecki im sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess Polens aus Sicht des rationalen Institutionalismus überzeugend plausibilisieren. Erklärungsbedürftig bleibt aus dieser Perspektive zum vierten jedoch, warum militärische Akteure die zivile Hoheit auch in Situationen in Frage stellten, in denen hohe Kosten für ihr normverletzendes Verhalten – bis hin zu Disziplinarmaßnahmen – in Kauf nehmen mussten. Auch das Beharren des polnischen Generalstabs 1998, trotz des bevorstehenden Beitritts Polens zur NATO an der auf nationalstaatliche territoriale Verteidigung ausgerichteten Doktrin festzuhalten, verweist auf Erklärungsschwächen des rationalen Institutionalismus. Schließen lassen sich diese Erklärungslücken unter Rückgriff auf die konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingungen der großen Identifizierung mit der NATO, der hohen Legitimität und Resonanz der NATO-Normen sowie der Bildung einer starken Koalition aus NATO-Normunternehmern.

Dass einige polnische Entscheidungsträger trotz machtpolitischer Kosten die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte unterstützten, zeigte sich beispielsweise am Engagement von Präsident Kwaśniewski beim Inkrafttreten des 'Gesetzes über den Verteidigungsminister' im

Februar 1996. Letzteres ordnete den Generalstab dem Verteidigungsminister unter, und beseitigte somit die verfassungsrechtlichen Grauzonen, die Kwaśniewski für eigene machtpolitische Ambitionen hätte nutzen können. Allerdings maß Kwaśniewski – im Unterschied zu seinem Amtsvorgänger Wałęsa – der Institutionalisierung und der politischen Durchsetzung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte eine höhere Priorität bei als dem Erhalt bzw. der Stärkung präsidentieller Kompetenzen. Darüber hinaus trat Kwaśniewski als außenpolitischer Repräsentant Polens für eine konsequente Westintegration des Landes ein, die nicht nur auf instrumentelle Erwägungen der Sicherheits-, und Wohlfahrtsmaximierung zurückgeführt werden kann, sondern auch ideell geprägt war. Seine Äußerungen zur Beitritts- und Mitglieds-NATOisierung Polens wiesen eine zeitliche und kontextuale sprachliche Konsistenz bezüglich liberal-demokratischer Normen auf. Auch nach Inkrafttreten der Großen Verfassung im Oktober 1997, welche die präsidentiellen Kompetenzen im Bereich der Außenpolitik stark beschnitt – und damit auch jene Kwaśniewskis – waren seine sprachlichen Verlautbarungen und sein Verhalten kongruent.

Als weiteres Beispiel für die Affinität einiger polnischer Amtsträger zu liberal-demokratischen Normen kann der mehrfache Verteidigungsminister Onyszkiewicz angeführt werden. Seine Bezugnahme auf liberal-demokratische Normen und sein Eintreten für die NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Polens waren zeitlich und kontextuell konsistent. Die kontextuelle Konsistenz zeigte sich daran, dass Onyszkiewicz sich normkonform verhielt – unabhängig davon, ob er das Amt des Verteidigungsministers bekleidete oder ein Parlamentsmandat in der Opposition inne hatte. Weil er schon Anfang der 1990er Jahre, d.h. bevor die rational-institutionalistische Bedingung eines glaubwürdigen Anreizes bestand, und nach Wegfall dieses Anreizes in Übereinstimmung mit liberal-demokratischen Normen handelte, erfüllte sein Verhalten auch das Kriterium der zeitlichen Konsistenz. Die Bewertung des Handelns polnischer Entscheidungsträger als einem – zumindest auch – normativ überzeugtem Handeln beschränkt sich freilich nicht auf diese beiden Akteure, sondern lässt sich auch bei anderen Amtsträgern beobachten. Schließlich führten unterschiedliche polnische Regierungsmitglieder auch nach der im Juli 1997 erfolgten Einladung Polens zur Aufnahme von

Beitrittsverhandlungen mit der NATO den Reformprozess im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen fort.³²⁰

Zu Gute kam den NATO-Repräsentanten bei ihren normativen Überzeugungsversuchen in bilateralen und multilateralen Gesprächskontexten, dass die polnischen Amtsträger sich mit der NATO als institutioneller Verkörperung der westlichen Wertegemeinschaft identifizierten, und ein ideelles Vakuum bestand. Als politische Novizen hatten die polnischen Entscheidungsträger wenige Vorstellungen darüber, wie die Reformen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen durchgeführt werden sollten (Epstein 2005: 65). Zugleich waren sie kognitiv motiviert, neue Informationen aufzunehmen und zu analysieren, weil sie der Gewährleistung der nationalen Sicherheit Polens übergeordnete Bedeutung bei der Neugestaltung der Außenbeziehungen beimaßen. Dass es sich bei der Normübernahme der polnischen Entscheidungsträger nicht ausschließlich um das Ergebnis eines funktionalen Überzeugungsprozesse durch Informationsgewinn handelte, legt die schon zuvor bestandene Affinität zu liberal-demokratischen Werten nahe, die sich u.a. in ihrem Engagement in der demokratischen Oppositionsbewegung während der kommunistischen Ära widerspiegelte und verfestigte. Jedoch darf der konstruktivistische Erklärungsanspruch nicht dahingehend überdehnt werden, die Normübernahme als ausschließlich NATO-induzierten Prozess zu bewerten. Freilich stärkte insbesondere die epistemische NATO-Gemeinschaft die Koalition polnischer Normunternehmer, indem sie ihnen im Rahmen von Beratungsgesprächen wertvolles Fachwissen vermittelte (Betz 2004a: 32f.). Außerdem lieferte die NATO den polnischen Normunternehmern argumentative Ressourcen, um die neuen Normen im nationalen Diskurs zu legitimieren (Epstein 2005: 81). Allerdings hätte die legitimatorische Inthronisierung der polnischen Normunternehmer alleine nicht ausgereicht, um die Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in den nationalen Institutionen und unter

³²⁰ Ulrich Vogel (1999: 271) weist zudem darauf hin, dass der Einschluss Polens in den Kreis der Kandidaten der ersten Osterweiterungsrunde bereits im Vorfeld des Madrider Gipfeltreffens der NATO-Staats- und Regierungschefs unstrittig war.

den nationalen Akteuren zu verbreiten. Entscheidend für den Erfolg der NATO-zentrierten Koalition polnischer Normunternehmer war auch deren exponierte Stellung im politischen System, und die damit einhergehenden Zugangsmöglichkeiten zu den sicherheits- und verteidigungspolitisch relevanten Akteuren und Institutionen. Zudem indizieren die bereits Anfang der 1990er Jahre initiierten Reformversuche, dass die spätere Normübernahme auch Aspekte einer sicherheitspolitischen Selbstsozialisation der polnischen Akteure aufweist.

Welchen zentralen Stellenwert die akteursspezifische psychologische und dispositionale Verfasstheit insbesondere für die tiefgreifende, nachhaltige Implementierung neuer Normen hat, spiegelten die Äußerungen und das Verhalten einiger militärischer Akteure Polens wider. Die Feindseligkeit, die polnische Offiziere unterschiedlichen Rangs immer wieder gegenüber Zivilisten an den Tag legten, lässt sich aus rational-institutionalistischer Sicht nicht plausibilisieren. Dahingegen liefert der konstruktivistische Institutionalismus, der auf die Bedeutung eines hohen Identifizierungsgrades und die Notwendigkeit der Anschlussfähigkeit internationaler Normen an bestehende Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken verweist, eine stichhaltige Erklärung. Verstärkt wurde das Spannungsverhältnis zwischen den NATO-Normen und den militärkulturellen Prägungen der polnischen Streitkräfte durch das zuweilen unsensible und missverständliche Verhalten hochrangiger westlicher Militärs im Rahmen der PfP-Aktivitäten. Douglas Bland (1995: 123) zufolge präsentierten sich einige Generäle der NATO-Mitgliedstaaten gegenüber den Militärs aus den PfP-Partnerländern wie Polen als allmächtig, scheinbar über unbegrenzte Ressourcen verfügend, und losgelöst von jeglicher nationaler ziviler Aufsicht. Insbesondere im Falle der polnischen Streitkräfte, die traditionell über eine große Autonomie und relativ starke sicherheitspolitische Mitspracherechte verfügten, hatte dieses Verhalten einen kontraproduktiven Effekt auf die Etablierung demokratischer zivil-militärischer Beziehungen.

Hinderlich auf den sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess Polens (und jenen anderer postkommunistischer Staaten) wirkte sich allerdings nicht nur das Verhalten hochrangiger westlicher Offiziere aus. Auch die Einstellung einiger ziviler Repräsentanten der NATO hatte gravierende negative Konsequenzen für

die Normübernahme, insbesondere für die Internalisierung der neuen Einstellungen und Glaubensüberzeugungen. Michael Glantz (1999) verwies in diesem Zusammenhang auf den mangelnden Respekt, den einige mit den Sozialisationsprogrammen betraute NATO-Repräsentanten gegenüber den polnischen Sozialisanden an den Tag gelegt hatten. Exemplarisch hierfür war die (Fehl)Einschätzung eines führenden Verwaltungsbeamten der NATO, demzufolge „all the three countries [Poland, Czech Republic, Hungary] were essentially the same, like three peas in a pod“ (zit. nach Glantz 1999: 11). Dieses Unkenntnis der länderspezifischen militärischen Traditionen sowie die Ignoranz gegenüber dem kommunistischen Erbe der drei mittelosteuropäischen Staaten war keine Einzellerscheinung. Vielmehr begegneten hochrangige militärische Ausbilder den postkommunistischen Sozialisanden häufig mit einer gewissen Bevormundung oder gar Arroganz (Glantz 1999: 11). Angesichts dessen waren zumindest in einigen Interaktionen zwischen NATO-Repräsentanten und polnischen Sozialisanden, insbesondere den Streitkräfteangehörigen, die den größten Teil der Seminarbesucher ausmachten, nicht die Voraussetzungen gegeben, die für die Induzierung sozialer Lern- und normativer Überzeugungsprozesse unerlässlich sind. Obschon die Sozialisationspraktik des *teaching* durchaus auf einer Rollenverteilung als Lehrer bzw. Schüler beruht, müssen dem konstruktivistischen Institutionalismus zufolge die Sozialisanden als lernfähige und lernwillige Subjekte betrachtet werden, denen mit Respekt begegnet wird. Dies war ganz offensichtlich nicht der Fall. Vielmehr haben einige Repräsentanten der NATO durch ihr Auftreten das innerhalb der polnischen Streitkräfte ohnehin schon bestehende militärkulturelle Spannungsverhältnis zusätzlich verschärft. Vor diesem Hintergrund kann die partielle NATOisierungswiderstand des (älteren) polnischen Offizierskorps durchaus als NATO-induziert bewertet werden. Inwiefern die sicherheitspolitische Sozialisationspolitik der NATO auch im Falle Tschechiens derartige nicht intendierte negative Konsequenzen bewirkte, wird eine der im nächsten Kapitel zu untersuchenden Fragen sein.

6 FALLSTUDIE 2: NATOISIERUNG TSCHECHISCHER SICHERHEITSPOLITIK IM BEREICH DER ZIVIL-MILITÄRISCHEN BEZIEHUNGEN

„Bis zur Aufnahme von Gesprächen über die NATO-Mitgliedschaft 1997 nahmen die Verteidigungspolitik im allgemeinen und die zivil-militärischen Beziehungen im besonderen nur einen geringen Stellenwert unter den Transformationsprioritäten der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik ein“ (Heinemann-Grüder 2003: 40).

Mit seinem Verweis auf den untergeordneten Stellenwert, den tschechische Entscheidungsträger sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Fragen beimaßen, spiegelt Andreas Heinemann-Grüder die Einschätzung vieler Veröffentlichungen zur tschechischen Außenpolitik wider (u.a. Nelson/Szayna 1997: 25; Fučík 1998: 163; Glantz 1999: 12; Betz 2004b: 46). Die Prioritätensetzungen auf der politischen Agenda der tschechischen Amtsträger korrespondierten mit den gesellschaftlichen Befindlichkeiten. Anfang der 1990er Jahre sahen 25 Prozent der Bevölkerung keine Notwendigkeit, überhaupt Streitkräfte zu haben (Nelson/Szayna 1999: 37). Im Unterschied zu den anderen drei mittelosteuropäischen Staaten, die bereits Anfang der 1990er Jahre Verteidigungsdoktrinen entwickelt hatten, verfügte die Tschechische Republik bis 1998 lediglich über eine deklaratorisch gefasste Gesetzesgrundlage.³²¹ Dass sich die politische Prioritätensetzung der Prager Führung auch nach dem Beitritt Tschechiens zur NATO im März 1999 nicht grundlegend verändert hat, zeigt sich beispielsweise an der geringen Aufmerksamkeit, die dem 'Neuen Strategischen Konzept' der NATO bislang zuteil geworden ist (Górka-Winter/Madej 2010: 28).³²² Zugleich verwiesen (und verweisen) viele tschechische Politiker besorgt auf die „heikle Zwischenlage“ des Landes zwischen Russland und Deutschland (Handl

³²¹ Grundlage der tschechischen Verteidigungspolitik bildete die lediglich deklaratorisch gefasste Militärdoktrin, die das tschechoslowakische Parlament im März 1991 verabschiedet hatte (Gießmann 1995: 137).

³²² Einen zentralen Bezugspunkt des tschechischen Sicherheitsdiskurses bildet dahingegen die von den USA geplante Raketenabwehr (Górka-Winter/Madej 2010: 29f.).

2009: 365).³²³ Einen zentralen Kristallisationspunkt des tschechischen Sicherheitsdiskurses über die geopolitische Lage des Landes bildete die Frage der NATO-Mitgliedschaft. Wenngleich innenpolitisch und gesellschaftlich nicht unumstritten, gehörte die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO – neben jener in der EU – gemäß der offiziellen Staatsräson zu den langfristigen Zielen der tschechischen Außenpolitik.³²⁴

Die Sozialisationspraktiken der Allianz, insbesondere die Beitrittsverhandlungen im Jahre 1997, fungierten kurzzeitig als Katalysator für die Gesetzgebung im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen wie auch die sicherheits- und verteidigungspolitische Doktrinenentwicklung (Prochazka 2009: 23). Bei ihren Bemühungen, die tschechischen Akteure zur Übernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu bewegen, griff die NATO auf verschiedene Sozialisationspraktiken zurück. Diese reichten von materieller Verstärkung durch Belohnungen und Drohungen sowie sozialem Einfluss qua Lob und Tadel über *teaching* bis hin zur normativen Überzeugung. Allerdings waren die Anforderungen, die aus der gleichzeitigen Bewältigung des sicherheitspolitischen Integrationsprozesses einerseits und des Transformationsprozesses andererseits resultierten, nicht in jedem Falle deckungs- und wirkungsgleich. Vielmehr handelte es sich sowohl im Verhältnis der NATO zu einigen sicherheitspolitischen Akteuren Tschechiens als auch zwischen den unterschiedlichen tschechischen Akteuren und Akteursgruppen um einen konflikthaften Prozess der Normübernahme. Auf die Sozialisationsbemühungen

³²³ Nachdem sich die tschechische Diskussion über die „heikle Zwischenlage“ des Landes nach dem Beitritt zur NATO einige Jahre beruhigt hatte, wurde sie infolge der imperialen Rhetorik der russischen Führung seit dem Machtantritt Putins, der aktiveren Europapolitik Deutschlands sowie des Unilateralismus der Bush-Administration erneut entfacht. Vgl. hierzu Handl (2009: 365f.).

³²⁴ Gegenwärtig lässt sich die innerhalb der tschechischen Elite noch immer bestehende Dreiteilung in eine 'atlantische', eine 'europäische' und eine 'universalistische' Strömung bei den unterschiedlichen Positionierungen zur Frage der Stationierung von Teilen des US-amerikanischen Raketenabwehrschildes auf tschechischem Territorium sowie der Rückbindung dieses Vorhabens an den NATO-Rahmen sehr gut beobachten.

der NATO reagierten die sicherheitspolitischen Akteure Tschechiens unterschiedlich. Nach der Aufnahme Tschechiens in die Allianz ebte der zivil-militärische Reformschub rasch wieder ab.

Angesichts dessen stellt sich die Frage, inwieweit die NATOisierung Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich war, und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen die Normübernahme (nicht) erfolgte.

Die Beantwortung dieser übergeordneten Leitfrage gliedert sich in fünf Themenkomplexe, von denen die Annäherung Tschechiens an die NATO den ersten bildet. Neben der (umstrittenen) Bedeutung der NATO in der tschechischen Sicherheitskonzeption befasst sich der erste Teil der Fallstudie mit der Institutionalisierung der politischen und militärischen Kooperation beider Seiten. Darauf folgt im zweiten Teil der Fallstudie die Analyse des Transformationsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens. Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, inwieweit die sicherheitspolitischen Akteure Tschechiens die zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte institutionalisiert und politisch durchgesetzt haben. Der dritte bzw. vierte Teil der Fallstudie konzentriert sich auf die Erklärung des Verlaufs und des Ergebnisses der NATOisierung Tschechiens aus Sicht des rationalen bzw. des konstruktivistischen Institutionalismus. Abschließend wird reflektiert, welche Erklärungskraft der jeweilige Ansatz hinsichtlich der (nicht) erfolgten Normübernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte für sich beanspruchen kann.

6.1 Tschechiens Annäherung an die NATO: Vom Anwärter- zum Mitgliedstaat

6.1.1 Bedeutung der NATO bei der tschechischen 'Rückkehr nach Europa': Diskrepante Rhetoriken und Praktiken

Nach der Unabhängigkeit der Tschechischen Republik im Januar 1993 deklarierte die tschechische Regierung die Mitgliedschaft in der NATO und der EU als langfristige Ziele der tschechischen Außenpolitik. Wenngleich sich in Tschechien kein parteiübergreifender, gesellschaftlich verankerter nationaler Sicherheitskonsens herausbildete, wie dies im Falle Polens zu beobachten war,

tauchten doch in Publikationen, Dokumenten und Stellungnahmen wiederholt Motive auf, welche die Grundlage der offiziellen Staatsräson Tschechiens und der NATO-Politik bildeten.³²⁵ Neben dem Leitsatz *Überwindung der 'heiklen Zwischenlage' durch geopolitische Westverschiebung* stellten die Denkmuster *Identitäre Bestätigung durch Westintegration* und *NATO-Mitgliedschaft als Katalysator für den EU-Beitritt* zentrale Bezugspunkte dar, auf die sich die tschechischen Befürworter einer NATO-Mitgliedschaft bei der angestrebten 'Rückkehr nach Europa' beriefen.

6.1.1.1 Überwindung der 'heiklen Zwischenlage' durch geopolitische Westverschiebung

„Tschechien, das über jede nur mögliche historische Erfahrung – einschließlich der Erfahrung von München – verfügt, möchte sich nicht in irgendeinem Vakuum wieder finden“ (Havel 1995: 11)

Aufgrund der geopolitischen Situiertheit zwischen stärkeren und expansionistischen Mächten sah sich Tschechien im Verlauf seiner Geschichte mehrfach Bedrohungen der nationalen Sicherheit ausgesetzt. Einen prägenden Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der tschechischen Gesellschaft bildet das Münchener Diktat von 1938. Es trennte das Sudetenland von der Tschechoslowakischen Republik ab; 1939 wurden Böhmen und Mähren schließlich deutsches Protektorat (Gießmann 1995: 121). Die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in die 'Tschechoslowakische Sozialistische Republik' im August 1968 stellt einen weiteren zentralen Topos im historischen Erbe der tschechischen Gesellschaft dar (Sarvaš 1998: 61).³²⁶ Vor diesem Hintergrund lautete die Gretchenfrage der tschechischen Außenpolitik nach 1993, wie die „prekäre Existenz eines kleinen Staates zwischen Deutschland und Russland zu sichern“ ist (Handl 2009: 357). Insbesondere der gescheiterte Militärputsch gegen die Jelzin-Regierung im Oktober 1993, die Wahlergebnisse zur Duma im

³²⁵ Vgl. Drulák/Kořan/Růžička (2008: 146-148) zur Einteilung der außenpolitischen Strömungen innerhalb der tschechischen Elite.

³²⁶ Diese Bezeichnung erhielt das damalige Staatsgebilde 1960 per Dekret.

Dezember 1993, der Beginn des ersten Tschetschenien-Kriegs sowie die zunehmend imperiale Rhetorik der russischen Führung mobilisierten innerhalb der tschechischen Entscheidungsträger die historisch bedingten Bedrohungsängste im Zusammenhang mit der als heikel empfundenen Zwischenlage des Landes (Kratochvíl/Cibulková/Beneš 2006: 501). Die tschechische Rezeption dieser Ereignisse erläuterte Präsident Václav Havel:

„Wir haben eine sowjetische Besatzung durchgemacht. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung ist es natürlich, dass wir empfindlich auf gewisse alarmierende Zeichen reagieren, die in der russischen Politik zutage treten und die dazu führen könnten, dass die alten Zeiten in einem etwas neueren, moderneren Gewand zurückkehren. Dies gilt z.B. für den Versuch, uns in das Konzept des "nahen Auslands" einzubinden“ (Havel 1995: 11).³²⁷

Die innerrussischen Entwicklungen galten in den Augen der tschechischen Entscheidungsträger als größte Sicherheitsbedrohung des Landes (Gießmann 1995: 125).³²⁸ Da der Schutz vor einer etwaigen militärischen Gefährdung durch Russland nach Prager Sicht aus eigener Kraft nicht gewährleistet werden konnte, bildete die „geopolitische Westverschiebung“ Tschechiens in die NATO und die EU die überzeugendste Antwort auf die außenpolitische Gretchenfrage (Seifter/Handl 1997: 75) – zumindest für die Mehrheit der tschechischen Elite. Diese Ansicht teilten die ODS (Občanská demokratická strana, Demokratische Bürgerpartei), die KDU-CŠL (Křesťansko-demokratická unie-Česká strana lidová, Christlich-Demokratische Union-Tschechische Volkspartei) und die ODA (Občanská demokratická aliance, Bürgerlich-Demokratische Allianz), die von 1993 bis Ende 1997 die Mitte-Rechts-Regierung unter Premierminister Václav Klaus bildeten und somit die NATO-Politik Tschechiens bestimmten.³²⁹ Eine ablehnende

³²⁷ Václav Havel war von 1993 bis 2003 Präsident der Tschechischen Republik, und zuvor von Dezember 1989 bis Juli 1992 Staatsoberhaupt der Tschechoslowakei. Nach der Souveränitätserklärung der Slowakischen Republik im Juli 1992 blieb das Präsidentenamt bis zur Teilung des Landes vakant. Vgl. zur politischen Rolle Havels Alamir (2003).

³²⁸ Aufgrund der größeren geographischen Entfernung zu Russland waren die Bedrohungsperzeptionen in Tschechien allerdings weniger stark ausgeprägt als in Polen. Vgl. hierzu Bedarff/Schürmann (1998: 40).

³²⁹ In den Jahren 1996 und 1997 allerdings als eine von der ČSSD tolerierte Minderheitsregierung.

Haltung gegenüber dem NATO-Beitritt Tschechiens nahm die KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) ein.³³⁰ In weiten Kreisen der ČSSD (Česká strana sociálně demokratická, Sozialdemokratische Partei), größte Oppositionspartei im tschechischen Parlament, überwogen zunächst kritische Stimmen. Indes setzten die Sozialdemokraten die Integration Tschechiens in die NATO fort, nachdem sie nach den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 1998 die Regierungsverantwortung übernommen hatten (Gießmann 2001: 216).³³¹

6.1.1.2 Identitäre Bestätigung durch Westintegration

„For us [the Czechs], NATO membership would mean that we are definitely a part of the Western world“ (Klaus, zit. nach Betz 2004b: 46)

Auch Tschechiens Präsident Havel wies darauf hin, dass die Aufnahme in die NATO ein Signal sei, „that the West truly wants us [the Czechs] and sees us as part of the western sphere of civilisation“ (The Economist, 30.3.1996). Aus Sicht der tschechischen Entscheidungsträger galt die NATO-Mitgliedschaft Tschechiens als „Qualitätsstempel“, der die Zugehörigkeit des Landes zu Europa besiegeln sollte (Bedarff/Schürmann 1998: 40). Einen vergleichsweise starken Bezugspunkt bildeten die nichtmilitärischen, symbolischen und zivilisatorischen Aspekte der Mitgliedschaft im tschechischen Sicherheitsdiskurs (Lefebvre 1995: 735).³³² Hervorgehoben wurde die Kultur- und Wertegemeinschaft demokratisch verfasster Staaten, zu der sich die Tschechische Republik seit jeher zugehörig gefühlt habe, obschon sie davon während der Nachkriegsordnung gezwungenermaßen abgetrennt war. Dementsprechend betrachteten die Amtsträger den Beitritt Tschechiens zur NATO als „Rückkehr in die euro-atlantische Zivilisation“ [m.

³³⁰ Die KSČM lehnt bis heute die Mitgliedschaft Tschechiens in der NATO und der EU ab.

³³¹ Nach dem Regierungskollaps Ende 1997 stand eine Interimsregierung aus unabhängigen Politikern der Tschechischen Republik vor.

³³² Heruntergespielt wurden in den innenpolitischen Begründungen dahingegen die Kosten und die Verpflichtungen der Mitgliedschaft (Lefebvre 1995: 735).

Übersetz.] (Šedivý 1995: 10). Präsident Havel (1995: 11) zufolge stellte die NATO die „einzige funktionierende, wahrhaft europäische Sicherheitsstruktur“ dar, „die auf den zivilisatorischen Werten aufbaut, die auch wir [die Tschechen] vertreten“. Neben der Funktion als militärischer Sicherheitsgarant speiste sich die Bedeutung der NATO in der tschechischen Sicherheitskonzeption auch aus dem psychologischen Ansinnen, als Teil der westlichen Wertegemeinschaft bedingungslos anerkannt zu werden. Zwar rief die Instabilität in Russland und im ehemaligen Jugoslawien innerhalb der tschechischen Bevölkerung Beunruhigung hervor, doch gewichtete sie innere Sicherheitsgefährdungen stärker als externe Bedrohungen (Heinemann-Grüder 2003: 243).³³³ Dementsprechend waren sowohl die öffentliche als auch die parlamentarische Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft Tschechiens höher als jene zur Mitgliedschaft in der Allianz.

6.1.1.3 NATO-Mitgliedschaft als Katalysator für den Beitritt zur EU

*„Czech citizens (...) see NATO responsibilities more in terms of the country's preparations for EU membership than as augmenting their armed forces or preparing a defence against an external threat“
(Gabal/Helsusova/Szayna 2002: 5)*

In der öffentlichen Wahrnehmung dominierten die so genannten „weichen“ Sicherheitsaspekte, wie Arbeitslosigkeit, organisierte Kriminalität, Terrorismus und Flüchtlingswellen (Szayna 1999: 114-119). Infolge des Jahrhundert-Hochwassers im Jahre 1997 bestimmten zudem Fragen der ökologischen Sicherheit die gesellschaftlichen Bedrohungsperzeptionen (Ulrich 2000b: 32). Die gesellschaftliche Fokussierung auf weiche Sicherheitsfragen korrespondierte mit der Einschätzung weiter Kreise der politischen Entscheidungsträger. Insbesondere Premierminister Klaus war davon überzeugt, dass ein kleines Land wie Tschechien seine nationale Sicherheit primär über finanzielle und ökonomische Stärke, nicht aber militärische, gewährleisten könne (Nelson/Szayna 1997: 24). Dementsprechend nahm die EU-Mitgliedschaft in der tschechischen

³³³ Vgl. Blasek (1998) und Sarvaš (1998: 83-84) zu den tschechischen Bedrohungsperzeptionen jenseits der Fragen militärischer Sicherheit.

Sicherheitskonzeption einen höheren Stellenwert ein als der Beitritt zur Allianz. Aus tschechischer Sicht fungierte die NATO-Mitgliedschaft als Katalysator für den Beitritt zur EU (Nelson/Szayna 1997: 25; Heinemann-Grüder 2003: 245). Die Prioritätensetzung der tschechischen Elite korrespondierte mit den Zustimmungsraten innerhalb der Bevölkerung, die den EU-Beitritt Tschechiens mehr unterstützte als jenen zur NATO – wenn auch nur mit gut 50 Prozent.³³⁴ Sprachen sich die bürgerlich-konservativen Parteien Tschechiens schon Anfang der 1990er Jahre für die NATO-Mitgliedschaft aus, zeichnete sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei erst in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine Mehrheit für den Beitritt zur Allianz ab (Bedarff/Schürmann 1998: 28). Darüber hinaus unterschieden sich beide politischen Richtungen im Hinblick auf den Stellenwert, der der Mitgliedschaft in der NATO und der EU für die Sicherheit Tschechiens beigemessen wurde. Als weitaus wichtiger betrachtete die sozialdemokratische Partei den Beitritt Tschechiens zur EU.³³⁵

6.1.2 Institutionalisation der politischen und militärischen Kooperation mit der NATO

Bereits im März 1991 forderte Václav Havel, damals als Staatsoberhaupt der Tschechoslowakischen Republik, bei seinem Besuch des NATO-Hauptquartiers in Brüssel, dass sich ein Bündnis von Staaten, „die durch die Ideale von Freiheit und Demokratie geeint sind, nicht auf Dauer Nachbarstaaten verschließen sollte, die die gleichen Ziele verfolgen“ (zit. nach Varwick 2008: 98). Seine Forderung nach einer Sicherheitsgarantie der NATO sowie einem generellen Bekenntnis zur

³³⁴ Mit gut 50 Prozent im Jahre 1997 fiel allerdings auch das Votum der tschechischen Bevölkerung für die EU-Mitgliedschaft nicht sehr hoch aus – insbesondere im Vergleich zur polnischen Zustimmungsraten von etwa 70 Prozent. Vgl. zum ostmitteleuropäischen Stimmungsbarometer (Bedarff/Schürmann (1998: 27f.).

³³⁵ Diese Prioritätensetzung besteht auch heute noch, wie beispielsweise die sozialdemokratische Positionierung zum Umgang mit dem amerikanischen Unilateralismus der Bush-Administration gezeigt hat. Sprachen sich die konservativen Parteien Tschechiens, innerhalb derer die 'Atlantiker' dominieren, für eine engere Anbindung an die USA aus, sahen sich die 'Europäer' in ihrer Einschätzung bestätigt, wonach die EU als Gegengewicht zu den hegemonialen USA aufgebaut werden müsse (Handl 2009: 366; Górká-Winter/Madej 2010: 29).

Osterweiterung bekräftigte Havel bei dem Krakauer Gipfeltreffen mit seinen mittelosteuropäischen Amtskollegen im Oktober 1991 (Hyde-Price 1996: 244). Einen wichtigen Schritt bei der Institutionalisierung der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der NATO bildete die Etablierung des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR) unter der Ägide der USA im November 1991. Im Rahmen dieses Kommunikationsforums nahm der politische Dialog zwischen beiden Seiten stetig zu (Hofer 2007: 11), den die Prager Führung auch nach der staatlichen Teilung der Tschechoslowakei weiter pflegte. Die Kooperation Tschechiens mit der NATO umfasste gegenseitige Besuche von tschechischen Diplomaten und NATO-Repräsentanten, Arbeitskontakte des tschechischen Verbindungsbüros mit dem Hauptquartier in Brüssel und dem Alliierten Oberkommando (SHAPE) in Mons sowie die Teilnahme tschechischer Parlamentarier an der Nordatlantischen Versammlung.

Dem Präsidenten, der während der Anbindungs- und Heranführungsphase am nachdrücklichsten für die Aufnahme Tschechiens in die NATO warb, pflichteten weitere tschechische Amtsträger bei.³³⁶ Außenminister Zieleniec zufolge ist die Mitgliedschaft in der Allianz von großer Bedeutung für sein Land (CTK, 3.12.1993). Das im Januar 1994 aufgelegte PfP-Programm bewertete Zieleniec als „an important step which opened up the way for the Czech Republic to NATO“ (CTK, 10.1.1994). Gegenüber dem NAKR stellte die PfP aus Prager Sicht in zweierlei Hinsicht eine Verbesserung dar. Zum einen versprach sich die tschechische Regierung vom '16+1'-Format eine Intensivierung der politischen Kooperationsbeziehungen mit der NATO und ihren Mitgliedstaaten. Darüber hinaus betrachtete sie die Möglichkeit der tschechischen Streitkräfte, an militärischen Übungen mit den alliierten Einheiten teilzunehmen, als eine Chance

³³⁶ Auch während der Beitritts- und Integrationsphase war Präsident Havel der stetigste und nachdrücklichste Befürworter der NATO-Mitgliedschaft Tschechiens, für die er nicht nur außenpolitisch warb, sondern sich auch sehr darum bemühte, den hierfür erforderlichen innenpolitischen und gesellschaftlichen Konsens herzustellen.

zur beschleunigten Annäherung an das Ziel der Mitgliedschaft (Gießmann 1995: 157).³³⁷

Das PfP-Rahmendokument unterzeichnete Premierminister Klaus am 10. März 1994, womit sich die Tschechische Republik als elfter Staat der PfP anschloss (Simon 1996: 20). Im Individuellen Partnerschaftsprogramm (IPP), das Tschechien am 25. November 1994 mit der NATO abschloss, verpflichtete sich der Anwärterstaat zur dauerhaften Transparenz nationaler Verteidigungsplanung und Haushaltsverfahren. Zu diesem Zweck wurde die Einführung eines Planungs-, Programm- und Budgetsystems beschlossen (Gießmann 1995: 147).³³⁸ Zudem sah das Abkommen eine rasche Modernisierung der Streitkräfte vor, die Abstimmung der nationalen Risikoanalyse und Gefahrenabwehr mit jener der Allianz sowie die Anpassung von Gesetzen und der Gesetzgebung an die in den NATO-Staaten gängigen Regelungen. Laut dem IPP erwartete die tschechische Regierung ihrerseits materielle Unterstützung bei dem Aufbau NATO-kompatibler Kampfeinheiten, Beratung bei der Ausarbeitung demokratischer Führungsprinzipien innerhalb der Streitkräfte sowie Ausbildungsmöglichkeiten für die Offiziersangehörigen in den Einrichtungen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten. Um die politische Zusammenarbeit mit der Allianz zu intensivieren, richtete die tschechische Regierung ein Verbindungsbüro im Hauptquartier in Brüssel ein und stellte Verbindungsoffiziere zur PfP-Zelle beim Alliierten Oberkommando SHAPE in Mons ab (Gießmann 1995: 157).

Während der Heranführungs-, Öffnungs- und Beitrittsphase machte Tschechien von den Angeboten des PfP-Programms regen Gebrauch. Von den gut 120 Kooperationsmaßnahmen, die das IPP für die Jahre 1994 und 1995 festlegte, wurden sowohl einige Ausbildungsvorhaben als auch militärische Übungen in

³³⁷ Wenngleich die Prager Bewertung der PfP mit jener Warschaus dahingehend übereinstimmte, die PfP als Mittel zum Zweck – dem Beitritt zur NATO – zu betrachten, blieben solche enttäuschten Äußerungen wie in Polen aus.

³³⁸ Um die Einführung und die Umsetzung des Planungs-, Programm- und Budgetsystems sicherzustellen, wurden sechzehn (!) neue Finanzbehörden eingerichtet, was letztlich mehr Abstimmungsbedarf erzeugte denn Reformfortschritte bewirkte.

Tschechien durchgeführt. Für Offizierslehrgänge stellte die tschechische Regierung das Führungs- und Ausbildungszentrum der tschechischen Streitkräfte in Komorní Hrádek zur Verfügung. Für militärische Übungen im Rahmen der PfP waren die Manövergelände in Boletice nad Labem, Libavá und Vyskov vorgesehen (CTK, 25.11.1994).³³⁹ Auch in den folgenden beiden Jahren nutzte die Tschechische Republik die PfP, um ihre internationale Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Entsprechend dem zunehmenden Angebot im Rahmen der PfP stieg die Zahl der multinationalen Militärübungen, an denen tschechische Streitkräfteangehörige teilnahmen, von drei im Jahre 1994 auf 17 im Jahre 1997 (Bedarff/Schürmann 1998: 21).³⁴⁰ Hinzu kam eine weitaus größere Zahl bilateraler Manöver. Von 1994 bis 1998 partizipierten tschechische Soldaten an 210 PfP-Übungen (Svěrák 1999: 38). Außerdem weiteten sich die Aktivitäten zwischen Tschechien und den USA im Rahmen von MIL-to-MIL, IMET und JCTP während der Heranführungs-, Öffnungs- und Beitrittsphase der Allianz erheblich aus.³⁴¹

Bei den knapp 1000 PfP-Aktivitäten, die die NATO 1997 durchführte, schlugen die 25 multinationalen Militärmanöver zahlenmäßig nur gering zu Buche (Vogel 1999: 281). Die Mehrzahl der PfP-Aktivitäten bestand aus Seminaren, Lehrgängen, Schulungen sowie gegenseitigen Besuchen politischer und militärischer Vertreter Tschechiens und der NATO. Um sich auf die Strukturen und die Verfahren der gemeinsamen Verteidigungsplanung mit der NATO vorzubereiten, nahm Tschechien auch an dem 1995 aufgelegten Planungs- und Überprüfungsprozess der Allianz teil. Auf diese Weise suchte die tschechische Führung, nach dem erhofften politischen Beitrittsbeschluss der NATO einem etwaigen Zeitverlust

³³⁹ Von 1994 bis 1998 fanden 85 Übungen auf tschechischem Territorium statt (Svěrák 1999: 38).

³⁴⁰ Vgl. Simon (1996: 21ff.) und Gießmann (1995: 159ff.) zu den multinationalen und bilateralen Militärübungen der tschechischen Streitkräfte im Einzelnen.

³⁴¹ Während in den Jahren 1993 und 1994 insbesondere die Aktivitäten des MIL-to-MIL-Programms (Military-to-Military-Initiative) mit 16 bzw. 46 Kooperationsmaßnahmen besonders zu Buche schlugen (Sava 2002: 49), erfolgte der Austausch ab Mitte der 1990er Jahre primär im Rahmen von IMET (International Military Education and Training) und dem JCTP (Joint Contact Team Program).

aufgrund militärisch-praktischer Vorbehalte vorzubeugen. Premierminister Klaus zufolge fungierte das PfP-Programm als „a mechanism of our strategical aim, which is the admission of the Czech Republic to NATO“ (CTK, 9.3.1994).

Wenngleich sie es versäumte, notwendige Militärreformen zu initiieren, rückte die tschechische Regierung nach der Veröffentlichung der Erweiterungsstudie im September 1995 den NATO-Beitritt Tschechiens in den Mittelpunkt ihrer außenpolitischen Aufmerksamkeit (Handl 2009: 359). Die diplomatischen Bemühungen waren insofern von Erfolg gekrönt, als die NATO auf ihrem Madrider Gipfeltreffen im Juli 1997 die Tschechische Republik einlud, Beitrittsverhandlungen mit der Allianz aufzunehmen (Jacoby 2004: 151). Allerdings koinzidierte die Beitrittsphase mit einer innenpolitischen Pattsituation infolge der Parlamentswahlen im Mai 1996. Die Mitte-Rechts-Koalition unter Premierminister Klaus, die während der ersten Legislaturperiode über eine komfortable Mehrheit verfügt hatte, verlor überraschend viele Stimmen an die sozialdemokratische Partei (Pehe 1996).³⁴² Im Ergebnis führte eine von der ČSSD tolerierte Minderheitsregierung die Geschicke des Landes bis Ende 1997. Nach dem Regierungskollaps stand der Tschechischen Republik eine Interimsregierung aus unabhängigen Politikern bis zu den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 1998 vor.

Angesichts der geringen öffentlichen Zustimmung zur NATO-Mitgliedschaft Tschechiens riet NATO-Generalsekretär Solana der tschechischen Interimsregierung im März 1998 von einem Referendum ab (RFE/RL 1998). Im April 1998 sprach sich das tschechische Parlament mit klarer Mehrheit für die NATO-Mitgliedschaft aus (Khol 2001: 157).³⁴³ Hatte die ČSSD während ihrer Zeit

³⁴² Dabei handelte es sich um die ersten freien Parlamentswahlen der Tschechischen Republik. Die Auflösung der Tschechoslowakei hatte keine Parlamentswahlen zur Folge. Vielmehr wurde der bestehende Tschechische Nationalrat zum Abgeordnetenhaus (Vodička 2004: 263).

³⁴³ 154 Abgeordnete stimmten für den Beitritt, 38 dagegen. Noch deutlicher votierte der Senat mit 64 zu drei Stimmen. Vgl. zur parlamentarischen Diskussion im Vorfeld der Abstimmung (Khol 2001: 151-157).

in der Opposition noch auf einem Referendum beharrt, ließ sie ihre Forderung nach der Regierungsübernahme im Juni 1998 fallen (Khol 2001: 150).

Parallel zu den politischen Vorbereitungen auf die NATO-Mitgliedschaft wurde der militärische Anpassungsprozess intensiviert. Die Rekrutierungsmethoden beim militärischen Personal mussten verändert werden, um hochqualifizierte Kandidaten für die Offizierslaufbahn zu gewinnen (Granville 1999: 166). Darüber hinaus legten westliche Militärexperten der tschechischen Führung den Aufbau eines Unteroffizierskorps nahe, weil dies als effektivste Strategie zur Entwicklung NATO-kompatibler Streitkräfte erachtet wurde (Michta 1999c: 188). Jene Einheiten der tschechischen Armee, die für NATO-Verwendungen vorgesehen waren, sahen sich insbesondere in drei Themenfeldern mit der Bewältigung komplexer Lernprozesse konfrontiert. Zum einen mussten sie Englischkenntnisse erwerben bzw. die nur marginal vorhandenen Sprachkenntnisse verbessern. Zudem oblag es ihnen, sich mit den Feinheiten der NATO-Doktrin vertraut zu machen. Schließlich mussten sie darauf vorbereitet werden, mit ihren westlichen Kollegen auf der Planungsebene zusammenzuarbeiten (Granville 1999: 166).

Bei der Betrachtung von Tschechien als neuem NATO-Mitglied springen insbesondere zwei Aspekte ins Auge. Erstens zeitigte die Teilnahme der tschechischen Streitkräfte an den bi- und multilateralen Kooperationsaktivitäten im Rahmen der PfP nicht den gewünschten Effekt, innerhalb von fünf Jahren einen allianzadäquaten Zustand herzustellen. Zwar erklärte die NATO in ihrer Erweiterungsstudie, dass sie von den neuen Mitgliedern keine volle Interoperabilität erwarte, sondern lediglich bestimmte Mindeststandards voraussetze (NATO 1995: §78). Doch erfüllten selbst jene Einheiten der tschechischen Armee, die für die Verwendung in NATO-Operationen trainiert wurden, diese minimalen Anforderungen nicht (Ulrich 2000a: 46). Ernsthafte Bemühungen zur Anpassung der Streitkräfte an die westlichen Standards setzten erst im Vorfeld des Beitritts Tschechiens zur Allianz ein, was sich exemplarisch an der Luftwaffe verdeutlichen lässt. Zwar wurde die Zahl der Flugstunden im Rahmen der Ausbildung und des Trainings tschechischer Piloten 1999 auf durchschnittlich 40 bis 120 Stunden pro Person erhöht und damit im Vergleich zu den Vorjahren um 25 Prozent gesteigert, doch lag sie noch immer deutlich unter

dem NATO-Standard von 150 bis 200 Flugstunden pro Pilot (Ulrich 2000b: 37). Während der Mitglieds-NATOisierung zog die tschechische Regierung Kritik auf sich, weil sie nach Ansicht von NATO-Generalsekretär Robertson den notwendigen Militärreformen keinen Nachdruck mehr verlieh (Ulrich 2002a: 407). In Anbetracht dieses Befunds erstaunt es, dass Robertsons Vorgänger, Javier Solana, den Modernisierungsstand der tschechischen Streitkräfte 1998 noch als „sehr gut“ bezeichnet hatte (Betz 2004b: 46).³⁴⁴ Somit kann rückblickend – auch im Falle Tschechiens – von einer politisch motivierten Schönfärberei der militärischen Strukturreformen im Vorfeld der ersten Osterweiterung gesprochen werden (Jacoby 2004: 32; 151).

Zum zweiten wichen die tschechischen Amtsträger auf der rhetorischen Ebene von den Erwartungen der westlichen Verbündeten ab. Mit Ausnahme Präsident Havels und der ihm nahe stehenden Politikern sprach sich die überwiegende Mehrheit der Amtsträger gegen die Luftangriffe der NATO auf das Milošević-Regime sowie ein weiteres militärisches Engagement im Kosovo-Konflikt aus (Handl 2009: 361).³⁴⁵ Prononciert äußerte der ehemalige Premierminister und damalige Parlamentspräsident Klaus seine Kritik an den Luftschlägen der Allianz (Ulrich 2000a: 39). Der sozialdemokratische Premier Miloš Zeman schloss bereits am 25. April 1999 die Beteiligung tschechischer Soldaten an einer Bodenoffensive aus, obwohl die NATO diese gar nicht angefordert hatte (Šedivý 1999: 44). In Rechnung gestellt werden muss hierbei allerdings, dass die ČSSD-Minderheitsregierung unter Premier Zeman im NATO-Rat, in den sie gerade erst eingezogen war, für die Luftschläge gestimmt hatte (Handl 2009: 362). Das Verhalten der tschechischen Regierung im ersten alliierten Härte-test bestätigte die innerhalb der NATO verbreitete Sichtweise, wonach der neue Mitgliedstaat die Rolle eines Sicherheitskonsumenten einnehmen werde. „Czechs were familiar only with the benefits of membership in a defensive alliance and consequently,

³⁴⁴ NATO-Repräsentanten zufolge hatte Tschechien Anfang des Jahres 1998 ungefähr 70 Prozent der militärischen Anforderungen für die Mitgliedschaft erreicht (Betz 2004b: 46).

³⁴⁵ Die Position der tschechischen Elite korrespondierte mit der Einschätzung der Bevölkerung, die den Einsatz militärischer Gewalt nahezu einhellig ablehnte.

held the expectations of a security consumer“, erläuterte ein hochrangiger Beamter des Außenministeriums die tschechische Binnenperspektive (zit. nach Ulrich 2000a: 40).

Dass sich gewichtige Diskrepanzen zwischen Soll und Sein auch bei dem Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens niederschlugen, bildet einen zentralen Aspekt des folgenden Kapitels.

6.2 Transformation der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens

Zielsetzung der Analyse des Transformationsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen ist es herauszuarbeiten, inwieweit die sicherheitspolitischen Akteure Tschechiens die NATO-Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte institutionalisierten und politisch durchsetzten. Da die NATO selbst ihre Beitrittsanforderung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in ihren einschlägigen Dokumenten nur teilweise spezifizierte, wird bei der Untersuchung des NATOisierungsgrades Tschechiens auf den in Kapitel 4.5 vorgestellten Leitfragenkatalog zurückgegriffen.³⁴⁶ Im Mittelpunkt stehen hierbei die formale und die behaviourale Dimension der NATOisierung. Ebenfalls Berücksichtigung findet in der nachfolgenden Analyse des tschechischen Transformationsprozesses im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen die kommunikative Dimension der NATOisierung.³⁴⁷ Die Untersuchung konzentriert sich zunächst auf die Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Verfassung und Gesetz. Zentral sind hierbei zwei Aspekte: Zum einen die Frage, inwieweit die einzelnen Elemente einer zivilen demokratischen Kontrolle der

³⁴⁶ Dieser Leitfragenkatalog wurde aus drei Quellen generiert: Erstens aus den von Jeffrey Simon (1996: 26) definierten Kriterien. Spezifiziert wurde dieser recht grobe Kriterienkatalog durch die Auswertung verschiedener Modelle (demokratischer) zivil-militärischer Beziehungen, die innerhalb der CMR-Forschung entwickelt worden sind. Schließlich bildet der in Kapitel 4.2 geleistete Vergleich sowjetisch und demokratisch geprägter Modelle zivil-militärischer Beziehungen eine dritte Quelle des Leitfragenkatalogs.

³⁴⁷ Vgl. zu den drei Dimensionen der NATOisierung das in Kapitel 2.1.2 entwickelte Analyseraster.

Streitkräfte institutionalisiert wurden. Zum anderen die Frage, welche sicherheitspolitischen Akteure Tschechiens diesen Institutionalisierungsprozess begünstigten bzw. behinderten. Diese ist auch für die anschließende Untersuchung der politischen Durchsetzung der institutionalisierten Normen in der Verfassungswirklichkeit zentral. Von besonderem Interesse ist hierbei, inwiefern sich die sicherheitspolitischen Akteure Tschechiens in Übereinstimmung mit der Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte verhielten. Innerhalb dieser übergeordneten Frage nach der Verhaltenskonformität der tschechischen Akteure stehen zwei Aspekte im Vordergrund: Zum einen, inwieweit eine tiefgehende und nachhaltige Zivilisierung des tschechischen Verteidigungsministeriums stattfand. Zum anderen die Frage nach der Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse in der politischen Praxis.

6.2.1 Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Tschechien

Die ersten Maßnahmen zur Etablierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte Tschechiens datieren in die Zeit des vormals gemeinsamen tschechoslowakischen Staates zurück.³⁴⁸ Bereits im März 1990 verabschiedete das tschechoslowakische Parlament ein Gesetz, das Berufssoldaten die Mitgliedschaft in Parteien untersagte (Szemerényi 1996: 38). Um einem etwaigen Widerstand des Militärs, insbesondere hochrangiger Offiziere, gegenüber den angestrebten Reformen vorzubeugen, beauftragte die tschechoslowakische Regierung das Verteidigungsministerium im Jahre 1990, innerhalb der Streitkräfte einen umfassenden *Screening*-Prozess durchzuführen (Busza 2002: 124). Innerhalb eines Jahres wurden etwa 60.000 Berufssoldaten der insgesamt 210.000 Mann starken tschechoslowakischen Armee einer Überprüfung

³⁴⁸ Aus praktischen Erwägungen wird hier der Begriff 'Tschechoslowakei' zur Bezeichnung der bis Januar 1993 bestehenden Föderation verwendet, und nicht – was in der Tat präziser wäre – auf die mehrfach wechselnden, jeweils nur wenige Monate gültigen Staatsbezeichnungen 'Tschechische und Slowakische Föderative Republik' bzw. 'Tschechoslowakische Republik' eingegangen. Vgl. hierzu Alamir (2003: 110f.).

unterzogen. Ergebnis des *Screening*-Prozesses war die Entlassung bzw. Pensionierung von über 50 Prozent der tschechoslowakischen Generäle (Herspring 1994: 677). Bekräftigt wurde das Primat der Politik gegenüber den Streitkräften auch in der deklaratorisch gefassten Militärdoktrin, die das tschechoslowakische Parlament im März 1991 billigte (Gießmann 1995: 137).³⁴⁹ Jenseits dieser legislativen und exekutiven Regelungen erfolgte auch die Verfassungsgebung der Tschechischen Republik noch zu Zeiten des tschechoslowakischen Staates. Vom Nationalrat der tschechischen Teilrepublik am 16. Dezember 1992 gebilligt, trat die tschechische Verfassung mit der Entstehung des Staates am 1. Januar 1993 in Kraft.

6.2.1.1 Außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung in der Verfassung von 1993

In einigen Verfassungselementen der Tschechischen Republik spiegelt sich die demokratische Tradition der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918-1939) wider: Zum einen in der Festschreibung einer parlamentarischen Demokratie, zum anderen in der Beschränkung des Staatspräsidenten auf rein repräsentative Funktionen (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 55; 60).

Gewählt wird der tschechische Präsident von beiden Kammern des Parlaments auf fünf Jahre mit höchstens einer Wiederwahl. Er gilt als Oberhaupt des Staates, den er nach innen und außen repräsentiert, wobei er gemäß Artikel 54 Absatz 3 bei der Ausübung seines Amtes niemandem rechenschaftspflichtig ist (Alamir 2003: 16). Allerdings bedürfen die Entscheidungen des Präsidenten der Mitunterzeichnung eines Regierungsmitglieds und werden von der Regierung verantwortet (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 61). Im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik betrifft dies nach Artikel 63 Absatz 1 die

³⁴⁹ Hinzukamen weitere Maßnahmen zur Depolitisierung der Streitkräfte: Präsident Havel unterstellte den Nationalen Verteidigungsrat dem Präsidentenamt, so dass die kommunistische Partei weniger Einfluss auf das Militär ausüben konnte. Eingeführt wurde überwies das Amt des Generalinspektors. Zudem löste der neue zivile Verteidigungsminister der Tschechoslowakei, Luboš Dubrovský, die alte Geheimdienstsektion auf (Simon 1996: 198-200).

Vereinbarung und die Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge sowie die Ernennung, Beförderung und Entlassung von Generälen. Indes obliegt es dem Parlament, die präsidentiellen Personalentscheidungen zu bestätigen und den völkerrechtlichen Verträgen zuzustimmen (Heinemann-Grüder 2003: 41). Bei der Ernennung und Entlassung des Ministerpräsidenten sowie weiterer Regierungsmitglieder besitzt der Präsident lediglich eine formal-prozedurale Entscheidungsbefugnis (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 61). Als Staatsoberhaupt verfügt er des Weiteren über die symbolischen und zeremoniellen Kompetenzen des Oberbefehls über die Streitkräfte. Ihm obliegt es, Verfügungen zu erlassen, die so genannten 'Rozkaz prezidenta republiky', die der Mitunterzeichnung durch den Verteidigungsminister bedürfen (Vodička 2004: 252). Die damit zusammenhängenden Stabstätigkeiten gewährleistet die Militärkanzlei des Präsidenten. Unterstützt wird der Präsident vom Konsultativrat zur Nationalen Sicherheit, der Nachfolgeinstanz des früheren Nationalen Verteidigungsrates der Föderation (Gießmann 1995: 151). Die verfassungsrechtlich schwache Stellung des tschechischen Präsidenten schlägt sich auch in den Regelungen zu seinem suspensiven Vetorecht gegenüber bereits beschlossenen Gesetzen des Parlaments nieder (Alamir 2003: 18f.). Um sein Veto aufzuheben, genügt Artikel 50 Absatz 2 zufolge bereits die absolute Mehrheit aller Abgeordneten.

Bei der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte spricht die tschechische Verfassung dem Parlament eine große Bedeutung zu. Es beschließt die sicherheits- und verteidigungspolitische Gesetzgebung, den Militärhaushalt und dessen Implementierung, die Beteiligung der Streitkräfte an Auslandseinsätzen sowie militärische Beschaffungsvorhaben (Heinemann-Grüder 2003: 41). Während die Gesetzgebung und die Regierungskontrolle weitgehend durch die Abgeordnetenkammer beherrscht werden, erfordern besonders wichtige Entscheidungen auch die Zustimmung des Senats. Neben der Wahl des Staatsoberhauptes betrifft dies die Entsendung von Streitkräften, die Zustimmung zur Stationierung fremder Truppen auf tschechischem Territorium sowie die Verkündung des Verteidigungsfalles (Vodička 2004: 253). Allerdings werden die faktischen Einflussmöglichkeiten des tschechischen Parlaments auf die Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik dadurch geschmälert, dass die

Verfassung nach Artikel 31 Absatz 1 die Bildung von parlamentarischen Ausschüssen nicht obligatorisch vorschreibt. Demnach ist das tschechische Parlament seitens der Verfassungsgeber eher als Redeparlament mit der Fokussierung auf politische Diskussionen denn als Arbeitsparlament mit fachbezogenen Auseinandersetzungen konzipiert worden (Wagneorvá 2000: 73f.).

Verhältnismäßig stark gegenüber dem Parlament ist die Stellung der Regierung, innerhalb derer der Ministerpräsident eine hervorgehobene Position inne hat (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 60). Faktisch verfügt der Ministerpräsident über die Richtlinienkompetenz, weil er gegenüber den einzelnen Ministern ein Abberufungsrecht besitzt, kann aber zugleich aufgrund des Ressortprinzips nicht direkt in die Ministerien eingreifen (Vodička 2004: 257). Obschon die Exekutive in der tschechischen Verfassung mit dem Präsidenten und der Regierung zweigliedrig konzipiert ist, ist die Regierung nach Artikel 67 Absatz 1 ausdrücklich das oberste Organ der vollziehenden Gewalt (Alamir 2003: 22) – und steht demnach auch in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Zentrum des politischen Geschehens.³⁵⁰

Zu den Aufgaben der Regierung gehört es, die Arbeit der Ministerien für Außen- und Verteidigungspolitik zu koordinieren und ihr Zusammenwirken sicherzustellen. Hierbei wird die Regierung vom Staatlichen Sicherheitsrat unterstützt, der als Konsultationsgremium der Regierung fungiert. Dem Sicherheitsrat gehören u.a. der Premierminister sowie die Minister für Äußeres, Verteidigung und Industrie an, nicht aber – im Unterschied zu Polen – der Chef des Generalstabs, dessen Befugnisse auf das operative Kommando und seine Rolle als fachlicher Informationsgeber beschränkt ist.³⁵¹ Der Zuständigkeitsbereich des Sicherheitsrates umfasst die Erarbeitung von Gesetzesentwürfen, die langfristige Verteidigungsplanung, zivile Notstandsmaßnahmen sowie die Koordinierung der

³⁵⁰ Vgl. Alamir (2003: 22-24) zu den verfassungsrechtlichen Bestimmungen des Verhältnisses zwischen Präsident und Regierung.

³⁵¹ Bis zur Großen Verfassung vom Oktober 1997 war der polnische Generalstabschef ein Mitglied des Sicherheitsrates, wurde dann allerdings durch den Präsident der Nationalbank ersetzt.

Außen- und Sicherheitspolitik (Nastoupil 1999: 120f.). Gesetzlich geregelt wurden die Kompetenzen des Sicherheitsrates allerdings erst 1998.³⁵² Der tschechischen Regierung obliegt es darüber hinaus, über einen Kriegszustand oder einen Verteidigungsfall zu entscheiden. Ausgerufen werden können diese sowohl im Falle eines Angriffs auf die Tschechische Republik als auch zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen zur kollektiven Verteidigung, wie beispielsweise im NATO-Rahmen bei gemeinsamen Operationen der Bündnisstreitkräfte (Gießmann 1995: 141). Allerdings hat hierbei auch das Parlament Mitspracherechte. Wenngleich Artikel 43 die Regierung berechtigt, zur Erfüllung von Bündnisverpflichtungen, bei Rettungsaktionen oder Naturkatastrophen die Streitkräfte ohne parlamentarische Erlaubnis zu entsenden, ist diese Befugnis auf sechzig Tage begrenzt (Kříž 2007: 24). Danach bleibt es beiden Parlamentskammern vorbehalten, die Entscheidung der Regierung zu revidieren. Auch die Stationierung fremder Truppen auf tschechischem Territorium haben Regierung und Parlament gemeinsam zu verantworten.

Für die Organisation der nationalen Verteidigung Tschechiens ist der Verteidigungsminister politisch verantwortlich, der gegenüber dem Parlament rechenschaftspflichtig ist (Gießmann 1995: 142). Hinsichtlich des Befehlssystems innerhalb der Streitkräfte fungiert das Verteidigungsministerium als politische Führungs- und Verwaltungsinstanz sowie der Generalstab als oberste militärische Behörde. Die weitreichendsten Kontrollkompetenzen über die Streitkräfte haben der Verteidigungsminister und die Legislative (Betz 2004b: 42).

Im Hinblick auf die zu untersuchende Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte muss konstatiert werden, dass die Verfassung der Tschechischen Republik keine präzisen Bestimmungen über die Verteidigung des Landes enthielt (Fučík 1998: 163). Das 'Gesetz über die Streitkräfte der Tschechischen Republik' von 1993 schrieb lediglich fest, dass diese primär mit der territorialen Verteidigung des Landes betraut seien (Kříž

³⁵² Vgl. hierzu und zu weiteren gesetzlichen Regelungen im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik das nachfolgende Kapitel 6.2.1.2.

2007: 18). Hinzu kämen Aufgaben, die aus den Verpflichtungen internationaler Verteidigungsbündnisse resultierten. Jenseits dieses Gesetzes blieb die Verabschiedung dringend erforderlicher Gesetzespakete im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen aus (Fučík 1998: 163). Erst in den Jahren 1998 und 1999 entfaltete sich eine legislative Aktivität.

6.2.1.2 Sicherheitsstrategie, Militärdoktrin, Gesetzgebung: Akkordarbeit im Vorfeld des NATO-Beitritts

In den ersten Jahren des Bestehens der Tschechischen Republik entwickelte die politische und militärische Führung unter der Ägide der jeweiligen Verteidigungsminister eine Reihe von nationalen Sicherheitsdokumenten, Verteidigungsdoktrinen sowie Militärstrategien, doch billigte das Parlament diese allesamt nicht (Ulrich 2000b: 31). Nach jahrelanger parlamentarischer Untätigkeit wurden die verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und doktrinellen Lücken erst im Vorfeld des tschechischen NATO-Beitritts geschlossen (Vlachová/Sarvaš 2002: 49) – quasi in fließbandartiger Akkordarbeit.

Im April 1998 akzeptierte das Parlament das konstitutionelle 'Gesetz über die nationale Sicherheit', das Bestimmungen zum nationalen Notstand enthält. Vorgelegt worden war dieses bereits 1997 als Vorlage für ein Verfassungsgesetz als grundlegendes Verteidigungsgesetz. Zudem führte der Gesetzestext eine neue Institution ein, den nationalen Sicherheitsrat, dessen Zuständigkeitsbereich geregelt wurde (Zipfel 2001: 105). Zu bedenken ist hierbei, dass der nationale Sicherheitsrat in der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik realiter bereits einige Jahre als wichtiges Konsultativgremium der Regierung fungiert hatte. Das 'Gesetz über die nationale Sicherheit' bildete den Auftakt einer Reihe weiterer gesetzlicher Regelungen im Bereich der Verteidigungspolitik. Anlässlich der Vorbereitungen auf die NATO-Mitgliedschaft bereitete die tschechische Regierung ein Gesetzespaket vor, das das Parlament im November 1999 verabschiedete (Zipfel 2001: 106). Dazu gehörten das 'Gesetz zur nationalen Verteidigung', das die Struktur der Streitkräfte spezifizierte, ihren Auftrag, die Bedingungen ihrer Mobilisierung sowie die Bestimmungen zur Wehrpflicht. Das 'Gesetz über die Streitkräfte der Tschechischen Republik' erweiterte ihr Aufgabenspektrum

gegenüber dem Gesetzestext von 1993 auf den Bereich der nichtmilitärischen Sicherheit, wie Gebäudeschutz oder Personenevakuierung bei Naturkatastrophen (Kříž 2007: 18). Des Weiteren schloss das 'Gesetz über die Stationierung fremder Truppen auf tschechischem Territorium und den Einsatz tschechischer Streitkräfte außerhalb des Territoriums der Tschechischen Republik' die zuvor bestehenden Gesetzeslücken. Unklarheit bestand zudem im Hinblick auf die unterschiedlichen soldatischen Laufbahnen, die durch die Verabschiedung entsprechender Gesetze bereinigt wurde (Zipfel 2001: 106). Präzisiert war fortan die Inthronisierung des Generalstabschefs. Als Teil des Verteidigungsministeriums wurde dieser vom Präsidenten ernannt, basierend auf der Empfehlung der Regierung und in Beratung mit dem parlamentarischen Verteidigungskomitee (Ulrich 2000b: 39).

Parallel zu den gesetzlichen Regelungen nahm das Parlament im Februar 1999 die seitens der Regierung vorgelegte 'Sicherheitsstrategie der Tschechischen Republik' an, im folgenden Monat die 'Militärstrategie der Tschechischen Republik'. Das 'Konzept über die Entwicklung der Streitkräfte', das die langfristige Strategie für die Professionalisierung der tschechischen Armee beinhaltete, erhielt schließlich im Juni 1999 die parlamentarische Zustimmung. Wie die Analyse gezeigt hat, führte die exekutive und – weit stärker noch – die legislative Untätigkeit dazu, dass sich der Institutionalisierungsprozess der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Tschechien bis in die Jahre 1998 und 1999 verzögerte. Auch bei der Wahrnehmung der parlamentarischen Aufsichtspflichten bestand zwischen den verfassungsrechtlichen Kontrollbefugnissen und der Verfassungswirklichkeit eine große Diskrepanz. Herausgearbeitet wird diese bei der folgenden Untersuchung der politischen Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.

6.2.2 Politische Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Tschechien

Bei der Analyse der politischen Durchsetzung – als zweiter Form der Normübernahme im sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess – ist die Frage nach der Verhaltenskonformität zentral. Untersucht wird, inwieweit sich die tschechischen Akteure in Übereinstimmung mit der Norm einer zivilen

demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bzw. den einzelnen Teilaspekten dieser Norm verhalten haben. Dies betrifft insbesondere die Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung in der Verfassungswirklichkeit, die Unterordnung des Generalstabs unter einen zivilen Verteidigungsminister, die Zivilisierung des Verteidigungsministeriums, die Ausübung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse, die Entwicklung eines demokratischen militärischen Professionalismus sowie die Rehabilitation der Streitkräfte in der Gesellschaft.

6.2.2.1 Akzeptanz der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung seitens der tschechischen Akteure in der Verfassungswirklichkeit

Wenngleich die tschechische Verfassung dem Präsidenten eine überwiegend symbolische Rolle zuschreibt, verwehrt sich Václav Havel einer auf rein repräsentative Funktionen beschränkten Amtsausübung. Vielmehr übte er durch regelmäßige Stellungnahmen im In- und vor allem im Ausland mehr Einfluss auf die tschechische Außenpolitik aus als in der Verfassung vorgesehen (Widmaier/Gawrich/Becker 1999: 61). Zu Gute kam Havel hierbei, dass er national wie international ein hohes Ansehen genoss. Infolge der weiten Auslegung seiner präsidentiellen Kompetenzen geriet er immer wieder in Konflikt mit den verschiedentlichen Premier-, Außen- und Verteidigungsministern. Insbesondere während der Amtszeit von Václav Klaus als Premierminister in den Jahren 1993 bis 1997 war ein angespanntes Verhältnis innerhalb der Exekutive zu verzeichnen, das aus den unterschiedlichen Vorstellungen über die realpolitische Bedeutung des Staatsoberhauptes resultierte (Vodička 2004: 251). Zwar suchte Klaus den Präsidenten auf seine repräsentativen Funktionen zu beschränken, doch entluden sich die latenten Spannungen nicht in solch' drastischen machtpolitischen Auseinandersetzungen wie dies in Polen der Fall war. Deeskalierend wirkten hierbei zwei Faktoren. Zum ersten – als quasi nichtintendierte Konsequenz – das sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitische Desinteresse des Premiers,

dessen Aufmerksamkeit der ökonomischen Systemtransformation galt.³⁵³ Zweitens betrafen die bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Unklarheiten nicht das Verhältnis zwischen Premierminister und Staatsoberhaupt, und konnten folglich nicht für machtpolitische Auseinandersetzungen instrumentalisiert werden.

Zivil-zivile Konflikte bestanden zwischen Premierminister Klaus und Verteidigungsminister Vilém Holář, der dem Ressort ab Mitte 1994 für zwei Jahre vorstand. Das von Holář vorgelegte Weißbuch wies Klaus ebenso zurück wie das Konzept zur Umstrukturierung der tschechischen Armee (Simon 2004b: 39f.). Auch die überarbeitete Fassung beider Reformkonzepte hielt der Prüfung des Premiers nicht stand: „The draft would have to be written seriously (...) if we do not begin with a serious analysis (...) we can not get off the ground and continue further with a meaningful concept“ (zit. nach Simon 2004b: 40). Erst unter Holářs Nachfolger, Miroslav Věšný, fanden eine vom Ministerium entwickelte Verteidigungsdoktrin sowie ein Konzept zur Modernisierung der Armee die Zustimmung von Premier und Kabinett. Allerdings blieb die Billigung durch das Parlament aus, so dass der Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen weiterhin stagnierte.

Bis 1998 und 1999 spielten Fragen der politischen Durchsetzung der normativen Teilaspekte einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte nur eine untergeordnete Bedeutung in der tschechischen Politik. Überwiegend Intellektuelle, „who tend to lack the pragmatism and skill to compromise that make for efficient government“, verschleißten sich die tschechischen Politiker häufig in ausufernden Diskussionen (Betz 2004b: 43). Diese Auseinandersetzungen konzentrierten sich allerdings nicht auf die inhaltlichen Aspekte des sicherheitspolitischen Demokratisierungsprozesses, sondern betrafen die

³⁵³ Erst im Vorfeld der Parlamentswahlen von 2002 dominierten Auseinandersetzungen über die Frage, mit welchem Flugzeugtypus die tschechische Luftwaffe modernisiert werden sollte, die Agenda tschechischer Politik. Während die Parteien unterschiedliche westliche Modelle von Überschallflugzeugen favorisierten, beharrten der Generalstab und Vertreter der Rüstungsindustrie auf nationalen Unterschallflugzeugen. Vgl. hierzu Vlachová (2006).

Informationspolitik. Im Jahre 1997 debattierten die tschechischen Entscheidungsträger beispielsweise, ob die Notwendigkeit einer Medienkampagne anlässlich des angestrebten Beitritts Tschechiens zur Allianz bestünde (Khol 2001: 157). Einen zweiten Topos des tschechischen Sicherheitsdiskurses bildete die Frage, ob ein Referendum über die NATO-Mitgliedschaft des Landes abzuhalten sei. Die politisch-praktische Ebene der Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte trat demgegenüber ins Hintertreffen.

Begnügten sich die tschechischen Parlamentarier in den ersten Jahren des Transformationsprozesses der zivil-militärischen Beziehungen mit einer passiv-rezeptiven Rolle, äußerten seit Ende der 1990er Jahre einige Abgeordnete Kritik an der Art und Weise, wie die politische Führung des Verteidigungsministeriums ihre Informations- und Rechenschaftspflicht wahrnahm. Repräsentativ für viele Parlamentarier war die folgende Einschätzung: „A lot of people from the Ministry think that after a piece of legislation is passed they no longer need politicians. They think that they'll be off the hook until a new law is in preparation“ (zit. nach Vlachová 2004: 147). Kritik zog auch der Generalstab auf sich, der seiner Informationspflicht gegenüber dem Parlament, insbesondere gegenüber dem Verteidigungskomitee, nicht nachkam und von einigen Abgeordneten als „overly secretive and cautious“ bewertet wurde.³⁵⁴

6.2.2.2 Unterordnung des Generalstabs unter einen zivilen Verteidigungsminister

Von 1993 bis 1998 leiteten ausschließlich Zivilisten das Verteidigungsressort.³⁵⁵ Bis diese ihren politischen Führungsanspruch gegenüber den tschechischen Streitkräften, insbesondere dem Generalstab, geltend machen konnten, dauerte es allerdings geraume Zeit (Heinemann-Grüder 2003: 40f.). Im Unterschied zu anderen postkommunistischen Staaten widersetzte sich in Tschechien die militärische Führung der zivilen demokratischen Kontrolle nicht (Zipfel 2001: 102).

³⁵⁴ Vgl. zum parlamentarischen Stimmungsbild die von Marie Vlachová (2004) durchgeführten Interviews.

³⁵⁵ Vgl. das nachfolgende Kapitel 6.2.2.3 zur Besetzung des Ministeramts nach 1998.

Vielmehr akzeptierten die verschiedentlichen Generalstabschefs, die einen der vier stellvertretenden Verteidigungsminister stellten, die Unterordnung unter den Minister. Den ministeriellen Direktiven leistete die militärische Führung Folge und erkannte das eingeführte Modell demokratischer zivil-militärischer Beziehungen allmählich an (Szayna 1999: 137).

Als hinderlich für die politische Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte erwies sich jedoch zum ersten die Art und Weise, wie das Ministerium geleitet wurde. Gemeinhin als inkompetent in fachlichen Fragen des Ressorts wie auch der Personalführung galt Antonín Baudyš, der dem Ressort als erster Zivilist vorstand. Baudyš bezeichnete jene Soldaten, die bereits während der kommunistischen Ära gedient hatten, als „Verräter“, die von der Armee auszuschließen seien (zit. nach Zipfel 2001: 103). Zweitens wurde die Entwicklung einer respektvollen Haltung der militärischen Führung gegenüber den verschiedentlichen Verteidigungsministern durch die anfangs indifferente, später widersprüchliche Reformpolitik beeinträchtigt, die einem Zick-Zack-Kurs glich (Ulrich 2002b: 409). Die sozialdemokratische Partei favorisierte „all-round armed forces comprising all basic components, capable of carrying out an autonomous action“ (Kříž 2007: 29), die sich vorrangig auf die Landesverteidigung konzentrieren sollten. Als primäre Aufgabe der Streitkräfte erachtete dahingegen die Bürgerpartei die Beteiligung an internationalen Kriseneinsätzen. Sie strebte die Spezialisierung der Streitkräfte an, wobei sich die Modernisierung auf Nischenbereiche konzentrieren sollte (Kříž 2007: 30).

Letztlich war die widersprüchliche Reformpolitik eines der Resultate des transformationshinderlichen Konglomerats aus kommunistischen Erblasten und tschechischen Spezifika. Wie andere postkommunistische Entscheidungsträger, verfügten auch die tschechischen Verteidigungsminister nicht über die Expertise, die für eine kohärente und konsistente Reformpolitik unabdingbar ist. Hinzukam im Falle Tschechiens, dass das Verteidigungsressort nicht mit hohem politischen Prestige verbunden war. Gewöhnlich wurde es den Juniorpartnern in der Regierungskoalition zugeordnet, die kaum Amtserfahrung besaßen und bei Kabinettsentscheidungen wenig politisches Gewicht in die Waagschale werfen konnten (van Riekhoff 2004: 217). Darüber hinaus lag der transformatorische Zick-

Zack-Kurs in zwei weiteren tschechischen Spezifika begründet: dem fehlenden nationalen Konsens sowie dem sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Desinteresse.

Angesichts dessen gewann der tschechische Generalstab im Laufe der 1990er Jahre zunehmend an Einfluss auf den Transformationsprozess im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Bei der Entwicklung grundlegender sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischer Dokumente übernahm er die Führung (Šedivý 2005). Zum Beispiel zeigte sich bei der Debatte über die Professionalisierung der tschechischen Streitkräfte, dass die militärische Führung ihr eigenes, von den politischen Reformansätzen abweichendes Konzept entwickelte. Die Mehrheit der tschechischen Amtsträger favorisierte eine auf 40.000 bis 45.000 Mann reduzierte Armee mit einem Anteil von 75 Prozent Berufssoldaten. Dahingegen vertrat der Generalstab die Ansicht, es solle ein Streitkräfteumfang von 65.000 Soldaten angestrebt werden, die Hälfte von ihnen professionelle Militärs (Szemerényi 1996: 15). Letztlich setzte sich der Generalstab mit seinen Reformvorstellungen gegenüber der politischen Führung des Ministeriums durch.

6.2.2.3 Zivilisierung des Verteidigungsministeriums, Ausbildung eines demokratischen militärischen und zivilen Professionalismus

Hinsichtlich der Frage, inwieweit im Zuge der Beitritts- aber auch der Mitglieds-NATOisierung Tschechiens eine Zivilisierung des Verteidigungsministeriums stattfand, sind drei Aspekte zentral. Erstens die Frage, ob die höheren Ebenen des Ministeriums, insbesondere die politischen Schlüsselpositionen, von zivilen Beamten besetzt waren. Zweitens – und wichtiger – inwiefern die im Verteidigungsministerium beschäftigten Zivilisten über ausreichende sicherheits- und verteidigungspolitische Expertise verfügten. Denn dieses Fachwissen bildet die Voraussetzung, um formal bestehende Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten in der politischen Praxis, vor allem in der Zusammenarbeit mit den militärischen Kollegen im Ministerium, aber auch außerhalb, wahrnehmen zu können. Eine dritte Dimension der Zivilisierung des Verteidigungsministeriums betrifft die zivil-militärische Zusammenarbeit. Zu untersuchen ist hierbei, inwiefern sich zwischen den zivilen und militärischen Akteuren ein auf Achtung und

Vertrauen basierendes kooperatives Arbeitsverhältnis entwickelt hat. Essentiell ist diese zivil-militärische Integration vor allem für die tiefgehende und nachhaltige Implementierung sicherheits- und verteidigungspolitischer Entscheidungen innerhalb des Ministeriums selbst, aber auch der Streitkräfte insgesamt.

Einen wichtigen Aspekt des ministeriellen Umstrukturierungsprozesses bildete die Einführung des Planungs-, Programm- und Budgetsystems (PPBS) 1995, zu dem sich die tschechische Regierung in ihrem Individuellen Partnerschaftsprogramm mit der NATO verpflichtet hatte. Das amerikanische System zum Management des Verteidigungsressorts erhöhte infolge seiner detaillierten Erfassung die Transparenz der Ausgaben sehr und damit des ministeriellen Budgets insgesamt (Zipfel 2001: 104). Allerdings zeitigte das PPBS nicht die erwünschte Wirkung, innerministerielles Missmanagement sowie Korruption im Zusammenhang mit Beschaffungsvorhaben zu verhindern (Ulrich 2005: 213). Die Entwicklung eines demokratischen zivilen Professionalismus wurde durch das mangelnde Interesse tschechischer Politiker an sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Fragen beeinträchtigt. Im Ergebnis krankte die politische Durchsetzung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte an reformunwilligen und reformunfähigen Entscheidungsträgern, und erfolgte bestenfalls oberflächlich-kosmetisch.

Die ersten Maßnahmen zur Zivilisierung des Verteidigungsministeriums datieren in die Zeit des tschechoslowakischen Staates zurück. Im Falle der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens waren die Ausgangsbedingungen für eine Zivilisierung des Verteidigungsministeriums im postkommunistischen Vergleich besonders günstig, weil ein Pool von demokratieaffinen Offizieren zur Verfügung stand. Zahlreiche Offiziere, die nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 aufgrund ihrer Unterstützung der Reformbewegung von der tschechoslowakischen Regimeführung eliminiert worden waren (Obrman 1993: 37f.), engagierten sich beim politischen Systemwechsel (Szemerkeyni 1996: 12).³⁵⁶ Im Dezember 1989 gründeten sie die Militärunion 'Obroda', die später ein Teil des Bürgerforums

³⁵⁶ Die kommunistische Regimeführung suspendierte circa 30.000 Offiziere von der tschechoslowakischen Armee (Zipfel 2001: 98).

wurde.³⁵⁷ Mehr als Tausend Mitglieder der Obrona nahmen – zunächst im tschechoslowakischen – später im tschechischen Verteidigungsministerium Positionen ein (Szemerényi 1996: 13). Allerdings verfügten die 1968 suspendierten Offiziere häufig nicht über die notwendigen Fachkenntnisse, weil ihnen mehr als 20 Jahre Berufserfahrung im Verteidigungssektor fehlten (Zipfel 2001: 102). Im Laufe des Transformationsprozesses nahm die Bedeutung der Obroda-Mitglieder infolge der Anstellungswelle neuer ziviler Bürokraten ab.

Bei der Besetzung von ministeriellen Schlüsselpositionen dominierte die Praxis, Zivilisten als Abteilungsleiter zu ernennen mit Militärs als ihren Stellvertretern. Infolge der Anstellungswelle einer jüngeren Generation von Zivilisten stieg der Anteil des zivilen Personals auf allen Ebenen des Verteidigungsministeriums beträchtlich an (Szemerényi 1996: 13). Im Jahre 1997 waren 24.000 der 80.000 Stellen im Ministerium mit zivilem Personal besetzt (Šedivý 2005). Doch handelte sich nur augenscheinlich um „Zivilisten“. Lediglich eine geringe Zahl verfügte über eine zivile Berufsausbildung, wohingegen sich die Mehrheit aus ehemaligen Offizieren zusammensetzte, die im Zuge des Personalabbaus der Streitkräfte frühzeitig pensioniert worden waren (van Riekhoff 2004: 217).

Auf höchster Ebene begann die personelle Zivilisierung des Ministeriums 1993 mit der Ernennung von Antonín Baudyš zum ersten zivilen Verteidigungsministers Tschechiens.³⁵⁸ Bis 1998 leiteten verschiedentliche zivile Minister das Ressort.³⁵⁹ In den folgenden Jahren verzeichnete die Zivilisierung des Ministeriums – zumindest auf der Führungsebene – allerdings eine Regression:

„The Social Democratic Party gave the post of the MoD minister to its politician only once, in 1998. At that time, the party chose out of its ranks an entirely

³⁵⁷ Die Namensbezeichnung der tschechoslowakischen bzw. tschechischen Militärunion kann mit 'Wiederaufleben' bzw. 'Erneuerung' übersetzt werden.

³⁵⁸ Damit setzte sich eine Entwicklung fort, die schon mit der Ernennung von Luboš Dobrovský, einem engen Vertrauten Václav Havels, zum ersten zivilen Verteidigungsminister der Tschechoslowakei im Oktober 1990 begann (Zipfel 2001: 100).

³⁵⁹ Wenngleich das Amt des Verteidigungsministers in Tschechien nicht solch einen hoch frequentierten Wechsel zu verzeichnen hatte wie in Polen, bestand angesichts der durchschnittlich circa zweijährigen Amtsdauer auch hier keine personelle Kontinuität.

unknown and entirely inexperienced teacher of the Military Academy in Brno“ (Eichler, zit. nach Kříž 2007: 17).

Dabei handelte es sich allerdings – von Zdeněk Kříž und Jan Eichler nicht reflektiert – nur augenscheinlich um einen „Zivilisten“. Schon die Ernennung von Vladimír Vetchy zum tschechischen Verteidigungsminister im Juli 1998 markierte eine Zäsur gegenüber seinen Amtsvorgängern. Bei Vetchy handelte es sich um einen ehemaligen Berufssoldaten, der seit den späten 1970er Jahren in der tschechoslowakischen Armee gedient hatte und in den 1980er Jahren Mitglied der kommunistischen Partei gewesen war (Szayna 1999: 139). Dieser berufliche und politische Hintergrund kontrastierte mit jenem vormaliger Minister, die die Durchführung eines umfassenden *Screening-Prozesses* im Offizierskorps veranlasst hatten. Mit Jaroslav Tvdrík und Miroslav Kostelka wurde das Amt in den folgenden Jahren erneut mit ehemaligen Militärs besetzt (Kříž 2007: 17). Ab 2004 standen dem Ressort durchgehend Zivilisten vor.

Stellte sich die Zivilisierung des tschechischen Verteidigungsministeriums schon in quantitativer Hinsicht als anspruchsvolles Unterfangen dar, so fällt die Bilanz in qualitativer Hinsicht noch magerer aus. Zurückzuführen war der Mangel an ziviler Expertise auf die kommunistische Ausprägung der zivil-militärischen Beziehungen, die in Form von institutionellen und soziokulturellen Pfadabhängigkeiten den Transformationsprozess erschwerten. „Planning security is something we [the Czechs] never really did. It used to be made in Moscow and we only received instructions“, erläuterte der stellvertretende Verteidigungsminister Jirí Payne die Ausgangslage bei der Umstrukturierung des Ministeriums (CTK, 12.5.1997). Vor diesem Hintergrund sah sich politische Führungsspitze des Ministeriums mit einer doppelten Herausforderung konfrontiert: Einerseits sollten insbesondere politische Schlüsselpositionen nicht vollständig mit Militärs mit einer kommunistisch geprägten Herangehensweise besetzt sein (Szayna/Larrabee 1995: 23). Andererseits waren Zivilisten angesichts ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht in der Lage, bei sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Entscheidungen unterschiedliche Alternativen mit ihren jeweiligen Konsequenzen aufzuzeigen (Schaer 1997: 53f.).

Des Weiteren zeitigte die Personalpolitik innerhalb des Ministeriums und der Streitkräfte nicht die gewünschte Wirkung, qualifiziertes Personal zu rekrutieren und zu halten. Vielmehr traten während der Vorbereitungen Tschechiens auf die Mitgliedschaft in der Allianz die Folgen des vorangegangenen Missmanagements offen zu Tage, wie Verteidigungsminister Miroslav Věborný kritisch bilanzierte:

„Management posts in the army were held by people who do not have the required education, while graduates of schools and courses in the NATO countries are discharged from the army because no appropriate position can be found for them“ (CTK, 27.5.1997).

Auch innerhalb der Streitkräfte bestand eine große Unzufriedenheit über die Personalpolitik. Die ausstehenden gesetzlichen Regelungen zur Laufbahn von Berufssoldaten zollten insbesondere innerhalb des jüngeren Offizierskorps ihren Tribut. „Young officers are leaving because they feel they have no prospects“, erläuterte Petr Necas, stellvertretender Verteidigungsminister, die militärische Binnenperspektive (zit. nach Simon 2004b: 56). Bei der Rekrutierung militärischen und zivilen Personals für die Verwendungen bei der NATO machten sich die unzureichenden Englischkenntnisse bemerkbar.³⁶⁰ Wenngleich die NATO und ihre Mitgliedstaaten an ihren Ausbildungszentren Fremdsprachenunterricht für Militärs und Zivilisten aus den PfP-Partnerländern angeboten hatten, verfügte im Vorfeld des Beitritts nur ein Drittel des vorgesehenen Personals über ausreichende Englischkenntnisse.³⁶¹ Die Rekrutierung qualifizierten militärischen Personals gestaltete sich nach Karel Kovanda, Ständiger Vertreter Tschechiens bei der NATO, besonders schwierig:

³⁶⁰ Für die Vertretung Tschechiens bei der NATO bedurfte es einer politischen Abteilung, die sich aus einer Gruppe von Diplomaten (in der Regel aus dem Außenministerium) und Verteidigungsreferenten (in aller Regel aus dem Verteidigungsministerium) zusammensetzte, sowie einer militärischen Abteilung mit Offizieren.

³⁶¹ Jeffrey Simon (2004b: 56) zufolge standen nur 110 Militärs und Zivilisten aus den tschechischen Streitkräften zur Verfügung, wohingegen 300 für die Besetzung der Positionen in den Hauptquartieren und den Stäben der NATO benötigt wurden.

„Dies liegt daran, dass die Offiziere (...) neben der fachlichen Kompetenz, den nötigen Sprachkenntnissen und der erforderlichen Sicherheitsstufe auch über einen angemessenen Dienstgrad verfügen [müssen]“ (Kovanda 2003).³⁶²

Zudem oblag es der militärischen Führung, nicht nur die tschechische Vertretung in der Brüsseler NATO-Zentrale und bei SHAPE in Mons zu besetzen, sondern auch Dutzende von Posten in den verschiedenen militärischen Führungsstäben der NATO. Dass innerhalb des tschechischen Offizierskorps nicht genug sprachlich qualifiziertes Personal zur Verfügung stand, um Tschechien bei den NATO-Einrichtungen adäquat repräsentieren zu können, zeigte sich schon in der Beitrittsphase (Eyal 1997: 713). Dementsprechend war die Personaldecke für NATO-Verwendungen äußerst dünn, weil mit mittleren oder geringen Englischkenntnissen derartige Positionen nicht besetzt werden konnten. Im Ergebnis hatte die auf 50 Mitarbeiter angelegte tschechische NATO-Mission bei der Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls nicht einmal zehn Vollzeitbeschäftigte (Kovanda 2003).

Neben der Frage nach der Zahl und der Qualität des zivilen Personals im Verteidigungsministerium ist auch jene nach der Ausgestaltung der zivil-militärischen Arbeitsbeziehungen zentral, um die Qualität des Transformationsprozesses bewerten zu können. Äußerst schwierig gestaltete sich die Entwicklung eines kooperativen, auf gegenseitigem Vertrauen und Respekt basierenden Arbeitsverhältnisses zwischen zivilen und militärischen Akteuren aufgrund von zwei Problemerkisen. Zum ersten bestanden sowohl unter den politischen Entscheidungsträgern als auch unter den im Ministerium beschäftigten Zivilisten Vorbehalte gegenüber den Streitkräften – und damit auch gegenüber den militärischen Kollegen (Szayna 1999: 137). Zahlreiche Politiker betrachteten das Militär als „some sort of nuisance that eats money“ (Ulrich 1998: 28). Die militärische Führung ihrerseits kritisierte, die politischen Entscheidungsträger hätten kein Fachwissen und kein Interesse an den notwendigen Verteidigungs-

³⁶² Dass die unzureichenden Englischkenntnisse vieler tschechischer Offiziere ein gravierendes Hindernis bei der Zusammenarbeit mit den westlichen Kollegen bildete, zeigte sich beim Kosovo-Einsatz der NATO (Jacoby 2004: 161).

und Militärreformen (Ulrich 2002b: 60). Repräsentativ für die militärische Binnenperspektive war die Einschätzung eines Beamten der Militärakademie in Brünn:

„It is very important to understand that most of the civilians in the Ministry of Defence are former soldiers. They understand the military and the cooperation with them is very good. After the revolution, though, many places were established for civilians who had no experience of army life. It was very difficult for those people to understand the military and cooperation was not good. Only a few top civilians have proved themselves and are seen in a positive light. They have joined the club“ (zit. nach Betz 2004b: 54).

Die Integration von Zivilisten innerhalb des Verteidigungsministeriums war beim Beitritt Tschechiens zur NATO noch nicht abgeschlossen (Ulrich 2000b: 42).

Das trifft auch für die zivil-militärische Integration zu. Exemplarisch hierfür können die Beschwerden einiger Offiziere im Einsatz angeführt werden, die darüber klagten, widersprüchliche Befehle vom Generalstab und der politischen Führung des Ministeriums bekommen zu haben (Ulrich 1998: 27). Des Weiteren krankte der Informationsaustausch zwischen der politischen und der militärischen Führung des Ministeriums. Offen zu Tage trat dies bei der Aufklärung von Diebstählen militärischer Munition aus Lagerbeständen der tschechischen Armee. Verteidigungsminister Jaroslav Tvrdík gab 2002 fünfzehn derartiger Fälle bekannt (CTK, 18.11.2002). Bei seinem Rücktritt im Mai 2003 verwies Tvrdík auf das angespannte Verhältnis zwischen dem Ministerium und dem Generalstab, „accusing the military representatives of a low level of cooperation with the superior MoD [Ministry of Defence] and himself“ (Vlachová 2006: 155). Teilweise orientierte sich die demokratische Ausbildung an dem deutschen Konzept des 'Soldaten als Bürger in Uniform' (Kříž 2007: 35). Allerdings ist dieser idealtypische „Bürgersoldat“ Zdeněk Kříž zufolge nicht in einem offiziellen Dokument expliziert, sondern lediglich implizit enthalten. Zudem stehe eine politische und parlamentarische Diskussion über das Leitbild der militärischen Ausbildung noch aus.

6.2.2.4 Tschechiens Parlamentarier: Kontrolleure wider Willen?

Ihre verfassungsrechtlichen Befugnisse im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen nahmen das tschechische Parlament, der Verteidigungs- und der

Haushaltsausschuss nur eingeschränkt wahr. Eklatant trat die Diskrepanz zwischen der Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und der politischen Durchsetzung dieser Norm bei der Kontrolle der Militärausgaben zu Tage. Bis zur Einführung des Planungs-, Programm- und Budgetsystems (PPBS) 1995 begnügte sich das Parlament damit, Kürzungen im Verteidigungshaushalt einzufordern. Die Entscheidung über die zu streichenden Posten überließ es allerdings dem Verteidigungsministerium (Jacoby 2004: 150). Somit übernahm das Parlament in den ersten Jahren des Transformationsprozesses keine Verantwortung für die Finanzierung bzw. die Streichung bestimmter Einzelposten im Militärhaushalt (Heinemann-Grüder 2003: 42). Im Zuge der Einführung und der Umsetzung des PPBS kam das Parlament seinen Kontrollpflichten besser nach. Fortan oblag es dem Verteidigungskomitee, eine detaillierte Liste von Ausgabenprioritäten festzulegen, anstelle lediglich die ministeriellen Vorschläge zu kritisieren (Jacoby 2004: 149). Im Zuge dessen wurden sowohl die Mitglieder der parlamentarischen Ausschüsse als auch das Parlament insgesamt bewandelter mit militärpolitischen (Haushalts-)Fragen. Nichtsdestoweniger kranken das tschechische Parlament und die Kontrollgremien an zwei länderübergreifenden (post)kommunistischen Erblasten – dem Mangel an ziviler Expertise sowie der chronischen Unterfinanzierung.

Ein Alleinstellungsmerkmal des tschechischen Parlaments war indes seine jahrelange legislative Untätigkeit. Bis 1999 erkannte das Parlament keines der strategischen Konzepte an, die das Verteidigungsministerium ausgearbeitet hatte:

„only a general, four-page National Defense Strategy, hastily approved by the Parliament in March 1997 in order to satisfy NATO requirements just prior to the Madrid summit, existed as a guideline for military planning as of early 1999” (Szayna 1999: 134).

Das Desinteresse des Parlaments spiegelte sich auch in der Debatte über die neue Sicherheitsstrategie des Landes im Februar 1999 wider, die ganze fünf Minuten in Anspruch nahm (Jacoby 2004: 214). Dass die tschechischen Abgeordneten die Durchsetzung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte gravierend behinderten, zeigte sich des Weiteren beim 'Gesetz über die nationale Sicherheit'. Dem Parlament bereits 1997 als Vorschlag für ein

Verfassungsgesetz vorgelegt, wurde dieses grundlegende Verteidigungsgesetz erst ein Jahr später verabschiedet.

6.2.2.5 Die gesellschaftliche Rehabilitation der tschechischen Streitkräfte

Anfang der 1990er Jahre verfügten die Streitkräfte nur über ein geringes Ansehen in der tschechischen Gesellschaft (Szemerényi 1996: 55). Das tschechische Militär galt als ineffektiver Verteidiger der nationalen Souveränität (Cottey/Edmunds/Forster 2005: 11). Weite Kreise der tschechischen Gesellschaft verbanden primär negative Assoziationen mit den Streitkräften. Diese wurden als eng verschmolzen mit ausländischen Besatzungsmächten und als Handlanger der kommunistischen Parteiführung(en) betrachtet (Jacoby 2004: 126). Gemäß dem kollektiven Gedächtnis leisteten die tschechoslowakischen Streitkräfte keinen Widerstand gegenüber der Besetzung durch Nazi-Deutschland 1938 sowie der Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten 1968. Weitere zentrale Bezugspunkte sind die Unterdrückung der Streiks im Jahre 1953 sowie die Niederschlagung der Demonstrationen anlässlich des einjährigen Jubiläums des Prager Frühlings. Ergebnis dieser Erfahrungen war, dass die tschechische Bevölkerung – im Unterschied zur polnischen – von einer abgeneigten bis apathischen Haltung gegenüber dem Militär als nationaler Institution geprägt war (Heinemann-Grüder 2003: 243). Für ein Viertel der Bevölkerung bestand 1991 gar keine Notwendigkeit, überhaupt Streitkräfte zu haben (Nelson/Szayna 1999: 37).

Nachdem die tschechoslowakische bzw. tschechische Regierung in den Jahren 1992 und 1993 eine umfassende und strikte Lustrationspolitik durchgeführt hatte, verbesserte sich das Ansehen des Militärs in der tschechischen Gesellschaft. Darüber hinaus sensibilisierte die staatliche Neugründung im Januar 1993 das nationale Identitätsgefühl der Tschechen. Laut einer vom tschechischen Verteidigungsministerium durchgeführten Umfrage, war die Zahl der Personen, die die tschechische Armee als Symbol der nationalstaatlichen Unabhängigkeit betrachteten, in den Jahren 1997 bis 2002 von 58 Prozent auf 83 Prozent gestiegen (Kříž 2007: 31). Zur Aussöhnung zwischen Militär und Gesellschaft trug zudem die öffentlich vorgetragene Entschuldigung von Generalstabschef Jirí Nekvasil im August 1993 bei. Nekvasil äußerte sein Bedauern über die Rolle der

tschechoslowakischen Armee bei der Unterdrückung der Demonstrationen im August 1969, bei der nahezu 20.000 Soldaten im Einsatz gewesen waren (Jacoby 2004: 126). Wenngleich die Vertrauenswürdigkeit der tschechischen Streitkräfte in den Augen der Gesellschaft (noch) nicht gänzlich wiederhergestellt werden konnte, wuchs der Anteil derer, die der Armee vertrauten, in den Jahren 1997 bis 2002 von 50 Prozent auf 63 Prozent an, wohingegen das Misstrauen schwand (Kříž 2007: 31).³⁶³

Auch die NATO bemühte sich während der Beitrittsphase darum, die gesellschaftliche Reputation der tschechischen Streitkräfte zu verbessern. Im Jahre 1997 führte die Allianz eine groß angelegte Medienkampagne durch, um die Zustimmungsraten der tschechischen Bevölkerung zum NATO-Beitritt Tschechiens zu erhöhen. Infolge der Kampagne und der gezielten Informationspolitik der tschechischen Regierung überstieg die gesellschaftliche Unterstützung der NATO-Mitgliedschaft erstmals die 50 Prozent Marke. Hielten die Befragten einer 1998 durchgeführten Umfrage den Beruf eines Soldaten nicht viel prestigeträchtiger als jenen des Straßenkehrers (Jacoby 2004: 130), hat sich das Ansehen des Militärs in der tschechischen Bevölkerung seit Ende der 1990er Jahre verbessert (Betz 2004b: 46). Beigetragen haben hierzu die positive Performanz der Streitkräfte bei internationalen Kriseneinsätzen und nationalen Naturkatastrophen (Kříž 2007: 32). Zugleich bestand (und besteht) noch immer eine immense Kluft zwischen der Gesellschaft und den Streitkräften, die relativ isoliert ohne ausreichende moralische und finanzielle Unterstützung ihren Dienst leisten. Für die allmähliche Überwindung dieser Kluft wäre eine Stärkung des Konzepts des 'Soldaten als Bürger in Uniform' im Rahmen der militärischen Ausbildung gewiss zuträglich.

³⁶³ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Armee der Tschechischen Republik die einzige staatliche Institution ist, die im Laufe der 1990er Jahre aus Sicht der Gesellschaft an Vertrauenswürdigkeit hinzugewonnen hat, wohingegen die anderen staatlichen Institutionen, sogar das traditionell hoch angesehene Präsidentenamt, starke Einbußen hinnehmen mussten. Vgl. dazu im Einzelnen Gabal/Helsusova/Szayna (2002: 9).

6.2.3 Bewertung des NATOisierungsgrades der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens

Bei der Bewertung des NATOisierungsgrades tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen muss zwischen der formalen und der behaviouralen Dimension der NATOisierung sowie den entsprechenden Formen der Normübernahme unterschieden werden. Die Prozessanalyse der formalen Dimension der NATOisierung richtete ihr Augenmerk auf die Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Inwiefern diese seitens der sicherheitspolitischen Akteure Tschechiens politisch durchgesetzt wurde, bildete den Untersuchungsfokus bei der Prozessanalyse der behaviouralen Dimension der NATOisierung.

Hatten Anfang der 1990er Jahre weite Kreise der tschechischen bzw. vormals tschechoslowakischen Entscheidungsträger befürchtet, das Militär könnte in die Politik intervenieren, erwies sich diese Sorge als unbegründet. Anlass zur Besorgnis gab vielmehr das Desinteresse, das die tschechischen Amtsträger gegenüber dem Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen an den Tag legten. Somit konfrontiert der tschechische Fall sowohl die CMR-Forschung als auch die westliche Sozialisationspolitik mit einem Phänomen, mit dem sich beide Kreise traditionell *nicht* beschäftigt haben. Mithin: Wie können Politiker davon überzeugt werden, ein Interesse an Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik zu entwickeln und ihre Kontrollpflichten wahrzunehmen?

Eben dieses – in Wissenschaft wie Politik gleichermaßen ignorierte – fehlende Interesse ziviler Akteure bildete das Haupthindernis bei der Institutionalisierung und der politischen Durchsetzung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Tschechien.

Bis zur Einladung der Allianz im Juli 1997, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, nahmen die Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die NATO-Mitgliedschaft im Besonderen nur eine untergeordnete Bedeutung beim tschechischen Transformationsprozess ein (Heinemann-Grüder 2003: 243). Zwar legte die Verfassung von 1993 die grundlegende außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Kompetenzverteilung zwischen Regierung, Präsident und Parlament fest. Doch bestanden verfassungsrechtliche, gesetzliche und doktrinelle

Unklarheiten bis in die Jahre 1998 und 1999 fort. Erst im Vorfeld des Beitritts Tschechiens zur NATO begann die Institutionalisierung zentraler normativer Teilaspekte der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in quasi „fließbandartiger“ exekutiver und legislativer Akkordarbeit – und zog sich bis in die Phase der Mitglieds-NATOisierung hinein. Gänzlich ausgeräumt sind die institutionellen Unklarheiten bis heute nicht. Vielmehr besteht eine institutionelle Duplizierung fort: Neben dem mit weitreichenden Aufgaben betrauten Sicherheitsrat, der als Konsultationsgremium der Regierung fungiert, verfügt auch der Präsident in Form des 'Verteidigungsrats' über ein Beratergremium (Vlachova/Sarvaš 2002: 47f.).

Die verschleppte Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zollte ihren Tribut bei der politischen Durchsetzung der normativen Teilaspekte. Bei der Aufnahme Tschechiens in die NATO stand die Implementierung liberal-demokratischer Normen im Politikfeld Sicherheit noch weitgehend aus (Prochazka 2009: 30). Dass die Streitkräfte sowohl von der Exekutive als auch der Legislative nur unzureichend kontrolliert waren, trat bei verschiedenen Korruptionsskandalen im Zusammenhang mit Beschaffungsvorhaben für die Modernisierung der tschechischen Luftwaffe zu Tage (Szayna 1999: 136; Ulrich 2005: 213). Das Missmanagement innerhalb des tschechischen Verteidigungsministeriums in Augenschein nehmend, sah sich NATO-Generalsekretär bei seinem Besuch in Prag im Februar 2001 zu besorgten Äußerungen veranlasst (Drulák/Königova 2005: 162).³⁶⁴ Kritik der westlichen Verbündeten zog zudem die Konzeptlosigkeit der tschechischen Verteidigungsplanung auf sich (Simon 2004b: 120). Des Weiteren offenbarte der Umgang der politischen und der militärischen Führung mit den groß angelegten Diebstählen militärischer Munition aus unterschiedlichsten Lagerstätten der tschechischen Armee, die Schwächen bei der politischen Durchsetzung der NATO-Normen. Suchten die Verantwortlichen die Raubzüge zunächst hinter

³⁶⁴ Tschechiens damaliger Verteidigungsminister Vetchy trat kurze Zeit später zurück. Sein Nachfolger Jaroslav Tvrdík legte ein umfangreiches Reformpaket auf.

verschlossenen Türen zu regeln, weil im Vorfeld des Prager NATO-Gipfels kein Aufsehen erregt werden sollte, avancierte das Unvermögen, diese zivil-militärische Krise zu handhaben sowie die Lagerstätten adäquat zu sichern, im Frühjahr 2003 zu einem Medienskandal (Vlachová 2006: 154).³⁶⁵ Im Ergebnis glich der Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens einem *stop-and-go*-Prozess (Šedivý 2005).

Jenseits des Desinteresses vieler tschechischer Entscheidungsträger ist dieser Befund drei weiteren Faktoren geschuldet. Zum ersten erschwerten die anhaltenden Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung und die damit einhergehenden schwachen politischen Führungen den Prozess der Normübernahme. Von 1996 bis 2002 hatten Minderheitsregierungen den Beitritt und die Integration Tschechiens in die NATO zu verantworten. Zwar sicherten sich die beiden größten Parteien, die bürgerlich-konservative ODS und die ČSSD im Oppositionsvertrag von 1998 zu, dem Wahlsieger das Recht zur Regierungsbildung zu gewähren und keine Koalition mit anderen Parteien einzugehen (Vodička 2004: 265). Letztlich schwächte diese politische Kräftekonstellation jedoch die Gestaltungsfähigkeit der jeweiligen Regierung, zumal die wichtigsten Parlamentsämter entsprechend dem Abkommen dem Wahlverlierer zugingen. Insbesondere die 1998 bis 2002 amtierende sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Premierminister Zeman litt unter solch einer gravierenden Führungsschwäche, dass Analysten zur Einschätzung gelangten, „it [the ČSSD] rules at the pleasure of former Prime Minister Klaus's Civic Democratic Party“ (zit. nach Betz 2004b: 43). Zweitens verhinderte der häufige Wechsel im Verteidigungsressort, dem von 1993 bis 2004 acht verschiedene Minister vorstanden, dass sich Kontinuität und Kohärenz im zivil-militärischen Reformprozess entwickeln konnte (Heinemann-Grüder 2003: 42). Die negativen Konsequenzen der machtpolitischen Pattsituation und der personellen Diskontinuität wurden schließlich drittens dadurch verstärkt, dass kein

³⁶⁵ Indes zeigte dies, dass die tschechischen Medien ihre Funktion als „vierte Gewalt“ im Staat auch im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik, in dem Fachjournalisten traditionell sehr rar gesäht waren (und sind), wahrnahmen.

parteiübergreifender, gesellschaftlich verankerter nationaler Konsens über die Ausrichtung der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik bestand.

Neben den angeführten tschechischen Spezifika bildete (und bildet) die kaum entwickelte zivile Expertise, die geringe Repräsentanz ziviler Beamten auf den höheren Ebenen des Verteidigungsministeriums sowie die schwache zivil-militärische Integration des Ministeriums, insbesondere des Generalstabs, ein großes Handicap für eine tiefgreifende, nachhaltige Implementierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.

6.3 NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens als Anpassungsprozess strategisch handelnder Akteure

Gemäß dem rationalen Institutionalismus übernehmen die sicherheitspolitischen Akteure Tschechiens die NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen, wenn die Anreize hoch und glaubwürdig sind, die machtpolitischen Kosten niedriger eingeschätzt werden als der Nutzen sowie keine Veto-Spieler vorhanden sind.

6.3.1 Hohe und glaubwürdige Anreize für die Normübernahme

Mit der Variable *Anreize* werden die Art und das Ausmaß der Anreize gemessen, die Tschechien bei der Übernahme der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Aussicht gestellt werden. Die Mitgliedschaft in der NATO wird hierbei als primärer Anreiz betrachtet. Sekundäre Anreize, die Bereitstellung von Informationen, technische Hilfestellung bei der Umstrukturierung des Sicherheits- und Verteidigungssektors, insbesondere bei der Zivilisierung des Verteidigungsministeriums und der Entwicklung eines demokratischen militärischen Professionalismus innerhalb der Streitkräfte, werden dem rationalen Institutionalismus zufolge nicht als ausschlaggebend für die Normübernahme erachtet. Inwieweit die tschechischen Akteure die NATO-Mitgliedschaft Tschechiens als *hohen* Anreiz betrachteten, hing von der Bedeutung ab, die sie der Allianz für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit beimaßen. Nach rational-institutionalistischer Lesart des Prozesses der NATOisierung ist es

entscheidend, ob die NATO aus Sicht der tschechischen Akteure in der Lage ist, ihnen im Falle der Normübernahme Vorteile zu verschaffen, die sie sich anderweitig nicht verschaffen können.

Für die im Folgenden zu untersuchende (potenzielle) Wirkung des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft ist es darüber hinaus unabdingbar, dass dieser von den tschechischen Akteuren als *glaubwürdig* bewertet wird. Die Glaubwürdigkeit umfasst hierbei zwei Aspekte: Erstens die Glaubwürdigkeit der Drohung, im Falle einer nicht erfolgten Normübernahme die in Aussicht gestellte Bedrohung zu verwehren bzw. Strafmaßnahmen durchzuführen. Zweitens die Glaubwürdigkeit des Beitrittsversprechens: Die tschechische Regierung muss sich sicher sein, dass der tschechische Staat bei Übernahme der NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen in die Allianz aufgenommen wird. Für eine tiefgreifende und nachhaltige Implementierung der NATO-Normen im Verteidigungsministerium und innerhalb der Streitkräfte, die maßgeblich von der militärischen Führung abhängt, ist auch deren Bewertung der Glaubwürdigkeit des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft essentiell.

6.3.1.1 Die NATO-Mitgliedschaft aus Sicht der tschechischen Akteure: (k)ein hoher Anreiz?

Gemäß der offiziellen Staatsräson der Tschechischen Republik, die maßgeblich von führenden Politikern der bürgerlich-konservativen Parteien geprägt wurde, bildete die NATO-Mitgliedschaft – neben jener in der Europäischen Union – das langfristige Ziel der tschechischen Außenpolitik in den 1990er Jahren. Wenngleich sich die Mitte-Rechts-Regierung unter Premierminister Klaus sowohl im Ausland als auch im innenpolitischen Diskurs für den Beitritt Tschechiens zur Allianz aussprach, behandelte sie die Frage der Mitgliedschaft nicht als eine dringliche. „First, no one has offered it, second, the country is unprepared for it“, erläuterte der Premier die Sichtweise der Prager Führung (CTK, 14.10.1993). Mit der Unterzeichnung des PfP-Rahmendokuments am 10. März 1994 schloss sich die Tschechische Republik der PfP erst als elfter Staat an (Simon 1996: 20).

Dass Verteidigungsbelangen keine übergeordnete Bedeutung beigemessen wurde, spiegelte sich in den Gründungsdokumenten der Tschechischen Republik

wider. Die Verfassung enthielt keine präzisen Bestimmungen über die Verteidigung des Landes, die erst 1996 vorgelegte 'Nationale Verteidigungsstrategie' ging in formaler Hinsicht nicht über eine politische Erklärung hinaus (Fučík 1998: 163), bis 1998/99 bestanden verfassungsrechtliche, gesetzliche und doktrinelle Unklarheiten (Vlachova/Sarvaš 2002: 49), und die parlamentarische Verabschiedung des konstitutionellen 'Gesetzes über die nationale Sicherheit' zog sich über zwei Jahre hin. Vor diesem Hintergrund lässt sich schlussfolgern, dass die Mehrheit der tschechischen Entscheidungsträger den Themenkomplex 'Verteidigung' nicht als dringlich erachtete.

Indes hängt die Höhe des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft in den Augen der tschechischen Entscheidungsträger nicht nur von der Dringlichkeit ab, die dieser Zielverwirklichung beigemessen wird, sondern auch von deren Wichtigkeit. Neben dem verschleppten Institutionalisierungsprozess der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte indiziert die stetige Abnahme des Verteidigungsbudgets in den Jahren 1993 bis 1997 den untergeordneten Stellenwert dieses Ressorts auf der politischen Agenda. In der Tat erachtete die tschechische Regierung nach der staatlichen Trennung von der Slowakei andere Herausforderungen als dringlicher *und* wichtiger. Zwischen 1993 und 1997 räumte sie der ökonomischen Systemtransformation oberste Priorität ein (Šedivý 2005).

Jenseits der Regierungspolitik fällt die Bilanz weit kritischer aus. Eine ablehnende Haltung gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Tschechiens nahm die KSČM ein. Mit der KSČM bestand in Tschechien eine starke kommunistische Partei fort, was eine Rarität in den mittelosteuropäischen Parteiensystemen darstellte. Neben der altkommunistischen Stammwählerschaft übte die KSČM insbesondere auf jüngere Protestwähler eine große Anziehungskraft aus.³⁶⁶ Nach Ansicht der Kommunisten sollte die Tschechische Republik ein neutraler Staat sein, „whose security would be guaranteed by the world powers“ (CTK, 14.10.1993). Als wichtigste Institution für die Gewährleistung der Sicherheit in Europa galten der KSČM zufolge die

³⁶⁶ Vgl. zu den geschichtlichen Hintergründen der Genese der KSČM Vodička (2004: 264f.).

Vereinten Nationen (CTK, 18.11.1993). Kann die ablehnende Haltung der Kommunistischen Partei noch als politische Randerscheinung betrachtet werden, trifft dies auf die sozialdemokratische Partei gewiss nicht zu. In den Jahren 1993 bis 1998 als größte Oppositionspartei im Parlament vertreten, äußerte sich die ČSSD zunächst skeptisch gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Tschechiens (Nelson/Szayna 1997: 25). Zwar verminderte sich der Widerstand in den Reihen der Sozialdemokraten im Zuge der zunehmenden Institutionalisierung der Beziehungen Tschechiens mit der Allianz, doch dominierte bis zur Regierungsübernahme im Juni 1998 eine indifferente Haltung gegenüber verteidigungs- und militärpolitischen Fragen.

Die bürgerlich-konservativen Parteien, ODS, KDU-CŠL und ODA, die unter Premierminister Klaus von 1993 bis Ende 1997 die Regierungsverantwortung trugen, maßen der NATO-Mitgliedschaft Tschechiens einen größeren Stellenwert bei als die sozialdemokratische Oppositionspartei. Premier Klaus betrachtete die Aufnahme in die Allianz als „the last step demonstrating the fact that we have been fully admitted in a group of advanced democratic states“ (BBC, 21.9.1995). Fraglich ist allerdings, ob die NATO-Mitgliedschaft in ihren Augen einen *hohen* Anreiz verkörperte. Denn konsequent verfolgte die Mitte-Rechts-Regierung das Ziel der NATO-Mitgliedschaft erst nach dem Madrider Gipfeltreffen im Juli 1997, auf dem die Allianz Tschechien einlud, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen (Khol 2001: 156). Wird noch in Rechnung gestellt, dass einige Mitglieder der tschechischen Elite, insbesondere die sozialdemokratischen Politiker, die Aufnahme Tschechiens ins Bündnis erst dann befürworteten, als die allianzinterne Entscheidung zur Ostererweiterung bereits gefallen war, wohingegen sie zuvor eine abwägende Position eingenommen hatten (Bedarff/Schürmann 1998: 39), stellte die Mitgliedschaft in der Allianz bis Ende 1995 *keinen* parteiübergreifenden, auf einem gesellschaftlichen Konsens fußenden Anreiz dar.

Innerhalb der tschechischen Streitkräfte ergibt sich ein gemischtes Bild. Laut einer 1994 durchgeführten Umfrage sprachen sich 62 Prozent des Offizierskorps für den Beitritt Tschechiens zur NATO aus, und 28 Prozent dagegen (Szemerényi 1996: 49). Im Vergleich zu den Politikern waren die Offiziere regelrecht begeistert von

der Vorstellung, Tschechien könnte der Allianz bald beitreten, weil sie sich davon eine Beschleunigung des Transformationsprozesses erhofften (Šedivý 2005).

6.3.1.2 Die Glaubwürdigkeit der NATO in den Augen tschechischer Akteure: (k)ein glaubwürdiger Anreiz?

Einen glaubwürdigen Anreiz für die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte stellte die NATO-Mitgliedschaft aus Sicht der tschechischen Akteure in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nicht dar. Die Position der Allianz brachte NATO-Generalsekretär Wörner im März 1992 unmissverständlich zum Ausdruck, als er darauf hinwies, die Mitgliedsfrage stehe „zum jetzigen Zeitpunkt nicht zur Diskussion“ (zit. nach Koszel 1996: 95). Auch die bilateralen Kontakte Tschechiens mit den NATO-Mitgliedstaaten während der Anbindungsphase gaben keinen Anlass auf eine baldige Mitgliedschaft zu hoffen. Dass das seitens der NATO aufgelegte PfP-Programm aus Sicht der tschechischen Regierung keinen glaubwürdigen Anreiz bot, spiegelte sich in der Einschätzung von Premierminister Klaus wider:

„I repeat that all phenomena, including the entry of the Czech Republic to NATO, have their complicated temporal dimension and time sequence. Some things are a question of a short period of time, some a question of a medium period, some a question of a long period. The idea that we could become a part of the integrated NATO forces with one military commander, and that our army would become a part of this monolithic alliance is not a question of today, that is a short-term question, it is not a medium-term question either, it is, at most, a long-term question. I definitely insist that all these things be strictly separated. Statements of intent – but bilateral – are, in particular, of a short-term nature. Of medium-term nature are tasks of certain structuralization, phasing, certain approaches and so on, in any form. The actual bona fide and legal membership, with all that accompanies it, is merely the third question. *We lack unilateral and clear signals, adequate for us, from the other side*“ [eigene Hervorheb.] (BBC, 28.10.1993).³⁶⁷

An dieser Bewertung änderte auch die PfP nichts, die die NATO im Januar 1994 auflegte. Zwar eröffnete diese Tschechien Konsultationsmöglichkeiten mit der NATO im Falle einer direkten Bedrohung nach Artikel 4 des Washingtoner

³⁶⁷ Der Auszug stammt aus einem Interview mit Premierminister Klaus im Nachgang an die informelle NATO-Ratstagung im Oktober 1993, auf der Amerikas Verteidigungsminister Aspin das Konzept der PfP vorstellte.

Vertrags. Sie enthielt jedoch keine Sicherheitsgarantie und rückte aus tschechischer Perspektive eine rasche Mitgliedschaft in weite Ferne, obschon das PfP-Rahmendokument diese nicht ausschloss. Die rational-institutionalistische Erfolgsbedingung eines glaubwürdigen Anreizes für die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte war bis September 1995 nicht erfüllt. Erst mit dem Erscheinen der NATO-Erweiterungsstudie bestand ein positiver Anreiz, bei entsprechenden Reformen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen in die Allianz aufgenommen zu werden (Handl 2009: 359). Allerdings verständigten sich die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten erst bei ihrem Treffen am 10. Dezember 1996 auf einen Termin für die Einladung der ersten Beitrittskandidaten (Vogel 1999: 273). Fortan galt das auf Juli 1997 terminierte Madrider Gipfeltreffen als Entscheidungsdatum für die Kandidatenfrage. Die rational-institutionalistische Erfolgsbedingung eines glaubwürdigen Anreizes für die Normübernahme war aus Prager Sicht allerdings erst mit der Einladung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Juli 1997 erfüllt.

Neben der Ausprägung der Variable 'Anreiz' ist jene der Variable 'innenpolitische Anpassungskosten' zentral für die Erklärung des Verlaufs und des Ergebnisses der NATOisierung tschechischer Sicherheitspolitik aus Sicht des rationalen Institutionalismus.

6.3.2 Innenpolitische Anpassungskosten der Normübernahme

Die tschechischen Regierungen, insbesondere Premierminister Klaus und sein Nachfolger, Miloš Zeman, die verschiedentlichen Verteidigungs- und Außenminister, Präsident Havel, sowie der Generalstab befanden darüber, ob sie die Kosten der Normübernahme für die in Aussicht gestellte Belohnung – die Mitgliedschaft in der NATO – zu tragen bereit waren. Operationalisiert wird die Variable *Kosten* entlag dreier Dimensionen: Verfügung über Ressourcen und Kompetenzen, Einfluss auf Politikergebnisse sowie Kontrolle von Akteuren im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Quer zu diesen drei Dimensionen liegt ein vierter Faktor, der die instrumentellen Erwägungen der tschechischen Akteure (potenziell) beeinflusste, nämlich die Sicherung von Wählerstimmen. Inwieweit das bei den tschechischen Politikern grundsätzlich bestehende Motiv der Wiederwahl

ihr Verhalten bei der Normübernahme beeinflusste, hing davon ab, welchen Stellenwert die NATO-Mitgliedschaft innerhalb der Bevölkerung bzw. den unterschiedlichen Wählergruppen hatte.

Wie auch bei der Bewertung der Höhe und der Glaubwürdigkeit des Anreizes der NATO-Mitgliedschaft, können sich die unterschiedlichen Akteure und Akteursgruppen Tschechiens in ihren strategischen Kalkulationen erheblich unterscheiden. Maßgeblichen Einfluss auf die Kosten-Nutzen-Kalküle der Akteure hat nach rational-institutionalistischer Lesart die Veränderung der Opportunitätsstruktur, die mit der Normübernahme einhergeht. Dementsprechend ist für die Überprüfung der Erfolgsbedingung niedriger innenpolitischer Anpassungskosten die Frage zentral, mit welchen machtpolitischen Veränderungen die Normübernahme für die unterschiedlichen Akteure und Akteursgruppen Tschechiens verbunden war. Darüber hinaus ist mit Blick auf das Motiv der Wiederwahl wichtig, wie hoch die Unterstützung für die NATO-Mitgliedschaft und das Ansehen der Streitkräfte innerhalb der tschechischen Gesellschaft waren. Als entscheidend für den Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung werden aus rational-institutionalistischer Sicht insbesondere zwei Akteursgruppen angenommen: die Veto-Spieler und die NATO-Opportunisten.

6.3.2.1 Tschechische Entscheidungsträger und Parlamentarier: Ein Heer von passiv-negativen Veto-Spielern?

Nach rational-institutionalistischer Lesart ist die Übernahme internationaler Normen für reformwillige Akteure umso schwieriger, je mehr potenzielle Veto-Spieler vorhanden sind (Börzel/Risse 2003: 64). Bei Veto-Spielern handelt es sich George Tsebelis (2002: 37) zufolge um Akteure, „whose agreement is necessary for a change in the status quo“. Offen bleibt bei dieser Definition allerdings, auf welche Art und Weise die Veto-Spieler ihr Einverständnis verwehren. Konzentrierte sich die Forschung zur internationalen Sozialisation und zur Europäisierung bislang vorwiegend auf Veto-Spieler, die den Prozess der Normübernahme aktiv blockieren, eignet sich diese Kategorie nicht, um die sozialen Realitäten des tschechischen Transformationsprozesses adäquat abzubilden. Eine differenziertere Betrachtungsweise von Veto-Spielern ermöglicht

dahingegen der Rückgriff auf die verschiedenen Typen von Führungspersönlichkeiten, die innerhalb des Teilbereichs der politischen Psychologie entwickelt worden sind. Richtete dieser, überwiegend in der US-amerikanischen Politikwissenschaft etablierte Forschungszweig sein Augenmerk vorrangig auf hochrangige Entscheidungsträger, insbesondere die amerikanischen Präsidenten, können diese Typen für die Verhaltensanalyse politischer Akteure insgesamt nutzbar gemacht werden.

Eine Möglichkeit, sich dem Charakter politischer Akteure anzunähern, liefern Marijke Breuning (2007: 39f.) zufolge diese beiden Fragen: Wie aktiv oder passiv ist der Akteur, d.h. wie viel Energie investiert er in sein Amt? Betrachtet der Amtsträger die Politik im Allgemeinen und seine politische Tätigkeit im Besonderen als positiv, und zieht daraus Befriedigung? Oder hat er ein negatives Bild von der Politik, und nimmt sein Amt ausschließlich als lästige Pflicht wahr?³⁶⁸ Entsprechend der Antworten auf diese beiden Schlüsselfragen ergibt sich eine Matrix aus vier unterschiedlichen Typen von Führungspersönlichkeiten bzw. politischen Akteuren: der aktiv-positive, der aktiv-negative, der passiv-positive sowie der passiv-negative Typus.

Zweifelsohne handelt es sich hierbei um recht grobe Kategorien, die mittels weiterer Verfahren, wie etwa jenem des *operational code*, ausdifferenziert werden könnten. Zudem reflektieren sie nicht, dass beispielsweise die Frage nach dem persönlichen Engagement und dem Interesse eines Amtsträgers in unterschiedlichen Politikfeldern durchaus variieren kann, wie der Vergleich des Themenkomplexes 'Verteidigung' und 'Ökonomie' in Tschechien zeigt. Nichtsdestoweniger ermöglicht diese Matrix ein adäquateres Abbild der politischen Akteure Tschechiens. Den Blick auf das Verhalten der politischen Akteure Tschechiens im Transformationsprozess der zivil-militärischen Beziehungen richtend, wird deutlich, dass diese gerade *nicht* dem Prototypus des aktiven Veto-Spielers entsprachen – weder in der positiven noch der negativen Ausprägung.

³⁶⁸ Marijke Breuning bezieht sich bei diesen Leitfragen und den daraus abgeleiteten Typen von präsidentiellen Führungspersönlichkeiten auf die Studie von James Barber (1992).

Vielmehr fungierten die tschechischen Amtsträger – mit Ausnahme des Präsidenten Havel und der dem Verteidigungsressort vorstehenden ehemaligen Offiziere – mehrheitlich als passiv-negative Veto-Spieler. Dass die Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik kein politisches Tätigkeitsfeld darstellte, in das die Amtsträger viel Energie investierten, schlug sich in der jahrelangen Untätigkeit der Exekutive und der Legislative nieder. Im Hinblick auf die zweite Schlüsselfrage, nämlich jene nach der Bewertung der Amtsausübung als lästige Pflicht bzw. Quelle der Freude, fällt die Antwort mehrheitlich negativ aus: „The military doesn't interest anyone in this country“, konstatierte der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Otto Pick nüchtern (zit. nach Betz 2004: 42).

Indes ist die Bezeichnung der tschechischen Amtsträger als „passiv-negative Veto-Spieler“ nicht für alle Phasen der NATOisierung gleichermaßen zutreffend. Vielmehr lässt sich im Laufe der Beitrittsphase, d.h. ab Ende 1997, eine Rollentransformation der tschechischen Entscheidungsträger und Parlamentarier beobachten. Infolge des zunehmenden sozialen Drucks, den die NATO auf die tschechischen Sozialisanden ausübte, agierten diese als „selektive NATO-Opportunisten“, die ihre passiv-negative Blockadepolitik zu Gunsten einer NATOisierung à la carte aufgaben.

6.3.2.2 Tschechiens selektive NATO-Opportunisten: NATOisierung à la carte und die diskursive Strategie des doppelten rhetorischen Handelns

Unter den tschechischen Entscheidungsträger dominierten Rhetoriken und Praktiken, die als eine 'NATOisierung à la carte' zu charakterisieren sind.³⁶⁹ Beispielsweise vertrat Premierminister Klaus die Ansicht, die Tschechische Republik könne NATO-Mitglied werden, ohne die tschechischen Streitkräfte in die Strukturen der Allianz zu integrieren (BBC, 4.11.1993). Zu bedenken ist hierbei,

³⁶⁹ In sprachlicher Analogie zu der in der Europäisierungsforschung verwendeten Bezeichnung „Europäisierung à la carte“ für Mitgliedstaaten, die ausschließlich jene Aspekte der EU-Politiken übernehmen, die ihren Interessen entsprechen (und die in aller Regel zuvor von der nationalen auf die europäische Ebene hochgeladen wurden). Als Paradebeispiel einer selektiven Europäisierung gilt die britische Einwanderungspolitik.

dass sich die Rhetorik von Premierminister Klaus veränderte, als ein glaubwürdiger Anreiz für die NATO-Mitgliedschaft bestand. Im September 1996 bekräftigte er: „The Czech Republic is really interested in entering NATO“ (Agence France Press, 30.9.1996). Dahingegen vertraten Daniel Nelson und Thomas Szayna (1997: 24) im Vorfeld der 1998 abgehaltenen Parlamentswahlen die Einschätzung, derzufolge „current trends indicate that, whether it is Klaus or Zeman (the social-democrat leader) who is the Prime Minister, interest in NATO is going to decrease, either slightly or substantially“.

Der zeitliche und kontextuale Vergleich der sprachlichen Äußerungen tschechischer Amtsträger zeigt, dass diese sich einer diskursiven Strategie des doppelten rhetorischen Handelns bedienten. Gegenüber dem Bündnis und seinen Repräsentanten stellten sie Tschechien als einen Anwärterstaat dar, der sich um die politische und militärische Anpassung an die NATO-Standards bemüht. Darüber hinaus verwiesen Regierungsmitglieder wiederholt darauf, dass die mit der Mitgliedschaft einhergehenden Verpflichtungen ernst genommen werden müssten (BBC, 4.11.1993). Die Kooperation der tschechischen Armee mit der NATO sei ein „sehr wichtiges Element der tschechischen Außenpolitik“, so Außenminister Zieleniec (CTK, 17.11.1994).

Ein anderes Bild ergibt sich allerdings, wenn die Verlautbarungen primär an die tschechische Bevölkerung gerichtet waren. Gegenüber den potenziellen Wählern wurden die mit dem NATO-Beitritt einhergehenden Verpflichtungen, insbesondere die finanziellen Lasten, heruntergespielt (Lefebvre 1995: 735). Eine Aufklärung der Bevölkerung über die Konsequenzen des tschechischen Beitritts zur NATO erfolgte nicht (Nelson/Szayna 1997: 25). Vielmehr dominierte im innertschechischen Diskurs das Argumentationsmuster, demzufolge die Mitgliedschaft in der Allianz eine vergleichsweise günstige Möglichkeit sei, die nationale Sicherheit, insbesondere die territoriale Verteidigung, zu gewährleisten. Exemplarisch hierfür kann die Begründung des Verteidigungsministeriums bei der Veröffentlichung seines Budgets 1996 angeführt werden. Der mit 30 Milliarden tschechischer Kronen veranschlagte Haushaltsposten wäre, so das Ministerium, außerhalb des NATO-Rahmens mit 45 Milliarden zu Buche geschlagen (Simon 1996: 236). An dieser rhetorischen Strategie hielten die Amtsträger auch während

der Beitrittsphase Tschechiens zur Allianz fest. Der Verteidigungshaushalt nahm trotz eines jährlich leichten nominalen Anstiegs realiter in den Jahren 1993 bis 1997 stetig ab (Fučík 1998: 164; 170).

Bei der Rekonstruktion der machtpolitischen Kosten-Nutzen-Kalkulationen der tschechischen Entscheidungsträger muß aus Sicht des rationalen Institutionalismus das Motiv der Wiederwahl berücksichtigt werden. Inwiefern dieses den Prozess der Normübernahme beeinflusst, hängt davon ab, welchen Stellenwert die Sozialisationsinhalte innerhalb der Bevölkerung haben.³⁷⁰ Meinungsumfragen zufolge sprachen sich bis 1996 lediglich knapp 30 Prozent der tschechischen Bevölkerung für die seitens der tschechischen Regierung angestrebte NATO-Mitgliedschaft des Landes aus (Bedarff/Schürmann 1998: 27). Zwar erhöhte sich die Zustimmungsrage infolge der umfassenden Medienkampagne der NATO sowie der gezielten Informationspolitik der tschechischen Regierung in den Jahren 1997 und 1998, doch betrug sie auch im Vorfeld des NATO-Beitritts Tschechiens nur gut 50 Prozent. Gegen die Aufnahme in die Allianz sprachen sich 30 Prozent der tschechischen Gesellschaft aus, und 20 Prozent nahmen eine ambivalente Haltung ein (Khol 2001: 158).

Sicherheits- und verteidigungspolitische Belange spielten gegenüber ökonomischen und sozialen Aspekten nur eine untergeordnete Bedeutung bei der Wahlentscheidung der tschechischen Bürger (Nelson/Szayna 1997: 24). Lediglich während des Wahlkampfs zu den Parlamentswahlen 1998 gehörten Fragen zu der Verteidigungspolitik des Landes, den Streitkräften sowie der NATO-Mitgliedschaft zu den zehn meist diskutiertesten Themenkomplexen (Khol 2001: 157). Äußerst gering war (und ist) die Bereitschaft der Wahlberechtigten, eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets hinzunehmen (Kohl 2007: 18). Nur elf Prozent der tschechischen Bevölkerung waren bereit, für die Erreichung der militärischen Beitrittsstandards eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben zu akzeptieren, wohingegen 84 Prozent dagegen waren (Granville 1999: 167). Hinzukam, dass

³⁷⁰ Vgl. zur Bedeutung der Wiederwahl für den Sozialisationsprozess aus rational-institutionalistischer Perspektive auch Jacoby (2004: 143) und Schimmelfennig (2005).

sich die wirtschaftliche Lage des einstigen „Musterknabens“ der postkommunistischen Transformationsstaaten in den Jahren 1997 und 1998 dramatisch verschlechterte. Angesichts der angespannten Haushaltslage riefen jedwede Versuche, das Verteidigungsbudget zu erhöhen, sowohl innerhalb der Parlamentarier als auch der Bevölkerung Widerstand hervor. Zudem erzeugte eine der so genannten „NATO-Mythen“, d.h. die verbreitete (fälschliche) Vorstellung, Kernwaffen oder ausländische Militärbasen auf dem tschechischen Territorium stationieren zu müssen, großen Widerstand innerhalb der Bevölkerung.³⁷¹

Angesichts dessen sahen sich die tschechischen Entscheidungsträger keinem innenpolitischen Anpassungsdruck für die Normübernahme im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen ausgesetzt. Vielmehr vermieden die tschechischen Parlamentarier wie auch Regierungsmitglieder eine öffentliche Diskussion über die Kosten der NATO-Mitgliedschaft, weil sie einen Popularitätsverlust bei den Wählern befürchteten (Fučík 1998: 167). Fragen zur Finanzierung der Anpassungsleistungen an die NATO-Standards oder zum nationalen Beitrag zum NATO-Budget standen bis 1997 nie auf der Tagesordnung der tschechischen Regierung (Fučík 1998: 166). Ebenso blieben offizielle Kommentierungen zu westlichen Schätzungen der Kosten des NATO-Beitritts aus.

Angesichts des niedrigen Verteidigungshaushalts und des stagnierenden Modernisierungsprozesses der Streitkräfte warnte die NATO, Tschechien solle seine Aussichten auf die Mitgliedschaft nicht gefährden (Szayna 1999: 137). „If we make cuts in army spending again“, erläuterte ein hochrangiger Beamter des tschechischen Verteidigungsministeriums, „it will complicate the approval of the Czech Republic’s NATO membership in their countries’ parliaments“ (CTK, 23.9.1996). Erst nachdem unterschiedliche Repräsentanten der Allianz auf die Sozialisationspraktik des sozialen Einflusses zurückgegriffen hatten, änderte die Prager Führung ihre Rhetorik und ihre politischen Praktiken.

³⁷¹ Im Rahmen der 1998 durchgeführten, gezielten Informationskampagne sponsorte das tschechische Verteidigungsministerium zwanzig (!) verschiedene, fünfminütige *TV-Spots*, um die „NATO-Mythen“ zu entkräften (Jacoby 2004: 145).

Dass die Sozialisationspolitik der NATO einen Anpassungsdruck auf die Prager Führung erzeugt hatte, zeigte sich beispielsweise im Nachgang an eine Konferenz, die im September 1997 im tschechischen Außenministerium abgehalten worden war. Repräsentanten der Allianz, tschechische Regierungsmitglieder und hochrangige ministerielle Beamte diskutierten die Kosten des Beitritts, und handelten die damit einhergehenden finanziellen Verpflichtungen aus (Fučík 1998: 166). Wenige Wochen später kündigte Tschechiens Premier an, ab 1999 sei ein Jahresbeitrag an die Allianz zu entrichten, der 0,9 Prozent der NATO-Haushalte ausmache (Fučík 1998: 168).³⁷² Die tschechische Regierung verpflichtete sich zudem, die Verteidigungsausgaben jährlich um 0,1 Prozent des BIP zu erhöhen, so dass diese im Jahre 2000 die Marge von 2,0 Prozent des BIP erreichen würde.³⁷³ Einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Realisierung dieses Ziels bildete die Verabschiedung des Staatshaushalts 1998, bei der das Parlament dem Verteidigungsressort knapp 1,9 Prozent des BIP zusprach (Szayna 1999: 139). Auch diese finanzielle Anpassungsleistung war auf die Sozialisationspolitik der NATO zurückzuführen, die sich – den Äußerungen eines hochrangigen Beamten des Verteidigungsministeriums zufolge – in diesem Kontext der Sozialisationspraktik des sozialen Einflusses bediente:

„The Alliance pointed out that this commitment was of exceptional importance not only from the financial point of view but also as a major political sign abroad, demonstrating the reliability and trustworthiness of the Czech Republic“ (Svěrák 1998: 13).

Der Verteidigungshaushalt verzeichnete erst nach der Aufnahme in das Bündnis mit gut 41 Milliarden tschechischer Kronen einen leichten Anstieg (Gießmann 2001: 203). Angesichts der schwächelnden wirtschaftlichen Entwicklung handelte es sich hierbei allerdings um eine lediglich symbolische Erhöhung. Ab 2001 sank das Verteidigungsbudget stetig und erreichte 2008 mit unter 1,5 Prozent des BIP

³⁷² Dazu gehören der zivile und der militärische Haushalt der Allianz sowie ihr Investitionsetat (Kovanda 2003).

³⁷³ In der Tat erreichte der Verteidigungsetat in den Jahren 1999 und 2000 mit 2,2 Prozent des BIP seinen Höchststand im Untersuchungszeitraum.

einen vorläufigen Tiefstand. Demnach ist Tschechien seit 2004 seinen im Rahmen der 'Defense Capabilities Initiative' der NATO vereinbarten Verpflichtungen nicht mehr nachgekommen.³⁷⁴

Nachdem Tschechien in die NATO aufgenommen worden war, griff die Prager Führung erneut auf ihre schon zuvor praktizierte Strategie des doppelten rhetorischen Handelns zurück. Dem sozialen Druck der westlichen Verbündeten, mehr für die Modernisierung der Streitkräfte auszugeben und damit den Verpflichtungen der Mitgliedschaft gerecht zu werden, wich die Prager Führung aus, in dem sie auf die instabile Regierungslage verwies. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Premierminister Zeman argumentierte, aufgrund der nicht vorhandenen parlamentarischen Mehrheit müssten die Reformen auf die nächste Legislaturperiode verschoben werden (Gutierrez 2002: 38f.). Wenngleich der Tschechischen Republik nach den Parlamentswahlen 2002 erstmals seit 1996 eine Mehrheitsregierung vorstand, wiesen die koalierende ČSSD, die christlich-demokratische Volkspartei sowie die Freiheitsunion eine geringe programmatische Schnittmenge auf, was gegenüber den westlichen Alliierten wiederum als Entschuldigung für Reformversäumnisse angeführt wurde.

Während der ersten Jahre der Mitglieds-NATOisierung Tschechiens waren seitens der tschechischen Regierung keine solch' klaren Worte zu vernehmen wie jene des Außenministers Karel Schwarzenberg bei seiner Festrede anlässlich des zehnten Jahrestags der tschechischen NATO-Mitgliedschaft:

„Jeder Staat, der der NATO beitrifft, muss sich darüber im Klaren sein, dass man mit diesem Schritt keine automatische Versicherung abschließt, die einen durch Zahlung eines einmaligen Geldbetrags vor unliebsamen Schicksalsschlägen schützt. Die Beziehung der NATO zu ihren einzelnen Mitgliedstaaten ist keine Einbahnstraße. Die Gewährleistung einer hohen Kampfkraft der NATO erfordert dauerhafte Überlegungen und Anstrengungen, zu denen alle Mitgliedsländer beitragen müssen. Das sollten sich alle NATO-Mitglieder täglich, aber einmal im Jahr ganz besonders vor Augen halten – und zwar immer dann, wenn sie den

³⁷⁴ In ihrer Defense Capabilities Initiative von 1999 verständigten sich die NATO-Mitgliedstaaten darauf, mindestens zwei Prozent ihres BIP für das Verteidigungsressort aufzuwenden. Vgl. hierzu NATO (2001: 50f.).

Staatshaushalt für das jeweils nächste Jahr im Parlament verabschieden“ (Czech Radio 7, 13.3.2009).³⁷⁵

Eine partielle Wirkung für die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zeitigte der Anpassungsdruck, den die NATO und ihre Repräsentanten auf die tschechische Regierung ausübten. Gemäß dem stellvertretenden Verteidigungsminister Jirí Payne sah sich die Prager Führung während der Beitrittsphase einer Reihe von „unangenehmen Fragen“ im Zusammenhang mit dem Planungs- und Überprüfungsprozess sowie dem Planungs-, Programm- und Budgetsystem ausgesetzt (CTK, 12.5.1997). „Now we're only just beginning to plan and take responsibility for our own security“, erläuterte Payne die tschechische Rezeption der westlichen Sozialisationspolitik. In Anbetracht der bevorstehenden Beitrittsverhandlungen war dieses Bekenntnis sicher *auch* instrumentellen Erwägungen geschuldet.

Wenngleich sich zentrale Aspekte des zivil-militärischen Transformationsprozesses Tschechiens unter Rückgriff auf die rational-institutionalistischen Erfolgsbedingungen erklären lassen, greift eine Betrachtungsweise der NATOisierung als ausschließlich instrumentell motiviertem Anpassungsprozess zu kurz. Einige Amtsträger wie auch die für NATO-Verwendungen trainierten Einheiten der tschechischen Armee identifizierten sich (in zunehmendem Maße) mit der Sicherheitsgemeinschaft liberal-demokratischer Staaten, der sie nicht nur aus materiellen Gründen angehören wollten.

³⁷⁵ Im Unterschied zu den politischen Amtsträgern forderten tschechische Sicherheitsexperten während der letzten Dekade wiederholt, die tschechische Regierung müsse die Verantwortung für die finanziellen Verpflichtungen der NATO-Mitgliedschaft übernehmen. Unlängst mahnte beispielsweise Jiří Schneider, Leiter des Prager Instituts für Sicherheitsstudien, bei einem NATO-Seminar in Prag im Januar 2010 an: „Wir sind keine schwarzen Passagiere, die einfach mitfahren. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass wir mit der NATO-Mitgliedschaft automatisch Garantien erhalten, sondern müssen selbst zu Hause aktiv werden“ (Czech Radio 7, 14.1.2010).

6.4 NATOisierung der zivil-militärischen Beziehungen Tschechiens als normativer Überzeugungsprozess

Gemäß dem konstruktivistischen Institutionalismus übernehmen die tschechischen Akteure die NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen, wenn die Identifizierung mit der NATO groß ist, die Legitimität und Resonanz der NATO-Normen hoch sind, sowie eine starke Koalition aus NATO-Normunternehmern gebildet werden kann.

6.4.1 Hoher Identifizierungsgrad mit der NATO als Erfolgsbedingung

Die Variable *Identifizierung* erfasst das Ausmaß, in dem sich die tschechischen Akteure mit der NATO identifizieren und diese als eine Gemeinschaft betrachten, zu der sie dazu gehören möchten. Bei der Ermittlung des Identifizierungsgrades der tschechischen Sozialisanden besteht die methodologische Herausforderung darin, rhetorisches Handeln von einer tatsächlich vorhandenen Identifizierung unterscheiden zu können. Ein Indikator hierfür ist die Existenz und die Stärke der demokratischen Opposition zu Zeiten des Kommunismus sowie die Rolle, die einzelne Entscheidungsträger gegebenenfalls in der kommunistischen Ära gespielt haben. Darüber hinaus bildet die zeitliche und kontextuale Konsistenz sprachlicher Äußerungen einen weiteren Indikator sowie deren Übereinstimmung mit der Verhaltensebene. Wie die folgende Überprüfung der konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingung eines hohen Identifizierungsgrades für die Normübernahme zeigen wird, weist dieser Grad sowohl zwischen innerhalb der politischen Elite als auch den Streitkräften große Unterschiede auf.

6.4.1.1 Identifizierungsgrad der zivilen Entscheidungsträger Tschechiens mit der NATO

Die Überprüfung des Indikators einer starken demokratischen Opposition in der kommunistischen Ära ergibt ein positives Bild. Mit der 'Charta 77' entwickelte sich in der Tschechoslowakei eine Bürgerbewegung, die sich für die Reform des bestehenden politischen Systems sowie die Wahrung der Freiheitsrechte einsetzte. Überdies verwies die Charta auf die Notwendigkeit einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte (Szemerényi 1996: 74). Aus den

Reihen der demokratischen Oppositionsbewegung stammten maßgebliche tschechische Entscheidungsträger, wie beispielsweise Präsident Havel. Havel, der nie Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen war, begründete die Charta 77 im Januar 1977 mit und fungierte als einer ihrer drei Sprecher, die die Bewegung nach außen vertraten. Zuvor hatte er sich während des Prager Frühlings als Redenschreiber für die Reformkommunisten verdient gemacht (Alamir 2003: 28). Aufgrund seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der Charta 77 verhaftete die kommunistische Regimeführung Havel mehrfach, so dass er rund fünf Jahre im Gefängnis verbrachte (Alamir 2003: 29). Nichtsdestoweniger setzte Havel seine Arbeit in der Reformbewegung fort, und wurde im November 1989 zum Vorsitzenden des neugegründeten 'Bürgerforums' gewählt.

Obschon ein Engagement in der demokratischen Opposition eine Affinität zu liberal-demokratischen Werten nahe legt (Epstein 2006: 67), bedarf die Überprüfung der konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingung jedoch eines weiteren Indikators, nämlich des Abgleichs zwischen sprachlichen Äußerungen und der Verhaltensebene. Wie wichtig dieser – in der Argumentation von Rachel Epstein fehlende – Abgleich ist, zeigt sich bei der Analyse der tschechischen Amtsträger. In seinen Verlautbarungen bezeichnete Präsident Havel die tschechische Identität stets als untrennbar mit jener des Westens verbunden. Der Beitritt Tschechiens zur NATO verkörpere „the acceptance of principles of human rights, parliamentary democracy, and free market economy“ (zit. nach Stroehlein 1999). Die enge Verbindung zwischen tschechischer und westlicher Identität, die Havel in unterschiedlichen Phasen der NATOisierung sowie verschiedenen nationalen und internationalen (Gesprächs)Kontexten herstellte, indiziert seine authentische Überzeugung von der Legimität liberal-demokratischer Normen.

Einen hohen Identifizierungsgrad mit der westlichen Gemeinschaft liberal-demokratischer Staaten wies die überwiegende Mehrheit der tschechischen Elite auf (Drulák/Königová 2005: 151; Gheciu 2005b: 985). Repräsentativ für viele war die Einschätzung des tschechischen Außenministers Zieleniec, gemäß dem „die Tschechische Republik immer ein Teil der westlichen christlichen Kultur und Integrationsgruppen gewesen“ (Gießmann 1995: 156) sei. „Die Tschechen wollen

nicht“, so Zieleniec, „dass ihre Sicherheitsgarantien von einem anderen Bündnis als der NATO kommen, da sie spüren, dass die NATO bei der Aufnahme von Ländern einer historischen Tradition und einem Wertesystem folgt, das dem tschechischen ähnlich ist“ (zit. nach Gießmann 1995: 155).

Wenngleich die identitäre Komponente in der tschechischen Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft im mittelosteuropäischen Vergleich stark ausgeprägt war, darf sie zugleich nicht überschätzt werden. Berücksichtigt werden müssen hierbei zwei Faktoren: Zum einen besetzte mit Václav Havel ein wichtiger Vertreter der tschechischen 'Universalisten' das Präsidentenamt, die infolge dessen qua institutionalisierter Stimme ihren Einfluss auf den Sicherheitsdiskurs geltend machen konnten.³⁷⁶ Aus dissidentischen Kreisen hervorgegangen, dominierten innerhalb der universalistischen Strömung der tschechischen Elite außenpolitische Wahrnehmungs- und Denkmuster, die universalen Werten eine übergeordnete Bedeutung beimaßen (Weichsel 2007: 67-72; 166-171). Darüber hinaus spiegelte die sprachliche Einbettung der NATO-Mitgliedschaft Tschechiens in normative, zivilisatorische und identitäre Argumentationslinien zwar einerseits die authentische Überzeugung der tschechischen Entscheidungsträger wider – aber eben nicht ausschließlich. Vielmehr waren diese rhetorischen Praktiken *auch* dem Ansinnen geschuldet, die Bevölkerung von der Notwendigkeit des NATO-Beitritts Tschechiens zu überzeugen (Lefebvre 1995: 735; Betz 2004b: 46).

„We [the Czech politicians] repress the military side of NATO. Whenever we talk about NATO, we sell it as a political alliance, but this is now backfiring because it does not help to convince the public to support higher levels of defense spending“ (zit. nach Jacoby 2004: 133)

erläuterte ein tschechischer Verteidigungsexperte im NATO-Hauptquartier die rhetorische Strategie der tschechischen Amtsträger.

Indes stellt sich die Frage, inwiefern aus dieser zweifelsohne bestehenden Affinität zu liberal-demokratischen Normen im Allgemeinen *auch* auf eine große

³⁷⁶ Dass die Erfolgswahrscheinlichkeit von sicherheitspolitischen Sprechakten mittels institutionalisierter Stimme höher ist, wurde in den Arbeiten der Kopenhagener Schule mehrfach herausgearbeitet. Vgl. u.a. Wæver (1995); Buzan/Wæver/de Wilde (1998).

Identifizierung mit der NATO als Sicherheitsgemeinschaft im Besonderen geschlossen werden kann. Ein parteiübergreifender, gesellschaftlich verankerter Konsens bestand im Hinblick auf die NATO-Mitgliedschaft Tschechiens bis Ende der 1990er Jahre nicht. Neben der geringen öffentlichen Zustimmung, die selbst nach der breit angelegten Medienkampagne der NATO und der gezielten Informationspolitik der tschechischen Regierung nur wenig mehr als 50 Prozent betrug, ergibt auch der Blick auf die Parteienlandschaft ein gemischtes Bild. Zwar befürworteten die Anhänger der bürgerlich-konservativen Parteien die NATO-Mitgliedschaft Tschechiens zu 90 Prozent, doch fiel der Zuspruch bei den anderen im tschechischen Parlament befindlichen Parteien geringer aus (Sarvaš 1999: 18). Etwa 45 Prozent der Sozialdemokratien, zehn Prozent der Republikanischen Partei und sieben Prozent der Kommunistischen Partei befürworteten Stefan Sarvaš zufolge den Beitritt Tschechiens zur NATO. Dementsprechend kann der Identifizierungsgrad der politischen Entscheidungsträger mit liberal-demokratischen Normen im Allgemeinen als sehr hoch bewertet werden, im Hinblick auf die NATO ergibt sich allerdings – in Abhängigkeit von der jeweiligen Parteizugehörigkeit – ein ambivalenter Befund.

6.4.1.2 Identifizierungsgrad der militärischen Akteure Tschechiens mit der NATO

Um die ideellen Voraussetzungen für die (zunehmende) Identifizierung der militärischen Akteure Tschechiens mit der NATO ermitteln zu können, ist der Blick auf die Ausprägung ihrer Loyalität gegenüber dem kommunistischen Regime wichtig. Nachdem die kommunistische Regimeführung im Nachgang an die Demonstrationen im Frühsommer 1968 die proreformerischen Offiziere eliminiert hatte, bestand das tschechoslowakische Offizierskorps aus linientreuen Militärs. Nahezu 100 Prozent der tschechoslowakischen Offiziere waren Mitglied der kommunistischen Partei (Betz 200b: 48). Die tschechoslowakischen Streitkräfte wiesen einen hohen Ideologierungsgrad auf (Heinemann-Grüder 2003: 13). Nichtsdestoweniger entwickelte sich im Laufe der 1990er Jahre innerhalb Teilen des tschechischen Offizierskorps eine identitäre Bindung zur westlichen Sicherheitsgemeinschaft. Entscheidend waren hierfür drei Faktoren.

Auf die ideelle Verfasstheit der militärischen Führung wirkte sich zum ersten die umfassende Lustrationspolitik begünstigend aus, die die tschechoslowakische Regierung Anfang der 1990er Jahre durchführte. Entsprechend dem Lustrationsgesetz hatten alle Soldaten ab dem Dienstgrad eines Oberst ein Lustrationszeugnis zu beantragen. Von den 7125 Offizieren, die ein solches Zeugnis beantragt hatten, wurden 1280 entlassen, was etwa 18 Prozent entsprach. Von ihnen waren 61 Prozent unter 40 Jahre alt und ein Drittel unter 30 (Cotter 1995: 74). Im Ergebnis führte der *Screening*-Prozess zu einer vollständigen personellen Erneuerung des Generalstabs (Simon 1995b: 40). Im Jahre 1996 stammten dessen Mitglieder allesamt nicht mehr aus der kommunistischen Ära (Szemerényi 1996: 40). Zehn der zwanzig Generäle hatten ihren Dienstgrad erst nach 1989 erreicht. Eine negative Konsequenz dieses *Screening*-Prozesses war allerdings, dass infolge des Weggangs der jüngeren Generation von Offizieren die niedrigen und mittleren Ränge Lücken aufwiesen, die nur teilweise mit jenen Offizieren geschlossen werden konnten, die vom Lustrationsgesetz nicht betroffen waren.

Zweitens trugen regelmäßige Kontakte mit den Einheiten westlicher Streitkräfte im Rahmen von PfP-Übungen und bilateralen Manövern sowie die Teilnahme an den Sozialisationsprogrammen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten dazu bei, dass sich eine pro-westliche Einstellung innerhalb der tschechischen Streitkräfte entwickelte (Ulrich 2006: 429) – zumindest in den Einheiten, die an dem PfP-Programm teilnahmen. Während der Heranführungs- und Öffnungsphase von 1994 bis Mitte 1996 besuchten laut dem stellvertretenden Verteidigungsminister Jaromír Novotný (1996: 27) mehr als 640 tschechische Offiziere unterschiedlichste Seminare, Lehrgänge, Konferenzen und Workshops der NATO und ihrer Mitgliedstaaten.

Schließlich bedarf die Konstruktion einer neuen Identität bzw. deren partielle Rekonstruktion gemäß der Identitätsforschung der Abgrenzung von einem konstitutiven Anderen. Im Falle jener tschechischen Offiziere, bei denen ein Identifikationsprozess mit der NATO einzusetzen begann, fungierten die eigenen

Streitkräfte als konstitutiver Anderer.³⁷⁷ Aus ihrer Sicht stellte die tschechische Armee eine instabile, überbürokratische Institution dar, deren Modernisierungsprozess stagnierte (Sarvaš 1998: 81). Im Gegensatz dazu betrachteten die tschechischen Berufssoldaten Štefan Sarvaš zufolge das euroatlantische Bündnis als eine führende, moderne und aktive Institution, die sich in ihren Augen kontinuierlich an das veränderte sicherheitspolitische Umfeld anpasste. Sie assoziierten die Allianz mit demokratischen Prinzipien, Hilfsbereitschaft und Solidarität.

„Despite these positive reactions, in the deepest recesses of their [the officers'] minds, they harbour some suspicions toward NATO, suspicions that are probably shared by the Czech population as a whole (as evidenced by their perception that NATO is somewhat foxy as opposed to being frank” (Sarvaš 1998: 81).

Insgesamt jedoch bewerteten die tschechischen Militärs die NATO als eine „richtige und gute“ Institution. Die künftige Entwicklung der eigenen Streitkräfte schätzten sie dahingegen pessimistisch ein. Im Ergebnis nahmen sie die westliche Sicherheitsgemeinschaft als „Licht am Ende des Tunnels wahr“, dessen Anziehungskraft mitunter so stark war, dass einige Offiziere sogar dazu tendierten, die NATO zu idolisieren (Sarvaš 1998: 82).

6.4.2 Legitimität und Resonanz der NATO-Normen

Die Variable *Legitimität* bezieht sich auf die Qualität der NATO-Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Qualität umfasst hierbei drei Aspekte: Die Klarheit, mit der NATO-Repräsentanten die Norm der zivilen demokratischen Kontrolle gegenüber den tschechischen Sozialisanden kommunizieren, die Integrität des Prozesses der Normübernahme, und die Kohärenz der Norm selbst. Inwiefern die NATO-Norm der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte vereinbar war mit den Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken der sicherheitspolitischen Akteure Tschechiens, wird durch die Variable *Resonanz*

³⁷⁷ Diese Argumentation ist das Ergebnis der Auseinandersetzung und der Interpretation des von Štefan Sarvaš (1998) vorgenommenen Vergleichs der Perzeption der NATO und der tschechischen Armee in den Augen tschechischer Berufssoldaten.

gemessen. Unterschieden werden hierbei drei Ausprägungen der Anschlussfähigkeit der NATO-Normen an die bestehenden nationalen Normen. Eine hohe Resonanz liegt vor, wenn die NATO-Normen mit den Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der tschechischen Akteure übereinstimmen. Dahingegen besteht bei Konflikten zwischen der Norm der zivilen demokratischen Kontrolle und den militärischen Traditionen Tschechiens eine negative Resonanz. Neutral ist diese im Falle eines ideellen Vakuums.

Wie auch bei der Identifizierung mit der NATO, können Legitimität und Resonanz der NATO-Normen innerhalb des Kreises der tschechischen Akteure erheblich variieren. Dies betrifft sowohl Unterschiede innerhalb der zivilen Entscheidungsträger oder zwischen Regierungskoalitionen als auch Diskrepanzen zwischen den älteren, sowjetisch sozialisierten Offizieren und ihren jüngeren Kollegen.

6.4.2.1 Legitimität und Resonanz aus Sicht der politischen Akteure

Die Mehrheit der tschechischen Entscheidungsträger sprach der NATO und ihren Repräsentanten eine normative Definitionsmacht in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu (Williams/Neumann 2000: 36). Auf dieser Grundlage konnte die NATO „act as an authoritative agent providing 'correct' interpretations of the world, including definitions of the self and others, and identifying reasonable actions in that world“ (Gheciu 2007: 175). Allerdings traf diese Einschätzung nicht für alle tschechischen Akteure gleichermaßen zu, sondern nur für breite Kreise der politischen Elite, der jungen zivilen Verwaltungsbeamten sowie in eingeschränktem Maße für die jüngere Offiziersgeneration.³⁷⁸ Diese betrachteten die Repräsentanten der NATO als anerkannte Autoritäten der internationalen

³⁷⁸ Nicht zutreffend war dieser Befund bei der KSČM. Auch in den Reihen der sozialdemokratischen Partei entwickelte sich erste im Laufe der 1990er Jahre der Wunsch, der NATO beizutreten. Daraus kann allerdings nicht geschlussfolgert werden, dass die ČSSD die NATO *nicht* als legitime Sicherheitsinstitution betrachtete, wie dies bei der KSČM der Fall war. Aus Sicht der ČSSD war die EU die geeignetere Sicherheitsinstitution, um die primären Sicherheitsanliegen Tschechiens zu befriedigen.

Gemeinschaft, zu der sie gehören wollten. Eine der konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingungen für die Normübernahme war somit erfüllt.³⁷⁹

Neben der Legitimität der NATO als Sicherheitsinstitution ist aus konstruktivistischer Sicht die Qualität der zu übernehmenden Normen entscheidend für den Verlauf und das Ergebnis des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses. Im Unterschied zur polnischen Regierung, erhob die Prager Führung keine Forderungen, die NATO solle ihre Sozialisationsinhalte spezifizieren. Die schwammigen Formulierungen der NATO im Hinblick auf das Beitrittskriterium einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bildeten *keinen* Topos im tschechischen Diskurs.

Die Variable 'Resonanz' war unter den tschechischen Amtsträgern neutral ausgeprägt. Es bestand in zweifacher Hinsicht ein ideelles Vakuum. Zum ersten waren die vorhandenen nationalen Normen infolge der Systemkrise und des politischen Versagens delegitimiert worden.³⁸⁰ Die tschechischen Sozialisanden waren zweitens politische Novizen im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik und hatten wenige Vorstellungen darüber, wie Reformen durchgeführt werden sollten. Zwar fanden erste Reformansätze zur Transformation der zivil-militärischen Beziehungen bereits Anfang der 1990er Jahre statt, doch mangelte es diesen an Kohärenz und Konsistenz. Keine Aufmerksamkeit wurde den Kriterien der Transparenz und der demokratischen Rechenschaftspflicht zuteil (Gheciu 2005b: 986). Aus diesem Befund kann allerdings *nicht* geschlossen werden, dass die Normen der NATO und die bestehenden nationalen Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken eine negative Resonanz aufwiesen. Vielmehr spiegelten die Reformbemühungen die mangelnde Expertise der tschechischen Amtsträger wider.

³⁷⁹ Vgl. zu diesem Aspekt Johnston (2001: 497) und Flockhart (2005c: 47).

³⁸⁰ Vgl. Haas (1993: 291) und Checkel (2001a: 562f.) zu Delegitimierungsprozessen nationaler Normen.

Das innerhalb der tschechischen Elite bestehende ideelle Vakuum erläuterte Präsident Havel, als er Anfang der 1990er Jahre von NATO-Generalsekretär Wörner nach den dringlichsten Problemen des tschechischen Transformationsprozesses gefragt wurde:

„I don't know how we are going to run this country. We have two options: we can rely on communists who do have some useful experience but are not politically reliable; or we can put former dissidents in key positions; these are reliable, but lack the knowledge necessary to run the country. If we opt for the second solution, we are going to need a lot of advice from Western experts“ (zit. nach Gheciu 2005b: 986).

Somit waren zwei Voraussetzungen für die Induzierung sozialer Lern- und normativer Überzeugungsprozesse gegeben. Erfüllt war erstens die konstruktivistisch-institutionalistische Bedingung des politischen Novizentums (Johnston 2001: 498; Checkel 2007b: 13). Neben Präsident Havel verwies auch der stellvertretende Verteidigungsminister Jirí Payne auf das sicherheits- und verteidigungspolitische Novizentum der tschechischen Elite. Nach der zweiten Runde der Beitrittsgespräche mit der NATO räumte Payne ein, sein Land habe noch immer eine Menge zu lernen: „Planning security is something we never really did. It used to be made in Moscow and we only received instructions“ (zit. nach Simon 2004b: 56).

Zum zweiten hatten – zumindest die meisten – der politischen Sozialisanden wenige Glaubensüberzeugungen oder Einstellungen verinnerlicht, die den Sozialisationsinhalten widersprachen.³⁸¹ Vielmehr war die konstruktivistisch-institutionalistische Erfolgsbedingung der Anschlussfähigkeit internationaler Normen an bestehende nationale Normen erfüllt. Seinen Niederschlag fand dies beispielsweise in der kontinuierlichen Bezugnahme Václav Havels auf liberal-demokratische Normen. Bei seiner Ansprache anlässlich der Ernennung von Vilém Holáň zum tschechischen Verteidigungsminister im September 1994 hob der Präsident hervor, dass Holáň nunmehr der dritte zivile Verteidigungsminister Tschechiens sei. Daran zeige sich, so Havel, die Akzeptanz von „fundamental

³⁸¹ Vgl. Checkel (1999: 86f.) und Flockhart (2004: 369) zu dieser konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingung.

habits of democratic states where a political figure heads the defence sector“ (CTK, 22.9.1994).³⁸²

Erklärungsbedürftig bleibt indes, warum die tschechischen Politik-Novizen trotz des Anfang der 1990er Jahre bestandenen ideellen Vakuums zentrale Teilaspekte der Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte *nicht* übernahmen. Trine Flockhart (2004: 362) zufolge ruft ein ideelles Vakuum bei Akteuren häufig ein Gefühl der kognitiven Inkonsistenz hervor, das diese dazu veranlasse, neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen zu sein, um die unangenehme innerpsychische Situation aufzulösen. Aus psychoanalytischer Sicht entsteht solch' eine Verfasstheit allerdings nur unter zwei Bedingungen. Zum ersten muss innerhalb des Subjekts eine Soll-Norm repräsentiert sein, damit zweitens überhaupt eine Diskrepanz zwischen Ideal- und Realselbst entstehen kann, die dann gegebenenfalls durch Anpassungs- und Lernleistungen überwunden wird. Eingang in die normativen Sollbestimmungen finden allerdings nur jene Aspekte, die vom Individuum als wünschenswert erachtet werden. Diese beiden Voraussetzungen waren bei der Mehrheit der tschechischen Entscheidungsträger nicht erfüllt. Zwar handelte es sich um politische Novizen, doch waren diese nicht kognitiv motiviert, neue Informationen zu analysieren.³⁸³ Vielmehr legten weite Kreise der politischen Sozialisanden Tschechiens ein Desinteresse an sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragestellungen an den Tag (Glantz 1999: 12).³⁸⁴

³⁸² Angesichts der 1994 innerhalb der NATO bereits einsetzenden Diskussion über mögliche Kandidaten, könnte dieser Verweis Havel aus rational-institutionalistischer Sicht auf instrumentelle Erwägungen zurückgeführt werden, Tschechien als mustergültigen Anwärterstaat zu präsentieren. Indes greift diese Bewertung zu kurz, weil Havel schon zu Zeiten des gemeinsamen tschechoslowakischen Staates, als kein glaubwürdiger Anreiz für die Normübernahme bestand, zivile Verteidigungsminister ernannte.

³⁸³ Vgl. Johnston (2001: 498) und Checkel (2007b: 13) zu dieser konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingung.

³⁸⁴ Dieser – für das Verständnis und die Erklärung der NATOisierung Tschechiens essentieller – Aspekt wird in den Arbeiten von Gheciu (2005a; 2005b; 2007) nicht thematisiert.

Im Ergebnis waren die tschechischen Entscheidungsträger in den ersten Jahren des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses nur begrenzt empfänglich für die normativen Überzeugungsversuche der NATO und ihrer Repräsentanten. Eine höhere Lernbereitschaft entwickelte sich erst im Vorfeld des Beitritts Tschechiens zur NATO. Somit stellt Politik-Novizentum nicht per se eine den Sozialisationsprozess begünstigende Bedingung dar. In Verbindung mit Desinteresse, behindert es vielmehr den Prozess der Normübernahme.

6.4.2.2 Tschechisches Offizierskorps: (Un)Vereinbarkeit der zivilen demokratischen Kontrolle mit militärischen Traditionen?

Nicht anschlussfähig an die bestehenden Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken des tschechischen Offizierskorps waren die liberal-demokratischen Modelle zivil-militärischer Beziehungen (Ulrich 1999: 109). Zwar waren die militärischen Akteure sowohl den Primat der Politik als auch die zivile Kontrolle gewohnt (Schaer 1997: 952), jedoch nicht in der demokratischen Systemen inhärenten pluralen Form einer exekutiven, legislativen und judikativen Kontrolle. Genährt wurde die skeptische Haltung des Offizierskorps gegenüber einer demokratischen zivilen Kontrolle durch drei Quellen: Erstens aus dem in der kommunistischen Ära generierten Misstrauen zwischen Politikern und Militärs. Des Weiteren speiste sich die Skepsis der militärischen Führung gegenüber der NATO-Norm aus der perzipierten unzureichenden Expertise der politischen Entscheidungsträger (Heinemann-Grüder 2003: 42). Zum dritten erregten die (vereinzelt) Bemühungen ziviler Entscheidungsträger, Zivilisten mit sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Sachverhalten vertraut zu machen und die Zahl des zivilen Personals im Verteidigungsministerium zu erhöhen, Argwohn (Betz 2004a: 5).

Ein Spannungsverhältnis zwischen den NATO-Normen und den bestehenden nationalen Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken kristallisierte sich bei der zivil-militärischen Zusammenarbeit heraus. Waren den tschechischen Militärs bei der Sozialisation während der kommunistischen Ära ohnehin keine Kenntnisse vermittelt worden, die für die Zusammenarbeit mit Zivilisten erforderlich sind (Ulrich 1999: 32), wurde die Entwicklung eines auf gegenseitigem

Respekt basierenden Arbeitsverhältnisses durch das Desinteresse der politischen Akteure verhindert. Im Unterschied zu den politischen Entscheidungsträgern betrachteten sich die militärischen Akteure mitnichten als politische Novizen, sondern als Experten auf dem Gebiet der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik. Dass sie als Experten ihrer Informations- und Rechenschaftspflicht gegenüber politischen Institutionen nachkommen sollten, deren personelle Vertreter sie als inkompetent erachteten, war aus Sicht des Offizierskorps wenig einleuchtend.

Indes veränderte sich die Ausprägung der Variable 'Resonanz' im Zuge der NATOisierung unter jenen Einheiten der tschechischen Streitkräfte, die an den militärischen Übungen der PfP teilnahmen, und westliche Ausbildungsprogramme durchliefen. Gemäß dem stellvertretenden Verteidigungsminister Jaromír Novotný (1996: 25) hatte die Partizipation an den PfP-Aktivitäten einen großen Einfluss auf den soziokulturellen Transformationsprozess der tschechische Armee: „Our forces are being restructured according to the norms and practices of NATO nations“. Auch die Teilnahme an den westlichen Ausbildungsprogrammen erachtete die Mehrheit der tschechischen Sozialisanden als gewinnbringende Möglichkeit, um sich mit den liberal-demokratischen Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken vertraut zu machen. Bis 1999 graduierten mehr als Tausend tschechische Offiziere an den Militäreinrichtungen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten (Vlachová/Sarvaš 2002: 56). Allerdings stießen die Lehrangebote bei den militärischen Akteuren auf unterschiedliche Resonanz. Während die sicherheits- und verteidigungspolitisch weniger versierten Teilnehmer die Seminare inhaltlich wie persönlich als bereichernd empfanden, bewerteten fachlich bewanderte Offiziere die Kurse als „sophomoric“ oder gar „insulting“ (zit. nach Glantz 1998: 33). Ihrer Ansicht nach adressierten die westlichen Dozenten die Teilnehmer aus den PfP-Partnerländern häufig auf eine herablassende Art und Weise. Beide Teilnehmerkreise stimmten dahingehend überein, dass anstelle des dichotomischen Lehrer-Schüler-Verhältnisses ein weniger asymmetrisches Seminarkonzept dem Lernprozess zuträglicher gewesen wäre (Glantz 1998: 33).

Neben der Unterordnung unter zivile Autoritäten rief die mit dem NATO-Beitritt Tschechiens verbundene Notwendigkeit, die auf territoriale Verteidigung

ausgerichtete Militärpolitik zu denationalisieren, negative Resonanzen beim tschechischen Offizierskorps hervor. Die tschechischen Militärs widmeten Überlegungen zur Abwehr von Bedrohungen der territorialen Integrität weit mehr Aufmerksamkeit als der für die Beteiligung an Auslandseinsätzen erforderlichen Anpassungsleistungen. Trotz der über Artikel 5 des Washingtoner Vertrags institutionalisierten Beistandspflicht legten die vom Generalstab (mit)entwickelten Reformkonzepte zur Professionalisierung der Streitkräfte sowohl im Vorfeld der Aufnahme ins Bündnis als auch während der Mitglieds-NATOisierung ihren Fokus auf die Landesverteidigung (Kříž 2007: 16). Dahingegen wies die 2003 verabschiedete 'Sicherheitsstrategie der Tschechischen Republik' eine gegenläufige Entwicklung auf. Im Vergleich zum Vorgängerdokument, das das Parlament kurz vor dem Beitritt Tschechiens zur NATO billigte, maß die Strategie von 2003 militärischen Bedrohungen der territorialen Integrität weniger Bedeutung bei (Kříž 2007: 19). Demnach korrespondierte die Demilitarisierung des Konzepts der Sicherheit in der tschechischen Sicherheitsstrategie nicht mit den Bedrohungsperzeptionen der militärischen Führung. Diese sträubten sich, vom Primat der territorialen Verteidigung abzurücken (Šedivý 2005).

Offen zu Tage trat das Festhalten am Primat der territorialen Verteidigung bei der Modernisierung der Luftwaffe. Die Frage, mit welchem Flugzeugtypus die militärtechnologisch veraltete Luftwaffe ausgestattet werden sollte, war über Jahre hinweg Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen den tschechischen Parteien. Jenseits der unterschiedlichen Modelle, die von der sozialdemokratischen Partei einerseits sowie den bürgerlich-konservativen Parteien andererseits präferiert wurden, bestand immerhin dahingehend Konsens, ein Überschallflugzeug westlichen Typus anzuschaffen. Im Gegensatz dazu beharrte die militärische Führung auf nationalen Unterschallflugzeugen, weil diese für die Landesverteidigung geeigneter seien (Vlachová 2006: 153).

Beeinträchtigt wurde die Anschlussfähigkeit der NATO-Normen an die bestehenden militärischen Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken auch dadurch, dass im Zuge des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses eine duale Organisationsstruktur innerhalb der tschechischen Streitkräfte geschaffen wurde. Verstärkt wurde die „Zwei-Klassen“-Struktur aus den für NATO-

Verwendungen trainierten Soldaten einerseits sowie den mehrheitlich für die Landesverteidigung ausgebildeten Einheiten andererseits durch das niedrige Verteidigungsbudget (Prochazka 2009: 22). Dass sich diese Konfliktlinie infolge des Desinteresses der Legislative und der Exekutive an der Streitkräftereform verhärtete, spiegelte sich in dem Appell eines hochrangigen Beamten des tschechischen Verteidigungsministeriums wider:

„The army needs parliamentary support, and the parliament must be convinced to take the army more seriously, given the fact that all units other than the peacekeeping brigade are suffering. You need to help convince parliament to support the military. This is important because improved conditions and army efficiency is necessary to generate respect for the army as a profession” (zit. nach Glantz 1998: 26).

Das aus der „Zwei-Klassen“-Struktur generierte Spannungsverhältnis zwischen den verschiedenen Einheiten der tschechischen Streitkräfte wurde auch durch die angespannte sozioökonomische Lebenssituation vieler Soldaten genährt, die aus den nicht inflationsbereinigten Besoldungen und katastrophalen Behausungen resultierte (Ulrich 1999: 118). Lieferten die Stipendien, die für die Teilnahme an westlichen Ausbildungsprogrammen vergeben wurden, für einige tschechische Offiziere eine wichtige Finanzierungsquelle (Szemerényi 1996: 69), kam die Mehrheit der militärischen Akteure nicht in den Genuss einer zusätzlichen Einkommensquelle. Vor diesem Hintergrund erstaunt es nicht, dass sich nur innerhalb eines kleinen Teils des tschechischen Offizierskorps ein demokratischer militärischer Professionalismus entwickelte. Sehr kritisch bilanzierte der amerikanische Militärattache in Prag die Führungskultur innerhalb der tschechischen Streitkräfte:

„Everything is always someone else’s problem. The 2 percent of ACR (Army of the Czech Republic) officers who have the attitude that their mission is to serve the state *have some international experience* and are probably natural born leaders” [eigene Hervorheb.] (zit. nach Ulrich 1999: 129).

Deutlich wird an dieser Stelle, wie eng materielle Anreize mit der Induzierung sozialer Lern- und normativer Überzeugungsprozesse bei der NATOisierung postkommunistischer Militärs wie jenen der Tschechischen Republik miteinander verbunden waren. Ohne einen komplementären Zugang zur Analyse sicherheitspolitischer Sozialisationsprozesse lässt sich die gegenseitige

Verstärkung materieller und ideeller Erfolgsbedingungen für die Übernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte allerdings nicht erfassen.

6.4.3 Bildung einer starken Koalition von NATO-Normunternehmern als Erfolgsbedingung

Ein großer Identifizierungsgrad mit der NATO sowie eine hohe Legitimität und Resonanz der NATO-Normen sind zwar notwendige, aber keine hinreichende Bedingungen für die Normübernahme im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Entscheidend ist hierfür die Bildung einer starken Koalition aus NATO-Normunternehmern, welche die neuen Normen innerhalb der nationalen Institutionen und unter den nationalen Akteuren verbreitet, indem sie soziale Lern- und normativen Überzeugungsprozesse induziert. Im Unterschied zum rationalen Institutionalismus, der die Unterstützung der Normübernahme seitens nationaler Akteure auf instrumentelle Erwägungen zurückführt, speist sich deren Engagement nach konstruktivistisch-institutionalistischer Lesart aus ihrer Überzeugung von der Angemessenheit der neuen Normen. Diese Gegenüberstellung ist freilich eine idealtypische, wohingegen das realtypische Handeln in aller Regel auf verschiedene Handlungsmotivationen zurückzuführen ist (Weber 1968a: 567), deren Mischungsverhältnis es im Folgenden zu ermitteln gilt.³⁸⁵

Innerhalb der tschechischen Elite lassen sich zwei Gruppen von Normunternehmern unterscheiden: die „Dissidenten“ unter der Leitung Václav Havels und die von Václav Klaus angeführten „neoliberalen Ökonomen“. Wenngleich diese beiden Gruppen bei politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Aspekten des Transformationsprozesses gravierende Differenzen miteinander austrugen, teilten sie eine liberal-demokratische Orientierung, die unumstritten war (Drulák/Königová 2005: 149). Neben der Verwirklichung der normativen Prinzipien einer moralischen Ethik und des Humanismus bildete die Sicherheit eines vereinten Europas das primäre Anliegen

³⁸⁵ Warum es sich hierbei aus erkenntnistheoretischen Erwägungen lediglich um eine Annäherung handeln kann, ist in Kapitel 2.3 und Kapitel 2.6.1 ausgeführt worden.

der Dissidenten (Drulák/Königová 2005: 153). Allerdings vermochten die Dissidenten, die größtenteils aus der demokratischen Oppositionsbewegung 'Charta 77' entstammten, ihre Ideen nicht in ein politisches Programm zu übersetzen, und ein konkretes Transformationskonzept für die Tschechische Republik zu entwickeln. Folglich schwand ihr Einfluss nach der Umbruchsphase Anfang der 1990er Jahre, und sie besetzten keine politischen Schlüsselpositionen mehr (Drulák/Königová 2005: 153). Die Ausübung des Präsidentenamts durch Václav Havel bildete hierbei eine prominente Ausnahme.

Im Unterschied zur Gruppe der Dissidenten, die während der kommunistischen Ära für Reformen des politischen Systems und die Wahrung von Freiheitsrechten eingetreten waren, übten die Vertreter der neoliberalen Ökonomen in aller Regel Forschungstätigkeiten an staatlichen Wirtschaftsinstituten aus (Drulák/Königová 2005: 153). Das Denken dieser Gruppe von Normunternehmer, die sich um die intellektuelle Führungspersönlichkeit Václav Klaus konzentrierten, war stark beeinflusst von makroökonomischen Theorien amerikanischer Prägung. Nachdem sie die Regierungsverantwortung 1992 übernommen hatten, widmeten die neoliberalen Ökonomen ihre Aufmerksamkeit zum einen dem wirtschaftlichen Transformationsprozess. Zum anderen konzentrierten sie sich darauf, die bilateralen Beziehungen zu ideologisch ähnlich ausgerichteten Regierungen, insbesondere der damaligen britischen und amerikanischen Administration, sowie internationalen Wirtschaftsorganisationen wie dem IWF und der OECD auszubauen (Drulák/Königová 2005: 154).

Wenngleich das primäre Interesse der neoliberal inspirierten Entscheidungsträger nicht der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik galt, fungierten sie nach der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der NATO als wichtige Vermittlungsinstanz zwischen der Allianz und den nationalen Institutionen und Akteuren. Nach Einschätzung von Petr Drulák und Lucie Königová (2005: 159) bildeten die neoliberalen Ökonomen, die in der Bürgerpartei ODS politisch organisiert waren, zusammen mit Präsident Havel eine Koalition aus NATO-Normunternehmern.

Dass es sich hierbei um authentisch überzeugte Normunternehmer handelte, ist zu bezweifeln. Einzig Präsident Havel fungierte in verschiedenen Phasen wie auch

unterschiedlichen Kontexten der NATOisierung Tschechiens als nachdrücklicher Normunternehmer, der stetig für die Mitgliedschaft Tschechiens in der Allianz warb, inklusive aller damit einhergehender Verpflichtungen (Nelson/Szayna 1997: 23; Ulrich 2000a: 39). Dass Václav Havel – im Unterschied zu anderen Amtsträgern – einen authentisch überzeugten Normunternehmer verkörperte, trat während der Kampagne für die NATO-Mitgliedschaft offen zu Tage. Als einziger tschechischer Entscheidungsträger warb Havel innerhalb der Bevölkerung engagiert für die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der Allianz (Ulrich 2000b: 35).

Allerdings hatte Havel aufgrund der verfassungsrechtlich beschränkten präsidentiellen Kompetenzen innerhalb des politischen Systems Tschechiens nur eine schwache Stellung inne. Infolgedessen waren seine Einflussmöglichkeiten auf die Politikgestaltung sehr begrenzt (Betz 2004b: 42). Indes nutzte er sein Amt zu institutionalisierten Sprechakten. Mittels der diskursiven Strategie des *referencing* zielte Havel darauf ab, die NATO-Mitgliedschaft Tschechiens an bestehende, positiv konnotierte identitäre Kernelemente rückzubinden, und diese als gleichsam „natürliche“ Entwicklung zu präsentieren.³⁸⁶ Dem gesellschaftlich wie politisch verbreiteten Widerstand gegenüber den im Washingtoner Vertrag enthaltenen Verpflichtungen suchte das Staatsoberhaupt Einhalt zu gebieten, indem er diese als Pflichten bezeichnete, die mit der Identität Tschechiens als einem Mitglied der westlichen Zivilisation verbunden seien: Als „[a] moment at which the Czech people had the responsibility to affirm their belonging in the West, and to take on the duties associated with that identity“ (Gheciu 2005b: 997). Indes stießen die Bemühungen Havels in der tschechischen Gesellschaft auf keine große Resonanz. Die geringe Affinität, die die tschechische Bevölkerung zu internationalen Militärallianzen wie der NATO aufwies (Ulrich 2000b: 32), veränderte sich trotz der Sprechakte Havels nicht wesentlich.³⁸⁷

³⁸⁶ Vgl. Townson (1992: 25-33) zu den wesentlichen Strategien, derer sich politische Entscheidungsträger beim Ringen um linguistische Dominanz und Diskurshegemonie bedienen (können).

³⁸⁷ Andreas Heinemann-Grüder (2003: 32) spricht sogar davon, dass die tschechische Gesellschaft Militärallianzen ablehne.

Eingedenk dessen halte ich – mit Ausnahme des Präsidenten Havel – die Charakterisierung der tschechischen Koalition von Normunternehmern als funktional überzeugte NATO-Opportunisten für angemessener. Neben den bereits ausgeführten Überlegungen stützt sich diese Bewertung auf den Befund, dass die Koalition tschechischer Normunternehmer erst im Zuge des zunehmenden sozialen Drucks seitens der NATO in den Jahren 1997 und 1998 zustande kam. Die Repräsentanten der Allianz sowie westliche Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärexperten stellten den tschechischen Amtsträgern und hochrangigen Beamten technische Expertise und Spezialwissen zur Verfügung. Exemplarisch hierfür kann der verteidigungspolitische Fragebogen (Defense Planning Questionnaire, DPQ) angeführt werden, den die NATO ab 1996 quasi als 'Mini-DPQ' im Rahmen ihrer Sozialisationspolitik einsetzte (Jacoby 2004: 171). „The Czech Republic learned a great deal and discovered a number of its own shortcomings“, bilanzierte der stellvertretende Verteidigungsminister Jaromír Novotný (CTK, 17.11.1997).

Eine wichtige Voraussetzung für die Verbreitung liberal-demokratischer Normen war die Besetzung politischer Schlüsselpositionen im Verteidigungs- und Außenministerium mit hochrangigen Zivilisten. Diese fungierten als Vermittlungsinstanz zwischen der NATO sowie den nationalen Institutionen und Akteuren. Hochrangige zivile Beamte bildeten den Hauptkanal, über den die NATO den sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess beeinflussen konnte. Dabei kombinierte die Allianz die Sozialisationspraktiken des *teaching* und der normativen Überzeugung, wie ein hochrangiger Beamter erläuterte:

„We started from broad guidelines, but, as we proceeded, we became increasingly aware of the limitations in their [the Czechs'] conception of correct legislation in this area. Therefore, we realized that we would have to give them detailed advice if we wanted to see significant legislative change“ (zit. nach Gheciu 2005a: 126).

Im tschechischen Offizierskorps, das sich mehrheitlich für die Mitgliedschaft in der Allianz aussprach, *hätten* die politischen Normunternehmer Tschechiens wie auch die Repräsentanten der NATO einen geeigneten militärischen Counterpart *finden können*. Denn die ideelle Verfasstheit einiger Kreise des Offizierskorps mit seiner zunehmend pro-westlichen Orientierung war günstig, um soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse zu induzieren. Jedoch waren sowohl die

Gewinnung als auch der Erhalt militärischer NATO-Normunternehmer aus vier Gründen kaum bis gar nicht erfolgreich.

Zum ersten waren die Karrierechancen für gut ausgebildete Offiziere aufgrund der unsicheren Haushaltslage und der damit einhergehenden fiskalischen Engpässe beim Verteidigungsbudget stark beeinträchtigt (Fields/Jensen 1998: 147-149). Frustriert wanderten viele, insbesondere jüngere tschechische Offiziere in die Privatwirtschaft ab. Elizabeth Gleick (1997: 36f.) zufolge hatten über 15 Prozent der tschechischen Offiziere, die seit 1993 einen Lehrgang in westlichen Institutionen absolviert hatten, die Armee bereits verlassen, als Tschechien von der NATO zur Beitrittsverhandlungen eingeladen wurde.

Innerhalb der Streitkräfte verfestigte sich darüber hinaus die Spaltung zwischen den für NATO-Verwendungen trainierten Soldaten und den mehrheitlich für die Landesverteidigung trainierten Einheiten. Während die Sozialisationsaktivitäten der NATO auf der Prämisse beruhten, „in the kingdom of the blind, the one-eyed man is king“, stellte sich dies aus Sicht der tschechischen Militärs genau entgegengesetzt dar: „[I]n the kingdom of the blind, the one-eyed man is a dangerous freak and a threat to the system“ (Donnelly 2001a). Ein Spannungsverhältnis zwischen den Offizieren, die an westlichen Sozialisationsprogrammen teilgenommen hatten, sowie jenen, die von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch machen konnten oder wollten, bestand sowohl auf vertikaler als auch horizontaler Ebene. Selbst wenn hochrangige Offiziere im Laufe westlicher Lehrgänge mit den Aspekten einer zivilen demokratischen Kontrolle vertraut gemacht worden waren und ein Prozess der Norminternalisierung induziert worden war, bestand auf Seiten der niedrigeren Offiziersränge nicht notwendigerweise die Bereitschaft, entsprechende Veränderungen mitzutragen (Jacoby 2004: 134). Eine ähnliche Problematik ließ sich zwischen Militärangehörigen beobachten, die der gleichen Hierarchieebene angehörten (Ulrich 2006: 433). Letztlich führte die zunehmende Verhärtung dieser ideellen Konfliktlinie innerhalb der tschechischen Streitkräfte dazu, dass bereits im Sommer 2000 einige potenzielle Norm-Multiplikatoren bei ihrer Rückkehr entweder entlassen, degradiert oder beruflich auf ein Abstellgleis gesetzt worden waren (Donnelly 2001a).

Recht düster fiel die Bilanz eines hochrangigen Beamten des tschechischen Verteidigungsministeriums aus, als er die multiplikatoren Sozialisationseffekte der Teilnahme tschechischer Militärs an westlichen Ausbildungsprogrammen einer Bestandsaufnahme unterzog: „That was not a success story. A great number of people had been studying in academics abroad. But the military lost these people because the [military] career system didn't work“ (zit. nach Richburg). Zudem verhinderten die verkrusteten Strukturen der militärischen Ausbildung, dass die neu erworbenen Fähigkeiten unter den tschechischen Soldaten verbreitet werden konnten, und auf diese Weise zu einer Transformation des nationalen Ausbildungssystems hätten beitragen können (Ulrich 2000b: 39).

Schließlich ist der Verlust militärischer Normunternehmer viertens darauf zurückzuführen, dass die tschechischen Offiziere ab 1999 kaum noch vom westlichen Ausbildungsangebot Gebrauch machen konnten. Exemplarisch für diesen generellen Trend sind die Teilnehmerzahlen des Marshall Centers. Nahmen bis zum NATO-Beitritt Tschechiens insgesamt 47 Offiziere an 13 unterschiedlichen Kursen des Zentrums teil, im Durchschnitt also drei bis vier Personen pro Kurs, so waren es im Jahre 2000 nur noch 19 Offiziere, die acht verschiedene Kurse besuchten (Gutierrez 2002: 130).³⁸⁸ Hauptgrund für die rückläufige Teilnehmerzahl war, dass die NATO und ihre Mitgliedstaaten ab 1999 die Kurs-Stipendien nur noch an Militärs (und Zivilisten) aus den PfP-Partnerländer vergaben, und die finanzielle Ausbildungsförderung der neuen Mitglieder einstellten (Gutierrez 2002: 142). Eine (nichtintendierte) Konsequenz dieser Sozialisationspolitik war, dass sich bei der NATOisierung tschechischer Streitkräfte eher Regression denn Fortschritt abzeichnete.

³⁸⁸ Unter diesen Teilnehmern waren dem stellvertretenden Generalstabschef Pavel Jandaček zufolge sehr hochrangige Militärs (Ulrich 1998: 31).

6.5 NATOisierung tschechischer Sicherheitspolitik im Lichte der doppelten Interpretation

Halten wir uns die eingangs gestellte Frage vor Augen, aufgrund welcher Akteure, Sozialisationspraktiken und Bedingungen die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Tschechien erfolgte bzw. ausblieb. Unter Rückgriff auf die Methode der Prozessanalyse sowie den Leitfragenkatalog, der aus der vergleichenden Analyse sowjetisch und demokratisch geprägter Modelle zivil-militärischer Beziehungen in Kapitel 4 entwickelt wurde, erfolgte die Untersuchung des tschechischen Transformationsprozesses (Kapitel 6.2). Daran schloss sich die Überprüfung der rational-institutionalistischen und der konstruktivistisch-institutionalistischen Hypothese an (Kapitel 6.3 und 6.4). Die komplementäre Herangehensweise lag darin begründet, dass eine theoretisch einseitige Betrachtungsweise der Komplexität von Sozialisationsprozessen nicht gerecht wird. Wie die Analyse der NATOisierung Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen gezeigt hat, erfordert die Erklärung der erfolgten bzw. ausgebliebenen Normübernahme ein mehrdimensionales Forschungsdesign.

Anhand der rational-institutionalistischen Erfolgsbedingung der hohen und glaubwürdigen Anreize, der niedrigen innenpolitischen Anpassungskosten sowie der nicht vorhandenen bzw. marginalisierten Veto-Spieler lassen sich einige zentrale Aspekte des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses Tschechiens erklären. Bis Ende des Jahres 1997 fungierten die tschechischen Amtsträger mehrheitlich als passiv-negative Veto-Spieler, die keine Initiative ergriffen, um die NATO-Norm einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu institutionalisieren und politisch durchzusetzen. Die Mitgliedschaft in der NATO verkörperte bis Ende 1995 *keinen* parteiübergreifenden hohen Anreiz. Insbesondere innerhalb der sozialdemokratischen Partei, die bis zur Regierungsübernahme im Juni 1998 die größte Oppositionspartei darstellte, dominierten während der Anbindungs-, Heranführungs- und Öffnungsphase kritische Stimmen. Wenngleich die bürgerlich-konservativen Parteien, die bis Ende 1997 die Regierungsverantwortung inne hatten, sich für den Beitritt Tschechiens zur NATO aussprachen, bestand aus ihrer Sicht erst mit der Einladung der Allianz

im Juli 1997, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, ein glaubwürdiger Anreiz (Khol 2001: 156).

Eingang in die Kosten-Nutzen-Kalkulationen der politischen Akteure Tschechiens fanden die in ihren Augen hohen innenpolitischen Anpassungskosten der Normübernahme. Innerhalb der Bevölkerung stieß der Beitritt Tschechiens zum Bündnis auf keine große Zustimmung. Die tschechischen Streitkräfte erfreuten sich in den 1990er Jahren nur eines geringen Ansehens, und infolgedessen stellte der Verteidigungssektor für ambitionierte Politiker kein Betätigungsfeld erster Wahl dar. Gegenüber der Erhöhung des Verteidigungsbudgets, die für den militärischen Anpassungsprozess an die NATO-Standards dringend erforderlich gewesen wäre, bestand sowohl parlamentarischer als auch gesellschaftlicher Widerstand. Demnach sahen sich die tschechischen Entscheidungsträger keinem innenpolitischen Anpassungsdruck für die Normübernahme im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen ausgesetzt.

Indes stieg ab Mitte des Jahres 1997 der soziale Druck, den die NATO und ihre Repräsentanten auf die tschechische Regierung ausübten. Angesichts des niedrigen Verteidigungshaushalts mahnte die Allianz, Tschechien solle seine Aussichten auf die Mitgliedschaft nicht gefährden (Szayna 1999: 137). Die NATO bediente sich der Sozialisationspraktik der Verstärkung qua Drohung, *shaming* und *blaming*, um die Kosten-Nutzen-Rechnungen der politischen Akteure Tschechiens zu Gunsten der Normübernahme zu beeinflussen. Auf den konfligierenden innergesellschaftlichen und internationalen Erwartungsdruck reagierten die tschechischen Entscheidungsträger mit einer Strategie des doppelten rhetorischen Handelns. Innenpolitisch vermieden sie jedwede öffentliche Diskussion über die Kosten der NATO-Mitgliedschaft und die damit einhergehenden Verpflichtungen, weil sie einen Popularitätsverlust bei den Wählern befürchteten (Fučík 1998: 167). Gegenüber der Allianz suchte die Prager Führung Tschechien als mustergültigen Beitrittkandidaten zu präsentieren, der sich um die notwendigen politischen wie militärischen Anpassungsleistungen bemühe.

Nach jahrelanger Untätigkeit begannen die Exekutive und die Legislative Mitte des Jahres 1998 damit, die verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und doktrinellen

Lücken im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen zu schließen. Hierbei handelte es sich allerdings um eine oberflächlich-kosmetische Normübernahme. Mit dem geringstmöglichen Zeit-, Energie- und Finanzaufwand suchten die tschechischen Amtsträger die politischen und militärischen Mindeststandards der NATO zu erreichen (Betz 2004b: 47). Mithin: Unter dem steigenden westlichen Druck wandelten sich die vormaligen passiv-negativen Veto-Spieler zu selektiven NATO-Opportunisten, die eine NATOisierung à la carte betrieben.

Dass es sich bei der NATOisierung tschechischer Sicherheitspolitik um eine vorwiegend instrumentell motivierte Normübernahme infolge des zunehmenden externen Drucks handelte, spiegelte die untersuchte Phase der Mitglieds-NATOisierung wider. Hatte Tschechien im Vorfeld des Beitritts den militärischen Anpassungsprozess intensiviert, wie beispielsweise die Erhöhung der Flugstunden für Piloten zeigte, ließen diese Integrationsbemühungen nach der Aufnahme in die Allianz nach. Nach zweijähriger Mitgliedschaft hatte Tschechien erst 26 der vereinbarten 132 Streitkräfteziele erreicht (Simon 2004b: 104). Mit Ausnahme eines leichten Anstiegs in den Jahren 1999 und 2000 sank das Verteidigungsbudget ab 2001 stetig. Wenngleich die westlichen Verbündeten auf die Sozialisationspraktiken des *shaming* und *blaming* zurückgriffen, um den neuen Mitgliedstaat zur Intensivierung der Reformbemühungen zu veranlassen, rückten sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitische Fragen auf der politischen Agenda noch weiter nach unten. Zwar wurde der Kritik von NATO-Repräsentanten, wie beispielsweise jener des Generalsekretärs Robertson bei seinem Besuch in Prag im Februar 2001, durch die Installierung eines neuen Verteidigungsministers augenscheinlich Rechnung getragen, doch widmete sich die Prager Führung auch weiterhin der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft. Eine tiefgreifende, nachhaltige Implementierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte blieb aus, was sich u.a. in verschiedentlichen Korruptionsskandalen niederschlug. Aus rational-institutionalistischer Perspektive lässt sich dieser Befund damit erklären, dass nach dem Beitritt Tschechiens zur NATO aus Sicht der Sozialisanden kein Anreiz mehr bestand, den Prozess der Normübernahme fortzusetzen.

In Anbetracht dieses Befunds erstaunt es, dass Alexandra Gheciu (2005a; 2005b; 2007) wiederholt zu dem Ergebnis kommt, bei der sicherheitspolitischen Sozialisation Tschechiens durch die NATO handele es sich um einen Prozess des sozialen Lernens und der normativen Überzeugung. In der Tat: Die NATOisierung Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen umfasste *auch* Aspekte des sozialen Lernens und der normativen Überzeugung intrinsisch motivierter Akteure. Durch die regelmäßigen Kontakte mit den Einheiten westlicher Streitkräfte im Rahmen der PfP-Übungen entwickelte sich unter den tschechischen Offizieren eine pro-westliche Einstellung (Ulrich 2000b: 42). Ihre Identifizierung mit der NATO als einer „richtigen und guten Institution“ (Sarvaš 1998: 81), verstärkte sich zum einen durch die Teilnahme an westlichen Ausbildungsprogrammen (Betz 2004b: 46). Darüber hinaus war eine nichtintendierte Konsequenz des stagnierenden Modernisierungsprozesses der tschechischen Armee, dass diese bei einigen Berufssoldaten als negativ konstituierender Anderer für ihre identitäre NATOisierung fungierte. Neben den tschechischen Offizieren erachteten auch zivile Verwaltungsbeamten den Besuch von Lehrgängen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten als gewinnbringend, um sich mit liberal-demokratischen Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken vertraut zu machen (Betz 2004b: 46).

Des Weiteren beinhaltete der Prozess der Normübernahme auch Aspekte, die über die Beitrittsanforderungen der NATO hinausgingen. So orientierten sich die tschechischen Entscheidungsträger beispielsweise bei der Reform des Unteroffizierskorps an den westlichen Verbündeten, insbesondere an Großbritannien und den USA, obschon die NATO die Ausweitung und die Restrukturierung des Unteroffizierskorps nicht als Beitrittskriterium definiert hatte (Jacoby 2004: 165).³⁸⁹

Allerdings gehörten zum Abbild der sozialen Realitäten des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses Tschechiens auch Aspekte, die gegen die Induzierung

³⁸⁹ Die Reformpläne sahen vor, den Anteil des Unteroffizierskorps in den tschechischen Streitkräften von neun Prozent auf 55 Prozent zu erhöhen. Zugleich soll die Offiziersrate von 60 auf 20 Prozent reduziert werden (Vlachová 2002: 47).

sozialer Lern- und normativer Überzeugungsprozesse sprechen. In einigen Interaktionen zwischen NATO-Repräsentanten und tschechischen Sozialisanden, insbesondere den Streitkräfteangehörigen, die den größten Teil der Seminarbesucher ausmachten, waren *nicht* die Voraussetzungen gegeben, die für die Induzierung sozialer Lern- und normativer Überzeugungsprozesse unerlässlich sind. Obschon die Sozialisationspraktik des *teaching* durchaus auf einer Rollenverteilung als Lehrer bzw. Schüler beruht, müssen dem konstruktivistischen Institutionalismus zufolge die Sozialisanden als lernfähige und lernwillige Subjekte betrachtet werden, denen mit Respekt begegnet wird. Dies war angesichts der Arroganz, die einige PfP-Dozenten den tschechischen Kursteilnehmern gegenüber an den Tag legten (Glantz 1999: 11), offensichtlich nicht der Fall.

Darüber hinaus stellt sich angesichts des sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Desinteresses, das den tschechischen Entscheidungsträgern in der Literatur unisono sowohl von westeuropäischen und amerikanischen Autoren (u.a. Glantz 1999: 12; Heinemann-Grüder 2003: 40; Betz 2004b: 46) als auch tschechischen Autoren (u.a. Fučík 1998: 163; Šedivý 2005) bescheinigt wird, die Frage, woraus sich die kognitive Motivation speiste, die die konstruktivistische Forschung als unabdingbar für die Induzierung sozialer Lern- und normativer Überzeugungsprozesse erachtet (Johnston 2001: 498; Checkel 2007b: 13). Jenseits des Präsidenten Havel, dessen Bezugnahme auf liberaldemokratische Normen zeitlich wie kontextual konstant war und mit seinem stetigen Engagement für die NATO-Mitgliedschaft Tschechiens korrespondierte, waren die tschechischen Entscheidungsträger in den ersten Jahren des sicherheitspolitischen Sozialisationsprozesses nur begrenzt empfänglich für die normativen Überzeugungsversuche der NATO und ihrer Repräsentanten. Eine höhere kognitive Motivation, neue Informationen aufzunehmen, entwickelten sie erst während der Beitrittsverhandlungen mit der NATO.

Dass die Sozialisationspolitik der NATO häufig von dem gleichzeitigen Einsatz zweier (oder mehrerer) Sozialisationspraktiken bestimmt war, zeigte sich beispielsweise an den Beratungs- und Abstimmungsgesprächen mit der tschechischen Regierung im Vorfeld des Beitritts Tschechiens zur Allianz. Bei den in privater Arbeitsatmosphäre geführten Gesprächen kombinierten die NATO-

Repräsentanten die Sozialisationspraktiken des sozialen Einflusses und der normativen Überzeugung. Karel Kovanda, Ständiger Vertreter Tschechiens bei der NATO, ließ diese Phase des intensivierten Sozialisationsprozesses, die nach dem Madrider Gipfeltreffen im Juli 1997 einsetzte, Revue passieren:

„Unsere Delegation bestand aus Experten des Außen- und des Verteidigungsministeriums sowie des Finanz- und Innenministeriums. Vor jeder Runde übermittelte die NATO uns eine Reihe von Fragen. Wir erarbeiteten dann ausführliche schriftliche Antworten, die wir bei der jeweiligen Gesprächsrunde vorlegten. Während der Gespräche selbst fassten wir unsere schriftlichen Ausführungen mündlich zusammen und beantworteten eventuelle ergänzende Fragen“ (Kovanda 2003).

Im Laufe dieser Gespräche bewegte die NATO Alexandra Gheciu (2005b: 992) zufolge die Prager Führung dazu, die noch ausstehenden gesetzlichen Regelungen zu veranlassen. Dass die entsprechenden Reformen einzig auf normative Überzeugungsprozesse zurückzuführen waren, ist allerdings zu bezweifeln. Gewiss bot der von Karel Kovanda beschriebene Kommunikationsrahmen günstige Bedingungen für die normative Überzeugung einzelner Amtsträger.

Zugleich darf die konstruktivistische Lesart dieser Interaktionen aber nicht überstrapaziert werden. Denn diese Gespräche erfolgten vor dem Hintergrund des anstehenden Beitritts Tschechiens zur NATO und somit war ein materieller Anreiz – wenn vielleicht auch nicht in Form von Drohungen verbalisiert – durchaus vorhanden. Zudem weisen die von Kovanda angeführten Fragenkataloge darauf hin, dass die Vertreter der Allianz auch ihren sozialen Einfluss bei Reformversäumnissen der tschechischen Regierung geltend machten. Dass eine einseitig konstruktivistische Lesart der NATOisierung Tschechiens dem empirischen Härte-test nicht Stand hält, zeigt sich auch mit Blick auf die Konditionalitätspolitik, die die NATO während der Beitrittsgespräche praktizierte. Die Bestimmung des tschechischen Beitrags zum zivilen und militärischen Haushalt der NATO sowie ihrem Investitionsetat entbehrt jedweder normativer Überzeugungsversuche:

„Der Prozentsatz wurde von Wirtschaftsexperten der NATO auf der Grundlage des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts und der Kaufkraftparitäten berechnet und vom

Nordatlantikrat genehmigt. Dann hatten wir nur die Wahl zwischen Ja und Nein.“ (Kovanda 2003).

Eingedenk dessen, dass die meisten tschechischen Entscheidungsträger sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitischen Fragen zuvor nur geringes oder gar kein Interesse zollten, handelte es sich bei den in der Beitrittsphase einsetzenden Lernprozessen meines Erachtens nach primär um 'einfaches Lernen' (Levy 1994) und einen funktionalen Überzeugungsprozess qua Informationsgewinn (Grobe 2007). Diese Einschätzung wird durch die Beobachtung bekräftigt, dass die tschechischen Entscheidungsträger während der Mitglieds-NATOisierung an ihrer Strategie des doppelten rhetorischen Handelns festhielten. So entzog sich beispielsweise die sozialdemokratische Regierung unter Premier Zeman den Forderungen der westlichen Alliierten, ihrer Verpflichtung zur Fortführung der Streitkräftereformen nachzukommen, mit dem Verweis auf die instabile Regierungssituation. Kurzum: Die Ergebnisse dieser Fallstudie weichen von jenen Alexandra Ghecius ab.

Indes ist bei einer zunächst überwiegend instrumentell oder funktional motivierten Normübernahme nicht ausgeschlossen, dass der Prozess in eine Internalisierung der neuen Normen mündet. Anzeichen hierfür lieferten beispielsweise die überarbeiteten Fassungen der tschechischen Sicherheitsstrategie von 2001 und 2003 sowie die 2002 und 2004 aktualisierte Militärstrategie. Alle vier Dokumente spiegelten den Einfluss des NATO-Transformationsprozesses auf das politische und militärische Denken der tschechischen Elite wider (Prochazka 2009: 25).³⁹⁰ Eine erhöhte kognitive Motivation tschechischer Amtsträger zeigte sich auch im Zusammenhang mit dem Finanzmanagement des Verteidigungsressorts. Anfang 2007 ersuchte die ministerielle Führung die NATO um eine außerplanmäßige Beratung. Anlass war die Frage, wie die wachsende Lücke zwischen den für den Reformprozess nötigen finanziellen Ressourcen und dem von der neuen

³⁹⁰ Auch Tschechiens zunehmendes Engagement im internationalen Krisenmanagement, wie beispielsweise der Einsatz als *lead nation* im Kosovo 2005 oder die Kontrolle des internationalen Flughafens in Kabul 2006, indiziert einen einsetzenden Rollenwandel vom instrumentell motivierten Sicherheitskonsumenten zum sich tiefgehend natoisierenden Sicherheitsproduzenten.

tschechischen Regierung zugewiesenen Budget zu schließen sei (Prochazka 2009: 27). Schließlich verstetigte sich der soziokulturelle Transformationsprozess der tschechischen Streitkräfte mit der Besetzung höherer Positionen durch die jüngere, westlich ausgebildete Offiziersgeneration (Ulrich 2006: 433).

7 SICHERHEITSPOLITISCHE SOZIALISATION POLENS UND TSSCHECHIENS DURCH DIE NATO IN DER GESAMTSCHAU: VERGLEICH, NICHTINTENDIERTE KONSEQUENZEN, THEORETISCHE ERKENNTNISSE

“Keines jener Gedankensysteme, deren wir zur Erfassung der jeweils bedeutsamen Bestandteile der Wirklichkeit nicht entraten können, kann ja ihren unendlichen Reichtum erschöpfen. Keins ist etwas anderes als der Versuch, auf Grund des jeweiligen Standes unseres Wissens und der uns jeweils zur Verfügung stehenden begrifflichen Gebilde, Ordnung in das Chaos derjenigen Tatsachen zu bringen, welche wir in den Kreis unseres Interesses jeweils einbezogen haben“ (Weber 1968b: 207).

Inwiefern es der vorliegenden Arbeit geglückt ist, dem Anspruch Max Webers gerecht zu werden, wird im Folgenden zu prüfen sein. Halten wir uns zunächst die eingangs aufgeworfene Frage vor Augen: *Inwiefern war die NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen erfolgreich, und aufgrund welcher Akteure, Praktiken und Bedingungen erfolgte die Normübernahme (nicht)?* Eingedenk dieses übergeordneten Erkenntnisziels befasst sich die Ergebnissicherung mit drei Themenkomplexen. Erstens werden die Ergebnisse der beiden Fallstudien hinsichtlich ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede verglichen. Dies betrifft zum einen den NATOisierungsgrad polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik in den drei untersuchten Dimensionen, d.h. der formalen, behaviouralen und kommunikativen Ebene. Zum anderen widmet sich der Vergleich der polnischen und der tschechischen Fallstudie den Akteuren, Praktiken und Bedingungen, aufgrund derer die Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte erfolgte bzw. ausblieb. Zum zweiten wird die Sozialisationspolitik der NATO hinsichtlich ihres selbstpostulierten Anspruchs, den Demokratisierungsprozess der zivil-militärischen Beziehungen unterstützen zu wollen, einer kritischen Prüfung unterzogen. Schließlich wird drittens reflektiert, inwieweit sich das komplementäre Forschungsdesign, das den rational-institutionalistischen und den konstruktivistisch-institutionalistischen Strang der Sozialisationsforschung miteinander verbunden hat, sowie die Methode der doppelten Interpretation als adäquater Zugang erwiesen haben. Beleuchtet werden hierbei auch jene Aspekte, die einer weiteren Differenzierung bedürfen – und somit Anknüpfungspunkte für künftige Sozialisationsstudien bieten.

7.1 Die Ergebnisse der Fallstudien im Vergleich

Entgegen der in Politik und Wissenschaft vorherrschende Gleichsetzung von formaler Mitgliedschaft mit erfolgreicher Sozialisation (Schimmelfennig 2002: 8), bestätigt sich diese Einschätzung im Falle der NATOisierung Polens und Tschechiens nur *teilweise*. In der Tat verzeichnete die Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in beiden Ländern im Laufe der 1990er Jahre große Fortschritte. Hatte die gesetzliche und verfassungsrechtliche Normübernahme in Polen aufgrund der machtpolitischen zivil-zivilen sowie zivil-militärischen Auseinandersetzungen bis Ende 1995 stagniert, wurde sie nach der Abwahl von Präsident Wałęsa unter dessen Nachfolger Kwaśniewski zügig durchgesetzt. Demnach kann der NATOisierungsgrad Polens bei der Aufnahme in die Allianz im März 1999 in formaler Hinsicht als vollständig bewertet werden. Eine vollständige Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte erfolgte in Tschechien erst in den Jahren 1998 und 1999. Nach jahrelanger exekutiver und legislativer Untätigkeit begann die Schließung der bestehenden verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und doktrinellen Lücken in quasi fließbandartiger Akkordarbeit erst im Vorfeld des Beitritts Tschechiens zur NATO und zog sich bis in das erste Jahr der Mitglieds-NATOisierung hinein.

Allerdings beschränkte sich die NATOisierung polnischer und tschechischer Sicherheitspolitik im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen auf die formale Ebene – gleichsam einer „virtuellen Aufsicht“. Ein niedriger NATOisierungsgrad war dahingegen auf der behaviouralen Ebene zu konstatieren. Die vollständige politische Durchsetzung – als zweite Form der Normübernahme – war bei der Aufnahme Polens und Tschechiens in die Allianz noch *nicht* erfolgt. Dass die Etablierung einer effektiven und effizienten zivil-demokratischen Kontrolle während der Mitglieds-NATOisierung Polens und Tschechiens erst im Entstehen begriffen war, spiegelte sich u.a. in verschiedentlichen Korruptionsskandalen wider (Szayna 1999: 136; Ulrich 2005: 213; Gogolewska 2006: 107-111). Beiden Staaten mangelte (und mangelt) es sowohl unter den politischen Entscheidungsträgern als auch den Parlamentariern an zivilen Experten im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik (Gogolewska 2006; Vlachová 2004). Lediglich eine schwache Repräsentanz ziviler Beamten wiesen die höheren Ebenen des

Verteidigungsministeriums auf (Betz 2004b: 42). Eine unzureichende Politikgestaltungsfähigkeit der polnischen und der tschechischen Regierung beanstandete der NATO-Sonderbeauftragte für Mittel- und Osteuropa (Donnelly 2001a: 33). Weder seien effektive Haushalts- und Planungssysteme etabliert worden, noch ein konsistentes Konzept für die Streitkräftereformen entwickelt worden. In diesem Reformversäumnis schlug sich die kommunistische Erblast der staatlichen Administration nieder: Diese war einerseits durch eine stark politisierte Personalpolitik geprägt, andererseits sehr schwach bei der Politikgestaltung und der Politikimplementierung (Goetz/Wollmann 2001: 865). Zudem stand die Entwicklung eines transparenten Systems zur Evaluierung der Qualifikationen von Offizieren noch aus (Ulrich 2006: 430). Neben dem noch in der Entwicklung begriffenen zivilen demokratischen Professionalismus bedurfte auch jener des Militärs noch weiterer Verbesserungen (Nelson 2002: 449).

Sowohl innerhalb der Streitkräfte Polens (Wągrowka 2008: 12f.) als auch Tschechiens (Jacoby 2004: 134) ließ sich eine ideelle Konfliktlinie zwischen der älteren und der jüngeren Offiziersgeneration beobachten, die bis heute besteht. Den westlich ausgebildeten, mit demokratischen Glaubensüberzeugungen, Einstellungen und Praktiken zunehmend vertrauten Jungoffizieren stand die ältere Offiziersgeneration gegenüber, welche die Sozialisationsbemühungen häufig als Affront auf den eigenen beruflichen und persönlichen Werdegang auffasste. In besonderem Maße zeigte sich dies bei den polnischen Streitkräften, die traditionell über eine große Autonomie und einen beachtlichen Einfluss auf die Gestaltung der Militärpolitik verfügten sowie gesellschaftlich anerkannt waren. Wie auch ihre tschechischen Amtskollegen, waren die älteren Offiziere Polens darauf bedacht, die Privilegien aus der kommunistischen Ära zu bewahren (Gutierrez 2002: 46). Dieses Beispiel verdeutlicht, wie stark materielle und immaterielle Bestimmungsfaktoren bei der NATOisierung der militärischen Sozialisanden Polens und Tschechiens miteinander interagierten. Indes liefert die gegenseitige Verstärkung der rational-institutionalistischen und der konstruktivistisch-institutionalistischen Erfolgsbedingungen für die Normübernahme nicht nur eine Erklärung für die NATOisierungsresistenz der älteren Offiziersgeneration. Auch bei den jüngeren Offizieren, die den größten Anteil der militärischen Kursteilnehmer

an den westlichen Sozialisationsprogrammen stellten, spiegelte sich das Zusammenspiel von materiellen Anreizen in Form von meist gut dotierten Stipendien und der zunehmenden identitären Bindung infolge sozialer Lern- und normativer Überzeugungsprozesse wider. Erfassen ließ sich die gleichzeitige Wirkungsmacht rationalistischer und konstruktivistischer Sozialisationsmechanismen allerdings nur mit einem komplementären Zugang.

Neben den Gemeinsamkeiten beim Verlauf und dem Ergebnis der NATOisierung Polens und Tschechiens weist der zivil-militärische Transformationsprozess beider Staaten auch gravierende Unterschiede auf. Im Gegensatz zu den polnischen Offizieren, die mehrheitlich eine positive Einstellung gegenüber den eigenen Streitkräften aufwiesen, verkörperte die tschechische Armee in den Augen vieler Berufssoldaten einen negativ konstituierenden Anderen, der die Entwicklung einer pro-westlichen Orientierung innerhalb des (jüngeren) Offizierskorps sowie die Identifizierung mit der NATO begünstigte. Darüber hinaus divergierte die *actorness* des polnischen und des tschechischen Generalstabs beim Prozess der Normübernahme. Während die militärische Führung Polens unter Generalstabschef Wilecki bis zu dessen Entlassung im März 1997 als Veto-Spieler fungierte, widersetzte sich der tschechische Generalstab der Etablierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte nicht (Zipfel 2001: 102). Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal Tschechiens bildete die *actorness* der politischen Amtsträger als passiv-negative Veto-Spieler. Erst infolge des zunehmenden sozialen Einflusses der NATO und ihrer Repräsentanten während des Beitrittsprozesses wandelten sich die tschechischen Entscheidungsträger zu selektiven NATO-Opportunisten, die eine NATOisierung à la carte praktizierten.

Diese beiden Typen von Veto-Spielern divergierten nicht nur hinsichtlich der behaviouralen Ebene der NATOisierung, sondern auch auf der kommunikativen Ebene. Die polnischen Veto-Spieler, zu denen neben dem Generalstab auch Präsident Wałęsa gehörte, stellten den normativen Teilaspekt der Unterordnung der Streitkräfte unter einen zivilen Verteidigungsminister öffentlich in Frage (Simon 2004a: 36). Dahingegen äußerten sich die passiv-negativen Veto-Spieler Tschechiens nicht in einer normverletzenden Weise. Vielmehr bedienten sie sich im Zuge ihres 1997 einsetzenden selektiven NATO-Opportunismus der

diskursiven Strategie des doppelten rhetorischen Handelns. Einerseits suchten sie sich gegenüber der Allianz als mustergültige Beitrittskandidaten zu präsentieren. Zugleich spielten sie gegenüber der tschechischen Bevölkerung die Kosten der NATO-Mitgliedschaft sowie die damit einhergehenden Verpflichtungen herunter, um etwaigen Popularitätsverlusten vorzubeugen. Denn im Unterschied zur polnischen (Wahl)Bevölkerung, die eine hohe Zustimmungsrate zur NATO-Mitgliedschaft aufwies, stieß letztere in der tschechischen Gesellschaft auf keine große Resonanz.

Gemeinsam ist beiden Fällen, dass die Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte erst infolge des zunehmenden externen Anpassungsdrucks erfolgte. Hierbei kombinierte die NATO die Sozialisationspraktik der materiellen Verstärkung qua Drohung, die Aussichten auf die Mitgliedschaft nicht zu gefährden, mit jener des sozialen Einflusses durch *shaming* und *blaming*. Des Weiteren bemühten sich die Repräsentanten der Allianz, die polnischen und tschechischen Entscheidungsträger in privaten Gesprächskontexten von der Richtigkeit und Gültigkeit einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu überzeugen.

Wenngleich beide Aspirantengruppen politische Novizen darstellten, die wenige Vorstellungen über die Durchführung des zivil-militärischen Transformationsprozesses hatten, zeitigten die Sozialisationspraktiken der NATO in beiden Fällen unterschiedliche Ergebnisse. Bei den polnischen Entscheidungsträgern traf die NATO – mit Ausnahme Wałęsas – auf kognitiv motivierte Sozialisanden, die empfänglich für die Aufnahme neuer Informationen im Bereich der Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik waren. Begünstigt durch die Affinität der polnischen Amtsträger zu liberal-demokratischen Normen, vermochten die westlichen Alliierten soziale Lern- und normative Überzeugungsprozesse zu induzieren. Keinen Erfolg verzeichneten sie dahingegen während der ersten Jahre der NATOisierung bei den tschechischen Politik-Novizen, weil diese kein Interesse an den Sozialisationsinhalten hatten. Deutlich wird an dieser Stelle zweierlei: Zum ersten müssen bei der Analyse internationaler Sozialisationsprozesse mehrere Erfolgsbedingungen berücksichtigt werden, um den Verlauf und das Ergebnis der erfolgten bzw. ausgebliebenen

Normübernahme im Sinne Max Webers zu »verstehen«. Zweitens ist ein tiefergehendes Verständnis der Prozesslogik nur bei einer doppelten theoretischen Lesart möglich. Denn durch die Berücksichtigung der rational-institutionalistischen Sozialisationspraktik des sozialen Einflusses lässt sich herausarbeiten, wie die NATO die kognitive Motivation der tschechischen Amtsträger, sich mit neuen Informationen auseinanderzusetzen, erhöhte.

Indes waren die Reformversäumnisse beim zivil-militärischen Transformationsprozess Tschechiens nicht nur dem mangelnden Interesse der Prager Führung geschuldet. Vielmehr generierten sich diese – ebenso wie die Schwächen bei der Implementierung der zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in Polen – auch aus den irrtümlichen Weichenstellungen, die der Sozialisationspolitik der NATO und ihrer Mitgliedstaaten zu Grunde lagen und sich in spiegelbildlicher Form in Polen und Tschechien niederschlugen.

7.2 Bewertung der Sozialisationspolitik der NATO und ihrer nicht intendierten Konsequenzen

Nach Ende des Ost-West-Konflikts sah sich die NATO vor die Herausforderung gestellt, eine Antwort auf die Frage ihrer Daseinsberechtigung zu finden. Neben der Transformation zum internationalen Krisenmanager bildete der Stabilitäts- und Demokratieexport ins östliche Europa einen zentralen Bestandteil des Wandlungsprozesses der Allianz in den 1990er Jahren. Dieser wies durchaus Gemeinsamkeiten mit dem Transformationsprozess der postkommunistischen Beitrittskandidaten auf: Es handelte sich um Such- und Lernprozesse mit offenem Ausgang, bei dem die Akteure zugleich reagierten und agierten, ohne dabei auf Handlungsanleitungen aus der Geschichte zurückgreifen zu können. Obendrein bestand die Notwendigkeit gleichzeitiger innerer und äußerer Reformen, die in einem engen Wechselverhältnis miteinander standen.

Jedoch waren der Integrationsprozess Polens und Tschechiens in die NATO einerseits sowie ihr zivil-militärischer Transformationsprozess andererseits nicht per se zwei sich gegenseitig begünstigende Prozesse. Vielmehr gerieten diese in ein Spannungsverhältnis miteinander. So konzentrierten sich die polnische und die tschechische Regierung in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre darauf, die

Beitrittsanforderungen der NATO augenscheinlich zu erfüllen, anstatt tiefgreifende nachhaltige Reformen durchzuführen. Somit zeitigte der Beitrittsprozess nicht nur eine demokratiefördernde Wirkung, sondern begünstigte oberflächlich-kosmetische Reformen (Betz 2004b: 47) und Fassadendiskussionen (Sava 2002: 73). Ein zweites Beispiel für mitunter auftretende Zielkonflikte zwischen dem Integrations- und dem Transformationsprozess ist im Bereich der Personalpolitik zu verorten: Polnische und tschechische Offiziere, die Weisungen von den Einrichtungen der NATO entgegennahmen, sahen sich wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, die nationalen zivilen Autoritäten zu umgehen (van Riekhoff 2004: 15).

Diese beiden Beispiele spiegeln die drei Schwächen westlicher Sozialisationspolitik wider: unpräzise Inhalte, irrtümliche Annahmen, falsche Schwerpunktsetzungen. Wenngleich die NATO in allen einschlägigen Dokumenten eine zivile demokratische Kontrolle der Streitkräfte forderte, lieferte sie keine präzise Definition und keinen ausdifferenzierten Kriterienkatalog. Neben der schwammigen Formulierung wurde die Unklarheit bezüglich der zu übernehmenden Sozialisationsinhalte noch dadurch verstärkt, dass es nicht ein westliches Modell demokratischer zivil-militärischer Beziehungen gab, sondern mehrere Modelle nebeneinander existierten (Forster 2003: 16). Hinzukam, dass die Repräsentanten der NATO sich trotz wiederholter Nachfragen der polnischen Regierung nicht eindeutig zu den normativen Inhalten äußerten.

Gewiss waren diese kommunikativen Praktiken teilweise dem Ansinnen der mitgliedstaatlichen Regierungen geschuldet, sich in ihren politischen Entscheidungsfreiräumen nicht durch definitorische Festlegungen zu beschränken sowie das ohnehin schon strapazierte Verhältnis zur russischen Führung nicht noch mehr zu belasten. Zugleich schlug sich darin nieder, dass unter den Alliierten nur ein geringes gemeinsames Verständnis der Prinzipien einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte bestand (Bland 2001: 526). In Anbetracht des zentralen Stellenwerts, den die Demokratisierung der PfP-Partnerstaaten nach Einschätzung der NATO selbst wie auch wissenschaftlicher Publikationen bei der Erweiterungspolitik einnehmen sollte, erstaunt dieser Befund. Er verweist auf die mangelnde Konsistenz westlicher Sozialisationspolitik.

Mit der unpräzisen Sozialisationspolitik gingen vier (nichtintendierte) negative Konsequenzen einher. Erstens entstand unter den polnischen und tschechischen Akteuren Verwirrung hinsichtlich der zu übernehmenden Normen: „Three floundering states [Poland, Czech Republic, Hungary] trying to hit a target no one can see and no one is willing to shine a light on“ (Gutierrez 2002: 160). Des Weiteren verzögerte sich die Etablierung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte in den postkommunistischen Anwärtstaaten (Jacoby 2004: 181). Zum Dritten wurden im Falle Polens die nationalen Veto-Spieler gestärkt, weil diese ihren Widerstand gegenüber einzelnen normativen Teilaspekten mit dem Verweis auf die unklaren Beitrittskriterien rechtfertigen konnten. Im Falle Tschechiens begünstigte die Schwammigkeit der Sozialisationsinhalte das rhetorische Handeln der selektiven NATO-Opportunisten.

Eine weitere Schwäche der Sozialisationspolitik der NATO resultierte aus ihren irrtümlichen Annahmen, die zu falschen Weichenstellungen im gesamten Demokratisierungsprozess führten. Ausgangspunkt der westlichen Sozialisationsbemühungen bildete zum ersten die Fehleinschätzung „*Je mehr Kontakte desto besser*“. Ebenso unzutreffend war die Sichtweise „*All contacts are good*“ (Powell, zit. nach Ulrich 1999: 2). Folglich legten die NATO und ihre Mitgliedstaaten eine beachtliche Zahl unterschiedlicher Sozialisationsprogramme auf, die infolge ihrer unzureichenden Abstimmung mitunter Verwirrung und Reibungsverluste erzeugten (u.a. Forster 2003: 15). Die Koordinationsprobleme, die die NATO bei der Abstimmung ihrer zahlreichen Sozialisationsaktivitäten hatte, sind noch dadurch verstärkt worden, dass sie weder auf einen großen bürokratischen Apparat noch auf frei verfügbare finanzielle Mittel zurückgreifen konnte (Jacoby 2001: 179). Im Vergleich zur EU verfügte die Allianz über viel weniger Personal. Bei ihren Bemühungen, die sicherheitspolitischen Demokratisierungsprozesse in den postkommunistischen Staaten zu unterstützen, war die NATO personell unterbesetzt. So gab es in vielen Bereichen nur einen Reformspezialisten pro PfP-Partnerland im NATO-Hauptquartier (Jacoby 2004:

120).³⁹¹ Eine Folge dieser personalen Engpässe war, dass einige Mitgliedstaaten – entsprechend ihrer finanziellen Ressourcen und ihrem technischen *know-how* – die Sozialisationspolitik stark beeinflussen konnten (Forster 2003: 16). In der Tat betätigten sich die NATO und ihre Mitgliedstaaten

„as separate actors in their own right, rather than overall supra-national bodies for coordinating policy. Thus, different (and differing) outreach activities have occurred under the auspices of, for example, the UK MoD, the George C. Marshall Center, the German MoD, and NATO” (Edmunds, zit. nach Sava 2002: 91).

Zum dritten beruhte die westliche Sozialisationspolitik auf der irrtümlichen Annahme, wonach die Normübernahme – bei entsprechender Frequenz und Dichte der Interaktionen mit den postkommunistischen Sozialisanden – relativ zügig erfolgen könne und mit der formalen Mitgliedschaft in der NATO abgeschlossen sei. Schließlich ging die NATO viertens davon aus, dass insbesondere die postkommunistischen Streitkräfte eine Gefahr für den Demokratisierungsprozess darstellten. Folglich richtete das PfP-Programm sein Hauptaugenmerk auf die Sozialisation der Streitkräfteangehörigen aus den Partnerstaaten. Wenngleich auch zivile Verwaltungsbeamte und Parlamentarier an den Seminaren, Lehrgängen etc. teilnehmen konnten, schlug der Anteil der Militärs mit 90 Prozent und mehr zu Buche (Szemerényi 1996: 69). Zwar erhöhte sich die Zahl der zivilen Kursteilnehmer im Laufe der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, doch änderte sich dadurch der militärische *Bias* der westlichen Sozialisationspolitik nicht.

Eine nichtintendierte negative Konsequenz dieser Prioritätensetzung war, dass die Entwicklung fachlich versierter politischer Akteure nicht gefördert wurde, die für eine effektive und effiziente Kontrolle der Streitkräfte unerlässlich sind. Dass die tiefgreifende, nachhaltige Implementierung der liberal-demokratischen Normen im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen an dem Mangel an zivilen Experten krankte (und krankt), zeigte sich im Falle Polens (u.a. Gogolewska 2006) wie auch

³⁹¹ So hatte die EU-Kommission im Jahre 2001 ca. 19.000 Mitarbeiter, während die NATO-Hauptquartiere nur 3.150 Personen beschäftigten, inklusive 1.400 Mitarbeiter der nationalen Vertretungen (Jacoby 2004: 120).

Tschechiens (u.a. Betz 2004b; Vlachová 2006) – sowie den anderen postkommunistischen NATO-Staaten.

Im Ergebnis hat der militärische *Bias* der westlichen Sozialisationspolitik zum einen die schon Anfang der 1990er Jahre bestehende Wissenskluft zwischen militärischen Akteuren und politischen Entscheidungsträgern verstärkt. Eine nichtintendierte Konsequenz bestand darin, dass sich der komparative Vorteil der militärischen Führung gegenüber den politischen Akteuren vergrößerte und die Etablierung respektierter ziviler Autoritäten untergraben wurde. Darüber hinaus führte die der Befürchtung eines Prätorianismus entspringende Fokussierung auf die militärischen Akteure dazu, dass die Bestrebungen der politischen Entscheidungsträger, die Streitkräfte in machtpolitische Auseinandersetzungen zu verwickeln, außer Acht gelassen wurden. Doch hat insbesondere die polnische Fallstudie gezeigt, dass zivil-zivile Konflikte in den ersten Phasen des Transformationsprozesses dominierten und die Normübernahme genauso – wenn nicht mehr – beeinträchtigten als der Widerstand des Generalstabs.

Die Ergebnisse der tschechischen Fallstudie dokumentieren, dass nicht die Streitkräfte eine Bedrohung des Demokratisierungsprozesses darstellten, sondern die sicherheits-, verteidigungs- und militärpolitisch desinteressierten Entscheidungsträger. Somit konfrontiert der tschechische Fall die westliche Sozialisationspolitik wie auch die CMR-Forschung mit drei Fragen, denen bislang keine Aufmerksamkeit gewidmet wurde: Wie können Politiker davon überzeugt werden, ein Interesse an Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik zu entwickeln und ihre Kontrollpflichten wahrzunehmen? Ist es der politischen Durchsetzung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zuträglicher, wenn diese von einem desinteressierten zivilen Verteidigungsminister oder einem interessierten (ehemaligen) Militär verantwortet wird, wie dies in Tschechien von 1998 bis 2004 zutraf? In engem Zusammenhang damit schließlich die Frage, inwieweit sich ein ehemaliger Berufssoldat zu einem „Zivilisten“ transformieren kann und an welchen Kriterien dies gegebenenfalls zu ermitteln wäre?

Die Ergebnisse der tschechischen Fallstudie weisen daraufhin, dass eine Auseinandersetzung mit diesen drei Fragen essentiell ist, wenn die Forschung zur NATOisierung wie auch die NATO selbst nicht bei formalen Aspekten der

Normübernahme und einem begrifflichen „*Labelling*“ stehen bleiben wollen. Indem sich die Allianz auf die Institutionalisierung der zivilen demokratischen Kontrolle fokussierte, rückten Fragen der Implementierung der liberal-demokratischen Normen ins Hintertreffen. „Teach us [the Eastern European militaries'] to fish – not just give us bread“, forderte in diesem Zusammenhang ein tschechischer Offizier (zit. nach Ulrich 1999: 60). Während sich dieser Offizier unterfordert fühlte, konstatierte Chris Donnelly (2001b: 8), Sonderbeauftragter der NATO für Mittel- und Osteuropa:

„[a] lot of our [western] well-meant efforts have been wasted because it was inappropriate, inapplicable or just plain wrong. We overestimated the competences of Central and Eastern European governments to draw up and implement plans in this sphere“.

Neben der Notwendigkeit, den Aspekten des Implementierungsprozesses mehr Bedeutung beizumessen, muss des Weiteren die Gleichsetzung von formaler Mitgliedschaft mit erfolgreicher Sozialisation aufgegeben werden. Dass solch' eine Gleichsetzung eine kontraproduktive Wirkung zeitigt, trat angesichts des Verlusts der militärischen Normunternehmer im sicherheitspolitischen Sozialisationsprozess Polens und Tschechiens offen zu Tage. Wenngleich die NATO bei ihren Sozialisationsbemühungen sowohl bei den polnischen (u.a. Epstein 2005) als auch tschechischen Streitkräfteangehörigen (u.a. Gheciu 2005a) kurzfristig Erfolge verbuchte, beraubte sie sich aufgrund ihrer Fehlentscheidung, die Stipendienvergabe mit der Mitgliedschaft einzustellen, ihrer militärischen Normunternehmer. Als nichtintendierte negative Konsequenz gingen der Allianz potenzielle Normmultiplikatoren verlustig, womit sie ihren mittel- und langfristigen Sozialisationserfolg untergrub.

7.3 Mehrwert eines komplementären Forschungsdesigns und Anknüpfungspunkte für künftige Sozialisationsstudien

Wie der Verlauf und das Ergebnis der NATOisierung Polens und Tschechiens im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen gezeigt haben, waren sowohl unter den nationalen Akteuren als auch in den verschiedenen (Gesprächs)Kontexten und den einzelnen Phasen des Sozialisationsprozesses unterschiedliche Mechanismen wirksam. Demnach hat sich die Entscheidung *für* einen

komplementären Zugang, der den rational-institutionalistischen sowie den konstruktivistisch-institutionalistischen Ansatz in einem Forschungsdesign miteinander verbunden hat, als richtig erwiesen. Auf diese Weise konnte die Gefahr eines *confirmation bias*' minimiert werden, dem insbesondere theoretisch einseitige Fallstudiendesigns anheim zu fallen drohen (Bennett/George 2005: 217). Bei einer ausschließlich rationalistischen (Michta 2002; Schimmelfennig/Engert/Knobel 2006) bzw. konstruktivistischen (u.a. Gheciu 2005a; Epstein 2005) Analyse sicherheitspolitischer Sozialisationsprozesse erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass die Erklärungskraft des jeweils gewählten theoretischen Ansatzes überstrapaziert wird.

Besonders drastisch trat dies in den konstruktivistischen Studien von Alexandra Gheciu (2005a; 2005b; 2007) zu Tage, die bei ihrer Untersuchung sozialer Lern- und normativer Überzeugungsprozesse der tschechischen Sozialisanden im Rahmen der westlichen Ausbildungsprogramme nicht reflektierte (Gheciu 2005b: 911f.), dass *neben* einer zunehmenden identitären Bindung an die NATO als Sicherheitsgemeinschaft *auch* materielle Anreize in Form von Stipendien die Übernahme liberal-demokratischer Normen begünstigten. Wenn nicht gesprochene Worte in Form von nicht verbalisierten Belohnungen oder Bestrafungen dahingehend mißinterpretiert werden, dass materielle Bedingungsfaktoren nicht wirksam seien, kann dies irrtümliche Schlussfolgerungen nach sich ziehen. Denn wie das Beispiel der gegenseitigen Verstärkung immaterieller und materieller Faktoren bei den Sozialisationsprogrammen der NATO und ihrer Mitgliedstaaten gezeigt hat, können auch jene Sozialisationspraktiken, die auf den ersten (konstruktivistischen) Blick nicht erfasst werden, im Hintergrund mitwirken. Deutlich wurde dies beispielsweise auch bei den Beitrittsverhandlungen der Allianz mit der tschechischen Regierung, bei denen sich die normativen Überzeugungsversuche der NATO-Repräsentanten (Gheciu 2005b: 992) vor dem Hintergrund des angestrebten Beitritts vollzogen (Kovanda 2003), der *auch* einen materiellen Anreiz zur Normübernahme verkörperte.

Außerdem spiegelte sich bei der *actorness* des polnischen Generalstabs wie auch verschiedentschiedlicher Offiziersangehöriger die gleichzeitige Wirkung materieller und

immaterieller Faktoren wider. Der militärische Widerstand gegenüber der Normübernahme war zum einen den hohen Anpassungskosten geschuldet. Indes bürge eine ausschließlich rational-institutionalistische Lesart des militärischen Widerstands die Gefahr, einem *confirmation bias* anheim zu fallen. Zwar kann der rationale Institutionalismus für die Sozialisationsphase von 1992 bis 1997 Erklärungskraft für sich in Anspruch nehmen. Um aber zu plausibilisieren, warum einige polnische Offiziersangehörige die zivilen Autoritäten auch nach der Verabschiedung der Großen Verfassung 1997 noch in Frage stellten (Simon 2004a: 139f.) und damit hohe Kosten bis hin zu Disziplinarmaßnahmen in Kauf nahmen, bedarf es der Hinzunahme des konstruktivistisch-institutionalistischen Erklärungsfaktors der negativen Resonanz zwischen internationalen und nationalen Normen.

Kurzum: Ein adäquate(re)s Abbild der sozialen Realitäten internationaler Sozialisationsprozesse wie der NATOisierung bedarf eines komplementären Zugangs und der Methode der doppelten Interpretation. Als geeignetes Verfahren zur theoriegeleiteten Untersuchung der Normübernahme hat sich die Prozessanalyse erwiesen. Die rational-institutionalistische und die konstruktivistisch-institutionalistische Hypothese konnten hinsichtlich ihrer Erklärungskraft überprüft werden. Zudem gewährleistete die Prozessanalyse die Kontrolle von nicht sozialisationsbedingten Einflussfaktoren des zivil-militärischen Transformationsprozesses Polens und Tschechiens. Induktive Erklärungsfaktoren für die Stagnation der Normübernahme sowie die Versäumnisse des Reformprozesses konnten schließlich – quasi als Nebenprodukt – erfasst werden. Dies betraf insbesondere die irrtümlichen Annahmen der westlichen Sozialisationspolitik und die damit einhergehenden nichtintendierten Konsequenzen.

Bestätigt hat sich auch die Entscheidung *gegen* einen ausschließlich sequentiell oder per se synchron angelegten Analyseansatz. Wie die Analysen des Verlaufs und des Ergebnisses der NATOisierung Polens und Tschechiens gezeigt haben, wirkten die rational-institutionalistische und die konstruktivistisch-institutionalistische Prozesslogik in einigen Kontexten gleichzeitig. Exemplarisch hierfür können die Beitrittsverhandlungen mit der polnischen und der

tschechischen Regierung angeführt werden, in welchen die Allianz die Sozialisationspraktiken des sozialen Einflusses und der normativen Überzeugung miteinander kombinierte. Zugleich wiesen die Prozesse der Normübernahme auch Aspekte einer sequentiellen Abfolge beider Logiken auf. Beispielsweise zeitigten die Sozialisationsbemühungen der NATO bei den tschechischen Entscheidungsträgern während der Beitrittsverhandlungen zunächst eine funktionale Überzeugung qua Informationsgewinn. Dass anschließend bei einigen Amtsträgern ein Internalisierungsprozess liberal-demokratischer Normen einzusetzen begann, indizierten die Sicherheitsstrategien und die Militärdoktrinen, die während der Mitglieds-NATOisierung verabschiedet wurden. Sie spiegelten den Einfluss des NATO-Transformationsprozesses auf das politische und militärische Denken der tschechischen Elite wider (Prochazka 2009: 25).

Mit Blick auf künftige Studien zur Analyse internationaler Sozialisationsprozesse verweisen die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit auf vier Forschungslücken. Zum ersten bedürfen die Kommunikationsmodi, die bei den Interaktionen zwischen den Vertretern der Sozialisationsagentur und den Sozialisanden zu beobachten waren, einer weiteren Spezifizierung. Mittels der innerhalb der Theorien Internationaler Beziehungen dominierenden Unterscheidung zwischen *arguing* und *bargaining* (u.a. Holzinger 2001; Müller 2004) lässt sich ein für die Sozialisationsprozesse im östlichen Europa charakteristischer Kommunikationsmodus nicht erfassen – nämlich jener des 'pädagogischen Argumentierens'. Der Kommunikationsmodus des pädagogischen Argumentierens liegt gleichsam quer zu den bislang erfassten Kombinationsmöglichkeiten von *arguing* und *bargaining* mit unterschiedlichen Handlungslogiken. Vom verständigungsorientierten Argumentieren unterscheidet sich das pädagogische Argumentieren insofern, als *nicht* die bestehenden Einstellungen, Glaubensüberzeugungen und Praktiken beider Gesprächsteilnehmer zur Disposition stehen, sondern nur jene der „Schüler“. Zugleich geht das pädagogische Argumentieren über ein instrumentelles *arguing* hinaus, weil es nicht auf einen lediglich zweckrational motivierten kommunikativen Anpassungsprozess abzielt, sondern die Sozialisanden von der Angemessenheit der internationalen Normen zu überzeugen sucht.

Ein zweites Forschungsdesiderat betrifft die kommunikativen Praktiken der nationalen Normunternehmer. Die bislang als *'framing'* (u.a. Finnemore/Sikkink 1998: 892; Deitelhoff 2006: 75) in der internationalen Sozialisationsforschung diskutierte kommunikative Praktik stellt nur eine der Strategien dar, derer sich Normunternehmer bei ihrem Ringen um linguistische Dominanz und Diskurshegemonie bedienen können. Beim *framing* versuchen Normunternehmer die neue Norm an etablierte Normen anzuschließen, um so die Legitimität der neuen Norm zu untermauern (Deitelhoff 2006: 75). Die kommunikative Praktik des *framing* korrespondiert mit jener des *referencing*, das innerhalb der identitären Außenpolitikforschung als *eine* zentrale Strategie betrachtet wird. Des Weiteren differenziert die außenpolitische Diskursforschung zwischen der Strategie des *naming* im Sinne des Einführens neuer Begrifflichkeiten sowie jener des *signifying*, d.h. die Beanspruchung der Deutungshoheit über den zur Disposition stehenden Sachverhalt (Townson 1992: 25-33).

Die innerhalb der Sozialisationsforschung dominierende Kategorie des *framing* bzw. des *referencing* erwies sich in der Tat als geeignet, um die kommunikativen Praktiken des tschechischen Präsidenten Havel zu erfassen. Bei seinem Werben um die politische und die öffentliche Unterstützung für den NATO-Beitritt Tschechiens, suchte Havel die Mitgliedschaft in der Allianz an positiv konnotierte Kernelemente der nationalen Identität Tschechiens anzubinden.³⁹² Im Falle der polnischen Normunternehmer war allerdings die Strategie des *signifying* zentral, um die nationale Diskurshegemonie zu erlangen. Bei ihren Bemühungen, die Deutungshoheit über das angemessene Verständnis einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zu beanspruchen, dienten den polnischen Normunternehmern einschlägige Dokumente der NATO, insbesondere die Erweiterungsstudie der Allianz, als argumentative Ressource (Epstein 2005: 78).

Des Weiteren verspricht eine stärkere Verknüpfung der Sozialisationsforschung mit der identitären Außenpolitikforschung einen Mehrwert für die Konzipierung des Verhältnisses zwischen diskursivem und behaviouralem Wandel. Im Hinblick auf

³⁹² Vgl. hierzu auch Gheciu (2005b: 997).

die Frage, ob die verschiedenen Formen der Normübernahme als ein sequentieller oder ein synchroner Prozess zu betrachten sind, dominiert in der Sozialisationsliteratur die Sichtweise, wonach normative Effekte zunächst auf der kommunikativen Ebene sichtbar werden, gefolgt von Effekten auf der formalen Ebene, an die sich Verhaltensveränderungen anschließen können (Finnemore/Sikkink 1998: 896-898; Risse/Sikkink 1999: 27-31; Schimmelfennig 2002: 8). Dass es nicht überzeugend ist, für die unterschiedlichen Formen der Normübernahme per se eine bestimmte Sequenz anzunehmen, haben die Analysen des Verlaufs der polnischen und der tschechischen NATOisierung im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen gezeigt. Vielmehr erfordert die Logik des Untersuchungsgegenstands eine ergebnisoffene Behandlungsweise. Eine Möglichkeit hierzu eröffnet die identitäre Außenpolitikforschung, die zwischen vier Varianten des Verhältnisses von identitärem und behaviouralem Wandel unterscheidet (Stahl/Harnisch 2009). Dementsprechend kann identitärer Wandel dem außenpolitischen Verhaltenswandel vorausgehen *oder* nachfolgen bzw. beide Dimensionen des Wandels können einzeln auftreten.

Ein viertes Forschungsdesiderat besteht schließlich in Bezug auf die politisch-praktischen Reaktionen der Sozialisanden auf den bestehenden Reformbedarf im Allgemeinen und die Beitrittsanforderungen der internationalen Sozialisationsagentur im Besonderen. Im Vergleich zu den analytisch ausdifferenzierten Sozialisationspraktiken internationaler Institutionen sind jene der Sozialisanden in konzeptioneller Hinsicht unterbeleuchtet. Zu überlegen ist, wie sich die theoretische Erkenntnis, gemäß derer die Reduktion von Akteuren auf „calculating machines“ der mehrdimensionalen Logik menschlichen Handelns ebenso wenig entspricht wie ihre ausschließliche Betrachtung als „rule-followers“ (Fearon/Wendt 2002: 60), in konkrete Praktiken übersetzen lässt. Infolge der überwiegend formalistischen Betrachtungsweise der Normübernahme einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und der damit einhergehenden Vernachlässigung der Implementierungsaspekte wurde der Frage, *auf welche Weise* internationale Normen institutionalisiert und politisch durchgesetzt werden, kaum Aufmerksamkeit zuteil. Denkbar ist neben der vollständigen Übernahme schließlich auch ein selektives Kopieren oder ein freiwilliges Imitieren

internationaler Normen. Freilich hängen die politisch-praktischen Reaktionen postkommunistischer Akteure – wie auch jene anderer nationaler Akteure, die sich mit externen Reformwartungen konfrontiert sehen – ebenso von der Qualität der zu übernehmenden Normen ab. So eröffnen beispielsweise unklare Sozialisationsinhalte, wie dies auf die NATO-Beitrittsanforderung einer zivilen demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zutraf, auf Seiten der Sozialisanden einen größeren Handlungsspielraum bei der Normübernahme als ein präzises Regelwerk wie etwa jenes der EU.³⁹³

Darüber hinaus erfordern die selbstsozialisierenden Praktiken nationaler Akteure weitere Spezifizierungsarbeit. Wie die Analyse des polnischen und des tschechischen zivil-militärischen Transformationsprozesses gezeigt hat, setzten Reformbestrebungen schon Anfang der 1990er Jahre ein, d.h. vor der umfassenden Institutionalisierung der Kooperationsbeziehungen mit der NATO im Rahmen der PfP. Zwar hat die internationale Sozialisationsforschung die Mechanismen der 'Imitation' (Schimmelfennig 2003b: 410; Jacoby 2004) und des *'role playing'* (Checkel 2007b: 11f.) herausgearbeitet, doch beschränken sich diese auf die konstruktivistische Prozesslogik. Nicht erfasst wird dahingegen die Selbstsozialisation nationaler Akteure aufgrund ihrer kognitiven Motivation zur Informationsgewinnung, die der rationalistischen Lesart entspräche. Eine Möglichkeit zur Schließung dieser Forschungslücke bietet das in der Europäisierungsforschung etablierte Modell des *'lesson drawing'* (u.a. Schimmelfennig/Sedelmeier 2005: 20f.), das sowohl instrumentell motiviertes Lernen qua Informationsgewinn als auch normativ motiviertes Lernen durch die Internalisierung neuer Normen umfasst.

Die Kombination beider Prozesslogiken der Selbstsozialisation liefert nicht zuletzt ein geeignetes Forschungslabor für den geforderten Brückenschlag zwischen Rationalismus und Konstruktivismus. Die Rationalisten sähen sich mit der Herausforderung konfrontiert, die Bedingungen von Präferenzwandel – bzw. im Falle der sicherheitspolitischen Novizen Osteuropas die Bedingungen der

³⁹³ Vgl. hierzu auch Jacoby (2004).

Präferenzbildung – durch Informationsgewinn zu spezifizieren. Ein konstruktivistischer Forschungsbeitrag bestünde darin, die noch ausstehende Abgrenzungsarbeit zwischen funktionaler Überzeugung und authentischer Überzeugung bei der selbstinduzierten Normübernahme zu leisten. Inwiefern damit ein Beitrag geleistet würde, „Ordnung in das Chaos derjenigen Tatsachen zu bringen, welche wir in den Kreis unseres Interesses jeweils einbezogen haben“ (Weber 1968: 207), bliebe zur Prüfung dem empirischen Härtetest vorbehalten.

8 LITERATURVERZEICHNIS

A. Monographien und Sammelbände

Asmus, Ronald (2002): *Opening NATO's Door*. New York: Columbia University Press.

Barany, Zoltan D. (1993): *Soldiers and Politics in Eastern Europe, 1945 – 1990*. New York: St. Martin's Press.

Bebler, Anton A. (Hg.) (1997): *Civil-Military Relations in Post Communist Studies, Central and Eastern Europe in Transitions*. Westport, CT: Praeger Publishers.

Bedarff, Hildegard/Bernd Schürmann (1998): *NATO und EU aus der Perspektive Ostmitteleuropas. Meinungsbilder der Eliten in Polen, der Tschechischen Republik, Estland und Lettland*. Münster: LIT Verlag.

Berger, Peter L./Thomas Luckmann (2003): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Neunzehnte Auflage, Frankfurt: Fischer Verlag

Betz, David J. (2004a): *Civil-Military Relations in Russia and Eastern Europe*. London/New York: RoutledgeCurzon.

Betz, David/ John Lowenhardt (Hg.) (2001): *Army and State in Post-Communist Europe*. London: Frank Cass.

Beyme von, Klaus (1994): *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bieniek, Markus (2005): *Polens Westintegration und Ostpolitik. Vorstellungen unterschiedlicher politischer Kräfte im Vergleich*. Münster: LIT Verlag.

Bingen, Dieter (1999): *Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde*. Bonn: Bonn Aktuell.

Born, Hans/Marina Caparini/Karl W. Haltiner/Jürgen Kuhlmann (Hg.) (2006a): *Civil-Military Relations in Europe. Learning from crisis and institutional change*. London/New York: Routledge.

Born, Hans/Karl Haltiner/Marjan Malešič (Hg.) (2004a): *Renaissance of Democratic Control of Armed Forces in Contemporary Societies*. Baden-Baden: Nomos.

Buzan, Barry/Ole Wæver/Jaap de Wilde (1998) (Hg.): *Security. A New Framework for Analysis*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.

Checkel, Jeffrey T. (Hg.) (2007a): *International Institutions and Socialization in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

Clark, Ian (1999): *Globalization and International Relations Theory*. Oxford: Oxford University Press.

Cottey, Andrew (1995): *East-Central Europe after the Cold War. Poland, the Czech Republic, Slovakia and Hungary in the Search of Security*. Basingstoke: Macmillan.

Cottey, Andrew/Timothy Edmunds/Anthony Forster (Hg.) (2002): *Democratic Control of the Military in Postcommunist Europe*. New York: Palgrave Macmillan.

- Cowles, Maria/James Caporaso/Thomas Risse (2001): *Transforming Europe. Europeanization and Domestic Change*. Ithaca: Cornell University Press.
- Danopoulos, Constantine/Daniel Zirker (Hg.) (1996): *Civil-Military Relations in the Soviet and Yugoslav Successor States*. Boulder, CO: Westview Press.
- Deitelhoff, Nicole (2006): *Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Desch, Michael (1999): *Civilian Control of the Military: The Changing Security Environment*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Deutsch, Karl W./Sidney A. Burrell/Robert A. Kann (1969): *Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the light of historical experience*. New York: Greenwood Press.
- Deutsch, Karl W. (1963): *The Nerves of Government. Models of Political Communication and Control*. New York: Free Press.
- Deutschbein, Olaf (2006): *Compliance mit internationalen Verpflichtungen – Die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen unter besonderer Berücksichtigung intra-institutioneller Variationen*, http://www.opus-bayern.de/unibamberg/volltexte/2008/130/pdf/071221_Dissertation-Deutschbein-komplett.pdf [15.2.2010].
- Edmunds, Timothy/Anthony Forster/Andrew Cottey (Hg.) (2006): *Civil-Military Relations in Post-Communist Europe. Reviewing the Transition*. London/New York: Routledge.
- Elster, John/ Claus Offe/ Ulrich K. Preuss (1998): *Institutional Design in Post-communist Societies. Rebuilding the Ship at Sea*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Epstein, Rachel (2008): *In Pursuit of Liberalism. International Institutions in Postcommunist Europe*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Erdödy, Gábor (Hg.) (2003): *Transformationserfahrungen: Zur Entwicklung der politischen Kultur in den EU-Kandidatenländern*. Baden-Baden: Nomos.
- Featherstone, Kevin/Claudio M. Radaelli (Hg.) (2003): *The Politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press.
- Feaver, Peter (1992): *Guarding the Guardians: Civilian Control of Nuclear Weapons in the United States*. Ithaca: Cornell University Press.
- Feldmann, Eva (2000): *Polen: Für Eure und unsere Freiheit. Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität*. Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation.
- Finnemore, Martha (1996): *National Interests in International Society*. Ithaca: Cornell University Press.
- Fischer, Sabine (2003): *Russlands Westpolitik in der Krise, 1992-2000. Eine konstruktivistische Untersuchung*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Flockhart, Trine (Hg.) (2005a): *Socializing Democratic Norms. The Role of International Organizations for the Construction of Europe*. London/New York: Palgrave Macmillan.

- Forster, Anthony/Timothy Edmunds/Andrew Cottey (Hg.) (2002): *The Challenge of Military Reform in Postcommunist Europe. Building Professional Armed Forces*. New York: Palgrave Macmillan.
- Franck, Thomas M. (1990): *The Power of Legitimacy among Nations*. New York: Oxford University Press.
- Gehring, Thomas (2002): *Die Europäische Union als komplexe internationale Organisation. Wie durch Kommunikation und Entscheidung soziale Ordnung entsteht*. Baden-Baden: Nomos.
- George, Alexander L./Andrew Bennett (2005): *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Gerring, John (2007a): *Case Study Research. Principles and Practices*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gerring, John (2001): *Social Science Methodology: A Critical Framework*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gheciu, Alexandra (2005a): *NATO in the 'New Europe'. The Politics of International Socialization after the Cold War*. Stanford, California: Stanford University Press.
- Gießmann, Hans-Joachim (Hg.) (1997/98): *Handbuch Sicherheit 1997: Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten – Fakten – Analysen*. Baden-Baden: Nomos.
- Gießmann, Hans-Joachim (1995): *Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa*. Baden-Baden: Nomos.
- Gitz, Bradley R. (1992): *Armed Forces and Political Power in Europe*. New York: Greenwood Press.
- Goldgeier, James (1999): *Not Whether but When: The U.S. Decision to Enlarge NATO*. Washington, DC: Brookings Institution.
- Górka-Winter, Beata/Marek Madej (2010): *NATO Member States and the New Strategic Concept: An Overview*. Warschau: The Polish Institute of International Affairs.
- Grayson, George W. (1999): *Strange Bedfellows. NATO Marches East*. Lanham, Maryland: University Press of America.
- Grobe, Christian (2007): *Kooperation und Verhandlungen in den Internationalen Beziehungen. Eine Neubetrachtung der ZIB-Debatte aus rationalistischer Perspektive*. Marburg: Tectum Verlag.
- Grugel, Jean (2002): *Democratisation: a Critical Introduction*. London/New York: Palgrave Macmillan.
- Gutierrez, Brad (2002): *Defense Reform in Central Europe and the Challenges of NATO Membership: The Case of Hungary*. Dissertation, University of California, San Diego: Department of Political Science.
- Hague, Rod/Martin Harrop/Shawn Breslin (1998): *Comparative Government and Politics. An Introduction*. Vierte Auflage, Basingstoke: Macmillan.

- Hasenclever, Andreas/Peter Mayer/Volker Rittberger (1997): *Theories of International Regimes*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Heinemann-Grüder, Andreas (2003): *Im Namen der Nato. Sicherheitspolitik und Streitkräfte-reform in Osteuropa*. Münster: LIT Verlag.
- Hudalla, Anneke (2003): *Außenpolitik in den Zeiten der Transformation: Die Europapolitik der Tschechischen Republik 1993-2001*. Münster: LIT Verlag.
- Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. University of Oklahoma: Norman.
- Huntington, Samuel P. (1957): *The Soldier and the State*. Cambridge: Harvard University Press.
- Jacoby, Wade (2004): *The Enlargement of the EU and NATO: Ordering from the Menu in Central Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Janowitz, Morris (1960): *The Professional Soldier: A Social and Political Portrait*. New York: Free Press.
- Jones, Christopher D. (1981): *Soviet Influence in Eastern Europe*. New York: Praeger.
- Jones, Ellen (1985): *Red Army and Society: a sociology of the Soviet Military*. Boston: Allen and Unwin.
- Kay, Sean (1998): *NATO and the Future of European Security*. New York: Rowan & Littlefield Publishers.
- Keck, Margaret E./Kathryn Sikkink (1998): *Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics*. Ithaca: Cornell University Press.
- Kelley, Judith (2004a): *Ethnic Politics in Europe: The Power of Norms and Incentives*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Keohane, Robert O./ Stanley Hoffmann (Hg.): *After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- King, Gary/Robert O. Keohane/Sidney Verba (1994) (Hg.): *Designing Social Inquiry. Scientific Inference in Qualitative Research*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Kozhemiakin, Alexander V. (1998): *Expanding the Zone of Peace? Democratization and International Security*. Basingstoke: Macmillan.
- Linden, Ronald H. (Hg.) (2002): *Norms and Nannies. The Impact of International Organization on the Central and East European States*. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers.
- Linz, Juan J./Alfred Stephan (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*. Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press.
- Maćków, Jerzy (2005): *Totalitarismus und danach. Einführung in den Kommunismus und die postkommunistische Systemtransformation*. Baden-Baden: Nomos.

- Maćków, Jerzy (1998): Die Konstruktion politischer Stabilität. Polen und Russland in den Umbrüchen der achtziger und neunziger Jahre. Baden-Baden: Nomos.
- Mansfeldová, Zdenka/Vera Sparschuh/Agnieszka Wenninger (Hg.) (2005): Patterns of Europeanisation in Central and Eastern Europe. Hamburg: Reinhold Krämer.
- Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. Achte Auflage, Weinheim/Basel: Beltz.
- March, James G./Johan R. Olsen (1989): Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics. New York: Free Press.
- Mares, David R. (1998): Civil-Military Relations. Building Democracy and Regional Security in Latin America, Southern Asia, and Central Europe. Boulder: Westview Press.
- Matthes, Claudia-Yvette (1999): Polen und Ungarn – Parlamente im Systemwechsel. Zur Bedeutung einer politischen Institution für die Konsolidierung neuer Demokratien. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang/ Eberhard Sandschneider/ Dieter Segert (Hg.) (1996): Systemwechsel. Band 2: Die Institutionalisierung der Demokratie. Opladen: Leske + Budrich.
- Michta, Andrew A. (Hg.) (1999a): America's New Allies. Poland, Hungary and the Czech Republic in NATO. Seattle/London: University of Washington Press.
- Michta, Andrew A. (1997): The Soldier-Citizen: The Politics of Polish Army after Communism. London: Palgrave MacMillan.
- Normann, Christine (2005): Polens Rolle in der EU-Verfassungsdebatte. Münster: LIT Verlag.
- Offe, Claus (1994): Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im neuen Osten. Frankfurt a.M.: Campus.
- Ostrom, Elinor/Roy Gardner/James Walker (1994): Rules, Games, and Common Pool Resources. Ann Arbor: The University of Michigan Press.
- Overhaus, Marco (2009): Die deutsche NATO-Politik: Vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus. Baden-Baden: Nomos.
- Pollack, Detlef (Hg.) (2004): Democratic Values in Central and Eastern Europe. Frankfurt (Oder): Frankfurter Institut für Transformationsstudien.
- Pridham, Geoffrey/George Sanford/Eric Herring (Hg.) (1994): Building Democracy: The International Dimension of Democratisation in Eastern Europe. Leicester: Leicester University Press.
- Ragin, Charles C. (1987): The Comparative Method. Moving Beyond Qualitative and Quantitative Strategies. Berkeley: University of California Press.
- Richter, Rudolf (2002): Verstehende Soziologie. Wien: Facultas WUV.

- Riecke, Henning (Hg.) (2007): Die Transformation der NATO. Die Zukunft der euro-atlantischen Sicherheitskooperation. Baden-Baden: Nomos.
- Schimmelfennig, Frank (2003a): The EU, NATO and the Integration of Europe. Rules and Rhetoric. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schimmelfennig, Frank/Stefan Engert/Heiko Knobel (2006): International Socialization in Europe. European Organizations, Political Conditionality and Democratic Change. New York: Palgrave Macmillan.
- Schimmelfennig, Frank/Ulrich Sedelmeier (Hg.) (2005): The Europeanization of Central and Eastern Europe. Ithaca/London: Cornell University Press.
- Schmidt, Manfred G. (2000): Demokratietheorien. Dritte Auflage, Opladen: Leske + Budrich.
- Schwarz, Jürgen/Jan Wiktor Tkaczyński/Christoph Ulrich Vogel (Hg.): Polen und die neue NATO. Modalitäten der Integration. Frankfurt a.M.
- Seidelmann, Reimund (Hg.) (2002): EU, NATO and the Relationship Between Transformation and External Behaviour in Post-Socialist Eastern Europe. The Cases of the Slovak Republic, Bulgarie, Romania and Ukraine. Baden-Baden: Nomos.
- Simon, Jeffrey (2004a): Poland and NATO. A Study in Civil-Military Relations. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers.
- Simon, Jeffrey (2004b): NATO and the Czech & Slovak Republics. A Comparative Study in Civil-Military Relations. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers.
- Simon, Jeffrey (1996): NATO Enlargement and Central Europe: A Study in Civil-Military Relations. Fort McNair: National Defense University.
- Simon, Jeffrey (1995a): NATO-Enlargement: Opinions and Options. Washington D.C.: National Defense University Press.
- Smith, Hazel (2000): Democracy and International Relations. London/New York: Palgrave Macmillan.
- Stöckel, Frens (2007): Strategien und Einflüsse von EU, NATO und OSZE auf osteuropäische Transformationsstaaten. Zur Entwicklung paneuropäischer Sicherheitskooperationen und Demokratieförderung zwischen 1989 und 2005. Berlin: Logos Verlag.
- Szayna, Thomas (1991): The Military in a Postcommunist Poland. Washington D.C.: Rand.
- Theiler, Olaf (2003): Die NATO im Umbruch. Bündnisreform im Spannungsfeld konkurrierender Interessen. Baden-Baden: Nomos.
- Tsebelis, George (2002): Veto Players: How Political Institutions Work. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Townson, Michael (1992): Mother-tongue and Fatherland: Language and Politics in Germany. Manchester/New York: Manchester University Press.

Ulrich Peterson, Marybeth (1999): *Democratizing Communist Militaries: The Cases of the Czech and Russian Armed Forces*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Urban, Thomas (1992): *Polen*. München: Verlag CH Beck.

Van Evera, Stephen (1997): *Guide to Methods for Students of Political Science*. Ithaca: Cornell University Press.

Vogel, Christoph Ulrich (1999): *Stabilitätstransfer durch die NATO am Beispiel Polens*. Frankfurt a.M.

Wæver, Ole (1995): *Securitization and Desecuritization*, in: Ronnie D. Lipschutz (Hg.): *On Security*. New York: Columbia University Press, 46-86.

Weichsel, Volker (2007): *Tschechien in Europa. Nationalpolitische Traditionen und integrationspolitische Konzepte*. Münster: LIT Verlag.

Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Werkner, Ines-Jacqueline/Clemens Gause (Hg.) (2007): *Streitkräfte und Demokratie. Transformationsprozesse in post-sozialistischen Staaten*. Baden-Baden: Nomos.

Whitehead, Laurence (Hg.) (2002): *Democratisation Theory and Practice*. Oxford: Oxford University Press.

Whitehead, Laurence (Hg.) (1996): *The International Dimensions of Democratization. Europe and the Americas*. Oxford: Oxford University Press.

Widmaier, Ulrich/Andrea Gawrich/Ute Becker (1999): *Regierungssysteme in Zentral- und Osteuropas*. Opaten: Leske + Budrich.

Wiatr, Jerzy J. (1988): *The soldier and the nation: the role of the military in Polish politics, 1918-1985*. Boulder: Westview Press.

Zürn, Michael (1992): *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendung eines situationsstrukturellen Ansatzes*. Opladen: Leske + Budrich.

Żebrowski, A. (1998): *Kontrola cywilna nad siłami zbrojnymi Rzeczpospolitej Polskiej*. Warschau: Bellona.

Zielonka, Jan/Alex Pravda (Hg.): *Democratic Consolidation in Eastern Europe: International and Transnational Factors*. Oxford: Oxford University Press.

Ziemer, Veronika (2009): *Zwischen Europa und Amerika. Polens Außen- und Sicherheitspolitik nach 1989*. Wiesbaden: VS Verlag.

B. Aufsätze, Sammelbandbeiträge, Arbeitspapiere

Abell, Susan B. (2005): *The Joint Contact Team Program. A Research Report Submitted to the Faculty in Partial Fulfillment of the Graduation Requirements*, Maxwell Air Force Base, Alabama.

- Adler, Emanuel (2008): The Spread of Security Communities: Communities of Practice, Self-Restraint, and NATO's Post-Cold War Transformation, in: *European Journal of International Relations* 14:2, 195-230.
- Adler, Emanuel (2002): Constructivism and International Relations, in: Walter Carlsnaes/ Thomas Risse/ Beth A. Simons (Hg.): *Handbook of International Relations*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 95-118.
- Adler, Emanuel/Michael Barnett (1998a): A framework for the study of security communities, in: Dies. (Hg.): *Security Communities*. Cambridge: Cambridge University Press, 29-65.
- Adler, Emanuel/Michael Barnett (1998b): Studying security communities in theory, comparison, and history, in: Dies. (Hg.): *Security Communities*. Cambridge: Cambridge University Press, 413-441.
- Adler, Emanuel (1997): Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: *European Journal of International Relations*, 3:3, 319-363.
- Alamir, Melanie Fouzieh (2000): Die NATO unter Reaktionszwang, in: *Die politische Meinung*, Nr. 368/Juli 2000, S. 35-39.
- Alamir, Melanie/August Pradetto (1997): Osteuropa und die NATO: Identitätssuche als Motiv für die Sicherheitspolitik. *Studien zur internationalen Politik* Nr. 1. Hamburg.
- Axelrod, Robert (1986): An Evolutionary Approach to Norms, in: *American Political Science Review*, 80:4, 1095-1111.
- Barany, Zoltan (1999): An Outpost on the Troubled Periphery, in: Andrew Michta (Hg.): *America's New Allies: Poland, Hungary, and the Czech Republic in NATO*. Seattle: University of Washington Press, 74-111.
- Barany, Zoltan (1993b): Civil-Military Relations in Comparative Perspective: East-Central and Southeastern Europe, in: *Political Studies*, 41:4, 594-610.
- Barber, James D. (1992): *The Presidential Character: Predicting Performance in the White House*. Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice Hall.
- Barnett, Michael/Martha Finnemore (1999): The Politics, Power, and Pathologies of International Organizations, in: *International Organization*, 53:3, 699-732.
- Bartoszewski, Władysław (2000): Anstelle eines Vorwortes, in: Eva Feldmann: *Polen: Für Eure und unsere Freiheit. Zum Verständnis der polnischen Gesellschaft, Kultur und Identität*. Frankfurt a.M.: IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation, 7-14.
- Bennett, Andrew (2004): Case Study Methods: Design, Use, and Comparative Advantage, in: Detlef F. Sprinz/Yael Wolinsky-Nahmias (Hg.): *Models, Numbers, and Cases. Methods for Studying International Relations*. Ann Arbor: The University of Michigan Press, 19-55.
- Bernauer, Thomas/Ronald B. Mitchell (1998): Empirical research on international environmental policy: designing qualitative case studies, in: *Journal of Environment and Development*, 7:1, 4-31.

Betz, David J. (2004b): Civil-Military Relations in the Czech Republic: Ambivalent Reformers, Immature Structures, in: Natalie L. Mychajlyszyn/Harald von Riekhoff (Hg.): The Evolution of Civil-Military Relations in East-Central Europe and the Former Soviet Union. Westport: Praeger Publishers, S. 41-61.

Bingen, Dieter (1994): Polens außen- und sicherheitspolitische Prioritäten. Der Westen, die NATO und Russland. Bericht Nr. 16. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Bingen, Dieter (1982): Solidarność – eine polnische Gewerkschaft und gesellschaftliche Bewegung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B29-30, 3-25.

Bland, Douglas L. (2004): 'Your Obedient Servant': The Military's Role in the Civil Control of Armed Forces, in: Hans Born/Karl W. Haltiner/ Marjan Malešič (Hg.): Renaissance of Democratic Control of Armed Forces in Contemporary Societies. Baden-Baden: Nomos, 25-36.

Bland, Douglas L. (2001): Patterns in Liberal Democratic Civil-Military Relations, in: Armed Forces & Society, 27:4, 525-40.

Bland, Douglas L. (1999a): A Unified Theory of Civil-Military Relations, in: Armed Forces & Society, 26:1, 7-26.

Bland, Douglas L. (1999b): Managing the Expert Problem in Civil-Military Relations, in: European Security, 8:3, 25-43.

Bland, Douglas (1995): Protecting the Military from Civilian Control: A Neglected Dimension of Civil-Military Relations, in: Ernest Gilman/Detlef E. Herold (Hrsg.): Democratic and Civil Control over Military Forces – Case Studies and Perspectives. NATO Defense College Monograph Series, Nr. 3. Rom: NATO Defense College, 107-127.

Blasek, Roman (1998): Perception of Security Risks by the Population of the Czech Republic, in: The Journal of Slavic Military Studies, 11:3, 89-96.

Bobinski, Christopher (2003): Polish Illusions and Reality, in: Anatol Lienen/Dmitri Trenin (Hg.): Ambivalent Neighbours. The EU, NATO, and the Price of Membership. Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 231-244.

Borawski, John (1995): Partnership for Peace and beyond, in: International Affairs, 17:2, 233-246.

Born, Hans/Marina Caparini/Karl W. Haltiner/Jürgen Kuhlmann (2006b): Civilians and the military in Europe, in: dies. (Hg.): Civil-Military Relations in Europe. Learning from crisis and institutional change. London/New York: Routledge, 3-17.

Born, Hans/Marina Caparini/Karl W. Haltiner/Jürgen Kuhlmann (2006c): Patterns of democratic governance of civil-military relations, in: dies. (Hg.): Civil-Military Relations in Europe. Learning from crisis and institutional change. London/New York: Routledge, 235-255.

Born, Hans/Karl W. Haltiner/Marjan Malešič (2004b): Democratic Control of Armed Forces: Renaissance of An Old Issue, in: Dies. (Hg.): Renaissance of Democratic Control of Armed Forces in Contemporary Societies. Baden-Baden: Nomos, 13-21.

Börzel, Tanja (2005): Europeanization: How the European Union Interacts with its Member States, in: Simon Bulmer/Christian Lequesne (Hg.): The Member States of the European Union. Oxford: Oxford University Press, 45-69.

Börzel, Tanja/Thomas Risse (2003): Conceptualizing the Domestic Impact of Europe, in: Featherstone, Kevin/Claudio M. Radaelli (Hg.) (2003): The Politics of Europeanization. Oxford: Oxford University Press, 57-80.

Bourdieu, Pierre (1987): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Breuning, Marijke (2007): Foreign Policy Analysis. A Comparative Introduction. New York: Palgrave Macmillan.

Broer, Michael (1997): Die Entwicklung der Politik der NATO zur Osterweiterung, in: August Pradetto (Hg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 43-76.

Busza, Eva (2002): Institutional Change and Post-Communist States: The Transformation of Civilian Control in Poland, Hungary, the Czech Republic, and Russia, in: Andrew P. Cortell/Susan Peterson (Hg.): Altered States. International Relations, Domestic Politics, and Institutional Change. Lanham, Maryland: Lexington Books, 119-143.

Busza, Eva (1996): Transition and Civil-Military Relations in Poland and Russia, in: Communist and Postcommunist Studies, 29:2, 167-84.

Carnovale, Marco (1997): NATO Partners and Allies: Civil-Military Relations and Democratic Control of the Armed Forces, in: NATO Review, 45:3, 32-35.

Checkel, Jeffrey T. (2007b): International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework, in: Ders. (Hrsg.): International Institutions and Socialization in Europe. Cambridge: Cambridge University Press, 3-27.

Checkel, Jeffrey T. (2005): International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework, in: International Organization 59:4, 801-826.

Checkel, Jeffrey T. (2001a): Why Comply? Social Learning and European Identity Change, in: International Organization, 55:3, 553-588.

Checkel, Jeffrey T. (2001b): From meta- to substantive theory? Social constructivism and the study of Europe, in: European Union Politics, 2:2, 219-226.

Checkel, Jeffrey T. (2001c): Constructivism and Integration Theory: Crash Landing or Safe Arrival?, in: European Union Politics, 2:2, 240-249.

Checkel, Jeffrey T. (1999): Norms, Institutions, and National Identity in Contemporary Europe, in: International Studies Quarterly, 43:1, 83-114.

Checkel, Jeffrey T./Andrew Moravcsik (2001): A Constructivist Research Program in EU Studies?, in: European Union Politics, 2:2, 219-249.

Ciută, Felix (2002): The End(s) of NATO: Security, Strategic Action and Narrative Transformation, in: Contemporary Security Policy, 23:1, 35-62.

Clemmesen, Michael H. (1999): Integration of New Alliance Members: The Intellectual-Cultural Dimension, in: Defense Analysis, 15:3, S. 261-272.

- Cortell, Andrew P./James W. Davis (2005): When Norms Clash: International Norms, Domestic Practices, and Japan's Internalization of GATT/WTO, in: *Review of International Studies*, 31:3, 3-25.
- Cortell, Andrew P./James W. Davis (2000): Understanding the Domestic Impact of International Norms: A Research Agenda, in: *International Studies Review*, 2:1, 65-87.
- Cortell, Andrew P./James W. Davis (1996): How Do International Institutions Matter? The Domestic Impact of International Rules and Norms, in: *International Studies Quarterly*, 40:4, 451-478.
- Cottey, Andrew/ Timothy Edmunds/ Anthony Forster (2006): Civil-Military Relations in Postcommunist Europe: Assessing the Transition, in: Timothy Edmunds/Andrew Cottey/Anthony Forster (Hg.): *Civil-Military Relations in Postcommunist Europe. Reviewing the Transition*. London/New York, 1-16.
- Cottey, Andrew/ Timothy Edmunds/ Anthony Forster (2005): Civil-Military Relations in Postcommunist Europe: Assessing the Transition, in: *European Security*, 14:1, 1-16.
- Cottey, Andrew/Anthony Forster (2004): *Reshaping Defence Diplomacy: New Roles for Military Cooperation and Assistance*. Adelphi Paper 365, IISS. Oxford: Oxford University Press.
- Cottey, Andrew/Timothy Edmunds/Anthony Forster (2002b): The Second Generation Problematic: Rethinking Democracy and Civil-Military Relations, in: *Armed Forces & Society*, 29:1, 31-56.
- Coughlan, Elizabeth P. (1999): Democratization and the Military in Poland: Establishing Democratic Civilian Control, in: Constantine Danopoulos/Daniel Zirker (Hg.): *The Military and Society in the Former Eastern Bloc*. Boulder, 115-136.
- Coughlan, Elizabeth P. (1998): Democratizing Civilian Control: The Polish Case, in: *Armed Forces & Society*, 24:4, 519-532.
- Coughlan, Elizabeth P. (1997): The Changing Structure and Values of the Polish Military, in: John P. Lovell/David E. Albright (Hg.): *To Sheathe the Sword. Civil-Military Relations in the Quest for Democracy*. Westport/London: Greenwood Press, 53-63.
- Cox, Robert Henry/Erich G. Frankland (1995): The Federal State and the Breakup of Czechoslovakia: An Institutional Analysis, in: *Publius*, 25:1, 71-88.
- Cragg, Anthony (1995): Das Planungs- und Überprüfungsverfahren der Partnerschaft für den Frieden, in: *NATO-Brief*, 6/1995, 23-25.
- Culik, Jan (1999): Ten Years after Communism: The Great Czech Malaise, in: *Central Europe Review*, 1:1, <http://www.ce-review.org/99/1/culik1.html> [13.8.2009].
- Cziomer, Erhard (1998): Polen und die NATO-Beitrittskosten, in: August Pradetto/Melanie Fouzieh Alamir (Hg.): *Die Debatte über die Kosten der NATO-Osterweiterung*. Baden-Baden: Nomos, 151-160.
- Donnelly, Christopher (2001a): Reform Realities, in: *NATO Review* 49:3, 30-33.

- Donnelly, Christopher (2001b): Civil-Military Relations in the New Democracies, in: *The Journal of Communist Studies and Transition politics*, 17:2, 7-10.
- Donnelly, Christopher (1997): Defence Transformation in the New Democracies: A Framework for Tackling the Problem, in: *NATO Review*, 45:1, <http://www.nato.int/docu/review/1997/9701-4.htm> [12.1.2010].
- Dragsdahl, Joergen (1998): NATO Resists Pressures to Militarise Central Europe. BASIC Occasional Paper 28, <http://www.basicint.org/pubs/Papers/BP28.htm> [5.1.2010].
- Drulák, Petr/Lucie Königsová (2005): The Czech Republic: from Socialist Past to Socialized Future, in: Flockhart, Trine (Hg.): *Socializing Democratic Norms. The Role of International Organizations for the Construction of Europe*. London/New York: Palgrave Macmillan, 149-168.
- Drulák, Petr/Michal Kořan/Jan Růžička (2008): Außenpolitik in Ostmitteleuropa. Von Universalisten, Atlantikern, Europäern und Souveränisten, in: *Osteuropa*, 58:7, 139-152.
- Duffield, John (2007): What Are International Institutions?, in: *International Studies Review*, 9:1, 1-22.
- Dunn, David H. (2003): Poland: America's New Model Ally, in: Marcin Zaborowski/Ders. (Hg.): *Poland. A New Power in Transatlantic Security*. London/Portland: Frank Cass, 63-86.
- Dutkiewicz, Piotr (2004): Postcommunist Civil-Military Relations in Poland, in: Natalie L. Mychajlyszyn/Harald von Rieckhoff (Hg.): *The Evolution of Civil-Military Relations in East-Central Europe and the Former Soviet Union*. Westport, 83-102.
- Dutkiewicz, Piotr/Slawomir Lodzinski (1998): The "Grey Zone". Poland's Security Policy Since 1989, in: Piotr Dutkiewicz/Robert J. Jackson (Hg.): *NATO Looks East*. Westport, CT: Praeger Publishers, 87-98.
- Eckstein, Harry (1992): Case Study and Theory in Political Science, in: Ders. (Hg.): *Regarding politics: Essays on political theory, stability and change*. Berkeley/Los Angeles/Oxford: University of California Press, 117-176.
- Edmunds, Timothy (2003): NATO and its New Members, in: *Survival*, 45:3, 145-166.
- Epstein, Rachel/Ulrich Sedelmeier (2008): Beyond conditionality: international institutions in postcommunist Europe after enlargement, in: *Journal of European Public Policy*, 15:6, 795-80.
- Epstein, Rachel (2006): When Legacies Meet Policies: NATO and the Refashioning of Polish Military Tradition, in: *East European Politics & Societies* 20:2, 254-285.
- Epstein, Rachel (2005): NATO Enlargement and the Spread of Democracy, in: *Evidence and Expectations*, in: *Security Studies*, 14:1, 63-105.
- Epstein, Rachel (2003): *The Internationalization of Finance and Defense in Postcommunist Poland*. EUI Working Papers 2003/02. Florenz: European University Institute.

Esser, Hartmut (2003): Die Rationalität der Werte. Die Typen des Handelns und das Modell der soziologischen Erklärung, in: Gert Albert/ Agathe Bienfait/ Steffen Sigmund/ Claus Wendt (Hg.): Das Weber-Paradigma. Studien zur Weiterentwicklung von Max Webers Forschungsprogramm. Tübingen: Mohr (Siebeck), 153-187.

Eyal, Jonathan (1997): NATO's enlargement: anatomy of a decision, in: *International Affairs*, 73:4, S. 695-719.

Farrell, Theo (2002): Constructivist Security Studies: Portrait of a Research Program, in: *International Studies Review*, 4:1, 49-72.

Fearon, James/ Alexander Wendt (2002): Rationalism v. Constructivism: A Skeptical View, in: Walter Carlsnaes/ Thomas Risse/ Beth A. Simons (Hg.): *Handbook of International Relations*. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 52-72.

Feaver, Peter (1999): Crisis as Shirking: An Agency Theory Explanation of the Souring of American Civil-Military Relations, in: *Armed Forces & Society*, 24:3, 407-434.

Feaver, Peter (1996): The Civil-Military Problematique: Huntington, Janowitz, and the Question of Civilian Control, in: *Armed Forces & Society*, 23:2, 149-178.

Ferejohn, John (1991): Rationalism and Interpretation, in: K.R. Monroe (Hg.): *The Economic Approach to Politics*. New York: HarperCollins, 279-305.

Fields, Frank/Jack Jensen (1998): Military Professionalism in Postcommunist Hungary and Poland: An Analysis and Assessment, in: *European Security*, 7:1, 117-155.

Finnemore, Martha (1996): Norms, Culture, and World Politics: Insights from Sociology's Institutionalism, in: *International Organization*, 50:2, 325-347.

Finnemore, Martha (1993): International Organizations as Teachers of Norms: The United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization and Science Policy, in: *International Organization*, 47:4, 565-597.

Finnemore, Martha/Kathryn Sikkink (1998): International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization*, 52:4, 887-917.

Fischer, Sabine (2005): Dissonante Diskurse und fragmentierte Außenpolitik – Russland und der Krieg der NATO im Kosovo, in: Cornelia Ulbert/Christoph Weller (Hg.): *Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik*. Wiesbaden: VS Verlag, 157-189.

Flockhart, Trine (2006): Complex Socialization: A framework for the Study of State Socialization, in: *European Journal of International Relations*, 12:1, 89-118.

Flockhart, Trine (2005b): Socialization and Democratization: A Tenuous but Intriguing Link, in: Dies. (Hg.): *Socializing Democratic Norms. The Role of International Organizations for the Construction of Europe*. London/New York: Palgrave Macmillan, 1-20.

Flockhart, Trine (2005c): Complex Socialization and the Transfer of Democratic Norms, in: Dies. (Hg.): *Socializing Democratic Norms. The Role of International*

Organizations for the Construction of Europe. London/New York: Palgrave Macmillan, 43-62.

Flockhart, Trine (2004): 'Masters and Novices': Socialization and Social Learning through the NATO Parliamentary Assembly, in: *International Relations*, 18:3, 361-380.

Forschungsgruppe Menschenrechte (1998): Internationale Menschenrechtsnormen, transnationale Netzwerke und politischer Wandel in den Ländern des Südens, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 5: 1, 5-41.

Forster, Anthony (2003): West Looking East: Civil-Military Relations Policy Transfer in Central and Eastern Europe, in: Hans Born/Marina Caparini/Philipp Fluri (Hg.): *Security Sector Reform and Democracy in Transitional Societies*. Baden-Baden: Nomos, 15-19.

Forster, Anthony/Timothy Edmunds/Andrew Cottey (2002): Introduction: The Professionalisation of Armed Forces in Postcommunist Europe, in: Dies. (Hg.): *The Challenge of Military Reform in Postcommunist Europe. Building Professional Armed Forces*. New York: Palgrave Macmillan, 1-16.

Frank, Cornelia (2009): Die Erweiterungspolitik von Sicherheitsgemeinschaften. Die NATOisierung Polens, in: Sebastian Harnisch/Hanns W. Maull/Siegfried Schieder (Hg.): *Solidarität und internationale Gemeinschaftsbildung. Beiträge zur Soziologie der internationalen Beziehungen*. Frankfurt a.M.: Campus, 193-220.

Frank, Cornelia (2005): Polnische Sicherheitspolitik in der Transformation. DIAS-Analyse Nr. 17. Düsseldorf: Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik.

Frank, Cornelia (2003): Polnische Sicherheitspolitik. Warschauer Position zur ESVP. Eine gesellschaftstheoretische Annäherung. Arbeitspapier Nr. 2/2003 der Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung. Hamburg: Universität Hamburg.

Fučík, Josef (1998): Tschechische Republik: Ausgaben für die Mitgliedschaft in der NATO, in: August Pradetto/Melanie Fouzieh Alamir (Hg.): *Die Debatte über die Kosten der NATO-Osterweiterung*. Baden-Baden: Nomos, 161-171.

Furtak, Robert K. (2002): Zum Verhältnis von Staatspräsident und Regierung in postsozialistischen Staaten, in: Otto Luchterhandt (Hg.): *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Probleme der Ausbildung stabiler Machtinstitutionen*. Zweite, aktualisierte Auflage. Berlin: Arno Spitz, 123-174.

Gabal, Ivan/Lenka Hesusova/Thomas Szayna (2002): *The Impact of NATO Membership in the Czech Republic: Changing Czech Views of Security, Military and Defence*. Working Paper G107, The Conflict Studies Research Centre. Camberley, Surrey: The Conflict Studies Research Centre.

Garlicki, Leszek Lech (1997): The Presidency in the Polish Constitution, in: *East European Constitutional Review*, 6:2/3, 81-89.

Geddes, B. (1990): How the Cases You Choose Affect the Answers You Get: Selection Bias in Comparative Politics, in: James Stimson (Hg.): *Political Analysis*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press, 131-150.

- George, Alexander L. (1979): Case Studies and Theory Development: The Method of Structured, Focused Comparison, in: Paul Gordon Lauren (Hg.): *Diplomacy: New Approaches in History, Theory, and Policy*. New York: Free Press, 43-68.
- Gerring, John (2007b): The case study: what it is and what it does, in: Carles Boix/Susan C. Stokes (Hg.): *The Oxford Handbook of Comparative Politics*. Oxford: Oxford University Press, 90-122.
- Gheciu, Alexandra (2007): Security Institutions as Agents of Socialization? NATO and the 'New Europe', in: Jeffrey T. Checkel (Hrsg.): *International Institutions and Socialization in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 171-207.
- Gheciu, Alexandra (2005b): Security Institutions as Agents of Socialization? NATO and the 'New Europe', in: *International Organization* 59:4, 973-1012.
- Gießmann, Hans-Joachim (2001): Czech Republic, in: Ders./Gustav E. Gustenau (Hg.): *Security Handbook 2001*. Baden-Baden: Nomos, 199-223.
- Gießmann, Hans-Joachim (1997/98): Polen, in: Ders. (Hg.): *Handbuch Sicherheit 1997: Militär und Sicherheit in Mitteleuropa im Spiegel der NATO-Erweiterung. Daten – Fakten – Analysen*. Baden-Baden: Nomos, 247-273.
- Glantz, David M. (1999): Military Training and Education Challenges in Poland, the Czech Republic, and Hungary: Conclusions and Recommendations, in: *The Journal of Slavic Military Studies*, 12:1, 1-12.
- Glantz, David M. (1998): Accomplishments, Strengths, and Weakness of the US Military (Security) Assistance Program, in: *The Journal of Slavic Military Studies*, 11:4, 1-71.
- Goetz, Klaus/Harold Wollmann (2001): Governmentalizing Central Executives in Post Communist Europe: A Four Country Comparison, in: *Journal of European Public Policy*, 8:6, 864-887.
- Gogolewska, Agnieszka (2006): Problems confronting civilian democratic control of Poland, in: Hans Born/Marina Caparini/Karl W. Haltiner/Jürgen Kuhlmann (Hg.) (2006): *Civil-Military Relations in Europe. Learning from crisis and institutional change*. London/New York: Routledge, 97-113.
- Gogolewska, Agnieszka (1996): Civilian Control of the Military and post-1989 Changes in Polish Legislation, in: *The Polish Quarterly of International Affairs*, 6:1, 61-82.
- Gourevitch, Peter (1978): The Second Image Reversed: The International Sources of Domestic Politics, in: *International Organization* 32:4, 881-912.
- Granville, Johanna (1999): The Many Paradoxes of NATO Enlargement, in: *Current History*, 98:627, 165-170.
- Grugel, Jean (2005): The 'International' in Democratization: Norms and the Middle Ground, in: Trine Flockhart (Hg.): *Socializing Democratic Norms. The Role of International Organizations for the Construction of Europe*. London/New York: Palgrave Macmillan, 23-42.
- Guzzini, Stefano (2000): A Reconstruction of Constructivism in International Relations, in: *European Journal of International Relations*, 6:2, 147-182.

- Haas, Peter (1992): Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination, in: *International Organization*, 46:1, 1-36.
- Hall, Peter A./Rosemary C.R. Taylor (1996): Political Science and the Three New Institutionalisms, in: *Political Studies*, 41:5, 936-957.
- Handl, Vladimir (2009): Vom Sowjetsatelliten zur Westintegration. Zwanzig Jahre tschechische Europapolitik: Eine Bilanz, in: *Osteuropa*, 59:2-3, 357-367.
- Hedstroem, Peter/Richard Swedberg (1998): Social mechanisms: An introductory essay, in: dies. (Hg.): *Social Mechanisms. An Analytical Approach to Social Theory*. Cambridge: Cambridge University Press, 1-31.
- Herspring, Dale R. (1999): Samuel Huntington and Communist Civil-Military Relations, in: *Armed Forces & Society*, 25:4, 557-577.
- Herspring, Dale R. (1994): 'Refolution' in Eastern Europe: The Polish, Czech, Slovak and Hungarian Militaries, in: *European Security*, 3: 4, 664-690.
- Hodný, Jiří (1998): The Prestige of Professional Czech Soldiers in the Eyes of the General Public, in: *The Journal of Slavic Military Studies*, 11:3, 97-104.
- Holzinger, Katharina (2001): Kommunikationsmodi und Handlungstypen in den Internationalen Beziehungen. Anmerkungen zu einigen irreführenden Dichotomien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 8:2, 243-286.
- Hovi, Jon (2004): Causal Mechanisms and the Study of International Environment Regimes, in: Arild Underdal/ Oran R. Young (Hg.): *Regime Consequences: Methodological Challenges and Research Strategies*. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers, 71-86.
- Hybner, Jiri (2001): The Significance of the Washington Summit for Strengthening the Membership of the Czech Republic in NATO. NATO-EAPC Fellowship Report, 1999-2001. Brüssel: NATO-Hauptquartier, <http://www.nato.int/acad/fellow/99-01/hybner.pdf> [13.8.2009].
- Ikenberry, G. John/Charles A. Kupchan (1990): Socialization and Hegemonic Power, in: *International Organization*, 44:3, 283-315.
- Jaeger, Hans-Martin (1996): Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3:2, 313-340.
- Jelin, Elizabeth (1996): Citizenship Revisited: Solidarity, Responsibility and Rights, in: Dies./Eric Hershberg (Hg.): *Constructing Democracy: Human Rights, Citizenship and Society in Latin America*. Boulder, CO: Westview Press, 101-120.
- Jepperson, Ronald L./Alexander Wendt/Peter J. Katzenstein (1996): Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Peter J. Katzenstein (Hg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press, 33-75.
- Johnston, Alastair Iain (2007): Conclusions and Extensions: Toward Mid-Range Theorizing and Beyond Europe, in: Jeffrey T. Checkel (Hg.): *International Institutions and Socialization in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 211-240.

- Johnston, Alastair Iain (2001): Treating International Institutions as Social Environments, in: *International Studies Quarterly* 45:4, 487-515.
- Johnson, Meredith Mae (1995): Civil-Military Relations in Central and Eastern Europe, in: Ernest Gilman/Detlef E. Herold (Hg.): *Democratic and Civil Control over Military Forces – Case Studies and Perspectives*. NATO Defense College Monograph Series, Nr. 3. Rom: NATO Defense College, 9-43.
- Johnson, Stuart E. (1999): Force Planning Challenges for NATO's New Members, in: Reiner K. Huber/Hans W. Hofmann (Hg.): *Defense Analysis for the 21st Century: Issues, Approaches, Models*. Baden-Baden: Nomos, 95-105.
- Jones, Christopher D. (2001): The Logic of NATO Enlargement: Denationalization, Democratization, Defense of Human Rights, and Denuclearization, in: Bettie M. Smolansky/Oles M. Smolansky (Hg.): *The Lost Equilibrium: International Relations in the Post-Soviet Era*. Bethlehem: Lehigh University Press, 227-56.
- Jupille, Joseph/James A. Caporoso/Jeffrey T. Checkel (2003): Integrating Institutions: Rationalism, Constructivism, and the Study of the European Union, in: *Comparative Political Studies*, 36:1-2, 7-40.
- Kacowicz, Arie M. (2004): Case Study Methods in International Security Studies, in: Detlef F. Sprinz/Yael Wolinsky-Nahmias (Hg.): *Models, Numbers, and Cases. Methods for Studying International Relations*. Ann Arbor: The University of Michigan Press, 107-125.
- Kamp, Karl-Heinz (2006): NATO-Gipfel 2006. Das Bündnis auf Themensuche. KAS-Papier 156/2006, Berlin.
- Karkoszka, Andrzej (1994): Dilemmas of the Partnership for Peace, in: *The Polish Quarterly of International Affairs*, 4:2, 13-24.
- Kelley, Judith (2004b): International Actors on the Domestic Scene: Membership Conditionality and Socialization by International Institutions, in: *International Organization* 58:2, 425-457.
- Kohl, Radek (2004): Czech Republic, in: Hans-Joachim Gießmann (Hg.): *Security Handbook 2004. The Twin Enlargement of NATO and EU*. Baden-Baden: Nomos, 95-120.
- Kohl, Radek (2001): Czech Republic: A Pan-European Perspective, in: Gale A. Mattox/Arthur R. Rachwald (Hg.): *Enlarging NATO. The National Debates*. Boulder/London: Lynne Rienner, 147-165.
- Kolkowicz, Roman (1982): Towards a Theory of Civil-Military Relations in Communist (Hegemonial) Systems, in: Ders./Andrzej Korbonski (Hg.): *Soldiers, Peasants, and Bureaucrats*. London: Allen and Unwin, 231-251.
- Koremenos, Barbara, Duncan Snidal (2003): Moving Forward, One Step at a Time, in: *International Organization*, 57:2, 431-444.
- Koremenos, Barbara/Charles Lipson/Duncan Snidal (2001): The Rational Designs of International Institutions, in: *International Organization*, 55:3, 761-99.

- Koszel, Bogdan (1996): Polens dorniger Weg in die NATO, in: Wolfram Wallraf (Hg.): NATO-Osterweiterung: Neue Mitglieder für ein Bündnis im Wandel? Potsdam, 89-102.
- Kovanda, Karel (2003): Tschechiens Vorbereitung auf die Mitgliedschaft, in: NATO Review, 51:1, <http://www.nato.int/docu/review/2003/issue1/german/special.html> [10.8.2009].
- Kowalski, Michael (2003): Military Law in the Republic of Poland, in: Georg Nolte (Hg.): European Military Law Systems. Berlin: De Gryter, 647-710.
- Krasner, Stephen (1983): Structural causes and regime consequences: regimes as intervening variables, in: Ders. (Hg.): International Regimes. Ithaca: Cornell University Press, 1-22.
- Kratochvíl, Petr/Petra Cibulková/Vít Beneš (2006): Foreign policy, rhetorical action and the idea of otherness: The Czech Republic and Russia, in: Communist and Post-Communist Studies, 39:4, 497-511.
- Kratochwil, Friedrich V./John G. Ruggie (1986): International Organization. A State of the Art on an Art of the State, in: International Organization, 40:3, 753-75.
- Kříř, Zdeněk (2008): Transfer of the Normative Model of the Czech Soldier Into the Military Institution. The Czech Republic Case. PRIF-Research Paper No. II/2-2008. Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.
- Kříř, Zdeněk (2007): Civil Military Relations in the Czech Republic. The Image of the Democratic Soldier. PRIF-Research Paper No. I/2-2007. Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.
- Kupiecki, Robert (2001a): Atlanticism in Post-1989 Polish Foreign Policy, in: Roman Kuźniar (Hg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau: Scholar Publishing House, 229-285.
- Kupiecki, Robert (2001b): Polen in der NATO. Erfahrungen und Herausforderung zwei Jahre nach dem Beitritt, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, 1, 33-42.
- Kurki, Milja (2006): Causes of a divided discipline: rethinking the concept of cause in International Relations theory, in: Review of International Studies, 32:2, 189-216.
- Kuźniar, Roman (2001a): Introduction, in: Ders. (Hg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau: Scholar Publishing House, 13-17.
- Kuźniar, Roman (2001b): Security Policy in the Polish Foreign Policy, in: Ders. (Hg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau: Scholar Publishing House, 19-94.
- Kuźniar, Roman (1995/96): The Problems of the National Security in the Policy of Poland, in: Polish Political Science, 25/26:1, 5-25.
- Latawski, Paul (2006): The Transformation of Postcommunist Civil-Military Relations in Poland, in: Timothy Edmunds/Anthony Forster/Andrew Cottey (Hg.): Civil-Military Relations in Post-Communist Europe. Reviewing the Transition. London/New York: Routledge, 33-50.

- Latawski, Paul (2002a): Democratic Control of Armed Forces in Postkommunist Poland: The Interplay of History, Political Society and Institutional Reform, in: Andrew Cottey/Anthony Forster/Timothy Edmunds (Hg.): Democratic Control of the Military in Postcommunist Europe. Guarding the Guards. Houndmills, New York: Palgrave Macmillan, 21-43.
- Latawski, Paul (2002b): Professionalisation of the Polish Armed Forces: No Room for Amateurs and Undereducated Soldiers?, in: Forster, Anthony/Timothy Edmunds/Andrew Cottey (Hg.) (2002): The Challenge of Military Reform in Postcommunist Europe. Building Professional Armed Forces. New York: Palgrave Macmillan, 19-33.
- Latawski, Paul (1993): The Polish Road to NATO: Problems and Prospects, in: The Polish Quarterly of International Affairs, 3:3, 69-88.
- Lefebre, Stephan (1995): The Army of the Czech Republic: A Status Report, in: Journal of Slavic Military Studies, 8:4, 718-751.
- Legro, Jeffrey W. (1996): Culture and Preferences in the International Cooperation Two-Step, in: American Political Science Review, 90:1, 118-37.
- Levy, Jack (1994): Learning and Foreign Policy: Sweeping the Conceptual Minefield, in: International Organization, 48:2, 279-312.
- Lijphart, Arend (1975): The Comparable Cases Strategy in Comparative Research, in: Comparative Political Studies, 8:3, 158-177.
- Lombardi, Ben (1999): An Overview of Civil-Military Relations in Central and Eastern Europe, in: Journal of Slavic Military Studies, 12:1, 13-33.
- Long, Theodore E./Jeffrey K. Haden (1985): A Reconciliation of Socialization, in: Sociological Theory, 3: 1, 39-49.
- Lucarelli, Sonia (2005): NATO and the European System of Liberal-Democratic Security Communities, in: Flockhart, Trine (Hg.): Socializing Democratic Norms. The Role of International Organizations for the Construction of Europe. London/New York: Palgrave Macmillan, 85-105.
- Maćków, Jerzy (1993): Die Entspannungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Entwicklung in Polen in den siebziger und achtziger Jahren, in: Zeitschrift für Politik, 4, 372-392.
- Malešič, Marjan/Hans Born/Karl W. Haltiner (2004): What Have We Learned and Where Do We Go from Here?, in: Dies. (Hg.): Renaissance of Democratic Control of Armed Forces in Contemporary Societies. Baden-Baden: Nomos, 157-163.
- Manolas, Spiro C./Louis J. Samelson (1990): The United States International Military Education and Training (IMET) Program: A Report to Congress, nachgedruckt in: DISAM Journal, 12:3, 1-47.
- March, James G./Johan P. Olsen (1998): The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization, 52:4, 943-969.
- Massing, Otwin (1969): Vergleichende Regierungslehre (Comparative Government) – Zur Konvergenz von Soziologie und Politikwissenschaft, in: Gisela

- Kress/Dieter Senghaas (Hg.): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt, 286-323.
- Mayntz, Renate (2004): Mechanisms in the Analysis of Social Macro-Phenomena, in: *Philosophy of the Social Sciences*, 34:2, 237-259.
- Mayntz, Renate (2002): Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen, in: Dies. (Hg.): *Akteure – Mechanismen – Modelle: Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen*. Frankfurt a.M.: Campus, 7-43.
- Meier-Walser, Reinhard C. (2006): Die Transformation der NATO im Lichte nationaler Positionen, in: *Reader Sicherheitspolitik Nr. 3/2006*, 122-136.
- Meiklejohn Terry, Sarah (2000): Poland's foreign policy since 1989: the challenges of independence, in: *Communist and Post-Communist Studies*, 33:1, 7-47.
- Merkel, Wolfgang (1996): Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Ders./ Eberhard Sandschneider/ Dieter Segert (Hg.) (1996): *Systemwechsel. Band 2: Die Institutionalisierung der Demokratie*. Opladen: Leske + Budrich, 73-112.
- Merlingen, Michael (2003): Governmentality: Towards a Foucauldian Framework for the Study of IGOs, in: *Cooperation and Conflict*, 38:4, 361-384.
- Meyer, Gerd (2000): Perspektiven politikwissenschaftlicher Osteuropaforschung. Einige Anmerkungen, in: *Osteuropa*, 50:8, 926-936.
- Meyer, John/Brian Rowan (1991): Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony, in: Walter Powell/Paul DiMaggio (Hg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago: University of Chicago Press, 41-62.
- Meyer, Steven (1990): Decision-making in Defence: The Soviet Case, in: Carl G. Jacobsen (Hg.): *Strategic Power USA/USSR*. London: Macmillan Press, S. 4-60.
- Michta, Andrew A. (2003): Modernizing the Polish Military, in: Marcin Zaborowski/David H. Dunn (Hg.): *Poland – A new Power in Transatlantic Security*. London/Portland, 40-49.
- Michta, Andrew A. (2002): NATO Standards and Military Reform in Poland: A Revolution from Without, in: Ronald H. Linden (Hg.): *Norms and Nannies. The Impact of International Organizations on the Central and East European States*. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers, 165-177.
- Michta, Andrew A. (1999b): Poland: A Linchpin of Regional Security, in: Ders. (Hg.): *America's New Allies. Poland, Hungary and the Czech Republic in NATO*. Seattle/London: University of Washington Press, 40-73.
- Michta, Andrew A. (1999c): Conclusion, in: Ders. (Hg.): *America's New Allies. Poland, Hungary and the Czech Republic in NATO*. Seattle/London: University of Washington Press, 185-203.
- Moravcsik, Andrew (2001): Bringing Constructivist Theory out of the clouds, in: *European Union Politics*, 2:2, 226-240.

Müller, Harald (2004): Arguing, Bargaining and all that: Communicative Action, Rationalist Theory and the Logic of Appropriateness in International Relations, in: *European Journal of International Relations*, 10:3, 395-435.

Müller, Harald (1995): Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2:2, 371-391.

Müller, Harald (1994): Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 1:1, 15-44.

Muno, Wolfgang (2003): Fallstudien und die vergleichende Methode, in: Susanne Pickel/Gert Pickel/Hans-Joachim Lauth/Detlef Jahn (Hg.): *Vergleichende Politikwissenschaftliche Methoden. Neue Entwicklungen und Diskussionen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 19-36.

Nastoupil, Rene (1999): Current Czech Defense Policy, in: *The journal of Slavic military studies*, 12:2, 110-122.

Nelson, Daniel (2002a): Beyond Defence Planning, in: Todor. Tagarev (Hg.): *Transparency in Defence Policy, Military Budgeting and Procurement*. Genf/Sofia: DCAF/George C. Marshall Association, 17-26, <http://www.dcaf.ch/publications/kms/details.cfm?lng=en&id=21303&nav1=4> [20.4.2010].

Nelson, Daniel (2002b): Armies, Security, and Democracy in Southeastern Europe, in: *Armed Forces & Society*, 28:3, 427-454.

Nelson, Daniel (1998): Civil Armies, Civil Societies, and NATO's Enlargement, in: *Armed Forces & Society*, 25:1, 137-160.

Nelson, Daniel/Thomas Szayna (1997): *NATO's Metamorphosis and Central European Politics: Effects of Alliance Transformation*. Arbeitspapier Nr. 16 des Österreichischen Instituts für Internationale Politik. Laxenburg: Österreichisches Institut für Internationale Politik.

Novotný, Jaromír (1996): From PfP to IFOR – the Czech experience, in: *NATO Review*, 44:4, 25-29.

Nowak, Jerzy M. (2004): Changes in NATO and Poland's National Interest, in: Hans-Joachim Gießmann/Roman Kuźniar (Hg.): *International Security in a Time of Change: Threats – Concepts – Institutions*. Baden-Baden, 331-354.

Nunn, Frederick M. (1995): The Roles of Civilian Experts in the International Strategic Community and Military Professionalism in the New World Order, in: Ernest Gilman/Detlef E. Herold (Hg.): *Democratic and Civil Control over Military Forces – Case Studies and Perspectives*. NATO Defense College Monograph Series, Nr. 3. Rom: NATO Defense College, 143-156.

Obrman, Jan (1993): Military Reform in the Czech Republic. RFE/RL Research Report 3/41, 37-38.

Onyszkiewicz, Janusz (2002): The Polish View on the Common Security and Defence Policy, in: Werner Hoyer/Gerd F. Kaldrack (Hg.): *Europäische*

Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Streitkräften? Baden-Baden: Nomos, 215-222.

Osiatyński, Wiktor (1993/94): Wałęsa, Jaruzelski, in: *East European Constitutional Review*, 2/3:4/1, 40-50.

Osica, Olaf (2004): Poland: A New European Atlanticist at a Crossroads?, in: *European Security*, 13:4, 301-322.

Osica, Olaf (2003): Polska wobec operacji NATO poza obszarem traktatu waszyngtońskiego i polityki bezpieczeństwa i obronnej UE, in: Krzysztof Malinowski (Hg.): *Kultura Bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech*. Posen: Instytut Zachodni, 95-138.

Osica, Olaf (2002a): The Past as an Excuse: The Role of History in Polish Security Policy, in: *Foundation of International Studies* (Hg.): *Yearbook of Polish Foreign Policy*. Warschau: Akademia Dyplomatyczna MSZ, <http://www.qdnet.pl/warecka/yearbook/2002/2002.html> [27.11.2002].

Osica, Olaf (2002b): Polska wobec wspólniej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa UE, in: Marek A. Cichocki (Hg.): *Polska – Unia Europejska. W pół drogi. Wybrane problemy*. Warschau: Fundacja Centrum Stosunków Międzynarodowych, 67-88.

Osica, Olaf/Marcin Zaborowski (2002): Wprowadzenie, in: Dies. (Hg.): *Nowy członek 'starego' Sojuszu. Polska jako nowy actor w euroatlantyckiej polityce bezpieczeństwa*. Warschau: Centrum Stosunków Międzynarodowych, 9-23.

Pevehouse, Jon C. (2002): Democracy from the Outside-In? *International Organizations and Democratization*, in: *International Organization*, 56: 3, 515-550.

Pickel, Gert (2006): Methodisches Design der Studie, in: Ders./ Detlef Pollack/Olaf Müller/ Jörg Jacobs (Hg.): *Osteuropas Bevölkerung auf dem Weg in die Demokratie. Repräsentative Untersuchungen in Ostdeutschland und zehn osteuropäischen Transformationsstaaten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 19-30.

Piotrowski, Marcin A./Arthur R. Rachwald (2001): Poland: Returning to Europe, in: Gale A. Mattox/Arthur R. Rachwald (Hg.): *Enlarging NATO. The National Debates*. Boulder/London: Lynne Rienne Publishers, 111-128.

Pomorska, Karolina (2007): The Impact of Enlargement: Europeanization of Polish Foreign Policy? Tracking Adaptation and Change in the Polish Ministry of Foreign Affairs, in: *The Hague Journal of Diplomacy*, 2:1, 25-51.

Pond, Susan (2004): Weiterentwicklung der Partnerschaften der NATO: Überblick über das Instrumentarium der PfP, in: *NATO Brief* (Frühjahr 2004), <http://www.nato.int/docu/review/2004/issue1/german/art2.html> (Zugriff 17.5.2009).

Powell, Robert (1994): Anarchy in International Relations Theory: The Neorealist-Neoliberal Debate, in: *International Organization*, 48:2, 313-344.

Pradetto, August/Carola Weckmüller (2002): Die neue Präsidentengeneration im Postkommunismus, in: Otto Luchterhandt (Hg.): *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS. Probleme der Ausbildung stabiler Machtinstitutionen*. Zweite, aktualisierte Auflage. Berlin: Arno Spitz, 205-253.

Prochazka, Josef (2009): The Defense Policy of Czechoslovakia and the Czech Republic since 1989: Stages, Milestones, Challenges, Priorities, and Lessons Learned, in: *Connections*, 8:2, 17-34.

Przystrom, Janusz (1997): Polen zwischen der NATO und Russland: Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitsstrategien, in: August Pradetto (Hg.): *Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit*. Opladen: Leske + Budrich, 101-128.

Raciborski, Jacek (2007): Forming government elites in a new democracy: The case of Poland, in: *Communist and Postcommunist Studies*, 40:1, 17-40.

Raymond, Gregory A. (1997): Problems and Prospects in the Study of International Norms, in: *Mershon International Studies Review*, 41:1, 205-45.

Reiter, Dan (2001): Why NATO Enlargement Does Not Spread Democracy, in: *International Security*, 25:4, 41-67.

Reiter, Janusz (2002): Wieviel Nationalgefühl braucht ein Volk?, in: Ewa Kobylińska/Andreas Lawaty/Rüdiger Stephan (Hg.): *Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe*. München: Piper, 381-382.

Riekhoff van, Harald (2004): Introduction, in: Natalie L. Mychajlyszyn/Ders. (Hg.): *The Evolution of Civil-Military Relations in East-Central Europe and the Former Soviet Union*. Westport: Praeger Publishers, 3-18.

Řiháčková, Věra (2005): The Czech Republic: "Europeanization" of a hesitant Atlanticist? *EUROPEUM Working Paper*. Prag: Institut for European Policy.

Rihoux, Benoit (2006): Qualitative Comparative Analysis (QCA) and Related Systematic Comparative Methods, in: *International Sociology*, 21:5, 679-706.

Risse, Thomas (2003): Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 99-132.

Risse, Thomas/Kathryn Sikkink (1999): The socialization of international human rights norms into domestic practices: introduction, in: Thomas Risse/Stephen C. Ropp/Kathryn Sikkink (Hg.): *The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change*. Cambridge: Cambridge University Press, 1-38.

Risse-Kappen, Thomas (1996): Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO, in: Peter J. Katzenstein (Hrsg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*. New York: Columbia University Press, 357-99.

Risse-Kappen, Thomas (1995): Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2:1, 171-185.

Rosati, Dariusz (1999): Poland's Return to Europe. Reflections on Foreign Policy in 1995-97, in: *The Polish Quarterly of International Affairs*, 8:1, 9-22.

Rose, Charlie (1994): Die demokratische Kontrolle der Streitkräfte als parlamentarische Aufgabe im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden, in: NATO-Brief (Oktober 1994), 13-17.

Sarvaš, Štefan (2000): The NATO Enlargement Debate in the Media and Civil-Military Relations in the Czech Republic and Slovakia, in: *European Security*, 9:1, 113-126.

Sarvaš, Štefan (1999): One Past, Two Futures? The NATO Enlargement Debate in the Czech Republic and Slovakia. Harmonie Paper No. 4. Groningen: Center for European Security Studies.

Sarvaš, Štefan (1998): Attitudes of the Czech Public toward National Security, the Military, and NATO membership, in: *The Journal of Slavic Military Studies*, 11:3, 56-88.

Sava, Ionel Nicu (2002): Western (NATO/PfP) Assistance to Build Democratic Civil-Military Relations in South Eastern Europe. The Case of Bulgaria, Romania and Slovenia. Final Report of the Manfred Wörner Fellowship 2001-2002. Bukarest: University of Bucharest.

Schaer, Andreas (1997): Kriterienkatalog für demokratische und zivile Kontrolle von Sicherheitspolitik und Streitkräften (Projekt "Brückenschlag Tschechien-Schweiz"), in: Laurent F. Carrel/Otto Pick/Stefan Sarvas/Ders./Stanislav Stach (Hg.): Demokratie und zivile Kontrolle von Sicherheitspolitik und Streitkräften. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung Nr. 41. Zürich: Center for Security Studies, 43-62.

Schelling, Thomas (1998): Social mechanisms and social dynamics, in: Hedstroem, Peter/Richard Swedberg (Hg.): *Social Mechanisms. An Analytical Approach to Social Theory*. Cambridge: Cambridge University Press, 32-44.

Schimmelfennig, Frank (2006b): Prozessanalyse, in: Joachim Behnke et al (Hg.): *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*. Baden-Baden: Nomos, 263-271.

Schimmelfennig, Frank (2005): Strategic Calculation and International Socialization: Membership Incentives, Party Constellations, and Sustained Compliance in Central and Eastern Europe, in: *International Organization* 59:4, 827-860.

Schimmelfennig, Frank (2004): Starke Anreize, ambivalente Wirkungen: Die Europäisierung Mittel- und Osteuropas, in: *Leviathan*, 32:2, 250-268.

Schimmelfennig, Frank (2003b): Internationale Sozialisation: Von einem „erschöpften“ zu einem produktiven Forschungsprogramm?, in: Hellmann, Gunther/Klaus-Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 401-427.

Schimmelfennig, Frank (2002): Introduction: The Impact of International Organizations on the Central and Eastern European States – Conceptual and Theoretical Issues, in: Ronald H. Linden (Hg.): *Norms and Nannies. The Impact of International Organization on the Central and East European States*. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers, 1-29.

Schimmelfennig, Frank (1997): Rhetorisches Handeln in der Internationalen Politik, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 4:2, 219-254.

Schimmelfennig, Frank/Ulrich Sedelmeier (2005): Introduction: Conceptualizing the Europeanization of Central and Eastern Europe, in: dies. (Hg.): The Europeanization of Central and Eastern Europe. Ithaca/London: Cornell University Press, 1-28.

Schluchter, Wolfgang (2003): Handlung, Ordnung und Kultur. Grundzüge eines weberianischen Forschungsprogramms, in: Gert Albert/Agathe Bienfait/Steffen Sigmund/Claus Wendt (Hg.): Das Weber-Paradigma. Studien zur Weiterentwicklung von Max Webers Forschungsprogramm. Tübingen: Mohr (Siebeck), 42-74.

Schmitter, Philippe C. (1996): The Influence of the International Context upon the Choice of National Institutions and Policies and Neo-Democracies, in: Laurence Whitehead (Hg.): The International Dimensions of Democratization: Europe and the Americas. Oxford: Oxford University Press, 26-54.

Šedivý, Jiří (2005): Czech military transformation, in: NATO Review, 53:1, <http://www.nato.int/docu/review/2005/issue1/english/analysis.html> [3.9.2009].

Šedivý, Jiří (1999): The Kosovo Test: Are the Czechs Out?, in: RUSI Newsbrief, 19: 6, 43-45.

Šedivý, Jiří (1995): Známe atlantické hodnoty?, in: Mezinárodní politika, 19:12, 10-11.

Seifter, Pavel/Vladimir Handl (1997): Die Sicherheitspolitik der Tschechischen Republik, in: August Pradetto (Hg.): Ostmitteleuropa, Russland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 43-76.

Sending, Ole Jacob (2002): Constitution, Choice and Change: Problems with the 'Logik of Appropriateness' and its Use in Constructivist Theory, in: European Journal of International Relations, 8:4, 443-470.

Simon, Jeffrey (1999): Partnership for Peace (PFP): After the Washington Summit and Kosovo. Strategic Forum Nr. 167, <http://www.ndu.edu/inss/strforum/SF167/forum167.html> [16.6.2009].

Simon, Jeffrey (1995b): Central European Civil-Military Relations and NATO Expansion. McNair Paper 39, Institute for National Strategic Studies. Washington D.C.: National Defense University.

Snidal, Duncan (2002): Rational Choice and International Relations, in: Walter Carlsnaes/ Thomas Risse/ Beth A. Simons (Hg.): Handbook of International Relations. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 73-94.

Sørensen, Henning (2004): A Model für Defining and Structuring the Concept of Civil Control of the Military, in: Hans Born/Karl W. Haltiner/Marjan Malešič (Hg.): Renaissance of Democratic Control of Armed Forces in Contemporary Societies. Baden-Baden: Nomos, 37-45.

Smith, Karen E. (2001): Western Actors and the Promotion of Democracy, in: Jan Zielonka/Alex Pravda (Hg.): Democratic Consolidation in Eastern Europe: International and Transnational Factors. Oxford: Oxford University Press, 31-57.

Stahl, Bernhard/Sebastian Harnisch (2009): Nationale Identitäten und Außenpolitiken: Erkenntnisse, Desiderate und neue Wege in der Diskursforschung, in: Dies. (Hg.): Vergleichende Außenpolitikforschung und nationale Identitäten: Die Europäische Union im Kosovo 1996-2008. Baden-Baden: Nomos, 31-58.

Sterling-Folker, Jennifer (2000): Competing Paradigms or Birds of a Feather? Constructivism and Neoliberal Institutionalism Compared, in: Internationale Studies Quarterly, 44:1, 97-120.

Steves, F. (2001): Poland and the international system: external influences on democratic consolidation, in: Communist and Post-Communist Studies, 34:1, 339-352.

Svěrák, Antonín (1999): External and Internal Aspects of Incorporating the Czech Republic Defence Sector in NATO, in: Perspectives, 12:2, 37-47.

Svěrák, Antonín (1998): The Foreign Activities of the Ministry of Defence of the Czech Republic, in: Perspectives, 11:2, 11-20.

Szaki, Jerzy (1992): Soziale Schichtung, in: Ewa Kobylińska/Andreas Lawaty/Rüdiger Stephan (Hg.): Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München: Piper, 221-229.

Szayna, Thomas S. (1999): The Czech Republic. A Small Contributor or a "Free Rider"?, in: Andrew A. Michta (Hg.): America's New Allies. Poland, Hungary, and the Czech Republic in NATO. Seattle/London: University of Washington Press, 112-148.

Szayna, Thomas S./Stephen F. Larrabee (1995): East European Military Reform After the Cold War: Implications for the US. Santa Monica, CA: Rand.

Szemerkenyi, Reka (1996): Central European Civil-Military Relations at Risk. Adelphi Paper 306. London: The International Institute for Strategic Studies.

Terlinden, Ulf (1999): Die Erweiterung der NATO und ihr Verhältnis zur Russland. BITS Research Report 99.3, Berlin.

Trenin, Dmitri (2002): Silence of the Bear, in: NATO Review 50:1, <http://www.nato.int/docu/review/2002/issue1/english/art3.html> [20.4.2010].

Thies, Cameron G. (2003): Sense and sensibility in the study of state socialisation: a reply to Kai Alderson, in: Review of International Studies, 29:4, 543-550.

Tkaczyński, Jan Wiktor/Christoph Ulrich Vogel (1997): Sieben Jahre nach der Wende: Die polnische Verfassung zwischen Oktroi und Obstruktion, in: Osteuropa-Recht, 43:2/3, 169-181.

Tycner, Janusz (1999): Die Osterweiterung der Europäischen Union – Deutsche Ängste und polnische Hoffnungen, in: Deutsche Studien, 1, 61-68.

Ulbert, Cornelia (2005): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Theoretische Ansätze und methodische Herangehensweisen, in: Dies./Christoph

Weller (Hg.): Konstruktivistische Analysen der internationalen Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-34.

Ulbert, Cornelia (1997): Ideen, Institutionen und Kultur. Die Konstruktion (inter-)nationaler Klimapolitik in der BRD und in den USA, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 4:1, 9-40.

Ulrich Peterson, Marybeth (2006): Militärische Multinationalität und die Streitkräftereformen in Mitteleuropa, in: Sven Bernhard Gareis/Paul Klein (Hg.): Handbuch Militär und Sozialwissenschaft. Zweite aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 424-434.

Ulrich Peterson, Marybeth (2005): Transformation at Last? Achieving Radical Military Reform in the Czech Republic and Slovakia, in: Public Administration and Management, 10:2, 191-223.

Ulrich Peterson, Marybeth (2003): The New NATO and Central and Eastern Europe: Managing European Security in the Twenty-first Century, in: Charles Krupnick (Hg.): Almost NATO: Partners and Players in Central and Eastern Europe. Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers, 20-23.

Ulrich Peterson, Marybeth (2002a): Developing Mature National Security Systems in Post-Communist States: The Czech Republic and Slovakia, in: Armed Forces & Society, 28:3, 403-425.

Ulrich Peterson, Marybeth (2002b): The Czech Republic: Negotiating Obstacles on the Way to Integration, in: Ustina Markus/Daniel N. Nelson (Hg.): Brassey's Central and East European Security Yearbook. Washington, D.C.: Brassey, 57-85.

Ulrich Peterson, Marybeth (2000a): The New Allies: Approaching NATO Political and Military Standards, in: Sabina Crisen (Hg.): NATO and Europe in the 21st Century: New Roles for a Changing Partnership. Washington D.C.: Woodrow Wilson International Center for Scholars, 37-48.

Ulrich Peterson, Marybeth (2000b): Czech Republic: Integrated, Yet Still in Transition, in: Ustina Markus/Daniel N. Nelson (Hg.): Brassey's Eurasian and East European Security Yearbook. Washington, D.C.: Brassey, 27-52.

Ulrich Peterson, Marybeth (1998): U.S. Assistance and Military Democratization in the Czech Republic, in: Problems of post-communism, 45:2, 22-32.

Ulrich Peterson, Marybeth (1995): When East Meets West, in: Airpower Journal (Special Edition), http://www.airpower.maxwell.af.mil/airchronicles/apj/apj95/spe-ed95_files/ulrich.htm [12.4.2009].

Vlachová, Marie (2006): Modernisation of the Czech armed forces, in: Born, Hans/Marina Caparini/Karl W. Haltiner/Jürgen Kuhlmann (Hg.): Civil-Military Relations in Europe. Learning from crisis and institutional change. London/New York: Routledge, 147-162.

Vlachová, Marie (2004): Parliamentary Control of the Armed Forces in the Czech Republic, in: Born, Hans/Karl Haltiner/Marjan Malešič (Hg.): Renaissance of Democratic Control of Armed Forces in Contemporary Societies. Baden-Baden: Nomos, 141-153.

Vlachová, Marie/Štefan Sarvaš (2002): Democratic Control of Armed Forces in the Czech Republic: A Journey from Social Isolation, in: Andrew Cottey/Timothy Edmunds/Anthony Forster (Hg.): Democratic Control of the Military in Postcommunist Europe. New York: Palgrave Macmillan, 44-63.

Vlachová, Marie/Štefan Sarvaš (1997): From the Totalitarian to the Post-Totalitarian Military, in: Anton A. Bebler (Hg.): Civil-Military Relations in Post-Communist states. Central and Eastern Europe in Transition. Westport/London: Praeger, 93-100.

Vodička, Karel (2004): Das politische System Tschechiens, in: Wolfgang Ismayr (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Zweite aktualisierte und überarbeitete Auflage, Opladen: Leske + Budrich, 247-284.

Wagneorvá, Eliška (2000): Gesetzgebung und Verwaltung, in: Joseph Marko/Alfred Ableitinger/Alexander Brösl/Pavel Holländer (Hg.): Revolution und Recht: Systemtransformation und Verfassungsentwicklung in der Tschechischen und Slowakischen Republik. Frankfurt a.M.: Lang, 69-86.

Wagrowska, Maria (2008): The Normative Model of the Ideal-Type Soldier in a Democracy: Case of Poland. PRIF-Research Paper No. II/6-2008. Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

Wagrowska, Maria (2007): The Normative Model of the Ideal-Type Soldier in a Democracy: Case of Poland. PRIF-Research Paper No. I/6-2007. Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

Wallander, Celeste A. (2000): Institutional Assets and Adaptability: NATO after the Cold War, in: International Organization 54:4, 705-35.

Weber, Max (1968a) [1921]: Soziologische Grundbegriffe, in: Johannes Winckelmann (Hg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber. Dritte erweiterte und verbesserte Auflage, Tübingen: J.C.B. Mohr, 541-581.

Weber, Max (1968b) [1904]: Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Johannes Winckelmann (Hg.): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber. Dritte erweiterte und verbesserte Auflage, Tübingen: J.C.B. Mohr, 146-214.

Welch Larson, Deborah (1994): The Role of Belief Systems and Schemas in Foreign Policy Decision-Making, in: Political Psychology, 15: 1, 17-33.

Werkner, Ines-Jacqueline (2007a): Einleitung, in: Dies./Clemens Gause (Hg.): Streitkräfte und Demokratie. Transformationsprozesse in post-sozialistischen Staaten. Baden-Baden: Nomos, 15-23.

Werkner, Ines-Jacqueline (2007b): Streitkräfte in post-sozialistischen Staaten – Transformationsprozess in vergleichender Perspektive, in: Dies./Clemens Gause (Hg.): Streitkräfte und Demokratie. Transformationsprozesse in post-sozialistischen Staaten. Baden-Baden: Nomos, 203-237.

Wiener, Antje (2003): Die Wende zum Dialog: Konstruktivistische Brückenstationen und ihre Zukunft, in: Gunther Hellmann/Klaus Dieter Wolf/Michael Zürn (Hg.): Die

neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, 133-159.

Wight, Colin (2004): Social Action without Human Activity, in: Review of International Studies, 30:2, 269-280.

Williams, Michael C. (2001): The Discipline of the Democratic Peace: Kant, Liberalism, and the Social Construction of Security Communities, in: European Journal of International Relations, 7:4, 525-553.

Williams, Michale C./Iver B. Neumann (2000): From Alliance to Security Community: NATO, Russia, and the Power of Identity, in: Millenium: Journal of International Studies, 29:2, 357-387.

Wörner, Manfred (1994): Die Vorbereitung des Bündnisses auf die Zukunft, in: NATO Brief, 42:1, 3-6.

Wolchik, Sharon L. (1995): The Politics of Transition and the Break-Up of Czechoslovakia, in: Jiri Musil (Hg.): The End of the Czechoslovakia. Budapest: Central European University Press, 225-244.

Yaniszewski, Mark (2004): Civil-Military Relations in Postcommunist Eastern Europe and the Former Soviet Union: Some Theoretical Issues, in: Natalie L. Mychajlyszyn/Harald von Riekhoff (Hg.): The Evolution of Civil-Military Relations in East-Central Europe and the Former Soviet Union. Westport: Praeger Publishers, 19-38.

Yaniszewski, Mark (2002): Post-Communist Civil-Military Reform in Poland and Hungary: Progress and Problems, in: Armed Forces & Society, 28: 3, 385-402.

Zaborowski, Marcin (2005): Westernizing the East: external influences in the post-communist transformation of Eastern and Central Europe, in: The Journal of communist studies and transition politics, 21:1, 16-32.

Zangl, Bernhard/Michael Zürn (1996): Argumentatives Handeln bei internationalen Verhandlungen. Moderate Anmerkungen zur post-realistischen Debatte, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 3:2, 340-365.

Ziemer, Klaus (1998): Die Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren, in: Jochen Franzke (Hg.): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, 56-73.

Ziemer, Klaus (1997): Parteiensystem Polens, in: Dieter Segert/Richard Stöss/Oskar Niedermayer (Hg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 39-89.

Ziemer, Klaus/Claudia-Yvette Matthes (2004): Das politische System Polens, in: Wolfgang Ismayr (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Zweite aktualisierte und überarbeitete Auflage, Opladen: Leske + Budrich, 189-246.

Zimmerling, Ruth (1994): 'Rational Choice'-Theorien: Fluch oder Segen für die Politikwissenschaft?, in: Volker Kunz/Ulrich Druwe (Hg.): Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen. Opladen: Leske + Budrich, 14-25.

Zipfel, Thomas (2001): Politics and Finance of Civil-Military Reform in the Czech Republic, in: The Journal of Communist Studies and Transition Politics, 17:2, 96-112.

Zürn, Michael/Jeffrey T. Checkel (2005): Getting Socialized to Build Bridges: Constructivism and Rationalism, Europe and the Nation-State, in: International Organization 59:4, 1045-79.

Zoll, Fryderyk (2010): Die polnische Verfassungsdebatte. Eine nützliche Übung, in: Deutsches Polen-Institut/Forschungsstelle Osteuropa/Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Hg.): Polen-Analysen Nr. 67. Darmstadt/Bremen/Leipzig, 2-8.

C. Zeitungsartikel, Agenturen und Dienste

BBC Worldwide Monitoring, <http://www.monitor.bbc.co.uk>.

Bobinski, Christopher (2000): Poland: Membership a Tough Test, in: The Financial Times, 17.4.2000.

Clough, Patricia (1992a): Wałęsa seeks control over army, in: The Independent, 28.4.1992.

Clough, Patricia (1992b): Polish power struggle ends, in: The Independent, 19.5.1992.

Czech News Agency (CTK), <http://www.ctk.eu>.

FBIS-EEU (1997): Interview with CoS General Henryk Szumski. Polska Zbrojna, 2.5.1997, in: FBIS-EEU, 8.5.1997.

FBIS-EEU (1994a): Military talk full of lies. Zycie Warszawy vom 12.10.1994, in: FBIS-EEU, 13.10.1994, S. 17.

FBIS-EEU (1994b): Defense Minister Piotr Kolodziejczyk interview. Le Quotidien de Paris , 10.1.1994, in: FBIS-EEU, 11.1.1994.

FBIS-EEU (1992): The military is the cornerstone of the state. Polska Zbrojna vom 31.1.1992, in: FBIS-EEU, 7.2.1992, S. 15.

Ford, Peter (1999): NATO's Weak Flank: Public Polls, in: The Christian Science Monitor, 6. 5.1999, S. 1.

Frank, Michael (1998): Im Profil: Václav Havel, Tschechischer Präsident, in: Süddeutsche Zeitung, 16.4.1998.

Gleick, Elizabeth (1997): Are They Up to It? A Promising Czech Soldier Says His Nation Is Not Ready for NATO, in: Time, 15.12.1997.

Gołata, Krzysztof (1997): Rozmowa z Lechem Wałęsa, byłym prezydentem RP, in: Wprost, 20.7.1997, S. 19-20.

Hauser, Ernst (1991): Der Dichterpräsident als Vorreiter bei der NATO, in: Frankfurter Rundschau, 22.3.1991.

Havel, Václav (2007): Die größte Gefahr für Europa ist Europa selbst, in: Süddeutsche Zeitung, 27.4.2007.

Jaruzelski, Wojciech (2006): Mein Leben war voller Blendungen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.8.2006.

Korbonski, Andrzej (1994): The Polish military at a time of change. RFE/RL Research Report 30:3, 17-22.

Kostarczyk, Andrzej (2004): Nadchodzi czas opozycji, in: Gazeta Wyborcza, 3.11.2004.

Kostrzewa-Zorbas, Grzegorz (1999): Kameleony i Niezłomni, in: Gazeta Polska, 3.12.1999.

Kozaryn, Linda D. (1998): Joint Contact Teams Reach Out to East. American Forces Press Service, <http://www.defense.gov/news/newsarticle.aspx?id=41572> [15.12.2009].

Krzemiński, Adam (1999): NATO to nie tylko Ameryka: Rzeczpospolita Europa, in: Polityka, 20.3.1999.

Kuźniar, Roman (1997): Nadszedł czas decyzji, in: Tygodnik Powszechny, 8.6.1997, S. 6.

Lesser, Gabriele (1997): Kohabitation unter schlechtem Vorzeichen, in: Die Tageszeitung, 23.10.1997.

Loth, Wilfried (1998): Eine sowjetische Intervention abgewendet?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.11.1998.

Niewiadomski, Tomasz (1999): Jest KOK czy go nie ma, in: Rzeczpospolita, 7.7.1999.

O.A.: Havel's reminder to the West, in: The Economist, 30.3.1996.

Pehe, Jiri (1996): Elections Result in Surprising Stalemate, in: Transition, 28.6.1996, 13.

Perlez, Jane (1997): Poland's Top Commander Resists Terms for NATO, in: New York Times, 22.1.1997.

PNB (2000a): NATO Targets: Still a Long Way to Go, in: Polish News Bulletin vom 17.2.2000.

Polska Agencja Prasowa (PAP), <http://www.pap.pl>.

RFE/RL Newslines (1998): Solana Advises against Czech Referendum on NATO, in: RFE/RL Newslines, 5.3.1998, S. 3.

Richburg, Keith. (2002): Czechs Become Model for New NATO: 'Niche' Expertise in Chemical Weapon Defense Compensates for Military Shortcomings, in: The Washington Post, 3.11.2002.

Shearmur, Malcom (1995): Defense Planning Courses Learning Not to Spy, in: Warsaw Voice, 15.1.1995.

Shearmur, Malcom (1994): Eastern European Officers Study Peace at a NATO Base, in: Prague Post, 25 - 31.1.1994.

Simon, Jeffrey (1995b): Forging a Civilian Chain of Command for Poland's Military, in: Transition, 15.12.1995, 40-42.

Sławomir, Jerzy (1997): Bill Clinton w Warszawie. Przyjaciół Rzeczypospolitej, in: Wprost, 20.7.1997, S. 20-21.

Smajdziński, Jerzy (2002): Dalsza transformacja sił zbrojnych jest niezbędna, in: Rzeczpospolita, 14.8.2002.

Strohlein, Andrew (1999): Promising Paradise, in: Central Europe Review, 1.3.1999, http://www.ce-review.org/authorarchives/strohlein_archive/strohlein23old.html [20.4.2010].

Szeremietiew, Romuald (1998): Obronność Polski: pytania i wątpliwości, in: Rzeczpospolita, 22.1.1998.

Szeremietiew, Romuald (1997): Siła Obronna Polski, in: Rzeczpospolita, 1.9.1997.

Tazbir, Janusz (1995): Sarmackie anioły?, in: Polityka, 25.11.1995.

Urban, Thomas (1999): Generäle mit Moskauer Schliff, in: Süddeutsche Zeitung, 10.2.1999.

Zajicova, Darja (2000): The Czech Media: Demythified. Part III, in: Central Europe Review, 19.6.2000, <http://www.ce-review.org/00/24/zajicova24.html> [20.4.2010].

D. Offizielle Dokumente und Reden

Clinton, Bill (1995): Remarks by the President at the Harry S. Truman Library Institute 'Legacy of Leadership Dinner', 25.10.1995, <http://www.ibiblio.org/pub/archives/whitehouse-papers/1995/Oct/1995-10-25-President-Remarks-at-Truman-Library-Institute-Dinner> [4.9.2007].

Gallies, Paul E. (1995): NATO Enlargement: Partnership for Peace Members. CRS Report for Congress, 95-468F, Washington D.C.

George, Bruce (1998): Recasting Euro-Atlantic Security: NATO's Nineteen Nations – OSCE. Report for the Sub-Committee on Transatlantic and European Relations, <http://www.nato-pa.int/archivedpub/comrep/1998/ar290pcter-e.asp> [12.7.2009].

Geremek, Bronisław (1999a): Ansprache bei der Hinterlegung der Ratifizierungsdokumente für den Beitritt Polens zur NATO am 12. März 1999 in Independence, Missouri, in: Internationale Politik, 54:6, 96-97.

Geremek, Bronisław (1999b): Rede vor dem Sejm am 8.4.1999, in: Internationale Politik, 54:6, 106-111.

Havel, Václav (1995): Wir wollen der NATO nicht aus Furcht vor Russland beitreten, in: Deutsche Welle Monitor Dienst Osteuropa, 31/1995, 11-13.

Havel, Václav (1991): Rede vor dem NATO-Rat in Brüssel am 21.3.1991, in: Europa Archiv, 46:10, D 243-248.

Ministry of National Defence, Republic of Poland (1992): The Security Policy and Defensive Strategy of the Republic of Poland, in: Roman Kuźniar (Hg.): Poland's Security Policy 1989-2000. Warschau: Scholar Publishing House, 554-557.

NATO (1991a): Partnership with the Countries of Central and Eastern Europe, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_23858.htm (24.4.2010).

NATO (1991b): Declaration on Peace and Cooperation ("The Rome Declaration"), http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_23846.htm (24.4.2010).

NATO (1991c): The Alliance's New Strategic Concept, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_23847.htm (24.4.2010).

NATO (1994a): Partnership for Peace: Framework Document, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_24469.htm (24.4.2010).

NATO (1994b): Partnership for Peace: Invitation Document, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_24468.htm (24.4.2010).

NATO (1995): Study on NATO Enlargement, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_24733.htm (24.4.2010).

NATO (1997): Madrid Declaration on Euro-Atlantic Security and Cooperation, http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_25460.htm (24.4.2010).

NATO (1999): Membership Action Plan (MAP), http://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_27444.htm (24.2.2010).

NATO (2001): NATO Handbook. Brüssel: NATO Office of Information and Press.

Robertson, George (2000): NATO Secretary on Need to Reform Alliance, in: BBC Worldwide Monitoring, 20.1.2000.

Rühe, Volker (1993): Gestaltung euro-atlantischer Politik – eine 'Grand Strategy' für eine neue Zeit. Alastair-Buchan-Gedächtnisrede, gehalten am 26.3.1993 am IISS in London, abgedruckt in: Bulletin, 27/1993, 229-233.

Versicherungserklärung (gemäß § 5 Absatz 3d der Promotionsordnung)

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Dissertation selbständig verfasst und sämtliche benutzten Hilfsmittel angegeben habe. Ferner bestätige ich, dass die Arbeit weder in dieser noch in ähnlicher Form schon einmal an dieser oder an einer anderen Hochschule als Dissertation oder Prüfungsarbeit eingereicht wurde. Es wurde auch kein Promotionsverfahren an einer anderen Hochschule eingeleitet.

Trier, den 28. Juni 2010

(Cornelia Frank)